

ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK 1970 – 2000



**PROJEKTFÖRDERUNG: JUBILÄUMSFOND DER ÖSTERREICHISCHEN NATIONALBANK
JUBILÄUMSFONDSPROJEKT NR. 11679**

**PROJEKTLEITUNG:
UNIV. DOZ. DR. MARIA MESNER**

**PROJEKTDURCHFÜHRUNG:
DR. THEODOR VENUS, REMIGIO GAZZARI**

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	2
EINLEITUNG	3
DER „HARTE“ SCHILLING – WÄHRUNGSPOLITIK IM WIDERSTREIT DER MEINUNGEN UND INTERESSEN	5
STRUKTURKRISE UND DAS ENDE DER VOLLBESCHÄFTIGUNG IN ÖSTERREICH – WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSMARKTPOLITIK IN DEN FRÜHEN ACHTZIGER JAHREN	41
DIE ERSTE ÖLKRISE 1973/74 UND IHRE FOLGEN – EINE FALLSTUDIE ZUR ÖSTERREICHISCHEN ENERGIEPOLITIK IN DER ÄRA KREISKY.....	110
DER BESTAND WIRTSCHAFTSPOLITIK DER STIFTUNG BRUNO KREISKY	201
DATENBANKEN UND DIGITALE ARCHIVIERUNG.....	210
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	221
BIBLIOGRAPHIE	222

Einleitung

Das nun abgeschlossene Projekt zur österreichischen Wirtschaftspolitik hatte eine zweifache Zielsetzung. Einerseits sollte ein umfangreicher, vielschichtiger Quellenbestand digitalisiert und über eine Datenbank erschlossen werden. Das Kernstück dieses Teilprojektes waren die Tagebücher von Josef Staribacher, Handelsminister von 1970 bis 1983. Dieser Bestand, aber auch weitere Teilbestände, die für die Rekonstruktion der jüngeren Wirtschaftspolitik von Belang sind, stehen nun digital erschlossen zur Verfügung. Dazu wurden im Zuge des Projektes Interviews mit Personen geführt, die in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts eingebunden waren. Auch diese Interviews wurden verzeichnet und stehen nun zur Verfügung. Damit wird die Grundlagenforschung in diesem Bereich nachhaltig unterstützt, weil der Zugriff auf die Archivalien systematisiert und erleichtert wird.

Andererseits sollten einzelne Teilbereiche der österreichischen Wirtschaftspolitik exemplarisch unter Zuhilfenahme der neu erschlossenen Quellenmaterialien historisch rekonstruiert und analysiert werden. Das Projektteam hat sich entschlossen, drei Themenbereiche auszuwählen, nämlich Währungs-, Arbeitsmarkt- und Energiepolitik. Die Währungspolitik stellt einen zentralen Aspekt wirtschaftspolitischen Handelns dar. Währungspolitische Entscheidungen können mitunter nicht zu unterschätzende emotional aufgeladene Reaktionen in der Öffentlichkeit hervorrufen, weil die Stabilität einer Währung, also ob sie "hart" ist oder nicht, über ihren ökonomischen Effekt hinaus wesentlich für die öffentliche Stimmungslage ist. Unterschiedliche wirtschaftliche Interessenlagen, aber auch Werthaltungen und ökonomische Schulen werden in der Analyse sichtbar. Die Arbeitsmarktpolitik ist ein Kernstück der Wirtschaftspolitik der 1970er und 1980er Jahre. Die Entscheidungen in diesem Bereich sind nicht nur von ökonomischen Entscheidungen geprägt, sondern spiegeln auch übergeordnete politische Zieldefinitionen, beispielsweise das Ziel der Vollbeschäftigung wider. Der Text rekonstruiert den Paradigmenwechsel in den 1970er und 1980er Jahren, der von wirtschaftlichen Makro-Entwicklungen ausgelöst war und nachhaltige Veränderungen wirtschaftspolitischer Zielsetzungen und Handlungsspielräume zur Folge hatte. Die Analyse des so genannten "ersten Erdölschocks" schließlich eröffnet langfristige Perspektiven auf die österreichische Energiepolitik, auf die Art und Weise, wie weit reichende politische Grundsatzentscheidungen, z. B. im Hinblick auf die Atomenergie, getroffen wurden und wie die Sichtweise der handelnden Personen zur Zeit des Geschehens war. Damit wird ein Beitrag dazu geleistet, die Vorgänge zu verstehen, deren Ergebnisse also auch einer kritischen Betrachtung zu unterwerfen.

Wir hoffen mit der Präsentation dieser ersten Analysen, den Anstoß für viele weitere Fallstudien zu geben und eine Diskussion über die jüngste Wirtschaftspolitik in Gang zu bringen. Umfangreiche Materialien, die Forschung und Diskussion fundiert unterstützen können, stehen nun einer breiteren Öffentlichkeit gut aufbereitet und leicht zugänglich zur Verfügung.

Wir danken der österreichischen Nationalbank für die erwiesene Unterstützung. Im Sinne einer Open-access-Politik stehen die Projektergebnisse bis zur Drucklegung unter http://www.kreisky.org/index_projekte.htm zum kostenlosen und freien Download bereit.

Im Namen des Projektteams

Maria Mesner

Wien, im Juni 2008

Der „harte“ Schilling – Währungspolitik im Widerstreit der Meinungen und Interessen

Theodor Venus

Die Schilling-Aufwertung vom Mai 1971 – Startschuss für eine Neuorientierung in der Währungspolitik

Der 9. Mai 1971, ein Sonntag, kann ruhigen Gewissens als historischer Tag in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte der 2. Republik bezeichnet werden. Am Sonntag Abend um 20.30 Uhr trat Bundeskanzler Bruno Kreisky vor die Presse und teilte der Öffentlichkeit mit, die Bundesregierung habe in einer Sondersitzung und nach Beratung mit der Österreichischen Nationalbank, den Sozialpartnern und Vertretern des Kreditapparats als Reaktion auf die internationale Vertrauenskrise in den US-Dollar eine Aufwertung der österreichischen Währung um 5,05 % beschlossen.

Fast genau 46 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs war die auf Vorschlag des jungen Finanzministers Hannes Androsch getroffene Maßnahme auch ein Symbol dafür, dass die Wunden und Verluste des Krieges verheilt waren und sich Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft sich nach langen und harten Jahrzehnten der Not, von Entbehnungen und des Wiederaufbaus nach Kriegsende, auf dem Weg zu neuem Wohlstand entwickelte.

Der „Kurier“, unter der Leitung von Hugo Portisch eine der angesehensten Tageszeitungen Österreichs, sprach in seiner Montagfrühausgabe von einer „Sensation in der Währungsfrage“¹, und Portisch nahm den historischen Beschluss der Bundesregierung zum Anlass für eine längere Würdigung und Analyse der Hintergründe der Entscheidung.

Über die wirtschaftlichen Hintergründe, die diese Entscheidung herbeigeführt hatten, konnte man sowohl an den vorangegangenen als auch in den folgenden Tagen umfangreiche Berichte, Analysen und Kommentare in der österreichischen und internationalen Tagespresse lesen. Hugo Portisch verwies darauf, dass die Entscheidung der Bundesregierung als Reaktion auf die vorangegangenen Entscheidungen, die in Brüssel, Bonn und Bern getroffen worden waren, zu werten sei.

Die Aufwertung des Schilling wäre an sich ein Tag zum Feiern gewesen – wären da nicht die unangenehmen Begleitumstände gewesen, die keine richtige Feierstimmung aufkommen

¹ Kurier, 10.5.1971, Schilling wird doch um 5 % aufgewertet. Vgl. Dazu Kommentar Hugo Portisch, Die Aufwertung in dieser Ausgabe.

lassen wollten: das Bewusstsein, dass die seit 1968 anhaltenden Währungsturbulenzen keineswegs beendet waren. Der Auf- und Abwertungsreigen der europäischen Währungen wurde in den späten sechziger Jahren mit der am 18. November 1967 durch die Labour-Regierung unter Harold Wilson vorgenommenen starken Abwertung des britischen Pfund um 14,5 % eingeleitet. Ein schwerer Schlag wurde dem Bretton-Woods-System durch die Erklärung Frankreichs versetzt, sich aus dem „Gold Pool“ zurückzuziehen². Die Abwertung des französischen Francs, der sich de Gaulle 1968 noch widersetzt hatte, erfolgte unter seinem Nachfolger Georges Pompidou am 8. August 1969. Innerhalb von vier Jahren erfolgten nicht weniger als insgesamt 35 Währungsveränderungen in Europa. Wenige Monate später sah sich Bonn gezwungen, die D-Mark um 9,3 % aufzuwerten³. Österreichs Regierung hatte damals im Einvernehmen mit den Sozialpartnern und politischen Spitzenrepräsentanten beschlossen, sich nicht der Aufwertung der D-Mark anzuschließen. Die Aufwertung des Schilling war eine im Lichte der Entwicklungen seit 1969 überfällige Maßnahme.

Kreisky selbst hatte in einem Beitrag für die „Arbeiter-Zeitung“ bereits am 7. Mai den Schilling als „aufwertungsverdächtige Währung“ bezeichnet, und die „Presse“ erwartete am selben Tag eine baldige Aufwertung der D-Mark. Die österreichische Regierung und die Nationalbank würden dann vermutlich den Beschluss fassen, diesmal mit der D-Mark mitzuziehen⁴.

Obwohl der Zustrom spekulativer Gelder nach Österreich ein weit geringeres Ausmaß erreichte als in der BRD (3 Mrd. US-Dollar), sistierte die Nationalbank am 5. Mai 1971 ebenfalls den Dollarankauf, um die Entscheidungen in Brüssel, Bonn und Bern in Ruhe abzuwarten. Auf dem schwarzen Markt in Wien wurde der Dollar am 6. Mai nur noch zwischen 15 und 22 Schilling gehandelt. Seit dem 5. Mai fanden laufend Beratungen

² Der Gold Pool, ein Verkaufssyndikat westlicher Notenbanken, war im Oktober 1961 eingerichtet worden, um den Goldpreis gegenüber dem Dollar zu stabilisieren. Frankreich zog sich im Juni 1967 aus dem Pool zurück; die Entscheidung wurde aber erst im Frühjahr 1968 bekannt. In den auf die Pfundkrise folgenden Monaten musste der Gold Pool Gold im Wert von mehr an 3 Milliarden US-Dollar verkaufen, konnte aber der gegen den US-Dollar gerichteten Spekulation nicht Herr werden. Am 15. März 1968 musste der freie Londoner Goldmarkt geschlossen werden, und der Gold Pool löste sich daraufhin auf. An seine Stelle trat ein gespaltenener Goldmarkt, in dem die Zentralbanken sich de facto verpflichteten, ihre Dollarkredite nicht mehr gegen Gold der Federal Reserve Bank einzulösen. Vgl. Hermann van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945-1960 (= Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 6)*, München 1984, S. 519, 534-537. Alfred Grosser, *Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg*, München 1982, S. 321-358, 350ff. Hannes Androsch, *Die politische Ökonomie der österreichischen Währung. Ein Überblick über die österreichische Währungspolitik von 1760 bis 1984 vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung*, Wien 1985, S. 64ff.

³ Salzburger Nachrichten, 8.5.1969, Bemühungen zur Umgehung der Aufwertung. Rainer Hellmann, *Dollar, Gold und die Schlange. Die letzten Jahre von Bretton Woods*, Baden-Baden 1976, S. 22f.

⁴ Arbeiter-Zeitung, 7.5.1971, S. 1f. „Aufwertungsverdächtig“. Kreisky zur Lage des Schilling; Die Presse, 7.5.1971, Die Spannung bleibt.

zwischen Regierung, Nationalbank und den Spitzenverbänden der Sozialpartner statt; der Finanzminister stand auch in Kontakt mit den seinen Amtskollegen in Bonn und Bern⁵.

Während die internationale Währungskrise, die im Frühjahr 1971 tagelang die europäische Politik beherrschte, in der Bundesrepublik zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Kabinett Willy Brandt und der Bundesbank führte und das Kabinett Brandt in eine Krise stürzte, die zum Rücktritt von Finanzminister Alex Möller führte, der durch Karl Schiller als neuen Super-Wirtschaftsminister (er übernahm das Wirtschafts- und das Finanzressort)⁶, verlief die Debatte zwischen Regierung, Sozialpartnern und den Spitzenvertretern der Opposition weitaus weniger konfliktgeladen.

„Im Oktober 1969“, so eröffnete Bruno Kreisky am Mittwoch, dem 12. Mai 1971, seine Erklärung an den Nationalrat, „hat im Zusammenhang mit der Aufwertung der D-Mark [...] Übereinstimmung darüber bestanden, dass von einer Aufwertung des Schillings Abstand zu nehmen wäre. Ausschlaggebend dafür war vor allem die Rücksichtnahme auf den Export, den Fremdenverkehr sowie der Umstand, daß Österreich vergleichbare Staaten eine Paritätsänderung nicht beabsichtigen“⁷. Die damalige Entscheidung habe sich für die österreichische Wirtschaft „im ganzen gesehen als vorteilhaft erwiesen“, weil sowohl die Exportwirtschaft als auch der Fremdenverkehr sich vorteilhaft entwickelten und das Wirtschaftswachstum gefördert wurde.

Seither habe sich die internationale Währungslage allerdings „grundlegend umgestaltet“. Maßgebend dafür wären Maßnahmen der amerikanischen Administration unter Richard Nixon und Finanzminister John Connally, die durch Ausweitung des amerikanischen Budgetdefizits, Senkung der Zinssätze und Erleichterungen der Geldpolitik international starke spekulative Kapitalbewegungen ausgelöst habe, die eine ernste Gefahr für das geltende Währungssystem, besonders die Währungen der BRD, Hollands, Belgiens und der Schweiz darstellten und diese Staaten daher zum sofortigen Handeln veranlasst hätten.

Nachdem in einem außerordentlichen Ministerrat und sodann zwischen Kanzler, Finanzministerium und dem Direktorium der Nationalbank noch vor den Beratungen mit den

⁵ Die Industrie, Nr. 20, 14.5.1971, Nach der Schilling-Aufwertung. Der Verfasser des Artikels sprach „präjudiziellen Erklärungen von maßgeblicher politischer Seite“ und konnte damit wohl nur Kreisky oder Androsch meinen.

⁶ Vgl. zur Bonner Debatte: Der Spiegel, Nr.21/1971, „Uns bleibt nur ein schmaler Korridor“. Die politischen Ereignisse rund um die Währungskrise der Jahre 1968-1973 beschreiben ua. Grosser, Das Bündnis, S.347-372, Rainer Hellmann, Dollar, Gold und Schlange. Die letzten Jahre von Bretton Woods, Baden-Baden 1976 und R. Solomon, The International Monetary System 1945-1976. An Insiders View, New York 1977.

⁷ Erklärung Bruno Kreiskys vor dem österreichischen Nationalrat, 12.5.1971 zur Aufwertung des Schillings. In: Bruno Kreisky, Reden Bd. II, Wien 1981, S. 120ff.

Sozialpartnern Einigung über den Aufwertungssatz erzielt worden war, stimmten die Sozialpartner trotz mancher Bedenken von Wirtschaftsseite, die einen geringeren Aufwertungssatz von 3 % und „Entschädigungen“ für allfällige Schäden wünschte, nach einer kurzen, von der ÖVP verlangten Sitzungsunterbrechung dem Aufwertungsbeschluss letztlich doch zu, nachdem sich Finanzminister Androsch zu Verhandlungen über flankierende Maßnahmen in der nächsten Zeit bereit erklärt hatte⁸. Außer der währungspolitischen Orientierung an der D-Mark, die, wie eine deutsche Zeitung bemerkte, in Österreich „seit längerem [...] als Leitwährung“ gelte,⁹ erfolgte der Aufwertungsbeschluss der wirtschaftspolitischen Ratio, die Inflation nicht weiter anzuheizen. Die Zollnachteile gegenüber der EWG hatten die Importe seit 1969 erheblich verteuert. Den Aufwertungssatz kommentierte Nationalbankpräsident Schmitz mit der Bemerkung, man habe zeigen wollen, „dass man nicht gleich wieder den Wechselkurs ändern wolle.“¹⁰

So einhellig, wie es nach außen hin schien, war die Unterstützung aber keineswegs. Andreas Korp, 2. Präsident der Nationalbank nach Wolfgang Schmitz und SPÖ-Mitglied, sah den Aufwertungsbeschluss aus einem „währungspolitischen Notstand“ heraus gefallen, widersprach aber den von der Bundesregierung ins Treffen geführten Argumenten. Ein Kleinstaat wie Österreich könne sich ein „Floating“, wie von der BRD praktiziert, nicht leisten, sondern müsse eine dauernde Regelung anstreben¹¹. In einem Interview mit den Salzburger Nachrichten verwies Schmitz außerdem auf die prekäre Rechtslage: „Es sei nicht so recht geklärt, wer eigentlich eine solche Maßnahme treffen könne“¹². Solange währungspolitische Entscheidungen im Einvernehmen erfolgten, war diese Frage nicht von Bedeutung, aber dies sollte sich bald ändern.

Den meisten an dieser Entscheidung beteiligten Akteuren war es wohl bewusst, dass die Unsicherheit auf den Devisenmärkten noch weiter andauern würde, ja, dass jederzeit mit einer neuen Währungskrise und neuen Turbulenzen zu rechnen war: Weder die Weigerung der USA, den Dollar trotz des Drucks der westeuropäischen Regierungen abzuwerten, noch die Bonner Entscheidung, den Kurs der D-Mark freizugeben und sie gegenüber dem Dollar

⁸ Vgl. Hannes Androsch, Die politische Ökonomie der österreichischen Währung. Ein Überblick über die österreichische Währungspolitik von 1760 bis 1984 vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung, Wien 1985. Die Studie des früheren Finanzministers bietet einen guten Überblick zur Geschichte der österreichischen Währung, speziell seit 1945. Details über die Beratungen finden sich in: Stiftung BKA, Tagebuch Josef Staribacher und im Stenogramm Eugen Veselskys vom 9.5.1971, vgl. auch Berichte in den österreichischen Tageszeitungen 10.5.1971, Die Welt, Handelszeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. u. 13.5.1971.

⁹ Deutsche Zeitung – Christ und Welt, 14.5.1971, Neue Situation des Schilling.

¹⁰ Österreich-Bericht 19.5.1971, Salzburger Nachrichten, Kurzinterview mit Wolfgang Schmitz zur Schilling-Aufwertung.

¹¹ Tagebuch Staribacher, 9.5.1971, fol. 572.

¹² Österreich-Bericht 19.5.1971, Salzburger Nachrichten, Kurzinterview mit Wolfgang Schmitz zur Schilling-Aufwertung.

„floaten“ zu lassen, waren als Lösungen auf lange Sicht anzusehen. Daher vereinbarte die Bundesregierung mit den Banken ein „Gentlemen's Agreement“, das 40 % der Neuguthaben von Ausländern bei heimischen Banken auf einem Sonderkonto bei der Nationalbank einfrohr, um nicht dem Inflationsimport Vorschub zu leisten.

Die Aufwertungs-Entscheidung kann auch als Prestigeerfolg der erst kaum elf Monate im Amt befindlichen sozialistischen Minderheitsregierung gesehen werden, die sich für jedes ihrer Vorhaben im Nationalrat eine Mehrheit suchen musste, vor allem aber des jungen Finanzministers Hannes Androsch, der bei den Verhandlungen geschickt Regie geführt hatte¹³. Fritz Koppe, im Kabinett Josef Staribachers für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich, meinte am Tag nach der Entscheidung, „dass, was wir monatelang arbeiten müssen, kann Androsch dann in einer Nacht Popularität erreichen“¹⁴. Staribacher selbst teilte diese Meinung weitgehend. Die Frage der Aufwertung des Handelsministeriums zu einem Wirtschaftsministerium ähnlich der Bundesrepublik blieb bis über die Herbstwahlen 1971 hinaus in Schwebe und es gab ein latentes Ringen um Kompetenzen zwischen Staribacher und Androsch¹⁵, aber je souveräner Androsch in den innenpolitisch heiklen Budget- und Währungsfragen agierte, desto enger gestaltete sich sein Verhältnis zum Regierungschef und desto mehr schwanden die Chancen Staribachers, seine Kompetenzen ausweiten zu können.

Aber auch die Opposition begegnete dem „Jungstar“ im Kabinett Kreisky zunehmend mit Respekt. Die Behandlung der Währungspolitik in Verbindung mit der Budgetpolitik und der Steuerreform spielte dabei eine große Rolle. Zudem mag auch der unglückliche Ausgang des Experiments Schiller im Kabinetts Brandt Kreisky in seiner Haltung bestärkt haben, dass ein von Staribacher geführtes „Superwirtschaftsministerium“ vielleicht doch keine gute Idee war¹⁶. In der „Presse“ konnte man im Oktober 1971 folgende Einschätzung lesen: „[Androsch] hat sich bewußt zurückgehalten, da nicht ganz klar war, wer in diesem Land eigentlich die Wirtschaftspolitik machen sollte. Der Kanzler selbst, oder aber der Benya

¹³ Wochenpresse, Nr.19/1971, Günther Baburek, Schilling als Kraftprotz.

¹⁴ Staribacher- Tagebuch, 10.05.1071, fol. 577.

¹⁵ Schon im Februar 1971 wurde im Ministerrat über eine allgemeine Wirtschaftskompetenz für den Finanzminister diskutiert. Staribacher, der damals offenbar noch hoffte, die Aufgaben seines Ressorts noch aufzustocken, äußerte damals offen Einwände dagegen. BKA, Staribacher-Tagebücher, 9.2.1971

¹⁶ Die Überlegung zur Anreicherung der Kompetenzen des Handelsministeriums wurde von Seiten Kreiskys auch im Hinblick auf eine mögliche große Koalition angestellt und sollte der SPÖ, für den Fall, dass man das Finanzressort der ÖVP hätte überlassen müssen, dadurch Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidung zu haben. Verfolgt man die Einschätzungen, die Staribacher in den ersten Monaten über Androsch bzw. Veselsky gab, dann entwickelte sich sein Verhältnis zu Androsch wesentlich entspannter, als gegenüber Veselsky, der im übrigen sich im Mai 1970 gegen ein starkes Wirtschaftsministerium aussprach (vgl. Die Presse, 19.5.1970, "Die Intelligenz mobilisieren !")

nahestehende Staribacher, oder Androsch, oder der für diese Probleme eingesetzte Koordinator Veselsky. Heute scheint das klar zu sein. Androsch will sich profilieren“¹⁷.

Über die flankierenden Maßnahmen zur Kompensation der Aufwertungsverluste, die auch die Verstaatlichte Industrie betrafen¹⁸, wurde im Mai und Juni 1971 unter Federführung des Finanzministers verhandelt. Die Exportwirtschaft, die besonders eine Kompensation für Verluste im Ostgeschäft verlangte, konnte dabei Teilerfolge durch Verbesserungen im System der Investitions- und Exportförderung erzielen, während Androsch Kompensationen für Verluste aus der Dollarfakturierung im Ostexportgeschäft ablehnte¹⁹. Um der österreichischen Exportwirtschaft in dieser Frage entgegen zu kommen, gewährte die Nationalbank im Frühjahr 1972 überdies Exporteuren Erleichterungen. Die damit verbundenen Risiken verminderten sich in der Folge zudem in dem Maße, als im Zuge der Liberalisierung des Außenhandels mit Osteuropa in den folgenden Jahren, mit Ausnahme der UdSSR, schrittweise von Dollar- auf Schillingfakturierung umgestellt wurde. Den Anfang machten die ČSSR und Polen, auch der Handel mit Bulgarien wurde seit Anfang 1972 auf Schillingbasis umgestellt²⁰.

Im Hinblick auf die früher oder später doch zu schlagenden Neuwahlen zur Erlangung einer breiteren Regierungsbasis galt es für den Finanzminister, in den folgenden Wochen darauf zu achten, einerseits nicht nur die Gefahr einer „importierten“, sondern auch die einer „hausgemachten“ Inflation zu bannen. Andererseits musste auch eine Minderheitsregierung alles daransetzen, einen möglichst großen Teil ihres Regierungsprogramms umzusetzen. Zwischen diesen beiden Polen bewegten sich die Reformvorhaben des Kabinetts Kreisky I bis zum Wahltermin im Herbst 1971. Mit der Ankündigung eines 10-Jahresinvestitionsprogramms mit Schwerpunkt Verkehr, Hochbau und Ausbau der Bildungseinrichtungen sowie der Ankündigung einer Bergbauernförderung zeigte die Regierung Kreisky im Sommer 1971 rechtzeitig vor den Neuwahlen Flagge. Mit der Umsetzung musste allerdings bis nach den Oktober-Wahlen zugewartet werden.

Die Nixon-Rede, das Ende von Bretton Woods und die Geburt des Währungsindikators

Mitten im Sommer 1971 stand Europa aber bereits im Banne der nächsten Währungskrise, die erneut aus der kritischen Situation der US-Wirtschaft – hohes Handelsbilanzdefizit und

¹⁷ Die Presse, 13.10.1971, "Erst zum Christkindl richtiger Minister...".

¹⁸ Tagebuch Staribacher, 8.9.1971, Durch Fakturierung in Verrechnungsdollar erlitten besonders einige verstaatlichte Unternehmen wie Elin oder Schoeller-Bleckmann beachtliche Verluste von 1-1,5 Mio. Dollar.

¹⁹ Arbeiter-Zeitung, 16.6. und 24.6.1971.

²⁰ Salzburger Nachrichten, 16.6.1971, Arbeiter-Zeitung, 14.12.1971.

Kapitalflucht – resultierte. Darauf reagierte Präsident Richard Nixon mit einer berühmten Fernsehansprache am Sonntag, dem 15. August 1971, 2 Uhr MEZ nach Beratungen mit Finanzminister John Connally und anderen mit einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel und spektakulären Maßnahmen, deren bemerkenswerteste zweifellos die Aufhebung des Gold-Dollar-Standards, des Eckpfeilers des Bretton-Woods-Systems, war. Die Schockwirkung der Nixon-Rede hatte zur Folge, dass die Devisenbörsen eine Woche lang geschlossen blieben; auch die Wiener Börse wurde erst wieder am 24. August eröffnet. Mit der Erklärung Nixons sei, bilanzierte Hugo Portisch am Montag nach der Nixon-Rede im „Kurier“, sei „eine Ära zu Ende gegangen“, in der der US-Dollar „so gut wie Gold war“. Der Weg zu einem neuen stabilen Weltwährungsgefüge werde vermutlich noch einige Zeit dauern²¹. Nixons Kalkül, Deutschland, Japan und andere Industriestaaten mit seiner Rede zur Aufwertung ihrer Währungen zu zwingen, ging allerdings wenigstens in Bezug auf die Europäer nicht auf. Umgekehrt gelang es der deutschen Regierung auch diesmal nicht, ein gemeinsames währungspolitisches Floaten auf EWG-Ebene durchzusetzen²².

Auch die österreichische Regierung wurde von der Rede Nixons völlig überrascht. Kreisky urlaubte in Pörtlach am Wörthersee, von wo er gemeinsam mit Vizekanzler Häuser mit einem Hubschrauber des Bundesheeres zu einem Sonderministerrat am Montag, dem 23. August, nach Wien zurückkehrte. Handelsminister Staribacher, den die Nachricht vom Sonderministerrat in seinem Urlaubsdomizil bei Rom überraschte, gelang es erst nach Überwindung zahlreicher verkehrsbedingter Schwierigkeiten, am Montag Nachmittag Wien zu erreichen²³. Finanzminister Androsch, der sich auf einen ruhigen Urlaub in Altaussee gefreut hatte, hielt als einziger schon seit Tagen die Stellung in Wien: Bereits in seiner ersten Reaktion auf die Nixon-Rede dementierte er, noch in Altaussee befindlich, eine mögliche Aufwertung des Schilling und stand seither in intensiven Gesprächen mit Vertretern der Nationalbank und des Kreditapparats²⁴. Um den Handelsverkehr aufrecht zu erhalten, wurde mit der Nationalbank vereinbart, eingehende Dollarzahlungen bis zur Entscheidung über die neue Parität zu 75 % zum letzten Handelskurs vom 13. August für heimische Firmen abzuwickeln, im Reiseverkehr konnten Touristen in Wien nur 200 Dollar täglich tauschen²⁵.

²¹ Kurier, 17.8.1971, Es geht um mehr als den Dollar.

²² van der Wee, Der gebremste Wohlstand; S. 540ff., Grosser, Das Bündnis; S. 356ff., Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917, München 1995, S. 456f.; Die Presse, 17.8.1971, Den Goldladen zugesperrt; Wiener Zeitung, 19.8.1971. Zur deutschen Reaktion vgl. Der Spiegel, Nr. 35/1971, Der Offenbarungseid (Titelgeschichte).

²³ Die Details gibt Staribacher in seinem Tagebuch wieder: vgl. , Staribacher-Tagebücher 23.8.1971.

²⁴ Wochenpresse, Nr. 34/1971, Wiener Zeitung, 18.8.1971; Schilling-Aufwertung nicht vorgesehen, Erklärung des Finanzministers.

²⁵ Wiener Zeitung, 19.8.1971, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 22, Bericht und Antrag an den Ministerrat betr. Stellungnahme der Bundesregierung zum OECD-Bericht, S. 25

Der Ministerrat beschloss nach kurzer Diskussion auf Vorschlag Androschs, bis auf Weiteres den Wechselkurs des Schilling gegenüber dem Dollar ebenfalls freizugeben, gegenüber den wichtigsten europäischen Handelspartnern aber ein stabiles Kursverhältnis anzustreben, ein Kurs, der mit dem Direktorium der Nationalbank im Vorfeld bereits abgestimmt worden war²⁶. Der sogenannte Währungs-Indikator als erster Schritt in Richtung auf dem Weg zu einer Politik des „harten Schilling“ war geboren. Das mediale Echo auf die Entscheidung des Ministerrates war fast ausnahmslos positiv, wobei Übereinstimmung darüber bestand, dass die Entscheidung nur als Zwischenlösung bis zu einem neuen Übereinkommen anzusehen war, das im Rahmen des Internationalen Währungsfonds auszuverhandeln wäre²⁷.

Das Indikator-System war darauf angelegt, den Dollarkurs künftig in dem Maße zu ändern, wie die Wechselkurse der stabilen Währungen der wichtigsten Handelspartner²⁸, gewichtet nach Anteilen am österreichischen Außenhandel, ihre Kurse zur US-Währung änderten, wobei der Nationalbank die tägliche Marktbeobachtung und Intervention zukam²⁹. Mit dem Kreditapparat war außerdem bereits Tage vorher die Stilllegung spekulativer Dollarguthaben vereinbart worden. Österreich orientierte seine Währungspolitik, wie Hugo Portisch bereits eine Woche vorher richtig getippt hatte, künftig also stärker an den stabilen europäischen Währungen und nicht mehr am abwertungsverdächtigen Dollar³⁰. Volkswirtschaftlich entsprach der Währungs-Indikator einem Wechselkursindex, der den bilateralen Handelsverkehr mit Österreichs Haupthandelspartnern berücksichtigte. Dass dies für einige österreichische Exporteure mit hohem US-Exportanteil zu erheblichen Problemen führen könnte, nahm man in Kauf. Zu diesen zählte insbesondere die Skiindustrie, die Maschinenindustrie sowie Fahrraderzeuger wie die Grazer Junior-Werke³¹.

²⁶ Wiener Zeitung, 24.8.1971, Österreich wertet nicht auf. Nach dem Bericht der Salzburger Nachrichten (SN, 24.8.1971, Währungsmaßnahmen: Übereinstimmung) soll Androsch auch die Einführung eines gespaltenen Devisenkurses (für Handels- bzw. Finanztransaktionen) erwogen haben.

²⁷ Vgl. Kommentare mehrerer österreichischer Zeitungen in: Österreich-Bericht, Nr.201/1971, 1.9.1971.

²⁸ Im August 1971 bestand der Indikator aus den folgenden Währungen: D-Mark, Schweizer Franken, italienische Lira, holländischer Gulden, belgischer Francs, britisches Pfund, französischer Francs, dänische, schwedische und norwegische Krone. Pfund, Lira und Francs wurden später jedoch ausgeschieden.

²⁹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 22, Papier „Indikator“, 22.10.1975, Josef Karl Aff, Die Technik der Kurssicherung der Geschäftsbanken und Interventionspolitik der Österreichischen Nationalbank in den letzten Monaten 1971, DA, Wien 1972, S. 62-82.

³⁰ Kurier, 24.8.1971, Europa wichtiger als der Dollar, Arbeiter-Zeitung, 24.8.1971, Schillingkurs fest zu Europawährung..

³¹ Vgl. IW-Internationale Wirtschaft, 23.8.1971. Tatsächlich schlitterte der Grazer Fahrraderzeuger Junior, mit einem US-Exportanteil von 80 % an der Produktion infolge der Verschlechterung der Position am US-Markt bereits 1974 in eine tiefe Krise und musste im Jahr darauf Konkurs anmelden, nachdem alle Rettungsversuche gescheitert waren. Vgl. Arbeiter-Zeitung, 15.2.1975.

Aber das währungspolitisch so turbulente Jahr 1971 war noch nicht zu Ende und die Verhandlungen über ein neues Weltwährungssystem wurden im September 1971 im Rahmen der Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds, an der auch Androsch teilnahm, wiederaufgenommen, jedoch lehnte Connally einen vom Großbritannien eingebrachten Vorschlag, der vorsah, vom Dollar als einzigem Interventionsmaßstab abzugehen, zunächst ebenso ab, wie eine Forderung des IWF-Direktors Pierre Paul Schweitzer, den Dollar abzuwerten³². Nixons Berater schlugen im Gegenzug eine Aufwertung der harten Europa-Währungen, zu denen auch der Schilling gerechnet wurde, um 15 % vor. Inzwischen bemühten sich die Notenbanken, stärkere Kursbewegungen auf den Devisenmärkten durch Interventionen und verschärfte Kontrollen spekulativer Kapitalbewegungen einzudämmen. Der Druck auf die Regierung Nixon, die längst fällige Abwertung des US-Dollar endlich vorzunehmen, wuchs aber auch im eigenen Land, als Mitte November von der demokratischen Fraktion im US-Senat ein Antrag auf Abwertung des Dollar gegenüber dem Gold eingebracht wurde³³. Tatsächlich begannen wenig später Verhandlungen im Rahmen des IWF und des Zehnerklubs der reichen Industriestaaten über eine Rückkehr zu festen Wechselkursen. Im Rahmen der am 30. November beginnenden Tagung des Zehnerklubs prallten die beiden Positionen noch einmal hart aufeinander. Obwohl am Ende kein gemeinsames Kommuniqué zustande kam, galt es am Ende der Tagung als öffentliches Geheimnis, dass Nixons Finanzminister erstmals die Bereitschaft durchblicken ließ, den Dollar nach unten hin substantiell anzupassen, wodurch Connally die europäische Phalanx erschütterte. Außerdem bildete die Frage der künftigen Schwankungsbreite der europäischen Währungen zum Dollar einen wichtigen Verhandlungsgegenstand³⁴.

Während die Verhandlungen zwischen den Europäern und den USA im Gange waren, fanden in Österreich Nationalratswahlen statt, die mit einem neuerlichen Sieg für die SPÖ endeten, die erstmals in ihrer Geschichte die absolute Mandatsmehrheit erringen und gestärkt wieder eine Alleinregierung bilden konnte. Bereits am 12. November hielt Hannes Androsch im Nationalrat seine zweite Budgetrede. Am Beginn seiner Rede blickte er auch zurück auf die währungspolitischen Turbulenzen der letzten Monate, die eine verlässliche Einschätzung der künftigen internationalen Konjunktorentwicklung erschwerten. Die im Mai und August gefassten Beschlüsse der Regierung hätten sich zwar als richtig erwiesen, eine Einigung auf neue Spielregeln sei aber noch nicht abzusehen. Eine Rückkehr zu festen

³² Van der Wee, Der gebremste Wohlstand, S. 544., Kurier, 30.9.1971, Währungsfonds bestürmt Nixon.

³³ Wiener Zeitung 20.10.1971, Horst Knapp, Zweite Schillingaufwertung?, Arbeiter-Zeitung, 20.11.1971, Nervosität auf Devisenmärkten.

³⁴ Hellmann, Dollar, Gold und die Schlange, S. 11-18. Arbeiter-Zeitung, 3.12.1971, Ringen um Auf- und Abwertungen.

Wechselkursen, an denen Österreich wegen der hohen Exportorientierung seiner Wirtschaft größtes Interesse habe, sei möglich. Die Bundesregierung habe außerdem Maßnahmen gesetzt, um der Exportwirtschaft helfend zur Seite zu stehen (Ausfuhrförderung, Investitionsförderung durch Ausbau der vorzeitigen Abschreibung, Kurssicherung für längerfristige Exportgeschäfte durch Verpfändung der Dollarverbindlichkeiten des Bundes, Schillingfakturierung im Osthandel)³⁵.

Zwei Gipfeltreffen, das eine zwischen Brandt und Pompidou am 5. Dezember, das zweite zwischen Pompidou und Nixon am 14. Dezember, schufen die Voraussetzungen für den Erfolg der Tagung des Zehnerklubs in Washington am 17/18. Dezember, bei der Richard Nixon die Abwertung des Dollar um 7,9 % verkündete und das Smithsonian Agreement als Lösung der Währungsfrage für die nächsten Jahre verkündet wurde³⁶. Im Gegenzug für das Nachgeben der USA werteten die BRD, Belgien und Holland ihrer Währungen auf, am stärksten betraf das die D-Mark, deren Kurs zum Dollar damit seit dem Frühjahr real um 13,6 % gestiegen war. Nur der Aufwertungssatz des Yen lag mit 7,66 % (real 16,88 %) noch über der Mark.

Für Österreich hatte Finanzminister Androsch schon nach dem Treffen Nixon-Pompidou seine Entschlossenheit signalisiert, diesmal nicht aufzuwerten, „da ja Österreich mit der Schilling-Aufwertung im Mai seinen Beitrag zur Festsetzung der Wechselkurse [...] schon geleistet habe³⁷. Allerdings stellte sich in Anbetracht der wenig später beschlossenen Paritätsänderungen sowie der in Washington vereinbarten Erweiterung der Schwankungsbreiten die Frage, ob sich der Schilling weiterhin überwiegend an der D-Mark orientieren sollte. Die Industriellenvereinigung präsentierte im Vorfeld der Entscheidung eine Studie, die nahe legte, dass Österreich die starke Bindung an die D-Mark lockern sollte. Wenige Tage später, noch vor der Nixon-Ankündigung, preschte Bundeskammer-Generalsekretär Arthur Mussil mit der Forderung vor, im Falle einer Abwertung des Dollar über 5 % sollte auch eine Kurskorrektur des Schilling nach unten erfolgen, was die SPÖ jedoch ablehnte³⁸.

Am Nachmittag des Montag, dem 20. Dezember 1971, gab Androsch im Parlament eine Erklärung zur währungspolitischen Situation ab und erläuterte den österreichischen Standpunkt: Man werde vor einer Änderung des Wechselkurses zuwarten, bis endgültige Entscheidungen über das internationale Währungssystem getroffen worden wären. Die

³⁵ Ebenda, S. 155f.

³⁶ Hellmann, Dollar, Gold und die Schlange, S. 19.

³⁷ Arbeiter-Zeitung, 15.12.1971, S.1, Nun steht es fest. Der Dollar wird abgewertet.

³⁸ Tagebuch Staribacher, 17.12.1971, fol. 1503.

anschließende Aussprache der Sozialpartner verlief frostig, nicht zuletzt wegen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage. ÖGB-Präsident Benya wies Mussils Forderung nach einer teilweise Rücknahme der Aufwertung vom Mai zurück und Androsch verwies darauf, dass der Schilling in Relation zu seinen wichtigsten Handelspartnern nicht aufgewertet habe. Schließlich einigte man sich doch auf die Empfehlung Androschs, doch noch die weitere Entwicklung abzuwarten³⁹.

Ein richtiger Konsens war dies wohl nicht; die Presse unterstützten jedoch die abwartende Haltung, wie sie Androsch vorgeschlagen hatte, und damit ging ein innen- und währungspolitisch turbulentes Jahr zu Ende.

Die österreichische Währungspolitik im Gesamtkonzept sozialistischer Wirtschaftspolitik

Anfang 1972 kehrte für einige Monate vorübergehend wieder Ruhe an der Währungsfront ein, über eine Reform des internationalen Währungssystems wurde weiter beraten. Ein deutscher Währungsexperte prognostizierte: „Die nächste Krise kommt 1973“⁴⁰.

Die österreichische Wirtschaft hatte 1971 eines der erfolgreichsten Jahre hinter sich. Das hohe Wirtschaftswachstum des Jahres 1970 (+ 7,8 %) hatte sich 1971 zwar etwas verlangsamt (+ 5,2 %), Österreich befand sich damit im Vergleich mit anderen westlichen Industriestaaten aber nach wie vor auf der Überholspur und die Wachstumsprognosen für 1972 wurden bereits im Frühjahr 1972 nach oben revidiert. Ungeachtet aller Kassandrarufe hatten die Währungsturbulenzen die österreichischen Exporte nicht beeinträchtigt, im Gegenteil: der Beitrag der Exporte am Wirtschaftswachstum war so hoch wie seit langem nicht. Mehr heimische Firmen wagten sich mit ihren Produkten auf die ausländischen Märkte. Der Konjunkturmotor brummte, Investitionen und Produktivität erzielten hohe Zuwächse. Die Wirtschaftspolitik trug das Ihre dazu bei, um der Konjunktur nicht im Wege zu stehen. Der Budgetvollzug 1971 war restriktiv, die währungspolitischen Maßnahmen zielten lediglich auf eine Abwehr spekulativer Transaktionen, ohne den Investitionen durch unnötige Liquiditätsbeschränkungen im Wege zu stehen. Sowohl das Wirtschaftsforschungsinstitut als auch die OECD beurteilten die Chancen Österreichs als intakt, 1972 ohne Konjunkturreinbruch an den neuerlichen Aufschwung anzuknüpfen.

³⁹ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XIII, GP, 20.12.1971, S. 1358ff., Tagebuch Staribacher, 20.12.1971, fol. 1516f.

⁴⁰ Hellmann, Dollar, Gold und die Schlange, S. 20f., Van der Wee, Der gebremste Wohlstand, S. 545f.

Der Arbeitsmarkt blieb, trotzdem heimische Arbeitskräfte knapp waren, durch großzügige Handhabung der Gastarbeiterkontingente flexibel, Ende 1971 waren über 170.000 ausländische Arbeitskräfte in Österreich beschäftigt. Mit über 217.000 und 8,7 % aller Beschäftigten erreichte deren Zahl 1973 einen ersten Höhepunkt⁴¹. Dieser Sachverhalt wurde erstmals auch politisch als Problem wahrgenommen: die Massenmedien griffen das Thema immer öfter auch kritisch auf, mit einer Plakatskampagne („Kolaric“-Kampagne 1973) versuchte man, ausländerfeindlichen Stimmungen entgegenzuwirken, und der Nationalrat diskutierte die Frage im Rahmen der Debatte zum Ausländerbeschäftigungsgesetz⁴². Trotzdem verzeichneten die österreichischen Löhne und Gehälter im internationalen Vergleich 1970/71 vergleichsweise moderate Zuwächse⁴³, weshalb der Arbeitsmarkt besonders im bayrisch-österreichischen Grenzgebiet angespannt blieb.

Trotzdem bildete der inländische Konsum im Gegensatz zu den späten sechziger Jahren eine zweite Stütze der heimischen Konjunktur⁴⁴. Das blieb auch 1972 so: In diesem Jahr vergaben die Banken 43 Mrd. öS (+ 20,9 %) mehr Kredite als 1971 und damit mehr als je zuvor, wobei Privatkredite an unselbstständig Erwerbstätige das höchste Wachstum unter allen Krediten verzeichneten (+ 32,4 %)⁴⁵.

Das Währungsthema trat in den folgenden Monaten vorübergehend in den Hintergrund. Anlass zu politischen Kontroversen bot hingegen die seit Herbst 1971 gestiegene Inflation. Die Frage der steigenden Inflation und deren Eindämmung bildete wiederholt Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen Regierung und Opposition. Die Regierung Kreisky erlitt wenige Wochen nach Amtsantritt im Parlament eine Abfuhr, als ihr Vorschlag für eine schärfere administrative Preiskontrolle mangels der dafür erforderlichen Zweidrittelmehrheit, im Parlament abgelehnt wurde. Eine Paktierung mit den übrigen sogenannten „Wirtschaftsgesetzen“ hatte die SPÖ vorher abgelehnt. Österreich verfügte mit der Paritätischen Kommission seit den 1960er Jahren zwar über ein sozialpartnerschaftliches Instrument zur Kontrolle der Löhne und Preise, die Regierungspartei strebte aber zur

⁴¹ Österreich-Bericht 293/1971B, 138/1973f; Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1985, S. 150f.

⁴² Österreich-Bericht 152, B/1973, Eine Gastarbeiterdebatte, 198/1973, Wahlkampfthema Gastarbeiter-Stop 211/1973, Gastarbeiter - die neuen Österreicher, 207/1973 Industrie zur Gastarbeiterfrage bzw. Gastarbeiter und Parteien, 240/1973, Der durchleuchtete Kolaric, Profil, 20/1973, 28.9.1973, Lieber Überstunden als Gastarbeiter. Zur Debatte zum Ausländerbeschäftigungsgesetz: Vgl. Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats, XII. GP, S. 13559-13583 (zit. Michael John/Albert Lichtblau, Schmelztiegel Wien. Einst und Jetzt, Wien-Köln-Weimar 1993, S. 274f.

⁴³ Die Nominallohne verzeichneten zwar teilweise zweistellige Zuwächse, aufgrund von Inflation und Steuerprogression blieben die Reallöhne aber deutlich unter der 10%-Marke.

⁴⁴ Gunther Tichy, Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstum im Aufschwung 1967 bis 1971, in: WIFO-Monatsberichte, H. 4/1972, S. 148-160.

⁴⁵ Österreich-Bericht 94/1973, 21.4.1973, 1972 bisher größte Kreditexpansion.

Disziplinierung „schwarzer Schafe“, die sich dieser Institution nicht unterwerfen wollten, erweiterte Möglichkeiten der Preiskontrolle und -regelung, was, angesichts einer sich beschleunigenden Inflation verständlich, bei den Wirtschaftspartnern mit Argwohn und Verärgerung registriert wurde. Hintergrund war ein besorgniserregender Anstieg der Inflationsrate seit Herbst 1971 von 4,7 % im Jahresdurchschnitt 1971 auf 5,7 % im 1. Quartal 1972.

Im ersten Halbjahr 1972 rückten außerdem die Verhandlungen zwischen der EWG und Österreich über ein Freihandelsabkommen vorübergehend in den Mittelpunkt des Interesses. Besonders für einige Wirtschaftszweige wie die Stahl-, die Papierindustrie und die Landwirtschaft ging es dabei um sehr viel. Die österreichische Seite bemühte sich dabei, besonders im Bereich der Landwirtschaft und anderer sogenannter „sensibler Produkte“ der Gemeinschaft möglichst viele Zugeständnisse abzurufen und als schutzwürdig empfundene Bereiche nicht ohne Übergangszeiten dem harten Wettbewerb auszusetzen. Die Verhandlungen in Brüssel wurden unter der Regie von Handelsminister Staribacher und in Zusammenarbeit mit dem parlamentarischen Integrationsausschuss sowie den Interessenvertretungen der Wirtschaft von Alois Marquet und Botschafter Franz Leitner auf Beamtenebene geführt. Erst im Februar 1972 unternahm Kreisky selbst eine Reise, deren Ziel es vor allem war, die Widerstände Frankreichs gegen das in Verhandlung stehende Abkommen zu überwinden. Nach seiner Rückkehr gab Kreisky dem Nationalrat einen ersten Zwischenbericht und zeigte sich optimistisch über die Möglichkeit eines Abkommens. Staribacher reiste, von der Opposition wegen seiner zurückhaltenden Reisediplomatie heftig kritisiert, einen Monat nach Kreisky in Begleitung von Franz Jonas nach Paris und machte am 10. April seine erste Visite in Brüssel, wo er mit Edmund Wellenstein, dem Verhandlungsleiter auf Expertenebene, dem Kommissar für Außenwirtschaftsfragen Ralph Dahrendorf und dem italienischen Vizepräsidenten zusammentraf. Nachdem im Mai und Juni über die schwierigsten Verhandlungskapitel verhandelt worden war, begab sich Staribacher in der Schlussphase am 25. Juni 1972 nach Luxemburg, wo er unterstützt von Leitner drei Tage lang versuchte, besonders den französischen Teilnehmern letzte Zugeständnisse zum Freihandelsabkommen abzurufen, das am 22. Juli feierlich unterzeichnet wurde.

Sein Aufenthalt in Luxemburg wurde teilweise von der Hektik der internen Beratungen der Kommission und Minister infolge der Schwäche des britischen Pfund überschattet. Anfang März 1972 hatten sich die sechs Gründungsstaaten der EWG auf die Bildung der sogenannten europäischen Währungsschlange geeinigt: das Abkommen, eine Idee, die schon 1969 geboren wurde, sah vor, dass die Schwankungsbreite der Währungen dieser Länder untereinander höchstens 2,25 % betragen sollte. Das Abkommen, dessen Architekt

der deutsche Wirtschaftsminister Karl Schiller war – er trat Anfang Juli zurück und wurde von Helmut Schmidt abgelöst – sollte der erste Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden Stabilitätspakt innerhalb der EWG sein. Im Mai trat auch Großbritannien als künftiges neues Mitglied der EWG dem Abkommen bei. Das Pfund schied aber schon einen Monat später wieder aus dem Währungsverbund aus. Wegen der hohen Inflation in Großbritannien entbrannte ein Streit über eine mögliche Abwertung, die zu einer Pfund-Schwäche führte, die sich bereits um den 16. Juni abzuzeichnen begann und auch andere Währungen unter Abwertungsdruck brachte⁴⁶. In Österreichs wurde die Krise von den Währungsverantwortlichen gelassen verfolgt. Finanzminister Androsch, soeben aus Moskau von einem erfolgreichen Treffen mit Ministerpräsident Alexej Kossygin zurückgekehrt, setzte am 26. Juni den Konsultationsmechanismus sowohl mit dem Kreditapparat als auch seinem Berner Amtskollegen in Gang. Die Spekulation gegen das Pfund hatte keine Änderung der Schillingparität zur Folge; der Kurs der britischen Währung rutschte nach Wiedereröffnung der Wiener Devisenbörse am 29. Juni um 4,5 % ab. Das Pfund wurde in der Folge aus dem Währungsindikator für die Bestimmung des Schillingkurses gegenüber dem Dollar eliminiert⁴⁷.

Am 6. Juli 1972 legte Bundeskanzler Kreisky dem Nationalrat einen weiteren Bericht zur Wirtschaftslage vor, der vom Finanzminister ergänzt wurde. Sein Bericht enthielt eine überwiegend positive Schilderung der aktuellen Wirtschaftslage⁴⁸. Die Redner der Oppositionsparteien kritisierten freilich nicht nur die überfallsartige Vorlage und die selektive Auswahl der Erfolgsziffern, sondern einmal mehr den Mangel eines Konzepts zur Bekämpfung der Inflation. Sie äußerten die Befürchtung, dass durch die Einführung der Mehrwertsteuer die Inflation noch weiter angeheizt werden könnte.

In Wirklichkeit war man sich innerhalb der Bundesregierung der Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen gegen die Inflation seit langem wohl bewusst. Androsch hatte die Wirtschaftsexperten seiner Partei schon im Jänner 1972 zu grundsätzlichen Überlegungen aufgefordert. Die wirtschaftspolitische Aussprache am 13. März stand dann auch ganz im Zeichen der Preispolitik. Die Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts irrten aber gründlich, als sie von einer kontinuierlichen Abschwächung des Preisauftriebs im

⁴⁶ Zu den internationalen Aspekten der Pfundkrise vgl. Hellmann, Gold, Dollar und die Schlange, S. 38-47, Van der Wee, Der gebremste Wohlstand, S. 554ff., Grosser, Das Bündnis, S. 368ff.

⁴⁷ Zu den Diskussionen im Gefolge der Pfundkrise vgl. die Berichte in der Arbeiter-Zeitung und anderen Blättern vom 23. bis 29.6.1972. Kossygin hatte bei einem überraschenden Empfang Androsch grünes Licht für Österreichs Abkommen mit der EWG signalisiert.

⁴⁸ Stenographische Protokolle des Nationalrates, XIII. GP, 37. Sitzung vom 6.7.1972, Bericht Bundeskanzler Dr. Kreisky zur wirtschaftlichen Lage, S. 3036-3040. Der Bericht Kreiskys lag den Abgeordneten um 11 Uhr des Tages, an dem die Debatte stattfand, vor. Als erster Debattenredner nach Kreisky meldete sich Finanzminister Androsch zu Wort, der in seiner Ergänzung besonders auf den Einsatz des Budgets als konjunkturpolitisches Instrument Bezug nahm.

Jahresverlauf 1972 und von einer Inflationsrate von 4,8 bis 4,9 % über das ganze Jahr ausgingen⁴⁹, während sie im Gegensatz dazu seit dem Frühjahr über 6 % lag und bis zum Herbst weiter anstieg.

Währungs- und Stabilisierungspolitik standen in einem untrennbaren, engen Zusammenhang miteinander. In Bezug auf die Währungspolitik betonte Androsch im Juli 1972 zwar weiterhin das Bemühen der Bundesregierung um eine gemeinsame Währungspolitik mit allen daran beteiligten Wirtschaftspartnern mit dem Ziel, „dass spekulative Einflüsse von außen ferngehalten, sichere Kalkulationsgrundlagen für Außenhandel und Fremdenverkehr gewährleistet und die österreichischen Interessen bei neuen internationalen Währungsvereinbarungen gewahrt werden“⁵⁰.

In der Frage, in welcher Weise Finanzminister, Notenbank und die Sozialpartner bei der Bekämpfung der Inflation vorgehen sollten, ergaben sich im Laufe des 1. Halbjahres 1972 allerdings Reibungsflächen zwischen Androsch und der Notenbank. Die Nationalbank drängte bereits Ende März auf eine Eindämmung des Zuflusses ausländischer Gelder nach Österreich. Anfang April widersprachen einander Schmitz und Androsch im Rahmen der wirtschaftspolitischen Aussprache in der Frage, ob die Nationalbank zu diesem Zweck den Diskontsatz nach dem Vorbild anderer westeuropäischer Staaten senken sollte. Androsch hielt eine Senkung des Diskontsatzes in Anbetracht der Konjunkturlage für ein falsches Signal. Im Februar hatte Androsch gegen Schmitz und Nationalbankdirektor Hans Kloss eine Anhebung der Mindestreserveeinlagen der Banken bei der Nationalbank durchgesetzt, um so den gestiegenen Geldumlauf zu verringern. Aufgrund der sehr guten Ergebnisse im Fremdenverkehr vereinbarten Nationalbank und Finanzminister Anfang August, dem Kreditapparat überschüssige Liquidität zu entziehen, insgesamt 4 Mrd. öS in den ersten acht Monaten⁵¹. Allerdings wurde das Ausmaß selbst in den eigenen Reihen als zu gering erachtet, wie sich Heinz Kienzl, damals in der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft tätig, bei Staribacher beschwerte⁵². Nach Meinung Kienzls hätten Kreisky und Androsch in der Befürchtung, eine auf Stabilisierung ausgerichtete Politik könne die sich ohnedies abschwächende Konjunktur abwürgen, zu lange die Augen vor der ansteigenden Inflation verschlossen⁵³.

⁴⁹ Staribacher-Tagebuch, 13.3.1972.

⁵⁰ Stenographische Protokolle des Nationalrates, XIII. GP, 37. Sitzung vom 6.7.1972, S. 3041, 3043.

⁵¹ Kurier, 5.8.1972, Zweite Abschöpfungsrate. Das erste kleine Stabilisierungspaket war Ende Jänner 1972 vereinbart worden, vgl. Arbeiter-Zeitung, 1.2.1972.

⁵² Staribacher-Tagebuch, 1.2.1972, 11.2.1972, 5.4.1972, 15./16.7.1972

⁵³ Staribacher-Tagebuch, 18.9.1972.

In diesem Zusammenhang ist eine mehrteilige Artikelserie der Tageszeitung „Die Presse“ im Frühsommer 1972 interessant, da diese Zeitung der Handelskammer nahe stand, aus der Nationalbankpräsident Wolfgang Schmitz kam. In der Serie wurde das währungspolitische Instrumentarium der Notenbank kritisch und nüchtern analysiert. Der Autor Karl Graber gelangte zu dem Schluss, dass die Leitung der Notenbank in der Realität mit ihrem Instrumentarium des Zustroms ausländischer Gelder und der Kreditausweitung durch die Banken allein nicht Herr werden könne, solange die anderen Wirtschaftspartner, Finanzminister, Kreditapparat und Sozialpartner gegenteilige Interessen verfolgten⁵⁴.

In dasselbe Horn blies Philipp Rieger, damals Leiter der Abteilung Prüfungsstelle und Statistik für den internationalen Zahlungsverkehr bei der Nationalbank, gegenüber Staribacher, der sich beschwerte, dass die Notenbank „überhaupt nicht aktiv werden kann“, weil die Bankmanager im Generalrat nicht bereit seien, Vorschläge der Direktion zu beschließen, sobald „es gegen ihre Geschäftsinteressen“ sei. Androsch sei auf die Gunst der Banken angewiesen, um „die Bundesschuld von 14 Milliarden S unterzubringen“⁵⁵. Die „Arbeiter-Zeitung“ widersprach dem unter Verweis auf das Nationalbankgesetz, das die Bank darauf verpflichte, in ihren Entscheidungen auf die Wirtschaftspolitik Bedacht zu nehmen, sie sei aber keine „dependance“ des Finanzministeriums⁵⁶.

Nach der politischen Sommerpause konnte die Regierung am Thema Teuerung nicht mehr vorübergehen, die während des Sommers auch von der „Arbeiter-Zeitung“ mehrfach angeprangert worden war. Bei der Herbstklausur der Bundesregierung im burgenländischen Draßburg am 21. und 22. September verlangte Kreisky, die Bekämpfung der Inflation müsse in der Herbstarbeit der Bundesregierung Priorität haben. Der Finanzminister hatte bereits eine Woche vor der Regierungsklausur im Nationalrat mit einem Vorschlag für ein Stabilisierungsabkommen die neue wirtschaftspolitische Linie vorgegeben⁵⁷. Wie Meinungsumfragen zeigten, gab die Bevölkerung in wachsendem Maß der Regierung die Schuld an der Teuerung⁵⁸. Dazu kam, dass sich die Regierung seit dem Sommer einer ungewöhnlich heftigen Kritik der parteiunabhängigen Presse ausgesetzt sah, die auch dieses Thema aufgriff⁵⁹. Weitere heikle Themen waren die im Herbst 1972 eingeleitete ORF-Reform und die von der Kronen-Zeitung unterstützte Bürgerinitiative gegen die Verbauung des

⁵⁴ Die Presse, 17.6., 20.6. und 23.8.1972

⁵⁵ Staribacher-Tagebuch, 22.8.1972.

⁵⁶ Arbeiter-Zeitung, 15.11.1972, H(elmut) Romé, Standfestigkeit.

⁵⁷ Stiftung Bruno Kreisky Archiv, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 22, Hannes Androsch, Wirtschaftspolitik im Herbst 1972, Staribacher-Tagebuch, 14.9.1972.

⁵⁸ Staribacher-Tagebuch, 21.9.1972.

⁵⁹ Interessanterweise äußerten sich sowohl Staribacher (Tagebuch, 19.-21.8.1972) als auch Kreisky etwa zeitlich parallel im selben Sinn, wobei bei Kreisky auch der im Juli 1972 erfolgte Verkauf des Kurier an eine Industrielengruppe erhebliche Irritationen erzeugte.

Sternwarteparks, die schließlich zum Sturz Felix Slaviks führte. Im Anschluss an Kreisky erläuterte Androsch seine Vorstellungen für eine ‚konzertierte Aktion‘, deren Grundzüge und Ziele er bereits am 16. September präsentiert hatte⁶⁰. Der ÖGB hatte schon im Vorfeld der Budgeterstellung seine grundsätzliche Bereitschaft erkennen lassen, durch moderate Lohnabschlüsse seinen Beitrag zu leisten, um die Inflation zu bekämpfen.

Das stabilitätspolitische Konzept der Regierung Kreisky 1972/73

Androsch wollte bei der Gestaltung des Budgets mit gutem Beispiel vorangehen. In seiner Budgetrede am 18. Oktober 1972 versicherte er, das Budget für 1973 sei „unter strenger Beachtung der stabilitätspolitischen Bemühungen“ erstellt; im Budgetvollzug wurden den Ressorts fixe monatliche Ausgabenrahmen vorgegeben; gewisse nachfragewirksame Ausgaben, insbesondere öffentliche Aufträge im Bauwesen sollten erst im 2. Halbjahr 1973 erfolgen. 15 % des Budgets standen als Ermessensausgaben zur Konjunktursteuerung zur Verfügung⁶¹. Das Budget 1973 stand außerdem im Zeichen zweier Steuerreformen – der Einführung der Mehrwertsteuer und einer Lohn- und Einkommenssteuersenkung – sowie des im EWG-Freihandelsabkommen vereinbarten schrittweisen Zollabbaus, was eine exakte Budgetplanung insgesamt erheblich erschwerte.

Das WIFO schätzte die Einnahmehausfälle aufgrund der Steuerreform auf etwa 14,6 Mrd. sowie 1,1 Mrd. aus dem Finanzausgleich, das entsprach rd. 13,8 % der Gesamteinnahmen 1972. Trotzdem sollte das inlandswirksame Defizit wegen der nach wie vor sehr guten Konjunkturlage bei einem Wachstum von ca. 5 % nicht höher sein als 1972⁶².

Zur Abkühlung der überhitzten Bauwirtschaft hatte Androsch auch die Länder und Gemeinden in die Pflicht zu nehmen versucht und Gespräche mit dem Baugewerbe geführt⁶³. Die ÖVP, die zu Beginn der Herbstsession einen „heißen Herbst“ ankündigte, lehnte sowohl den Budgetentwurf als auch das eine Woche vor der Sitzung von einem Sonderministerrat beschlossene Stabilisierungspaket ab und die parlamentarische Debatte am 22. November darüber – bereits die fünfte Wirtschaftsdebatte in diesem Jahr – führte zu einer scharfen Konfrontation zwischen Opposition und Regierung, die sich gegen den Vorwurf verteidigte, sie habe viel zu spät auf die seit dem Frühjahr erkennbare inflationäre

⁶⁰ Arbeiter-Zeitung, 16.9.1972, 1,3, Sparen soll sich bezahlt machen.

⁶¹ Stenographische Protokolle des Nationalrates, XIII. GP, 18.10.1972, S. 3802ff., Budgetrede Hannes Androsch.

⁶² Monatsberichte des Wirtschaftsforschungsinstituts H. 11/1972, S. 432-441.

⁶³ Staribacher-Tagebuch, 19.9.1972 und 28.6.1972 (Wirtschaftspolitische Aussprache).

Entwicklung reagiert und versuche, die Stabilisierungsmaßnahmen einseitig auf die Wirtschaft abzuwälzen⁶⁴.

Finanzminister Androsch führte in der zweiten Novemberhälfte mit allen Beteiligten Gespräche, um ein umfangreiches Stabilisierungspaket aus der Taufe zu heben. Er empfing zunächst die Vertreter der Länder, die Spitzen des ÖGB, der Handelskammer und der Industriellenvereinigung sowie der Banken zu Separatgesprächen, in denen er Ziele und Maßnahmen erläuterte. Es gelang ihm, zwischen 16. und 27. November das Gesamtpaket fertig zu schnüren, das vom Ministerrat und durch die Sozialpartner am 28. November gebilligt wurde. Es gelang Androsch auch, ÖGB und Bundeswirtschaftskammer in Bezug auf die Gestaltung der Löhne und Preise mit einzubeziehen, die ein eigenes Abkommen ausverhandelten⁶⁵: Preise wichtiger Grundnahrungsmittel sowie von Strom und Benzin sollten innerhalb der nächsten Monate nicht erhöht oder durch Importe niedrig gehalten werden. Den Unternehmen wurden im Rahmen des EWG-Abkommens bzw. der Steuerreform gewisse Entlastungen zugestanden. Die Nationalbank erhöhte den Diskont- und Lombardsatz, setzte die Mindestreservesätze für die Banken hinauf und vereinbarte mit den Banken neue Kreditplafonds. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland wurde vorübergehend aufgehoben, Volksbanken und Sparkassen wurden in die Kreditkontrollabkommen einbezogen⁶⁶. Bis Herbst 1972 wurden zwar rd. 10 Mrd. liquider Mittel stillgelegt⁶⁷, was aber bei weitem nicht ausreichte, um die stark steigenden Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, Kapitalzuflüsse aus Auslandskrediten, sowie die gestiegenen Einnahmen von Unternehmen und Haushalten zu kompensieren.

Dass die Abmachungen nicht ausreichend sein würden, die Teuerung zum Stillstand zu bringen, war allen Eingeweihten klar. Besonders in der Nationalbank zeigte man sich über die Verhandlungsergebnisse alles andere als begeistert. Schon vor Beginn der Verhandlungen hatte es, wie oben erwähnt, kritische Stimmen in und außerhalb der Nationalbank gegeben: zum Naheverhältnis zwischen Generalrat, politischen Parteien und Regierung, dem späten Reagieren der Regierung auf die inflationären Tendenzen und zu den vorgeschlagenen Maßnahmen⁶⁸. Das Verhältnis zwischen Finanzministerium und der

⁶⁴ Vgl. die parlamentarische Debatte in der 46. Sitzung des Nationalrates, XIII. GP, 22.11.1972.

⁶⁵ Stiftung Bruno Kreisky Archiv, NL Kreisky, Wirtschaft, Box, 22, Bericht an den Ministerrat betr. Stabilitätspolitik, Staribacher-Tagebuch, 28.11.1972, Aufzeichnung über Wirtschaftspolitische Aussprache.

⁶⁶ Wiener Zeitung, 24.10. und 31.10.1972, Kreditpolitische Maßnahmen sowie vorige Fußnote.

⁶⁷ Stenographische Protokolle des Nationalrates, XIII. GP, 18.10.1972, S. 3830, Antwort Hannes Androsch zur Kritik an der Budgetvorlage 1973.

⁶⁸ Vgl. Analyse in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung, 7.4.1973, Wie unabhängig ist die Notenbank wirklich? unter explizitem Hinweis auf das Stabilisierungspaket vom November 1972.

Bankleitung galt seit längerem als unterkühlt⁶⁹. Nach außen hin zeigte man sich – etwa im festlichen Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der Nationalbank, das am 14. November begangen wurde – zwar bemüht, das änderte aber nichts an den sachlichen Gegensätzen⁷⁰. Schmitz und ÖNB-Generaldirektor Hans Kloss verlangten im Zuge der Verhandlungen mit Androsch gesetzliche Befugnisse, um Kreditaufnahmen der Banken im Ausland in engeren Grenzen zu halten, konnten damit aber weder bei Androsch noch bei den Banken, die sich dem begreiflicherweise widersetzen, durchdringen⁷¹.

Dass die Regierungspartei einen Wechsel an der Spitze der Bank seit längerem überlegte, war in eingeweihten Kreisen ein offenes Geheimnis. Die SPÖ-Spitze tauschte zunächst ihr angehörige ältere Mitglieder des Generalrates aus: Im März wurde das Ausscheiden Andreas Korps bekannt gegeben. Zu seinem Nachfolger als Vizepräsident wurde der bisherige Präsident des Nationalrates Karl Waldbrunner in die Nationalbank bestellt; die Bestellung Waldbrunners wurde von der Presse eher kritisch aufgenommen. Am Ende des Jahres wurde auch der Rückzug von Karl Ausch, Mitglied des Generalrates, bekannt gegeben, als dessen Nachfolger die SPÖ Z-Generaldirektor Karl Mantler in den Generalrat entsandte. Und Ex-BAWAG Chef Fritz Klenner machte BAWAG-Generaldirektor Walter Flöttl Platz. Der scheidende Generalrat Karl Ausch hatte sich Anfang November nicht nur kritisch zur ÖGB-Lohnpolitik geäußert, woran sich eine Debatte mit Vertretern der wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer im sozialistischen Zentralorgan schloss, bei seinem Ausscheiden verwies er auch darauf, dass seiner Meinung nach der Generalrat der Nationalbank den Großteil seiner währungspolitischen Kompetenz an den Finanzminister verloren habe⁷². Im Sommer 1972 berichtete eine Vorarlberger Tageszeitung erstmals über die beabsichtigte Ablöse von Wolfgang Schmitz (Präsident) und Hans Kloss (Generaldirektor), die beide der ÖVP zurechenbar waren, wobei interessanterweise auch Stephan Koren als Nachfolgekandidat genannt wurde.

Androsch nahm erstmals im Oktober 1972 dazu Stellung, gab sich aber neutral und verwies auf Gespräche, die darüber zwischen Kreisky und ÖVP-Obmann Karl Schleinzner zu führen seien⁷³. SPÖ-Parteivorstand und -Präsidium beschlossen auf Vorschlag des Kanzlers und Finanzministers am 18. Jänner 1973, der ÖVP in den Verhandlungen um die Nachfolge

⁶⁹ Vgl. Staribacher-Tagebuch, 5.4.1972.

⁷⁰ Vgl. die Reden von Schmitz und Androsch in der Broschüre: Währungspolitik im Umbruch, Wien 1972.

⁷¹ Arbeiter-Zeitung, 27.4.1972, Nationalbank auf sachtem Kurs und 22.11.1972, Feilen an der Kreditbremse.

⁷² Arbeiter-Zeitung, 27.4.1972 (Abschied Korps), 22.3.1973, Abschied von der Währungspolitik (zum Ausscheiden Auschs). Zur Ausch-Debatte vgl. Arbeiter-Zeitung 9.11.1972, 15.11.1972, 12.7.1973, 18.7.1973. zur Kritik Auschs am Verlust währungspolitischen Einflusses und zu den Personalrochaden vgl. Trend 6/1973, Die Nationalbank, S. 48.

⁷³ Neue Vorarlberger Tageszeitung, 12.8.1972, Arbeiter-Zeitung, 11.10.1972.

Schmitz' den bisherigen Generaldirektor Hans Kloss vorzuschlagen, der seine berufliche Karriere nach 1946 im Finanzministerium begonnen hatte und vor seinem Wechsel in die Nationalbank im Jahre 1969 Generaldirektor der Raiffeisen-Zentralbank gewesen war⁷⁴. Seine berufliche Laufbahn neigte sich bereits dem Ende zu, weshalb sicherlich auch schon damals Überlegungen über mögliche Nachfolger angestellt wurden. Nach dreistündigen Verhandlungen zwischen Kreisky und Schleinzer am 29. Jänner 1973 kam es zu einer Einigung über die neue Führungsgarnitur in der Notenbank: Die ÖVP akzeptierte den SPÖ-Vorschlag, dass Kloss Präsident, Heinz Kienzl, wirtschafts- und währungspolitischer Berater Anton Benyas, hingegen Generaldirektor werden solle; im Gegenzug wurde stimmte die SPÖ dem ÖVP-Personalpaket zu⁷⁵. Der Bundeskanzler wehrte in einer Pressekonferenz kritische Journalistenfragen nach den Gründen für die Ablöse von Schmitz mit dem Bonmot ab, „die bürgerliche Geldpolitik“ sei durch den Wechsel an der Spitze der Notenbank jedenfalls nicht gefährdet. Man habe ursprünglich Karl Waldbrunner für diese Funktion vorgeschlagen, ihn jedoch aus politischer Rason zurückgezogen⁷⁶. Im Frühjahr 1973 schloss sich an die Bestellung der neuen Spitze der Nationalbank noch eine Diskussion, inwieweit die Gehälter der Direktoren nicht überhöht seien.

Im Februar 1973 kam es, kaum war die neue österreichische Notenbankführung bestellt, weltweit neuerlich zu schweren Währungsturbulenzen, die ihren Ausgangspunkt einmal mehr in den USA nahmen. Das US-Handelsbilanzdefizit hatte sich zuletzt dramatisch erhöht, und die Nixon-Regierung setzte alles daran, die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft gegenüber Europa und Japan zu verbessern, auch um den Preis der Änderung der Währungsrelationen. Die Deutsche Bundesbank musste in den ersten zehn Februartagen hohe Stützungskäufe tätigen, um den Kurs des US-Dollar zu verteidigen. Die europäischen Devisenbörsen waren einmal mehr tagelang geschlossen.

Die Europäische Kommission, die, wie an anderer Stelle erwähnt, seit langem auf ein gemeinsames Währungssystem hinsteuerte, hatte Ende Jänner einen Entwurf für einen europäischen Währungsinterventionsfonds vorgelegt. In den Verhandlungen, die am 11. und 12. Februar auf EWG-Finanzministerebene geführt wurden, gelang es jedoch weder Giscard d'Estaing noch Helmut Schmidt, Italien oder Großbritannien zur Rückkehr zum gemeinsamen „Blockfloaten“ zu überzeugen. Nach fast einmonatigen Bemühungen der Achse Paris-Bonn einigte man sich auf eine verkleinerte europäische Währungsschlange.

⁷⁴ Munzinger-Archiv 1/79, Biografie Hans Kloss.

⁷⁵ Die Einigung wurde auch vom Ministerrat und ÖVP-Parteivorstand abgesegnet, Arbeiter-Zeitung, 30.1.1973.

⁷⁶ Vgl. Stiftung Bruno Kreisky-Archiv, NL Kreisky, Box 1318, ORF-Bericht von der Pressekonferenz, 6.2.1973, Arbeiter-Zeitung, 7.2.1973, S.2.

Sowohl Italien als auch Großbritannien traten den Abmachungen nicht bei, weil ihre Währungen ähnlich dem Dollar unter Abwertungsdruck standen.

Am 12. Februar gab die US-Administration nach starken spekulativen Bewegungen eine neuerliche Abwertung des Dollar bekannt. Die Abwertung fiel mit 10 % noch stärker aus als im Dezember 1971⁷⁷. Vergeblich hatten sich die Finanzminister der drei großen EG-Länder bemüht, die Abwertung des Dollar abzuwenden. Im Laufe der folgenden Tage kam es an den europäischen Börsen zu starken Schwankungen des Dollarkurses und einer starken Steigerung des Goldpreises. Anfang März verdichteten sich die Gerüchte über eine mögliche Freigabe des Dollarkurses und ein gemeinsames Floaten der EWG-Mitgliedstaaten gegenüber dem Dollar. Die Devisenbörsen blieben vom 2. März an mehr als zwei Wochen lang geschlossen. Die Beratungen des ersten Treffens der neun EWG-Mitgliedsstaaten Anfang März endeten infolge großer Unterschiede zwischen Frankreich, der BRD und Großbritannien ohne konkretes Ergebnis, und das böse Gerücht eines möglichen Handelskrieges gegen die USA stand bereits im Raum. Schon vor dem zweiten „Währungsgipfel“ zeichnete sich eine Verkleinerung der „Währungsschlange“ ab, da sowohl Großbritannien als auch Italien für die übrigen EWG-Mitglieder unerfüllbare Bedingungen für einen Weiterverbleib in der Schlange stellten und aus dem gemeinsamen Floating der westeuropäischen Währungen) herausfielen. Die deutsche Regierung beschloss nach langen intensiven Beratungen des erweiterten „Zehnerklubs“ vom 11. bis 13. März 1973 in Paris als einziges EG-Mitglied neuerlich eine Aufwertung der D-Mark um 3 %. Am Morgen des 13. März wurden die Beschlüsse bekannt gegeben.

Die beiden Aufwertungsrunden des Schilling 1973: Hartwährungspolitik ja oder nein?

Finanzminister Hannes Androsch informierte den Ministerrat erstmals am 6. Februar über die währungspolitische Lage und stand seither in ständigen Konsultationen mit der neuen Nationalbank-Führung. Nach der Dollarabwertung lag der Dollarkurs mit 20,5 öS noch im Bereich der nach dem Smithsonian Agreement zulässigen Bandbreite, und Finanzminister Androsch versicherte, es werde keine Änderung der Parität des Schilling gegenüber der US-Währung geben⁷⁸. Am Tag der Dollar-Abwertung sagte Androsch, Österreich sei weiterhin an stabilen Wechselkursverhältnissen gegenüber seinen wichtigsten Handelspartnern interessiert, man müsse vermeiden, durch Änderung der Wechselkurse nicht Instabilität importieren⁷⁹. Dem Ministerrat teilte er am selben Tag mit, die meisten österreichischen

⁷⁷ Vgl. Hellmann, Gold, Dollar und die Schlange, S. 50ff.

⁷⁸ Arbeiter-Zeitung, 14.2.1973, Nach Dollarschnitt: Aufatmen in der Welt

⁷⁹ Arbeiter-Zeitung, 13.2.1973, Ende der Währungskrise in Sicht

Exporteure hätten sich gegen Kursverluste des Dollar abgesichert⁸⁰; kompensatorische Maßnahmen, wie sie der Exportwirtschaft aus dem Budget 1971 gewährt wurden, seien daher diesmal nicht vorgesehen. Die Verluste der Nationalbank würden voraussichtlich 1,3-1,4 Mrd. öS betragen⁸¹. Demgegenüber äußerte der Leiter der Sektion Industrie der Bundeswirtschaftskammer, Philipp Schoeller, die Ansicht, die Nationalbank sei zuletzt vom System stabiler Wechselkurse abgegangen, was die „Arbeiter-Zeitung“ zu einer kritischen Stellungnahme veranlasste⁸². Der handelspolitische Sprecher der Industriellenvereinigung unterstützte Schoellers Auffassung: Die Interessen der Exporteure sollten bei der künftigen Orientierung der Wechselkurspolitik stärker berücksichtigt werden, da als Folge der Neufestsetzung der Wechselkurse im Dezember 1971 sich für 40 % der Exportwirtschaft ungünstigere Wechselkurse ergeben hätten⁸³.

Welchen Kurs sollte die österreichische Währung nehmen? Bei der Beantwortung dieser Frage muss auch die damalige Konjunkturlage in Rechnung gestellt werden: Die Konjunkturprognosen vom Frühjahr 1972 über eine Konjunkturabschwächung hatten sich nicht richtig erwiesen. Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft verzeichnete im 2. Halbjahr 1972 einen neuen Anstieg. Sowohl die Inlandsnachfrage als auch die Exporte stiegen kräftig an: Allein im Dezember 1972 nahmen die Exporte um 47 %, die Importe um 31 % zu. Besonders Elektrogeräte, andere dauerhafte Konsumgüter und Autos wurden – trotz aufrechter KfZ-Sondersteuer – von den österreichischen Konsumenten mehr denn je gekauft. Die Bauwirtschaft war an den Kapazitätsgrenzen angelangt. Als Folge dessen hatte die Inflation weiter zugelegt und Anfang 1973 die 8 %-Marke überschritten. Die Kreditausweitung als Folge der boomenden Wirtschaft von über 20 % bereitete den Währungshütern große Sorgen. Die Gespräche über die Verlängerung des im November 1972 vereinbarten Stabilisierungsabkommens liefen parallel zur Währungskrise an. Die Positionen lagen aber weit auseinander, nicht nur zwischen den Sozialpartnern, sondern auch innerhalb des Regierungslagers⁸⁴. Während etwa Kienzl, Rieger und die Arbeiterkammer ein Festhalten an der Kreditbremse bzw. eine weitere Einschränkung der Konsumkredite forderten, machten sich Kreisky und Androsch Sorgen über den

⁸⁰ Diese Meinung Androschs wurde auch durch die Industrie und Angaben der Nationalbank bestätigt. Vgl. Die Industrie, Nr. 8/1973, Welcher Teil des österreichischen Exports wird von der Dollar-Abwertung betroffen?

⁸¹ Staribacher-Tagebücher, 13.2.1973.

⁸² Arbeiter-Zeitung, 20.2.1973, (Helmut) Romé, Neue Kurspolitik?

⁸³ Arbeiter-Zeitung, 21.2.1973, Kurspolitik im Dienste des Exports. Auch im Vorfeld der Entscheidung verlangte die Industriellenvereinigung eine stärkere Orientierung der österreichischen Währungspolitik am Export (AZ, 9.3.1973, S. 12).

⁸⁴ Vgl. Staribacher-Tagebücher, 16.3., 5.4., 3.5. und 16.5.1973 und die Vorschläge der Arbeiterkammer: Arbeiter-Zeitung, 16.5.1973.

„Austrocknung“ des Kreditsektors und das Entstehen eines grauen Geldmarkts. Man müsse auch an den Investitionsbedarf der Verstaatlichten Industrie denken⁸⁵.

Obwohl der Finanzminister seine währungspolitische Linie bis kurz vor den Beratungen mit den Sozialpartnern nicht preis gab, so verdichteten sich doch seit Anfang März die Hinweise für die Richtung, die Österreich einschlagen würde. Bundeskanzler Kreisky äußerte sich Ende Februar in der Paritätischen Kommission dahin, dass die Währungsunsicherheit noch einige Zeit anhalten werde. Österreich tue in dieser Situation gut daran, sich an seinen „nächsten Handelspartnern“ zu orientieren, um Stabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten⁸⁶. Finanzminister Androsch kommentierte den Ausgang des ersten „Währungsgipfels“ in Brüssel, man habe infolge der bisher geringen Auswirkungen der Währungskrise auf Österreich genügend Zeit, mögliche Strategien zu überlegen, und deutete an, dass sich Österreich an einem Gemeinschaftsfloating gegenüber dem Dollar beteiligen würde. Im selben Sinne äußerte sich am 8. März auch der neue Generaldirektor der Nationalbank Heinz Kienzl, der ergänzte, der Schilling sei stark genug fundiert, um auch autonom eine Verengung der Schwankungsbandbreiten einzuhalten, wie sie in Brüssel diskutiert worden war⁸⁷. Die Währungsreserven der Nationalbank waren zuletzt sogar gestiegen⁸⁸. Der „Kurier“ vom 13. März nahm die voraussichtlichen Ergebnisse des österreichischen „Währungsgipfels“ schon weitgehend vorweg: der Schilling werde die D-Mark-Aufwertung nur zu einem Teil mitmachen. Die Grundsätze der österreichischen Währungspolitik seien, wie Androsch sich gegenüber der Zeitung äußerte, „seit langem fixiert“⁸⁹. Auch die „Presse“ vermutete schon vor Beginn der Aussprache, Österreich werde die Aufwertung der D-Mark zu „rund siebzig Prozent mitmachen“⁹⁰, und lag damit sehr nahe am tatsächlich beschlossenen Aufwertungssatz.

Einen Tag nach dem Beschluss von sechs EWG-Staaten, ihre Währungen gemeinsam zum US-Dollar „floaten“ zu lassen, trafen sich am Nachmittag des 13. März 1973 die Sozialpartner im Bundeskanzleramt, um im Rahmen der wirtschaftspolitischen Aussprache der Paritätischen Kommission über die künftige österreichische Wechselkurspolitik zu entscheiden. Über den Verlauf der Aussprache informiert ein genaues stenographisches

⁸⁵ Staribacher-Tagebücher und Arbeiter-Zeitung, 16.3.1973.

⁸⁶ Wiener Zeitung, 1.3.1973, Stabilitätspolitik wirksam.

⁸⁷ Wiener Zeitung, 6.3.1973, Stabilität hat weiterhin Vorrang, Arbeiter-Zeitung, 8.3.1973, Neuerer Floaten rückt in die Ferne. Eine Teilnahme Österreichs an einem europäischen Währungsfonds schloss Kienzl (aus Neutralitätspolitischen Gründen) jedoch aus.

⁸⁸ Arbeiter-Zeitung, 17.2.1973.

⁸⁹ Kurier, 13.3.1973, Der Schilling spielt nicht ganz mit.

⁹⁰ Die Presse, 13.3.1973, Vor Aufwertung des Schilling?

Wortprotokoll⁹¹. Finanzminister Androsch war kurz zuvor aus Bern von Konsultationen mit seinem Amtskollegen Lelio Celio zurückgekehrt, was der „Kurier“ dahingehend interpretierte, dass es zu keiner institutionalisierten Zusammenarbeit mit dem Nachbarn kommen würde. Sollten sich beide Staaten, eventuell gemeinsam mit Schweden und Norwegen, und wenn ja in welcher Form am gemeinsamen Floating gegenüber dem Dollar beteiligen? Nach einer kurzen Zusammenfassung der Pariser Beschlüsse kam Androsch in seinem Statement rasch auf jenes Problem zu sprechen, von dem er wusste, dass es in der weiteren Aussprache als zentral galt: die möglichen Folgen einer Auf- oder Abwertung des Schilling für Importe und Exporte. Androschs Position in diesem Punkt war klar: Eine Abwertung des Schilling würde bedeuten, dass es Österreichs Wirtschaft in der Folge auf der Kostenseite mit steigenden Rohstoff- und Energiekosten sowie einem partiell drohenden wage-drift in Grenzgebieten zu tun bekäme. Er empfehle in Absprache mit der Notenbank daher, „die 3 %-D-Mark-Aufwertung [...] mit einer Dekalage (einem Abschlag – Anm. TV), die etwa 2 ¼ % entspricht, also [...] um 0,75 % verringert, mitzumachen“⁹². Außerdem schlage er vor, sich am gemeinsamen Floating der sechs EWG-Staaten in einer noch näher zu bestimmenden Form zu beteiligen, ohne sich gegenüber dem Hartwährungsblock der Sechs, bestehend aus der BRD, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg und Dänemark, vertraglich zu binden. Das würde bedeuten, dass auch der Schilling künftig gegenüber dem Hartwährungsblock nur innerhalb eines schmäleren Bandes von 2,25 %, anstatt wie bisher 4,5 % (Smithsonian Agreement, Washington Dezember 1971), schwanken sollte. Nationalbankpräsident Hans Kloss, der im Anschluss an Androsch das Wort ergriff, unterstützte dessen Vorschlag und erläuterte die Details der Kursbildung: Folge man den Empfehlungen von Regierung und Nationalbank, so würde sich der Kurs des Schilling künftig nur noch am europäischen Hartwährungsblock orientieren. Eine solche Ausrichtung entspreche dem gesetzlichen Auftrag an die Notenbank⁹³. Pfund Sterling und Lira würden nicht mehr maßgebend für die Kursbildung sein. Die Nationalbank habe beide Währungen faktisch ohnedies seit einem dreiviertel Jahr nicht mehr in der Kursbildung berücksichtigt. Dass dies aufgrund der fallenden Wechselkurse die Exporte in diese beiden bedeutenden Exportziele erschweren könnte, war evident. Die gemeinsame Empfehlung Androschs und Kloss⁹⁴ rief daher die Vertreter der Wirtschaft, insbesondere der Exportwirtschaft, auf den Plan. Dazu zählten die Spitzenvertreter der Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung, Rudolf Sallinger, Arthur Mussil und Hans Igler. Die Vertreter der Wirtschaft, die ihre Meinung zu der

⁹¹ Stiftung Bruno Kreisky Archiv, NL Kreisky, Bestand Wirtschaft, Box 13, Wortprotokoll über die wirtschaftspolitische Aussprache der Paritätischen Kommission, 13.3.1973 im Bundeskanzleramt.

⁹² Ebenda, S. 2f. Stellungnahme Hannes Androsch.

⁹³ § 2, Abs. 3 des Gesetzes über die Nationalbank verpflichtete diese zu einer Politik des Erhalts des Werts der österreichischen Währung.

⁹⁴ Mangels Einsicht in das Archiv der Nationalbank kann über die interne Willensbildung an der Spitze der Notenbank (Direktorium, Exekutivkomitee), deren Ausdruck Kloss' Haltung war, nichts Genaues gesagt werden.

in den Medien kolportierten Aufwertungsabsicht der Bundesregierung auch im Vorfeld des Treffens geäußert hatten⁹⁵, lehnten eine zu enge Bindung an den Hartwährungsblock und dessen geringe Schwankungsbandbreite ab. Der bisherige Währungs-Indikator, der auch Pfund und Lira mit berücksichtige, sollte stattdessen weiter bei der Kursbildung Anwendung finden. Andernfalls bestehe für den Schilling die Gefahr, mit der D-Mark ‚nach oben‘ gezogen zu werden, was die heimischen Exporte erheblich belasten würde. Der vorgeschlagene Aufwertungssatz sei jedenfalls zu hoch: Die Vertreter der Wirtschaft plädierten für einen Satz zwischen 1,5 und 2 %. Dem hielt Androsch entgegen, die Einbeziehung von Pfund und Lira in der Fixierung des Wechselkurses würde zu einer Abwertung des Schilling führen. ÖGB-Chef Anton Benya und Kloss' Stellvertreter Waldbrunner unterstützten die Argumente Androschs, der selbst ausführlich auf die Argumente der Wirtschaft einging. Iglar, Mussil und auch der Vertreter der Landwirtschaft dagegen unterstützten die Position Sallingers mit weiteren Argumenten: Man möge die Entwicklung der nächsten Zeit erst einmal abwarten, bevor man endgültige Entscheidungen treffe. Demgegenüber vertrat Karl Waldbrunner die Auffassung, dass sich auch ein 3 % übersteigender Aufwertungssatz argumentieren ließe. Mussil lehnte eine engere Bindung an die Sechsergruppe grundsätzlich ab und verlangte außerdem „entsprechende Begleitmaßnahmen“ als Hilfestellung für Exporteure. Eine solche hatte Androsch aber im engen Kreis des Ministerrates bereits im Februar ausgeschlossen⁹⁶. Unterstützung erhielten Kammer und Industrie durch Ex-Finanzminister und ÖVP-Wirtschaftssprecher Stephan Koren, der sich ebenfalls für enge Bindungen zu diesem Zeitpunkt aussprach.

Nachdem Pro- und Contra-Argumente auf dem Tisch lagen, schlug Sallinger zuletzt vor, die Berechnungen der Notenbank für den Aufwertungssatz zu überprüfen; dazu bedürfe es Zeit. Die Entscheidung solle daher vertragt werden. Dagegen sprach sich aber der den Vorsitz führende Bundeskanzler aus, der darin nur ein taktisches Manöver erblickte, wogegen die Unternehmerseite entschieden protestierte. Die wirtschaftspolitische Aussprache in Sachen Aufwertung endete daher mit einem einseitigen Aufwertungsbeschluss der Regierung, der zwar von der Nationalbank mitgetragen wurde, der aber erstmals seit 1945 in dieser Höhe nicht die Zustimmung der Opposition und der Wirtschaft fand.

Im Anschluss an die Erklärung des Finanzministers im Nationalrat am 20. März zur Aufwertung kam es zu einer längeren Debatte, in der die ÖVP beklagte, die Regierung habe

⁹⁵ Vgl. Financial Times, 9.3.1973, Österreichische Industrie und Finanzministerium gegenteiliger Auffassung über Floaten des Schillings

⁹⁶ Staribacher-Tagebücher, 13.2.1973.

den 25 Jahre lang gemeinsam gestalteten währungspolitischen Kurs verlassen⁹⁷, was allerdings insofern nicht ganz korrekt war, als die Vertreter von ÖVP und der Wirtschaft ebenfalls für eine Aufwertung eingetreten waren. Regierung und Opposition lagen währungspolitisch aber nur hinsichtlich der Höhe des Aufwertungssatzes auseinander. Die SPÖ konterte, ÖVP-Obmann Schleinzer habe die Sitzung vorzeitig verlassen und sich während seiner Anwesenheit nie zu Wort gemeldet. Der Aufwertungsbeschluss knüpfte konsequent an die Beschlüsse vom 9. Mai 1971 und vom Dezember 1971 an und bilde einen Meilenstein auf dem Weg zur österreichischen Hartwährungspolitik der siebziger Jahre, die von vielen als wichtiges Erbe der Ära des Austro-Keynesianismus angesehen wird.

Selbst die Wirtschaftskreisen nahestehende „Presse“ meinte, die Argumente beider Seiten abwägend, die Aufregung über mögliche Schäden wegen eines geringfügig höheren Aufwertungssatzes sei überzogen. Man könne der Regierung vorwerfen, zu lange die Bekämpfung der Inflation vernachlässigt zu haben, die Exportunternehmen müssten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es auch noch andere berücksichtigungswerte Interessen gebe. Umgekehrt hätte es dem politischen Klima nicht geschadet, wenn man aus politischer Raison mit der Aufwertung noch etwas zugewartet hätte⁹⁸. Einige Tage später mäßigte die Opposition allerdings den Ton ihrer Kritik. Androsch konnte überzeugend nachweisen, dass sich durch die seit Mai 1971 vorgenommenen Aufwertungen Österreichs Exportposition gegenüber seinen Haupthandelspartnern nicht verschlechtert habe; außerdem einigte sich Androsch nach Verhandlungen mit der Exportwirtschaft auf ein kleines steuerpolitisches Hilfspaket, um die Härten der Aufwertung etwas abzufedern⁹⁹.

Im globalen Zusammenhang war die neue Hartwährungspolitik vor dem Hintergrund der seit 1972 ständig steigenden Inflation zu sehen, deren Inlandskomponente durch das oben erwähnte Stabilisierungsabkommen beizukommen versucht wurde. Angesichts der drohenden Gefahr einer Stagflation wurden in der Folge verschiedene Vorschläge und Anreize diskutiert, um diese Gefahr zu bannen. Der Wirtschaftsforscher und volkswirtschaftliche Statistiker Anton Kausel wagte aufgrund einer vergleichenden Analyse volkswirtschaftlicher Eckdaten allerdings schon 1973 die Behauptung, Österreichs Wirtschaft entwickle sich seit Mitte der sechziger Jahre sogar dynamischer als die der Bundesrepublik. Wenn die Sozialpartner eine weitblickende Lohn- und Einkommenspolitik verfolgten, so

⁹⁷ Stenographische Protokolle des Nationalrates, XIII. GP, 20. Sitzung, 20.3.1973, S. 6191-6224. Die FPÖ unterstützte in der Aufwertungsfrage eher die Bundesregierung, die Sprecher der ÖVP nutzten die Debatte, um auch allgemein auf die wirtschaftspolitischen Versäumnisse der Bundesregierung hinzuweisen.

⁹⁸ Österreich-Bericht 63/1973, 15.3.1973: „Presse“-Kommentar Karl Grabers, Politik mit dem Schilling.

⁹⁹ Sten. Protokolle des Nationalrates, 20. Sitzung, 20.3.1973, S. 6193f., Wiener Zeitung, 18.3.1973, Hilfestellung für Exporte, Oberösterreichische Nachrichten, 20.3.1973, Dollar-Wert um 20 Prozent gesunken. Androsch dozierte Währungsmathematik.

werde dieser Aufholprozess auch weiter anhalten¹⁰⁰. Trotzdem vertraten sowohl Androsch als auch Veselsky und andere Wirtschaftsexperten der Partei die Auffassung, dass das im Mai 1973 auslaufende Stabilisierungsabkommen durch neue stabilitätspolitische Maßnahmen ersetzt werden müsse.

Der Regierung Kreisky kämpfte in der Mitte ihrer Amtszeit im Frühjahr 1973 erstmals innenpolitisch mit einem Verlust an Popularität: Sowohl bei den Grazer Gemeinderats- als auch bei den Kärntner Landtagswahlen musste die Regierungspartei Wahlniederlagen hinnehmen. Die Diskussionen über die Ursachen der Niederlage wurden auch öffentlich geführt; dabei wurde angeblich von ÖGB-Chef Benya auch die Frage einer großen Koalition als Alternative in den Raum gestellt, worüber Kreisky so erzürnt war, dass er sogar mit Rücktritt drohte. Die Meinungsverschiedenheiten konnten aber ausgeräumt werden, sodass man sich im Mai wieder dem Problem der Inflationsbekämpfung zuwenden konnte. Bei der Regierungsklausur in Linz skizzierte Androsch seine Gedankengänge für eine zweite Phase der Stabilisierungspolitik: Die Vorschläge zielten auf eine maßvolle Budgetpolitik, eine koordinierte Auftragsvergabe im Bauwesen zur Eindämmung der überhitzten Baukonjunktur und eine Modifizierung der Kreditbremse, um das Wirtschaftswachstum in Gang zu halten. Kreisky verlangte auch eine Diskussion darüber, wie die verschiedenen öffentlichen Förderaktionen für die Wirtschaft untereinander stärker koordiniert werden könnten. Die vermutlich wichtigste Frage war aber, ob und mit welcher Maßnahme die Sozialpartner, die Nationalbank und der Kreditapparat zu welchem politischen Preis für eine Fortsetzung der Stabilisierungspolitik gewonnen werden konnten. ÖGB-Präsident Anton Benya hatte Gesprächsbereitschaft grundsätzlich signalisiert¹⁰¹. Übereinstimmung herrschte nur darin, dass man der wachsenden Inflationsgefahr nicht tatenlos zusehen dürfe, uneinig war man sich aber über Instrumente, die diesem internationalen Phänomen in einem vom Außenhandel besonders abhängigen Land zu Leibe rücken könnten. Diese Diskussion wurde im Rahmen zweier kurz aufeinander einberufener wirtschaftspolitischer Aussprachen und weiteren kurzfristig angesetzten Besprechungen mit den Ländern und Sozialpartnern im Mai geführt¹⁰².

Nationalbankpräsident Kloss äußerte sich in einer Rede vor Bankenvertretern in Linz Mitte Mai dazu, der Einsatz währungspolitischer Mittel allein genüge nicht, um die stabilitätspolitischen Ziele erreichen zu können. Monetäre Maßnahmen allein könnten

100 Arbeiter-Zeitung, 19.3.1974, Härter als DM: Schilling unverwundbar. Bei einem der von Kreisky für NationalökonomInnen veranstalteten regelmäßigen Abendessen meint Anton Kausel (WIFO) im Mai 1974, das Nichtmitziehen Österreichs bei der Aufwertung der D-Mark im Jahre 1969 sei der größte wirtschaftspolitische Fehler der 2. Republik gewesen. Staribacher-Tagebücher, 6.5.1974.

¹⁰¹ Staribacher-Tagebücher, 26.4. und 3.5.1973 (Regierungsklausur).

¹⁰² Vgl. Staribacher-Tagebücher, 7., 8., 9., 18. und 22.5.1973.

lediglich zur Milderung der Inflation beitragen“. Kloss ermahnte die Banken dennoch, im Interesse der Stabilität weiterhin ihrer Verpflichtung zu einer selektiven Kreditvergabe nachzukommen, besonders bei Krediten an die Länder und Gemeinden für den Hoch- und Tiefbau sollten strengere Maßstäbe angelegt werden, nachdem das Volumen der von der öffentlichen Hand ausgehenden Bauaufträge allein im Jahr 1972 um 28 % zugenommen hatte. Dieselbe Auffassung wurde schon vorher auch von sozialistischen Wirtschaftsexperten, insbesondere Nationalbankdirektor Heinz Kienzl vertreten. Davon ausgenommen bleiben sollten allerdings nach Überzeugung von Finanzminister Androsch weiterhin gewisse strukturpolitisch notwendige Investitionen in den Bereichen Verkehr, Umweltschutz, Sozial- und Gesundheitswesen¹⁰³. Als Sprecher des Kreditapparats bekannte sich Bankenverbandspräsident Heinrich Treichl zur Stabilitätspolitik, sprach sich aber gleichzeitig für eine Lockerung der Kreditbremse aus, wobei er sofort die Unterstützung Androschs erhielt, während die Nationalbank sich für eine Fortsetzung des restriktiven Kreditpolitik einsetzte. Im Unterschied dazu verlangten andere Vertreter wichtiger Banken eine Anhebung der Kreditlimits und eine flexiblere Politik der Nationalbank¹⁰⁴. Österreich sei, betonte Nationalbank-Präsident Heinz Kienzl Ende April, währungspolitisch noch nicht "aus der Gefahrenzone". Es müsse sich in den nächsten Monaten anstrengen, "bei möglichst geringer Belastung der Exportwirtschaft ein Maximum an Abwehr gegenüber dem internationalen Inflationsdruck zustande zu bringen." Daher könne man vorderhand noch nicht den restriktiven Kurs verlassen. "Die vorgesehene Kreditleitlinie beabsichtige nichts anderes, als die Kreditexpansion und damit die kaufkräftige Nachfrage an die verfügbaren Produktionskapazitäten anzupassen."¹⁰⁵ Kienzl bekräftigte seine Auffassung wenige Tage später und verlangte vor allem von den Unternehmen mehr Preisdisziplin. ÖGB-Präsident Benya hielt die Forderung nach einem Preisstop aber für unrealistisch¹⁰⁶.

Sorgen bereitete den Währungshütern auch das seit 1970 rapide gestiegene Handelsbilanzdefizit, eine Folge des gestiegenen Wohlstands der österreichischen Bevölkerung mit steigenden Ausgaben für langlebige Konsumgüter und Auslandsurlaube. Das Defizit konnte trotz gesteigener Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, Kapitalzuflüssen aus dem Ausland und Transferzahlungen nur knapp ausgeglichen werden¹⁰⁷. CA-Generaldirektor Heinrich Treichl vertrat dazu die interessante abweichende Position, aufgrund Währungsturbulenzen würden viele Exporteure ihre Warenexporte über

¹⁰³ Staribacher-Tagebücher, 16.3.1973, Oberösterreichische Nachrichten, 14.5.1973, Wiener Zeitung, 15.4.1973, Noch nicht aus der Gefahrenzone, Hannes Androsch, Die Ziele der Wirtschaftspolitik im Lichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, In: West-Ost-Journal, 6.6.1973.

¹⁰⁴ Arbeiter-Zeitung, 12.5.1973, S.4, Kreditzuwachsrate soll steigen bzw. Wirtschaftswachstum bedingt Kredite.

¹⁰⁵ Wiener Zeitung, 15.04.1973, Noch nicht aus der Gefahrenzone.

¹⁰⁶ Arbeiter-Zeitung, 5.5.1973, Mit allen Waffen gegen die Inflation, Arbeiter-Zeitung, 26.5.1973, S.2.

¹⁰⁷ Robert Kriechbaumer, Österreichs Innenpolitik 1970-1975, Wien-München 1981, S. 396ff.

ausländische Banken finanzieren, woraus sich eine Vergrößerung des Zahlungsbilanzaktivums ergeben würde. Treichl schlug daher vor, Möglichkeiten zur verstärkten Finanzierung längerfristiger Kapitalexporte zu schaffen, - ein Vorschlag, der in der laufenden Debatte allerdings kaum beachtet wurde¹⁰⁸. Infolge der hohen Inflation wurde es auch zunehmend schwieriger, von den Sozialpartnern Lohn- und Preisdisziplin zu fordern, obwohl die Sozialpartner bestrebt waren, abweichende innerbetriebliche Lohnregelungen sogar rückgängig zu machen. Lange Laufzeiten bei Kollektivverträgen würden später nur umso höhere Lohnforderungen nach sich ziehen. In der Frage, ob, in welchem Maße und mit welchen Mitteln der administrativen Preiskontrolle die Inflation einzudämmen war, schieden sich aber die Geister, da die Sprecher der Wirtschaft jeglicher Form von Preiskontrolle von vornherein mit großen Argwohn begegneten.

Das WIFO rechnete in seiner Frühjahrprognose 1973 mit einem weiterhin kräftigen Wachstum der österreichischen Wirtschaft, verwies allerdings auch auf die damit verbundenen Probleme. Der heimische Arbeitsmarkt war trotz gestiegenen Arbeitskräfteangebots so gut wie ausgetrocknet. Aufgrund der im ersten Stabilisierungspakt vereinbarten scharfen Kreditrestriktion war es zu einer starken Verteuerung des Geldes gekommen, was zur Folge hatte, dass viele sich Geld im Ausland zu beschaffen suchten. Die Importe wuchsen weiterhin wesentlich stärker als die Ausfuhren. Nach Meinung der Handelskammer konnten durch den ersten Stabilitätspakt nicht alle Ziele erreicht werden, nun sei es vor allem Aufgabe der öffentlichen Hand in der Tarifpolitik, bei öffentlichen Aufträgen und in der Personalpolitik deutliche Signale des Sparens zu setzen. Es sollte in nächster Zeit auch keine neuen Sozialleistungen geben. Die Vertreter des ÖGB und der Arbeiterkammer dagegen kritisierten die Unternehmer, weil sie Preissenkungen nicht in dem Maße, wie es möglich gewesen wäre, an die Konsumenten weitergaben. Daher trat besonders die Arbeiterkammer für mehr Wettbewerb durch Importliberalisierung ein, auch bei Nahrungsmitteln. Auch auf die Länder müsse man den Druck verstärken, weniger Aufträge an die Bauwirtschaft zu erteilen. Eine vom Kautsky-Kreis angeregte Studie des renommierten Nationalökonomen Helmut Frisch, die kurz darauf vorlag, ergab, dass die hohe Inflation angeblich zu einem sehr hohen Teil hausgemacht war. Androsch plädierte danach für eine konzertierte Aktion, die budget-, kredit-, währungspolitische sowie lohn- und preispolitische Maßnahmen umfassen sollte, wobei er geschickt die „Hausaufgaben“, die die Bundesregierung betrafen, in den Vordergrund stellte. Er werde alles unternehmen, um die Länder zu mehr Zurückhaltung bei Investitionen zu bewegen; da es dabei immerhin um Ausgaben in Höhe von rd. 90 Mrd. öS ging, kam dieser Frage große Bedeutung zu. Die Sozialpartner sollten die Bundesregierung aber weiterhin durch eine stabilitätsorientierte

¹⁰⁸ Heinrich Treichl, Perspektiven der österreichischen Zahlungsbilanz. In: Die Industrie, 23.3.1973.

Lohn- und Preispolitik unterstützen, besonders auch die Landwirtschaft. Staribacher glaubte, dass der Finanzminister eine entsprechende Zusage von ÖGB-Präsident Anton Benya hatte¹⁰⁹. Der volkswirtschaftliche Berater Benyas Thomas Lachs verwies auf die Probleme, einen adäquaten Maßstab für gewerkschaftliche Lohnforderungen zu finden, der sowohl stabilitätsorientiert als auch einkommens- und verteilungspolitisch gerechtfertigt sei¹¹⁰. In der zweiten Sozialpartnerrunde, die am 16. Mai stattfand, ging die Initiative neuerlich von Androsch aus. Er und Kreisky waren inzwischen zur Ansicht gelangt, dass die Sozialpartner nicht zu einem weiteren Lohn- und Preisabkommen bereit wären, die Bundesregierung selbst müsse daher in der Stabilisierungsfrage entscheidende Initiativen setzen. Dazu sollten Staribacher, Innenminister Rösch und Landwirtschaftsminister Weihs gemeinsam einen neuen Entwurf für eine administrative Preisfestsetzung erstellen, wobei allerdings die Chancen von Anfang an gering waren, dafür die Zustimmung der Wirtschaft und der ÖVP im Parlament zu erhalten. Die nachfolgenden Gespräche ergaben dann auch, dass die Handelskammer nur für eine Verlängerung der bestehenden Preisgesetze, keinesfalls aber für eine Verschärfung zu gewinnen war¹¹¹. Ohne die Kreditbremse völlig zu lockern, wollte Androsch durch Einführung einer 25 %-Sonderabschreibung einen Anreiz zur Stärkung der Investitionen schaffen. Die Bundesregierung wollte weiter versuchen, die Länder im Bereich der Auftragsvergabe zu mehr Zurückhaltung zu gewinnen; eine Aussprache darüber, die zwei Tage später dazu stattfand, verlief aber wenig erfolgreich. Auch in dieser Frage kamen die nachfolgenden Gespräche kaum voran.

Schon im Vorfeld der wirtschaftspolitischen Aussprache hatten Arbeitnehmer-Vertreter die Bundesregierung gedrängt, auch durch eine entsprechende Währungspolitik stabilitätspolitisch unterstützend zu wirken. Die Bundesregierung sollte die nächste Aufwertung der D-Mark zum Anlass nehmen, um den Schilling wesentlich stärker als im März aufzuwerten, und Kreisky schien einer solchen Forderung durchaus aufgeschlossen gegenüberzustehen. Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte einen längeren Artikel Julian Uher mit einem „Plädoyer für eine Hartwährungspolitik“ im Rahmen einer längerfristig angelegten Währungspolitik¹¹². Androsch allerdings trat noch Mitte Juni jeglichen derartigen Spekulationen entgegen. Weitergehende Vorschläge für wirtschaftspolitische Stabilisierungsmaßnahmen, wie jene aus dem Kautsky-Kreis, lehnten Kreisky und Androsch ab, und einige Teilnehmer der Aussprache waren der Ansicht, dass allzu harte Maßnahmen vermieden werden wollten¹¹³. Was nach vierwöchigen Verhandlungen Ende Mai von

¹⁰⁹ Staribacher-Tagebücher, 7.5.1973, E. E. Veselsky, Ministerratsvorbereitungen (Transkript), Wirtschaftspartner, 7.5.1973.

¹¹⁰ Arbeiter-Zeitung, 11.5.1973, S. 4, Neue Wege der Inflationsbekämpfung.

¹¹¹ Staribacher-Tagebücher, 22. und 28.5.1973

¹¹² Arbeiter-Zeitung, 5.6. und 6.6.1973, Julian Uher, Plädoyer für eine Hartwährungspolitik.

¹¹³ Staribacher-Tagebücher, 16. und 18.5. 1973, Arbeiter-Zeitung, 15.6.1973, Keine neue Aufwertung.

Androsch in einem umfangreichen Papier an Stabilisierungsmaßnahmen zusammengefasst wurde, enthielt nur einige greifbare Ergebnisse, die sich weitgehend auf Maßnahmen der Bundesregierung beschränkte, während sich Wirtschaft und ÖGB nur zu wenig verbindlichen Absichtserklärungen durchringen konnten. Keine Einigung gab es in der Frage der Preiskontrolle, ebenso wenig bei den landwirtschaftlichen Preisen. Auf der Grundlage seines Vorschlags erstellte Androsch ein dreigeteiltes Budget (Basis-, Stabilisierungs- und Konjunkturausgleichsbudget), um gegen alle Launen der Konjunktur gewappnet zu sein¹¹⁴. Die Länder und Gemeinden verpflichteten sich, diesmal den Stabilitätskurs stärker mitzutragen als bisher, während Androsch mit dem Kreditapparat sich auf eine moderate Lockerung der strengen Kreditrestriktionen verständigte, sodass der monatliche Kreditzuwachs ein Prozent im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat nicht übersteigen sollte¹¹⁵. Das Stabilitätsabkommen II sollte bis Jahresende 1973 gelten, wurde danach aber noch zweimal (Phase III und IV) verlängert, da sich die Inflationsrate weiter erhöhte und Anfang 1974 nahezu 10 % erreichte.

Noch während in Österreich die Diskussion über geeignete Stabilisierungsmaßnahmen geführt wurde, wurde die Position des Dollar im internationalen Währungsverbund täglich schwächer. Die neuerliche Verschlechterung der US-Zahlungsbilanz und die psychologischen Wirkungen des Watergate-Skandals wurden als wichtigste Faktoren angeführt, um den Verfall des Dollars zu erklären, der mit einem Anstieg des Goldpreises einher ging. Die österreichische Bundesregierung und die Nationalbank hatten sich im Frühjahr 1973 entschlossen, nicht der Einladung der EWG zu folgen, den Schillingkurs in Relation auf die engen Bandbreite der europäischen „Währungsschlange“ zu fixieren, im übrigen aber das System fester Wechselkurse aufzugeben. Österreich verfolgte seither eine autonome Wechselkurspolitik, orientierte sich allerdings weiterhin an der Schlange und am Schweizer Franken, die als Indikatoren dienten, während Lira und Pfund aus dem Indikator ausgeschieden wurden. Nach dem Ende fester Wechselkurse kam es zu starken Kursschwankungen, und besonders die Deutsche Bundesbank sah sich wiederholt zu Interventionskäufen veranlasst, um ein Ausbrechen der DM aus der Schlange nach oben hin zu unterbinden¹¹⁶. Am 21. Mai durchbrach der Dollarkurs die 20 öS-Marke nach unten – bei einem Leitkurs von 20,97 und einem unteren Interventionspunkt von 20,5 öS seit der letzten Dollar-Abwertung im Februar. Am 5. Juni 1973 war der Dollarkurs in Wien auf 19,03 öS abgesackt, was eine Abwertung um 9,25 % gegenüber Februar entsprach, im Vergleich zur ersten Abwertung im Dezember 1971 notierte der Dollar in Wien sogar mehr um 21 %

¹¹⁴ Staribacher-Tagebücher, 30.5. und 5.6.1973, Arbeiter-Zeitung, 5.6.1973, S. 2.

¹¹⁵ Arbeiter-Zeitung, 26.5.1973, S. 1, Bund, Länder und Gemeinden sind einig über Stabilität, Androsch, Die politische Ökonomie der österreichischen Währung, S. 91-95.

¹¹⁶ Van der Wee, Der gebremste Wohlstand, S.557ff.

niedriger. Ein von Richard Nixon kurz darauf verfügte befristeter Preisstop führte nur kurzfristig zu einer Erholung des Kurses, ehe die US-Währung ihre Talfahrt seit Mitte Juni an den Weltbörsen weiter fortsetzte. Bis Ende Juni 1973 stürzte der Dollar an der Wiener Börse auf 18,36 öS ab, das entsprach einer De-facto-Abwertung von 12,44 % innerhalb von vier Monaten gegenüber dem Leitkurs vom Februar.

Nachdem die Interventionen der Bundesbank bis Ende Juni 4 Mrd. DM erreicht hatten, entschloss sich Finanzminister Helmut Schmidt in Abstimmung mit der Bundesbank am 29. Juni, den Kurs der Mark um 5,5 % anzuheben. Es traf sich zufällig, dass am selben Tage eine ORF-Fernsehdiskussion zur Frage „Vor der Inflation kapitulieren?“ stattfand, zu der die drei Finanzminister, Androsch, Schmidt und der Schweizer Finanzminister Nelio Celio, sowie einige Journalisten geladen waren. Im Verlauf des Gesprächs schnitt der Moderator Gerhard Weis auch die naheliegende Frage an, ob Österreich und die Schweiz dem deutschen Beispiel folgen und ebenfalls aufwerten sollten. Androsch verwendete in seiner Antwort die Metapher eines „Europa-Zuges“, an den Österreich angekuppelt sei; im Anschluss an eine Besprechung mit Celio teilte er aber mit, Österreich werde im Rahmen des Indikatorsystems in geeigneter Form auf die DM-Aufwertung reagieren. Beides und die Schließung der Devisenbörse konnte man als Indizien für eine bevorstehende neuerliche Aufwertung des Schilling deuten¹¹⁷.

Der Konsultationsmechanismus wurde sofort ausgelöst, die Spitzenvertreter von Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung, Handelskammer und ÖGB trafen schon am nächsten Tag zu einem ersten Gipfelgespräch zusammen, in dessen Verlauf die Sozialpartnervertreter, man möchte sagen, wie erwartet Position bezogen. Die Vertreter der Arbeitnehmer sprachen sich für ein Mitziehen mit der D-Mark aus, während die Vertreter der Arbeitgeber eine vorsichtig ablehnende Haltung einnahmen¹¹⁸. Die währungspolitische Diskussion fiel zeitlich mit dem Staatsbesuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin in Wien zusammen, bei dem vor allem wirtschaftspolitische Themen besprochen wurden, die für Österreich von großer Bedeutung waren, wie verstärkte Öl- und Gaslieferungen. Der Besuch Kossygins war aber auch im Hinblick auf die in der währungspolitischen Diskussion aufgeworfene Frage der starken Außenhandelsverflechtung Österreichs mit der BRD delikater, weil es denkbar war, dass die UdSSR das Argument aufgreifen könnte, Österreich würde sich im Falle einer Aufwertung wirtschaftspolitisch an Deutschland orientieren.

¹¹⁷ BKA, NL Kreisky, Medien, K.1318, Transkript TV-Diskussion „Vor der Inflation kapitulieren?“, Arbeiter-Zeitung, 30.6.1973, S. 1 Schilling im DM-Aufwind, Montag Entscheidung.

¹¹⁸ Kurier, 30.6.1973, S. 1f. Währungsgipfel über Schilling erst am Montag bietet einen Überblick über die vorab bezogenen Positionen im Aufwertungs-poker.

Handelsminister Staribacher sah vom Beginn der Debatte weg diesmal eine gewisse Verhärtung in den Positionen und wenig Chancen dafür, dass eine Einigung zwischen Befürwortern und Gegnern einer deutlichen Aufwertung möglich wäre. Diese Skepsis leitete sich daraus ab, dass den Teilnehmern des Währungsgipfels bekannt war, dass im währungspolitischen Ausschuss der Nationalbank, dessen Empfehlung formal eine hohe Bedeutung zukam, keine Einigung darüber zustande gekommen war, wie hoch aufgewertet werden sollte. Im Unterschied zum letzten Währungsgipfel, bei dem die Vertreter der Wirtschaft eher eine defensive Haltung einnahmen, legten diesmal alle Beteiligten ihren Standpunkt in der Aufwertungsfrage offen. Finanzminister Androsch eröffnete die Aussprache, indem er einen Aufwertungssatz von 4,8 % vorschlug, den er im Hinblick auf das Wachstum und die Exportstärke der österreichischen Wirtschaft als gerechtfertigt bezeichnete, allerdings einräumte, dass sich daraus für einige Unternehmen und Branchen auch Schwierigkeiten in den Exporten in Abwertungsländer, wie Italien oder Großbritannien, ergeben könnten, insbesondere für die heimische Landwirtschaft. Als nächster Redner legte der Präsident der Handelskammer Rudolf Sallinger das Gegenangebot der Wirtschaft auf den Tisch, das bei 2,2 % lag. Allerdings konnte man seiner Wortmeldung entnehmen, dass die Wirtschaft unter Umständen bereit wäre, einem Aufwertungssatz von etwa 3,3 % zuzustimmen. Da selbst der Präsident der Landwirtschaftskammer Lehner eine Aufwertung nicht rundweg ablehnte, allerdings flankierende Maßnahmen zur Stützung von Agrarexporten in Abwertungsländer forderte, ergab sich daraus, dass, im Unterschied zur letzten Währungsrunde, die Teilnehmer des Währungsgipfels einig darin waren, dass eine Aufwertung des Schilling angebracht war. Dies wurde auch von Nationalbankpräsident Hans Kloss bestätigt, der erst auf Aufforderung von ÖVP-Obmann Karl Schleiner das Wort ergriff. Im Verlauf der Debatte, die, wie schon im März, in einem ausführlichen Protokoll zusammengefasst wurde, wurden zwar teilweise schon aus früheren Debatten bekannte Argumente vorgetragen, die aber sowohl im Lichte der Konjunkturlage als auch der internationalen Entwicklung eine neue Nuancierung erhielten. Auffallend war die Zurückhaltung von Bundeskanzler Bruno Kreisky, der nur als Vorsitzender der Währungsrunde agierte, aber inhaltlich nicht in die Debatte eingriff. Die Vertreter der Wirtschaft verwiesen einmal mehr darauf, dass sich durch den von Androsch vorgeschlagenen Aufwertungssatz eine Verschlechterung der Exportposition der heimischen Wirtschaft im Verhältnis zu allen übrigen Staaten ergeben würde. In diesem Zusammenhang verwiesen sie weiters darauf, dass die Aufwertung der D-Mark nur im Kontext der europäischen Währungsschlange erfolgt sei und Österreich keine derartige Verpflichtung habe, da es in seinen währungspolitischen Entscheidungen völlig frei sei. Ferner wurde von ihnen ins Treffen geführt, dass im Gegensatz zum Frühjahr 1973 diesmal einzig die BRD

aufwerte und selbst die Schweizer Regierung sich nur zur Freigabe des Frankenkurses entschlossen habe. Sowohl ÖVP-Bundesparteibeamter Karl Schleinzer, der diesmal ein ausführliches Statement lieferte, als auch Wirtschaftskammergeneralsekretär Arthur Mussil warfen die delikate Frage auf, wer denn nun eigentlich gesetzlich berufen sei, in der Frage der Aufwertung das letzte Wort zu sprechen, wobei Mussil provokant behauptete, „dass eine gewisse Entscheidungsverlagerung vom Otto Wagner Platz zur Himmelfortgasse stattgefunden hat“¹¹⁹. Mehrere Vertreter der Wirtschaft und ÖVP-Klubobmann Stephan Koren glaubten, dass im Falle einer Aufwertung nicht allein kurzfristige konjunkturpolitische Überlegungen im Vordergrund zu stehen hätten, und warfen Finanzminister Androsch vor, genau dies im Auge zu haben und andere Optionen, etwa Sparmaßnahmen, im Budget vermeiden zu wollen. Die Vertreter der Arbeitnehmerseite verwiesen demgegenüber auf die große Gefahr, im Falle eines zu niedrigen Aufwertungssatzes Inflation zu „importieren“, und ÖGB-Präsident Benya verknüpfte damit die an die Vertreter der Wirtschaft gerichtete Warnung, dies könne eine Lohnbewegung auslösen, die erst recht die internationale Konkurrenzfähigkeit gefährden könnte. Benya wurde durch Androsch unterstützt, der zum einen auf das große internationale Vertrauen verwies, das sich in der ständigen Zunahme der heimischen Devisenreserven ausdrücke, zum anderen, dass Österreich aufgrund der im Verhältnis zur Schweiz als einem internationalen Finanzplatz gänzlich anders gelagerten Situation ein „Floating“ des Schilling keine für die Exportwirtschaft vorteilhafte Option wäre. Androsch lehnte auch eine Orientierung des Schilling an Abwertungsländer durch deren Einbeziehung in den Währungsindikator dezidiert ab, weil dies inflationsfördernd sei. Die Entwicklung der Investitionen und der heimischen Exportwirtschaft seit 1971 zeige, dass diese europaweit im Spitzenfeld lägen und auch seit der letzten Aufwertungsrunde kein gegenläufiger Trend erkennbar sei. Dagegen werfe ein im Verhältnis zur D-Mark zu niedrig gewählter Aufwertungssatz auch die Gefahr auf, dass weitere qualifizierte Arbeitskräfte nach Bayern abwandern könnten mit allen problematischen Folgen für den bereits angespannten heimischen Arbeitsmarkt. „Wir haben 2,6 Millionen Beschäftigte und nahezu 300.000 Fremdarbeiter im Land, mit allen Konsequenzen, die das kurz- und längerfristig hat, weil sehr rasch sich die Frage nach der Infrastruktur für diesen Personenkreis stellt“¹²⁰. Androsch warnte auch davor, die Anlehnung an die DM als Politikum zu diskutieren, weil dies zu einer außenpolitischen Neutralitätsdiskussion mit der UdSSR führen könnte. Zu diesem Punkt meldete sich FPÖ-Obmann Friedrich Peter zu Wort, der die Bedeutung dieses Arguments unterstützte. Peter warnte die ÖVP auch davor, vor dem Hintergrund des Besuchs Kossygin in der öffentlichen Debatte das Argument einer zu engen Bindung an die D-Mark zu sehr zu strapazieren, weil dies unangenehme außenpolitischen Konsequenzen nach sich ziehen

¹¹⁹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 18, Protokoll betreffend Kurskorrektur des österreichischen Schillings am 2. Juli 1973 im Bundeskanzleramt.

¹²⁰ Ebda, S. 19.

könne. Sowohl Peter als auch Nationalbank-Präsident Kloss plädierten für einen Aufwertungssatz von mindestens 3,3 %, während die Vertreter der Arbeiterkammer, Präsident Wilhelm Hrdlitschka und AK-Wirtschaftsexperte Peter Zöllner, vehement den Standpunkt Androschs verteidigten. Auch Kloss schloss sich am Ende der Debatte „aus objektiven Überlegungen“ diesem Standpunkt an und empfahl, Androschs Vorschlag einer Aufwertung im Ausmaß von 4,8 % zuzustimmen, was ÖVP-Obmann Schleinzler zur spitzen Bemerkung veranlasste, Kloss habe sich „entgegen seiner Auffassung“ von der Bundesregierung „breitschlagen“ lassen, was dieser natürlich dementierte. Wenn die Bundesregierung nicht bereit sei, von ihrem vorgeschlagenen Aufwertungssatz abzurücken, erübrige sich jede weitere Diskussion. Damit endete auch dieser Währungsgipfel mit einem Dissens, der in einer breiten medialen Diskussion in den folgenden Tagen seine Fortsetzung fand. Im Nationalrat hatte die Opposition noch einmal Gelegenheit, ihren gegenläufigen Standpunkt am 4. Juli 1973 noch einmal darzulegen. Während der Finanzminister einmal mehr darauf verwies, welche Bedeutung eine harte Währung zur Abwehr des durch Importe induzierten Preisauftriebs habe, wandte Stephan Koren als Hauptredner gegen eine Aufwertung in diesem Ausmaß ein, es sei „besorgniserregend, dass nun seit dem heurigen Frühjahr Währungsentscheidungen so gut wie nur noch mir Preisargumenten motiviert werden“, während nach Meinung Korens nur längerfristige Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz eine Auf- oder Abwertung rechtfertigen würden. Die Frage, ob eine Aufwertung ein taugliches Instrument zur Inflationsbekämpfung sei, meinte Koren, es sei, „als wollten Sie einen Fieberkranken dadurch vom Fieber befreien, dass Sie ihn in die Tiefkühltruhe sperren“. Wenn die Regierung behaupte, der Aufwertungssatz von 4,8 % sei ein „Kompromiss“, so müsse man fragen, mit wem dieser geschlossen worden sei, da weder die Vertreter der Wirtschaft noch seine Partei dem zugestimmt hätten. Dem Finanzminister empfehle er dringend, zukünftige Entscheidungen nach sachlichen Kriterien zu treffen¹²¹.

Die Einschätzung der Hartwährungspolitik der 1970er Jahre

Die Währungsdebatten vom März und Juli 1973 zeigen jedenfalls, dass die Regierung Kreisky in der Frage der Währungspolitik im Vergleich zur Entscheidung von 1969, den Schilling nicht aufzuwerten, einen anderen währungspolitischen Kurs einschlug, der besonders in den ersten Regierungsjahren, aber auch nach 1976 auf starke Bedenken von großen Teilen der Wirtschaft stieß. Sie zeigen auch, dies gilt besonders für die Entscheidung vom 2. Juli 1973, dass der eingeschlagene Weg nur im größeren Kontext der von Androsch mit Unterstützung von ÖGB und Arbeiterkammer betriebenen Stabilisierungspolitik verständlich wird, die auf der Grundlage eines keynesianischen Konzepts der globalen Steuerung der Wirtschaft verständlich wird, in der Wachstums- und

¹²¹ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XIII. GP, 76. Sitzung, 4.7.1973, S. 7283f.

Investitionsförderung, Budget- und eine moderate Lohn- und Preispolitik ihren Platz hatten. Hanns Seidel, der als Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts und Berater von Hannes Androsch diese Gesamtkonzeption unterstützte und mitkonzipierte, wies im Rückblick darauf hin, dass diese Kombination wirtschaftspolitischer Strategien ungewöhnlich war, da Hartwährungsländer für gewöhnlich zumindest zeitweilig zu einer „monetaristischen“ Wirtschaftspolitik tendierten. Sowohl Kienzl als auch der Grazer Nationalökonom und Universitätsprofessor Gunther Tichy, aber auch Seidel verwiesen darauf, welches Gewicht in der keynesianischen Gesamtkonzeption dem psychologischen Moment der Verstetigung der Erwartungen zukam, wobei der Hartwährungspolitik eine wesentliche Funktion als Randbedingung für Lohn- und Einkommenspolitik zufiel¹²². In Österreich verlangte die Fortführung der Hartwährungspolitik erst ab 1975, als sie ihre extremste Ausprägung erreichte, sowohl der Exportwirtschaft als auch den Gewerkschaften stärkere Opfer ab, die letztere anfänglich nicht bereit waren zu erbringen. Aber auch die Exportwirtschaft versuchte in diesem Zeitraum, einen weicheren währungspolitischen Kurs mit dem Hinweis zu inaugrieren, dass der Wirtschaftsstandort Österreich und damit zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet seien. Nach Ansicht Seidels wurde diese Waffe zur Abschirmung gegenüber außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten aber mit den Jahren immer stumpfer¹²³.

Der Streit um die Budget- und Währungspolitik, der seit 1976 auch innerhalb der Regierungspartei etwa zwischen Wirtschaftsexperten der Arbeiterkammer, des sozialistischen Parlamentsklubs und den Währungsexperten der Nationalbank (Kienzl, Rieger) geführt wurde und in der Debatte vor und nach der Regierungsklausur am Kahlenberg im September 1977 ihren Höhepunkt erreichte, war aber auch, worauf besonders Hannes Androsch mehrfach verwies, wichtiger Streitpunkt in dem sich zunehmend auftuenden Dissens zwischen dem Kanzler und seinem Finanzminister über den zukünftigen Kurs der österreichischen Wirtschaftspolitik¹²⁴.

¹²² Gunther Tichy, Austrokeynesianismus. Ein Konzept erfolgreicher Wirtschaftspolitik?, In: Österreich 1945-1995. Gesellschaft-Politik-Kultur, hgg. R. Sieder, H. Steinert, E. Tálos, Wien 1995, S. 212-222, hier S. 215.

¹²³ BKA, Pers. Korr., Konv. Hans Seidel. Hans Seidel, Die österreichische Wirtschaft. Entwicklung, Erfolge, Probleme, Wien, Febr. 1979, Ms., S.32ff. , BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, K.18, Hans Seidel, Zur österreichischen Währungspolitik, undat. Ms. (Juli 1980)

¹²⁴ Interview des Verf. mit Hannes Androsch, 10.10.2007, vgl. auch Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, hgg. F. Weber, Th. Venus, Wien 1993, S. 200.

Strukturkrise und das Ende der Vollbeschäftigung in Österreich – Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in den frühen achtziger Jahren

Theodor Venus

Veränderungen der Rahmenbedingungen für Vollbeschäftigungspolitik 1975-1980

Der österreichische Arbeitsmarkt in den siebziger Jahren war gekennzeichnet durch Erreichen und Erhaltung von Vollbeschäftigung; letzteres bildete eines der wichtigsten Ziele der österreichischen Wirtschaftspolitik seit 1974/75, als eine fast sieben Jahre währende Periode der Hochkonjunktur zu Ende ging. Die österreichische Wirtschaft wuchs zwischen 1967 und 1974 im Durchschnitt wesentlich rascher als diejenige in den übrigen OECD-Staaten Europas, wobei besonders das deutlich raschere Wachstum im Vergleich zur BRD auffällt.

Ebenso unerwartet wie der Wachstumsschub zu Beginn der siebziger Jahre und die Tatsache, dass Österreichs Volkswirtschaft den Konjunkturrückschlag Ende der 1960er übersprang, wurde die Wirtschaftspolitik vom Wachstumseinbruch Mitte der siebziger Jahre überrascht. Man rechnete, als die ersten Anzeichen der Krise sich abzeichneten, damit, dass sich die Konjunktur noch im Laufe des Jahres 1975 wieder erholen werde. Diese Annahme beruhte auf der Fehleinschätzung der Auswirkungen der ersten Ölkrise, die die Bekämpfung der Inflation als vorrangig notwendig erscheinen ließ. Die Auswirkungen der Ölkrise auf das Wirtschaftswachstum wurden erst im Herbst 1974 erkennbar, in vielen Branchen änderte sich die Auftragslage innerhalb weniger Wochen grundlegend. Der Konjunkturabfall war so dramatisch, dass die Wirtschaftsforscher ihre Prognosen der Wirtschaftslage nachträglich ständig anpassen mussten und somit das Ausmaß des Konjunkturerinbruchs erst ein Jahr später erkennbar war. Diese verzögerte Erkenntnis führte dazu, dass auch die Wirtschaftspolitik erst verspätet auf die neuen Gegebenheiten reagierte.

Die Regierung Kreisky versuchte den Einbruch der Konjunktur in klassisch keynesianischer Manier zu bekämpfen, und zwar durch Steigerung des Haushaltsdefizits, um so öffentliche Aufträge an die Wirtschaft zu finanzieren und der heimischen Wirtschaft wieder neue Schubkraft zu verleihen, mit dem Ziel, die Vollbeschäftigung weiter aufrecht zu erhalten. Die keynesianische Haushaltspolitik, zu der sich Kreisky ausdrücklich bekannte, beschränkte sich nicht nur auf ein Haushaltsjahr; sie wurde trotz erster Anzeichen einer neuerlichen Konjunkturerholung auch noch 1976 durch zusätzliche budgetpolitische Maßnahmen fortgeführt. Nach Angaben des Bundeskanzlers an den Nationalrat setzte die Bundesregierung aus dem Budget 1974 insgesamt 12 Mrd. öS und im Frühjahr 1976 weitere

4,4 Mrd. öS zur Stützung der Konjunktur ein; weitere konjunkturstützende Maßnahmen erfolgten durch steuerliche Erleichterungen für Investitionen und durch Aufstockung der Exportförderung¹²⁵. Eine weitere spezifisch österreichische Facette keynesianischer Beschäftigungspolitik war das „Halten“ von Arbeitsplätzen in den verstaatlichten Unternehmungen, etwa in der Eisen- und Stahlindustrie, trotz rückläufiger Nachfrage. Der besondere „Mix“ der österreichischen Wirtschaftspolitik dieser Jahre lag in der Kombination von expansiver Budgetpolitik kombiniert mit dem bereits 1973 fixierten währungspolitischen Kurs der Bindung des Schilling an einen Korb „harter“ europäischer Währungen („Hartwährungspolitik“) und abgesichert durch eine koordinierte Politik moderater Lohnabschlüsse und mäßiger Inflation.

Auch im Bereich der Lohnpolitik der Gewerkschaften reagierte man erst zeitverzögert auf die „Umstellung“ des wirtschaftspolitischen Kurses; besonders in den Jahren 1974 und 1975 wurden als Reaktion auf die hohen Inflationsraten hohe Lohnabschlüsse erreicht, die dem inzwischen eingetretenen Wachstumseinbruch nicht adäquat waren. Die Jahre 1973 bis 1976 brachten eine schrittweise Angleichung der österreichischen Löhne, die bisher unter dem OECD-Durchschnitt lagen, an das OECD-Niveau; dazu kamen eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen und seit 1969 eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 bzw. 38,5 Stunden, die Ausdehnung des Urlaubsanspruchs auf vier Wochen (1977) und die Erweiterung der Arbeitnehmermitbestimmung (Arbeitsverfassungsgesetz, 1973).

In der Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarkts von den 1970er zu den 1980er Jahren lassen sich verschiedene Entwicklungsabschnitte unterscheiden. Die sechziger Jahre waren gekennzeichnet von einem Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung, einerseits aufgrund des Ausbaus der Altersversicherung, andererseits durch die wachsende Neigung zum Schulbesuch. Der Rückgang betrug rd. 8 % und konnte weder durch die Umschichtung der erwerbstätigen Bevölkerung aus selbständigen in unselbständige Berufe oder durch Umschichtungen zwischen Wirtschaftszeigen (z.B. Verlagerung aus Handel/Gewerbe, Landwirtschaft zur Industrie), noch durch die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben kompensiert werden¹²⁶.

Die Zahl der Pensions- und Rentenbezieher erhöhte sich zwischen 1961 und 1971 durch Einbeziehung der Bauern und Gewerbetreibenden um 17,4 % auf mehr als 1,6 Mio., die Zahl der Schüler an allgemein und berufsbildenden höheren Schulen erhöhte sich im gleichen

¹²⁵ Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat über die wirtschaftliche Lage, 1.7.1975 bzw. 9.6.1976, In: Bruno Kreisky, Reden, Bd.II, Wien 1981, S. 477-489 sowie S. 595-608. Zum Bekenntnis Kreiskys zur keynesianischen Ausgabenpolitik vgl. Ebda, S. 484, 486ff.

¹²⁶ Zum folgenden vgl. Felix Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, Wien 1982, S. 427-447.

Zeitraum um mehr als 53 % auf über 538.000, wobei die Schülerzahl an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen am stärksten zunahm (+ 69 %)¹²⁷. Diese Entwicklung fand ihre Entsprechung in der seit 1963/64 abnehmenden Zahl der Schüler, die nur über einen Volks- oder Hauptschulabschluss verfügten sowie der rückläufigen Zahl bei den Lehrlingen; erst mit dem Auftreten starker Geburtenkohorten Anfang der 1970er Jahre traten wieder mehr Lehrlinge in den Arbeitsmarkt ein und ihre Zahl stieg bis 1980 neuerlich um 41 % auf 193.400. Bis zum Wachstumseinbruch Anfang der achtziger Jahre stellte die Jugendarbeitslosigkeit, ausgenommen das Jahr 1978, kein wirkliches Problem dar, nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesregierung bedeutende Mittel aus der Arbeitsmarktförderung zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit einsetzte¹²⁸. Mit entsprechender zeitlicher Verzögerung schlug sich auch die steigende Frequenz der Absolventen höherer Schulen in den Studentenzahlen nieder; der Zustrom zu den Hochschulen und Universitäten wurde noch begünstigt durch den Ausbau bestehender und die Errichtung neuer Universitäten, die Abschaffung der Inskriptions- und Prüfungsgebühren und die Anhebung der Stipendien für sozial bedürftige Studenten durch die sozialistische Alleinregierung 1971/72.

Der 1968 einsetzende längste Wirtschaftsaufschwung seit 1945 wäre nach Ansicht der Wirtschaftsforscher vermutlich durch eine Knappheit des Arbeitskräfteangebots vorzeitig abgebremst worden, hätte Österreich nicht in höherem Maße ausländische Arbeitskräfte in Österreich zugelassen. Die Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes erfolgte im Einvernehmen zwischen beiden Sozialpartnern aufgrund von Kontingentvereinbarungen, rückreichend bis ins Jahr 1962. Ausgehend von 34.500 ausländischen Arbeitskräften in diesem Jahr erhöhte sich deren Zahl seit 1966 deutlich, besonders in den Boomjahren der frühen siebziger Jahre. Anfang 1970 stimmten die Gewerkschaften einer weiteren Aufstockung des Gastarbeiterkontingents auf 95.000 zu, das die heimische Wirtschaft schon damals als unzureichend ansah und das bereits zur Jahreswende 1970/71 überschritten wurde. Ende 1971 waren bereits rund 175.000 ausländische Arbeitskräfte in Österreich beschäftigt. Besonders in Wien stieg die Zahl ausländischer Arbeitskräfte 1971/72 steil an und lag Ende 1972 bei 200.000. Der Höchststand an „Gastarbeitern“ wurde mit rd. 250.000 zum Jahresende 1973 erreicht, der Anteil lag gesamtösterreichisch knapp unter 9 %.; zugleich erreichte die Arbeitslosigkeit in Österreich mit 1,2 % in diesem Jahr einen Tiefpunkt¹²⁹.

Am höchsten lag der Anteil der ausländischen Beschäftigten in Vorarlberg, wo Ende 1973 über 37 % der industriellen Arbeitnehmer Gastarbeiter waren, und in Wien, wo der

¹²⁷ Österreichisches Statistisches Zentralamt, Republik Österreich 1945-1975, Wien 1975, S. 177-180.

¹²⁸ Wiener Zeitung, 16.4.1981. Die Jugendarbeitslosigkeit bildete einen der Schwerpunkte der Regierungsklausur in Bad Kleinkirchheim vom 13./14.1.1977 (vgl. Staribacher-Tagebücher).

¹²⁹ Josef Docekal, Blick in die österreichische Wirtschaft, Wien 1980, S. 8, Österreich-Bericht 46/1974 (Kurier).

Gastarbeiteranteil knapp 11 % betrug. Der generell hohe Anteil ausländischer Beschäftigter, die zumeist als ungelernete Arbeitskräfte in der Industrie, der Bauwirtschaft und im Tourismus tätig waren, im Westen Österreich erklärt sich auch aus dem Lohngefälle zwischen Österreich und Bayern bzw. der Schweiz, was zur vermehrten Abwerbung heimischer Arbeitskräfte durch deutsche und Schweizer Unternehmen führte und zunehmend ein Problem darstellte. Ende 1970 waren nach Angaben der Hamburger Zeitung „Die Welt“ rd. 80.000 Österreicher in der Bundesrepublik und rd. 20.000 Österreicher in der Schweiz beschäftigt, Tendenz stark steigend¹³⁰.

Die hohe Zahl ausländischer Beschäftigter und deren Angehöriger in Österreich (90 % aus dem ehemaligen Jugoslawien, 10 % aus der Türkei) löste seit 1972 eine innenpolitische Diskussion aus, deren Spannweite von den Arbeits- und Lebensbedingungen über integrationspolitische Maßnahmen bis hin zu Abbau und Rückführung „überschüssiger“ ausländischer Arbeitskräfte reichte. Der ÖGB drängte im Herbst 1973 auf eine Senkung des Gastarbeiterkontingents. In den folgenden Jahren nahm die Zahl ausländischer Arbeitskräfte mehr oder weniger kontinuierlich ab und lag 1979 um 28,5 % unter dem Höchstwert von 1979¹³¹.

Zur Mitte der siebziger Jahre hin kehrte sich die Angebotssituation am österreichischen Arbeitsmarkt um. Die Phase des jahrelangen Arbeitskräftemangels, die eine Öffnung des heimischen Arbeitsmarkts für ausländische Arbeitskräfte notwendig gemacht hatte, ging nach dem ersten „Ölschock“ und dem anschließenden Konjunkturerinbruch zu Ende. Trotz abnehmender Gesamtbevölkerung nahm seit 1975 die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter neuerlich zu, zum einen, weil geburtenstarke Jahrgänge aus den sechziger Jahren das arbeitsfähige Alter erreichten und die „Bildungsexplosion“ abebbte, während am oberen Ende der Alterspyramide schwächere Jahrgänge (Kriegsgeneration) allmählich aus dem Arbeitsprozess ausschieden. Im Zeitraum von 1975 bis 1980 stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Österreich von 2,629 Mio. auf 2,779 Mio., somit um 150.000, während sich im gleichen Zeitraum trotz relativ bescheidenen Wirtschaftswachstums von 2,7 % die Zahl der Arbeitslosen, im Unterschied zu anderen westeuropäischen Industriestaaten praktisch nicht erhöht hat¹³².

¹³⁰ Die Welt , 19.1.1971, Deutschland, deine Österreicher; die Furche, 28.8.1971, Durchhaus für Arbeitskräfte?, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box. 50, Konv. Korr. Bundeswirtschaftskammer-BKA betr. Arbeitskräftemangel durch Abwanderung in die Nachbarländer.

¹³¹ Vgl. Helga Leitner, Demography and Population Problems, In: Modern Austria, ed. Kurt Steiner et al, Palo Alto 1981, S. 75-97, hier insbesondere S. 86-92. Zur innenpolitischen Debatte siehe Österreich-Bericht, 99 b, 119/M, 198/M, 201 d, 207 L und h, 212/b, 224, 248, 257/ alle 1973.

¹³² Heinz Fassmann, Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in der Zweiten Republik, In: Österreich 1945-1995, hgg. R. Sieder/H. Steinert/E. Tálos, S. 395-408.

Die Wirtschaftsforscher haben mehrere Gründe dafür angeführt, dass Österreich sich in dieser Hinsicht vom übrigen OECD-Raum abkoppeln konnte: Expansion des Beschäftigungsangebots im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor, Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Verlängerung des Urlaubsanspruchs, Sinken der Arbeitsproduktivität, teilweise auch durch „Halten von Beschäftigten“ im Unternehmen, insbesondere auch in der verstaatlichten Industrie, öffentliche Investitionen zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen, Abbau des Sockels an ausländischen Arbeitskräften sowie verstärkter Einsatz zusätzlicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen¹³³.

Während die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Industrie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bereits abnahm – die meisten Arbeitsplätze gingen in Ostösterreich verloren – stieg die Anzahl der Beschäftigten im tertiären Sektor nach Angaben Butscheks seit 1974 um 179.000. Die Ausweitung der Beschäftigten stand ursächlich in Zusammenhang mit dem Ausbau des Gesundheits-, Unterrichts- und Bildungswesens, der Expansion des Geld- und Kreditwesens und anderer wirtschaftlicher Dienstleistungen, des Einzelhandels und dem weiteren Aufschwung der Fremdenverkehrswirtschaft, die allerdings regional unter den geänderten Reise- und Urlaubswünschen von in- wie auch ausländischen Gästen und strukturellen Problemen zu leiden hatte. Zwischen dem oft zitierten „Mallorca“-Sager Bruno Kreiskys, Kärnten sei ihm als Urlaubsland „viel zu teuer“ geworden, und dem von Josef Staribacher propagierten, aber vermutlich von Heinz Kienzl miterfundene Slogan „Wanderbares Österreich“ liegt die Spannweite des Wandels der heimischen Tourismuswirtschaft in der 2. Hälfte der siebziger Jahre¹³⁴.

Im Bereich des Kreditapparats kam es in den siebziger Jahren zu tiefgreifenden Änderungen und Verschiebungen, die hier nur mit den Stichworten Stärkung des Universalbankcharakters, Marktanteilsgewinne der Sparkassen und Raiffeisenkassen, stärkere Kundenorientierung und Ausweitung des Filialnetzes angedeutet seien und die mit einer entsprechenden Zunahme bei den Beschäftigten einhergingen¹³⁵. Nach Angaben Fassmanns stieg die Zahl der im Geld- und Kreditwesen sowie in anderen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen beschäftigten Personen zwischen 1971 und 1981 von 116.000 auf

¹³³ Vgl. zusammenfassend Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1985, S. 162-165.

¹³⁴ Kienzl hatte bereits 1977, die aufgrund steigender Kfz-Importe und massiv gestiegener Auslandsurlaube aus dem Gleichgewicht geratene Zahlungsbilanz vor Augen, die Entwicklung eines neuen Sommer-Fremdenverkehrskonzepts vorgeschlagen und stellte dafür finanzielle Mittel der Nationalbank in Aussicht. (Vgl. Staribacher-Tagebücher, 6.9.1977). 14 Monate später lag eine 700 Seiten starke Studie der Universität Innsbruck dazu vor. Im Juli 1979 verkündete Handelsminister Josef Staribacher am Kärntner Weißensee die neue FV-Werbelinie „Wanderbares Österreich“. Vgl. Profil, Nr. 32/1979, Otmar Lahodynsky, Wieder Kärnten statt Mallorca, Trend, H. 3/1979, Fremdenverkehr: Mit der Sohle baumeln.

¹³⁵ Butschek, Die österreichische Wirtschaft, S. 163.

161.000 an¹³⁶. Die Zahl der Mitarbeiter der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien stieg beispielweise von 2.216 im Jahre 1970 zunächst auf 3.498 (1975) und nach weiteren fünf Jahren auf 4.234, (+ 92 % bzw. + 21 %). Die traditionsreichen Großbanken Creditanstalt Bankverein und Länderbank wiesen zwar nicht dieselbe Dynamik auf, aber auch sie konnten sich diesem Trend nicht verschließen. Die Creditanstalt etwa erweiterte nach der Liberalisierung der Zweigstellengründungen 1977 ihr Zweigstellennetz innerhalb von drei Jahren von 50 auf 151. Allein zwischen 1976-1978 vermehrte sich die Zahl der Bank- und Sparkassenfilialen um 350, im Zeitraum 1975 bis 1989 nahmen die Bankgeschäftsstellen insgesamt von 3.733 auf 5.581 zu¹³⁷.

Insgesamt nahm die Zahl der im tertiären Sektor beschäftigten Personen (Handel, Fremdenverkehr, Verkehr- und Nachrichtenwesen, Geld- und Kreditwesen, persönliche, soziale und öffentliche Dienste) im Zeitraum 1971 bis 1981 von 1,311 Mio. auf 1,555 Mio. (+18,6 %) zu, wie ein Schwamm sog der tertiäre Sektor den Großteil der Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt auf. Die stärkste Zunahme verzeichneten dabei wirtschaftliche und persönliche Dienstleistungen sowie der öffentliche Dienst, z.B. der gesamte Bereich des Schulwesens¹³⁸. Mitte der siebziger Jahre entfielen mit 560.000 Beschäftigten rd. 50 % aller im tertiären Sektor beschäftigten Arbeitnehmer auf die öffentliche Verwaltung¹³⁹. Die kräftige Expansion der Beschäftigten im tertiären Sektor ging Hand in Hand mit der starken Zunahme weiblicher Beschäftigter, etwa im Handel, bei persönlichen Dienstleistungen, im Schulwesen, bei den sozialen Diensten, und im Geld-, Kredit- und Versicherungswesen. Etwa zwei Drittel des gesamten Beschäftigungszuwachses entfielen auf Neueinstellungen von Frauen. Die kräftige Ausweitung des tertiären Sektors wird von den Wirtschaftsforschern zur Erklärung der in der 2. Hälfte der 1970er Jahre sinkenden Arbeitsproduktivität herangezogen.

Hinsichtlich des Bekenntnisses, das Budget durch zusätzliche Ausgaben zur Beschäftigungssicherung einzusetzen, sei auf das oben Gesagte verwiesen. Im Vergleich dazu mussten im Rahmen der Arbeitsmarktförderung lediglich 880 Mio. öS aufgewendet werden, das entsprach 0,27 % der Budgetausgaben des Jahres 1975. Die Zahl der in

¹³⁶ Heinz Fassmann, Gesellschaftlicher Wandel in der Nachkriegszeit, In: Elisabeth Lichtenberger, Österreich. Geschichte-Wirtschaft-Politik, Darmstadt 1997, S. 82-90, hier S. 83.

¹³⁷ Vgl. Karl Socher, Rechtliche Struktur und Filialabkommen, In: Österreichs Kreditwirtschaft. Von der Reichsmark über den Schilling zum Euro, hgg. R.A. Haiden ua., Wien-Graz 2007, S. 161f., Wem gehört Österreichs Wirtschaft wirklich?, hgg. El. Beer et al., Wien 1991, S. 283, R. A. Haiden (Hg.), Die Z – eine Wiener Erfolgsgeschichte. Von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zur Bank Austria 1907 bis 1991, Wien 2007, S. 224, Franz Kubik, Creditanstalt-Bankverein: Von der führenden Bank des Landes zur internationalen monetären Visitenkarte Österreichs, In: Bank Austria Creditanstalt. 150 Jahre österreichische Bankengeschichte im Zentrum Europas, hgg. O. Rathkolb/Th. Venus/U. Zimmerl, Wien 2005, S. 416. Zum Anstieg 1976-1978 vgl. Staribacher-Tagebücher, 12.1.1979.

¹³⁸ Vgl. dazu die grundlegende Studie von Jiri Skolka, Der Dienstleistungssektor der österreichischen Wirtschaft, In: WIFO-Monatsberichte, H.9/1986, S. 584-611. Zur Beschäftigungsentwicklung in diesem Sektor hier S. 599.

¹³⁹ Trend, H. 11/1978, S. 116-142, Die Wirtschaft mit den Beamten und H. 12/1978, S. 124-130, Im Schatten der Macht.

Schulung befindlichen Arbeitssuchenden erreichte im Zeitraum 1975 bis 1980 in keinem Jahr 4.000, die der wegen betrieblichen Schwierigkeiten in Kurzarbeit Befindlichen überstieg nur im Jahre 1975 leicht diese Marke¹⁴⁰.

Der Abbau des Sockels ausländischer Beschäftigter in Österreich leistete zwischen 1979 und 1980 einen wichtigen Beitrag zur Unterbringung des seit 1974 wieder ansteigenden Angebots unselbständig Beschäftigter am Arbeitsmarkt. Er erfolgte in der Weise, dass ausländische Arbeitskräfte, deren Arbeitserlaubnis abgelaufen war, seitens der Arbeitsmarktverwaltung nicht im bisherigen Ausmaß durch neu zugelassene Arbeitskräfte ersetzt wurden. Im Zeitraum 1975 bis 1977 wurde die Zahl der ausländischen Beschäftigten um netto 80.000 reduziert und teilweise durch heimische Arbeitskräfte ersetzt¹⁴¹. Kaum exakt quantifizieren lässt sich dagegen der Beschäftigungseffekt der Verkürzung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und der Verlängerung des Mindesturlaubs von drei auf vier Wochen, wenngleich angenommen wird, dass davon, insbesondere im tertiären Sektor mit geringerer Arbeitsproduktivität, gewisse Beschäftigungseffekte ausgegangen sind.

Im Bestreben nach Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung spielten bis 1980/81 auch die zum ÖIAG-Konzern gehörigen Unternehmen der verstaatlichten Industrie aufgrund ihres sehr bedeutenden Anteils an der österreichischen Industrie eine nicht unbedeutende Rolle. Mit über 110.000 Beschäftigten stellte die Verstaatlichte bis Ende der siebziger Jahre rd. 25 % aller in der Güterproduktion beschäftigten Personen. Aufgrund der Eigentümerkonstruktion sahen sich, wie von verschiedenen Autoren übereinstimmend festgestellt wurde, sowohl die ÖIAG-Geschäftsführung als auch das Management der einzelnen Unternehmen¹⁴² verpflichtet, ihre Geschäftspolitik, trotz geänderter Wirtschaftslage und unter Hintanstellung betriebswirtschaftlicher Notwendigkeiten, stärker auf das politische Ziel der Vollbeschäftigung hin auszurichten. In besonderem Maße zeigte sich diese Politik des „Haltens von Arbeitskräften“ bzw. der Verzögerung von Rationalisierungen, betrieblichen Reorganisations- oder Schließungsmaßnahmen im Bereich des Bergbaus (z.B. Fohnsdorf) und der Eisen- und Stahlindustrie¹⁴³. Nach Franz Summer wurde des Bundeskanzler von VOEST-Generaldirektor Koller noch vor den Nationalratswahlen 1975 informiert, dass die Stahlindustrie über einen ‚Personalüberhang‘ von rd. 4.000 Beschäftigten verfüge und dies mit einem jährlichen Mehraufwand von rd. 600 Mio. öS verbunden sei¹⁴⁴. Dem Drängen von

¹⁴⁰ Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, S. 431.

¹⁴¹ Felix Butschek, Steigende Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur – Problemfall Arbeitsmarktverwaltung?, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik, 1991, Wien 1992, S. 537-549, hier S. 540.

¹⁴² Einen kurzen Überblick über die ÖIAG und ihrer Konzerntöchter bietet: Trend H. 11/1982, Staatsholding ÖIAG: Panik-Puzzle. Zur Verstaatlichtenpolitik der 1970er: Manfred Seper, Aspekte der Verstaatlichtenpolitik der Ära Kreisky im Spiegel der österreichischen Presse, WU DA, Wien 2000.

¹⁴³ Vgl. die Kommentare Oskar Gründwalds, Wilhelmine Goldmanns und Kurt Rothschilds dazu in Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, hgg. Theodor Venus/Fritz Weber, Wien 1993, S. 121, 132, 143.

¹⁴⁴ Franz Summer, Das VOEST-Debakel, Wien 1987, S. 124.

Regionalpolitikern und Managern auf Gewährung von Subventionierung für defizitäre Unternehmen aus dem Budget, ausgenommen die hoch defizitären Bergbaue, hatte sich Finanzminister Androsch bereits im Zuge der Stahlfusion 1973 widersetzt, mit dem Hinweis, dass ein Konzern mit 60 Milliarden S Umsatz, der keine Dividenden ausschütten muss, die Eigenfinanzierung dieser 2 Milliarden sicherstellen müsste¹⁴⁵. Auch im Falle der Bergbaue wurden Abbau und Schließung unrentabler Unternehmen mehrere Jahre lang hinausgeschoben, um zwischenzeitlich alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. So wurde etwa die Schließung des Braunkohlebergbaus im steirischen Fohnsdorf, dem nach Summer spätestens seit Ende der sechziger Jahre keine bedeutende Funktion für die Energieversorgung Österreichs zufiel, seit Antritt der Regierung Kreisky diskutiert, die Schließung erfolgte jedoch schrittweise erst Ende 1978. Bis dahin summieren sich die Verluste in Fohnsdorf, die größtenteils aus Mitteln der Bergbauförderung aufgebracht wurden, auf etwa 2 Mrd. Schilling, nicht eingerechnet die Kosten für die Ansiedlung neuer Unternehmen in dieser Region¹⁴⁶. Ähnlich wie in Fohnsdorf, kamen auch in anderen Bereichen der verstaatlichten Industrie regionalpolitische Rücksichtnahmen sowie personen- und gruppenspezifische Interessen zum Tragen, die Entscheidungen nach sachlich betriebswirtschaftlichen Überlegungen verhinderten oder verzögerten. Im Zeitraum 1973 bis 1978 betrug der Rückgang der Arbeitskräfte im verstaatlichten Sektor, seit 1975 durch sanfte Abbaumaßnahmen eingeleitet, nach Ferdinand Lacina lediglich 3,3 %, während die Anzahl der Beschäftigten in der gesamten Industrie um 7,6 % zurückging¹⁴⁷.

Mit der Verabschiedung des 2. Abgabenänderungsgesetzes bei der Regierungsklausur am Kahlenberg im September 1977 vollzog die Bundesregierung zumindest budgetpolitisch einen markanten Kurswechsel gegenüber den vorangegangenen Jahren, um der bedrohlichen Entwicklung der Leistungsbilanz entgegen zu wirken. In den Jahren 1977/78 wurde unter Regierungsmitgliedern und SPÖ-Wirtschaftsexperten auch neuerlich verstärkt über neue Ansätze zur Stärkung der Investitionsbereitschaft, Ansiedlung neuer „Wachstumsindustrien“, besonders in benachteiligten Regionen oder Regionen mit „alten“ Industrien und Förderung der heimischen Exportwirtschaft diskutiert¹⁴⁸; strukturelle Reformen im Bereich der Privatwirtschaft also, die die direkten staatlichen Investitionen etwa im Bereich der Infrastruktur ergänzen sollten, auch deshalb, weil sinkende Wachstumsraten den budgetären Spielraum dafür zunehmend einschränkten¹⁴⁹.

¹⁴⁵ Staribacher-Tagebücher, 4.9.1973, BKA, Interview mit Hannes Androsch, 25.7.2007.

¹⁴⁶ Vgl. Staribacher-Tagebücher 3.6.1970, Summer, VOEST-Debakel, S. 131.

¹⁴⁷ Ferdinand Lacina, Development and Problems of Austrian Industry, In: Modern Austria, S. 166.

¹⁴⁸ Vgl. Ferdinand Lacina, Steuerliche Investitionsförderung – Ausbau oder Umbau, In: Wirtschaft und Gesellschaft, 2.Jg., H. 3/1976, S. 9-26.

¹⁴⁹ Eine ausführliche kritische Bilanz der Versäumnisse in der Industriepolitik zog beispielsweise. Profil, 29.11.1977, S. 25-31, H. U. Stocker. "Auf die sechziger Jahre spezialisiert".

Wachstum, Strukturwandel und Exportförderung als Voraussetzungen für Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung

„Österreich verfügte Mitte der siebziger Jahre über eines der am großzügigsten ausgebauten Investitionsförderungssysteme“¹⁵⁰. Der österreichischen Investitions- und Exportförderung dienten schon vorher eine Reihe von Förderaktionen und Spezialkreditinstituten, die aber bis weit in die siebziger Jahre wenig koordiniert und im Wesentlichen nach dem „Gießkannenprinzip“ arbeiteten, ohne strukturpolitische Akzente zu verfolgen: der ERP-Fonds (seit 1948), die Österreichische Investitionskredit AG und die Österreichische Kommunalkredit AG (gegr. 1957 bzw. 1958), der Ausfuhrförderungsbeirat (1950 bzw. auf neue Basis gestellt 1964) und als wichtigstes Exportkreditinstitut die Österreichische Kontrollbank. Auch im Bereich der gewerblichen Wirtschaft standen mehrere Fonds und Einrichtungen als Partner zur Förderung von Investitionen zur Verfügung wie der Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie (BÜRGES, gegr. 1954), seit 1969 der Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz (BGBl. 453/1969), der Entwicklungs- und Erneuerungsfonds (E+E-Fonds, gegr. 1967, BGBl.377/1967, später: Finanzierungsgarantiegesellschaft) für Betriebe mittlerer Größe, der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft (Forschungsförderungsfondsgesetz, BGBl. 377/1967) und der Beirat für Arbeitsmarktpolitik (gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz vom 12.12.1968, BGBl. 31/1969)¹⁵¹. Die direkte Investitionsförderung konnte durch Gewährung von Zinszuschüssen, begünstigten Krediten, Haftungsübernahmen oder verlorene Zuschüsse erfolgen. Gemessen am Volumen der Förderinstrumente hatte seit den siebziger Jahren die BÜRGES das größte Fördervolumen, gefolgt von den Förderungen der Investkredit AG, die seit Mitte der siebziger Jahre den ERP-Fonds als das in den Wiederaufbaujahren wichtigste Instrument direkter Investitionsförderung ablöste¹⁵².

Die Regierungsklausur am 16. April 1978, die eine positive Zwischenbilanz über die Erfolge zur Senkung des Zahlungsbilanzdefizits seit dem 2. Abgabenänderungsgesetz von 1977 zog, beschloss eine Aufstockung von Zinszuschüssen, Garantien und Finanzierungsrahmen

¹⁵⁰ Erwin Dirnberger, Die Strukturkrise der österreichischen Wirtschaft in den sechziger Jahren und die Reaktion der Wirtschaftspolitik, Sowi Diss, Univ. Linz 1994, S. 240.

¹⁵¹ Vgl. BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 46, Mappe Überblick über Fördermaßnahmen des Bundes (o.V., Ca. 1971), ferner: Bayer, Evaluierung der Effizienz der staatlichen Instrumente zur Investitionsförderung, In: Stahl und Eisen. Industrie und staatliche Politik in Österreich, hgg. Margit Scherb/Inge Morawetz, Wien 1986, S. 27-45. Zur Tätigkeit einzelner Institute vgl. Trend, H. 4/1979, S. 22-79, Wirtschaftsförderung: die neue Koalition, Investkredit AG vgl. Österreichische Investkredit AG, 25 Jahre Investkredit (1957-1982), Wien o. J. (1982), zur Kommunalkredit AG vgl. BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 199, zur Kontrollbank vgl. BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 64, Außenhandel 1964-1980 und Trend, H. 4/1975, S. 70-83, Exportförderung: Der Großgeldjäger, zur Bürges: BMfHGul (Hg.), 25 Jahre Bürges, ein Vierteljahrhundert Wirtschaftsförderung, Wien o. J. (1979) sowie BKA, NL Kreisky, Box 211 (Bürges 1978/79), sowie NL Kreisky, Erg. ("allgem. Korrespondenz"), Box BIA-Budget.

¹⁵² Ewald Nowotny, Investitionspolitik in Österreich, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, Wien 1982, S. 449-471.

zur Investitions- und Exportförderung der verschiedenen Fonds, wie der Investitionskredit, der Kontrollbank, dem Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, der Kommunalkredit usw. Unter den Spezialkreditinstituten weitete vor allem die Investkredit AG, deren Vorstand seit Anfang 1976 auch der bisherige Kabinettschef Bruno Kreiskys Alfred Reiter angehörte, ihr Finanzierungsvolumen seit 1976 erheblich aus. Die Investkredit wickelte 25 % der in den Jahren 1978-80 laufenden 3 %-Zinsenzuschussaktion ab, wobei während der Laufzeit auch gewisse strukturpolitische Akzente gesetzt wurden. Außerdem gewährte die Investkredit langfristige strukturverbessernde Kredite und war federführend bei der Abwicklung der 1981 ins Leben gerufenen TOP-Kreditaktion¹⁵³.

Zwischen 1970 und 1980 wurden für das vielfältige Instrumentarium der direkten Investitionsförderung 55,3 Mrd. öS aufgewendet, davon 19 % für landwirtschaftliche und regionale Förderungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft¹⁵⁴, 15,3 % für allgemeine Förderungsmaßnahmen (Bergbau, BÜRGES-Kredite, gewerbliche Wirtschaft, Fremdenverkehr, Strukturhilfen für bestimmte Industriezweige), 14,7 % für Exportförderungen und 17,1 % für Bundesdarlehen und Kapitalbeteiligungen im Bereich öffentlicher Unternehmen.

Wesentlich bedeutender im Umfang, aber hinsichtlich ihrer Effizienz und Zielorientierung unter Wirtschaftsexperten nicht unumstritten war die indirekte Investitionsförderung im Wege der vorzeitigen Abschreibung für bestimmte Anschaffungen, energiesparende Investitionen oder für wirtschaftlich nützliche Erfindungen und Patente durch Bildung von Investitionsrücklagen oder Ausnützung des Investitionsfreibetrags. Nach Schätzungen von Experten nahmen die österreichischen Unternehmen diese Möglichkeiten im Zeitraum 1970 bis 1980 im Umfang von rd. 138 Mrd. öS in Anspruch.

Im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung wurden im Zeitraum 1970-1980 rund 10 Mrd. eingesetzt, insbesondere für Mobilitätsförderung (3 Mrd.), im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (2,44 Mrd.) und Arbeitsbeschaffung (2,0 Mrd.)¹⁵⁵. Besondere Förderung erfuhren seit 1975/76 bestimmte vom Strukturwandel betroffene Regionen, wie die Bergbauregion Aichfeld-Murboden oder später Mitterberg sowie einzelne Bezirke des Burgenlandes oder Niederösterreichs oder Kredithilfen zur Bewältigung spezieller Probleme einzelner Industriezweige, wie der Textil- oder

¹⁵³ Zur Person Alfred Reiters als Kabinettschef vgl. Profil, 27.11.1972, Kreiskys neuer Schatten, 25 Jahre Investkredit (1957-1982), S. 33f.

¹⁵⁴ Diese Hilfen schließen Maßnahmen im Bereich der Marktordnung nicht ein.

¹⁵⁵ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 99, Wirtschaftspolitik 1978-1981, Information betr. Leistungen der bundesweiten Förderungsaktionen 1975-1977, Information BKA, S.IV (Gatscha) für BK Kreisky über Wirtschaftsförderung in Österreich, Juli 1981 (mit Angaben zu Aufwendungen betr. direkte und indirekte Investitionsförderung 1970-1980).

Papierindustrie, die allerdings nur teilweise von Erfolg gekrönt waren. Herausragende Einzelprojekte im Rahmen der Ansiedlung neuer, exportträchtiger Industrien waren z.B. die Errichtung des General Motors-Werks in Wien-Aspern oder die Kooperation von Steyr und BMW zur Erzeugung von Dieselmotoren auf der Grundlage der Entwicklungsarbeit von AVL List, Graz. Einige lange Zeit erfolgverheißende Großunternehmen gerieten aufgrund verfehlter Investitionen, nicht konkurrenzfähiger Technologien oder verschlechterter Exportchancen in arge Bedrängnis oder schitterten in den Konkurs, wie z.B. der Kameraerzeuger EUMIG, der Fernsehgeräteerzeuger Grundig, der trotz umfangreicher finanzieller Hilfen aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung seine Erzeugung mehr und mehr einschränken und schließlich Ende der 1980er Jahre stilllegen musste, oder Philips, in den siebziger Jahren mit 11.000 Beschäftigten größter privater Arbeitgeber in Österreich mit Großproduktionsstätten für Videorecorder, der ebenso wie Eumig und Grundig in den achtziger Jahren immer stärker unter japanischen Dumpingexporten zu leiden hatte und seine Aktivitäten in den späten achtziger Jahren einschränken musste¹⁵⁶.

In der Exportförderung setzte Österreich aufgrund der Wirtschaftskrise, in der sich die meisten westeuropäischen Staaten befanden, sowie aufgrund struktureller Probleme des heimischen Warenangebots in der 2. Hälfte der siebziger Jahre stark auf die Erhaltung und den Ausbau seiner traditionell starken Position im Handel mit den RGW-Staaten. Mit aktiver Unterstützung des Bundeskanzlers, der zwischen 1975 und 1979 neun Besuche in den RGW-Staaten absolvierte, und der Kontrollbank konnte insbesondere der Handel mit Polen, den Nachbarstaaten Ungarn und ČSSR und der DDR ausgebaut werden, wobei nachteilig vor allem die stark steigende Verschuldung besonders Polens und der DDR zu verzeichnen ist. Die österreichischen Handelsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten waren im Vergleich mit anderen Industriestaaten überdurchschnittlich kreditintensiv. Insbesondere Polen und Rumänien erreichten 1980/1981 die Verschuldungsgrenzen im Handel mit Westeuropa. Der Anteil Polens an der gesamten Nettoverschuldung österreichischer Banken lag 1980 bei 50 % und Finanzminister Androsch, der befürchtete, dass Polen im Westen sehr bald um ein Zahlungsmoratorium ansuchen würde, sprach sich bereits im Juni gegen neue Exporthaftungen für Polen aus. Im Unterschied zu Polen gelang es Rumänien durch harte Opfer, die es seiner Bevölkerung auferlegte, seine Schulden teilweise zu begleichen¹⁵⁷.

¹⁵⁶ Vgl. Gerhard Friedrich, Der Fall EUMIG, Wien 1987, Philips in Österreich, Wien 1981, Oskar Grünwald, Ferdinand Lacina, Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft, Wien 1970, S. 18ff., Österreichische Industriegeschichte, Wien 2005, Bd.3, hgg. F. Lacina u. a., S. 226, 228, Arbeiter-Zeitung, 17.11.1982, S. 9, Profil, Nr. 33/1991, Beil. Dokumente, T. 2 Seid verschleudert Millionen (Rechnungshof über Arbeitsmarkt-Förderung), S. 13-19.

¹⁵⁷ Wolfgang Mayrobnig, Die Bedeutung des österreichischen Osthandels seit dem Zweiten Weltkrieg (Kurztitel), DA, WU Wien 1990, S. 28-38, Einen Überblick über die Grundlagen und das Instrumentarium der österreichischen Exportförderung zu Beginn der achtziger Jahre bietet Bruno Rossmann, Exportförderung in Österreich, In: Wirtschaft und Gesellschaft, H. 1/1972, S. 57-77, Trend, H. 4/1975, Exportförderung und H. 7/1980, S. 44-61, Die Not des Handelsreisenden, Zu den Folgen der Polen-Krise auf die Exporte: Rossmann, S.

Das Handelsbilanzdefizit konnte in den Jahren 1978/79 gegenüber 1977 deutlich verbessert werden, was aber weniger auf eine Steigerung der Ostexporte, sondern eine Verringerung des Negativsaldos im Handel mit den EG-Staaten zurückzuführen war: Die heimischen Exportunternehmen konnten durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die 1978 anziehende westeuropäische Konjunktur nutzen und sich auf dem EU-Markt besser behaupten; die Ostmärkte blieben aber weiterhin ein wichtiger Handelspartner für Österreichs Wirtschaft, besonders für die verstaatlichte Industrie, die darüber hinaus zunehmend auch im arabischen Raum, in Nordafrika und Asien Fuß zu fassen suchte. Österreichs Exporte in die arabischen Staaten erhöhten sich zwischen 1970 und 1981 um das 11-fache, Österreichs Marktanteil stieg von 2 % 1970 auf 8 % im Jahre 1982; das Volumen des arabischen Raumes für den Export lag damit nur noch wenig unter dem der Exporte nach Osteuropa. In besonderem Maße profitierten davon Unternehmen der verstaatlichten Industrie, wie etwa die VOEST-Alpine¹⁵⁸. 1980 und 1981 erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit dann neuerlich, nicht zuletzt als Folge der seit 1979 stark gestiegenen Energiepreise; die Kosten erhöhten sich 1979 gegenüber 1978 um 7,5, 1980 sogar um 11 Mrd. öS. Damit verminderten sich die zusätzlichen Exporterlöse um ca. ein Drittel, sodass die Debatte um das AKW Zwentendorf wieder hochkam¹⁵⁹.

Nach einem neuerlichen Konjunkturreinbruch von 1978 erholte sich die österreichische Volkswirtschaft zwar, das Wirtschaftswachstum erreichte aber Ende der siebziger Jahre nicht mehr die in den Jahren 1969-1974 erreichten Raten: 1978 wuchs das BNP nur noch um 1,5 % (1977: 3,5 %), 1979 um 3,3 %. Daher gelang es nicht, der rapide wachsenden Staatsverschuldung in diesen Jahren rechtzeitig Einhalt zu gebieten. Besonders zwischen 1975 und 1978 und dann infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise ab 1981 wuchsen die Finanzschulden rasch an¹⁶⁰.

Die Neuformulierung der Energiepolitik, Diskussionen über neue energiesparende Investitionen, aber auch der Rückgang des Wirtschaftswachstums und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bildeten bereits 1979 regelmäßig Thema besorgter Beratungen der Bundesregierung. In der Energiepolitik taten sich in den folgenden Monaten neue

69-71, Francois Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, Frankfurt 1988 (erw. Reprint), Bd. 2, Teil 3, S. 33f., Staribacher-Tagebücher, 24.6.1980, Die Presse, 25.6.1980, Österreichisches Ostgeschäft ist kreditintensiv.

¹⁵⁸ Österreich-Bericht, 288/1981, Grafik Österreichs Außenhandel mit der OPEC, Seidel, Die österreichische Wirtschaft, S. 52f., Summer, VOEST-Debakel, S. 203ff, 210-217, 240-270, Die Presse, 15.3.1982, Der heiße Kampf in der Wüste, Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats, XV. GP, 117. Sitzung, 2.6.1982, S. 11706, Rede BK Bruno Kreiskys zur wirtschaftlichen Lage.

¹⁵⁹ Butschek, Die österreichische Wirtschaft, S. 172, Hannes Androsch, 44 Mia. für Energieimporte, In: West-Ost-Journal, Nr. 3/4-1980, Wiener Zeitung, 12.11.1980, Spiegel der Energiesituation (Energiebericht 1980).

¹⁶⁰ BKA, Interview mit Hannes Androsch, 25.7.2007, Hans Seidel, Die österreichische Wirtschaft. Entwicklung, Erfolge und Probleme, Wien 1979, S. 50f., Helmut Kramer, Konjunktur 1978, In: Wirtschaftspolitische Blätter, Nr. 1/1978, S. 5-12, hier S. 8., Erich Haas, Finanzschulden des Bundes und das Budgetdefizit, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, Wien 1982, S. 401-426 u. S.601, Profil Nr. 17/1983.

Spannungen zwischen Staribacher und Kreisky¹⁶¹ auf, obgleich der Kanzler auch mit vielen „Alleingängen“ des Leiters der Energieverwertungsagentur Peter Weiser nicht einverstanden war¹⁶². Kurz nach den Nationalratswahlen, die den bisher größten Wahlsieg für die SPÖ brachten, nahm Kreisky das Energiethema neuerlich auf: Bei der Regierungsklausur in Pörschach verlangte er, einen Maßnahmenkatalog für Energiesparmaßnahmen und deren Umsetzung zu entwickeln. Im Vordergrund sowohl der Regierungsklausur als auch der Regierungserklärung am 19. Juni im Nationalrat stand aber das Problem der Erhaltung der Vollbeschäftigung¹⁶³.

Am selben Tag setzte der Ministerrat auf Drängen Kreiskys ein eigenes Ministerkomitee dafür ein, in dem nicht Staribacher, sondern der Finanzminister federführend war. Schon im Vorfeld von Pörschach hatten sich Kreisky und Androsch auf ein Maßnahmenbündel an Energiesparmaßnahmen verständigt, ohne dass Staribacher vorher informiert worden wäre. In den folgenden Monaten führte vor allem Androsch in der Energiepolitik das Wort, wobei Androsch behauptet, von Kreisky einen entsprechenden Auftrag erhalten zu haben. Staribacher war darüber zwar ziemlich erzürnt, hielt sich aber wochenlang in öffentlichen Stellungnahmen zurück, ehe er andeutete, er könne sich auch vorstellen, aus dem Amt zu scheiden¹⁶⁴. Kreisky verlangte bis zum Herbst einen Operationskalender für zielführende Maßnahmen¹⁶⁵, der bei der September-Klausur der Bundesregierung der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Es wurde eine lange Liste energiepolitischer Maßnahmen mit Zeitangaben über deren beabsichtigte Umsetzung vorgelegt, an deren Formulierung nach Androschs Angaben auch Staribachers Sektionschef Frank Anteil hatte. Selbst eine neuerliche Einführung des autofreien Tages und der Benzinrationierung wollte die Regierung nicht ausschließen. Im Vordergrund der Vorschläge standen allerdings steuerliche Anreize für energiesparende Investitionen im Wohnbau und in der Industrie sowie der weitere Ausbau der heimischen Energiequellen, wobei man sichtlich bemüht war, das Thema Zwentendorf möglichst auszuklammern.

Das Maßnahmenbündel zielte offenbar auf eine Reduzierung der Kosten für Energieimporte und damit eine Verminderung des Leistungsbilanzdefizits ab¹⁶⁶. Aus dem Blickwinkel des Jahres 1980 verdient auch die Äußerung von Sozialminister Gerhard Weißenberg bei der Herbstklausur der Regierung Anfang September 1979 Beachtung, der auf die schwierige

¹⁶¹ Vgl. dazu auch das Kapitel Die erste Ölkrise 1973/74 und ihre Folgen.

¹⁶² Staribacher-Tagebücher, 6/7.6.1979.

¹⁶³ Staribacher-Tagebücher, 6/7.6.1979, Arbeiter-Zeitung, 20.6.1979, S.1f. Mehr Demokratie, Abbau von Verboten, neue Arbeitsplätze.

¹⁶⁴ BKA, Interview mit Hannes Androsch, 10.10.2007, Österreich-Bericht 298/1978, „Presse“-Interview mit Josef Staribacher, „Ich bin kein Energie-Fetischist“.

¹⁶⁵ Arbeiter-Zeitung, 18.7.1979, S. 1 Operations-Kalender für Energiesparen.

¹⁶⁶ Arbeiter-Zeitung, 5.9.1979, S. 3 Regierungsklausur: Fahrplan für die Energiepolitik der achtziger Jahre.

Situation für die Arbeitsmarktförderung hinwies. Das für 1979 zur Verfügung stehende Budget sei bereits nahezu verbraucht. Er schlug daher eine leichte Anhebung des Arbeitslosenbeitrags im Jahre 1980 vor, um auf einen möglichen Anstieg der Arbeitslosigkeit vorbereitet zu sein. Sein Vorschlag wurde allerdings abgelehnt¹⁶⁷.

Österreichs Wirtschaft 1980/1981 – der Preis der Erhaltung der Vollbeschäftigung

Anfang des Jahres 1980 schienen die Hoffnungen aber intakt, dass die zaghafte Konjunktur sich zu einem richtigen Konjunkturaufschwung entwickeln würde. Es herrschte nach wie vor Vollbeschäftigung, und die saisonal bedingte Arbeitslosigkeit von 3 % konnte über das erste Halbjahr 1980 hinweg kontinuierlich abgebaut werden. Die im Februar vorliegende Prognose der OECD sah auch für das 2. Halbjahr 1980 keine Gefahr für eine Rezession in den OECD-Staaten, und in der Wirtschaftspolitischen Aussprache berichtete Rudolf Sallinger über eine verbesserte Auftragslage in weiten Teilen der Wirtschaft, was vom Statistischen Zentralamt bestätigt wurde. Im August 1980 wies dies offizielle Arbeitslosenstatistik nur 29.630 als arbeitslos Gemeldete aus¹⁶⁸.

Die Bundesregierung zeigte sich bemüht, Zweifel über einen bevorstehenden Konjunkturaufschwung zu zerstreuen. Im Mai 1980 feierte die Bundesregierung nicht nur die feierliche Unterzeichnung des Staatsvertrages, sondern lud auch zu einem großen Wirtschaftssymposium in die Hofburg mit 1.000 Teilnehmern, zu dem Androsch geladen hatte. Dort wurde auch ausführlich die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der letzten Jahre gefeiert.

Bei der Regierungsklausur im Jänner in Mallnitz stand dagegen neben der Energie- auch Budget- und Währungspolitik und die prekäre Konjunkturlage im Vordergrund. Nach außen hin gab sich die Regierung optimistisch, die Budgetziffern und die Entwicklung der Leistungsbilanz waren jedoch überaus besorgniserregend.

Je länger der Aufschwung auf sich warten ließ, umso lauter wurden die besorgten Stimmen, die Zweifel an einer Fortsetzung der Konjunktur äußerten. Auch im Regierungslager wuchs zunehmend die Besorgnis, zumal, wie Kreisky schon vor der Klausur bemerkte, der budgetäre Spielraum diesmal sehr begrenzt war, um im Falle eines Einbruchs der Konjunktur gegensteuern zu können. Reserven für die aktive Arbeitsmarktförderung waren nicht

¹⁶⁷ Staribacher-Tagebücher, 4.9.1979.

¹⁶⁸ Staribacher-Tagebücher. 18.2., 25.2., 17.3., 2.6. und 2.9.1980, Wiener Zeitung, 1.3.1980, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 65, M. Arbeitsmarkt, Daten des BMf. soziale Verwaltung zur Arbeitsmarktlage im 1. Halbjahr 1980.

vorhanden. Diese Einschätzung wurde durch von Sozialminister Weissenberg bei der Klausur vorgelegte Ziffern untermauert¹⁶⁹.

Im selben Sinne äußerte sich im Frühjahr auch das Wirtschaftsforschungsinstitut: Um die konjunkturpolitische Manövrierfähigkeit des Budgets wiederherzustellen, sei es notwendig, die aufgrund der expansiven Budgetpolitik der Jahre 1974-1976 stark gestiegene Staatsverschuldung wieder abzubauen, ein Ziel, zu dem sich auch Kreisky bekannte¹⁷⁰. Hans Seidel, einer der Autoren, der von Bruno Kreisky wenige Monate später, nach dem Rücktritt von Hannes Androsch, als Staatssekretär an der Seite Herbert Salchers ins Kabinett geholt wurde, gestand allerdings launisch ein, „dass der Instrumentenkasten ziemlich leer ist und manche traditionelle Instrumente ziemlich abgenützt sind.“¹⁷¹ Eine Vorausschau des Beirats für Wirtschafts- und Sozialforschung über die längerfristige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots bis zum Jahr 2000 gelangte zum Schluss, dass die Zahl der erwerbsfähigen Österreicher bis 1986 um knapp 180.000 Personen (Basis: 1978) zunehmen, danach aber vermutlich auf diesem Niveau verharren werde, wobei Aussagen über 1986 hinaus mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet seien. Besonders die Erwerbsquote der Frauen in mittlerem Alter werde weiter zunehmen („berufsorientierte Dauertätigkeit“), während die bis in die Mitte der siebziger Jahre stark zunehmende Schulbesuchsneigung nicht mehr signifikant steigen werde. Von der Konjunkturentwicklung werde es abhängen, in welchem Maße erwerbstätige Personen aus einer selbständigen Tätigkeit in eine unselbständige wechseln würden.

Eine weitaus größere Unsicherheit ergebe sich daraus, wie man die Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Computern und Mikroprozessoren, mithin der technologischen Entwicklung auf die Produktivität und somit auf die Beschäftigung bewerte. Je nachdem, wie man diesen Faktor bewerte, ergebe sich eine Arbeitslosenrate zwischen 1,3 bis 2,4 % für 1981 bzw. 1,6 bis 5,4 % für 1986, wobei der Beirat von einer mittleren Annahme von 57.000 bzw. 120.000 überschüssigen Arbeitskräften ausging. Nach einer Studie des WIFO, basierend auf einer Umfrage unter mehr als 300 Unternehmen, kam Mikroelektronik Anfang der achtziger Jahre bei mehr als einem Drittel der Unternehmen in der Produktion und bei etwa 80 % im Bereich der Büroarbeit zum Einsatz. Schätzungen des WIFO zufolge würde sich dadurch der Arbeitsbedarf im Zeitraum 1979-1985 in der Produktion um rd. 10 %, im

¹⁶⁹ Staribacher-Tagebücher, 11. und 17.1.1980.

¹⁷⁰ Wiener Zeitung, 5.4.1980, 1979 geringeres Budgetdefizit, Staribacher-Tagebücher, 1.7.1980, Kreisky Referat vor dem SPÖ-Parlamentsklub.

¹⁷¹ Hans Seidel, Die österreichische Wirtschaft in den achtziger Jahren, In: Österreichische Monatshefte, H. 7/8-1980. Seidel, der sich selbst als „liberalen Keynesianer“ bezeichnete (Wochenpresse, 3/1981), mit dem der Autor dieser Studie aus Anlass dieses Forschungsprojekts ein Gespräch führte, äußerte sich zu seinem Eintritt in das Kabinett so: „...die Idee des Kreisky war, wir wollen den Salcher als Finanzminister, aber um das mit ökonomischen Überlegungen anzureichern, laden wir den Seidel ein, als neutraler Staatssekretär in die Regierung zu kommen.“ Interview mit Hans Seidel, 27.4.2007.

Bürobereich um bis zu 25 % verringern¹⁷². Schließlich wies der Beirat auf das strukturelle Problem des wachsenden Zustroms jüngerer Arbeitskräfte mit höherer Qualifizierung hin, während das Angebot an Hilfs- und angelernten Arbeitskräften tendenziell rückläufig sei. Dies entspreche grundsätzlich auch der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors in der Volkswirtschaft. Dennoch werde von der Wachstumsdynamik anhängen, ob es zu strukturellen Defiziten oder Überangeboten komme¹⁷³. Die etwas früher veröffentlichte OECD-Prognose prognostizierte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 2,4 %, während Sozialminister Weißenberg im März 1980 für 1980 von einer Rate von 1,9-2 % im Jahresdurchschnitt ausging¹⁷⁴. Im Mai revidierte das WIFO seine Wachstumserwartungen nach oben und prognostizierte für 1980 ein Wachstum von 3 %. Die mittelfristige Strukturstudie des Instituts für Wirtschaftsforschung, die von Hannes Androsch in Auftrag gegeben worden war, gelangte, was die Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre anlangte, allerdings zu einem pessimistischen Ergebnis: Vollbeschäftigung werde allein vom Wirtschaftswachstum her voraussichtlich nicht aufrechterhalten werden können, der bis 1979 stark steigende Bedarf im Dienstleistungssektor, der bisher Arbeitskräfte aus der Industrie aufnehmen habe können, sei nun gedeckt¹⁷⁵.

Die Aussichten der Experten auf eine Weiterführung der Vollbeschäftigungspolitik waren zu Beginn des neuen Jahrzehnts also wenig erfreulich. Einiges Aufsehen erregte ein Interview des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Privatangestellten Alfred Dallinger im „Kurier“, das diese Zeitung Anfang März abdruckte. Darin meinte Dallinger auf die Frage, ob die stürmische Wohlstandsentwicklung der siebziger in den achtziger Jahren fortgeführt werden könne, er glaube, jetzt sei es Zeit, eine Pause einzulegen, die sozialen Errungenschaften erst einmal abzusichern und, anstatt das soziale Füllhorn über alle auszuschütten, zu einer differenzierten Sozialpolitik überzugehen. Man müsse offen aussprechen, dass die Erhaltung der Vollbeschäftigung, des erreichten Lohnniveaus und einer gesicherten Pension „in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit darstell[en].“¹⁷⁶

¹⁷² Mikroelektronik in der österreichischen Industrie, In: WIFO-Monatsberichte, H. 2/1982, S. 71-85, hier S. 80, 83f. Zum Einsatz im österreichischen Bankwesen: Österreichs Kreditwirtschaft. Von der Reichsmark über den Schilling zum Euro, hgg., R. A.Haiden et.al., Wien-Graz 2007, S. 257-317, Peter Eigner u. a., Gesicherte Tagfertigkeit. Arbeitsproduktivität und Technikeinsatz in der Österreichischen Postsparkasse 1881-1988, S. 62-67. Nach 1981 gingen die ersten Bankomatkassen in Österreich in Betrieb (Trend, H. 5/1984) Österreich-Bericht, 133/1982, 12.6.1982 (Die Presse). In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass sowohl der Siemens-Konzern, als auch eine VOEST-Tochter nahezu gleichzeitig große Investitionen zum Aufbau von Chip-Produktionsstätten in Österreich tätigten. Vgl. Trend Sonderheft 11/1982, S. 26-34, Chip chip hurra und H. 3/1982, S. 30ff (zum VOEST-Partner AMI).

¹⁷³ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 65, Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Längerfristige Wirtschaftsentwicklung, Wien (März) 1980, siehe auch Bericht der Presse, 21.5.1980.

¹⁷⁴ Wiener Zeitung, 19.2.1980, Staribacher-Tagebücher, 17.3.1980.

¹⁷⁵ Vgl. Kurzfassung und Kommentar zur Studie von Ewald Nowotny, Österreichs Wirtschaft in den achtziger Jahren, In: Die Zukunft, H. 7/1980, Staribacher-Tagebücher, 2.6.1980, Die Presse, 12.8.1980.

¹⁷⁶ Kurier, 2.3.1980, „Pause im Anstieg des Wohlstands“. Interview mit Alfred Dallinger.

Dazu kam, dass sich in Teilbereichen und bei einigen Leitbetrieben die Anzeichen einer akuten Krise verschärften. Der Kameragroßproduzent EUMIG mit Hauptsitz in Wiener Neudorf, Mitte der siebziger Jahre ein österreichisches Paradeunternehmen mit Standorten in Wiener Neudorf, Wien, Fohnsdorf, Fürstenfeld, Deutsch-Altenburg und Kirchdorf/OÖ. und mit 5.600 Beschäftigten eines der zehn größten Industrieunternehmen Österreichs, geriet 1978/79 in eine Schieflage, die sich bis Jahresende 1979 immer mehr zu einer akuten Krise auswuchs. Kreisky sicherte den Betroffenen zwar zu, sich für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zu engagieren, lehnte aber eine Finanzspritze für EUMIG ab, weil die Höhe der Verschuldung die Möglichkeiten des Staates, helfend einzuspringen, bei weitem überschreite. Trotz eines Angebots von Niederösterreich und Steiermark, Mittel bereit zu stellen, wenn auch der Bund bereit sei, einen Teil beizutragen, sah sich Sozialminister Weißenberg dazu außerstande¹⁷⁷.

Wenngleich die Creditanstalt zu diesem Zeitpunkt nicht von derartigen akuten Sanierungsfällen betroffen war, so befanden sich unter ihren Industriebeteiligungen einige, die dem Vorstand der Bank, bis 1981 Heinrich Treichl, danach Hannes Androsch, nicht geringe Sorgen bereiteten, darunter der LKW-, PKW-, Traktoren- und Waffenproduzent Steyr Daimler Puch, der Reifenhersteller Semperit, die Grazer Maschinenfabrik Andritz, die Sanitär- und Geschirrfabrik Austria Email u.a.m. Einige dieser Firmen wurden nur kurze Zeit, nachdem die Länderbank saniert werden konnte, ebenfalls notleidend, und neuerlich mussten staatliche Hilfen in Anspruch genommen werden¹⁷⁸. Im Juli wurde bekannt, dass Steyr, Simmering-Graz-Pauker und die VOEST mit der chilenischen Regierung die Lieferung von 100 „Kürassier“-Jagdpanzern sowie von Berge- und Schützenpanzern, MGs und Maschinenpistolen mit einem Gesamtvolumen von 2,07 Mrd. öS vereinbart hatten. Es folgten heftige Proteste in Teilen der SPÖ und der Parteipresse; das Waffengeschäft wurde zum vielleicht wichtigsten Sommerthema der SPÖ. Besonders aus der Wiener SPÖ und aus nahezu allen Jugendorganisationen, über die Parteigrenzen hinweg, gab es heftige Kritik. Die Steyr-Geschäftsführung und der Betriebsrat wiesen auf die Bedeutung des Rüstungsgeschäfts für das Gesamtergebnis hin; die Grazer „Neue Zeit“ etwa konstatierte, jedes Waffenexportgeschäft erhöhe die Abhängigkeit der Arbeitsplätze von diesem Geschäftszweig.¹⁷⁹ Am 20. August brachte Kreisky die Frage vor das Parteipräsidium. Noch kurz davor hatte auch die VOEST und die Arbeiterkammer vor einer Gefährdung von

¹⁷⁷ Arbeiter-Zeitung, 22.1.1980, Staribacher-Tagebücher, 13.5.1980, Die Presse, 21.5.1980, Wiener Zeitung, 29.5.1980. Die Länderbank berief den EUMIG-Vorstand Ende Mai ab und übernahm das Kommando bei EUMIG.

¹⁷⁸ Vgl. Die Presse, 21.11.1980, Ein Konzern magert ab, Liselotte Palme, Androsch. Ein Leben zwischen Geld und Macht, Wien 1999, S. 200-205, Heinrich Treichl, Fast ein Jahrhundert, Wien 2003, S. 314-320, Franz Kubik, Creditanstalt-Bankverein. Von der führenden Bank des Landes zur internationalen monetären Visitenkarte Österreichs, In: 150 Jahre Bank Austria Creditanstalt, hgg. O. Rathkolb/Th. Venus/U. Zimmerl, Wien 2005, S. 420f.

¹⁷⁹ Wiener Zeitung und Neue Zeit, 30.7.1980.

Arbeitsplätzen gewarnt, sollte das Geschäft nicht zustande kommen. Mehrere Mitglieder des Präsidiums sprachen sich trotzdem dagegen aus, während Benya, Androsch, Rösch und Sekanina zu den Befürwortern zählten. Kreisky kritisierte nach dem Präsidium den Steyr-Vorstand, sich zu stark in Abhängigkeit von der Waffenproduktion begeben zu haben¹⁸⁰. Die Bundesregierung verbot schließlich das Ausfuhrgeschäft.

Auch innerhalb der verstaatlichten Industrie, die Anfang der achtziger Jahre 115.000 Menschen beschäftigte, mehrten sich im 1. Halbjahr die Anzeichen für eine massive Verschlechterung der Ertragslage, wie aus Kreiskys neuerlichem Bericht an den Nationalrat hervorging. Der VEW-Vorstand hatte bereits im Spätherbst 1979 ein erstes Programm zur Straffung des Edelstahlkonzerns vorgelegt, das u.a. die Schließung von Standorten, darunter des Werks Judenburg, vorsah; der Nationalrat beschloss daraufhin, der VEW frisches Kapital im Umfang von 200 Mio. zuzuführen. In den folgenden Jahren erfolgten noch weitere, weit höhere Kapitalzuführungen¹⁸¹. Anfang Juli 1980 gab der VEW-Vorstand, Adolf Bayer und Friedrich Martinowsky, die Schließung des Werkes Floridsdorf bekannt und im Oktober wurde erstmals Kurzarbeit für 2.500 Beschäftigte eingeführt; die VEW beschäftigte an mehreren Standorten, wie Ternitz, Mürzzuschlag, Kapfenberg oder Judenburg, insgesamt 25.675 Mitarbeiter. Von der Schließung des Werks Floridsdorf waren rd. 450 Arbeitsplätze betroffen; ein Teil der Produktion sollte künftig von den anderen VEW-Standorten übernommen werden.¹⁸².

Bei der Herbstklausur der Regierung am 10. September 1980, die bereits durch den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kreisky und Hannes Androsch gekennzeichnet war, teilte der Bundeskanzler mit, die VEW befänden sich in einer „katastrophalen Ertrags- und Auftragslage“, darüber hinaus erwirtschaftete auch die VOEST-Alpine seit dem Frühjahr Verluste, einzig die ÖMV erziele gute Ergebnisse. Die Krise der VEW vertiefte sich in den folgenden Jahren noch weiter und sollte Regierung und Nationalrat noch öfters beschäftigen. Im Nationalrat kam es am 23. Oktober zu einer heftigen Auseinandersetzung über die VEW-Krise und von der Opposition behaupteten Versäumnissen in der Reform der Stahlindustrie¹⁸³. Die Krise der VEW war freilich nicht nur hausgemacht, die gesamte europäische Stahlindustrie steckte seit 1975 in einer schweren Krise und verzeichnete

¹⁸⁰ Staribacher-Tagebücher, 20.8.1980, Die Presse, 19.8.1980, Arbeiter-Zeitung, 20.8.1980.

¹⁸¹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 174, Vereinigte Edelstahlwerke 1976-1979, ferner Box 175-177a sowie Seper, Aspekte der Verstaatlichtenpolitik der Ära Kreisky, S. 137-144.

¹⁸² Über- und historische Rückblicke auf Entwicklung des Gesamtkonzerns und einzelner VEW-Standorte bieten: Trend H. 10/1979, S. 75-88, Edelstahl: Die eisernen Verlierer, Österreichische Monatshefte, H. 4/1979, Die österreichische Edelstahlindustrie, Arbeiter-Zeitung, 12.7.1980, VEW-Vorstand beschloss Stilllegung des Wiener Werkes. Sozialplan: Prämien für Arbeiter., Franz Summer, Das VOEST-Debakel, Wien 1987, S. 179-185, Die Presse, 25.9.1980, Verstaatlichte hat große Sorgen. Interview mit Oskar Grünwald, Staribacher-Tagebücher, 14.10.1980.

¹⁸³ Staribacher-Tagebücher, 23.10.1980.

milliardenschwere Verluste. Grund waren viel zu hohe Kapazitäten und die Konkurrenz Japans, was zu einem starken Preisverfall führte. Die europäische Stahlindustrie verlangte Mindestpreise. Einige EU-Länder entschlossen sich zur Stützung auf nationaler Ebene, die EU entschloss sich schließlich 1980 zu einer Kontingentierung der Stahlerzeugung in der Gemeinschaft¹⁸⁴.

Im Rahmen der Klausurtagung äußerte der Kanzler auch die Ansicht, er erwarte eine längere Krise in der Zukunft, auf die man diesmal nicht in derselben Weise wie 1974/75 werde reagieren können. „Die Zeit des deficit-spending ist zu Ende.“¹⁸⁵ Diese bittere Wahrheit hatte auch Androsch schon bei der Regierungsklausur Anfang Juni geäußert, die vom AKH-Schmiergeldskandal überschattet war. Auch wenn das Wirtschaftswachstum 1980 drei Prozent betrage, sei dies nicht ausreichend, um das Budget dadurch zu sanieren. Durch den Ausbau der Sozialversicherung seien die Bundeszuschüsse so stark gestiegen, dass die Staatsverschuldung auf Sicht stark zunehmen werde, wenn man nichts dagegen unternehme. Es drohe eine Neuverschuldung von 40 Mrd. öS mit wachsenden Zinsbelastungen in den nachfolgenden Jahren. Wie Weißenberg verwies auch Androsch darauf, dass die Arbeitsmarktförderung trotz guter Konjunkturlage über keine Reserven mehr verfüge. In einem seiner letzten Interviews bestätigte Gerhard Weißenberg, der Anfang Oktober einem Krebsleiden erlag, die Angaben Androschs. Zur selben Ansicht gelangte auch die mittelfristige Budgetvorschau des Wirtschafts- und Sozialbeirates: Die Sanierung des Budgets müsse von der Ausgabenseite her erfolgen. Dabei seien klare Prioritäten festzulegen, da sonst der Budgetspielraum verloren gehe. Nach dem Ende August vorgestellten Staatsschuldenbericht hatte sich die Finanzschuld des Bundes im Jahre 1979 auf 230,9 Mrd. öS erhöht, das entsprach 80,1 % der Budgeteinnahmen¹⁸⁶.

Im Sommer 1980 ergaben die Konjunkturdaten, dass der Höhepunkt der internationalen Konjunktur bereits überschritten war: Die Gesamtbeschäftigung nahm, allerdings nur noch wenig, zu (0,6 %), die Beschäftigung in der Industrie erreichte im Sommer 1980 mit 628.500 ihren Höhepunkt, in den folgenden drei Jahren ging sie um 10 % zurück, die Arbeitslosenrate in Österreich war bis zum Sommer rückläufig (1,3 %), um bis zum Dezember auf 81.700 (2,8 %) und im Jänner 1981 auf 104.000 (3,7 %) anzusteigen. Währenddessen befanden sich die USA und Großbritannien bereits in der Rezession, auch die Konjunktur in der BRD, Japan oder Italien brach im Laufe des Jahres ein, was bereits auf die österreichische Handelsbilanz

¹⁸⁴ Trend H. 10/1979, S. 75.88, Die eisernen Verlierer (Hier auch zur europäischen Stahlindustrie), Oskar Grünwald, Die Lage der Verstaatlichten Industrie in Österreich, In: West-Ost-Journal, Nr. 2/3-198, Arbeiter-Zeitung, 11.7.1981, ÖIAG, der Weg bleibt weiter steinig (Aussagen Oskar Grünwalds).

¹⁸⁵ Arbeiter-Zeitung, 12.7.1980, Staribacher-Tagebücher, 10.9.1980.

¹⁸⁶ Staribacher-Tagebücher, 2.6.1980, Die Presse, 10.7.1980, Schuldendienst engt den Budgetspielraum ein und Presse, 27.7.1980, Weißenberg muss sich nach der Drecke strecken, Wiener Zeitung, 27. und 28.8.1980, Finanzschuldenbericht 1980.

des 1. Halbjahres negativ auswirkte. Seit Juli segelte aber auch Österreichs Wirtschaft langsam in die Flaute¹⁸⁷.

Der innenpolitische Herbst 1980 brachte wichtige Veränderungen in der Bundesregierung: einen Wechsel im Sozialministerium – Alfred Dallinger folgte im September Gerhard Weißenberg, während der „Ödipuskonflikt“ zwischen Bruno Kreisky und Hannes Androsch auf das Finale zutrieb. Im August veröffentlichte die Zeitschrift Profil ein später legendäres Interview Helmut Voskas mit Kreisky mit dem Titel „Androsch hat mich nicht überzeugt“. Ein knappes Monat später veröffentlichte Kreisky seinen 10-Punkte-Katalog über den Abbau von Politikerprivilegien, mit den Anforderungen für politische Sauberkeit in der SPÖ, den der SPÖ-Parteivorstand am 4. September 1980 billigte. Androsch reichte daraufhin seinen Rücktritt ein, der aber vom Parteivorstand am 9. September abgelehnt wurde. Trotzdem gelangten immer mehr unter den führenden Vertretern der SPÖ zum Schluss, dass ein Verbleib Androschs in der Regierung auf Dauer unmöglich wäre. Im Oktober stellte Androsch sein letztes Budget vor. Drei Monate nach seinem ersten Rücktrittsangebot nahm der SPÖ-Parteivorstand am 11. Dezember Androschs Rücktrittsangebot mit Wirksamkeit vom Jahresende an; bereits eine Woche vorher wurde in den Parlamentscouloirs darüber gesprochen¹⁸⁸. Im Zuge der notwendigen Regierungsumbildung übernahm Herbert Salcher das Finanzressort, zum Finanzstaatssekretär wurde WIFO-Chef Hans Seidel ernannt. Beide sollten die Fortsetzung einer austrokeynesianischen, auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik garantieren. Kurt Steyrer übernahm das bisher von Salcher geleitete Gesundheitsressort, Hannes Androsch wechselte am 15. Jänner in die Creditanstalt Bankverein, zunächst als stellvertretender Generaldirektor und ab 1. Juli 1981 als Generaldirektor und Nachfolger Heinrich Treichls Diese Funktion übte er bis Jänner 1988 aus.

Nachdem das Budgetziel 1980, nämlich die Senkung des inlandswirksamen Nettodefizits auf unter 3 %, erreicht wurde, bestand die Absicht, die Neuverschuldung mittelfristig weiter auf 2,5 % abzusenken. Zinsstützungen für Unternehmen und im Rahmen der Sparförderung sollten ebenso gekürzt werden wie der Bundesbeitrag zur Sozialversicherung. Im

¹⁸⁷ Österreich-Bericht 209, 2.9.1980, 250/1980, 25.10.1980, Tiroler Tageszeitung, 26.2.1982, Arbeitslose in Österreich, OECD-Bericht Österreich, o.O. 1982.

¹⁸⁸ Das 10 Punkte-Programm: 1000 Daten SPÖ, Eisenstadt-Wien 1985, S. 286, Zum Konflikt Kreisky-Androsch liegen zahlreiche persönliche Erinnerungen und Einschätzungen vor: vgl. Heinz Fischer, Reflexionen, Wien 1998, S. 292-299, Barbara Liegl/Anton Pelinka, Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, Wien 2004, Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996, S. 299ff., Beppo Mauhart, Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch – Das „Goldene Jahrzehnt“ – in Texten und Bildern, Wien 2006, S. 479-486, Liselotte Palme, Androsch. Ein Leben zwischen Geld und Macht, Wien 1999, S. 155-174.

Budgetvollzug konnte das gesteckte Ziel nicht gänzlich erreicht werden, das inlandswirksame Defizit erhöhte sich leicht¹⁸⁹.

Arbeitszeitverkürzung – ein Instrument zur Erhaltung der Vollbeschäftigung?

Sozialminister Alfred Dallinger steckte sich öffentlich im Laufe des Herbst 1980 mehrere Ziele ab: Von dem Bekenntnis zur Politik der Erhaltung der Vollbeschäftigung ausgehend, strebe er gemäß den Beschlüssen des letzten ÖGB-Bundeskongresses entweder eine Verlängerung des Mindesturlaubs auf fünf Wochen oder eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36-37 Stunden an. Die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung, die Dallinger unablässig in Gang hielt, entwickelte sich zu einem Dauerthema der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion, die sich jahrelang hinzog, wobei diese Forderung besonders im Lager der Industrie und der Handelskammern von Anfang an auf Ablehnung stieß¹⁹⁰. In der ÖGB-Führung, unter SPÖ-Wirtschaftstreibenden und unter Ökonomen war diese Forderung Dallingers in den Jahren der Wirtschaftskrise der Jahre 1981/82 nicht unumstritten. Aus der Perspektive Dallingers, der aus der Privatangestelltengewerkschaft kam, schien diese Forderung aber nicht zuletzt als Antizipation des sich ankündigenden Einsatzes der EDV im Büroalltag (Textverarbeitung, Buchhaltung usw.) legitim, die eine enorme Produktivitätssteigerung und einen Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen nach sich ziehen würde¹⁹¹. Im Unterschied dazu waren Benyas Ansichten zum Thema Arbeitszeitverkürzung zum einen deutlich von der Sorge bestimmt, die Sozialpartnerschaft könnte angesichts der kritischen Wirtschaftssituation durch ‚überzogene‘ Forderungen Schaden nehmen. Zum anderen sah Benya darin aber auch ein Instrument zur Eindämmung drohender Arbeitslosigkeit, speziell in der Eisen- und Stahlindustrie, und ging in diesem Punkt konform mit Dallinger. Anfang Jänner 1981 schlug er deshalb eine schrittweise Annäherung an dieses Ziel vor: „Noch heuer“ sei im Sinne der Verkürzung der „Lebensarbeitszeit“ eine Regelung für „Schicht- und Schwerstarbeiter“ anzustreben; für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder die Anhebung des Mindesturlaubs setzte der ÖGB eine längere Frist bis etwa 1983¹⁹². Es ist naheliegend, diese Forderung Benyas nach Schaffung der Möglichkeit einer vorzeitigen Alterspension im Kontext der Strukturkrise der Stahlindustrie zu sehen. Dallinger kündigte daraufhin bereits Ende Jänner an, einen

¹⁸⁹ Wiener Zeitung, 15.4.1981, OECD-Bericht 1982, S. 37ff., Joachim Lamel, Budgets und Budgetpolitik 1979-1982, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, Wien 1984, S. 519-538, Profil, H.5/1981, F.G. Hanke, Das blieb von Androsch.

¹⁹⁰ Arbeiter-Zeitung, 15.11.1980, Streitgespräch Alfred Dallinger-Christian Beurle, Präsident des Hauptverbands der österreichischen Industrie zum Thema Mitbestimmung und Urlaub, Der Selbständige (SPÖ), 21.11.1980, Dallinger-Vorschlag abgelehnt.

¹⁹¹ Wiener Zeitung, 9.3.1981, Technologie schluckt 25.000 Arbeitsplätze. In der Bundesrepublik lag dazu bereits eine Studie zum Einfluss der „Automatisierung“ auf die Abläufe im Produktionsprozess, in der Büroarbeit und im Dienstleistungssektor vor.

¹⁹² Arbeiter-Zeitung, 5.1.1981, Benya: Wirtschaftsaufschwung frühestens 1982.

entsprechenden Gesetzesentwurf raschestmöglich auszuarbeiten, damit eine entsprechende gesetzliche Regelung für Schicht- und Schwerstarbeiter mit 1. Juli 1981 in Kraft treten könne. Das Gesetz sollte auf zehn Jahre befristet werden¹⁹³. Die Erfahrung mit dem Einsatz dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments zeigte eine ziemlich extensive Handhabung, die schnell sozialstaatliche Finanzierungsprobleme erkennbar werden ließ¹⁹⁴. An der Lohnpolitik zeigt sich die überaus maßvolle Haltung des ÖGB: In einem Interview mit der sozialistischen Zeitschrift „Zukunft“ antwortete Benya zur Frage, ob die „Benya-Formel“ einer 3 % Reallohnsteigerung auch in den achtziger Jahren Gültigkeit habe, 1980 habe man noch ein halbes Prozent erreichen können. Aufgrund des fehlenden Wirtschaftswachstums könne man für 1981 nur hoffen, ohne Verlust davonzukommen. Mehr an Realloohnerhöhung als im Vorjahr sei jedenfalls nicht zu erwarten

Bautengewerkschafter Karl Sekanina schloss sich Benyas Haltung in der Frage der Arbeitszeitverkürzung weitgehend an, so dass zeitweise in dieser Diskussion fast der Eindruck entstand, als ob sich der ÖGB sich von ‚seinem‘ Sozialminister distanzieren. Ende März 1981 mahnte Benya die Zurückstellung gewisser Vorhaben im Interesse der Vollbeschäftigung. Trotzdem beharrte Dallinger weiterhin auf seiner Forderung und kündigte im Juli 1981 an, eine Urlaubsverlängerung spätestens bis 1983 durchsetzen zu wollen. Auch der Kanzler distanzierte sich, vorerst noch vorsichtig im Verlauf des Jahres 1982, dann aber immer deutlicher, von der Forderung seines Sozialministers nach einer raschen Verkürzung der Wochenarbeitszeit, dadurch würden zwar im öffentlichen Dienst zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, was aber aus Budgetgründen derzeit nicht zweckmäßig sei.¹⁹⁵ Horst Knapp plädierte für eine Versachlichung der Diskussion ohne Scheuklappen. Der Arbeitsmarktexperte des WIFO Felix Butschek meinte, aus den Erfahrungen früherer Arbeitszeitverkürzungen könne man positive Beschäftigungseffekte einer solchen Maßnahme nicht von vornherein ausschließen, allerdings würden Beschäftigungseffekte erst zeitverzögert in zwei bis drei Jahren eintreten. Eine ähnliche Meinung vertrat auch Helmut Kramer¹⁹⁶.

Anfang November 1980 forderte Dallinger, zunächst im Ministerrat, wenig später aber auch öffentlich, zu einem Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik auf. Diese solle nicht nur kurzfristig Mittel zur Sanierung gefährdeter Betriebe bereitstellen, sondern im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik aufwenden. Er schlug vor, vorerst 500 Mio. an zusätzlichen Mitteln zur

¹⁹³ Wiener Zeitung 24. und 30.1.1981.

¹⁹⁴ Arbeiter-Zeitung, 16.6.1982, Die Presse, 21.6.1982, Karl Graber, Mit der Frühpension noch rascher in die Sozialstaatskrise.

¹⁹⁵ Die Zukunft H. 2/1981, Das Wirtschaftsprogramm für die achtziger Jahre, Die Presse, 27.3. und 12.6.1981.

¹⁹⁶ Arbeiter-Zeitung, 22.7.1981, Felix Butschek, Missverständnisse, siehe auch Südost-Tagespost, 20.6.1981. Bernhard Eibisberger, Flexible Arbeitszeitordnung statt Arbeitszeitverkürzung, Finanznachrichten, 5.3.1982, Helmut Kramer, Österreichs Wirtschaft – Betrachtungen zur Jahreswende 1983/84, o.O., 1983.

Schaffung von 5.000 neuen Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der Budgetlage sollte dieser Betrag durch Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um 0,5 % aufgebracht werden, wobei die zusätzlichen Mittel für strukturverbessernde Investitionen Verwendung finden und bis zu 160.000 öS für jeden Arbeitsplatz aufgewendet werden sollten. Im Jänner 1981 bot Dallinger den Vertretern der Industrie ausdrücklich an, sich stärker der im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung zur Verfügung stehenden Mittel zu bedienen. Tatsächlich erfolgte die Beitragsanhebung erst mit zweijähriger Verspätung Anfang 1983 und trat am 1. März 1983 in Kraft¹⁹⁷.

Die Krise erreicht Österreich – Österreich steuert dagegen

Etwa ein Drittel der Arbeitslosen in den Wintermonaten des Jahres 1980/81, ca. 30.000-35.000, war der Bauwirtschaft zuzurechnen; unter normalen konjunkturellen Bedingungen verschwand die Winterarbeitslosigkeit aber im Laufe der Frühjahrsmonate wieder rasch¹⁹⁸. In den siebziger Jahren waren zahlreiche Arbeitsplätze im Rahmen der Erweiterung des hochrangigen Straßennetzes (Autobahnen, Schnellstraßen) entstanden bzw. gesichert worden. Die Kosten der Fertigstellung des hochrangigen Straßengrundnetzes bezifferte Sekanina im März 1981 aufgrund der gestiegenen Baukosten mit ungefähr 20 Mrd., ein Betrag, der kurzfristig aus dem Budget aufgrund spärlicher fließenden Einnahmen an Mineralölsteuer – 1980 12 Mrd. – nicht aufzubringen war. Verhandlungen mit der Europäischen Union über eine gemeinsame Finanzierung beim Bau der Pyhrnautobahn kamen nicht voran, das Schicksal des Semmering-Basistunnels, mit dessen Planungen wenig später begonnen wurde, ist ebenfalls hinreichend bekannt. Für eine flächendeckende Bemaatung des gesamten Autobahnnetzes hatte sich die SPÖ in den sechziger Jahren stark gemacht, war damit aber in der großen Koalition am Widerstand der ÖVP gescheitert, auch Sekaninas Vorschlag 1981 blieb ohne Folgen. Daher sah sich Sekanina gezwungen, die Fertigstellung wichtiger Verkehrsverbindungen, wie z.B. die Südautobahn oder die für die Obersteiermark wirtschaftlich bedeutsame Schnellstraßenverbindung durch die Mur-Mürzfurche mit der Anbindung an die in Planung befindliche Pyhrnautobahn hinauszuschieben. Besonders bei der Fertigstellung kostspieliger Bauwerke, wie etwa der Wechselscheitelstrecke oder der Querung der Pack, traten mehrjährige Verzögerungen ein, mit negativen Auswirkungen auf die Bauwirtschaft¹⁹⁹. In Anbetracht dieser

¹⁹⁷ Arbeiter-Zeitung, 13.10. und 15.11.1980, Wiener Zeitung, 13.11.1980. Die Zukunft, 1/1981, Interview mit Alfred Dallinger, Wiener Zeitung, 24.1.1981, Offensive Arbeitsmarktpolitik, Staribacher-Tagebücher, 4. und 19.11.1980. Zu den Beschlüssen des ÖGB-Bundeskongresses vgl. Protokoll des 9. ÖGB-Kongresses 1979, Wien 1980 und Arbeiter-Zeitung, 15.9.1979, S. 3.

¹⁹⁸ Arbeiter-Zeitung, 13.2.1981, 35.000 Bauarbeiter sind arbeitslos.

¹⁹⁹ Staribacher-Tagebücher, 25.3.1980, 6.3.1981, 2.11.1981, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Ergänzung (Allg. Korr.), Box A, Karl Sekanina, Pressekonferenz über mittelfristiges Ausbauprogramm für Autobahnen und Schnellstraßen 1980-1985. Zum Mautvorschlag: Wiener Zeitung, 5.9.1981, Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats, XV. GP, 107. Sitzung, 10.3.1982, Anfragen an BM Sekanina.

Finanzierungsprobleme sollten nach Ansicht Sekaninas Hochbauprojekte sowie die Bereitstellung von Mitteln aus dem Wasserwirtschaftsfonds zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung beitragen, ebenso der Bau des Konferenzentrums, dessen Finanzierung ebenfalls ins Jahr 1981 fiel.

Neben den immer ernsteren Problemen in der Stahlindustrie, bei Steyr Daimler Puch und bei EUMIG traten zu Jahresende 1980/81 auch bei einigen anderen privaten Unternehmen akute Schwierigkeiten auf: bei der Tiroler Skifabrik Kneissl etwa, dem Kärntner Spanplattenerzeuger Funder, der Österreichischen Klimatechnik, der Polsterfabrik Sleepy, dem traditionsreichen Knopferzeuger Prym oder der Niklasdorfer Papierfabrik. Die Summe der Schäden aus Insolvenzen allein im 1. Quartal 1981 betrug 7 Mrd. öS (Gesamt 1980: 1,8 Mrd., 1981: 17 Mrd.), wovon aber rd. 5 Mrd. auf Klimatechnik und Funder entfielen²⁰⁰, zahlreiche Arbeitsplätze, vor allem in wirtschaftlich schwachen Regionen, drohten verloren zu gehen. Die Kleine Zeitung sprach bereits von einer „unheimlichen Pleiten-Serie“²⁰¹. Im weiteren Verlauf des Jahres kamen noch andere Problemfälle in verschiedenen Produktionszweigen hinzu, etwa der Limonadenerzeuger Schartner-Bombe, die Solo Zündholzfabrik Deutschlandsberg sowie verschiedene Textilunternehmen Tirols.

Dass einige dieser Großinsolvenzen zugleich Großkreditkunden der Länderbank waren (EUMIG, Klimatechnik, Funder) und im Falle Klimatechnik auch Auswirkungen auf die Verstaatlichte ELIN hatten, machte die Situation nur noch komplizierter. Über kurz oder lang ergab sich daraus die Frage, ob die verantwortlichen Manager der Bank bei der Beurteilung der Kreditvergabe die notwendige Vorsicht walten ließen, eine Frage, die sowohl der neue Länderbank-Vorstandschef als auch der Rechnungshof mit „Nein“ beantworteten. Die Länderbank geriet durch diese drei Insolvenzfälle in eine ernste Liquiditätskrise, da sich die Verluste dieser drei Kreditausfälle auf insgesamt 4,2 Mrd. öS summierten; allein der Schuldenstand der Klimatechnik machte rd. 2,4 Mrd. öS aus. Der Länderbank-Aufsichtsrat beschloss in einer ao. Hauptversammlung zunächst die Erweiterung des Vorstands und schuf damit die Möglichkeit, dass Franz Vranitzky, der aus der Creditanstalt an die Spitze der Bank wechselte, neu in den Vorstand der Bank einzog; Ende April wurde der bisherige Vorstand von Finanzminister Herbert Salcher abberufen. Vranitzky gelang es in der Folge in monatelangen Verhandlungen, eine Lösung zu zimmern, die mit staatlicher Hilfe den Fortbestand der Bank sicherte. Die Länderbank selbst übernahm bis zum Zustandekommen dieser Lösung 1,4 Mrd. an Verlusten. Die Sanierung der Bank erfolgte in zwei Schritten: am 1. Juli 1981 durch eine Novelle zum Finanzierungsgarantiegesetz 1977, mit dem der

²⁰⁰ Arbeiter-Zeitung, 30.3.1982.

²⁰¹ Kleine Zeitung, 28.3.1981, Erwin Zankel, Die unheimliche Pleiten-Serie, Die Presse, 16.4.1981, Filter für die Statistik, Insolvenzstatistik: Österreich-Bericht 40/1982, 18.2.1982.

Haftungsrahmen der Finanzierungs-Garantiesgesellschaft von 3 auf 4 Mrd. ausgeweitet wurde²⁰², und mit einem für die Länderbank geschaffenen Gesetz vom 31. März 1982, dem auch die ÖVP zustimmte. Die Länderbank erhielt die Möglichkeit, uneinbringliche Forderungen im Ausmaß von drei Milliarden Schilling aus den Insolvenzen über einen Zeitraum von 25 Jahren abzuschreiben. Der Bund übernahm die Haftung für die aushaftenden Forderungen gegenüber den insolvent gewordenen Firmen. Die Verluste sollte die Bank aus ihren künftigen Gewinnen in einem Zeitraum von 20 Jahren abtragen, die jährlichen Belastungen betragen rd. 240 Mio. öS²⁰³.

Während im Falle von EUMIG selbst alle Versuche, das Unternehmen mit seinen ehemals 6.000 Mitarbeitern zu retten, erfolglos blieben, so dass schließlich Mitte August 1981 der Konkurs angemeldet werden musste, gelang es, nach langen Bemühungen insbesondere für die steirischen EUMIG-Standorte Nachfolgefirmen zu finden: in Fürstenfeld und in Kirchdorf der italienische Waschmaschinenhersteller Zanussi, in Fohnsdorf errichteten ÖIAG und ein deutsches Unternehmen nach monatelangen Verhandlungen, in die sich auch Handelsminister Staribacher einschaltete, eine gemeinsame Tochter für Leiterplatten und Kunststoffspritzguss. Neuerlich wurden öffentliche Unterstützungen gewährt, sowohl durch den Bund als auch das Land Steiermark. Im Falle der Firma Klimatechnik, der sich vom Konkurs- zum Kriminalfall (4,5 Mrd. Forderungen) auswuchs, der auch die staatliche ELIN betraf, galt es auch, die Verpflichtungen dieses Unternehmens im Ausland möglichst einzuhalten, d.h. bestehende Aufträge abzuwickeln, um mögliche Imageschäden für den Wirtschaftsstandort Österreich, etwa im arabischen Raum, zu vermeiden. Für die Funder-Unternehmen wurde schon im Frühjahr 1981, mit Unterstützung des Landes Kärnten, eine Lösung gefunden, so dass Teile des Unternehmens von der Constantia-Gruppe Turnauers übernommen wurden²⁰⁴.

²⁰² Dieses Gesetz sollte nicht nur der Länderbank helfen, die aus den Großinsolvenzen der drei Kreditnehmer EUMIG, Klimatechnik und Funder drohenden Verluste leichter zu verkraften, sondern auch Insolvenzhilfen bei anderen Pleiten ermöglichen. Die Hilfe bestand in der Gewährung von Überbrückungshilfen und durch Beratung bei der Unternehmenssanierung. Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 81. Sitzung, 1.7.1981, S. 8150-1886 und 791 d. Beil.; Arbeiter-Zeitung, 2.7.1981.

²⁰³ Zur Nachlässigkeit in der Kreditprüfung vgl. Kurier, 30.8.1981, Interview mit Franz Vranitzky, „Länderbank ist ein Einzelfall, kein Symptom für Krise!“, Österreich-Bericht 68/1982, Klaus Grubelnik, Die Rote Krake. Eine Bank erobert Österreich, Wien 1998, S. 136f., zur Sanierung vgl. Arbeiter-Zeitung, 24.4.1981, Länderbank-Vorstand ist zurückgetreten, Österreich-Bericht 133/1981, 11.6.1981, Die Presse, Staat übernimmt Haftung für Schulden von EUMIG und OeKG, Trend H. 8/1981, Zur Länderbank-Sanierung: Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 31.3.1982 sowie 1019 d. Beil. (BG über die Leistungen des Bundes an die Länderbank), Gerald Stifter, Die Haltung der ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983, Innsbruck 2006, S. 271. Franz Vranitzky, Politische Erinnerungen, Wien 2004, S. 69-83, Klaus Grubelnik, Die Rote Krake, Wien 1998, S. 133-138, Der Bilanzschmäh, Trend H. 10/1981, S. 50-67, Das große Zittern: Was ist los mit der Länderbank?, Wiener Zeitung u. Die Presse, 25.3.1982, Die Zeit, Nr. 14/1982, Irmgard Bayer, Langer Marsch durch die roten Zahlen.

²⁰⁴ Zum Aufstieg und Niedergang von EUMIG vgl. Staribacher-Tagebücher, 4.2.1976, 16.11.1978, 29.4.1980, 13.5.1980 (die Fälle EUMIG und Klimatechnik finden sich noch in zahlreichen weiteren Einträgen in Staribachers Tagebüchern), Gerhard Friedrich, Der Fall EUMIG, Trend H. 2/1978, S. 70-84 und H. 8/1980, Die Presse, 21.8.1981, Franz Mathis, Big Business in Österreich, Bd. 2, Wien 1981, S. 115ff., Wiener Zeitung, 13. und 19.8.1981. Zu Fohnsdorf (EUMIG Fohnsdorf GesmbH): Arbeiter-Zeitung, 8.10.1982, Wiener Zeitung, 20.10.1982,

Im Jänner 1981 gab der Bundeskanzler zunächst im Ministerrat und später auch öffentlich die Bildung einer SPÖ-Wirtschaftskommission bekannt, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines neuen Wirtschaftsprogramms sein sollte, welches das Regierungsprogramm ergänzen sollte. Als Zielvorgabe formulierte Kreisky, das neue Programm solle Antworten auf die wirtschaftspolitischen Fragen der achtziger Jahre geben. Darüber hinaus war das Programm als Alternative zu den im Rahmen des Nationalratswahlkampfes präsentierten verschiedenen wirtschaftspolitischen Ideen der Österreichischen Volkspartei gedacht. Es sollte ferner, wie es Kreisky formulierte, einer pessimistischen Haltung in der Bevölkerung entgegen wirken, indem es Lösungen für die Bewältigung der schwierigen Wirtschaftsprobleme anbieten sollte²⁰⁵.

Der Programmentwurf sollte von Ökonomen und Wirtschaftspolitikern parteiintern, dann aber auch über die Parteigrenzen hinweg diskutiert und im Rahmen des nächsten SPÖ-Parteitages im Frühjahr beschlossen werden. Es wurden zehn Arbeitskreise gebildet, Kreisky und Benya selbst übernahmen nominell die Leitung des Arbeitskreises Struktur-, Investitions- und Regionalpolitik. Einige Probleme und Ziele des Programms erläuterten beide in einem gemeinsamen Interview mit der „Zukunft“²⁰⁶. Auch andere Kabinettsmitglieder und selbst Androsch sollten eingebunden werden. Als Koordinatoren fungierten Kreiskys Kabinettschef Ferdinand Lacina sowie der ÖGB-Wirtschaftsexperte und spätere Staatssekretär und Landwirtschaftsminister Erich Schmidt. Beide leisteten auch einen Großteil der inhaltlichen Arbeit und kommunizierten die (Zwischen-) Ergebnisse öffentlich. Der Programmentwurf wurde Anfang März in Fortsetzungen in der „Zukunft“ abgedruckt, die Grundlinien und Hauptideen wurden von Lacina und Schmidt mehrfach ebenfalls in derselben Zeitung erläutert. Bereits im Februar nannte Lacina die Wiederaufnahme einer Strukturpolitik als eines der wichtigsten Anliegen des neuen Wirtschaftsprogramms. In einem Beitrag für die Zeitung des ÖVP-Wirtschaftsbundes bekannte sich Lacina weiter zu einem „Nebeneinander von steuerlicher Förderung und direkten Investitionshilfen“, forderte aber eine „Verschiebung der Gewichte“ in Richtung staatlicher Investitionsförderung, a) weil die indirekte

Zu Fürstenfeld: Wiener Zeitung, 11.8.1982; Über Klimatechnik und Funder: Trend, H. 4/1981, Zur Klimatechnik-Pleite: Trend H. 4/1981, S. 34-44, Staatsbegräbnis und Österreich-Bericht, 90/1981, 17.4.1981, Kronen-Zeitung: Gläubiger fordern von „Verstaatlichter“ hunderte Millionen. Zum Klimatechnik-Prozess: Profil, Nr. 49/1983, S. 26ff., Zur Funder-Übernahme: vgl. Arbeiter-Zeitung, 25.3.-2.4.1981.

²⁰⁵ Staribacher-Tagebücher, 7.1.1981. Innerhalb der ÖVP hatte sich im Umfeld von Alois Mock und in der Wirtschaftskammer ein Kreis wirtschaftspolitischer Experten und Berater gebildet, dem u. a. Claus Raidl, der spätere Staatssekretär Johannes Ditz, Rupert Dollinger, Christian Festa, Inge Görner u. a. angehörten, mit Hilfe derer Mock wirtschaftspolitische Kompetenz erwerben und den Abgang von Josef Taus in die Privatwirtschaft wettmachen wollte. Vgl. Die Presse, 9.4.1981, Zur Schlacht gerüstet, BKA, Interview mit Johannes Ditz, 21.9.2007.

²⁰⁶ Die Zukunft, H. 2/1981, Das Wirtschaftsprogramm für die achtziger Jahre. Gespräch (Hubert Friesenbichlers) mit Bruno Kreisky und Anton Benya. Darin äußerte Kreisky u. a.: „Das Programm soll also einen großen Rahmen darstellen, in dem sehr viel Raum gegeben ist für die Initiative derjenigen, die im Wirtschaftsleben tätig sein wollen.“

Investitionsförderung in Relation zum Ausfall an Steuern (10 Mrd. öS jährlich) zu wenig effizient sei, vor allem aber den notwendigen Strukturwandel nur teilweise unterstütze, b) für die Gründung neuer Unternehmen, Änderungen der Produktion oder Unterstützung notleidender Betriebe stelle die direkte Investitionsförderung die bessere Alternative dar. Lacina bemühte sich, die Einwände von Bundeskammer und Industriellenvereinigung zu entkräften, eine Stärkung der direkten Investitionshilfen würde dem Staat mehr Einfluss auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen einräumen und rasche Entscheidungen durch bürokratische Abläufe verzögern. Das neue SPÖ-Wirtschaftsprogramm sehe vor, dass künftig nur noch eine einzige Stelle die eingereichten Förderanträge prüfe. Außerdem sollte eine eigene Förderstelle für die Förderung innovativer Unternehmen und die Umsetzung von Forschungsvorhaben errichtet werden (Innovationsagentur). Wegen der günstigen Arbeitsmarktlage der letzten Jahre war das Kapitel zum Arbeitsmarkt im Programm relativ kurz. Ein Teil der Arbeitsmarktförderungsmittel sollte im Rahmen der Förderung der Strukturverbesserung direkt an die Betriebe vergeben werden²⁰⁷. Seinen Niederschlag fand dies in der vom Nationalrat am 10. Dezember 1982 verabschiedeten Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz bzw. Arbeitslosenversicherungsgesetz mit der Einfügung des § 39 a und b, mit dem Unternehmen Beihilfen im Zusammenhang mit Umstrukturierungsmaßnahmen sowie in volkswirtschaftlich wichtigen Fällen gewährt werden konnten. Ausmaß und Vergabe dieser Förderungen wurden später vom Rechnungshof genau geprüft und bildeten Gegenstand eines kritischen Berichts²⁰⁸.

Die Reaktionen auf die SPÖ-Vorschläge fielen unterschiedlich aus: Während die Spitze der Bundeswirtschaftskammer eher ablehnend reagierte, konnte der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer, Alfred Klose, vielen Ideen durchaus etwas abgewinnen. Das neue Wirtschaftsprogramm wurde am 24. Mai 1981 vom SPÖ-Bundesparteitag in Graz beschlossen. Ziel der Bundesregierung sei es, „eine neue Industrialisierungswelle auszulösen, unsere Produkte in steigendem Maß auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen.“ Dazu „brauchen wir eine technische Erneuerung unseres Produktionsapparates und der Produkte, die wir erzeugen“, führte Kreisky in seiner Rede vor dem Parteitag aus, in der er auch ein Bekenntnis zur Sanierung der verstaatlichten Industrie, unter Beachtung sozialer Gesichtspunkte und zur Förderung wirtschaftlich strukturschwacher Gebiete, ablegte.²⁰⁹ Der damalige Staatssekretär Hans Seidel schrieb 1985 rückblickend über den Geist dieses Programms: „Das 1981 verfasste Wirtschaftsprogramm der SPÖ

²⁰⁷ Felix Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt, S. 428f.

²⁰⁸ Stenografische Protokolle des österreichischen Nationalrats, XV. GP, 139. Sitzung, 10.12.1982 bzw. 1350 d. Beil, Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung, 6.12.1982.

²⁰⁹ Arbeiter-Zeitung, 17.1., 11.2., 19.3., 1.4.1981, Österreich-Bericht 72/1981 (27.3.1981), Die Wirtschaft, Nr. 17/1981, Ferdinand Lacina, Investitionsförderung, Wiener Zeitung, 2.4.1981, Arbeiter-Zeitung, 4.4.1981, Diskussion Erich Schmidt-Alfred Klose, Arbeiter-Zeitung, 25.5.1981, Beilage: Kreiskys Rede vor dem Parteitag.

spiegelt bereits diesen Wandel der Auffassungen. Dort heißt es ‚Vollbeschäftigung durch eine leistungsfähige Wirtschaft‘ und nicht etwa ‚Vollbeschäftigung durch Budgetdefizite und außenwirtschaftliche Isolierung.‘²¹⁰

Noch während des Frühjahrs 1981 hatte sich die konjunkturelle Wetterlage weiter eingetrübt. In ihrer Frühjahrsprognose sahen die beiden Wirtschaftsforschungsinstitute aufgrund der anhaltenden Stagnation in den meisten OECD-Staaten – die Weltwirtschaft steckte 1981 in ihrer schwersten Krise seit Kriegsende – für 1981 auch für Österreich eine Schrumpfung der Wirtschaft und der Investitionstätigkeit bei gleichzeitiger steigender Arbeitslosenrate voraus. Bis Jahresende sollte nach Ansicht der Wirtschaftsforscher die wirtschaftliche Rezession überwunden sein und auch Österreichs Wirtschaft 1982 wieder wachsen; das WIFO sagte sogar für das laufende Jahr eine deutliche Zunahme der industriellen Investitionen voraus. In diesem Punkt irrten die Wirtschaftsforscher jedoch in zweifacher Hinsicht: Erstens wurde die zweijährige Stagnation der europäischen Wirtschaft ab Mitte 1982 von einer neuerlichen Rezession abgelöst, und zweitens traf die Rezession die österreichische Wirtschaft erst mit zeitlicher Verzögerung im Jahre 1982. Im internationalen Vergleich hatte sich die österreichische Wirtschaft bis dahin aber gut behaupten können. Die Exporte nahmen trotz Verschlechterung der terms of trade weiter zu, wenn auch deutlich langsamer als 1980, während die Importe rückläufig waren, sodass sogar in dieser Phase eine Verbesserung der Handels- und Leistungsbilanz erzielt werden konnte. Die Teuerung betrug zwar 6,5 %, lag im europäischen Maßstab aber unter dem Durchschnitt, die Arbeitslosigkeit lag im Mai 1981 bei 2 %, verringerte sich aber trotz weiter steigenden Zustroms zum Arbeitsmarkt bis zum Sommer auf 1,4 %. Die Industrie beurteilte die weitere Entwicklung der nächsten Monate pessimistisch, und auch die weitere Nachfrage im Inland ließ sich schwer abschätzen²¹¹. Ende Juni verdichteten sich jedoch die Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Rezession: Die Industrieproduktion im 1. Quartal lag deutlich im Minus, noch deutlicher das Baugewerbe, der Handel stagnierte, besonders weil die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern, etwa bei Autos, stark zurückgegangen war. Die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1981 lag zwar höher als im Jahr davor, aber ebenso die Zahl der Beschäftigten, sodass zumindest auf diesem Gebiet (noch) kein Anlass zur Sorge bestand²¹².

²¹⁰ Hans Seidel, Der österreichische Weg in der Wirtschaftspolitik, In: Österreichs Wirtschaftspolitik 1970-1985, hgg. A. Kausel, H. Knapp, H. Seidel, Wien 1985, S. 18.

²¹¹ Die Presse, 1.4.1981, In Österreichs Wirtschaft zeigt sich ein beschleunigter Strukturwandel, Wiener Zeitung, 5.5.1981, Wirtschaft in der Flaute.

²¹² Die Presse, 1.4.1981, In Österreichs Wirtschaft zeigt sich ein beschleunigter Wandel, Die Presse, 5.5.1981, Wirtschaft in der Flaute, WIFO, Die Wirtschaftslage in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 5/1981, Arbeiter-Zeitung, 31.7.1981, WIFO: Investitionstätigkeit wird um 15,5 % zunehmen, Georg Busch, Konjunktur und Arbeitsmarkt 1982, Studie i. A. des BM f. soziale Verwaltung, Wien 1983, S. 1-6.

In ihrem Bericht zur wirtschaftlichen Lage verwiesen der Bundeskanzler und der Finanzminister Herbert Salcher stolz auf die relativ niedrige Arbeitslosigkeit, ein Erfolg, den sie zu einem Gutteil auch für ihre Wirtschaftspolitik reklamierten, die sich bewusst von einer restriktiven Wirtschaftspolitik in anderen Staaten abhebe. „Was auch immer die Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik konservativ regierter Staaten sein mögen, kommt es de facto zu einer deutlichen Schwächung der Industrie.“²¹³ Mit dem neuen Wirtschaftsprogramm bekenne sich die Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und vertraue auf das große Potential an Qualität und Wissen, das auch in kleineren und mittleren Unternehmen vorhanden sei. Dieses weiter zu fördern, sei nicht zuletzt eine Zielsetzung des neuen Wirtschaftsprogramms. „Man kann große Unternehmen nicht ganz einfach in den Ausgleich gehen lassen, ich glaube, dass man hier schon überlegen muß, was sich da tut“, meinte Kreisky im August 1982 im Ministerrat. Im Parteiendiskurs wurden die Ursachen der Pleitenserie sehr kontrovers diskutiert: Während die Opposition die Schuld in erster Linie in einer verfehlten Wirtschaftspolitik ortete, verwies die Regierung auch auf Fehler im Management. Kreisky schlug sogar die Einsetzung einer „Pleiten“-Untersuchungskommission vor²¹⁴.

Im Juli präsentierte Salcher im Zusammenhang mit den Neuerungen bei der Investitionsförderung ein Vier-Punkte-Paket zum Ausbau der direkten Investitionsförderung bei gleichzeitiger Einschränkung der vorzeitigen Abschreibung für Investitionen (Herabsetzung der vorzeitigen Abschreibung für bewegliche Güter von 50 auf 40 %²¹⁵), das auch die Unterstützung des ÖGB fand und mit Jahresbeginn 1982 in Kraft trat und aus folgenden Komponenten bestand: Investitionsprämie (6 %), die auch von Unternehmen genutzt werden konnte, die mangels Gewinne die vorzeitige Abschreibung nicht nutzen konnten, Weiterführung der bereits 1978 begonnenen TOP-Kreditaktion für innovative Investitionen durch die Investkredit, die von zahlreichen Unternehmen genutzt wurde, eine Sonderdotierung des Forschungsförderungsfonds für anwendungsreife Forschungsergebnisse („Innovationskredit“), geplante Errichtung von Beteiligungsfondsgesellschaften zur Stärkung der Eigenkapitalbasis junger Unternehmen sowie Novellierung der Insolvenzhilfe zur Vermeidung von Dominoeffekten bei Großinsolvenzen. Die Mittel für letzteres sollten entweder über die Finanzierungs-Garantiegesellschaft oder aus der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestellt werden,

²¹³ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP. 78. Sitzung, 11.6.1981, S. 7766-7776, Berichte BK Bruno Kreisky und Finanzminister Herbert Salcher zur wirtschaftlichen Lage. 1981 dürfte das einzige Jahr der „Ära Kreisky“ gewesen sein, in dem der Bundeskanzler zweimal Erklärungen zur Wirtschaftslage abgab. Die zweite, wesentlich kürzere, erfolgte am 17. September 1981 (Sten. Prot. NR, XV, 83. Sitzung, S.8343-8346).

²¹⁴ Wiener Zeitung, 11.8.1982, Dauerarbeitsplätze in neuen Betrieben, Arbeiter-Zeitung, 29.8.1981, Interview Manfred Scheuch mit Bruno Kreisky.

²¹⁵ Die vorzeitige Abschreibung auf unbewegliche Güter war bereits seit 1978 schrittweise von 50 % auf 25 % zurückgenommen worden.

zwischen 1982 und 1984 erwarb die FGG Forderungen im Ausmaß von 520 Mio. öS²¹⁶. Da das Paket aber zugleich mit dem geplanten Sparkurs im Budget 1982 präsentiert wurde, wurde es in der Presse nicht besonders positiv aufgenommen. Außerdem handelte es sich mit Ausnahme der TOP-Kreditaktion vorerst nur um Absichtserklärungen. Die gesetzliche Grundlage für die Beteiligungsfonds und die Novelle zum Insolvenzrecht wurden erst im Frühjahr bzw. -sommer 1982 nach monatelangen Verhandlungen mit der ÖVP vom Nationalrat beschlossen. Forderungen, wie sie im kleinen Kreis um Kienzl und Schmidt diskutiert wurden, im Interesse stärkerer Investitionsimpulse für die Wirtschaft gewisse investitionswirksame Budgetausgaben vorzuziehen, wurden offenbar aufgrund des von Salcher verfolgten Budgetsparkurses vorerst nicht verfolgt. Außerdem präsentierte die Bundesregierung ein 10-Jahresinvestitionsprogramm für 1981-1990, das allerdings weniger Resultat konzeptiver als rein rechnerischer Bemühungen war²¹⁷.

Bei der Erstellung des Budgets sah sich der Finanzminister vor die schwierige Aufgabe gestellt, die von seinem Amtsvorgänger eingeschlagene Politik der Budgetkonsolidierung, d.h. der Senkung der Neuverschuldung fortzusetzen, andererseits aber aufgrund der 1982 wirksamen ersten Hälfte der Steuerreform auf 6 Mrd. Budgeteinnahmen verzichten zu müssen. Gleichzeitig waren entsprechende Vorsorgen für den erwarteten Konjunkturunbruch zu treffen, um durch öffentliche Ausgaben einen Beitrag zur Stützung der Konjunktur setzen zu können. Salchers Budget war, in seinen eigenen Worten, „ein Sparbudget ohne große Gesten“, das gleichwohl sich weiterhin der Politik der Vollbeschäftigung verpflichtet sah. Salcher erhielt daraufhin die anfangs ehrenvolle Bezeichnung „der Schotte aus Tirol“. Das Budgetdefizit wurde mit 59,2 Mrd. öS, der Nettoabgang mit 31,6 Mrd. veranschlagt; es lag um 10 Mrd. unterhalb dessen, was vor Beginn der Verhandlungen kolportiert worden war. Wie bereits im Sommer angekündigt erfolgte eine Verringerung der bisher großzügigen indirekten steuerlichen Investitionsförderung durch Senkung der vorzeitigen Abschreibung bei gleichzeitigem Ausbau der direkten Investitionsförderung, für die insgesamt 11,6 Mrd. zur Verfügung stehen sollten. Ein Antrag der Opposition auf Beibehaltung bzw. Änderung der vorzeitigen Abschreibung wurde abgelehnt. Die im Rahmen der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung stehenden Mittel wurden von 1,4 auf 1,6 Mrd. öS erhöht, weil die Stärke des Konjunkturunbruchs zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht erkennbar war. Zugleich

²¹⁶ Arbeiter-Zeitung, 15. und 31.7.1981, 25 Jahre Investkredit AG, S. 32f. Der TOP-Kreditaktion, der über Offenmarktoperationen der Nationalbank 1981 1 Mrd., 1982 1,5 Mrd. zur Verfügung standen, wurde weiterhin exklusiv durch die Investkredit betreut. Vgl. BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 42-43, Innovationsförderung, wo zahlreiche Kreditanträge abgelegt sind, ProMi Korr., Korr. Herbert Salcher, Bericht über seine Tätigkeit als BM für Finanzen (1981-1984), S. 16.

²¹⁷ Staribacher-Tagebücher, 1.9.1981, 28.10.1981, 25.3.1982, Wiener Zeitung 16.9.1981. Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 105. Sitzung, 18.2.1982 (Beteiligungsfondsgesetz), 123. Sitzung, 1.7.1982 und 1147 d. Beil. (Insolvenzrechtsänderungsgesetz).

wurde eine Anhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge angekündigt. Da sich bereits im Oktober eine deutliche Abschwächung der Konjunktur abzuzeichnen begann und die Stahlindustrie eine Kapitalzuführung erhalten sollte, mussten dafür entsprechend Vorsorge getroffen werden²¹⁸.

Gleichzeitig mit dem Haushaltsentwurf für 1982 legte Salcher auch das zweite Budgetüberschreitungsgesetz vor, welches den Ausgabenrahmen für 1981 um 3,1 Mrd. erweiterte, das von der SPÖ-Fraktion mehrheitlich verabschiedet wurde. Daraus sollte rd. ein Drittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen infolge „steigender Pensionierungszahlen und Arbeitslosenraten“ verwendet werden. Im September meldeten die Arbeitsämter einen besorgniserregenden Anstieg der als arbeitslos gemeldeten Personen im Vergleich zum September 1980 um 43 %²¹⁹.

Die Auswirkungen der internationalen Stahlkrise auf die verstaatlichte Industrie

Seit dem Frühjahr 1981 beschäftigten auch die wirtschaftlichen Probleme der Eisen- und Stahlindustrie, im Besonderen die des Edelstahlkonzerns VEW neuerlich monatelang die österreichische Innenpolitik. Seit dem Frühjahr 1981 lag dem VEW-Vorstand ein beim US-Beratungsunternehmen Booz-Allen in Auftrag gegebenes Unternehmenskonzept vor, das einen umfassenden Umbau des Konzerns, damit verbunden eine Personalreduktion von rd. 20 % (rd. 4.000 der 18.000 Beschäftigten an allen Konzernstandorten) vorschlug; am meisten gefährdet schien der Standort Judenburg (ehemalige Styria-Stahlwerke). Die Vorschläge lösten unvermittelt eine Welle des Protests der örtlichen Belegschaft aus, denen es gelang, vom Bundeskanzler als Eigentümerversorger in einer spontanen Reaktion die beruhigende Zusicherung zu erhalten, eine Reduktion in dem von den Beratern vorgeschlagenen Ausmaß werde es nicht geben. Nach einem ersten Gipfelgespräch mit Betriebsräten, dem Vorstand der VEW und der ÖIAG, der ÖVP und dem Sozialminister wenige Tage später kamen Kreisky und der VEW-Vorstandschef der Belegschaft noch einen Schritt entgegen, indem sie erklärten, Judenburg werde weiter bestehen bleiben. Die Regierung werde sich bemühen, den Personalabbau so gering wie möglich zu halten, sozial abzufedern, nach Möglichkeit für Ersatzarbeitsplätze zu sorgen und dem Unternehmen

²¹⁸ Arbeiter-Zeitung, 12.10.1981, Wiener Zeitung, 15.10.1981, OECD-Bericht Österreich 1982, Wien 1983, S. 39f., Christian Festa/Inge Görner, Die sozialistische Wirtschaftspolitik 1979-1982, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien 1983, S. 499, Emmerich Tálos, Arbeitslosigkeit und beschäftigungspolitische Steuerung, In: E. Tálos/M. Wiederschwinger (Hg.), Arbeitslosigkeit. Österreichische Vollbeschäftigungspolitik am Ende?, Wien 1987, S. 106-110. Nationalbank-Präsident Stephan Koren hatte ein Defizit von 70 Mrd. zu diesem Zeitpunkt für unfinanzierbar gehalten. (Österreich-Bericht 191 und 208/1981), die zweite Etappe der 1981 beschlossenen Steuerreform wurde 1983 wirksam.

²¹⁹ Wiener Zeitung, 6. und 15.10.1981, 2. BÜG mit Mehrheit beschlossen. Budgetrede Herbert Salchers (Budgetkapitel Soziales): Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 87. Sitzung, 14.10.1981, S. 8672, gleiche Sitzung S. 8680ff. Rede Abg. Mühlbachers zum 2. BÜG.

weitere Mittel aus der bereits 1979 beschlossenen „Strukturmilliarde“ zuführen. Daneben blieben Äußerungen wie die Oskar Grünwalds beinahe unbeachtet, der meinte, die Vorschläge des Gutachtens seien „in der Richtung zutreffend“, es müsse auch über personelle Veränderungen im Management und über eine besser abgestimmte Konzernstruktur diskutiert werden. Grünwald mahnte, die VEW dürfe kein „Faß ohne Boden sein.“²²⁰

Die wirtschaftliche Lage der VEW hatte sich, wie erst nach und nach bekannt wurde, seit 1979 weiter verschlechtert und war in der Tat dramatisch: Der Jahresverlust für 1980 betrug 539 Mio. (ohne Bundeszuschuss knapp 1 Mrd.). Eigenmittel betrug nur noch 5 % des Gesamtvermögens, allein die Kreditzinsen machten 1980 rd. 1 Mrd. öS aus, das entsprach nahezu 10 % vom Gesamtumsatz von 11 Mrd. Die Personalkosten und freiwilligen Sozialleistungen betrugen jährlich 4,4 Mrd. öS. Ein derartiges Unternehmen könne, so ÖVP-Wirtschaftssprecher Josef Taus, auf Dauer nicht überleben. Der VEW-Vorstand verlangte vom Eigentümer daher eine sofortige Kapitalzufuhr von 2,7 Mrd. und weitere 1,6 Mrd. in der Folge²²¹. Nach weiteren Verhandlungen zwischen Vorstand, Betriebsräten und dem Kanzler unter Einbeziehung von ÖVP-Obmann Alois Mock gab VEW-Vorstandschef Adolf Bayer bekannt, einen Personalabbau von 1.700 Beschäftigten bis Ende 1981 vornehmen zu wollen, davon 1.000 am Standort Judenburg (2/3 der dortigen Belegschaft). Der Zustand der VEW wurde Mitte März neuerlich zum Gegenstand einer Debatte im Nationalrat, bei der die Opposition der Regierung Versäumnisse bei der Unternehmenssanierung vorwarf²²².

Der Vorstand hielt jedoch weiter an seinem Vorsatz fest, die Neustrukturierung entlang des vorliegenden Gutachtens von Booz-Allen durchführen zu wollen, d.h. Stilllegung verschiedener Produktionen an nahezu allen Unternehmensstandorten (verbunden mit Personalabbau), Straffung des Konzerns, Ausgliederung von Finalproduktionen, befristeter Lohnstopp und Kürzung freiwilliger Sozialleistungen²²³. Der Aufsichtsrat genehmigte die Sanierungsvorschläge des Vorstands und lehnte Anträge des Betriebsrats ab, die Pläne aufzuschieben. In einem neuerlichen Gipfelgespräch zwischen Kreisky, Mock, Regierungsmitgliedern und Leopold Gratz wurde eine Kapitalzufuhr der ÖIAG an die VEW im Anleiheweg im Umfang von 2 Mrd. vereinbart, da Heribert Apfalter sich außerstande sah, durch die VOEST-Alpine als Muttergesellschaft eine so hohe Summe aufzubringen, da die

²²⁰ Arbeiter-Zeitung, 7.3.1981, Wiener Zeitung, 9. und 11.3.1981.

²²¹ Arbeiter-Zeitung, 21.3.1981, Österreich-Bericht 117/1981, 21.5.1981 (Die Presse)

²²² Arbeiter-Zeitung, 17.3.1981, Wiener Zeitung, 19.3.1981, Arbeiter-Zeitung, 17.7.1981.

²²³ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 177a, Ergebnisprotokoll der Sitzung der Staatlichen Wirtschaftskommission beim Bundeskanzleramt zur Überprüfung der Wirtschaftslage der Vereinigten Edelstahlwerke, 28.4.1981 (Beschluss des VEW-Vorstands vom 13.3.1981).

VOEST 1980 selbst einen Jahresverlust von 1 Mrd. verkraften musste²²⁴; der Bund sollte die Haftung und Tilgung übernehmen. Der Zentralbetriebsrat erhob Einspruch gegen den Sanierungsplan; nach dem Arbeitsverfassungsgesetz kam der Fall vor die staatliche Industriekommission. Auch Betriebsräte einiger Standorte, etwa in Ternitz, sahen sich als Opfer einer Krise, die vor allem Judenburg und andere Standorte der Steiermark betreffe. Die steirische SPÖ beauftragte den Ökonomen Egon Matzner, ein Gegengutachten zu erstellen. Der Grazer Ökonom Gunther Tichy kritisierte den Ansatz des VEW-Vorstands, „dynamische Aspekte außer Acht zu lassen“ und die Neustrukturierung nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten durchführen zu wollen, anstatt auf die regionale Entwicklung und Beschäftigung, wie der Mur-Mürz-Furche zu achten. Es wäre besser, einzelne Geschäftszweige in kleinere Unternehmenseinheiten auszugliedern, um dadurch eine neue Dynamik zu erzeugen, anstatt das Unternehmen gesund zu schrumpfen²²⁵.

Die mit der VEW befasste Wirtschaftskommission genehmigte schließlich am 12. Mai einen Abbau von 1.800 Beschäftigten, wobei allerdings „nur“ 1.100 gekündigt und knapp 700 weitere in vorzeitige Alterspension geschickt werden sollten. Die gesetzliche Grundlage dafür bot das Nacht-, Schicht- und Schwerarbeitergesetz, das bereits seit 1980 im Parlament diskutiert wurde. Der Ministerrat unterbreitete dem Nationalrat einen neuen Vorschlag, der eine vorzeitige Pensionierung mit 57 Jahren ermöglichte. Dieser passierte nach mehrmonatigen Beratungen Anfang Juli den Nationalrat. In seiner Sitzung am 6. Mai beschloss der Nationalrat außerdem die Freigabe der letzten Rate (400 Mio. öS) aus der bereits 1979 beschlossenen ersten „Strukturmilliarde“ für die VEW; im Zusammenhang damit wurde auch die Bundeshaftung für die ÖIAG erhöht. ÖVP-Wirtschaftssprecher Josef Taus unterstrich bei diesem Anlass, dass es das erste Mal sei, dass seine Partei seit 1970 ihre Zustimmung zu einer budgetären Maßnahme gebe. „Wir stimmen dieser Sanierung zu im Interesse ganzer Regionen“²²⁶.

Das von der Krise am stärksten betroffene Bundesland war die Steiermark, wo allein im Landtagswahljahr 1981 durch die Krise bei VEW, EUMIG und einigen anderen Leitunternehmen (Puch-Standort Graz, Felten & Guillaume, Diemlach) einige tausend

²²⁴ Obgleich VOEST-Generaldirektor Apfalter die internationale Lage auf dem Stahlmarkt als katastrophal schilderte, verfügte die VOEST nach seinen Angaben noch über genügend Rücklagen, um die Verluste verkraften und Investitionen zum Umstieg in neue Produkte tätigen zu können. Anfang Juli kündigte er Investitionen in Höhe von 5 Mrd. öS in neue Produktionszweige wie Mikroelektronik und Halbleiterproduktion an. Vgl. Trend H. 10/1981, S. 30-36, VOEST-Pläne: Der Elefant im Porzellanladen (Aufnahme neuer Produktionen), Kleine Zeitung, 18.4.1981, Interview mit Heribert Apfalter, Arbeiter-Zeitung, 9.7.1981, VOEST mit dem Rücken zur Wand.

²²⁵ Ebenda, Wiener Zeitung, 3.4.1981, Arbeiter-Zeitung, 3. und 11.4.1981, Kleine Zeitung, 8.5.1981, Gunther Tichy, Wo bleibt die wirkliche VEW-Reform?

²²⁶ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 82. Sitzung, 2.7.1981, S. 8267-8318 (Nacht-, Schicht- und Schwerarbeitergesetz) bzw. 73. Sitzung, 6.5.1981, S. 7276-7285, und 665 d. Beil. Rede Josef Taus, S. 7277ff. (VEW-Hilfe), 76. Sitzung, 20.5.1981, S. 7600-7617 und 731 d. Beil. (Bundeshaftung für ÖIAG).

Arbeitsplätze verloren gingen und einige Betriebe Kurzarbeit anmelden mussten. Kreisky stand in diesen Monaten in ständigem Kontakt zu Landeshauptmann Josef Krainer und dessen Stellvertreter Franz Gross, um Ersatzarbeitsplätze in der Steiermark zu schaffen. Schon im Mai hatte der Nationalrat aus Anlass der VEW-Strukturhilfe auch eine Aufstockung der Mittel in Höhe von 200 Mio. öS im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung für gemeinsame regionale Sonderförderungsprogramme von Bund und den Ländern Steiermark und Niederösterreich zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der Industrie zum Ausgleich für den Personalabbau bei den VEW beschlossen; das Unternehmen reduzierte die Belegschaft innerhalb von 18 Monaten bis Februar 1982 um 3.500²²⁷. Der Sozialminister stellte im Rahmen eines eigens für die Obersteiermark entwickelten Sonderprogramms der Arbeitsmarktverwaltung im August 1981 150 Mio. öS zur Verfügung, 1980 waren für Arbeitsbeschaffung 60 Mio. (1/3 des Gesamtbudgets) dorthin geflossen. Von den Ausgaben zur Schaffung von Lehrlingsausbildung erhielt die Steiermark Anfang der achtziger Jahre zwei Drittel des Gesamtbudgets²²⁸.

Seit dem Sommer 1981 kündigten sich auch bei fast allen anderen zum ÖIAG-Konzern zählenden Unternehmen im laufenden Geschäftsjahr Verluste in erheblicher Höhe an: neben der VOEST-Alpine waren auch die Chemie-Linz, ELIN (auch aufgrund der Klimatechnik-Pleite), der Buntmetallkonzern VMW Ranshofen-Berndorf und Simmering Graz Pauker in die roten Zahlen gerutscht²²⁹. Am schlimmsten betroffen von der Krise war die Stahlindustrie: Neben der VEW werde die VOEST eine Kapitalzufuhr – verschiedene Zeitungen nannten einen Jahresverlust von 5-6 Mrd. öS – benötigen, daneben aber auch Elin und die VMW. Das ÖIAG-Ergebnis werde 1981 „stark negativ werden“. Die Probleme könnten, so ÖIAG-Chef Grünwald, nur durch beschleunigten Strukturwandel, Diversifikation und Einstieg in neue Produkte bewältigt werden. Die VEW als Gesamtkonzern müsse besser koordiniert und Sozialleistungen reduziert werden. Auch die Lage der ÖMV beurteilte Grünwald aufgrund von Überkapazitäten als sehr schwierig. VEW-Vorstandschef Bayer gab Mitte November bekannt, die Strukturbereinigung verlaufe plangemäß und man hoffe, 1983 wieder Gewinne erwirtschaften zu können. Informierte Beobachter sprachen dagegen von Schönreden und Verniedlichen der Probleme in der verstaatlichten Industrie sowohl seitens Grünwalds als auch Kreiskys. Im VOEST-Alpine-Konzern bedürfe es besonders eines neuen Konzepts zur Hütte Donawitz²³⁰. Im „Profil“ beschrieb Alfred Worm die Nöte der verstaatlichten Industrie

²²⁷ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 73. Sitzung, 6.5.1981, S. 7276-7285, und 665 d. Beil. (Ansatz 1/15515), Neue Zeit, 27.2.1982.

²²⁸ Kurier, 20.7.1981, Arbeiter-Zeitung 20. u. 27.8.1981, Wiener Zeitung, 29.8. und 5.9.1981 (Kündigungen bei Puch), Staribacher-Tagebücher, 29.9.1981 und Wiener Zeitung, 26.9.1981 (Schließung Felten & Guillaume).

²²⁹ Einen Überblick über die Bilanzlage mit Details in: Trend H. 11/1978, trend-Dokumentation: Warum die ÖIAG am Ende ist, zur Lage der VMW Ranshofen-Berndorf vgl. Trend, H. 2/1976, S. 71-81 und H. 2/1981, 14ff.

²³⁰ Die Presse, 2.9.1981, Verstaatlichte Industrie tief in der Krise (Gespräch mit Oskar Grünwald), Wiener Zeitung, 20.10.1981, Kurier, 9.10.1981, Interview mit Oskar Grünwald, Wochenpresse, 39/1981, „Wir liegen noch

überspitzt, das Kardinalproblem der Unternehmen sei, „mit einem Personal, das sie nicht brauchen, ein Produkt, das niemand kauft, mit einem Geld, das sie nicht haben“, zu erzeugen. Kreisky erwiderte darauf, „ein so großer Konzern, wie die VOEST [müsse] die Kraft haben, die Menschen davor zu bewahren, in Elend unterzugehen.“ Der Eigentümer werde „ein bisschen helfen“, durch diese schwierige Zeit zu kommen²³¹.

Wenig später wurde die VOEST-Spitze beim Bundeskanzler vorstellig und meldete den Wunsch nach einer Kapitalzufuhr in Höhe von 1,5 Mrd. öS an. Die ÖVP-Mitglieder des VOEST-Aufsichtsrates verweigerten jedoch ihre Zustimmung, Apfalter habe kein mittelfristiges Unternehmenskonzept vorgelegt. Die Bundesregierung beschloss jedoch kurz darauf, VOEST und VEW jeweils 2 Mrd. „zur Durchführung strukturverbessernder Investitionen zur Verfügung“ zu stellen; die VEW würde 1982 weitere 2 Mrd. öS brauchen. Es folgten im November Verhandlungen zwischen Kreisky und Alois Mock, in denen schließlich noch vor Jahresende Übereinstimmung über die Kapitalzufuhr erzielt werden konnte. Im Gegenzug für die Zustimmung Mocks erklärte sich die Bundesregierung bereit, dem Parlament ein Paket mit investitionsfördernden Maßnahmen nach den Vorschlägen der Volkspartei vorzulegen. Der Ministerrat beschloss Mitte November eine Sonderförderungsaktion gemeinsam mit dem Land Niederösterreich für den Süden dieses Bundeslandes im Umfang von 50 Mio. öS mit dem Ziel der Hilfe bei Betriebserweiterungen technisch und wirtschaftlich interessanter Gewerbebetriebe mit mindestens 20 Arbeitsplätzen je Unternehmen. Am 15. Dezember 1981 stimmte der Nationalrat dem 4 Mrd. schweren Strukturpaket für VOEST und VEW zu²³².

Die Ablöse des Austro-Keynesianismus durch eine neue zukunftsorientierte Strukturpolitik: durch Sanieren, Umstrukturieren und Investitionen Arbeit erhalten

Von den Auswirkungen der Krise der verstaatlichten Industrie abgesehen, zeigte die internationale Rezession erst mit mehr als einjähriger Verspätung Wirkung in Österreich. Die rückläufige Tendenz wurde im Herbst 1981 ziemlich abrupt spürbar. Offenbar hatten viele Unternehmen zunächst versucht, den Rückgang der Nachfrage durch „Hortung“ von Arbeitskräften zu überbrücken, ehe sie sich schließlich zur Reduktion des Beschäftigtenstandes entschlossen. Diese Entwicklung erfolgte in zwei Schüben, der erste im Zeitraum September 1981 bis Februar 1982, der zweite seit Herbst 1982 bis zum Frühjahr

nicht auf dem Bauch“; Zur Lage in Donawitz: Kleine Zeitung und Salzburger Nachrichten, 21.10.1981, Wiener Zeitung, 14.11.1981; Zur ÖMV: Die Presse, 23.9.1981, Öl-Riese auf tönernen Füßen.

²³¹ Wiener Zeitung, 16.11.1981, Kein Industriefriedhof in Donawitz.

²³² VOEST-VEW-Strukturhilfepaket: Kurier, 4.11.1981, Wiener Zeitung, 14. und 18.11.1981, Österreich-Bericht 268 und 284/1981 (Die Presse: zu den Verhandlungen Kreisky-Mock), Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 98. Sitzung, 15.12.1981. Niederösterreich-Förderung: Wiener Zeitung, 18.11.1981.

1983. Männliche Arbeitskräfte waren stärker betroffen als Frauen. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich innerhalb von drei Monaten bis Jahresende 1981 auf das Doppelte und lag mit knapp 120.000 um 46 % über dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Betroffen davon waren vor allem das Baugewerbe, wo besonders in den ersten Monaten der Krise der stärkste Einbruch verzeichnet wurde. In der Steiermark machten Bauarbeiter rd. ein Drittel aller als arbeitslos Gemeldeten aus. Die Arbeitslosenquote stieg weit über das erwartete Maß, überschritt im November 3 %, kletterte im Lauf des Dezember auf über 4 % und erreichte mit 155.600 oder 5,4 % im Jänner 1982 einen neuen Rekord. Damit verzeichnete Österreich die höchste Arbeitslosigkeit seit 1960. Das WIFO prognostizierte kurz vor Weihnachten für 1982 eine Arbeitslosenrate von 3,1 %. Die Industriellenvereinigung präsentierte im Jänner eine Umfrage, wonach 61 % der Firmen eine Personalreduktion durch natürlichen Abgang planten²³³.

Die Bundesregierung beraumte im November kurzfristig Beratungen zur Beschäftigungslage in der Bau- und Textilindustrie an. Es wurde vereinbart, im Rahmen des Konjunkturausgleichsbudgets Aufträge an die Bauindustrie im Straßenbau vorzuziehen und offene Verpflichtungen des Bundes früher zu begleichen. Besonders in der Bauindustrie verschärfte sich die Lage in den folgenden Monaten noch. Der Tiroler und Vorarlberger Textilindustrie, wo es um 2000 Arbeitsplätze ging, stellte Finanzminister Salcher im Wege der FG und über den Sozialminister Überbrückungshilfen im Rahmen der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung; für diese Mehrausgaben fehlte allerdings eine Bedeckung im Budget 1982, sodass eine deutliche Überschreitung des veranschlagten Defizits absehbar war. Salcher sprach von der „schwierigsten Aufgabe seit 1945“, glaubte aber, das von ihm vorgelegte Budget werde halten²³⁴. Der Bundeskanzler kündigte an, die Krise mit ähnlichen Mitteln wie 1974/75 bekämpfen zu wollen, was zuvor auch WIFO-Chef Helmut Kramer andeutungsweise empfohlen hatte, denn die österreichische Wirtschaftspolitik verfüge über einen größeren Handlungsspielraum als die anderer westeuropäischer Staaten, weil sie schon in den siebziger Jahren Beschäftigungspolitik betrieben habe, während andere Staaten bereits wesentlich mehr zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit aufgewendet hätten²³⁵.

²³³ Georg Busch, Konjunktur und Arbeitsmarkt 1982, Studie im Auftrag des BM für soziale Verwaltung, Wien 1983, S. 5f., 10f. und Übersicht 3, BKA, NL Wirtschaft, Box 65, Arbeitsmarktpolitik 1975-1983, Berichte BM f. soziale Verwaltung zum Stand der Arbeitslosigkeit in Österreich, Wiener Zeitung, 18.1.1982 (Steiermark), Österreich-Bericht 27/1982 (Die Presse).

²³⁴ Staribacher-Tagebücher, 20.7., 17. und 24.11.1981, Salzburger Nachrichten, 18.11.1981, Wiener Zeitung, 24.11.1981, Österreich-Bericht, 262/1981 (Salcher-Interview), Kurier, 25.11.1981, Die Presse, 30.11.1981, Interview mit Bautenminister Karl Sekanina, Arbeiter-Zeitung, 12.12.1982, Kleine Zeitung, 23.12.1981 (Interview mit Herbert Salcher), Vgl. auch Debatte zum Budgetkapitel Bauten und Technik: Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats, XV. GP, 99. Sitzung, 16.12.1981, S. 10052-11102 und 117. Sitzung, 2.6.1982, Rede Finanzminister Herbert Salchers zur wirtschaftlichen Lage, S. 11713f.

²³⁵ Arbeiter-Zeitung, 19.12.1981, Die Presse, 19.12.1981, Salzburger Nachrichten, 4. und 31.12.1981.

Die Ankündigungen der Bundesregierung, den Problemen der Bauwirtschaft, die die höchste Winterarbeitslosigkeit seit langem verzeichnete, durch mehr öffentliche Aufträge zu Leibe zu rücken, begegnete die Presse mit viel Skepsis, ja nicht ohne Spott: Eine keynesianische Politik wie in der Krise 1974/75 könne sich Österreichs diesmal nicht leisten, da die Staatskasse leer, das Pulver verschossen sei und dem Sozialstaat das Geld ausgehe, eine Meinung, die auch der Finanzminister vertrat. Trotzdem scheint das Urteil des damaligen Staatssekretärs Hans Seidel, die Beschäftigungsprogramme der Jahre 1982 und 1983 seien „nur noch Alibihandlungen“ gewesen, zu hart. Kreisky selbst bekannte sich noch auf dem SPÖ-Parteitag Ende Oktober 1982 zu keynesianischen Methoden, „mit dem Problem der Krise einigermaßen fertig zu werden“, auch wenn er den Terminus „Austrokeynesianismus“ als nicht ganz zutreffend für die österreichische Wirtschaftspolitik empfand²³⁶.

Der Nationalökonom und spätere Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses Helmut Frisch, ebenso Hannes Androsch oder Altkanzler Josef Klaus zogen Parallelen zur Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Androsch meinte, seine damalige Politik habe „nur den Zweck gehabt, um eine Atempause für grundlegende strukturelle Änderungen zu schaffen. Diese sei leider nur teilweise genützt worden“²³⁷. Aber auch innerhalb der Bundesregierung wurden Ansichten geäußert, wie man sie bisher noch nicht öffentlich vernommen hatte. Sozialminister Dallinger sprach von einem „Sozialstopp“ für die nächsten Jahre, eine Ansicht, die auch Kreisky teilte; manches, was in den siebziger Jahren geschaffen worden sei, sei „überzogen“ gewesen. Man müsse nun prüfen, „welche Leistungen aufgrund des sozialen Aufstiegs nicht mehr notwendig sind.“ Die von Dallinger in den beiden letzten Jahren wiederholt propagierte Arbeitszeitverkürzung schien, jedenfalls vorläufig, nicht mehr vorrangig. Sollte die Arbeitslosigkeit 1982 im Durchschnitt über 3 % liegen, so Dallinger, plane er, in Ergänzung zur Anhebung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung eine Arbeitsmarktförderungsabgabe und die Streichung der Wohnungsbeihilfe für bestimmte Einkommensgruppen²³⁸.

Die angekündigten Maßnahmen fanden ihren Niederschlag in dem bei der am 11. Jänner 1982 abgehaltenen Regierungsklausur beschlossenen sog. 1. Beschäftigungs-Sonderprogramm, von dem Teile erst Anfang April vom Nationalrat verabschiedet wurden²³⁹. Ziel der Maßnahmen war es, dass die österreichische Wirtschaft Investitionen vorziehe und

²³⁶ Hans Seidel, Austro-Keynesianismus – revisited, In: Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis, S. 146, Zur Aussage Kreiskys am SPÖ-Bundesparteitag: Arbeiter-Zeitung, 29.10.1982, S. 5.

²³⁷ Österreich-Bericht, 192/1981, 21.8.1981 (Kurier-Interview mit Helmut Frisch), Österreich-Bericht 13/1982 (Äußerung Androschs), Österreich-Bericht 176/1982, 2.8.1982 (Stellungnahme Josef Klaus’).

²³⁸ Österreich-Bericht 286/1981, 21.12.1981 (Die Presse), Wiener Zeitung, 5.1.1982, Kleine Zeitung, 23.12.1981, Salzburger Nachrichten, 13.1.1982 (Interview M. Scheuch mit Kreisky), Wiener Zeitung, 10.2.1982, Arbeiter-Zeitung, 11.2.1982.

²³⁹ Wiener Zeitung, 2.4.1982, 2 Mrd. für Beschäftigungsprogramm, Wiener Zeitung, 6.2.1982, Mehr Mittel für die Bauwirtschaft, Arbeiter-Zeitung, 24.2.1982 (Interview mit Herbert Salcher).

damit neue Arbeit schaffe. Das Programm umfasste vier Punkte: Im Bereich des Hochbaus wollte die Bundesregierung 5.000 neue Wohnungen errichten, für Stadterneuerung und Althausanierung sollten 1 Mrd. zur Verfügung gestellt werden, im Straßenbau sollten Aufträge im Umfang von 1,5 Mrd. vorgezogen und schließlich sollten durch Bereitstellung von ERP-Mitteln für bauliche Investitionen im Fremdenverkehr weitere Aufträge an die Bauwirtschaft ausgelöst werden. Als fünfter Punkt sollte der Bau des internationalen Konferenzentrums in Angriff genommen werden, und obwohl Kreisky ausdrücklich die beschäftigungspolitischen Aspekte dieses Großprojekts betonte, wurde das Vorhaben in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert²⁴⁰. Um die Arbeitslosigkeit am Bau zu senken, verlängerte die Arbeitsmarktverwaltung zahlreiche auslaufende Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte im Baugewerbe nicht mehr; im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der ausländischen Beschäftigten in Österreich um knapp 16.000 (9,2 %). Auch im Frühjahr wurde der Abbau ausländischer Arbeitskräfte weiter fortgesetzt. Ein Nationalökonom der Österreichischen Nationalbank schätzte, dass eine Milliarde in den Hochbau investiert 2.200 Arbeitsplätze zu schaffen imstande sei. Salcher hoffte, gestützt auf Schätzungen des WIFO, 1982 zusätzliche Investitionen in Höhe von insgesamt 10 Mrd. öS auslösen zu können²⁴¹. Da die gesetzlichen Voraussetzungen dafür aber z. T. erst noch geschaffen werden mussten, wurden auch die angestrebten Beschäftigungsimpulse z. T. erst im Lauf des Jahres 1983 wirksam. Nach Berechnungen des WIFO im Auftrag des Sozialministeriums würden durch das Beschäftigungs-Sonderprogramm 1982 Investitionen von rd. 5-6,5 Mrd. öS ausgelöst; den Beschäftigungseffekt dieses Programms schätzte das WIFO auf 7.500-8.000 Arbeitsplätze²⁴².

Einen sehr ärgerlichen Rückschlag in dieser kritischen Lage am Arbeitsmarkt ergab sich Anfang März, als Kreisky überraschend davon Kenntnis erhielt, dass die Kooperation zwischen Steyr Daimler Puch und BMW beendet werde. Die Zusammenarbeit beider Unternehmen zur gemeinsamen Entwicklung und Fertigung eines spritsparenden Dieselmotors, auf den Arbeiten des Grazer Konstruktionsbüros AVL-List beruhend, hatte 1979 begonnen, die Aufkündigung erfolgte, weil es zu Verzögerungen in der Entwicklung gekommen war. Das 6,7 Mrd. teure Projekt war mit erheblichen öffentlichen Mitteln von Bund und Land gefördert worden, um Standort und Arbeitsplätze in Steyr langfristig abzusichern. Kreisky machte seinem Ärger sowohl im Ministerrat als auch öffentlich Luft, von der

²⁴⁰ Wiener Zeitung, 18.3.1982, Stifter, Die ÖVP in der Ära Kreisky, S. 279-284.

²⁴¹ Arbeiter-Zeitung, 28.12.1981, Österreich-Bericht, 293/1981 (Kronen Zeitung), Wiener Zeitung, 6. und 10. 2.1982, Österreich-Bericht, 12.2.1982, WIFO-Monatsberichte 5/1982, S. 279, Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats, XV. GP, 107. Sitzung, 10.3.1982, Antwort BM Sekanina auf Frage Josef Hesouns, Arbeiter-Zeitung, 30.3.1982.

²⁴² Fritz Breuss/Ewald Walterskirchen, Wirkungen des Beschäftigungsprogramms, In: WIFO-Monatsberichte, H. 3/1982, S. 137-140, vgl. dazu auch die Schätzung eines ÖNB-Ökonomen: Arbeiter-Zeitung, 30.3.1982, Kleine Zeitung, 1.5.1982 (zur WIFO-Studie).

Aufkündigung des Abkommens nicht durch Steyr-Generaldirektor Hans Malzacher, sondern durch einen Steyr-Betriebsrat erfahren zu müssen. Malzacher schob auf die Schuld der angeblich unausgereiften Technologie, während BMW-Generaldirektor Eberhard von Kuenheim, den Kreisky wenige Wochen später traf, sprach von einer „epochalen“ Erfindung, die eine große Zukunft habe. Es war ein offenes Geheimnis, dass Malzacher ein Befürworter des Ausbaus der militärischen Produktionssparte war, eine Strategie, die damals auch noch von CA-Generaldirektor Androsch unterstützt wurde, die aber weder von Kreisky noch seinem Kabinettschef Ferdinand Lacina goutiert wurde. Die Kooperation mit BMW konnte 1982 mit der Produktion von BMW-Motoren fortgesetzt werden; das Steyr-Motorenwerk wurde von BMW übernommen²⁴³.

Die weitere Entwicklung der Konjunktur beinhaltete mehrere Unsicherheiten: z. B. in Bezug auf das internationale Wirtschaftsklima. Es gab zwar Anzeichen dafür, dass die deutsche Bundesregierung einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel vornehmen könnte, während sowohl Großbritannien und als auch die USA weiterhin in einer hartnäckigen Rezession steckten. In den USA wurden 12 Mio. Arbeitslose registriert, in Großbritannien waren es 3,3 Mio. (12,8 %), in Italien 2,3 Mio. (10,4 %), in der Bundesrepublik 1,8 Mio. (6,8 %), in Frankreich 1,9 Mio. (8,6 %), in den westlichen Industriestaaten insgesamt mehr als 30 Mio. (Frühjahr 1983: 34 Mio.) Menschen. Die OECD erwartete für Westeuropa 1982 ein Wirtschaftswachstum von nur 1,5 %²⁴⁴. Im Vergleich dazu wies die heimische Wirtschaft auch im 1. Halbjahr 1982 noch einige Parameter auf, die die Ökonomen hoffnungsvoll stimmten, dass die Rezession abwendbar sei: Es waren vor allem die Zuwächse bei den Exporten, die im 1. Halbjahr noch einmal deutlich anstiegen, und die Investitionsbereitschaft. Sollten die Erwartungen der Unternehmen in einen baldigen Aufschwung weiterhin aufrecht bleiben, dann sei es möglich, dass Österreich einigermaßen glimpflich davonkäme. Andernfalls müsse das Szenario „einer merklichen Revision unterzogen werden“, so die WIFO-Ökonomen²⁴⁵.

Im Laufe des Frühjahrs 1982 gerieten auch eine größere Zahl von Unternehmen in „alten Industrieregionen“ in Schwierigkeiten²⁴⁶. Nach Angaben des Kreditschutzverbands stieg die

²⁴³ Wiener Zeitung, 3.3.1982, Staribacher-Tagebücher, 2. und 23.3.1982, Arbeiter-Zeitung, 4.3. 11.3. und 7.4.1982 (Kreiskys Kritik an der zu einseitigen Ausrichtung des Steyr-Managements auf die Wehrtechnik). Siehe auch Trend H. 5/1982, S. 18-24, Porträt Hans Michael Malzacher.

²⁴⁴ WIFO-Monatsberichte 1/1982, S. 2. Salzburger Nachrichten, 3.11.1982, Grafik: Massenarbeitslosigkeit in der EG, Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 117. Sitzung, 2.6.1982, Bericht des Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage, S. 11706.

²⁴⁵ Georg Busch/Fritz Schebeck, Wirtschaftslage im Frühjahr 1982 und Prognose 1982: Bessere Voraussetzungen für Konjunkturerholung in Westeuropa, In: WIFO-Monatsberichte, H. 3/1982, S. 123-136, hier S. 136.

²⁴⁶ Zum Zeitverlauf des Anstiegs von Arbeitslosigkeit in verschiedenen „Problem“-Regionen Österreichs: Ungleiche Lasten: Die Struktur der Arbeitslosigkeit in Österreich 1979-1985, Elvira Erath et.al., Wien 1987, S. 145-148.

Zahl der Ausgleiche und Konkurse in den ersten neun Monaten 1982 stärker als 1981. Betroffen waren eine größere Zahl von Leitbetrieben in unterschiedlichen Industriezweigen entlang der Thermenlinie und im südlichen Niederösterreich: der Reifenerzeuger Semperit in Traiskirchen, der Standort Berndorf der Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf und die ebenfalls zur Buntmetallgruppe zählenden Metallwerke Möllersdorf, der VEW-Standort Ternitz im Zuge der sich wieder zuspitzenden VEW-Krise, die Hirtenberger Patronenfabrik²⁴⁷, Brevillier-Urban in Neunkirchen, die Papierfabrik Bunzl & Biach, Ortmann, die traditionsreichen Textilstandorte Pottendorf und Felixdorf.²⁴⁸ Auch in der Mur-Mürz-Furche hinter dem Semmering gab es zahlreiche größere Unternehmen, die auf wackligen Beinen standen, wie die Papierfabrik Pöls, Austria Email, die Pengg-Gruppe, das Bauknecht-Werk in Spielberg und nahezu alle VEW-Standorte, die in akuten Schwierigkeiten oder bereits geschlossen worden waren. In Erinnerung zu rufen sind auch die Fälle EUMIG und Klimatechnik, die sich ebenfalls negativ auf den Arbeitsmarkt in diesem Raum auswirkten²⁴⁹. Die Bundesregierung hatte, wie an anderer Stelle erwähnt, bereits im November 1981 mit einem Sonderförderungsprogramm für diesen Raum auf die krisenhafte Entwicklung reagiert, das aber vor allem Neugründungen fördern sollte. Bund und Land Niederösterreich bzw. Steiermark stellten mehreren der angeführten Unternehmen finanzielle Hilfe in verschiedener Form zur Verfügung²⁵⁰. Eine Studie des WIFO über die industrielle und Arbeitsmarktentwicklung im südlichen Niederösterreich und in der Obersteiermark gelangte Ende der achtziger Jahre zum Schluss, dass sich die Lage in beiden Regionen im Zeitraum 1981/82 so sehr zuspitzte, „dass man von einem Zusammenbruch sprechen kann“. Zwischen 1981 und 1987 übertraf die Zahl der stillgelegten Unternehmen jene der Neugründungen fast um das Doppelte, ein deutliches Zeichen für die „tiefe Krise“ in den beiden „alten“ Industrieregionen. Geldner spricht in diesem Zusammenhang von einem „Anpassungsrückstau“, der sich im Lauf der Krise entlud. Die Beschäftigung in der Industrie im „alten Industriegebiet“ entlang der Südbahn ging nach Angaben des WIFO zwischen Dezember 1980 und Dezember 1983 um 10.800 oder 16,2 % zurück²⁵¹.

²⁴⁷ Zur Lage der Hirtenberger Patronenfabrik vgl. Trend, H. 7/1981, S. 74-83.

²⁴⁸ Staribacher-Tagebücher, 16.2., 23.2., 26.4. und 4.5.1982. Österreich-Bericht 222/1982, 24.9.1982 (Kronen Zeitung (Bericht KSV 1870). Zur Lage von Semperit: Trend H. 4/1982, S. 49-52, H. 5/1982, S. 29f.

²⁴⁹ Kleine Zeitung, 27.5.1982, Erwin Zankel, Hinter dem Simmering wohnt die Krise. Sitz der Fa. Klimatechnik war der ehemalige Bergbauort Grünbach am Schneeberg. Es wurde versucht, ein Nachfolgeunternehmen für die pleite gegangene Firma anzusiedeln.

²⁵⁰ Profil, Nr. 44/1983, 31.10.1983, Sanierungen: Geld oder Leben. Der Bericht listet – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Hilfszahlungen an 22 Unternehmen Österreichweit auf, darunter an das VEW-Werk Ternitz, Brevillier-Urban, EUMIG-Fohnsdorf und Felten & Guillaume. Die Schraubenfabrik Brevillier-Urban z.B. wurde nach dem Konkurs 1982 durch eine Auffanggesellschaft mit Unterstützung aus Bundesmitteln weitergeführt (vgl. Trend H. 8/1982, Arbeiter-Zeitung, 2.3.1983, Trend, H. 5/1984)

²⁵¹ Norbert Geldner, Entwicklung der Arbeitsplätze in der Industrie 1980 bis 1983. Regionale Aspekte der Rezession, In: WIFO-Monatsberichte, H. 7/1984, S. 408-416, hier S. 408, 410, sowie Das Altern von Industrieregionen, In: WIFO-Monatsberichte, H. 5/1989, S. 346-351.

In Anbetracht der unübersichtlichen, insgesamt aber kritischen Konjunktur- und Beschäftigungslage kündigte die Bundesregierung bereits im Juni die Ausarbeitung eines zweiten Sonderbeschäftigungsprogramms mit zusätzlichen Ausgaben von 2 Mrd. öS an. Dieses Programm sollte einen deutlichen regionalen Fokus auf Ost- und Südösterreich haben²⁵².

Der Versuch, die Krise mit Anstand zu meistern – der Ausklang der Ära Kreisky an der Jahreswende 1982/83

Im Verlauf des Sommers schwanden die Hoffnungen auf einen Konjunkturaufschwung im Herbst 1982; nicht nur die internationale Wirtschaftsentwicklung zeigte keinerlei Anzeichen für eine Belebung, sondern auch in der heimischen Wirtschaft verebbten die Anzeichen dafür. Im Verlauf des Jahres hatte die Krise alle westlichen Industriestaaten erfasst, nur Japans Wirtschaft wuchs noch um 2,5 %. Die Unternehmen beurteilten die Konjunkturlage ungünstiger als im Frühjahr, Industrieproduktion und Exporte waren tendenziell rückläufig. Das WIFO wollte in seiner Herbstprognose keine sichere Voraussage darüber machen, ob die beiden Sonderbeschäftigungsprogramme die Investitionen im 2. Halbjahr noch stimulieren würden, da Schätzungen über die Auswirkungen beider Programme mit zu großen Unsicherheiten behaftet seien. Für 1983 rechnete das WIFO bestenfalls mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 %.

Die Beschäftigungslage hatte sich im Verlauf des Frühjahrs stabilisiert. Saisonbedingt nahm die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten bis zum Sommer ab (im Vergleich zu 1981 stieg die Arbeitslosigkeit trotz Abbaus von ausländischen Arbeitskräften wegen des steigenden Arbeitskräfteangebots), im Juni 1982 wurden 66.200, im Juli 1982 sogar nur 40.600 Arbeitslose registriert, von August ab begann die Arbeitslosenrate aber wieder zu steigen. Im Jahresverlauf stieg die Zahl der Arbeitslosen in den Sommermonaten zwar am schwächsten, nahm aber im September deutlich zu und lag im Oktober bei 104.000, während gleichzeitig die Zahl der offenen Stellen rapide zurückging. Industrie und Bauwirtschaft waren die Hauptverlierer des Konjunkturreinbruchs. Für den Herbst wurde eine Abschwächung im Wachstum der Arbeitslosigkeit erwartet, für 1982 insgesamt lag die Prognose des WIFO bei 3,7 %. 1983 werde einen leichten Beschäftigungsrückgang bringen²⁵³.

²⁵² WIFO-Monatsberichte, H. 7/1982, S. 515f. Wirtschaftslage zu Herbstbeginn, Geldner, Konjunktur und Arbeitsmarkt, S. 14f., Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 117. Sitzung, 2.6.1982, S. 11717, Erklärung BM Herbert Salcher zur wirtschaftlichen Lage.

²⁵³ WIFO-Monatsberichte, H. 9/1982, S. 513-523, Wirtschaftslage zu Herbstbeginn – Prognose 1982 und 1983: Aufschwung nicht in Sicht, Staribacher-Tagebücher 16./17.9.1982.

Zu besonderer Sorge Anlass gab die steigende Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen (15-25-Jährigen): Mit 120.000 14-15-jährigen Jugendlichen im arbeitsfähigen Alter gehörte das Schuljahr 1981/82 zu den ausbildungsstärksten seit 1945. Die Zahl der Lehrstellensuchenden betrug Ende Juli 27.600, konnte aber in den folgenden Monaten um fast 75 % abgebaut werden. Aufgrund dieser erfreulichen Entwicklung kündigte Dallinger an, vorerst keine weitere Initiative für das von ihm ein halbes Jahr vorher vorgeschlagene Jugendeinstellungsgesetz unternehmen zu wollen²⁵⁴. Bis zum Jänner 1983 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen aber neuerlich auf über 45.000 an, womit ihr Anteil an den Arbeitslosen damals 25 % betrug; im Jahresdurchschnitt stieg der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen im Zeitraum 1981 bis 1983 von 18,6 auf 25,5 %. In den beiden folgenden Jahren nahm dieser Anteil zwar weiter zu, die Kurve verlief aber wesentlich flacher²⁵⁵. Der Bundeskanzler kündigte im Rahmen seiner alljährlichen Rede zur wirtschaftlichen Lage im Nationalrat am 2. Juni ein besonderes Programm zur Hebung der Qualifikation, zur Unterstützung in regional benachteiligten Gebieten und zur Förderung eines höheren Anteils an Frauen in bisher von Burschen dominierten Berufen an. Auch im Stellenplan des Bundes 1982 wurde die Aufnahme von mehr Jugendlichen als ursprünglich geplant vorgesehen²⁵⁶. Nach einem von der Opposition eingebrachten Initiativantrag beschloss der Nationalrat noch vor der Sommerpause ein Gesetz zur Erleichterung der Lehrlingsausbildung in kleineren und mittleren Unternehmen²⁵⁷. Eine Woche danach stellte Sozialminister Dallinger ein 10-Punkte-Beschäftigungsprogramm für Jugendliche vor, das den Ministerrat passiert hatte und 250 Mio. an Förderungsmitteln für den Kampf gegen die drohende Jugendarbeitslosigkeit bereitstellte. Die Schwerpunkte des Jugendbeschäftigungsprogramms lagen auf der Förderung von Lehrabschlüssen besonders in den wirtschaftlichen Problemregionen, Höherqualifikation, Förderung der Einstellung von AHS- und BHS-Abgängern, Einstellung von Lehrlingen anstelle von älteren Arbeitnehmern (z.B. bei vorzeitiger Pensionierung), Darlehen mit Bundeshaftung für Industrieunternehmen, die Lehrlinge beschäftigten, Förderung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten und geographischer Mobilität aus Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung²⁵⁸. Außerdem fand Ende Juli 1982 ein neuerlicher „Baugipfel“ statt, bei dem die Umsetzung der Maßnahmen des 1. Sonderbeschäftigungsprogramms diskutiert wurde und Bautenminister Sekanina weitere

²⁵⁴ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 65, Berichte BM f. soziale Verwaltung zur Arbeitsmarktlage, Österreich-Bericht, 94/1982, 23.4.1982, Noch keine Jugendarbeitslosigkeit. Aber große regionale Probleme (Die Presse), Österreich-Bericht 126/1982, 3.7.1982, Präsent: Ratlos trotz vieler Konzepte, Wiener Zeitung, 4.8., 25.8. und 1.9.1982, Staribacher-Tagebücher, 16./17.9.1982 (Bericht Dallingers zur Arbeitsmarktlage).

²⁵⁵ Gudrun Biffi, Schwerpunkte der Arbeitsmarktentwicklung in den achtziger Jahren, in: WIFO-Monatsberichte H. 3/1989, S. 137-142.

²⁵⁶ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 117. Sitzung, 2.6.1982, S. 11708f.

²⁵⁷ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 17.6.1982, S. 12064-12073.

²⁵⁸ Wiener Zeitung, 23.6.1982, Beschäftigungsprogramm für Jugend, Wiener Zeitung, 8.7.1982, 1000 förderbare Lehrstellen (Details zu den Förderrichtlinien für die Aufnahme von Lehrlingen), Österreich-Bericht, 159/1982, 13.7.1982 (Die Presse).

Maßnahmen für die Bauwirtschaft im Rahmen des in Ausarbeitung befindlichen 2. Sonderbeschäftigungsprogramms ankündigte²⁵⁹.

Außerdem beschloss der ÖGB-Bundesvorstand in Anbetracht der Arbeitsmarktlage Ende Juni, Dallinger dabei zu unterstützen, den Mindesturlaub auch für Arbeiter in Etappen auf 5 Wochen anzuheben, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wurde indes zurückgestellt, ebenso die Idee einer Arbeitsmarktabgabe. Die Bundeswirtschaftskammer nannte in einer Reaktion die geforderte Urlaubsverlängerung einen „sozialpolitischen Luxus“ und lehnte auch die Forderung Dallingers nach gesetzlicher Beschränkung von Überstunden ab²⁶⁰. Demgegenüber gab Kreisky der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine unbestimmte Zeitperspektive von einigen Jahren²⁶¹.

Im Verlauf des Sommers verdichteten sich die Nachrichten über eine neuerliche Verschlechterung der Lage in der verstaatlichten Industrie. Anfang Mai 1982 teilte Kreisky seinen Ministerkollegen mit, die Lage in Teilen der verstaatlichten Industrie habe sich neuerlich stark verschlechtert, namentlich in einigen Betrieben der VOEST, des Buntmetallkonzerns VMW sowie bei Steyr Daimler Puch. Bis zum Sommer verdüsterte sich das Gesamtbild, das die verstaatlichten Industrie bot, weiter. Schon im Juni hatten Gespräche zwischen Kreisky und ÖVP-Bundesparteiobmann Alois Mock über anstehende Personalfragen im Vorstand und Aufsichtsrat der ÖIAG, der VOEST und der ÖMV stattgefunden, die Kreisky taktisch so führte, dass er sich eine spätere Zustimmung des Oppositionschefs für den Fall notwendiger Kapitalzufuhren nicht verbaute, die sich bereits abzuzeichnen begannen. Mitte Juli sagte Kreisky anlässlich der ÖIAG-Hauptversammlung, in Teilbereich der Verstaatlichten gäbe es „im Gefolge der anhaltenden Weltwirtschaftskrise erhebliche Schwierigkeiten“. Der Bund als Eigentümer habe durch Zuführung von Kapital in den Vorjahren zwar versucht, tausende Arbeitsplätze zu retten, die strukturverbessernden Maßnahmen müssten von den Unternehmen aber „verstärkt vorangetrieben werden“²⁶².

Wenige Tage danach legte VOEST-Alpine Generaldirektor Apfalter die Unternehmensbilanz für 1981 vor, die ohne den Zuschuss der ÖIAG und die Auflösung stiller Reserven einen Jahresverlust von 2,6 Mrd. aufwies. Apfalter sprach vom bisher schwierigsten Jahr für das Unternehmen, als Gründe nannte er Überproduktion und niedrige Stahlpreise am Weltmarkt,

²⁵⁹ Wiener Zeitung, 21.7.1982, Beschäftigungslage entschärfen.

²⁶⁰ Wiener Zeitung, 29.6.1982, ÖGB-Vorstand für fünf Wochen Urlaub, Arbeiter-Zeitung, 3.7.1982, Dallinger: Trotz der Probleme kein Sozialstopp, Staribacher-Tagebücher, 29.6., 12.7. und 4.8.1982.

²⁶¹ Österreich-Bericht 167/1982, 22.7.1982 (Kurier-Interview mit Kreisky zu Sozialpolitik und Arbeitszeitverkürzung).

²⁶² Wiener Zeitung 14.7., 15.7. 1982, Die Presse, 15.7.1982, Margarethe Freisinger, Verstaatlichte Katastrophe (Gipfelgespräch Kreisky-Mock und Lage der VI) (ausführlich zur ÖIAG-Bilanz), Staribacher-Tagebücher, 29.6.1982.

stark gestiegene Rohstoff- und Energiekosten und Investitionen zur Beschleunigung des Strukturwandels des Unternehmens. „Die Stahlwelt ist aus allen Fugen geraten“, meinte Apfalter kurze Zeit später, da die EG ihre Subventionspolitik fortsetze. Ein weiterer Grund für das schlechte Ergebnis waren auf der Kostenseite die hohen Personalkosten für die 41.000 Beschäftigten, die rd. ein Drittel des Unternehmensumsatzes betrug. Ein weiteres ungelöstes Problem sei die Lage des Standorts Donawitz, wo im August Kurzarbeit eingeführt und im September auf ein Drittel der dort Beschäftigten ausgeweitet wurde. Eine Fusion mit der VEW sei für die VOEST-Alpine „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“ nicht zu verkräften²⁶³. Was Apfalter mit dieser Bemerkung meinte, wurde schon wenig später klarer. Nicht zur Sprache bei der Bilanzpressekonferenz kamen das 1981 begonnene VOEST-Engagement im Waffengeschäft, die Geschäfte der VOEST-Tochter Intertrading oder das sich ausweitende Debakel beim US-Stahlwerk Bayou, über das zu diesem Zeitpunkt allerdings weder die ÖIAG noch ein Großteil des VOEST-Vorstands eingeweiht war²⁶⁴. Einige Tage vorher hatte auch VEW-Generaldirektor Adolf Bayer die Bilanz 1981 präsentiert, die einen Jahresverlust von 2,36 Mrd. auswies, der zum größten Teil durch die oben erwähnte Kapitalzufuhr der ÖIAG abgedeckt wurde. Bayer rechnete damit, dass die VEW auch 1983/84 Verluste erwirtschaften werde, außer für den unwahrscheinlichen Fall einer deutlichen Erholung der Stahlpreise. Obwohl bereits laut darüber spekuliert wurde, dass VOEST-Generaldirektor Apfalter Änderungen im VEW-Vorstand anstrebe, blieb vorerst alles beim Alten, weil Vertreter regionaler Interessen bei Kreisky gegen Eingriffe intervenierten. Erst 1984 wurden Bayer und Friedrich Martinowsky abgelöst²⁶⁵. Weitere Schwierigkeiten bahnten sich im Laufe des Jahres 1982 auch bei einigen Unternehmen an, die zum Industriekonzern der Creditanstalt Bankverein gehörten und damit, wenn auch indirekt, ebenfalls dem verstaatlichten Sektor zuzurechnen waren. Zum Teil wurden diese Schwierigkeiten aber erst nach Vorlage der Bilanzen im 2. Halbjahr 1983 manifest.

Seit längerem bekannt waren die Schwierigkeiten bei Steyr Daimler Puch und Semperit, zu denen sich später die Maschinenfabrik Andritz und Stölzle Oberglas gesellten. Das Steyr-Management gab Ende Juli bekannt, dass infolge stockender LKW-Aufträge 700 Mitarbeiter abgebaut werden müssten. Wenige Tage später berichteten Zeitungen, die Auftragslage des Steyr-Konzerns sei weit schlechter, als nach den ersten Veröffentlichungen zu vermuten gewesen sei. Auch im Werk Graz-Thondorf sei in Kürze mit Kündigungen und Kurzarbeit für

²⁶³ Wiener Zeitung, 17.7.1982, Nach Angaben der Presse entfielen zwei Drittel des Jahresverlusts der VOEST-Alpine nur auf den Standort Donawitz. Zur Kurzarbeit und Lage in Donawitz: Österreich-Bericht, 180/1982, 6.8.1982 (Die Presse) und ÖB 186/1982, 13.8.1982 (Kronen-Zeitung), Neue Zeit, 26.9.1982.

²⁶⁴ Siehe dazu Summer, Das VOEST-Debakel, S. 218-236. Zum Engagement im Waffengeschäft: Die Presse, 6.7.1982, Kurt Horwitz, Einstieg durch die Hintertür. Die VOEST und das Waffengeschäft. Für eine kritische Bewertung der z.T. unüberlegten VOEST-Engagements im Finalbereich siehe: BKA, Interview mit Ferdinand Lacina, 2.8. und 4.9.1982.

²⁶⁵ Österreich-Bericht 156/1982, 9.4.1982 VEW weiter mit Milliardenverlust (Die Presse), Summer, VOEST-Debakel, S. 230ff.

einige hundert Mitarbeiter zu rechnen. Um die Lage nicht noch zu verschärfen, entschloss sich die Bundesregierung, anders als 1980 den Export von 25 Kürassier-Panzern für das argentinische Militärregime nicht zu verhindern und sich umso mehr um die Fortsetzung der Kooperation mit BMW zu bemühen, was auch von Erfolg gekrönt war²⁶⁶. Die Schwierigkeiten bei Steyr Daimler Puch führten zu starken Spannungen zwischen Bruno Kreisky und Hannes Androsch, der das Verbot von Panzerexportgeschäften zum Anlass nahm, um mehrfach gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu polemisieren, wogegen sich Kreisky Ende November im Ministerrat, im SPÖ-Parteivorstand – in Anwesenheit von Hannes Androsch – und auch öffentlich in scharfer Form zur Wehr setzte²⁶⁷.

Ende Juli fanden parteiinterne Spitzengespräche über Fragen der verstaatlichten Industrie statt, und die Arbeiter-Zeitung machte kein Geheimnis daraus, dass es um notwendige Hilfen für einen Teil der ÖIAG-Gruppe ging. Als Zwischenergebnis gab die Zeitung am 23. Juli bekannt, dass der ÖIAG-Aufsichtsrat Kapitalaufstockungen und Darlehen für die VMW, ELIN und die Bleiberger Bergwerks Union beschlossen habe²⁶⁸. Weitere Gespräche wurden für September angekündigt. Im August 1982 meinte Kreisky nach einer Ministerratssitzung vor der Presse, die Regierung werde sich ihrer Verantwortung nicht entziehen und ihre Politik der Hilfe für notleidende Betriebe weiter fortsetzen²⁶⁹.

Ende August meldete sich der langjährige frühere Leiter der Verstaatlichtensektion im Bundeskanzleramt Otto Gatscha mit dem Vorschlag zu Wort, der Bund solle dem Verstaatlichtenkonzern innerhalb von drei Jahren 15 Mrd. an frischem Kapital aus dem Budget zuführen, um diesem die Umstrukturierung und Umstellung auf neue Produkte zu ermöglichen. Rechtzeitig freigegeben, argumentierte Gatscha, erspare dies der Regierung Sanierungskosten in beträchtlicher Höhe. Die von ihm genannte Summe entspreche dem Umfang nach etwa dem Betrag, den die deutsche Bundesregierung kürzlich der AEG an Hilfe zur Verfügung gestellt habe. Von der verstaatlichten Industrie hinge, sei es als Arbeitgeber oder Auftraggeber, das Schicksal von 500.000 Menschen ab. Der Kanzler war von Gatschas Wortmeldung wenig begeistert, noch weniger aber vermutlich darüber, dass wenige Tage später die Tageszeitung „Die Presse“ Auszüge aus einem vertraulichen Papier der ÖIAG zitierte, in dem genau der von Gatscha genannte Betrag wiederholt wurde. Demnach hätten VOEST, VEW und VMW Ranshofen der Republik Österreich zwischen

²⁶⁶ Arbeiter-Zeitung, 27.7.1982, Österreich-Bericht 177/1982, 3.8.1982 (Die Presse), Staribacher-Tagebücher, 6.-9.9.1982, 6.10.1982. Im März 1983 konnte Kreisky bekannt geben, dass die Kooperation Steyr-BMW bis über 1986 hinaus fortgesetzt werden würde (Arbeiter-Zeitung, 11.3.1983)

²⁶⁷ Staribacher-Tagebücher, 23. und 25.11.1982. Politischer Hintergrund waren Androschs Ambitionen auf die Nachfolge des kranken Kanzlers: Vgl. zur Kritik Androschs an der Wirtschaftspolitik Österreich-Bericht 149, 153, 205, 272 und 273/1982, Liegl/Pelinka, Chronos und Ödipus, S. 189.

²⁶⁸ Arbeiter-Zeitung, 20. und 23.7.1982, Österreich-Bericht 195/1982, 24.8.1982 (Lage der VMW).

²⁶⁹ Wiener Zeitung, 11.8.1982.

1975 und 1981 15,6 Mrd. an Verlusten beschert und die ÖIAG würde bis 1986 weitere 15 Mrd. an neuem Kapital benötigen, um das Überleben ihrer größten Verlustbringer sicherzustellen²⁷⁰. Ein weiteres brisantes politisches Herbstthema lag damit auf dem Tisch.

Die Regierungsklausur, bei der alljährlich die Hauptthemen der Regierungsarbeit abgesteckt wurden, fand zwischen 16. und 17. September 1982 im Salzburger Schloss Hellbrunn statt. Sie stand im Zeichen einer weiterhin stagnierenden Wirtschaft, massiver Probleme in der verstaatlichten Industrie und der bevorstehenden Nationalratswahl 1983. Der Sozialminister befürchtete, wie er auch bei der Vorstellung des neuesten Berichts zur sozialer Lage besorgt äußerte, dass die Arbeitslosigkeit im Winter bei 210.000 liegen, und damit erstmals seit den fünfziger Jahren über 200.000 ansteigen werde. Kreisky hatte aber bereits im Vorfeld der Klausur gefordert, die Bundesregierung müsse alles unternehmen, damit diese psychologisch wichtige Grenze nicht überschritten werde²⁷¹. Dazu sollte das seit Sommer angedachte 2. Sonderbeschäftigungsprogramm die notwendigen Investitionsimpulse rechtzeitig setzen.

Kreisky hoffte zu diesem Zeitpunkt augenscheinlich, Finanzminister Salcher könne das Kunststück zuwege bringen, trotz sinkender Budgeteinnahmen und höherer Sozialausgaben ohne neue Steuern oder Steuererhöhungen ein entsprechendes Budget zu erstellen, was der Leiter des WIFO Helmut Kramer in Zweifel zog. Der WIFO-Experte Fritz Breuss ortete eine wachsende Ungeduld der Politik über das angebliche Versagen der „Auguren“, die der Politik keine guten Nachrichten überbringen könnten. Auf dem Arbeitsmarkt seien die Dämme seit Herbst 1981 gebrochen, und er sei skeptisch hinsichtlich der Beschäftigungseffekte beider Sonderprogramme, ebenso wie Arbeitszeitverkürzungen in der gegenwärtigen Konjunkturlage kaum positive Beschäftigungseffekte hätten²⁷². Anfang Oktober revidierten die Wirtschaftsforscher ihre Herbstprognose, die einen wenig erfreulichen Ausblick bot. Für das Jahr 1983 sagte WIFO-Chef Kramer max. 1,5 % Wachstum voraus, die Industrieproduktion sei tendenziell rückläufig, die Investitionen stagnierten, das Exportwachstum habe sich verlangsamt und die Arbeitslosenrate wurde nach oben revidiert. Die 200.000-Grenze werde zwar vermutlich nicht erreicht, ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl, die Ende September bei 79.000 lag, bis zu 180.000 sei zu befürchten²⁷³.

²⁷⁰ Wiener Zeitung, 27.8.1982, Verstaatlichte braucht 15 Mrd. S, Staribacher-Tagebücher, 6.9.-9.9.1982, Österreich-Bericht 214/1982, 15.9.1982, Schockierender Geheimbericht (Die Presse).

²⁷¹ Staribacher-Tagebücher, 14. und 16./17.9.1982, Österreich-Bericht 217/1982, 18.9.1982 (Kurier-Interview Alfred Dallingers), Wiener Zeitung, 21.9.1982 (Präsentation Bericht zur sozialen Lage 1982), Österreich-Bericht 206/1982, 6.9.1982 („Presse“-Gespräch mit Helmut Kramer).

²⁷² Fritz Breuss, Konjunktur 1982/83 im Zeichen des Prinzips Hoffnung, In: wirtschaftspolitische Blätter, H. 4/1982, S. 5-14.

²⁷³ Wiener Zeitung, 2.10.1982, Belebung lässt auf sich warten.

Salcher war bereit, im Wahlkampfjahr entsprechend der schwierigen Wirtschaftslage ein höheres Budgetdefizit hinzunehmen, wenn nach den Wahlen sofort einnahmen- wie auch ausgabenseitige Maßnahmen, d.h. Einsparungen und Steuer- oder Tarifierhebungen, erfolgten. Ein starker Anstieg der Arbeitslosenzahlen und der starke Andrang in die Frühpension, deren Zusatzkosten er allein für 1983 mit 11 Mrd. veranschlagte, bereiteten ihm fast noch mehr Kopfzerbrechen als das Konjunkturprogramm²⁷⁴. Das 2. Sonderbeschäftigungsprogramm, das im Rahmen der Regierungsklausur diskutiert und verabschiedet wurde, war wenig spektakulär. Durch eine Reihe gezielter Maßnahmen sollten Impulse für Wirtschaftswachstum und Strukturwandel in verschiedenen Bereichen gesetzt werden. Die Bundesregierung bemühte sich aber nach Kräften, jeden einzelnen Investitionsimpuls des Programms herauszustreichen²⁷⁵. In einem Zeitungskommentar hieß es dazu nüchtern: „Die öffentlichen Hände sind leer. Die Sonderfinanzierungen [...] sind Ausweichmanöver, um den Tatbestand zu verschleiern, dass die staatliche Ankurbelungspolitik erschöpft ist“²⁷⁶.

Einigen aufmerksamen Wirtschaftsjournalisten entging nicht, dass die Verpackung pompöser war als der Inhalt und dass das Gesamtpaket auf drei Jahre ausgelegt war, einige Maßnahmen dieses 16 Punkte-Programms, dessen Umfang von der Regierung mit 137 Mrd. öS angegeben wurde (davon 35 Mrd. budgetwirksam), nicht neu, sondern schon früher angekündigt oder begonnen worden waren, andere ohnedies fällige Maßnahmen waren, bloß zeitlich vorgezogen wurden und einige Punkte, wie die angekündigte neuerliche Kapitalspritze für die verstaatlichte Industrie nicht arbeitsplatzschaffend, sondern lediglich -erhaltend waren. Die 1981 begonnene TOP-Finanzierungsaktion im Rahmen der Bürges, die bisher 830 Kreditfälle verzeichnet hatte, wurde auch 1983 fortgesetzt. Aus einem Zwischenbericht über die Umsetzung der beiden Sonderbeschäftigungsprogramme vom Februar lässt sich aber dennoch der Schluss ziehen, dass dadurch im Winter 1982/83 nicht unerhebliche Beschäftigungsimpulse insbesondere im Bereich der Bauwirtschaft gesetzt

²⁷⁴ Österreich-Bericht 210/1982, 10.9.1982 (Salchers Sanierungsprogramm), Staribacher-Tagebücher, 16./7.9.1982, Arbeiter-Zeitung, 6.10.1982.

²⁷⁵ Arbeiter-Zeitung, 17.9.1982, Die 16 Punkte des 2. Sonderbeschäftigungsprogramms, Erläuterungen zu einzelnen Punkten des Programms auch in Herbert Salchers Leistungsbericht über die Amtszeit: BKA, NL Kreisky, Pro-Mi Korr., Korr. Herbert Salcher, Bericht Herbert Salcher über seine Tätigkeit als BM für Finanzen, 3.9.1984. Zur Fortsetzung der TOP-Finanzierungsaktion: Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrats, XV. GP, 132. Sitzung, 30.11.1982, S. 13384-13389.

²⁷⁶ Wiener Zeitung, 17.9.1982, Kurier, 18.9.1982, Neue Vorarlberger Tageszeitung, 17.9.1982, Erwin Zankel, Pompös nur die Verpackung, Erwin J. Frasl, Regierungsklausur: Kreiskys Stehsätze. Schon früher angekündigt worden waren: das regionale Sonderprogramm und Betriebsansiedlungsprogramm für die Steiermark (Herbst 1981), Förderung von Forschung und neuen Technologien und Förderung von Betriebsneugründungen (TOP Investitionen) (4 Punkte-Programm, Sommer 1981), Jugendbeschäftigungsprogramm (Juni 1982), Investitionen in die Modernisierung von Bahn und Post wurden teilweise vorgezogen.

wurden und damit eine weitere Talfahrt in der Bauwirtschaft verhindert wurde²⁷⁷. Schätzungen von Christl und Potmesil zufolge konnten durch die beiden Sonderbeschäftigungsprogramme in den Jahren 1982/83 insgesamt bis zu 20.000 Arbeitsplätze gesichert werden²⁷⁸.

Um die im 2. Sonderbeschäftigungsprogramm angekündigte Hilfe für die verstaatlichte Industrie von 3,5 Mrd. öS sicherzustellen, nahm Kreisky Ende September 1982 die im Juni begonnenen Gespräche mit ÖVP-Obmann Alois Mock wieder auf, an denen auf Regierungsseite auch der neue Staatssekretär für die Verstaatlichte Industrie, Ferdinand Lacina, und auf der Gegenseite Josef Taus teilnahmen. Weil die Volkspartei als „Preis“ für ihre Zustimmung mehr Fördermittel für mittelständische Unternehmen herausholen wollte, zogen sich die Verhandlungen fast zwei Monate lang hin, ehe sie am 17. November zu einem positiven Abschluss gelangten, den der ÖVP-Bundesparteivorstand jedoch nur mit Zweidrittelmehrheit genehmigte. Allerdings kündigte Mock zugleich die jahrelange Zusammenarbeit mit der SPÖ in der Verstaatlichtenfrage auf²⁷⁹. In der SPÖ interpretierte man diesen Beschluss als Teil des Wahlkampfs; wie sich in den folgenden Jahren aber zeigte, war dies der erste Schritt zu einer neuen Politik in dieser Frage. Die vereinbarte Kapitalzufuhr sollte auf die beiden Geschäftsjahre 1982 und 1983 aufgeteilt werden; Hauptnutznießer waren die VEW mit 1,05 Mrd., der Aluminiumkonzern VMW Ranshofen-Berndorf (1 Mrd.) und die ELIN (790 Mio.). Kleinere Beträge gingen an die Bergbauunternehmen BBU und WTK, für den Rest lagen zahlreiche Anträge vor. Die zugeführten Mittel dienten vor allem der Verlustabdeckung oder -minderung, für weitergehende Umstrukturierungen wäre eine wesentlich größere Summe erforderlich gewesen. Die Kapitalzufuhr an die verstaatlichte Industrie wurde am 30. November vom Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen²⁸⁰. ÖIAG-Chef Oskar Grünwald bekannte offen ein, einige der verstaatlichten Unternehmen befänden sich „in einem harten Kampf“, „der für einzelne Betriebe ein Überlebenskampf sei“; diese Äußerungen bezogen sich auf die VEW, den Standort Donawitz der VOEST-Alpine und den VMW-Standort Berndorf, bei der Chemie Linz und ELIN werde es möglich sein, durch Neupositionierung dieser Unternehmen die Probleme in absehbarer Zeit zu lösen. Grünwald wurde in dem Bemühen, Strukturreformen voranzutreiben und wo notwendig auch „tiefe Schnitte“ zu setzen vom neuen Staatssekretär im Bundeskanzleramt Ferdinand Lacina unterstützt, der

²⁷⁷ Wiener Zeitung, 26.2.1983, Zwischenbilanz der Bundesregierung, WIFO-Monatsberichte, H. 12/1982, Wirtschaftslage zur Jahreswende 1982 und Prognose für 1983, S. 702, 707, Leistungsbericht Herbert Salchers, S. 24f.

²⁷⁸ Josef Christl/Stefan Potmesil, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Österreich, In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 3/1984, S. 279-294, hier S. 284.

²⁷⁹ Österreich-Bericht 222/1982, 24.9.1982 (Die Presse), Österreich-Bericht 235/1982, 1.10.1982 (Die Presse), Arbeiter-Zeitung, 10.11.1982, Wiener Zeitung, 18.11.1982, Stifter, Die ÖVP in der Ära Kreisky, S. 271.

²⁸⁰ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 132. Sitzung, 30.11.1982, S. 13313-13383.

meinte, die verstaatlichte Industrie müsse wieder „ohne Zuschüsse existieren“ können. Um dieses Ziel zu erreichen, seien auch „Opfer der Belegschaft“ notwendig, neben Kündigungen auch der Verzicht auf freiwillige Sozialleistungen. An die Adresse des Managements sagte Lacina, es dürften aber auch nicht ganze Regionen zu Industriefriedhöfen verkommen²⁸¹. Im Herbst bildete besonders die ernste Lage der VEW Gegenstand politischer Diskussionen innerhalb der Regierungspartei und zwischen SPÖ und ÖVP. Der VEW-Vorstand informierte Lacina am 11. November, dass die Hälfte des Grundkapitals verloren sei; der Konzern befand sich somit rein bilanziell am Rande des Konkurses, obwohl in den letzten drei Jahren fast ein Fünftel der Beschäftigten abgebaut worden waren²⁸². Nach einem Bericht der „Presse“ war die Lage der VEW auch Mock nicht unbekannt, der eine Zustimmung der ÖVP zur Sanierung aber von der Vorlage eines realistischen Sanierungskonzepts abhängig machte. Tatsächlich wurde ein solches Konzept, das dritte Strukturprogramm seit 1978, bis zum Sommer 1983 ausgearbeitet (VEW 2000). Als kurzfristige Maßnahme schnürte der VEW-Vorstand Anfang November 1982 ein Paket personalsparender Maßnahmen, das Kurzarbeit für mehrere tausend Beschäftigte, die Kündigung von hunderten Beschäftigten und Pensionierungen im Rahmen der „Aktion 57“ vorsah. In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage des Budgets und der Sozialversicherung stieß besonders die zuletzt genannte Maßnahme auf Ablehnung sowohl Lacinas als auch Dallingers, die Kosten einer solchen Maßnahme bei 1.700-2.000 Betroffenen mit Gesamtkosten von rd. 1-1,5 Mrd. für unfinanzierbar erklärten. Für rd. 4.500 Beschäftigte hatte der VEW-Vorstand bereits Kurzarbeit angemeldet. Die ursprüngliche „Horrorzahl“ von 1.600 Mitarbeitern, die gekündigt werden sollten, veranlasste Kreisky in seiner Rede vor dem SPÖ-Parteitag Ende Oktober zu einem scharfen Angriff in Richtung Management. Nach mehrwöchigen Verhandlungen wurden die Kündigungen auf 390 reduziert²⁸³. Ferdinand Lacina verlangte auch in dieser Situation vom Management eine verantwortungsvolle Vorgehensweise: „[...] es dürfen nicht ganze Regionen zu Industriefriedhöfen werden.“²⁸⁴ Eine wirkliche, dauerhafte Lösung für den Edelstahlkonzerns zeichnete sich in Anbetracht der Dauer der Stahlkrise durch so begrenzte Maßnahmen allerdings nicht ab, so dass mittelfristig eine Schließung ganzer Standorte wie Judenburg oder Ternitz nicht mehr ausgeschlossen wurde.

Am 20. Oktober 1982 präsentierte Herbert Salcher das zweite Budget seiner Amtszeit für 1983 mit Ausgaben von 399,5 Mrd. und Einnahmen von 325,6 Mrd. Das Bruttodefizit lag somit bei 73,8 Mrd. und stieg gegenüber 1982 nominell deutlich an. Tatsächlich war der

²⁸¹ Kurier, 7.11.1982, Lacina: Es wird Opfer der Belegschaft geben (Interview), Arbeiter-Zeitung, 9.11.1982 (Lacina-Interview), Wiener Zeitung, 25.11.1982, „Verstaatlichte voll integriert“.

²⁸² BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 177a, Information STS Lacina für den Bundeskanzler, 17.11.1982.

²⁸³ Arbeiter-Zeitung, 28.10.1982, 3.11.1982, 4.11.1982, 9.11.1982, 10.11.1982, Österreich-Bericht 251/1982, 29.10.1982 (Die Presse), 258/1982, 8.11.1982 (Die Presse), Wiener Zeitung, 9.11.1982.

²⁸⁴ Arbeiter-Zeitung, 9.11.1982, „Verstaatlichte als Vorreiter“ (Interview mit Ferdinand Lacina).

Anstieg des Defizits aber geringer, weil Salcher aufgrund gestiegener Ausgaben im Bereich Sozialversicherung und Arbeitsmarktförderung wie schon im Herbst 1981 zugleich mit der Vorstellung des Budgets 1983 auch ein zweites Budgetüberschreitungsgesetz für 1982 vorlegte, womit das Budgetdefizit im laufenden Jahr um 5,2 Mrd. höher ausfiel. Der Budgetentwurf sah gemäß Kreiskys Vorgaben keine neuen Steuern, sondern lediglich die bereits Anfang 1982 beschlossene Anhebung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung vor.

Der vollzogene Kurswechsel gegenüber einer keynesianischen Wirtschaftspolitik drückt sich auch in dem Bekenntnis Salchers aus, Aufgabe der Wirtschaftspolitik müsse es sein, „ein Klima positiver Erwartungen zu schaffen.“²⁸⁵ Tálos spricht diesem Zusammenhang von einem Strategie-Mix: eine generell restriktiven Budgetpolitik (Zielsetzung: Budgetsanierung) und eine selektiv-expansive Nachfragepolitik zur Beschäftigungssicherung²⁸⁶. Nach dem Vorbild der Schweiz wurde eine Steueramnestie beschlossen, von der sich Salcher zusätzliche Budgeteinnahmen zwischen 4 und 11 Mrd. öS erhoffte; die Einführung einer Steuer auf Zinserträge dagegen wurde vorerst verschoben²⁸⁷. In seiner Budgetrede betonte Salcher neuerlich das Bekenntnis der Regierung zur Beschäftigungspolitik, das auch durch die beiden Sonderbeschäftigungsprogramme demonstriert werde. Die Ausgaben im Budgetkapitel Soziales nahmen ein Fünftel des gesamten Haushalts in Anspruch. Aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen wurde allein der für aktive Arbeitsmarktförderung erforderliche Aufwand auf 15,3 Mrd. öS, das entsprach einer Erhöhung von + 27,6 % gegenüber 1982, veranschlagt, wovon rd. 75 % der Erhöhung auf gestiegene Unterstützungsleistungen entfielen²⁸⁸.

Die Opposition und mit ihr auch ein Großteil der Presse sprach, nicht zuletzt aufgrund zu erwartenden Mehrausgaben im Bereich „Soziales“, von einem Scheinbudget, das tatsächliche Defizit werde mit Sicherheit um rd. 10 Mrd. höher liegen. Bei einigen Kommentatoren klang auch durch, dass Salcher seinen Kredit als vorsichtiger Säckelwart der Regierung verspielt hatte. Er sei, so der Leiter des Wirtschaftsteils der bürgerlichen „Presse“, Karl Graber, „ganz offenkundig nicht der ‚politische Kopf‘, für den er von seinem

²⁸⁵ Wiener Zeitung, 21.10.1982, Klare Priorität für Beschäftigungspolitik.

²⁸⁶ Emmerich Tálos, Arbeitslosigkeit und beschäftigungspolitische Steuerung: Problemwahrnehmung/Problemartikulation, Strategien und Maßnahmen in Österreich seit Mitte der siebziger Jahre, In: Emmerich Tálos, Margit Wiederschinger (Hg.), Arbeitslosigkeit. Österreichs Vollbeschäftigungspolitik am Ende?, Wien 1987, S. 91-167, hier S. 121.

²⁸⁷ WIFO-Monatsberichte 12/1982, Wirtschaftschronik. Überlegungen dafür wurden jedoch bereits im Frühjahr 1982 diskutiert: Staribacher-Tagebücher, 18.5.1982.

²⁸⁸ Vgl. Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP., 138. Sitzung, 15.12.1982, S. 14069-15174, insbesondere Rede Maria Metzker, S. 14078-14084.

Meister ausgegeben wurde.“ Allerdings müsse Salcher nun auch die finanzielle Misswirtschaft ausbaden, die schon unter seinem Vorgänger Androsch begonnen habe²⁸⁹.

Die Kritik der Opposition am Budget 1983 verwies auch auf die unrichtigen Annahmen zur Arbeitsmarktentwicklung, auf die sich Salchers Entwurf stützte: Dieser ging von einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate von 3,3 % aus, während die Wirtschaftsforscher in ihrer revidierten Herbstprognose einen Anstieg der Arbeitslosenrate auf 4,2 % erwarteten. Die Arbeitsmarktexpertin des WIFO Gudrun Biffl schätzte die Mehrkosten für jedes Prozent mehr Arbeitslosigkeit auf 1 Mrd. öS²⁹⁰. Tatsächlich nahm die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Personen im Herbst 1982 stark zu: im Oktober um 25.020 auf 103.961, im November auf 127.897, im Dezember auf 155.669. Der Höchststand im Jänner 1983 betrug 181.494, das entsprach einem Anstieg der Arbeitslosenrate von 4 auf 6,3 %. Die Arbeitslosigkeit nahm im Jahresverlauf zu, obwohl die Beschäftigung im Jahresverlauf rückläufig war. Im Vergleich zum Dezember 1981 hatte die Arbeitslosigkeit um 30,3 % zugenommen, im Jahresdurchschnitt lag sie bei 3,7 % (1981: 2,4 %)²⁹¹. Wie schon 1981 wurde eine höhere Arbeitslosenrate durch weiteren Abbau der ausländischen Beschäftigten (-15.700) – der stärkste Rückgang seit 1977 – verhindert. Besondere Sorgen bereitete dem Sozialminister im Winter aber die hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen zwischen 19 und 24 Jahren (Jänner 1983: 37.600) und der Umstand, dass Unternehmen die dafür im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik seit Sommer 1982 vorgesehenen Mittel viel zu wenig in Anspruch nahmen. Die Arbeitslosenrate dieser Altersgruppe stieg zwischen 1981 und 1983 von 2,37 auf 5,22 %. Die Bundeswirtschaftskammer meinte dazu, wenn es den Betrieben generell schlecht gehe, seien auch derartige Förderungen nutzlos²⁹². Dallinger wollte sich damit jedoch nicht abfinden und suchte weiterhin nach Mitteln, dieses Problem abzumildern. Ein Jahr nach dem erstem Sonderbeschäftigungsprogramm für Jugendliche präsentierte er Anfang Juli 1983 einen neuen, mit den Sozialpartnern akkordierten Maßnahmenkatalog, der Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen für die Beschäftigung von Jugendlichen, für die Eingliederung jugendlicher Ausländer, Unterstützung neuer Beschäftigungsformen und für Akademiker – zu diesem Zeitpunkt gab es bereits erste Anzeichen für Probleme graduerter Hochschulabsolventen – vorsah. Das Frauenstaatssekretariat stellte eigene Mittel zur Förderung von beruflicher Weiterbildung von weiblichen Lehrlingen zur Verfügung²⁹³. Die

²⁸⁹ Wiener Zeitung, 21.10.1982, Klare Priorität für Beschäftigungspolitik, Die Presse, 20.10.1982, Karl Graber, Budget ohne Zukunftsperspektive.

²⁹⁰ Wiener Zeitung, 10.11.1982, Opposition übt heftige Budgetkritik, Österreich-Bericht 281/1982, 4.12.1982 (Die Presse).

²⁹¹ Wiener Zeitung, 2.10.1982, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 65, Berichte BM für soziale Verwaltung zur Arbeitsmarktlage 1975-1983.

²⁹² BKA, NL Kreisky, Box 65, Berichte BM für soziale Verwaltung zur Arbeitsmarktlage, Berichte Dezember, 1982, Jänner 1983, Staribacher-Tagebücher, 7.12.1982, Österreich-Bericht, 43/1983 (Kronen-Zeitung).

²⁹³ Wiener Zeitung, 24.1.1983, Arbeiter-Zeitung, 1.3., 2.3. und 5.3.1983, Wiener Zeitung, 6.7.1983, Profil, Nr. 30/1983, Arbeitslose Akademiker.

Jugendarbeitslosigkeit blieb auch in den folgenden Jahren hoch; bis 1987 stellten die 19-24-jährigen Arbeitslosen das höchste „Kontingent“ unter allen Arbeitslosen²⁹⁴.

„Es ist weniger das Niveau der Arbeitslosigkeit, das Grund zur Sorge bietet, als ihr nunmehr deutlicher Anstieg“, hieß es in einer vom Sozialministerium in Auftrag gegebenen Studie im Mai 1983²⁹⁵. Für den Fall, dass es zu einem starken Einbruch am Arbeitsmarkt komme, müsse es, wie Sozialminister Alfred Dallinger mehrfach unterstrich, zu einer grundlegenden Überprüfung des sozialen Leistungssystems mit dem Ziel einer Einschränkung von Sozialleistungen kommen²⁹⁶.

Die Bundesregierung entschloss sich in Anbetracht der kritischen Arbeitsmarktlage noch vor Jahresende 1982 zu einer Reihe von Initiativen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Um die Tätigkeit der Arbeitsämter zu verbessern, beschloss der Ministerrat am 26. Oktober 1982 eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungs- und Arbeitsmarktförderungsgesetz, die die Bestellung von speziellen Arbeitsmarktbetreuern sowie eine Reihe neuer Fördermaßnahmen vorsah. Anfang Dezember brachte die SPÖ-Sozialsprecherin und stv. ÖGB-Obfrau Maria Metzker einen Initiativantrag zur Ausweitung der betrieblichen Förderung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung ein, um regionalen und sektoralen Arbeitsmarktproblemen durch Gewährung von Umstellungs- und Sanierungsbeihilfen an Unternehmen von „großer volkswirtschaftlicher Bedeutung“, auch gemeinsam mit den Ländern, noch besser entgegenzutreten zu können²⁹⁷.

Beide Vorlagen wurden vom Nationalrat am 19. Jänner 1983 beschlossen und zählen zu der in den folgenden Jahren noch um andere Initiativen erweiterten „experimentellen Arbeitsmarktpolitik“, wobei die letztere der beiden Initiativen in den folgenden Jahren besonders großzügig dotiert, aber nicht immer dem Geist des Gesetzes entsprechend eingesetzt wurde²⁹⁸. Um einem starken Anstieg der Winterarbeitslosigkeit entgegen zu wirken, ließ Dallinger außerdem ein umfangreiches Aktionsprogramm an

²⁹⁴ Felix Butschek, Vollbeschäftigung in der Krise – der österreichische Arbeitsmarkt 1975 bis 1990, Gutachten i. A. der Zentralsparkasse und Kommerzbank AG Wien, Wien 1990, S. 98a (Arbeitslosenraten nach Altersgruppen). Ich bedanke mich bei Frau Mag. Angelika Keil für das freundliche Entgegenkommen bei der Bereitstellung dieser Studie.

²⁹⁵ Busch, Konjunktur und Arbeitsmarkt 1982, S. 11, WIFO-Monatsberichte 12/1982, S. 712 (Reduktion ausländischer Beschäftigter im Jahresverlauf 1982).

²⁹⁶ Österreich-Bericht, 170/1982, 26.7.1982 („Presse“-Gespräch mit Dallinger), Österreich-Bericht 255/1982, 4.11.1982, Profil-Interview mit Alfred Dallinger, „Das Erreichte sichern ist schwer genug“.

²⁹⁷ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 19.1.1983, S. 14584-1586, 1270 und 1350 d. Beil., Christl/Potmesil, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, S. 288, Tálos, Arbeitslosigkeit und beschäftigungspolitische Steuerung, S. 130.

²⁹⁸ Peter Ulrich Lehner, Arbeitsmarkt und öffentliche Hand. Zur Geschichte der Stellenvermittlung und Beschäftigungspolitik in Österreich, In: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft, H.5/1997, S. 17-35, hier S. 25f. Einige der sog. § 39a AMFG-Förderungen wurden vom Rechnungshof Anfang der neunziger Jahre genau durchleuchtet und die Mittelvergabe und mangelnde Förderkontrolle einer ausführlichen Kritik unterzogen. Vgl. Profil, Nr. 32,33/1991, Seid verschlungen Millionen, T. 1, 2.

arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ausarbeiten, ein erster Schritt auf dem langen Weg einer grundlegenden Reform der Arbeitsmarktverwaltung zu einer Serviceeinrichtung²⁹⁹. Dazu zählten Unterstützungen in Form von Beihilfen für befristete Arbeitsverträge, zur Weiterführung insolventer Betriebe oder Weiterbildungskurse³⁰⁰. Der Ministerrat beschloss am 9. November 1982 ferner, dem Parlament eine Verlängerung des Mindesturlaubs auf fünf Wochen vorzulegen³⁰¹. Noch vor Veröffentlichung der Prognose der Wirtschaftsforscher für 1983 gab die Bundesregierung bekannt, auch das Konjunkturausgleichsbudget im Umfang von 6,3 Mrd. öS freizugeben, um zusätzliche Mittel für investitionsfördernde Maßnahmen besonders im Bereich des Hoch- und Straßenbaus, der ÖBB und andere Maßnahmen zur Verfügung zu stellen³⁰².

Die Wirtschaftsforscher sahen zum Jahresende 1982 weiter keine Anzeichen für eine Erholung der westeuropäischen Konjunktur; alle Zeichen deuteten auf eine Stagnation im Jahre 1983 hin. Auch die Wirtschaftslage der österreichischen Wirtschaft habe sich seit Jahresmitte vornehmlich durch den Einbruch der Exportwirtschaft wesentlich verschlechtert, sodass das Bruttoinlandsprodukt der österreichischen Wirtschaft 1983 voraussichtlich nur um 0,5 % steigen werde. Diese leichte Zunahme werde als Folge des Beschäftigungsprogramms und des Konjunkturausgleichshaushalts eintreten, die einen Beschäftigungsimpuls von rd. 6.000 auslösen würden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt werde sich 1983 voraussichtlich weiter verschärfen, obwohl es bereits im 2. Halbjahr zu einem zweiten negativen Anpassungsschub gekommen sei. Betroffen von dieser Entwicklung seien nun in verstärktem Maße neben Bauwirtschaft und Fremdenverkehr auch andere Branchen³⁰³.

Seit Jänner 1983 wurde die wirtschaftspolitische Diskussion maßgeblich durch die kommende Nationalratswahl bestimmt; der Nationalrat löste sich am 21. Februar 1983 vorzeitig auf, als Neuwahltermin wurde der 24. April festgelegt. Kreisky hatte mit Finanzminister Salcher Anfang Jänner in seinem Feriendomizil auf Mallorca darüber beraten, welche budgetären Maßnahmen zu treffen seien, um für die durch die gestiegene Arbeitslosigkeit vorhersehbaren Mehrausgaben eine Deckung im Haushalt zu finden. In der Ministerratsvorbesprechung, in der er die mit Salcher ausgearbeiteten Vorschläge vorstellte,

²⁹⁹ Felix Butschek, Steigende Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur – Problemfall Arbeitsmarktverwaltung? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, Wien 1992, S. 546f., Jürgen Georg Pouschet, Österreichische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Spannungsfeld der EG- und EU-Integrationsprozesse und der Transformationsprozesse der mittel- und osteuropäischen Staaten, Univ. Diss., Salzburg 2001, S. 50-111.

³⁰⁰ Wiener Zeitung, 11.11.1982, Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung.

³⁰¹ Wiener Zeitung, 28.10.1982, Änderung der Arbeitsmarktförderung, Arbeiter-Zeitung, 10.11.1982, Ministerrat beschloss Urlaubsverlängerung.

³⁰² Arbeiter-Zeitung, 17.12.1982, Salcher gibt weitere 6,3 Mrd. frei.

³⁰³ WIFO-Monatsberichte H. 12/1982, S. 699-755, Wirtschaftslage zur Jahreswende und Prognose für 1983: Exportrückgang verlängert die Stagnation.

wies Kreisky darauf hin, er habe sich bereits vor Weihnachten mit einem Teil des SPÖ-Präsidiums, darunter auch mit ÖGB-Präsident Benya, über die im Wahlkampf einzuschlagende Linie beraten. Er sei nicht bereit, notierte Josef Staribacher in sein Tagebuch, „die Öffentlichkeit oder einen einzelnen auch nur anzulügen, auch nicht darum herumzureden. Schließlich ist dies seine letzte Legislaturperiode und er will nicht als Lügner abtreten, Österreich ist daher reif genug und man kann den Österreichern die Wahrheit sagen [...]. Was aber mit dem Budget und bei den Steuern geschieht müsse man jetzt sagen. Er hätte dies dann auch mit Salcher im Detail besprochen.“ Danach stellte er das sogenannte „Mallorca-Paket“ vor, das kurz darauf auch der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Es beinhaltete erstens die Einführung einer Steuer auf Zinserträge aus Sparguthaben, über deren Einführung schon früher diskutiert worden war, zweitens die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung, drittens die Abschaffung der 30 S-Wohnungsbeihilfe, viertens die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts, jedoch erst ab einer bestimmten Einkommensgrenze, sowie einige kleinere steuerliche Erleichterungen. Ferner musste 1983 auf eine möglichst niedrige Anhebung der Beamtengehälter und Pensionen hingearbeitet werden. Er, Kreisky, sei der Überzeugung, dass „Offenheit der SPÖ [...] von Wählern akzeptiert und belohnt werden“ würde³⁰⁴.

Die Reaktion der Opposition auf die angekündigten Maßnahmen fiel erwartungsgemäß negativ aus. Die Österreichische Volkspartei hatte einen passenden Aufhänger für den Start des Wahlkampfes gefunden, wie man aus dem Wortlaut der Anfragen und Diskussionsbeiträge entnehmen kann, die ihre Abgeordneten in der ersten Sitzung des Nationalrates an den Bundeskanzler und an Finanzminister Salcher richteten. Um der Regierung Schützenhilfe zu leisten, brachte SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer das seit 1977 nicht mehr gebrauchte Instrument einer dringlichen Anfrage an die eigene Regierung ein, deren zehn Fragen Finanzminister Salcher ein Forum boten, um die geplanten Maßnahmen in den Kontext der aktuellen Wirtschaftslage einzubetten.

Salcher stellte gleich zu Beginn seiner Antwort auf die dringliche Anfrage fest: „Die Bundesregierung hält es für notwendig, konjunkturbedingte Mindereinnahmen im Budget durch Anpassungen im bestehenden Steuersystem zu kompensieren, um den Spielraum der Budgetpolitik nicht einzuengen.“ Aus den Antworten Salchers und Kreiskys konnte man entnehmen, dass sich die Bundesregierung von der Zinsertragsteuer Mehreinnahmen in Höhe von 6,3 Mrd. erwarte, von der Anhebung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages rd. 3 Mrd. und durch die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehältes ca. 2-2,5 Mrd. Die geplante neue Form der Einhebung der Einkommenssteuer bringe 6-7 Mrd. an Mehreinnahmen für

³⁰⁴ Staribacher-Tagebücher, 11.1.1983, Österreich-Bericht, 6.1.1983, 13.1.1983 (Kurier).

das Budget. Salcher verwies darauf, dass die Bundesregierung mit ihren Beschäftigungsprogrammen quasi schon einen Vorgriff auf diese Einnahmen getätigt habe.³⁰⁵

Im Anschluss daran bot die Debatte über den vorliegenden Rechnungshofbericht der Opposition eine weitere willkommene Gelegenheit, noch einmal auf die angeblichen Fehler der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hinzuweisen, wobei ein weiteres Wahlkampfthema angesprochen wurde: die Errichtung des internationalen Konferenzentrums, über dessen Finanzierung der Kanzler bisher keine klaren Auskünfte erteilt hatte³⁰⁶. Das Wahlkampfthema „Mallorca“-Paket beherrschte auch den Großteil der Plenarsitzung des folgenden Tages. Doch die SPÖ revanchierte sich mit einer von Karl Blecha u. a. sozialistischen Abgeordneten in der darauffolgenden Sitzung eingebrachten Anfrage an Kreisky über die finanziellen Auswirkungen des von der ÖVP vorgeschlagenen 60 Mrd.-Pakets zur Ankurbelung der Wirtschaft zu berichten³⁰⁷. Unterstützung erhielt die Bundesregierung in Bezug auf die Zinsertragsteuer überraschenderweise von dem Grazer Ökonomen Gunther Tichy, der als wirtschaftlicher Ratgeber des steirischen Landeshauptmanns Josef Krainer galt und zuvor die Maßnahmen des VEW-Vorstands kritisiert hatte, sowie – nicht minder überraschend – von Hannes Androsch. Die große Mehrheit der österreichischen Zeitungen fand sich aber im Lager der Kritiker und unterstützte so indirekt die Kampagne der ÖVP gegen das „Mallorca“-Paket³⁰⁸.

Die logische Antwort der Bundesregierung auf die Infragestellung ihrer Sachkompetenz in Wirtschaftsfragen in einer sehr heiklen konjunkturellen Situation konnte nur sein, Lösungskompetenz und Führungsstärke zu signalisieren, um der pessimistischen Grundstimmung eine Wendung zu geben. Im Laufe des Jänner 1983 präsentierte Staatssekretär Ferdinand Lacina die neu geschaffene Innovationsagentur, deren Errichtung im Rahmen des 2. Sonderbeschäftigungsprogramms angekündigt worden war und deren Leitung er selbst übernahm, und eine Bundesbeteiligungsgesellschaft, die noch im Jänner errichtet wurde, um kurzfristig Kapital zur Fortführung insolventer Unternehmen bis zur Bildung von Auffanggesellschaften zu Verfügung stellen³⁰⁹.

³⁰⁵ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 142. Sitzung, 19.1.1983, S. 14449-14457 (Antwort Kreiskys), S. 14512-14516 (Antwort Salchers auf die dringliche Anfrage Fischers), S. 14542-14544 (Antwort Salcher auf Otto Keimel).

³⁰⁶ Ebenda, Rede des Abg. König, S. 14467.

³⁰⁷ Stenographische Protokolle des österreichischen Nationalrates, XV. GP, 143. Sitzung, 20.1.1983, S. 14669-14710 (Dringliche Anfrage Kohlmaier u. Gen.) und 144. Sitzung, 2.2.1983, S. 14864-14894 (Dringl. Anfrage Abg. Blecha u. Gen.).

³⁰⁸ Österreich-Bericht 16a/1983 (Profil-Interview mit Gunther Tichy), Österreich-Bericht 13/1983, 18.1.1983 (Stellungnahme Hannes Androsch).

³⁰⁹ Österreich-Bericht, 1 und 2/1983, Wiener Zeitung, 11.2.1983, Staribacher-Tagebücher, 18.1.1983, Trend, H. 4/1983, S. 114ff., Sanierung: Letzte Hilfe (Gründung der Gesellschaft für Bundesbeteiligungen)

In Anbetracht der überaus schwierigen Lage, in der die heimische Eisen- und Stahlindustrie seit längerem steckte, diskutierte die Bundesregierung seit Jänner auch die Frage, in welcher Form und in welchem Maße die notwendige Personalreduktion im Bereich der VEW und der VOEST durch die öffentliche Hand unterstützt werden könnte. Im November 1982 hatten Lacina und Dallinger den Vorschlag des VEW-Vorstands, den Abbau älterer Stahlarbeiter durch Überführung in die vorzeitige Alterspension in großem Stile zu erleichtern, als unfinanzierbar abgelehnt. Tatsächlich belastete der starke Andrang von Arbeitnehmern in die vorzeitige Alterspension die Sozialversicherungen und damit indirekt auch das Sozialbudget stark (1982: 99.927 Frühpensionisten, Zunahme der vorzeitigen Alterspensionisten wegen Arbeitslosigkeit: + 20,1 %) ³¹⁰.

Dennoch unternahm Sozialminister Alfred Dallinger Ende Jänner einen Vorstoß, um den Personenkreis von Frühpensionisten nach dem Nachtschicht-Schwerarbeitergesetz zu erweitern, da diese Möglichkeit bisher nicht in dem erwarteten Ausmaß in Anspruch genommen worden sei ³¹¹. Ein maßgebliches Motiv für Dallingers Vorstoß war dabei zweifellos die anhaltend schlechte Geschäftslage der VEW. Der VEW-Vorstand informierte Kreisky Ende Jänner über das Ausmaß der hohen Verluste des Edelstahlunternehmens. Kreisky gab Presseberichten zufolge die Zusage, mit Dallinger die Möglichkeit von vorzeitigen Alterspensionen, sowohl aufgrund des oben erwähnten Gesetzes als auch nach dem Sonderunterstützungsgesetz, zu besprechen. Zielvorgabe dabei war, dass dadurch Arbeitsplätze nicht zur Gänze verloren gehen, sondern nach Möglichkeit auch ein ‚Generationenabtausch‘ von älteren gegen jüngere Arbeitnehmern Platz greifen sollte. Die Aktion sollte im Rahmen des geplanten dritten Strukturkonzepts der VEW eingebaut werden, das der Vorstand bis Juni des Jahres vorlegen sollte ³¹².

Ende Februar 1983 wurde ein Ministerkomitee, bestehend aus Dallinger, Kreisky, Salcher, Staribacher und Benya, eingesetzt, um über Möglichkeiten und Details einer solchen besonderen Aktion für vorzeitige Alterspensionen speziell für die Eisen- und Stahlindustrie zu beraten. Motive und Details der angestrebten Lösung, Männer mit 55 und Frauen mit 50 Jahren vorzeitig zu pensionieren bei gleichzeitiger Nachbesetzung durch jüngere Arbeitskräfte, referierte Kreisky am 24. Februar in einer Sitzung dieses Ministerkomitees, dem später auch Verkehrsminister Karl Lausecker und Staatssekretärin Beatrix Eypeltauer beigezogen wurden. ³¹³ Die Grundlinien einer Lösung, die finanziell sowohl für die Sozialversicherungen, sein Ressort und das Budget tragbar wäre, skizzierte Dallinger Anfang März; nach drei Wochen konnten die Verhandlungen bereits abgeschlossen werden,

³¹⁰ Österreich-Bericht, 26/1983, 26.1.1983 (Kronen-Zeitung)

³¹¹ Wiener Zeitung, 27.1.1983, Frühpension nur für 500.

³¹² Wiener Zeitung, 1.2.1983, Arbeiter-Zeitung, 14.4.1983.

³¹³ Staribacher-Tagebücher, 22.2. und 24.2.1983

so dass Dallinger am 21. März die entsprechende Verordnung über die Einbeziehung der Unternehmen der eisenerzeugenden Industrie in das Sonderunterstützungsgesetz von 1973 unterzeichnen konnte. Die bisher nur für den Bergbau geltende Regelung wurde auf die gesamte eisenerzeugende Industrie ausgedehnt, also auch auf private Unternehmen, und sollte Männern ab dem 55. und Frauen ab dem 50. Lebensjahr ermöglichen, Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung in der Höhe der späteren Pension zu beziehen. Anträge auf vorzeitige Alterspensionen konnten allerdings nur innerhalb von drei Jahren eingebracht werden³¹⁴. Nach einem Bericht der Arbeiter-Zeitung plante der VEW-Vorstand, im Rahmen des 3. Strukturprogramms 1.000 Beschäftigte im Rahmen dieser neuen Möglichkeit vorzeitig zu pensionieren. Dallinger verhandelte auch mit privaten Unternehmen, um die 2:1-Regel zur Aufnahme jüngerer Arbeitnehmer möglichst breit durchzusetzen. Die Gesamtkosten dafür wurden mit 515 Mio. jährlich angegeben³¹⁵. Ende April gab der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Sepp Wille an, bisher seien 3.300 Beschäftigte der Stahlindustrie über die „Aktion 57“ frühpensioniert worden, und schlug vor, zur Bewältigung der Beschäftigungsprobleme in diesem Industriezweig ein neues Arbeitszeitmodell auszuarbeiten³¹⁶.

Dieser Aktion lagen nicht nur sozialpolitische Motive, sondern auch strukturpolitische Absichten zugrunde, die Kreisky in diesem Zusammenhang in folgende Worte fasste: „Diese makroökonomischen Modelle, wonach Betriebe ganz einfach geschlossen werden sollen, sind falsch. Man muß selektiv vorgehen, den Betrieben, insbesondere aber einzeln helfen.“³¹⁷

Wirtschaftspolitische Themen, wie die wochenlang anhaltende Diskussion über das „Mallorca-Paket“, die Lage in der verstaatlichten Industrie, die sich in den nächsten Monaten noch erheblich verschlechtern sollte, die schlechte Arbeitsmarktlage und der Bau des Konferenzzentrums bildeten die beherrschenden Themen im Nationalratswahlkampf 1983. Dazu kamen die Nachwirkungen des AKH-Skandals; allerdings erlitt auch die ÖVP erheblichen Schaden durch die Affäre rund um die burgenländische Wohnbaugenossenschaft Ost (WBO). Dreizehn Jahre in der Regierungsverantwortung hatten die von Kreisky geführte SPÖ jedoch abgenutzt. Als einzige der im Parlament vertretenen Parteien präsentierte die SPÖ keinen neuen Spitzenkandidaten. Dazu kam das

³¹⁴ BGBl. 215/1983, Verordnung des BM für soziale Verwaltung vom 21.3.1983 über die Einbeziehung des Wirtschaftszweiges „Unternehmungen der eisenerzeugenden Industrie“ in das Sonderunterstützungsgesetz. Eine zweite Form der Sonderunterstützung war bereits 1979 eingeführt worden: sie galt für arbeitslose Arbeitnehmer die das 59. (Frauen: 55.) Lebensjahr bereits vollendet hatten bis zum regulären Pensionsanfall und lag um 25 % über dem entsprechenden Arbeitslosengeldanspruch.

³¹⁵ Staribacher-Tagebücher, 22.3.1983, Arbeiter-Zeitung, 23.3. und 14.4.1983.

³¹⁶ Arbeiter-Zeitung, 22.4.1983.

³¹⁷ Staribacher-Tagebücher, 21.3.1983.

Auftreten der ökologischen Bewegung als neuer wahlwerbender Kraft, obgleich die verschiedenen Richtungen sich noch nicht zu einer gemeinsamen Partei vereinigt hatten. Im Fernsehduell Kreisky-Mock schlug sich der Oppositionsführer gegen den „Medienstar“ Bruno Kreisky gut, und mit der Präsentation eines 60 Mrd.-Wirtschaftsprogramms Mitte Februar versuchte die große Oppositionspartei, die Wirtschaftskompetenz für sich zurück zu erobern.

Kreisky, der aufgrund seines schweren Nierenleidens den Wahlkampf nur unter großen gesundheitlichen Strapazen absolvieren konnte, passierte im Rahmen einer Debatte über die Finanzierung des Konferenzzentrums im Parlament ein verbale Entgleisung, für die er sich entschuldigen musste. Wenige Monate vor dem Wahltermin signalisierten die Meinungsumfragen der SPÖ einen Verlust der absoluten Mehrheit. Auch in den Medien machte sich eine Stimmung breit, die für eine Wende plädierte. In den letzten Wochen vor dem Wahlgang setzte Kreisky nochmals alle Hebel in Bewegung, um sein hohes Ansehen sowohl unter den Arbeitnehmern als auch international in die Waagschale zu werfen und das Ruder doch noch herum zu reißen.

Am 2. März 1983 präsentierte Kreisky im Parlament die Verhandlungslösung für das geplante, in der Bevölkerung wegen der schlechten Wirtschaftslage nicht als vorrangig erachtete Konferenzzentrum mit arabischen Partnern und beendete damit eine monatelange Diskussion. Zuletzt hatte im Hintergrund Hannes Androsch an der Bildung eines österreichischen Trägerkonsortiums gearbeitet, um die von Kreisky verhandelte „arabische“ Lösung zu konterkarieren. Das spornte Kreisky umso mehr an, „seine“ Lösung ohne österreichische Banken zum Abschluss zu bringen, da sei geraumer Zeit ein gespanntes Verhältnis zwischen dem Kanzler, dem Finanzminister und dem Bankenapparat herrschte³¹⁸.

Als Antwort auf das Beschäftigungsprogramm der ÖVP präsentierte Kreisky einen Monat danach, am 15. März, ein 30 Mrd. schweres Investitionsprogramm (3. Sonderbeschäftigungsprogramm), das von Ferdinand Lacina, Ewald Nowotny und Herbert Ostleitner erarbeitet worden war. Durch öffentliche Infrastrukturinvestitionen der ÖBB und der Post, in den Wohnbau sowie durch gezielte Fördermaßnahmen im Umfang von 10 Mrd. öS für die private Wirtschaft sollte in den kommenden Jahren ein Investitionsstoß von 60 Mrd. ausgelöst und damit tausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Investitionen

³¹⁸ Arbeiter-Zeitung, 1. und 2.3.1981. Die heimischen Banken hatten sich zuletzt wiederholt zurückhaltend bei der Mitwirkung an der Sanierung heimischer Unternehmen gezeigt, so etwa bei der Tiroler Textilindustrie. Kreiskys Groll richtete sich anfangs auch gegen die neue Länderbank-Führung unter Franz Vranitzky in der Frage der EUMIG-Sanierung, insbesondere aber gegen Androschs Haltung in der Frage der Sanierung von Semperit, Steyr Daimler Puch u. a. CA-Industriebeteiligungen. Bei der Finanzierung des Budgets 1982 hatten die Banken Salcher zur Begebung einer Anleihe mit einem Zinssatz zu drängen versucht, von diesem aber abgewiesen worden (vgl. BKA, Staribacher-Tagebücher, 25.11.1981). Schließlich trug auch die Diskussion um die Zinsertragssteuer nicht eben zu einer Entspannung des Verhältnisses bei.

in Verkehr und Infrastruktur beinhalteten z.B. die Beschleunigung der Westbahnstrecke, den Bau des Wienerwald- und des Semmering-Basistunnels sowie eine Modernisierung des Telefonsystems. Zu den geplanten Fördermaßnahmen für die private Wirtschaft zählten die Fortsetzung der TOP-Kreditaktion für kleinere und mittelständische Unternehmen (im Rahmen der Bürges), ERP-Sonderaktionen sowie der Vorschlag zur gemeinsamen Förderung von Betriebsansiedlungen Bund und Länder, durch die 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Wenn auch einige Blätter meinten, hier würden, ähnlich wie im Falle des ÖVP-Programms, potemkinsche Dörfer für Wahlkampfzwecke aufgebaut, so gelang es der Bundesregierung doch, einige ihrer Ankündigungen noch vor dem Wahltermin einzulösen³¹⁹.

Die Bundesregierung nahm noch vor den Wahlen Verhandlungen mit den Ländern Nieder-, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten über die gemeinsame Förderung von Betriebsansiedlungen auf: Entsprechende Vereinbarungen mit Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und mit der Steiermark in punktuellen Fragen konnten noch vor dem Wahltermin erzielt werden³²⁰. Der Ministerrat beschloss am 22. März 1983 Sonderförderungen im Umfang von 50 Mio. für Problemregionen im südlichen Niederösterreich, ferner konnten durch Errichtung der Bundesbeteiligungsgesellschaft die Weiterführung der Unternehmen Glanzstoff St. Pölten und der Bauknecht-Unternehmen im steirischen Rottenmann und in Spielberg und damit wichtige Arbeitsplätze gesichert werden³²¹. Einen großen persönlichen Erfolg konnte Kreisky mit dem feierlichen Spatenstich zum gemeinsamen Motorenwerk von BMW und Steyr Daimler Puch am 10. März 1983 feiern, dessen Zustandekommen nach der geplatzten Kooperation bis zum Herbst 1983 noch gefährdet war³²². Mit der Gründung einer neuen Exportförderungsgesellschaft als einer Serviceeinrichtung sollten auch kleinere und mittlere Unternehmen ermuntert werden, verstärkt den Schritt in ausländische Märkte zu wagen³²³.

Wenngleich die meisten dieser Maßnahmen naturgemäß bis zum Ende der Legislaturperiode beschäftigungspolitisch nicht mehr wirksam wurden, so kann etwa in Bezug auf die Auswirkungen der von Kreisky initiierten Ansiedlung von General Motors und der Kooperation BMW-Steyr auf die folgende Einschätzung des WIFO verwiesen werden: „Die

³¹⁹ Österreich-Bericht 59, 61 und 62/1983. Zur medialen Kritik: z.B. Kleine Zeitung, 17.3.1983, Erwin Zankel, Programme für die Firma Cheops & Co., über neue Richtlinien für die TOP-Kreditaktion (Bürges): Staribacher-Tagebücher, 17.2., 14.3. und 18.4.1983.

³²⁰ Wiener Zeitung, 9.12.1982 (Niederösterreich), Staribacher-Tagebücher, 11.4.1983 (Oberösterreich). Das Abkommen mit Kärnten wurde zwar noch vor dem Wahltermin dem Nationalrat zugeleitet, aber erst vom neuen Nationalrat beschlossen, Arbeiter-Zeitung, 1.4.1983.

³²¹ Wiener Zeitung, 23. und 26.3.1983.

³²² Staribacher-Tagebücher, 6.10.1982, Wiener Zeitung, 11.3.1983, Trend H. 4/1983, Sanierung: Letzte Hilfe (Intervention Gesellschaft für Bundesbeteiligungen für Bauknecht und Glanzstoff)

³²³ Staribacher-Tagebücher, 19.4.1983, Arbeiter-Zeitung, 20.4.1983.

1983 aufgenommenen Motorenexporte (General Motors, BMW) [tragen] mit etwa zwei Prozentpunkte zum Exportwachstum bei [...].³²⁴ Lob erhielt Österreichs Wirtschaftspolitik im Frühjahr 1983 auch von der OECD und vom Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Jürgen Krupp, der Ende Februar bei einem Vortrag in Wien meinte, aktive Beschäftigungspolitik sei besser, als höhere Arbeitslosenraten zu akzeptieren, weil dies auch zu höheren Budgetdefiziten führe³²⁵. An dieser Stelle sei allerdings hinzugefügt, dass die neue Bundesregierung Sinowatz-Steger sich aufgrund des 1982 und 1983 stark ausgeweiteten Haushaltsdefizits bereits im Herbst 1983 gezwungen sah, einen neuen budgetpolitischen Kurs einzuschlagen, mit der Zielsetzung, das Budgetdefizit zu verringern, um der öffentlichen Verschuldung längerfristig Einhalt zu gebieten³²⁶.

Im Frühjahr 1983 begann sich das Konjunkturbild der österreichischen Wirtschaft erstmals seit dem Einbruch vom Herbst 1981 wieder etwas aufzuhellen, und es zeichnete sich ein Ende der seit 1980 anhaltenden Konjunkturflaute ab. Die Wirtschaftsforscher des WIFO und IHS konstatierten eine leichte Erholung des privaten Konsums und ein Sinken der Inflationsrate³²⁷. Der zaghafte Aufschwung, der sich erst ab dem 3. Quartal beschleunigte, vermochte das Wahlergebnis jedoch nicht mehr zugunsten der Regierungspartei zu beeinflussen. Die SPÖ verfehlte am 24. April 1983 mit 47,6 % der gültigen Stimmen und 90 Mandaten knapp die absolute Mehrheit, erzielte bei einem Verlust von 100.000 Stimmen ein durchaus achtbares Ergebnis, das etwa dem entsprach, das 1975 zur Erlangung der ‚absoluten‘ ausgereicht hatte. Die Volkspartei konnte ihre Stimmenanzahl etwa im gleichen Maß erhöhen, wie die SPÖ an Stimmen einbüßte. Man kann darüber spekulieren, wie das Wahlergebnis gelaftet hätte, wäre im Herbst gewählt worden.

Es lässt sich rückblickend schwer abschätzen, wie hoch der Einfluss der von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen auf das Wahlergebnis vom April 1983 anzusetzen ist, das der Ära der Alleinregierung unter Bruno Kreisky ein Ende setzte. Kreisky schätzte, dass sich das „Mallorca“-Paket mit 3 % negativ für die SPÖ im Wahlergebnis niederschlug, obwohl die 7,5 % Zinsertragssteuer erst mit Jänner 1984 eingeführt wurde³²⁸. Meinungsumfragen der SPÖ zufolge hatte diese Maßnahme im Februar großen Einfluss auf das Meinungsklima gegenüber der Bundesregierung³²⁹.

³²⁴ WIFO-Monatsberichte, H. 12/1983, Wirtschaftslage zur Jahreswende und Prognose für 1983 und 1984, hier S. 725.

³²⁵ Österreich-Bericht 45/1983, Österreichs Budgetpolitik erfolgreich.

³²⁶ WIFO-Monatsberichte, H. 9/1983, Wirtschaftslage zu Herbstbeginn und Prognose für 1983, S. 550 (Maßnahmenpaket der Bundesregierung) und WIFO-Monatsberichte, H. 12/1983, Wirtschaftslage 1983 (Kurztitel), S. 722.

³²⁷ WIFO-Monatsberichte, H. 3/1983, Wirtschaftslage im Frühjahr 1983 und Prognose für 1983, S. 129ff.

³²⁸ Arbeiter-Zeitung, 27.4.1983.

³²⁹ Staribacher-Tagebücher, 22.2.1983.

Österreich erlebte in den kommenden Monaten einen regelrechten Konsumboom, der in Anbetracht der prekären Lage am Arbeitsmarkt und der unsicheren Konjunkturaussichten die Wirtschaftsforscher in Staunen versetzte. Die Belebung der privaten Nachfrage ließ sich durch die Realeinkommenszuwächse nicht ausreichend begründen; offenbar riskierten viele Haushalte eine stärkere Verschuldung (auch wegen des sinkenden Zinsniveaus) und die Sparneigung ging zurück. Im März 1983 wurden in Österreich so viele Autos gekauft wie zuletzt im März 1977 (+ 31,5 %) ³³⁰.

Ausblick

Im Zeitraum 1981/82 ging auch in Österreich nach zwanzig Jahren, mit einiger Verspätung gegenüber der internationalen Entwicklung, die Ära der Vollbeschäftigung zu Ende. Die wichtigsten Gründe dafür waren einerseits die demographische Entwicklung, d.h. der verstärkte Zustrom junger Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, der aufgrund des abgeschwächten Wirtschaftswachstums nicht mehr zur Gänze absorbiert werden konnte, sowie der Wandel der Struktur der heimischen Volkswirtschaft: Rückgang des industriellen Sektors und fortgesetzte Expansion des Dienstleistungssektors, der in den frühen achtziger Jahren verstärkten Personalabbau in der Industrie jedoch nicht mehr vollständig aufnehmen konnte. Gründe dafür waren die z.T. erheblich unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen in Industrie und tertiärem Sektor, das langsamere Wachstum des letzteren (z.B. durch verringerte Personalaufnahme, Automatisierung durch EDV-Einsatz) und die allgemeine Verlangsamung bzw. der Stillstand des Wirtschaftswachstums.

Die österreichische Wirtschaft verzeichnete zwischen 1968 und 1973 ein nahezu ungebrochenes Wachstum mit über dem OECD-Durchschnitt liegenden Wachstumsraten und agierte, dank relativ niedriger Arbeitskosten und trotz einer seit 1971 verfolgten Hartwährungspolitik, auch auf den Exportmärkten zunehmend erfolgreicher. Im Verlauf der siebziger Jahre konnten z.T. neue Märkte erobert werden (OPEC-Staaten, Fernost) und somit vorübergehende Verluste oder stagnierende Marktanteile ersetzt werden. Nach Erreichen der Vollbeschäftigung wurde zwischen 1970 und 1974 das Kontingent ausländischer Arbeitskräfte stark aufgestockt, die in diesem Zeitraum maßgeblich zur Aufrechterhaltung des raschen Wachstums beitrugen und nach 1975 wieder, angepasst an die jeweilige Konjunkturlage, abgebaut wurden. Auch der verstaatlichte Sektor profitierte bis 1974 von der internationalen Konjunktur und erzielte Gewinne, die es ermöglichten, die Beschäftigung auszuweiten und den Beschäftigten überdurchschnittliche Sozialleistungen zu gewähren. Die Reallöhne verzeichneten Mitte der siebziger Jahre beachtliche Zuwächse,

³³⁰ WIFO-Monatsberichte, H.12/1983, S. 726, Helmut Kramer, Österreichs Wirtschaft – Betrachtungen zur Jahreswende 1983/84, Vortrag Forum CA, 13.Dezember 1983

was zu einer verstärkten Nachfrage nach qualitativen Konsumgütern und einem geänderten Urlaubsverhalten führte.

Während der Krise von 1974/75 gelang es, durch eine keynesianische Instrumentalisierung des Staatshaushaltes vor allem in den Bereichen Bauten, Verkehrswesen, Schulen und Gesundheitsversorgung die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus wurde das Netz sozialer Sicherung kontinuierlich enger geknüpft. Die stark gestiegenen Budgetdefizite der Jahre 1975/76 und die nicht zuletzt durch die stark gestiegene Inlandsnachfrage nach dauerhaften Konsumgütern stark passive Zahlungsbilanz, zwangen die Bundesregierung in den Jahren 1977/78, einen restriktiveren Budgetkurs einzuschlagen. Durch das Zusammenspiel der Sozialpartner in der Abstimmung der Lohn- und Preisentwicklung auf das Wirtschaftswachstum gelang es jedoch auch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten und die Inflationsraten unterhalb des OECD-Durchschnitts zu halten. Das „Halten von Arbeitskräften“, vor allem im verstaatlichten Sektor, führte jedoch dazu, dass notwendige betriebliche Anpassungen unterblieben oder nur zögerlich in Angriff genommen wurden. Aber auch Teilen der exponierten privaten Wirtschaft machten in den späten siebziger Jahren zunehmend strukturell bedingte Wettbewerbsnachteile zu schaffen. Die Exportwirtschaft, die aufgrund der Hartwährungspolitik und gestiegener Lohnkosten vor allem im OECD-Raum zunehmend mit Problemen zu kämpfen hatte, wurde durch ein differenziertes System von staatlichen Förderinstrumenten zu unterstützen versucht. Die wachsende Verflechtung der österreichischen Wirtschaft, nicht nur mit Westeuropa sondern auch dem Rest der Welt hatte jedoch zur Folge, dass negative Auswirkungen, die von der internationalen Konjunkturerwicklung auf Österreich ausgingen (Konjunkturnehmer), nicht mehr so leicht aufgefangen werden konnten.

Der internationale Konjunkturerinbruch in den OECD-Staaten schlug erst mit beträchtlicher Verspätung im Herbst 1981 auf Österreich durch. Verschärfend trat hinzu, dass sich im selben Zeitraum aufgrund demographischer Faktoren der Zustrom junger Beschäftigter in den Arbeitsmarkt verstärkte. Der Konjunkturerinbruch, der sich im Laufe des Jahres 1981 ankündigte, traf zunächst besonders die Bauwirtschaft, die bereits seit längerem überschüssige Kapazitäten aufwies, sowie die Eisen- und Stahlindustrie, die aus politischem Kalkül ihre Kapazitäten nicht rechtzeitig an die weltweit überschüssige Stahlproduktion anpassen konnte. Die übrige Industrie reagierte erst mit etwas Zeitverzögerung mit verstärktem Abbau von Arbeitskräften. Ebenso verspätet begann erst zur Jahreswende 1983/84 wieder eine gegenläufige Bewegung. Die Arbeitslosigkeit breitete sich im Laufe des ungewöhnlich langen Konjunkturerinbruchs schrittweise auf die gesamte Wirtschaft aus. Die

Regierung versuchte während des Höhepunkts der Krise (1982), diese einerseits in keynesianischer Manier zu bekämpfen, und intervenierte im Bereich der verstaatlichten Industrie, damit die Freisetzung von Beschäftigten nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, sondern unter Bedachtnahme auf Alter und Chancen auf Wiedereinstieg sowie auf regionalpolitische Gesichtspunkten erfolgte.

Die von der Bundesregierung erstellten drei Beschäftigungsprogramme (Februar, November 1982, März 1983) entfalteten ihre Wirkung aufgrund technischer Verzögerungen in der Umsetzung erst mit erheblicher Zeitverzögerung. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde das Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktförderung sowohl administrativ als auch durch Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen erweitert: von Mobilitäts-, Ausbildungs- und saisonalen Instrumenten bis hin zur Verklammerung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, etwa im Bereich direkter Hilfen für regionalpolitisch oder aufgrund ihrer Größe volkswirtschaftlich wichtige Betriebe. Auch die Errichtung der Bundesbeteiligungsgesellschaft, Neuerungen im Insolvenzrecht und die steuerliche Förderung von privater Beteiligung an Auffanggesellschaft waren kreative, wenngleich in ihrer Gesamtwirkung vielleicht nicht sehr breit wirksame Kriseninterventionsmodelle. Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Bundesregierung seit Mitte 1982 der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Zudem setzte die Bundesregierung in den Jahren 1981 bis 1983 das gesamte, ihr zur Gebote stehende Instrumentarium der Investitionsförderung selektiv (im Unterschied zum „Gießkannenprinzip“) ein, um so budgetschonend wie möglich den Strukturwandel und die Ansiedlung zukunftsorientierter Betriebe bzw. Unternehmen mit hoher Wertschöpfung im Export zu fördern. Dabei wurde versucht, einen möglichst sanften Übergang von traditionellen zu wettbewerbsfähigen neuen Industrien unter Einbeziehung raumplanerischer Erkenntnisse zu initiieren, um „alte“ Industrieregionen nicht veröden zu lassen. Im Bereich der Investitionsförderung wurde, auch um das Budgetdefizit nicht ausufern zu lassen, das Instrumentarium der direkten Investitionsförderung ausgebaut und im Gegenzug die „teure“ steuerliche Investitionsförderung reduziert. Daneben wurde das klassische Instrument der staatlicher Investitionen dort zum Einsatz gebracht, wo Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur durch private Investoren nicht erbracht werden konnten oder als Vorleistung zur Ansiedlung neuer Unternehmen notwendig waren (Bereitstellung und Aufschließung von Liegenschaften, direkte Zuschüsse etc.). Im Bereich des budgetintensiven öffentlichen Bauwesens dagegen mussten aus budgetären Gründen Einsparungen vorgenommen werden; die Projektplanung und Auftragsvergabe erfolgte stärker nach regionalwirtschaftlichen Überlegungen, um Beschäftigung gezielt in jenen Regionen zu

schaffen, die von der Rezession durch das Absterben „alter“ Industrien besonders betroffen waren.

Der Anpassungsprozess der verstaatlichten Industrie, insbesondere im Bereich der Edelstahlindustrie, an die internationalen Gegebenheiten wurde durch diese externen Einflüsse im Zeitraum 1981 bis 1983 trotz dreier Strukturprogramme weiter verzögert, und der Abbau überzogener freiwilliger Sozialleistungen erfolgte zu langsam. Mit jeder neuen Krise erhöhte sich zudem der finanzielle Interventionsbedarf der öffentlichen Hand, sodass die Bereitschaft der Opposition, an der Lösung der finanziellen Probleme mitzuwirken, mit jeder neuen Krise schwand und die Höhe der Zuschüsse die notwendige Konsolidierung des Budgets in Frage stellten. Die hohen Zuschüsse der öffentlichen Hand stellten außerdem eine ernsthafte Bedrohung der Solidaritätsprinzips zwischen den unselbständig Beschäftigten im verstaatlichten und im privaten Sektor dar. Dazu kamen schwere betriebswirtschaftliche Fehler des Managements, speziell im Bereich der VOEST-Alpine, sodass am Ende (1985/86) ein politischer Konsensus über weitere Mittelzuführungen zwischen den beiden großen Parteien nicht mehr herzustellen war.

Am Arbeitsmarkt trat erst im Jahresverlauf 1983 eine Entspannung ein, weil die Arbeitslosigkeit seit März rückläufig war, der Abbau der Arbeitslosigkeit erfolgte jedoch nur langsam und die Wirtschaftsforscher behielten mit ihrer Prognose recht, als sie im Frühjahr die durchschnittliche Arbeitslosenrate für 1983 mit 4,5 % annahmen; tatsächlich lag diese 1984 bei 4,7 % (rd. 130.000 Arbeitslose). Um die Arbeitslosenrate nicht noch weiter ansteigen zu lassen, ging man verstärkt zur Kurzarbeit über. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich ab dem 2. Halbjahr 1982 von 6.600 auf 13.000 im Frühjahr 1983³³¹. Auch die Anzahl der offenen Stellen war seit 1980 rückläufig und erreichte im Frühjahr 1983 ihren Tiefpunkt. Vom Herbst 1983 an trat jedoch eine fühlbare konjunkturelle Besserung ein, die bis zum Jahre 1985 anhielt. Das Wirtschaftswachstum lag 1984 bei 2 % und betrug 1985 2,9 %, wodurch eine langsame Stabilisierung des Budgets möglich wurde. Der Konjunkturaufschwung führte auch zu einer langsamen Entspannung am Arbeitsmarkt³³².

Gleichzeitig ging allerdings auch die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Jahresverlauf zurück und erreichte mit 2,734 Mio. im Jahresdurchschnitt den tiefsten Stand seit 1976. Eine Trendumkehr trat erst 1984 ein; seither stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Österreich wieder an, in den Jahren 1984-1988 langsam, in den beiden folgenden Jahren wieder rascher. Es dauerte fünf Jahre, bis die Beschäftigungsverluste der Jahre 1982 (-

³³¹ WIFO-Monatsberichte, H. 3/1983, Wirtschaftslage im Frühjahr 1983, S. 203, WIFO-Monatsberichte, H. 6/1983, S. 412-416, Gudrun Biffl: Arbeitslage (im Frühjahr 1983).

³³² WIFO-Monatsberichte, H. 4/1986, S. 220-276, Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Jahr 1985 und WIFO-Monatsberichte, H. 5/1986, S. 336-351, Gerhard Palme, Die Wirtschaft in den Bundesländern 1985.

32.208), 1983 (31.620) und 1984 wettgemacht werden konnten. Trotzdem stieg gleichzeitig die Zahl der registrierten Arbeitslosen weiter an, besonders in den Jahren 1986 und 1987, ehe sie Ende der achtziger Jahre wieder zurückging: 1986: 151.972, 1987: 164.468, 1988: 158.631³³³. Gründe für diese Entwicklung waren zum einen, wie im ersten Abschnitt dieses Kapitel bereits erwähnt, die demographisch bedingte ständige Zunahme des Andrangs zum Arbeitsmarkt, weiters die anhaltende Zunahme von Frauen auf den Arbeitsmarkt sowie die gegenüber den frühen achtziger Jahren nicht mehr weiter reduzierte Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, die die Beschäftigungsverluste in einem hohen Maße zu kompensieren halfen, zum anderen der fortgesetzte Strukturwandel der österreichischen Volkswirtschaft.

Im sekundären Sektor, der Industrie, gingen seit dem zweiten Erdölpreisschock Ende der siebziger Jahre rd. 100.000 Arbeitsplätze verloren; der Nettoverlust (unter Einschluss neu geschaffener Arbeitsplätze) zwischen Juli 1980 und Juli 1983 betrug rd. 63.000 Arbeitsplätze, ähnlich viele wie in der Rezession 1974/75. Weit über durchschnittlich viele Arbeitsplätze gingen in der Eisen- und Metallindustrie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, im Baugewerbe und in der Stein- und Glasindustrie verloren. Der Beschäftigungsabbau im industriell-gewerblichen Bereich und in der Bauwirtschaft konnte im Unterschied zu den siebziger Jahren in der ersten Hälfte der achtziger Jahre aber nicht mehr durch ein Beschäftigungswachstum im Dienstleistungsbereich kompensiert werden³³⁴. Da die östlichen Landesteile aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur (stärkerer Anteil der Industrie mit hohem Anteil „alter“ Industrien) benachteiligt waren, zeigte die Krise in den Jahren 1982/83 hier größere Auswirkung auf die Beschäftigung als in Westösterreich.

Butschek verweist darauf, dass die durchschnittliche Arbeitslosenquote nicht die Dynamik der Zu- und Abgänge zur Arbeitslosigkeit ausdrückt, die in den Konjunkturanalysen des WIFO als bedeutendes „Barometer“ für die Wirtschaftslage mit berücksichtigt werden. Der Zugang zur Arbeitslosigkeit³³⁵ erreichte z.B. 1983 mit 622.200 seinen Höhepunkt; da die Abgänge in Richtung Beschäftigung schwächer waren, ergab sich ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ein drittes bestimmendes Element stellt die Dauer der Arbeitslosigkeit dar: Diese stieg im Zeitraum 1980 bis 1987 von 7,3 auf 17,1 Wochen. Im betrachteten Zeitraum trat zwar eine neuerliche Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften ein, die aber nicht ausreichte, das gestiegene Arbeitskräfteangebot unterzubringen. Die Abgangsquote vom

³³³ Felix Butschek, Vollbeschäftigung in der Krise – der österreichische Arbeitsmarkt 1975-1990, Wien 1990, S. 45a und 74a, WIFO-Monatsberichte, H. 3/1989, S. 137-142, Gudrun Biffi, Schwerpunkte der Arbeitsmarktentwicklung in den achtziger Jahren, hier S. 137.

³³⁴ Geldner, Entwicklung der Arbeitsplätze in der Industrie, S. 408f., WIFO-Monatsberichte, H. 3/1983, Wirtschaftslage im Frühjahr 1983; S. 202-210, Gudrun Biffi: Arbeitslage.

³³⁵ Der Zugang zur Arbeitslosigkeit entspricht der Jahressumme der im Jahresverlauf von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten.

Arbeitslosen-Dasein in Richtung Beschäftigung verringerte sich. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit nach 1984 ergibt sich nicht als Folge steigender Zugänge, sondern als Resultat längerer Dauer von Arbeitslosigkeit³³⁶.

Im Verlauf der Krise traf die Arbeitslosigkeit zunächst überproportional Männer, im weiteren Verlauf wurden aber auch Frauen nahezu ebenso häufig arbeitslos. Bis 1980 lag die (geringfügige) Arbeitslosenquote bei Frauen meist über jener der Männer, ab 1987 drehte sich das Verhältnis erneut um. Ebenso erhöhte sich in den Jahren 1980 bis 1986 der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen beträchtlich: Ihr Anteil an der Gesamtzahl der arbeitslos unselbständig Beschäftigten erhöhte sich von 18,6 % im Jahre 1980 auf fast 30 % im Jahre 1986; bis Ende der achtziger Jahre ging ihr Anteil aufgrund schwächerer Geburtenjahrgänge wieder deutlich zurück und lag 1989 bei 24,2 %.

Ein besonderes Charakteristikum der Arbeitslosigkeit in Österreich stellt nach Auffassung von Ewald Walterskirchen die deutlich über den Werten anderer OECD-Mitgliedsstaaten liegende Saisonarbeitslosigkeit dar. Diese erklärt sich zu einem wesentlichen Teil aus der erheblichen Saisonarbeitslosigkeit im Baugewerbe und der überdurchschnittlichen Bedeutung der Fremdenverkehrswirtschaft für die österreichische Volkswirtschaft. Arbeitslose Arbeitnehmer in diesen beiden Branchen verfügen, wenn sie arbeitslos werden, häufig bereits über „Einstellungszusagen“ für die nächste Saison und stehen so für andere Beschäftigungen nicht zur Verfügung³³⁷.

Besonders im Zeitraum 1981 bis 1984 ging die Zahl ausländischer Beschäftigter deutlich zurück (- 23.000), der Abbau war allerdings weniger stark ausgeprägt als nach der Krise von 1974/75. Mit einem Minus von netto 11.600 im Jahre 1982 trug die Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer wesentlich dazu bei, den heimischen Arbeitsmarkt zu entlasten. Eine weitergehende Reduktion schien aus ökonomischen Gründen nicht opportun, nicht nur weil sich viele Gastarbeiter inzwischen in Österreich angesiedelt hatten, sondern auch, weil sie Tätigkeiten ausführten, die von österreichischen Arbeitskräften nicht besetzt wurden. Mit 138.100 ausländischen Arbeitskräften im Jahresdurchschnitt 1984 wurde ein Tiefpunkt erreicht, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist wieder ein langsamer Aufbau des Gastarbeiterstocks zu verzeichnen³³⁸.

Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Herbst 1981 stellte die Arbeitsversicherung vor zunehmende Probleme, vor allem auch im Hinblick auf den oben erwähnten Anstieg der

³³⁶ Biffi, Schwerpunkte der Arbeitsmarktentwicklung in den achtziger Jahren, S. 140.

³³⁷ Ewald Walterskirchen, Verteilungswirkungen der Arbeitslosenversicherung, In: Alois Guger, Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, WIFO-Gutachten, Wien 1987, S. 228.

³³⁸ Butschek, Vollbeschäftigung in der Krise, S. 63 und Tabelle S. 66a, Biffi, Arbeitslage, S. 203..

Verweildauer in der Arbeitslosigkeit seit 1983, aber auch, weil zunehmend Mittel aus dem Topf für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit aufgewendet wurden. Die Gesamtausgaben der Arbeitsmarktverwaltung erhöhten sich im Zeitraum 1981 bis 1984 auf das Doppelte von 9,025 Mrd. auf 18,184 Mrd. öS. Die stark gestiegenen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und der aktiven Arbeitsmarktförderung sprengten bereits 1981 den Budgetrahmen, sodass eine Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung notwendig wurde, die von 2,1 % auf 4,4 % im Jahre 1984 erfolgte. Der auf das Arbeitslosengeld entfallende anteilige Aufwand erhöhte sich von 39,1 % im Jahre 1981 auf 45,6 % im Folgejahr, sank in den beiden folgenden Jahren aber auf 35,8 % ab, während als Folge länger dauernder Arbeitslosigkeit der Aufwand für Notstandshilfe von 8,2 % auf 15 % im Zeitraum 1981 bis 1984 anstieg. Fasst man beide Bezugsarten zusammen, so ergibt sich, dass die Summe der beiden Alimentierungen an Arbeitslose im Jahr 1983 am höchsten war (56,1 %) ³³⁹.

Butschek spricht seit Mitte der achtziger Jahre von einem veränderten Bild der Arbeitslosigkeit: Diese sei zum einen Resultat eines geänderten Selbstverständnisses und „Lernprozesses“ der Arbeitslosen aufgrund von „Schocks“ des Arbeitsmarktes, zum anderen Resultat einer veränderten Rolle der Arbeitsmarktverwaltung. Unter bestimmten Bedingungen und familiären Verhältnissen (mehrere Einkommensbezieher in einem gemeinsamen Haushalt) und für bestimmte Einkommensklassen verliere die Arbeitslosigkeit trotz des im internationalen Maßstab niedrigen Arbeitslosengeldes dann an Schrecken, wenn bestimmte soziale Transferleistungen (z.B. Abfertigungen, Jahresausgleich, Familienzuschläge, Wohnungsbeihilfe) das niedrige Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe ergänzten, wodurch nach Butschek ein geringer Anreiz vorhanden sei, wieder in aktive Beschäftigung einzutreten. Einen zweiten Faktor, der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hohe „hysterese“ Arbeitslosigkeit erklären hilft, stellt nach Butschek das veränderte Selbstverständnis der Arbeitsmarktverwaltung dar. „Die Arbeitsmarktverwaltung der sechziger Jahre [...] übernahm von der OECD das Konzept der ‚aktiven Arbeitsmarktpolitik‘ [...]. Eines der Hauptziele des damaligen Bundesministeriums für soziale Verwaltung war es, die Arbeitsmarktverwaltung zur Serviceeinrichtung sowohl für die Arbeitnehmer wie auch für die Arbeitgeber zu machen [...]. Unter Sozialminister Dallinger änderten sich die Konzepte [...] das Bundesministerium [...] setzte andere Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik, welche die Förderung von ‚Randgruppen‘, Gesellschaftsveränderung sowie den Versorgungsauftrag betrafen“. Hinzu kam, dass Arbeitsämter mit steigender Arbeitslosigkeit viel weniger Zeit für zeitintensive aktive Arbeitsvermittlung aufwenden konnten, weil mehr Zeit auf die

³³⁹ WIFO-Monatsberichte, H. 3/1986, Gerhard Lehner, Die zweckgebundene Gebarung im Bundeshaushalt, hier S. 148f.

Feststellung und Kontrolle von Ansprüchen arbeitsloser Personen verwendet werden musste³⁴⁰.

Eine neue Aufgabenstellung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ergab sich in der Krise von 1981 bis 1983 (und auch danach) aufgrund der Notwendigkeit der Bekämpfung der Gefahr des Absterbens „alter“ Industrieregionen. Wie erwähnt versuchte die Bundesregierung im Rahmen ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Erhaltung größtmöglicher Beschäftigung, seit 1982 diese Gefahr durch eine Vielzahl an Instrumenten sowohl im Rahmen von Sonderbeschäftigungsprogrammen als auch durch spezielle regionale Förderprogramme (im Zusammenwirken mit den Ländern) zu bekämpfen. Im Rahmen dieser Zielsetzung ergaben sich für die Arbeitsmarktverwaltung gestiegene Aufwendungen nach zwei Richtungen. Zum einen wurde durch die Ausweitung der Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung die Zahl der Frühpensionisten kräftig erhöht, zum anderen erhielt das Bundesministerium für soziale Verwaltung durch eine Änderung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes von 1969 durch die Einführung des § 39a die Möglichkeit, volkswirtschaftlich oder für die jeweilige Region bedeutenden Unternehmen durch besondere Förderungen beschäftigungserhaltend oder beschäftigungsfördernd Hilfestellung zu gewähren. Daraus ergaben sich im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik seit Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung (1.1.1984) gestiegene Aufwendungen³⁴¹.

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre wurde das bis 1982/83 postulierte Ziel der Erhaltung der Vollbeschäftigung im politischen Diskurs allmählich verdrängt. An seine Stelle trat als Zielsetzung die Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus bei gleichzeitiger politischer Akzeptanz der Notwendigkeit der Sanierung des Staatshaushalts. Damit verbunden war auch die Einsicht in die Notwendigkeit von verstärkten Rationalisierungsbemühungen im öffentlichen Dienst. Seit Ende der achtziger Jahre wurde die Beschäftigungsdebatte überdies zunehmend überlagert von den sich aus den Folgen der „Ostöffnung“ und den Vorbereitungen auf den EU-Beitritt ergebenden Problemen³⁴².

Auch in Bezug auf die verstaatlichte Industrie nahm die 1986 gebildete Große Koalition, die sich als „Sanierungspartnerschaft“ verstand, einen Kurswechsel vor: mit der Bildung der „Austrian Industries“ als neuer Holding verband sich der politische Auftrag zur Neuordnung

³⁴⁰ Butschek, Vollbeschäftigung in der Krise, S. 74-94, Felix Butschek, Steigende Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur – Problemfall Arbeitsmarktverwaltung?, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, Wien 1992, S. 537-550, hier S. 546f.

³⁴¹ Vgl. Lehner, Die zweckgebundene Gebarung, S. 149, Übersicht 5, WIFO-Monatsberichte, H. 6/1986, S. 398-410, Georg Busch, Nur langsame Konsolidierung des Sozialbudgets. Die Entwicklung der sozialen Sicherheit seit 1985, hier S. 402f.

³⁴² Vgl. Hans Seidel, Die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, Wien 1990, S. 119-135 und Gerhard Lehner, Der Bundeshaushalt seit Amtsantritt der großen Koalition, In: Ebenda, S.167-186.

und Rationalisierung mit dem Ziel raschest möglicher Gewinnerzielung, so dass staatliche Kapitalzuführungen künftig nicht mehr notwendig wären. In dem Maße, als dieses Ziel unrealisierbar schien, fasste die Koalition in der 1.Hälfte der neunziger Jahre eine etappenweise Privatisierung ins Auge³⁴³.

Aus der geänderten wirtschaftspolitischen Zielhierarchie und der gestiegenen Arbeitslosenrate ergab sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch die Notwendigkeit einer neuen Arbeitsmarktpolitik: an die Stelle von Beschäftigungsprogrammen und Ausbau der Sozialpolitik (z.B. Arbeitszeitverkürzung) trat eine neue Arbeitsmarktpolitik, die das Ziel verfolgte, die Effizienz der Beschäftigungsvermittlung zu steigern, die schließlich in eine grundlegend reformierte Arbeitsmarktverwaltung mündete (Ausgliederung des AMS). Spezielle „Problemgruppen“ (Frauen, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer) wurden definiert und darauf abgestimmte Beschäftigungsprogramme entwickelt (z.B. Aktion 8000, Verlängerung der Karenzzeit, Neuregelung der Frühpension). Zugleich wurden, begleitet von einer „Sozialschmarotzer“-Debatte (sowohl 1986/87 als auch Anfang der neunziger Jahre),³⁴⁴ Zumutbarkeitskriterien für die Annahme einer Beschäftigung verschärft³⁴⁵.

„Die Relation zwischen Sozialpolitik und Ökonomie“, so Jürgen Pouget, „zeigt eine verstärkte Orientierung und inhaltliche Gestaltung wohlfahrtsstaatlicher Politiken an ökonomischen Kriterien und Zielsetzungen“ mit dem Ergebnis einer „sinkenden Reichweite wohlfahrtsstaatlicher Sicherung“, Zulassung atypischer Beschäftigungsformen unter teilweise Verzicht auf sozialpolitische Absicherung und generell eine Verschiebung in Richtung privater und Marktorientierung³⁴⁶.

³⁴³ Herbert Dachs, Von der ‚Sanierungspartnerschaft‘ zur konfliktbeladenen Unübersichtlichkeit. Über politische Entwicklungen und Verschiebungen während der Großen Koalition 1986 bis 1994, In: Österreich 1945-1995. Gesellschaft-Politik-Kultur, hgg. R. Sieder /H. Steinert/E. Tálos, Wien 1995, S. 290-303.

³⁴⁴ Vgl. z.B. Profil, H.49-52/1986, H.7/1987, H.25-33 und H.44/1991.

³⁴⁵ Vgl. Felix Butschek, Der Arbeitsmarkt in der großen Koalition, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, Wien 1990, 137-165 sowie Günther Ofner, Arbeitsmarkt in der Krise – neue Ansätze zur Lösung der Beschäftigungskrise, In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, Wien 1994, S. 543-574.

³⁴⁶ Jürgen Pouget, Österreichs Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Spannungsfeld der EG- und EU-Integrationsprozesse und der Transformationsprozesse der mittel- und osteuropäischen Staaten. Problemerkennung, Politikinszenierung, politische Strategien und implementierte Politiken 1989/90 bis zum "Jahr der Arbeit 1998", Univ. Diss., Salzburg 2001, S.155ff.

Die erste Ölkrise 1973/74 und ihre Folgen – eine Fallstudie zur österreichischen Energiepolitik in der Ära Kreisky

Theodor Venus

Österreichs Energieversorgung am Beginn der 1970er Jahre

Zwischen Ökonomen und Wirtschaftshistorikern herrscht heute weitgehend Übereinstimmung darüber, dass der erste Ölschock vom Herbst 1973 eine Zäsur in der Entwicklung der Weltwirtschaft der Nachkriegsjahre und das Ende des „goldenen Zeitalter“ des fast ungehemmten Wirtschaftsaufschwunges der Nachkriegsjahre bedeutete.

Die Ölkrise traf die Volkswirtschaften Westeuropas überraschend und kaum eine hatte sich auf das Szenario einer Drosselung der Versorgung mit Rohöl, Benzin und Heizöl entsprechend vorbereitet, obwohl das Erdöl seit den sechziger Jahren zunehmend zum „Schmiermittel“ des wirtschaftlichen Aufschwungs geworden war. Es fehlte auch nicht an warnenden Stimmen, die auf die möglichen Folgen der politischen Veränderungen im Nahen Osten, die Ölpolitik der in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten und auf den Zusammenhang zwischen Ölpreis und dem Verfall des Dollarkurses für den Preis des Erdöls hingewiesen hatten.

Höhe und Änderungen des Energieverbrauchs einer Volkswirtschaft sind von einer Reihe von Faktoren abhängig, wie dem Wirtschaftswachstum, der Wirtschaftsstruktur und deren Veränderungen, Struktur und Wachstum der industriellen Produktion und der unterschiedlichen Energieintensität der einzelnen Produktionszweige, Kapitalstock und Energienutzungsgrad, jahreszeitlichen Schwankungen des Heizbedarfs, Lebensstandard, Konsumstruktur usw. Insgesamt lässt sich bis in die siebziger Jahre ein enger Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Sozialprodukts und dem Wachstum des Energiebedarfs feststellen.

Die Energieversorgung einer Volkswirtschaft kann sowohl aus eigenen Energiequellen als auch durch Energieimporte erfolgen, wobei sowohl im Inland vorhandene als auch importierte Energieressourcen einem energiewirtschaftlichen Umwandlungsprozess unterliegen können, z.B. Verfeuerung von Kohle oder Heizöl in elektrische Energie. Im energiewirtschaftlichen Prozess spielen wirtschaftliche Faktoren, wie Kapitaleinsatz, Preisrelationen, Verfügbarkeit usw., eine wichtige Rolle.

Der Weg aus dem Öl schien infolge des umgebremsten Wirtschaftsaufschwungs und der lawinenartigen Zunahme des Benzinverbrauchs der privaten Konsumenten (Heizöl, Kfz-Besitz bzw. Verkehr) für die europäischen Volkswirtschaften jedenfalls kurzfristig unmöglich. Insbesondere als Treibstoff im privaten Verkehr war Öl kurz- und mittelfristig nicht substituierbar. Die Entwicklung kraftstoffsparender Motoren wurde erst als Konsequenz des ersten „Ölschocks“ angedacht.

Der Energiebedarf Österreichs nach 1945 entwickelte sich ähnlich dem der übrigen westeuropäischen Staaten, während die Struktur des heimischen Energieangebots aber einige Besonderheiten gegenüber den westeuropäischen Volkswirtschaften aufwies. Der gesamte Energieverbrauch entwickelte sich schon in der ersten Phase des Wirtschaftsaufschwungs der österreichischen Wirtschaft überaus dynamisch. Der Gesamtenergieverbrauch übertraf 1950 das Niveau von 1937 um 62 % und nahm im Zeitraum 1950 bis 1957 um 60 % zu. Zwischen 1955 und 1967 stieg der Primärenergieverbrauch ebenfalls um rd. 60 %, wobei die Verbrauchskurve einzelner Energieträger extreme Unterschiede aufweist.

Der industrielle Aufschwung der unmittelbaren Nachkriegsjahre war noch in hohem Maße bestimmt vom Energieträger Kohle. Österreich verfügte zwar über ausreichende Vorräte an Braunkohle, deren Kapazität bis in die 1950er Jahre bis zum Maximum ausgeschöpft wurde, die Versorgung der Industrieproduktion mit Steinkohle konnte aber seit dem Ende der Monarchie wegen der geringen heimischen Vorkommen fast nur über Importe gesichert werden³⁴⁷. Bergbaue und andere Energieversorgungsunternehmen befanden sich seit 1945 weitgehend im öffentlichen Besitz. Braunkohle wurde vorwiegend in der Steiermark und Oberösterreich, Steinkohle nur in Niederösterreich gefördert.

Aufgrund besserer Energieausnutzung und der rückläufigen Bedeutung der besonders energieintensiven Grundstoffindustrie lag das Wachstum des industriellen Energieverbrauchs in den sechziger Jahren relativ niedriger als jenes der Gesamtenergieverbrauchs. Die Nachfrage der Industrie wurde zunehmend durch Erdgas, Heizöl und elektrische Energie befriedigt. Der Nachfragerückgang ging Hand in Hand mit dem Wandel der österreichischen Wirtschaftsstruktur, da die Industrie der größte Energiekonsument war. Insbesondere für die Eisen- und Stahlindustrie, die Aluminiumelektrolyse, die chemische Industrie und die Papiererzeugung waren große Energiemengen erforderlich. Verkehr, besonders der ständig steigende Privatverkehr und private Kleinverbraucher konsumierten ebenfalls überdurchschnittlich viel Energie.

³⁴⁷ Karl Aussch, Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders, Wien 1965, S. 281-285, Carl Hudeczek, Wege und Ziele der Wirtschaft Österreichs, Wien 1958, S. 118-122.

Seit Mitte der 1950er Jahre nahm der österreichische Kohlebedarf ständig ab; die Kohleförderung war seit 1958 rückläufig. 1967 wurde die heimische Steinkohleförderung eingestellt. Stein- und Braunkohle wurden seit den sechziger Jahren zunehmend in andere Energieformen transformiert: die für den Produktionsprozess notwendige Steinkohle wurde zu Koks umgewandelt, auch im privaten und öffentlichen Verkehrswesen wurde die Steinkohle zunehmend durch Mineralölprodukte substituiert, die Braunkohle diente vornehmlich der Verfeuerung in kalorischen Kraftwerken. Die zunächst noch steigende private Nachfrage nach Braunkohle (Hausbrand) ging seit Mitte der sechziger Jahre ebenfalls zurück³⁴⁸.

Im Unterschied dazu stieg der Verbrauch an elektrischer Energie, Mineralölprodukten und Gas weiter an. Der ständig wachsende Bedarf an elektrischer Energie wurde Ende der sechziger Jahre zu rd. zwei Dritteln aus der Wasserkraft (Lauf- und Speicherkraftwerke) und zu einem Drittel aus thermischer Energie befriedigt. Der Ausbau der heimischen Wasserkraftreserven erfolgte im internationalen Maßstab verspätet, da vor 1938 nicht genügend Kapital dafür zur Verfügung stand. Erst nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich wurden zur Versorgung der Schwer- und Rüstungsindustrie wieder größere neue Kraftwerksprojekte in Angriff genommen. Für den Bau wurden auch Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge eingesetzt; einige Großprojekte konnten aber nicht fertiggestellt werden (z.B. Kaprun).

Nach 1945 erfolgte die Finanzierung des Ausbaus zunächst durch zinsgünstige Kredite im Rahmen des ERP-Programms in erster Linie an den Verbund; bis 1954 wurden 3 Mrd. aus dem ERP-Programm zur Verfügung gestellt; später konnte durch Energieanleihen dafür auch der heimische Kapitalmarkt in Anspruch genommen werden. Mit dem Ausbau der Donaukraftwerkskette wurde in den fünfziger Jahren begonnen, zwischen 1961 und 1967 wurden rd. 28,7 Mrd. öS in die Elektrizitätsversorgung investiert und sieben weitere Laufkraftwerke sowie große Speicherkraftwerksgruppen errichtet. Ende der siebziger Jahre waren zwei Drittel des Gesamtpotentials der Donau ausgebaut.

Durch den Ausbau der heimischen Energiequellen, besonders der Wasserkraft, war Österreichs Wirtschaft lange Jahre hindurch eine der am besten und billigsten versorgten Volkswirtschaften Europas. Auf dem Gebiet der Braunkohle war Österreich zu diesem

³⁴⁸ Die Angaben wurden entnommen aus: Energiekonzept der österreichischen Bundesregierung, Wien 1969.

Zeitpunkt Energieexporteur. Verbund und Landesenergieversorgung lieferten Ende der sechziger Jahre rd. 80 des gesamten österreichischen Strombedarfs³⁴⁹.

Auch bei Erdöl und Erdgas hatte Österreich Startvorteile gegenüber Westeuropa, da es als einziges westeuropäisches Land über beträchtliche Erdöl- und Erdgasvorkommen verfügte, die großteils erst nach 1945 nutzbar gemacht worden waren. 1949 wurde in der Nähe des niederösterreichischen Orts Matzen das größte Ölfeld Mitteleuropas erschlossen. Im Staatsvertragsjahr 1955, als Österreich die Verfügungsgewalt über die Erdölförderung und –verarbeitung wieder erlangte, erreichte die Fördermenge mit 3,6 Mio. t Rohöl ein Maximum. Die 1956 neu gegründete staatliche ÖMV (heute OMV) schloss in den darauffolgenden Jahren Verträge über die Verarbeitung, Vermarktung, den Import und den Vertrieb von Rohöl und Finalprodukten³⁵⁰. In den folgenden Jahrzehnten förderten die ÖMV, die Rohölgewinnungs AG (RAG) und ein kleineres privates Ölbohrunternehmen jährlich rd. 2,5 Mio. t. Rohöl, bis 1975 sank die jährliche Fördermenge auf rd. 2 Mio. t. Die Gasförderung stieg im Zeitraum 1955 bis 1970 von 500 Mio. m³ auf 1,9 Mrd. m³ an, die 90 % des heimischen Gasverbrauchs deckten. 1968 gelang Österreich der Abschluss eines Gaslieferungsvertrages mit der UdSSR, um den ständig steigenden Gasverbrauch der privaten Haushalte zu befriedigen.

Von allen Energieträgern hatte die Nachfrage und der Verbrauch an Erdölprodukten am stärksten zugenommen, um 280 % zwischen 1955 und 1968. Am stärksten nahmen der Heizölverbrauch der privaten Haushalte sowie der durch die rapide Motorisierung bedingte Benzinverbrauch zu, nämlich um 400-450 %. Nachdem die Zulassungen an privaten PKW aufgrund steuerlicher Maßnahmen der Regierung Klaus in den Jahren 1969/70 etwas abgenommen hatten, beschleunigte sich die private Motorisierung Anfang der siebziger Jahre neuerlich. Nicht zuletzt dadurch stieg der Verbrauch an Mineralölprodukten in Österreich im Zeitraum 1968 bis 1972 um 25 % auf über 10 Mio. t jährlich, und die Rohölimporte Österreichs explodierten von 2,25 Mio. t im Jahre 1970 auf 8,8 Mio. t im Jahre 1973, davon 6,3 Mio. Rohöl und 2,5 Mio. Fertigprodukte. Binnen eines halben Jahrzehnts stieg der Importanteil Österreichs bei Rohöl auf nahezu 80 %. Das importierte Rohöl stammte vor dem ersten Ölschock aus der UdSSR, Algerien, dem Irak, Iran, Libanon, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Syrien und Tunesien, wobei 50 % auf den Nahen Osten, 20 % auf den Iran und 15-20 % auf die UdSSR entfielen³⁵¹. Im Iran und vor der Küste Tunesiens

³⁴⁹ Angaben zur Ausbau der Wasserkraft in Österreich entnommen aus: Festschrift 50 Jahre Verbund 1947-1997, Österreichische Industriegeschichte, hgg. F. Lacina et al., Bd.3, Wien 2005, S. 86-97, Hudezcek, S. 122ff.

³⁵⁰ Vgl. hierzu Edmond Langer, Die Verstaatlichungen in Österreich, Wien 1966, S. 384-396.

³⁵¹ Vgl. Manfred Kronberger, Die Mineralölwirtschaft im Rahmen der österreichischen Energiepolitik, Sozial- u. Wirtschaftswiss. Diss., Wien 1973, S. 96-101, Energiekonzept Bundesregierung, Wien 1969,

beteiligte sich die ÖMV 1969/70 erstmals gemeinsam mit dem französischen Ölkonzern Elf auch an Ölbohrungen, um die eigene Ölbasis zu verbreitern³⁵². Nach dem ersten Ölschock wurden die Handelskontakte zum Iran und zu Libyen erweitert, nach der islamischen Revolution im Iran wurde Anfang der achtziger Jahre der Irak wichtigster Öllieferant Österreichs im Nahen Osten.

Die heimischen Erdölvorräte und das importierte Rohöl wurden Ende der sechziger Jahre in vier Raffinerien verarbeitet, von denen die von der ÖMV betriebene Raffinerie Schwechat mit einer max. Verarbeitungskapazität von 4 Mio. t jährlich die größte Leistung aufwies. Die ÖMV und die internationalen Gesellschaften hatten ein gemeinsames Vorgehen bei Import und Verarbeitung von Rohöl vereinbart, die die Auslastung der Raffinerie Schwechat sicher stellten³⁵³. Die beiden kleineren, von Shell und Mobil betriebenen, veralteten Raffinerien in Floridsdorf und Kagran wurden Ende 1970 geschlossen, sodass die ÖMV seit 1971 faktisch eine Monopolstellung in der inländischen Weiterverarbeitung von Rohöl innehatte³⁵⁴. Die heimischen Raffinerien waren in der Lage, rd. zwei Drittel des österreichischen Gesamtverbrauchs an Mineralölprodukten zu verarbeiten; in Schwechat wurde auch der Großteil der von den internationalen Ölgesellschaften, wie Shell, Mobil u. a. nach Österreich importierten Rohöls verarbeitet. Daraus ergibt sich die Schlüsselrolle der ÖMV und ihrer Raffinerie für die Versorgung Österreichs mit Mineralölprodukten und Erdgas.

Im Gegensatz dazu war die ÖMV im Vertrieb von Fertigprodukten nach den Bestimmungen des „Wiener Memorandums“ vom 15. Mai 1955³⁵⁵ nur Juniorpartner gegenüber den internationalen Gesellschaften. Die Ableger der internationalen Ölgesellschaften Shell, BP, Esso, Mobil und unabhängige Tankstellenbesitzer betrieben 1972 mehr als 5.600 heimische Tankstellen, die ÖMV war erst 1965 in das Tankstellengeschäft eingestiegen und hielt mit ihren beiden Töchtern ÖROP (später: Elan) und Martha 23 %³⁵⁶.

Arbeiter-Zeitung, 31.8.1973, S. 4 und 28.12.1973, S. 4; WIFO-Monatsberichte 3/1975, Jan Stankovsky, Die österreichische Erdölrechnung 1974, S. 139ff., Österreich-Bericht 298/1973.

³⁵² Neue Zürcher Zeitung, 2.9.1970, Aktivierung der österreichischen Erdölpolitik.

³⁵³ Langer, Die Verstaatlichungen in Österreich, S. 393, Beiträge zu einem Energiekonzept, hgg. Arbeiterkammer Wien, Wien 1968, S. 37f.

³⁵⁴ Kronberger, Die Mineralölwirtschaft, S. 89f., 116.

³⁵⁵ Im „Wiener Memorandum“ verpflichtete sich Österreich zur Leistung von Entschädigungen bzw. Rückgabe von Vermögenswerten gegenüber den Westmächten für Erdölkonzessionen und -anlagen, die nach dem sog. „Anschluss“ enteignet worden waren (vgl. Langer, Die Verstaatlichungen in Österreich, S. 84f).

³⁵⁶ Kronberger, Die Mineralölwirtschaft, S. 124f., Beiträge zu einem Energiekonzept, S. 40, Staribacher-Tagebücher, 20.1.1971. Arbeiter-Zeitung, 30.8.1973. Erst 1990 wurde die erste ÖMV-Tankstelle eröffnet.

Energiepolitische Probleme 1970 bis 1972

Als die neue Bundesregierung im März 1970 ihre Tätigkeit aufnahm, gab es im Bereich der Energiepolitik und Energieversorgung eine Reihe von Problemen, die mit der gestiegenen Energienachfrage, der Versorgungslage und sowie der veränderten wirtschaftlichen Lage und dem Investitionsbedarf der Energiewirtschaft zusammen hingen. Im Winter 1969/70 ergaben sich in der Energieversorgung Österreichs erstmals seit 1955 Schwierigkeiten. Eine Koordination zwischen den verschiedenen Energieträgern schien in Anbetracht des zuletzt stärker als erwartet gestiegenen Energieverbrauchs mehr denn je geboten.

Ein wichtiges Problem, mit welchem der künftige „Energeminister“ Josef Staribacher zwischen 1970-1973 in diesem Zusammenhang zu kämpfen hatte, war die mangelnde Gesamtkompetenz auf dem Gebiet der Energiepolitik. Zu den Kompetenzen des Handelsministeriums im Energiebereich gehörte traditionell etwa der Bergbau, die Konzessionierung von Anlagen der Energiewirtschaft oder die Preisaufsicht bzw. -regelung. Zu den preisregulierten Produkten gehörten z.B. Benzin oder Heizöl; die Preisanträge für diese Produkte wurden auch der Paritätischen Kommission vorgelegt.

Die wirtschaftliche Lage des Kohlebergbaus stellte sich beispielsweise völlig anders dar als die Problemlagen im Bereich der dynamisch-expansiven Mineralölwirtschaft oder des in Planung befindlichen ersten österreichischen Kernkraftwerkwerks. Fragen der Reorganisation des Bergbaus im Rahmen der ÖIAG, der Stützung oder Schließung heimischer Bergbaubetriebe, die fast ausnahmslos mehr oder minder hohe Defizite erwirtschafteten, bildeten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre den Gegenstand zahlloser Beratungen auf Partei-, Regierungs- und ÖIAG-Ebene, denen auch neben den verantwortlichen Direktoren auch Vertreter der betroffenen Länder und Gemeinden sowie der Arbeitnehmer beigezogen wurden. Es würde zu weit führen, darauf hier näher einzugehen.

In wichtige Entscheidungen, etwa anstehende personelle Neubesetzungen von Spitzenpositionen, wurde Staribacher auf Regierungs-, Partei- und Fraktionsebene zwar eingebunden, über wichtige Entwicklungen in Bereich der Elektrizitätswirtschaft, wie die Planungsarbeiten für das AKW Zwentendorf wurde er informiert, ohne vorerst ressortmässig zuständig zu sein. Die Energiekompetenzen verteilten sich auf Bund und Länder, die durch ihren Einfluss auf die Landesversorger maßgeblichen Einfluss auf die Energiepolitik nahmen. Auf Bundesebene waren Energiebelange größtenteils im Verkehrsministerium, das Erwin Frühbauer leitete, angesiedelt. Erst Anfang 1974 wanderten die energiepolitischen Agenden aus dem Verkehrs- in Staribachers Ressort. Die Erstellung eines umfassenden nationalen

Energiekonzepts sah Staribacher als eine immer dringlichere Notwendigkeit, um die komplexen Probleme der nationalen Energieversorgung auf lange Sicht Herr zu werden, wie man auch seinen Tagebüchern entnehmen kann.

Noch in seiner Funktion als Kammeramtsdirektor der Arbeiterkammer Wien hatte er an einer entsprechenden Studie mitgewirkt, die im Mai 1968 unter dem Titel „Beiträge zu einem Energiekonzept“ veröffentlicht wurde. Den Anstoß zur Diskussion um die Ausarbeitung eines Energieplans hatte der ehemalige Staatssekretär Franz Rauscher 1966 geliefert³⁵⁷. Als oppositioneller Abgeordneter und Wirtschaftssprecher seiner Partei im Nationalrat hatte Staribacher das von der Bundesregierung vorgelegte Energiekonzept einer scharfen Kritik unterzogen.

Nach dem 1969 fertiggestellten Energiebericht der Bundesregierung, der maßgeblich auf Schätzungen des WIFO beruhte, würde der gesamte Energieverbrauch zwischen 1970-1975 jährlich um 3,9 % ansteigen (OECD-Durchschnitt: 4,5 %). Der Anstieg würde sich in den Folgejahren etwas verlangsamen. Die Verbrauchsprognosen für die einzelnen Energieträger waren sehr unterschiedlich: der Verbrauch bei Kohle und Koks werde rückläufig sein, die Nachfrage nach Gas werde nur mäßig steigen, der Konsum elektrischer Energie werde sich parallel zum Gesamtverbrauch bewegen, die Nachfrage nach Mineralölprodukten werde bis 1975 um jährlich 6,9 % steigen, unter der Voraussetzung, dass „das Tempo der Motorisierung etwas nachlassen wird.“³⁵⁸ Diese Annahmen schienen in Anbetracht der Verlangsamung des österreichischen Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre plausibel, bedurften aber aufgrund des seit 1968 wieder höheren Wachstums einer Revision.

In dem im Auftrag Staribachers erstellten „Weißbuch“ zur „Versorgung Österreichs mit Brennstoffen“, das im Herbst 1970 vorlag, wurde die Versorgungslage bei verschiedenen Energieträgern als besorgniserregend eingestuft³⁵⁹. Obenan stand die Sorge um die Koksversorgung der Stahlindustrie, die der Anlass zur Erstellung des Weißbuchs gewesen war. Aber auch bei der Versorgungslage bei Heizöl schwer, das ebenfalls für die Industrie von größter Bedeutung war, ergaben sich aufgrund steigender Preise und logistischer

³⁵⁷ Beiträge zu einem Energiekonzept, Vorwort. Interessanterweise fehlt im SPÖ-Wirtschaftsprogramm ein Hinweis auf die AK-Vorschläge; dort wird lediglich die Einrichtung eines Beirats für Energiefragen gefordert; vgl. Leistung, Aufstieg, Sicherheit. Das Wirtschaftsprogramm der SPÖ, Wien 1968, S. 48

³⁵⁸ Energiebericht der Bundesregierung, S. 22. Vgl. zur Diskussion dieser Annahmen: Beiträge zu einem Energiekonzept, S. 18ff.

³⁵⁹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, K. 105, Box 23, Weißbuch über die Versorgung Österreichs mit Brennstoffen im Jahre 1970, zusammengestellt vom BMf. Handel, Industrie und Gewerbe, o.J. (Herbst 1970), 20 S. Das Weissbuch griff teilweise auf die Vorarbeiten im Rahmen der AK zurück (vgl. BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 132).

Probleme bei importiertem Heizöl Schwierigkeiten. In beiden Fällen bestand Handlungsbedarf, und Staribacher hatte im Frühjahr und Sommer 1970 mit den Importeuren und der ÖMV mehrfach die Versorgungslage beraten. Die Energiebedarfsschätzung bei Mineralölprodukten für 1970 lag mit + 9,2 % deutlich über den Schätzungen von 1968³⁶⁰. Durch Ausbau der Verarbeitungskapazitäten in der Raffinerie Schwechat (siehe unten) hoffte man aber, den bisher unterdurchschnittlichen Grad der heimischen Bedarfsdeckung in Zukunft deutlich steigern zu können. Voraussetzung dafür sei, so das Weißbuch, „die ausreichende Versorgung mit Rohöl. Österreich kann aus der inländischen Erdölförderung nur einen immer kleiner werdenden Teil des gesamten Mineralölbedarfs decken.“ Die fehlende Menge müsse durch Importe ausgeglichen werden. „Die Sicherstellung ausländischen Rohöls hängt weitgehend von der politischen Weltlage ab“³⁶¹. In einer im Weißbuch zitierten OECD-Studie wurde vorsichtige Skepsis laut, ob die Versorgungssicherheit in Zukunft auch weiterhin im gleichen Maße gegeben wäre als bisher.

Im Winter 1970/71 kam es allerdings zu keinen ernsthaften Engpässen in der Versorgung mit den wichtigen Energieträgern Kohle, Koks, Heizöl oder Benzin³⁶². Um den ständig steigenden Bedarf zu decken, standen Anfang der siebziger Jahre mehrere wichtige Projekte im Bereich der Mineralöl- und chemischen Industrie zur Diskussion bzw. in Planung: Fusion bzw. Kooperation von ÖMV und Österreichischen Stickstoffwerken (Chemie Linz) im Bereich der Kunststoffherzeugung, weiterer Ausbau der Verarbeitungskapazitäten der Raffinerie Schwechat, Errichtung einer zweiten Raffinerie in Lannach bei Graz, Errichtung einer weiteren Raffinerie im Raum Linz zur Versorgung des Bedarfs der Voest und Chemie Linz, weitere Pipeline-Anbindungen Österreichs. Über eine Aufstockung bestehender Lieferverträge wurde besonders mit der UdSSR verhandelt. Die Beteiligung der ÖMV an der Exploration und Erschließung neuer Ölvorkommen außerhalb Österreichs wurde erst als Konsequenz aus der Ölkrise 1973/74 angegangen, und zwar im Iran, in Libyen, Tunesien, Ägypten, Kanada sowie vor der irischen und norwegischen Küste³⁶³.

Die umstrittenste Investition war die Errichtung einer zweiten österreichischen Raffinerie in Lannach unweit von Graz. Ebenso wie im Fall des AKW Zwentendorf reichten die Vorarbeiten für Lannach bis weit in den sechziger Jahren zurück, als die Kapazitätsgrenzen der Raffinerie Schwechat infolge des rasch wachsenden Ölbedarfs absehbar waren. Die Raffinerie mit einer Verarbeitungskapazität von 2,4 t jährlich war als joint-venture geplant: an der dafür gegründeten Raffinerie GesmbH. waren die ÖMV (26 %), Shell (22 %), Mobil Oil

³⁶⁰ Weissbuch, S. 6-9.

³⁶¹ Weissbuch über die Versorgung Österreichs mit Brennstoffen, S. 4.

³⁶² Staribacher-Tagebücher, 25.11.1970, Berichte und Informationen, 18.12.1970.

³⁶³ Vgl. Österreichische Industriegeschichte, Bd.3, S. 234, Trend, H.1/1980, S.66-85: ÖMV: Riesig, reich, raffiniert und verbohrt.

(17 %), BP (16 %) und Esso, Total und Eni (mit je 6-7 %) beteiligt. Gegen den Bau der Raffinerie kam es jedoch nach Bekanntwerden der Pläne zu massiven örtlichen Protesten und Einsprüchen von Umweltschutzgruppen, die das Genehmigungsverfahren wesentlich verzögerten. Die Anrainer forderten weit über das gesetzliche Maß hinaus gehende strenge Umweltschutz-Auflagen, die zu erheblichen Kostensteigerungen geführt hätten. Die lange Prüfungsphase verteuerte sich das Bauvorhaben weiter³⁶⁴. Nachdem es vorübergehend still um Lannach geworden war, wurde mit der 1969 von der Landesregierung erteilten Baubewilligung das Projekt 1970/71 auf politischer und Gesellschafterebene entscheidungsreif.

Im Kabinett Kreisky fiel das Problem Lannach konzessionsrechtlich in den Aufgabenkreis Staribachers, der durch den Einspruch der Raffineriegegner mit der Angelegenheit befasst wurde und vom Frühsommer 1970 bis Frühjahr 1971 zahlreiche Gespräche und Beratungen in dieser Frage führte. Anfang Juni war das Raffinerieprojekt erstmals Gegenstand eines Gesprächs mit ÖMV-Vorstand Friedrich Feichtinger, der Staribacher mitteilte, die ÖMV sehe dieses Projekt nicht mehr als „dringend notwendig“ an, da die ÖMV im Herbst die Verarbeitungsleistung der Raffinerie Schwechat auf 7,5 t Rohöl jährlich steigern werde. Die ÖMV könne dadurch auch zusätzliches Rohöl in Lohnverarbeitung übernehmen und den internationalen Ölkonzernen geringere Kosten verrechnen als die geplante neue Raffinerie³⁶⁵.

Tatsächlich tätigte die ÖMV Anfang der siebziger Jahre umfangreiche Investitionen in den Ausbau der Raffinerie Schwechat, deren Leistung damit im Herbst 1970 auf das Doppelte erhöht wurde und reagierte damit auf den unerwartet starken Anstieg der Nachfrage nach Mineralölprodukten, insbesondere nach Benzin, zu Beginn der siebziger Jahre und das jahrelange Genehmigungsverfahren um die Raffinerie Lannach. Die ÖMV plante im Herbst 1972, innerhalb der nächsten zwei Jahre eine weitere Erhöhung der Leistung auf 12 Mio. t und in weiterer Folge auf 14,4 Mio. t bis Mitte der siebziger Jahre. Hand in Hand damit gingen auch Investitionen in den Ausbau der Verarbeitungsanlagen und des Tankstellennetzes³⁶⁶. Im Juli 1971 unterzeichnete die ÖMV außerdem einen weiteren Vertrag mit der italienischen ENI über die gemeinsame Errichtung einer Erdgas-Pipeline durch Österreich, durch die russisches Erdgas nach Italien geführt werden sollte³⁶⁷. In Verbindung damit bemühte sich die ÖMV seit Anfang der siebziger Jahre, die 1968 vereinbarte Erdgas-Liefermenge aus der UdSSR von 1,5 Mia. m³ jährlich auf das Doppelte

³⁶⁴ Kronberger, Die österreichische Mineralölwirtschaft, S. 114ff.

³⁶⁵ BKA, Staribacher-Tagebücher, 5.6.1970.

³⁶⁶ Kronberger, Die österreichische Mineralölwirtschaft, S. 80-87, Staribacher-Tagebücher, 17.7.1970, Gespräch Staribacher mit Generaldirektor Ludwig Bauer und Feichtinger, ÖMV.

³⁶⁷ Staribacher-Tagebücher, 12.7.1971.

aufzustocken³⁶⁸. Die Verhandlungen darüber erwiesen sich aber als langwierig, weil die UdSSR den Verkaufspreis für zusätzliches Gas erhöhen wollte. Auf dem Gebiet der heimischen Gasversorgung kam es zudem zu einer Rivalität mit den Landesenergieversorgern, die über die 1962 gegründete Austria-Ferngas eine eigene Gasversorgung durch Flüssiggas aus Algerien im Rahmen einer eigenen Gasinfrastruktur planten³⁶⁹. Staribacher war als künftiger Ressortchef für die Energiepolitik und -versorgung darüber gar nicht glücklich; er hätte einer Verbundlösung wie im Bereich Wasserkraft auch im Bereich Erdöl und Erdgas den Vorzug gegeben.

Im Sommer 1970 war das Projekt Lannach entscheidungsreif, und Staribacher, der sich Interventionen von allen Seiten ausgesetzt sah, beriet in kurzen Abständen mehrfach sowohl mit Vertretern der Ölgesellschaften, dem steirischen Landeshauptmann und der steirischen SPÖ-Führung und empfing auch eine Delegation der Bürgerinitiative, deren Argumente bei ihm Gehör fanden³⁷⁰.

Standpunkte und Interessenslage in dieser Frage lagen weit auseinander: Die internationalen Ölgesellschaften traten für eine Inbetriebnahme ein, obwohl die Kapazität des Projekts inzwischen als zu gering erachtet wurde. Landeshauptmann Krainer und die steirische SPÖ-Spitze trat aus Arbeitsplatzgründen ebenfalls für die Raffinerie ein³⁷¹. Die Initiative „Schützt das Kainachtal“ bekämpfte das Projekt vehement und beabsichtigte bei Bestätigung der Betriebsgenehmigung durch das Ministerium eine Verfassungsklage. Die ÖMV hatte aufgrund des Ausbaus der Schwechater Raffinerie das Interesse an Lannach weitgehend verloren. Da die meteorologischen und medizinischen Gutachter die im Bewilligungsbescheid vorgeschriebenen Abgaswerte als ausreichend und unbedenklich einstufen, hatte der Minister kaum Spielraum, um dem rd. 1,7 Mrd. öS teuren Raffinerieprojekt, das er persönlich für unwirtschaftlich hielt, die Betriebsbewilligung zu verweigern. Am 5. August 1970 teilte er unter anderen den Direktoren von ÖMV, Shell, RAG, die bereits 200 Mio. öS investiert hatten, seine Bedenken in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit mit, erteilte jedoch Mitte August dennoch die gewerberechtliche Bewilligung für die Raffinerie³⁷². Im Verlauf der Kontakte war klar geworden, dass die Manager von ÖMV und Shell unterschiedlicher Ansicht waren. Während die ÖMV-Führung bereits im Juli 1970

³⁶⁸ Den ersten Gasliefervertrag hatte die ÖMV mit der UdSSR am 1. Juni 1968 geschlossen. Der Vertrag sieht die Lieferung von 30 Mia. m³ Erdgas innerhalb von 23 Jahren vor.

³⁶⁹ Kronberger, Die österreichische Mineralölwirtschaft, S. 155-161. Die Austria-Ferngas war eine Gemeinschaftsgründung der Niederösterreichischen Gasgesellschaft (Niogas), Wiener Stadtwerke und Steirischen Ferngas.

³⁷⁰ BKA, Staribacher-Tagebücher, Tagebucheintragungen, 11.6.-5.8.1971.

³⁷¹ Der Volksbote, Innsbruck, 22.8.1970, Wem nützt eine Raffinerie Lannach?

³⁷² BKA, Staribacher-Tagebücher, 21.7., 3.8., 4.u. 5.8.1970, Der Volksbote, Innsbruck, 22.8.1970, Wem nützt eine Raffinerie Lannach?

meinte, man solle Lannach „in Frieden sterben lassen“³⁷³, hielten die internationalen Ölgesellschaften offiziell am Projekt fest.

Nach den sommerlichen Turbulenzen wurde es wieder still um Lannach, man darf aber annehmen, dass hinter verschlossenen Türen weiter über das Raffinerieprojekt verhandelt wurde. Ende Februar 1971 bot Staribacher die guten Dienste seines Ministeriums an, um sich über eine wirtschaftlich vertretbare, das hieß wohl: größere Lösung zu einigen. Eine solche hätte aber nicht nur erhebliche Mehrkosten verursacht, sondern auch eine Änderung der Rohöllieferverträge notwendig gemacht. Die Rohölversorgung der Raffinerie sollte über die neue Adria-Wien-Pipeline (AWP) erfolgen.

Die AWP bildete eine Abzweigung der von Triest in die bayrische Raffinerie Ingolstadt geführte 460 km lange Transalpine Pipeline (TAL³⁷⁴). Die Gründung der AWP war bereits 1965 gemeinsam durch die ÖMV (26 %) und die Töchter der internationalen Ölkonzerne Shell, Esso und Mobil (74 %) erfolgt, mit dem Bau wurde 1969 begonnen, Ende Oktober 1970 trafen die ersten Öllieferungen in Schwechat ein. Die Baukosten der Pipeline beliefen sich auf 1,6 Mrd. öS. Besonders die ÖMV leitete damit eine Neuorientierung ihrer Ölpolitik ein, um angesichts der rasch schwindenden eigenen Ölvorräte eine neue Versorgungsbasis zu gewinnen. Die Pipeline führte von der TAL-Abzweigung in Würmlach, Kärnten über die Koralpe an Graz vorbei über den Wechsel zur Raffinerie Schwechat, die über die AWP mit einer Transportkapazität von 5 Mio t (später: 11 Mio. t)/ Jahr künftig den Großteil des dort verarbeiteten Rohöls beziehen sollte. Die Inbetriebnahme der neuen Ölleitung erfolgte am 28. August 1970³⁷⁵. In diesem Jahr konnten nur noch rd. 25 % des Rohölbedarfs aus heimischer Förderung aufgebracht werden, bis 1980 sank dieser Anteil auf 18 %³⁷⁶. Im Zusammenhang damit wurden auch gesetzliche Vorkehrungen im Rahmen eines eigenen Pipelinegesetzes für notwendig erachtet, um die gesetzliche Handhabe zu schaffen, im Bedarfsfall Abzweigungen von Transitpipelines für den heimischen Bedarf zu ermöglichen. Das rasche Genehmigungsverfahren für die TAL-Pipeline war von der damals noch oppositionellen SPÖ heftig kritisiert worden³⁷⁷. Staribachers Gesetzesentwurf stieß dann aber auf Widerstände in der Handelskammer und Energiewirtschaft³⁷⁸.

³⁷³ BKA, Staribacher-Tagebücher, 17.7.1970.

³⁷⁴ Mit den Planungen für die TAL wurde 1963 begonnen; die Fertigstellung erfolgte 1967. Die TAL verfügt derzeit über eine Transportkapazität von 36 Mio. Tonnen.

³⁷⁵ Vgl. Die Wirtschaft, Öl-Krise: Ruhe ist erste Käuferpflicht (Gespräch mit AWP-Direktor Kiefer).

³⁷⁶ Beiträge zu einem Energiekonzept, S. 35f., Url: <http://www.awp.co.at> (Geschichte).

³⁷⁷ Beiträge zu einem Energiekonzept, S.44ff

³⁷⁸ Neue Zürcher Zeitung, 2.9.1970, Aktivierung der österreichischen Erdölpolitik, Staribacher-Tagebücher, 6. und 22.10.1970, 19.4.1971, 12.7.1972.

Eine Kapazitätsausweitung von Lannach hätte nicht nur eine geringere Rohölzufuhr für Schwechat bedeutet, woran die ÖMV kein Interesse hatte, sondern eine Änderung sowohl der AWP-Verträge als auch der Lieferverträge zwischen AWP und den TAL-Betreibern notwendig gemacht. Das vergrößerte Raffinerieprojekt hatte daher, kaum Chancen auf eine rasche Verwirklichung. Über die internen Gespräche der AWP-Gesellschafter ist nichts bekannt. In einer 1973 verfassten Analyse eines technischen Mitarbeiters der ÖMV wird dazu festgestellt, die ÖMV habe jedenfalls nichts unternommen, um die beim Projekt Lannach aufgetretenen Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Am 23. April 1971 teilte Shell-Generaldirektor Mieling Staribacher mit, „dass Lannach tot sei“, eine Mitteilung, die einen Monat später offiziell bestätigt wurde³⁷⁹. Betriebswirtschaftlich mag das Projekt Lannach in der ursprünglich konzipierten Größe nicht mehr rentabel gewesen, vom Standpunkt der Versorgungssicherheit Österreichs aber hätte im Lichte der Ölkrise die Realisierung eines größeren Projekts mittelfristig Sinn gemacht, weil dadurch auch die internationalen Konzerne stärker in die Verantwortung eingebunden worden wären.

Wenige Wochen später entschlossen sich Kreisky und die SPÖ-Spitze, im Parlament einen Antrag auf Neuwahlen zu stellen. Die folgenden Monate standen daher im Zeichen der Wahlauseinandersetzung. In grundsätzlichen energiepolitischen Fragen trat Stillstand ein; die Beratungen über die Neuaufteilung der Kompetenzen innerhalb der Regierung, die Kreisky noch zu Jahresbeginn wieder aufgenommen hatte, kamen aus diesem Grunde im Frühjahr 1971 neuerlich ins Stocken. Staribacher musste daher die Hoffnung begraben, noch im selben Jahr mit der Erstellung eines mittelfristigen Energiekonzepts beginnen zu können.

Die energiepolitische Diskussion im Frühjahr und Sommer 1971 wurde von tages- und wahltaktischen Themen beherrscht, wie der Frage einer Anhebung des Benzinpreises, der Senkung des Bleigehalts im Treibstoff und einer Neuregelung der Abgasnormen bei Kraftfahrzeugen.

Benzin und Heizöl unterlagen in den siebziger Jahren noch der amtlichen Preisregelung. Da die letzte Anhebung der Mineralölpreise erst im August 1970 erfolgt war, war die sozialistische Bundesregierung wenig erbaut über eine neuerliche Erhöhung, die außerdem infolge der Forderungen der Mineralölfirmen und des Tankstellenpersonals kräftig auszufallen drohte. Dazu kam, dass der Benzinpreis im Warenkorb und damit für den Anstieg des Verbraucherpreisindex' großes Gewicht hatte, in Anbetracht steigender Inflation und eines Wahljahres war die Erhöhung also eine unerwünschte Maßnahme. Staribacher nahm daher, sobald entsprechende Forderungen geäußert wurden, die Haltung ein, Anträge

³⁷⁹ Staribacher-Tagebücher, 23.4.1971, Österreich-Bericht 111/1971, 25.5.1971: Raffinerie Lannach wird nicht gebaut.

auf diesem Gebiet einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, um eine Genehmigung, um die man letztlich nicht umhin kommen würde, möglichst in den Herbst oder ins nächste Jahr zu verschieben. Sofort nach den Nationalratswahlen wurden die Gespräche mit den Vertretern der Mineralölfirmen und Autofahrerklubs wieder aufgenommen. Durch geschicktes Taktieren gelang es Staribacher, im November 1971 eine moderate Benzinanhebung zu erreichen, gleichzeitig wurde der Bleigehalt im Benzin reduziert und die Tankstellenprovision erhöht. Die Anhebung des Heizölpreises konnte überhaupt bis nach Beendigung der Heizperiode aufgeschoben werden.

Hoch fiel dagegen mit 10% die Anhebung des Stromtarifs kurz darauf aus³⁸⁰. Beide Preiskorrekturen führten natürlich zu einer Erhöhung der Inflation, doch Staribacher war der Überzeugung, dass die „schönen, reichen und fetten Zeiten für die Energiewirtschaft“ unter seiner Ministerschaft vorüber seien³⁸¹.

Energiekompetenz, Energieexpertise und Energiekonzept

Nach der Wahlkampagne musste sich Staribacher mit einer Fülle von Problemen herumschlagen. Staribacher verlor sein Ziel, ein Gesamtkonzept für die gesamte Energieversorgung erarbeiten zu lassen, zwar nicht aus den Augen, aber sein Ministerium verfügte nicht über die personellen Kapazitäten, um ein solches Papier zu erarbeiten. Im Frühjahr 1972 wurde im Kabinett mehrfach über das Schicksal der heimischen Braunkohlebergbaue beraten, die auch Staribachers Ressort betrafen, in dem sowohl die Oberste Bergbehörde als auch die Bergbauförderung angesiedelt war, deren Mittel laufend erhöht werden mussten, um die Defizite der Unternehmen zu decken. Die Graz Köflacher Bergbaubetriebe (GKB) im weststeirischen Revier (Köflach-Voitsberg, Fohnsdorf), die Wolfsegg Traunthaler Kohlewerke (WTK) im Hausruck und die Salzach Kohle Ges.m.b.H (SAKOG) in Trimmelkam konnten nur noch mit staatlicher Unterstützung oder durch Mittelzufuhr ihrer Konzernmutter (Alpine Donawitz) bilanzieren. Die WTK, die 1971 täglich 100.000 öS an Verlusten erwirtschaftete, hatte seit 1963 mehr als 140 Mio. aus der Bergbauförderung erhalten. Fohnsdorf erwirtschaftete 1971 einen Verlust von 71 Mio. Die GKB erhielt 1971 42 Mio., bei der SAKOG betrug der Verluste 1970 bei einem Eigenkapital von 28 Mio. bereits 22 Mio., die Bergbauförderung aber nur rd. 8 Mio.³⁸². Neben der Bergbauhilfe sicherten vor allem die kalorischen Kraftwerke der Elektrizitätsversorger (Verbund, Draukraftwerke, OKA) als Großabnehmer das Überleben der Kohlebergbaue.

³⁸⁰ Staribacher-Tagebücher, 11.11. u.2.12.1971.

³⁸¹ Staribacher-Tagebücher, 2.12.1971.

³⁸² Staribacher-Tagebücher, 9.9., 13.9., 22.10., 14.12.1971, 16.2.1972.

In der Bundesregierung und in der ÖIAG bestand Anfang 1971 grundsätzlich Einigkeit darüber, dass man nach einer wirtschaftlichen Bestandsaufnahme möglichst rasch zu Lösungen kommen müsse, da die Defizite sonst ins Uferlose wachsen würden³⁸³. Staribacher gelangte nach Studium des Problems schon Anfang 1972 zur Ansicht, dass nicht die Höhe des angefallenen Defizits, sondern in erster Linie wirtschaftliche Überlegungen für den Einsatz von Förderungen maßgeblich sein sollten. Im Februar 1972 lehnte auch Bundeskanzler Kreisky weitere Verlustabdeckungen ohne Beschlüsse über notwendige Stilllegungen ab³⁸⁴. Allerdings sah es die Bundesregierung als ihre Aufgabe an, Stilllegungen im Bergbau durch sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen so weit als möglich zu mildern. Es würde zu weit führen, die mit der Bewältigung der Stilllegung der verschiedenen Bergbaue verbundenen strukturellen Probleme in den späten siebziger Jahren bis ins Detail zu verfolgen.

Schon im April 1971 wurden erstmals Grundlinien über eine umfassende strukturpolitische Lösung für den Wirtschaftsraum Aichfeld-Murboden unter Einbeziehung raumplanerischer Konzepte besprochen. Eine Studie der dafür eingesetzten Planungsgruppe der Raumordnungskonferenz ergab allein für diesen Raum einen Investitionsbedarf von 1,8 Mrd. öS für strukturpolitische Maßnahmen, wovon das Land Steiermark 200 Mio. aufbringen sollte³⁸⁵. 1972 wurde mit der Umsetzung des Regionalprogramms Aichfeld-Murboden begonnen, wo 70.000-80.000 Menschen lebten. Die Stilllegung der Bergbaue wurde behutsam vorgenommen, und es wurden große Anstrengungen zur Ansiedlung neuer Produktionsstätten und Verbesserung der Infrastruktur unternommen. Von Seiten des Bundes wurden dafür sowohl beträchtliche Mittel aus der Arbeitsmarktförderung als auch Bergbau-Sonderkredite im Rahmen des ERP-Fonds von über 280 Mio. öS eingesetzt. Nach Angaben des Bundeskanzlers leistete die Bundesregierung im Zeitraum 1970-1975 für den Kohlebergbau Zuschüsse in Höhe von insgesamt 709 Mio. öS³⁸⁶. Die Strukturprobleme konnten dadurch zwar teilweise abgemildert, nicht aber, wie sowohl Aichfeld-Murboden als auch die erheblichen Probleme der Region Köflach-Voitsberg zeigten, dauerhaft gelöst werden³⁸⁷.

Im Bereich der Elektrizitätswirtschaft war sich Staribacher wohl bewusst, dass er es schwer haben würde, bei den immer wieder auftretenden Gegensätzen zwischen Verbund, den

³⁸³ Staribacher-Tagebücher, 10.,11.1.1971.

³⁸⁴ Staribacher-Tagebücher, 16.2.1972.

³⁸⁵ Staribacher-Tagebücher, 22.4.1971, 8.3.1972.

³⁸⁶ Kreisky, Reden, Bd.II, S. 203, Bericht des Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage, 9.6.1976, und S. 381, Bericht des Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage, 16.6.1977.

³⁸⁷ Trend H. 3/1979, Eine Stadt sieht schwarz. Industrieregion Köflach-Voitsberg.

Landes- und Sonder-Elektrizitätsgesellschaften – zuletzt etwa bei den Auseinandersetzungen um die Zielpriorität zwischen Forcierung des Donauausbaus und Errichtung des AKW Zwentendorf³⁸⁸ - ausgleichend zu wirken und zugleich von ihm als notwendig erkannte Reformen durchzusetzen. Nach den Vorgaben im SPÖ-Wirtschaftsprogramm war eine bessere „Koordinierung“ beim weiteren Kraftwerksausbau, aber auch eine Optimierung und mittelfristige Planung im Bereich der Energieumwandlung von kalorischer in elektrische Energie notwendig. Staribacher war sich keineswegs sicher, ob und wie weit es ihm gelingen würde, durch eine koordinierende Politik oder gar mittels dirigistischer Maßnahmen, basierend auf einem zu verabschiedenden Elektrizitätswirtschaftsgesetz Impulse für den notwendig erachteten Strukturwandel zu setzen³⁸⁹. Er war jedoch entschlossen und gab dies gesprächsweise auch unverblümt zu verstehen, dass er die verantwortlichen Manager in der Elektrizitätswirtschaft an die kürzere Leine zu nehmen werde³⁹⁰. Dass Energieerzeugung und -nutzung am Beginn einer neuen Ära standen und bei der Verwirklichung von Großprojekten auch zunehmend die Beziehung Technik, Mensch und Umwelt problematisiert wurde, wurde auch zu Beginn der siebziger Jahre als Problem wahrgenommen. Dass, wie das Beispiel Lannach zeigte, auch der weitere Ausbau der Wasserkraft, sowohl von Donau- als auch Speicherkraftwerken, vor allem aber die Nutzung der Atomenergie das Problem des Schutzes von Umwelt und der Sicherheit des Lebens aufwerfen würde, war den SPÖ-Energiepolitikern also bewusst³⁹¹.

Das große Kompetenzgesetz, von dem sich Staribacher eine umfassende Erweiterung seines Aufgabenbereichs erhoffte (also die Schaffung eines „Super-Wirtschaftsministeriums“ ähnlich dem in der BRD) hatte auch im Frühjahr 1972 noch nicht den Ministerrat passiert. Die Zuständigkeit für die Energiepolitik und Energiewirtschaft lag damit nach wie vor in dem von Erwin Frühbauer geleiteten Verkehrsministerium. Da Frühbauer aber damit rechnete, dass die Energiekompetenz in Staribachers Ressort wandern würde, dieser aber noch nicht formell verantwortlich war, entwickelten beide vorerst kaum grundlegende Initiativen.

„Wenn ich die Energiekompetenz haben werde...“, war ein Stehsatz in Staribachers Tagebüchern der Jahre 1970-1972. Da Staribacher vorerst nur für den Kohlebergbau zuständig war, hätte er, wenn er mit einem Energieplan an die Öffentlichkeit gegangen wäre,

³⁸⁸ Staribacher-Tagebücher, 17.2.1971.

³⁸⁹ Staribacher-Tagebücher, 17.2., 23.11.1971. Er war der Ansicht, dass Österreich zu klein sei, um sich den Luxus „monopolartige Gesellschaften in den Ländern und darüber noch die Verbundgesellschaft“ leisten zu können. Ihm schwebte eine Zusammenfassung der Landesenergieversorger und eine Reduktion der Verwaltungsapparate, vor allem aber eine „einheitliche Energiepolitik“ vor (Staribacher-Tagebücher, 10.12.1971).

³⁹⁰ Staribacher-Tagebücher, 12.3.1971.

³⁹¹ Vgl. Internationale Wirtschaft, 21.4.1972, Erwin Frühbauer, Energiedebatte auf dem Boden der Sachlichkeit.

sich sofort der Frage stellen müssen, wie es damit weitergehe. Genau darüber war sich die Bundesregierung aber wegen der weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Bergbauregionen aber noch nicht schlüssig³⁹².

Als ihm Frühbauer im April 1972 mitteilte, er rechne nun, die Energiesektion bald abgeben zu können, überlegte Staribacher, den von ihm angestrebten Energieplan unverzüglich anzugehen. Seit Monaten plagte ihn das Problem, wem er diese Aufgabe übertragen könnte. Der fraglichen Person zur Seite sollte freilich ein Energiebeirat unterstützend und beratend gestellt werden, um die verschieden gelagerten Interessen der Energiewirtschaft schon im Vorfeld adäquat zu berücksichtigen und den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Nahezu die gesamte überwiegend in öffentlicher Hand befindliche Energiewirtschaft war in hohem Maße politisiert; in besonderem Maße galt dies für die seit 1947 weitgehend verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft³⁹³. Sowohl an der Spitze der Verbundgesellschaft, als auch bei den Landesenergieversorgern und den sieben Sondergesellschaften herrschte ein ähnlich streng durchbuchstabierter parteipolitischer Proporz³⁹⁴ wie in der übrigen verstaatlichten Industrie. Die jeweiligen Spitzenmanager trafen sich regelmäßig, um anstehende wichtige Fragen zu beraten, wobei selbst auf fraktioneller Ebene oft divergierende regionale Interessen zutage traten. Unter diesen Managern zählte Staribacher Walter Fremuth zum engeren Kreis, dem er diese schwierige Koordinationsaufgabe unter den Energieexperten innerhalb der SPÖ-Energiefraktion zutraute. Fremuth war ein Topjurist, parteipolitisch gut verankert und bewandert in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Wirtschaft. Er hatte großes Interesse in die Gestaltung der E-Wirtschaft. Leider war er erst 1970 zum stv. Gouverneur der Postsparkasse bestellt worden. Die ihm angebotene Aufgabe wäre für ihn wohl mit finanziellen Nachteilen verbunden gewesen. Da ihn Frühbauer im April 1972 in den Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft entsandte, blieb er am Puls der Energiewirtschaft und bot dem Minister gerne seine guten Dienste an, auch bei der Auswahl geeigneter Kandidaten für die Leitung der Energiesektion. Später übernahm Fremuth die Leitung der Verbundgesellschaft³⁹⁵.

³⁹² Staribacher-Tagebücher, 12.7.1972.

³⁹³ Vgl. Langer, Verstaatlichung in Österreich, S.68-78, Hudeczek, Wege und Ziele, S. 127-130, zum 2.Verstaatlichungsgesetz: Langer, Verstaatlichungen, S. 562-568.

³⁹⁴ Vgl. Alexander Vodopivec, Wer regiert in Österreich? Wien 1960, S.157-161. Zum politischen Proporz in der E-Wirtschaft vgl. Tabelle Proporz in der Energiewirtschaft, in: Wochenpresse, 26.2.1972.

³⁹⁵ Fremuth begann seine juristische Laufbahn in der Generaldirektion der österreichischen Postverwaltung, wechselte nach seiner Tätigkeit in der Postsparkasse 1975-79 als Generaldirektor-Stellvertreter in die Girozentrale der österreichischen Sparkassen, 1979-93 Generaldirektor der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und danach bis 1996 letzter Aufsichtsratspräsident der Creditanstalt-Bankverein.

Da der Kompetenzaustausch zwischen Verkehrs- und Handelsministerium aber neuerlich vertagt wurde, wurde auch diese Personalfrage erneut vertagt. In den folgenden Monaten musste Staribacher seine Zeit ohnedies in hohem Maße den zu Ende gehenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EWG widmen. In der letzten Verhandlungsphase unternahm er Reisen nach Brüssel, Paris und Luxemburg, um in den letzten noch offenen Verhandlungskapiteln zu für Österreich vorteilhaften Lösungen zu gelangen. Daneben mussten im Zusammenhang mit der Anfang 1973 geplanten Einführung der Mehrwertsteuer zeitraubende Gespräche über die Umstellung der Wirtschaft auf das neue System geführt werden. Schließlich bereitete die wachsende Teuerung der gesamten Bundesregierung über das gesamte Jahr hinweg große Sorgen. Dies war ein Terrain, in dem Staribacher als Sozialpartner und ehemaliger „Preisspion“ der Arbeiterkammer ganz in seinem Element war.

Erst im Oktober 1972 wurde das lange diskutierte Kompetenzgesetz verabschiedet. Kreisky sprach im Ministerrat von einem historischen Augenblick, doch Staribacher und seine Mitarbeiter gelangten zu einer wesentlich nüchterneren Einschätzung: Es sei ein „Begräbnis erster Klasse“. Die Bürokratie, die dieses Gesetz von Anfang nicht gewollt habe, habe durch ewige Einwände die Entstehung und den Geltungsbeginn des Gesetzes möglichst verzögert, sodass das Gesetz in der laufenden Legislaturperiode faktisch nicht mehr umsetzbar sei. Sein eigenes Ministerium habe bei weitem nicht jene neuen Aufgaben erhalten, die es ursprünglich erhalten hätte sollen. Unter Staribachers Mitarbeitern meinten daher einige, das Handelsministerium sei statt eines Wirtschafts-, nun ein „Watschenministerium“, weil es vor allem unpopuläre neue Kompetenzen, wie z.B. die Preisüberwachung und -kontrolle erhalten habe³⁹⁶. Diese Meinung kam nicht von ungefähr: Zum einen bildete, wie an anderer Stelle erwähnt, die Kontrolle und Überwachung der Preise seit Amtsantritt des Kabinetts Kreisky einen Streitfall zwischen Regierung, Sozialpartnern und Industrie. Zum anderen musste sich Staribacher im Zusammenhang mit der Änderung der Umsatzbesteuerung (Mehrwertsteuer) just zu diesem Zeitpunkt damit wochenlang herumschlagen. Die Umstellung auf die Mehrwertsteuer sollte möglichst ohne Auswirkungen auf die Preise bleiben. Als überzeugter Sozialpartner hatte sie Staribacher teilweise nach Vorgaben der Regierung zu exekutieren³⁹⁷. Andernfalls wäre das gleichzeitig ausgehandelte Stabilitätspaket sofort unterlaufen worden.

³⁹⁶ Staribacher-Tagebücher, 5.10.1972. Diese Selbsteinschätzung wiederholte Staribacher auch in einem Pressegespräch.

³⁹⁷ Staribacher war auch deswegen verärgert, weil Androsch jedenfalls auf ein Inkrafttreten der Mehrwertsteuer am 1.1.1973 drängte, aber ihm die mit schwierigen mit der Festlegung der Entlastungssätze verbundene Arbeitslast aufbürdete (vgl. Staribacher-Tagebücher, 19.5.1972

Am Vorabend des ersten Ölshocks

Das Stabilisierungspaket enthielt auch für die Ölgesellschaften eine bittere Pille. Schon im Frühjahr 1972 hatte Androsch Staribacher auf eine moderate Anhebung des Benzinpreises einzuschwören versucht, um die Inflation nicht weiter anzuheizen³⁹⁸. ÖMV und internationale Gesellschaften hatten dagegen eine Preiserhöhung von über 50 g kalkuliert. Eine Senkung oder Ausklammerung der Mineralölsteuer aus der Kalkulation lehnte der Finanzminister ebenso ab wie eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel: Dadurch würden dem Fiskus zwischen 600 und 1,1 Mrd. öS verloren gehen, die er für den Ausbau des Autobahnnetzes dringend brauche³⁹⁹. Nach langen Verhandlungen konnte Androsch Ende November 1972 seinen Standpunkt weitgehend durchsetzen: Der Benzinpreis wurde in zwei Etappen – 1. April 1973 bzw. 1. Jänner 1974 jeweils um 30-40 g bzw. 30-35 g – angehoben. Ofenheizöl wurde – ebenfalls in zwei Etappen (1.1.1973 bzw. 1.1.1974) von 1,70 auf 1,95 verteuert, Diesel dagegen nur um 10 g⁴⁰⁰. Die Preiserhöhungen spiegelten auch die geänderte Lage auf den internationalen Ölmärkten wieder. Die ÖMV war über den von Androsch erzeugten Druck verärgert. Wenn die ÖMV einen Versorgungsauftrag habe, so die Botschaft an die Politik, dann müsse sie auch über die notwendigen Mittel verfügen, um diesen zu erfüllen⁴⁰¹.

Besonders auf dem Gebiet der Erdöl- und Gasversorgung mehrten sich seit Anfang 1973 die Anzeichen für Schwierigkeiten auf dem weltweiten Rohölmarkt: Es zeichneten sich angesichts des weltweit stark steigenden Benzin- und Heizölverbrauchs einerseits mengenmäßige Engpässe ab. Anfang der 1970er Jahre wurden auch die USA immer stärker von den Rohölreserven des Nahen Ostens abhängig, sodass US-Präsident Nixon in einer Rede an den Kongress von der Notwendigkeit sprach, neue Energiequellen zu erschließen. Der Ölmarkt wandelte sich dadurch weltweit zu einem Markt, in dem Angebot und Preis von den Förderländern, und nicht mehr wie bisher von den Ölkonzernen, bestimmt wurden⁴⁰². Andererseits veränderten sich die Beziehungen zwischen Förderländern und den internationalen Ölgesellschaften seit Ende der sechziger Jahre grundlegend: Die Förderländer, unter denen einige bereits 1960 die Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC) gegründet hatten, griffen die bisher dominierende Stellung der Konzerne im Ölgeschäft immer stärker an. Anfangs verlangten sie eine Erhöhung der Förderzinse, Steuern und Gewinnanteile, wodurch sich insgesamt eine starke, nicht bloß kurzfristige

³⁹⁸ Staribacher-Tagebücher, 19.5.1972.

³⁹⁹ Staribacher-Tagebücher, 9.5.1972.

⁴⁰⁰ Staribacher-Tagebücher, 12.7., 27.9., 8.11. und 9.11.1972.

⁴⁰¹ Arbeiter-Zeitung, 7.11.1972, ÖMV urgiert Umdenken in der Ölpolitik.

⁴⁰² WIFO-Monatsberichte H.8/1974, S. 378-386, Karl Musil, Energieprognose bis 1985. Die Rohölimporte der USA verdoppelten sich im Zeitraum 1970-1973.

Verteuerung bei Rohöl und Fertigprodukten abzeichnete, eine Entwicklung, die zunächst durch die starke Ausweitung der Ölförderung kompensiert werden konnte. Zwischen 1967 und 1975 verfolgten nationalistische Regierungen im Nahen Osten und Nordafrika, wie z.B. Libyen, Syrien und der Irak, dann zunehmend eine Politik, die darauf ausgerichtet war, den Einfluss der internationalen Ölgesellschaften auf die Ölförderung zu beschränken. In einigen Staaten wurden die dort tätigen Fördergesellschaften schließlich verstaatlicht, in anderen die Gewinnteilung zugunsten der Regierungen geändert⁴⁰³.

„Die Welt geht einer Energiekrise entgegen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Diskussion über dieses Problem auch in Österreich auf die politische Bühne gezerrt wird“, schrieb die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ elf Monate vor dem ersten Ölschock in einer Analyse des wachsenden weltweiten Energiekonsums⁴⁰⁴. Der Kommentator hatte an Äußerungen des ÖMV-Generaldirektors Ludwig Bauer angeknüpft, der kurz davor die Politik zu einem „Umdenken in der Ölpolitik“ aufgefordert hatte⁴⁰⁵.

Schon im Jänner 1971 hatte Staribacher von BP eine kryptische Warnung erhalten, deren Hintergrund – die Verhandlungen zwischen Förderländern und Ölkonzernen⁴⁰⁶ – ihm offenbar unbekannt war und deren Sinn sich ihm daher verschloss. Im Juli 1972 teilte ihm der Generaldirektor von Shell-Austria, Peter Mieling, warnend mit, die Erdölversorgung nicht der ÖMV allein zu überlassen oder durch direkte Abkommen z.B. mit den OPEC-Förderländern zu sichern, ein Standpunkt, den Mieling bei einem späteren Gespräch im Frühjahr 1973 bekräftigte⁴⁰⁷. Staribacher lehnte einen Vorschlag Mieling über eine Beteiligung Österreichs an der bayrischen Raffinerie Ingolstadt entschieden ab, weil es dem Neutralitätsstatus Österreichs widerspreche, in der Energiepolitik von einem NATO-Mitglied abhängig zu sein. Dem stand die Auffassung Bauers entgegen, der befürchtete, dass die internationalen Ölkonzerne „eine eigene Energiepolitik anstreben, die die Interessen der ÖMV und deren Versorgungskonzept schwer stören würde“⁴⁰⁸.

⁴⁰³ Libyen begann 1971 mit der Verstaatlichung der BP, der Irak folgte mit dem Beispiel und verstaatlichte den Rest der Iraq Petrol Company und das ergiebige Kurkur-Ölfeld. Vgl. dazu die umfassende historische Analyse von Daniel Yergin, *Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht*, Frankfurt 1991, besonders Teil IV und V.

⁴⁰⁴ *Die Presse*, 12.11.1972, Franz M. Bogner, *Der Ruf nach dem Energiekonzept*.

⁴⁰⁵ *Arbeiter-Zeitung*, 7.11.1972, ÖMV urgiert Umdenken in der Ölpolitik.

⁴⁰⁶ *Staribacher-Tagebücher*, 16.1.1971. Der Direktor von British Petrol, Armstrong, wandte sich damals an Staribacher mit der Botschaft, dass die mit den Exportförderländern der Opec, gescheitert seien. Es handelte sich um die Verhandlungsrunde in Tripolis und Teheran. Ein drohender Ölboykott konnte damals durch entsprechende Zugeständnisse abwendet werden. (vgl. Daniel Yergin, *Der Preis*, S. 703-706).

⁴⁰⁷ *Staribacher-Tagebücher*, 19.7.1972, 11.5.1972.

⁴⁰⁸ *Staribacher-Tagebücher*, 6.9.1972.

Da die Energiepolitik nach der neuen Kompetenzverteilung erst Anfang 1974 ins Handelsministerium kommen sollte, befürchtete Staribacher, dass Verkehrsminister Frühbauer künftig keine weitreichenden energiepolitischen Entscheidungen mehr treffen und sein Ressort für Fehler und Versäumnisse verantwortlich gemacht werden würde. Der scheidende Verkehrsminister hinterließ dem künftigen Energieminister den Entwurf für ein neues Elektrizitätswirtschaftsgesetz und ein Programm zum Ausbau der Elektrizitätswirtschaft in den nächsten beiden Jahrzehnten. Mit Frühbauer einigte sich Staribacher darauf, dass dieser keine Personalentscheidungen ohne seine Zustimmung mehr treffen sollte⁴⁰⁹. Als eine der letzten Initiativen auf diesem Gebiet präsentierte das Verkehrsministerium im Jänner 1973 eine Studie über die österreichische Elektrizitätswirtschaft. Die Studie, die auf Staribachers ausdrücklichen Wunsch hin den Terminus Elektrizitätskonzept vermied, ging von einer Verdopplung des heimischen Stromverbrauchs innerhalb des nächsten Jahrzehnts aus. Wenn die Bedarfsdeckung vorrangig aus heimischer Erzeugung erfolgen sollte, so setze dies den weiteren Ausbau von Wasser-, Speicher-, kalorischen und Kernkraftwerken voraus, darunter auch die Inbetriebnahme von drei Kernkraftwerken mit einer Gesamtleistung von 2.800 MW, wobei die Leistung des in Planung befindlichen AKW Zwentendorf mit 720 MW festgelegt worden war. Größtes Einzelprojekt der E-Wirtschaft war allerdings das Donaukraftwerk Altenwörth mit einer Leistung von 3.300 MW, das entspricht einem Sechstel der Gesamtenergieerzeugung aller österreichischen Donaukraftwerke. Altenwörth ging 1973 in Bau und wurde 1976 fertig gestellt⁴¹⁰.

Staribacher wollte nun die Erstellung eines Energiekonzepts so rasch wie möglich in Angriff nehmen; die Federführung sollte der künftige Leiter der Energiesektion in seinem Ministerium haben. Nach längerem Überlegen entschied sich Staribacher im Spätsommer 1972 für Wilhelm Frank, nachdem sein ursprünglicher Wunschkandidat Fremuth nicht verfügbar war. Als Energiefachmann war Franks Autorität unbestritten, politisch allerdings galt er wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur KPÖ als vorbelastet.

Frank hatte zwar ursprünglich der sozialistischen Mittelschülerorganisation angehört, war aber nach seiner Vertreibung aus Österreich wegen seiner jüdischen Herkunft in der Schweiz, wo er seine Studien an der Eidgenössischen Hochschule Zürich beendete, der Schweizer kommunistischen Partei beigetreten. Nach seiner Rückkehr nach Österreich wurde er in das von Karl Altmann geführte Bundesministerium für Elektrifizierung und Energiewirtschaft berufen, wo er für die Planung und Statistik des Energiewesens

⁴⁰⁹ Staribacher-Tagebücher, 9.10.1973, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Die Elektrizitätswirtschaft in Österreich im Zeitraum 1972-1990 (Kurzfassung), 20.12.1972.

⁴¹⁰ Wiener Zeitung, 16.1.1973, Salzburger Nachrichten 18.2.1973, Staribacher-Tagebücher, 9.1.1973.

verantwortlich war und an der Planung der Kraftwerke Kaprun und Ybbs-Persenburg mitwirkte. In den fünfziger und sechziger Jahren war er im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau mit Fragen der Energiepolitik und seit 1966 im Bundesministerium für Bauten und Technik mit dem technischen Versuchswesen befasst gewesen, ehe ihn 1970 Hertha Firnberg als Sektionsleiter in das neu geschaffene Wissenschaftsministerium übernahm. Firnberg ließ Frank nur sehr ungern ziehen, konnte sich aber Staribachers Drängen nicht verweigern⁴¹¹. Staribacher ließ Franks politische Einstellung vorsichtshalber von der Staatspolizei durchleuchten, auch um interne Einwände seiner eigenen Beamten zu entkräften, und erhielt die Auskunft, dass dieser der KPÖ nicht mehr angehöre⁴¹². Den Ausschlag gab aber wohl, dass Fremuth ihn für eine gute Wahl hielt⁴¹³. Wenn es an Frank etwas auszusetzen gab, dann, dass er in seiner Personalführung als nicht geschickt galt und Frühbauer die Energiesektion leider vernachlässigt hatte. Franks bisheriger Arbeitsschwerpunkt lag auf dem Gebiet der E-Wirtschaft, wohingegen die gesamte Mineralölwirtschaft ihm eher fremd war, was sich während der Ölkrise als Nachteil erweisen sollte.

Noch vor Jahresende trafen sich Staribacher, Mitarbeiter seines Kabinetts und Fremuth im kleinen Kreis mit Frank, um über die Erstellung eines Energiekonzepts zu sprechen. Man einigte sich darauf, dass, solange Franks Berufung ins Ministerium nicht erfolgen könne, eine kleine Arbeitsgruppe, ergänzt durch Energiefachleute der SPÖ (z.B. in der E-Wirtschaft), mit Unterstützung von Beamten seines Ministeriums rasch die notwendigen Fakten zusammentragen sollte, um dann die Grundprobleme anzugehen. Im Jänner 1973 wurde Frank dann auch einem größerem Kreis als Staribachers künftiger Fachmann für Energiepolitik vorgestellt. Frank und Fremuth sollten raschest eine Konzeption für ein Energiekonzept entwickeln; das Gesamtkonzept glaubte Staribacher dann innerhalb eines Jahres vorlegen zu können⁴¹⁴. Im Rückblick betrachtet war es vermutlich ein Fehler, nicht auch stärker Fachleute der Energiesektion aus dem Verkehrsministerium in die Arbeit eingebunden zu haben. Der Verzicht erfolgte vermutlich aus dem Grunde, weil Staribacher

⁴¹¹Zu Wilhelm Franks Biografie vgl. die ausführliche biografische Studie Gerhard Oberkofler, Wilhelm Frank zum Gedenken: Stationen eines Lebens für sozialen und technischen Fortschritt, In: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, Nr. 1/2-2000, Staribacher hatte schon ein Jahr, bevor er mit Frank sprach, ein Auge auf ihn geworfen (Staribacher-Tagebücher, 23.7.1971). Bei der Herbstklausur der Bundesregierung im burgenländischen Draßburg sprach Staribacher mit Firnberg erstmals wegen Franks Übernahme ins Handelsministerium (Staribacher-Tagebücher, 21.9.1972). Eine Übernahme des Leiters der Energiesektion in Frühbauers Ministerium kam für Staribacher nicht in Frage. Er wurde Ende 1973 pensioniert. (Staribacher-Tagebücher, 5.9.1973)

⁴¹² Staribacher-Tagebücher, 7.3.1973.

⁴¹³ Staribacher-Tagebücher, 6.9.1972.

⁴¹⁴ Staribacher-Tagebücher, 20.12.1972, 17.1.1973.

auch personell einen Neuanfang setzen wollte⁴¹⁵. Allerdings war die Personaldecke in seinem eigenen Ministerium sehr dünn. Die Oberste Bergbehörde ausgenommen, die nur in Bergbaufragen Expertise hatte, gab es in seinem Ministerium kaum jemand, dem man energiepolitische Fragen hätte übertragen können. Daher setzte er Ende März 1973 gegen manche Ängste und politisch motivierte Widerstände die Installierung Franks durch und stellte ihm, um dessen Autorität auch nach innen hin zu stärken, Friedrich Gehart an die Seite.⁴¹⁶

Im Winter 1972/73 traten weder bei Erdöl, Strom noch Koksa nennenswerte Engpässe auf. Die ÖMV hatte Staribacher im September 1972 versichert, sie sei, wenn sie mit der Rückendeckung des Ministeriums rechnen könne, imstande, in Absprache mit den Ölkonzernen ein entsprechendes Versorgungskonzept im Rahmen eines umfassenden Energiekonzepts vorzulegen⁴¹⁷, was zweifellos zur Beruhigung Staribachers beitrug. Ein Jahr später wartete der Minister freilich immer noch auf ein entsprechendes Papier der ÖMV. Durch den Ausbau der Verarbeitungskapazität der Raffinerie Schwechat, die über die AWP-Pipeline vorerst ausreichend mit Rohöl versorgt wurde, schien die Benzin- und Heizölversorgung für Ostösterreich zumindest für die nahe Zukunft gesichert. Auch im Bereich Stromversorgung hielt Staribacher Versorgungsengpässe in der nächsten Zeit für nicht sehr wahrscheinlich: „Wenn es nicht zu einer Katastrophe, sei es durch Werksausfall oder sonstigen Ereignissen kommt, kann in Österreich mit keiner Energiekrise resp. muss mit keiner Energiekrise in Österreich gerechnet werden.“⁴¹⁸

Der Westen Österreichs mit dem industriellen Ballungsraum Linz befand sich in einer weniger glücklichen Lage. Für dessen Versorgung mit Erdöl(produkten) wurden seit Jahren drei Lösungen diskutiert: Errichtung einer Raffinerie im Raum Linz, Versorgung via Pipeline von Schwechat aus und gemeinsame Versorgung mit Endprodukten durch Schwechat und Ingolstadt. Die Errichtung einer zweiten Raffinerie wurde vor allem von den internationalen Gesellschaften favorisiert, während die ÖMV eine Pipeline-Lösung vorschlug. Nach dem unrühmlichen Ende des Projekts Lannach unternahm vorerst keine der beiden Seiten einen Vorstoß. Staribachers Einschätzung der heimischen Ölversorgung spiegelt sich in der österreichischen Antwort auf die Anfragen der OECD-Mitgliedsstaaten, die im März 1973 auch den Ministerrat passierte: Die Verarbeitungskapazität der Raffinerie Schwechat in Verbindung mit der eigenen Rohölproduktion bilde eine gewisse Sicherheit in Krisenfällen.

⁴¹⁵ Er lehnte sowohl eine Übernahme des Leiters der Energiesektion im Verkehrsministerium Czech als auch eines engen Mitarbeiters Frühbauers, der sowohl am energiepolitischen Konzept der Wiener Arbeiterkammer als auch am Konzept Frühbauers über die E-Wirtschaft mitgearbeitet hatte, ab.

⁴¹⁶ Staribacher-Tagebücher, 15. u. 22.3.1973. Gehart war auch Mitarbeiter des energiepolitischen Ausschusses der Ökonomischen Versammlung der SPÖ.

⁴¹⁷ Staribacher-Tagebücher, 6.9.1972.

⁴¹⁸ Staribacher-Tagebücher 26.6.1973.

Es bedürfte aber zur Überbrückung von Versorgungsschwierigkeiten in Krisen- und Notstandsfällen einer stärkeren Lagerhaltung, in die sowohl die ÖMV als auch in die internationalen Gesellschaften einzubinden wären, die es bisher freilich abgelehnt hätten, Verantwortung für die Versorgung zu übernehmen⁴¹⁹.

Ende Jänner 1973 traf der sowjetische Handelsminister Patolitschew zu einem Besuch in Wien ein. Die ÖMV hatte sich schon im Vorfeld dieses Besuchs um die Lieferung von je 1 Mio. t Rohöl im Lauf der nächsten drei Jahre bemüht. Außerdem liefen seit Monaten Verhandlungen über eine Erhöhung der Erdgas-Lieferungen über die im Gasvertrag von 1968 vereinbarte Menge von 1,5 Mrd. m³ jährlich hinaus. Vor allem dieser Wunsch stieß auf wenig Verständnis bei Patolitschew; die sowjetische Delegation verwies darauf, dass Österreich beim Abschluss des seinerzeitigen Vertrages diese Möglichkeit angeboten worden sei, dass das von Österreich damals aber abgelehnt worden sei. Die russische Delegation war auch verärgert, dass die österreichische Presse in dieser Frage der UdSSR den schwarzen Peter zuschob, während die ÖMV Staribacher zerknirscht eingestand, den Gasbedarf damals nicht richtig eingeschätzt zu haben. In der Zwischenzeit benötigte man das russische Gas aber dringend und hoffte, über Trans Austria Gas -Pipeline (TAG)⁴²⁰ 4,5 Mrd. m³ russisches Gas zu erhalten, um die Verträge mit deutschen u. a. Partnern im Gasgeschäft erfüllen zu können. Trotzdem durfte die ÖMV auf Grund neu erschlossener umfangreicher Erdgasvorkommen auf zusätzliches russisches Gas hoffen⁴²¹. Der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin Anfang Juli 1973 in Wien, bei dem sich Staribacher im Hintergrund hielt, brachte vorerst keine konkreten Zusagen für zusätzliche Öl- und Gaslieferungen⁴²². Mitte September legte Staribacher auf dem Rückflug von einer GATT-Konferenz in Japan einen Zwischenstopp in Moskau ein, wo er mit dem stv. Außenhandelsminister Kuzmin neuerlich die Möglichkeit sowjetischer Öllieferungen besprach. Aber erst im Oktober 1973, am Beginn der Ölkrise, sicherte die UdSSR Österreich die Lieferung von mindestens 80.000 t Rohöl für die nächsten Monate zu, eine in Anbetracht der nagenden Ungewissheit inmitten der Ölkrise erleichternde Nachricht⁴²³.

⁴¹⁹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 106, BKA Gz. 182.229-10c/1973, OECD, Konfrontation der Energiepolitik Österreichs.

⁴²⁰ Das russische Gas sollte über die TAG, mit deren Bau in Österreich 1973 begonnen wurde, nach Österreich kommen. Die TAG verlief entlang derselben Trasse wie die AWP, nur dass das Gas die umgekehrte Flussrichtung hatte. Vgl. Österreich-Bericht 294/1973, 21.12.1973, Grafik Gas- und Ölpipelines in Österreich.

⁴²¹ Österreich hatte seinen Wunsch nach Aufstockung der Gaslieferungen bereits beim Besuch des stv. Ministerpräsidenten Nikolaj Baibakov in Wien im Dezember 1971 deponiert. Staribacher-Tagebücher, 22.12.1971, Arbeiter-Zeitung, 7.11.1972, Staribacher-Tagebücher, 5.12.1972, 30.1., 1.2. und 5.2.1973.

⁴²² Staribacher-Tagebücher, 2.7.1973.

⁴²³ Staribacher-Tagebücher, 10.9., 24.10.1973.

Im Zusammenhang damit kam es 1972/73 zu massiven Interessenskonflikten zwischen ÖMV und den im Austria-Ferngas-Konsortium vereinigten Landesgasversorgern, die sich seit geraumer Zeit beklagten, dass die ÖMV sich nicht intensiver um zusätzliche Gaslieferungen bemühe, um den unerwartet rasch steigenden inländischen Gasbedarf zu decken. Die Landesversorger wurden daher ihrerseits initiativ und nahmen im Rahmen eines europäischen Gaskonsortiums Verhandlungen mit Algerien über die Lieferung von Erdgas auf. Die Direktoren der ÖMV, die sowohl in der Öl- als auch in der heimischen Gasversorgung die dominierende Rolle zu behaupten versuchte, wollten dieses Projekt hintertreiben, auch deshalb, weil sie zu Recht befürchteten, dass die UdSSR den Preis für russisches Gas an den algerischen angleichen könnten. Ein Mitglied des Konsortiums meinte später einmal, die ÖMV-Spitze habe die Entwicklung verschlafen, weil sie nicht an die Zukunft des Erdgases geglaubt habe⁴²⁴. Im Frühjahr 1973 wurde Staribacher unentwegt von den beiden Streitparteien bestürmt. Als die ÖMV-Spitze Anfang 1973 jedoch erkennen musste, dass sie das Ende April vertraglich fixierte Algerien-Gasgeschäft⁴²⁵ der Austria-Ferngas nicht mehr verhindern konnte, änderte sie ihre Strategie und strebte nun eine Aufnahme in das Konsortium an. Es bedurfte großer Anstrengungen Staribachers, um die beiden Kontrahenten zu Gesprächen über einen Abgleich ihrer Interessen an den Verhandlungstisch zu bringen⁴²⁶. Aus Gründen der Versorgungssicherheit musste er gegen eine einseitige Abhängigkeit Österreichs in der Gasversorgung eintreten. Der Streit zwischen den beiden Kontrahenten zog sich noch über viele Monate bis in den Herbst hinein. Nachdem sich Finanzminister Androsch in der Endphase stark in die Verhandlungen engagiert hatte, stand Ende Oktober 1973 fest, dass sich der Bund aufgrund seiner Mitwirkung an der Finanzierung des Geschäfts und „zur Koordination“ zwischen der Austria-Ferngas und der ÖMV eine Beteiligung erhalten werde⁴²⁷.

Da die ÖMV-Führung vorerst vergeblich auf verbindliche Zusagen des UdSSR für zusätzliche Öl- und Gaslieferungen wartete, nahm sie im Juni 1972 direkte Verhandlungen mit dem Irak über Erdöllieferungen auf. Bisher waren im Irak nur die internationalen Ölkonzerne aufgetreten, doch das seit 1968 regierende Baath-Regime, das sich außen- und wirtschaftspolitisch eng an die UdSSR anlehnte, verstaatlichte 1972 die Iraq Petrol Company (IPC) und war seither bestrebt, das irakische Öl selbst auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die ÖMV, die bisher jährlich rd. 400.000 Tonnen irakisches Öl bezogen hatte, war durchaus an irakisches Öl interessiert, um ihre Stellung als Importeur zu stärken und strebte sogar eine kräftige Ausweitung der Ölimporte aus dem Irak an, obwohl Shell-Generaldirektor Mieling bei

⁴²⁴ Staribacher-Tagebücher, 25.4.1974.

⁴²⁵ Die Gaslieferungen aus Algerien sollten nicht vor 1977 erfolgen.

⁴²⁶ Staribacher-Tagebücher, 19./20.8. und 6.9.1972, 13.2., 14.3., 17.3., 6.4. 4.5., 26. und 28.5.1973.

⁴²⁷ Arbeiter-Zeitung, 25. und 30.10.1973.

Staribacher dagegen intervenierte. Auf Wunsch der ÖMV schaltete sich Staribacher selbst in die Gespräche mit dem Irak ein, und zwar im Rahmen eines Mittagessens mit den OPEC-Ministern, die Mitte März in Wien über eine Erhöhung des Rohölpreises berieten. Obwohl Wien bereits seit 1965 Sitz dieser einflussreichen Organisation war, hatte Staribacher interessanterweise bisher kaum von ihr Notiz genommen. Anscheinend blieb Staribachers Geste nicht ohne Erfolg für die ÖMV, die ihn Anfang Mai informierte, sie hoffe, die Ölimporte aus dem Irak in den kommenden Jahren von 400.000 auf 2,5 Mio. t zu steigern. Auch die ÖMV hatte bisher nur selten Kontakte zur OPEC gepflegt, nahm sich aber vor, in Zukunft engere Kontakte zu dieser Organisation anzustreben, besonders zum OPEC-Generalsekretär, sicher in der Hoffnung, so mit den Ölministern der arabischen Staaten leichter in Kontakt treten zu können. Ende September 1973 suchte Generaldirektor Ludwig Bauer sogar Bundeskanzler Kreisky an dessen Urlaubsort auf, um ihm mitzuteilen, innerhalb der OPEC gebe es Stimmen, die sich für eine Verlegung des OPEC-Sitzes von Wien nach Madrid aussprachen. Da Kreisky sich bemühte, Wien als Sitz internationaler Organisationen und als Konferenzort aufzuwerten, war dies sicher ein geschickter Schachzug⁴²⁸. Spätestens während der Ölkrise änderte sich die Wahrnehmung der OPEC-Staaten dann radikal, doch es gibt kaum Hinweise dafür, dass intime Informationen von den heftigen Kontroversen zwischen den Ölscheichs und den Ölkonzernen bis zu Staribachers Ohren drangen. Im Juli 1973 erfuhr Staribacher eher beiläufig von iranischer Seite, dass Verhandlungen mit der ÖMV wegen zu weit auseinander liegender Preisvorstellungen gescheitert seien; allerdings versuchte ÖIAG-Generaldirektor Franz Geist trotz gegensätzlicher Vorstellungen der ÖMV, das Projekt einer zweiten Raffinerie in Kooperation mit dem Nicht-OPEC-Mitglied Iran zu pushen⁴²⁹. Die ÖMV lehnte ihrerseits ein ähnliches Angebot des Irak im Sommer 1973 ab.

Einer der ersten, der die unmittelbar bevorstehende Versorgungskrise antizipierte, war der für Energie- und Ölfragen im US State Department zuständige Direktor James Atkins, der im April 1973 einen Aufsatz mit dem Titel „The Oil Crisis: This Time the Wolf is here“ in der renommierten Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlichte. Atkins Beitrag enthielt im Zusammenhang mit dem ungelösten Nahost-Problem und der mangelnden Energievorsorge des Westens eine eindringlich Warnung vor einem politisch motivierten Ölboykott und formulierte mögliche Krisenszenarien: „[...] the production of any one of seven countries – Saudi Arabia, Iran, Iraq, the Federation of Arab Emirates, Kuwait, Lybia or Venezuela – will be larger than the combined spare capacity of the rest of the world. In other words, the loss of the production of any one of these countries could cause a temporary but significant world oil shortage; the loss of any two could cause a crisis and quite possibly a panic among the

⁴²⁸ Staribacher-Tagebücher 14.6., 19.7., 5.12.1972, 14.3.,16.3.,2.5., 11.7. und 24.9.1973.

⁴²⁹ Staribacher-Tagebücher, 7.9.1973.

consumers. No, the threat to use oil as a political weapon must be taken seriously. The vulnerability of the advanced countries is too great and too plainly evident [...]"⁴³⁰

Zur gleichen Zeit, als Atkins seine Warnung vor dem politischen Einsatz des Erdöls als Waffe veröffentlichte, fand ein zähes Ringen zwischen den OPEC-Ölministern und den internationalen Ölkonzernen statt. Wichtigster Streitpunkt auf der Tagesordnung der Verhandlungen, die zwischen April und Herbst 1973 entweder am OPEC-Sitz in Wien, in Genf oder in verschiedenen arabischen Hauptstädten stattfanden, war die Anhebung des Rohölpreises. Die Wirtschaftskommission der OPEC empfahl im Frühjahr 1973 eine Revision der geltenden Verträge von Teheran vom 14. Februar und von Tripolis vom 20. März 1971 sowie des Genfer Abkommens vom 21.1.1972, in denen Obergrenzen und eine Indexierung für den Anstieg des Rohölpreises anhand der Preise für industrielle Exportgüter für die nächsten fünf Jahre fixiert worden waren⁴³¹. Die OPEC verwies dabei auf die mehrfache Abwertung des US-Dollar seit 1971, des Zahlungsmittels im Ölgeschäft, und die markant gestiegene Inflation. Beides führe zu einem realen Sinken ihrer Einnahmen; die OPEC-Staaten verlangten daher eine Anhebung des Rohölpreises um 10 %; sie begründeten dies auch mit dem Hinweis, dass die internationalen Ölkonzerne, die den weltweiten Ölhandel dominierten, den Hauptgewinn aus dem steigenden Weltmarktpreis des Erdöls einstrichen, und verlangten, ihren Anteil daran zu erhöhen. Die internationalen Ölkonzerne pochten anfangs auf die Einhaltung der Abmachungen von Teheran und Tripolis, nahmen aber dann Gespräche über eine Erhöhung des Rohölpreises auf: Die OPEC-Staaten lehnten das erste Angebot auf Erhöhung des Rohölpreises um 6 % brüsk ab, die Konzerne erhöhten ihr Angebot und nach harten Verhandlungen einigten sich beide Seiten schließlich auf eine Erhöhung des Rohölpreises um 11 %⁴³².

Schon während dieser Verhandlungen, über die auch in der österreichischen Presse berichtete, drohten einige arabische Staaten, darunter Libyen, Algerien und Kuwait mit dem Einsatz der „Ölwaffe“, und im weiteren Verlauf des Jahres schwenkte auch Saudi Arabiens König Feisal unter dem Einfluss von Ägyptens Staatschef Anwar al Sadat auf diese Linie ein und forderte die USA auf, sich von Israel zu distanzieren⁴³³. Libyen drosselte seine Ölförderung weiter, 1973 förderte das Land nur noch halb so viel Erdöl wie 1969, als Gaddafi

⁴³⁰ Foreign Affairs, April 1973. Wenig später wurde Atkins Energieberater von Präsident Richard Nixon. Dieser empfahl dem US-Kongress am 18. April 1973 eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung, Steigerung bzw. Einsparung von Energie. Vgl. Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (= Historische Mitteilungen, Beiheft 17), Stuttgart 1996, S. 48f.

⁴³¹ Daniel Yergin, Der Preis, S. 703-706, Simon Lixfeld, OPEC, In: Wolfgang Gieler (Hg.), Internationale Wirtschaftsorganisationen. Entstehung, Struktur, Perspektiven, Hamburg-Münster 2005, S. 221-236.

⁴³² Vgl. Berichte in der Arbeiter-Zeitung, 18., 26.4., 8.,9.,16., 29.5. und 2.6.1973.

⁴³³ Yergin, Der Preis, S. 716-721, Hohensee, Der erste Ölpreisschock, S. 62.

die Macht erlangt hatte, setzte die Verstaatlichung der Ölfelder fort und drohte den USA und ihren Verbündeten einen vollständigen Ölboykott an. Die US-Administration wies die Drohung Libyens zwar scharf zurück, reagierte auf die Anzeichen, die auf eine Energiekrise hindeuteten, mit der Erstellung eines Notfallplans, um Engpässen bei Heizöl und Benzin begegnen zu können⁴³⁴.

Schon im Vorfeld der im April 1973 begonnenen Verhandlungen zwischen der OPEC und den Ölkonzernen sprach der Generaldirektor von British Petrol (BP) Drake, der gemeinsam mit dem österreichischen BP-Direktor von Staribacher Anfang März empfangen wurde, eine deutliche Warnung aus: „Er erklärte“, wie der Minister festhielt, „dass in den nächsten Jahren und vor allem Jahrzehnten eine ungeheure Energielücke kommen würde. Er sieht die einzige Möglichkeit, daß die großen Nationen endlich zustimmen, daß ein weltweiter Energieplan gemacht wird. Die internationalen Ölgesellschaften, selbst wenn sie noch so groß und mächtig sind, können mit den Problemen nicht fertig werden und erwarten eine Unterstützung der Regierungen“⁴³⁵. Als Staribacher wenige Tage danach in Wien mit seinem deutschen Amtskollegen, Wirtschaftsminister Hans Friderichs, zusammentraf, nahm er gerne dessen Angebot an, ihm das soeben ausgearbeitete deutsche Energiekonzept vertraulich zur Verfügung zu stellen⁴³⁶. Bonn war Wien in dieser Beziehung um mindestens ein Jahr voraus. Bundeskanzler Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung im Jänner 1973 die Vorlage eines Energieplans bis September angekündigt. Diese wurde vom Kabinett tatsächlich am 26. September beschlossen und vorgelegt. Federführend für die Neuausrichtung der Energiepolitik im Bonner Wirtschaftsministerium war Ministerialdirektor Ulf Lantzke, später Staatssekretär und Mitinitiator der Internationalen Energieagentur. Lantzkes Sensibilität war bereits 1968 geweckt worden, und er stellte Staribacher dann auch die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung⁴³⁷. Die Versorgungslage der BRD bei Benzin, Gas und Heizöl unterschied sich allerdings erheblich von der Österreichs, weil die Bundesrepublik im Gegensatz zu Österreich nahezu über keine eigene Energiebasis auf dem Gebiet des Erdöls verfügte.

Anfang Mai nahm Staribacher im Rahmen einer Pressekonferenz der Austria-Ferngas über den Algeriengasvertrag erstmals auch zu den Zielen des in Ausarbeitung befindlichen

⁴³⁴ Arbeiter-Zeitung, 12.9.1973.

⁴³⁵ Staribacher-Tagebücher, 1.3.1973.

⁴³⁶ Staribacher-Tagebücher, 19., 20.3. und 15.6.1973.

⁴³⁷ Yergin, Der Preis, S. 724, Hohensee, Der erste Ölpreisschock, S. 48f. Lantzke bildete schon vor Ausbruch der ersten Ölkrise einen Krisenstab, der in der „heißen Phase“ auf 20 Personen aufgestockt wurde (vgl. Die Zeit, Nr. 49, 30.11.1973, Wolfgang Hoffmann, Die Verwalter der Krise) Staribacher lernte Lantzke erst im November 1975 bei einem Vortrag in Wien kennen. Um die Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren, schlug das deutsche Energieprogramm den beschleunigten Ausbau von Atomkraftwerken vor (vgl. Der Spiegel Nr.32/1998, S. 105-118, Neue Energien).

Energiekonzepts Stellung: Dieses sollte den Energiebedarf in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft analysieren und die vorhandenen heimischen Energieressourcen sowie technischen Kapazitäten der Energiewirtschaft sowie die vertraglich abgesicherten Importmöglichkeiten und die Netzwerke zur Verteilung der Energie erheben und eine mittel- und längerfristigen Prognose erstellen. Darüber hinaus sollte es eine kosten- und die preismäßige Kalkulation der Ressourcen innerhalb und zwischen den verschiedenen Energieträgern und –produzenten enthalten, um Möglichkeiten für eine Optimierung und Substitution abschätzen zu können⁴³⁸.

Allerdings wurden selbst in den eigenen Reihen bald Zweifel laut, ob Frank diese Aufgabe in dem vorgegeben Zeitraum auch würde leisten können. Selbst Walter Fremuth und Oskar Grünwald, die Frank sicherlich wohlwollend gesinnt waren, befürchteten, dass er „nicht die Kraft haben wird, die einzelnen Gruppen –elektrische Energie, Kohle, Öl, Gas usw.– zu einer Koordinierung und vor allem zu einem systematischen Plan [zu] bringen.“⁴³⁹ ÖIAG-Generaldirektor Franz Geist erbot sich, im Rahmen der ÖIAG einen Kohleversorgungsplan erstellen zu lassen, um eine vorausschauende Planung für den heimischen Bergbau wie auch notwendige Importe an Steinkohle und Koks aus Osteuropa zu ermöglichen. In der Frage der Öl- und Heizölversorgung vertraten ÖIAG, ÖMV und die internationalen Ölkonzerne aber unterschiedliche, um nicht zu sagen gegensätzliche Ansichten, wie sich spätestens in den Monaten der Ölkrise im Winter 1973/74 zeigen sollte. Geist wollte eine eigene staatliche Lenkungscommission für Mineralölimporte installieren, was naturgemäß von den in Österreich tätigen internationalen Konzernen, wie Shell, BP, Mobil oder Esso, abgelehnt wurde. Sowohl beim Besuch Kossygins als auch im Verlauf des Algeriengasgeschäfts trat auch Finanzminister Hannes Androsch in Erscheinung⁴⁴⁰. Sein energiepolitisches Engagement war durchaus abgestimmt mit Kreisky und wurde spätestens im Verlauf der Ölkrise von Staribacher als störend empfunden.

Shell-Generaldirektor Mieling, der seit langem den Kontakt zu Staribacher pflegte, versicherte, die Expertise Franks durch Beistellung eigener Unterlagen zu unterstützen. Der Shell-Chef hatte bereits zwei Jahre vorher gewarnt, dass der Verbrauch in den nächsten Jahren so stark ansteigen werde, dass jedwede Öl- und Gasreserve, selbst tiefliegende und maritime, erschlossen werde⁴⁴¹. Mieling hielt seine Zusage ein: Im Dezember 1973 übermittelte er Kreiskys Kabinettschef Alfred Reiter ein zehn Seiten umfassendes Papier zum österreichischen Energieverbrauch mit Vorschlägen zur Eindämmung der

⁴³⁸ Staribacher-Tagebücher, 4.5.1973.

⁴³⁹ Staribacher-Tagebücher, 15.6.1973.

⁴⁴⁰ Staribacher-Tagebücher, 3.7.1973, 17., 23. und 24.10.1973.

⁴⁴¹ Staribacher-Tagebücher, 23.4.1971, 11./12.5.1973.

Energieverschwendung⁴⁴². Es war auch Mieling, der Staribacher Anfang Oktober die ersten alarmierenden Nachrichten über die gescheiterten Verhandlungen zwischen den Ölkonzernen und den OPEC-Staaten übermittelte⁴⁴³. Auch die ÖMV hatte eine umfangreiche Studie zum Energiebedarf, speziell auf den Gebiet Erdöl und Mineralölprodukte, in Auftrag gegeben, die umfangreiches Zahlenmaterial enthielt und Staribacher Anfang August vorlag.

Am 11. Juli 1973 beschloss der Nationalrat das Ministeriengesetz, das Staribacher die Verantwortung für die Energiepolitik übertrug, formell zwar erst mit Jahresbeginn 1974, faktisch übernahm er aber schon im Herbst 1973 die politische Verantwortung. Verkehrsminister Erwin Frühbauer wurde am 18. September durch Erwin Lanc abgelöst. Noch am selben Tag besprach dieser mit Frank und Gehart das weitere Vorgehen bei der Erstellung des Energiekonzepts. Staribacher verwarf die Anregung, Ökonomen zur Erstellung einer Energieprognose heranzuziehen. Statt dessen bat er, sobald er aus dem Urlaub zurückgekehrt war, WIFO-Chef Hans Seidel, das WIFO möge eine Energieprognose für die nächsten paar Jahre erstellen, die dann alljährlich aktualisiert werden sollte. Mit Vertretern der Mineralölwirtschaft diskutierte er, wie man eine sinnvolle Konzeption des ausufernden Tankstellennetzes bewerkstelligen könnte.

Gegenüber Frank und Gehart äußerte Staribacher die Absicht, die Sozialpartner bei der Erstellung des Energiekonzepts eng einzubinden; sobald ein diskussionsreifer Entwurf dafür vorliege, werde es zur Einsetzung eines Energiebeirates kommen, in dem die Sozialpartner auch entsprechend vertreten sein müssten. Die erste Einladung zur Teilnahme erhielten Rudolf Sallinger und Arthur Mussil, mit denen Staribacher regelmäßig am Montag zu einem Gedankenaustausch über wirtschaftspolitische Fragen zusammentraf. Noch bevor er Anfang August einen Besuch in Jugoslawien und Albanien absolvierte, bei dem ebenfalls Energiefragen angesprochen wurden, traf er sich auch mit Verbundchef Erbacher, um verschiedene Fragen der Elektrizitätswirtschaft zu besprechen.

Da Staribacher seinen Sommerurlaub für gewöhnlich in den Bergen verbrachte, besuchte er Anfang August gemeinsam mit Frank die Drau- und Illkraftwerke sowie das Speicherkraftwerk Kaprun. Dabei fand er Gelegenheit, sein Gespräch mit Erbacher fortzusetzen: sowohl grundsätzliche wie auch Personalfragen wurden angesprochen. Kurz darauf besuchte Staribacher in Begleitung von Frank, Bautenminister Josef Moser und Heinz Kienzl eine ganze Woche lang auch KELAG und Steweag, um sich ein Bild von den Plänen und der Finanzlage dieser Energieversorger zu machen. Aus der wirtschaftlichen Lage und

⁴⁴² BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Schr. Peter Mieling an Alfred Reiter, 20.12.1973 mit Beilage: Referat Dipl. Ing. A. Rechberger, 13.12.1973.

⁴⁴³ Staribacher-Tagebücher, 11.10.1973.

den künftigen Ausbauplänen ergab sich für Staribacher die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung zwischen Verbund und Landesenergieversorgern, ein Umdenken in der Budgetplanung der Landesstromerzeuger und bei der Gestaltung des Stromtarifs⁴⁴⁴. Einige Länder befürchteten, dass das neue energiepolitische Tandem Staribacher und Erbacher eine „zentralistischere“ Politik einschlagen werde. Die beiden stimmten überein, bei der Lösung aller anstehenden Probleme möglichst einen Konsens mit den betroffenen Ländern und Landesenergieversorgern anzustreben.

Inzwischen verlangte die OPEC nach der neuerlichen Abwertung des Dollar im Sommer 1973 auf ihrer Tagung in Wien am 15. September 1973 eine neuerliche Revision der Verträge von Teheran und Tripolis. Die internationalen Ölkonzerne glaubten nach ersten Kontaktgesprächen, dass die OPEC bei dem nächsten Treffen, das am 8. Oktober 1973 in Wien stattfinden sollte, einen Preisantrag von 15-20 % stellen könnten und dass dieser Antrag durchgesetzt werden könnte⁴⁴⁵. Insgesamt ergaben sich, wie das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Dezember 1973 feststellte, aufgrund der neuen Preispolitik der OPEC schon seit Mitte 1973 kräftige Preisanstiege: Während der Rohölpreis für Österreich 1972 bei 52 S/100 kg lag, stieg er im Lauf des 3. Quartals zunächst auf 54 S und kletterte im Oktober auf mehr als 58 S⁴⁴⁶.

Ende September ereignete sich der Überfall auf das Flüchtlingslager Schönau: nahezu zwei Wochen wurde die innenpolitische Diskussion davon beherrscht. Am Vormittag des 28. September 1973 überfielen zwei Angehörige einer kleinen, radikalen, palästinensischen Splittergruppe am niederösterreichischen Grenzbahnhof Marchegg einen Zug, in dem sich jüdische Auswanderer aus der UdSSR befanden, die über das in der Nähe von Bad Vöslau befindliche Durchgangslager Schönau an der Triesting⁴⁴⁷ nach Israel auszuwandern beabsichtigten. Österreich wurde erstmals Ziel eines derartigen Anschlags. Die beiden Terroristen brachten vier Geiseln –drei jüdische Emigranten aus der Sowjetunion und einen österreichischen Zöllner– in ihre Gewalt. Sie verlangten in einem Flugblatt die Schließung des Transitlagers und freies Geleit in ein arabisches Land. Mit einem VW-Lieferwagen gelangten die Terroristen mit ihren Geiseln zum Flughafen Wien-Schwechat. Nach stundenlangen Verhandlungen mit Bruno Kreisky und Innenminister Rösch unter Vermittlung von Botschaftern mehrerer Nahost-Staaten, insbesondere Libyens und Ägyptens, erlaubte die Bundesregierung am 29. September 1973 die Ausreise der beiden Terroristen mit einer

⁴⁴⁴ Staribacher-Tagebücher, 7.8., 13.-18.8.1973.

⁴⁴⁵ Arbeiter-Zeitung, 15. u. 20.9.1973.

⁴⁴⁶ Wiener Zeitung und Arbeiter-Zeitung, 28.12.1973.

⁴⁴⁷ Das im Privatbesitz befindliche Schloss wurde von der Jewish Agency angemietet und seit 1965 als Transitlager benützt. Über Schönau wanderten angeblich über 160.000 sowjetische Juden nach Israel aus. Nach Angaben Bruno Kreiskys gab es seit 1972 Hinweise auf eine geplante Aktion (Bruno Kreisky, Im Strom der Politik, Berlin 1988, S. 320f.).

kleinen Privatmaschine nach Tunis, nachdem die vorherige Freilassung der Geiseln erreicht wurde. Die Bundesregierung beschloss auf Vorschlag Kreiskys, das Lager Schönau zu schließen. Die israelische Ministerpräsidentin, die sich zur Zeit des Anschlags auf Einladung des Europarates in Straßburg aufgehalten hatte, versuchte auf dem Rückweg bei einem persönlichen Gespräch am 2. Oktober Kreisky zur Rücknahme dieser Maßnahme zu bewegen; die Intervention blieb jedoch ohne Erfolg. Kreisky sicherte ihr jedoch zu, dass Österreich weiterhin Transitland für nicht-organisierte Auswanderer sein werde. Wenige Tage später empfing Kreisky den Sondergesandten des ägyptischen Staatschefs Sadat, Ismael Fahmi, der ihm nicht nur eine Dankesbotschaft des ägyptischen Präsidenten überbrachte, sondern auch verklausuliert den unmittelbar bevorstehenden Krieg andeutete⁴⁴⁸. Der Beschluss der Bundesregierung wurde nicht nur von der israelischen Presse z.T. heftig kritisiert.

In diesem Kontext wurde auch die Frage laut, ob der Schließung von Schönau auch eine wirtschaftspolitische Raison zugrunde lag. Dieser Frage wird im Folgenden noch nachzugehen sein. Weder aus den Notizen von Ernst Eugen Veselsky noch aus den Tagebüchern Staribachers lassen sich Hinweise auf derartige Äußerungen Kreiskys entnehmen, weder im Ministerrat noch vor einem anderen politischen Forum, die auf einen solchen Zusammenhang hindeuten würden. Bruno Kreisky selbst wies bereits am 13. Oktober vor dem Empfang des irakischen Botschafters kategorisch zurück, bei der Schließung des Flüchtlingslagers von derartigen Überlegungen geleitet worden zu sein, und wandte sich gleichzeitig gegen antisemitische Äußerungen, die in Österreich als Reaktion auf die israelische Kritik an der Schließung des Lagers Schönau laut wurden⁴⁴⁹. Auch in einer Pressekonferenz am 7. Dezember bekräftigte er, es habe im Zusammenhang mit der Schönau-Affäre keinerlei Gespräche über Öllieferungen gegeben, weder durch ihn noch durch ein anderes Regierungsmitglied⁴⁵⁰. In seinem ausführlichen Bericht an den österreichischen Nationalrat am 23. Oktober bekannte sich Kreisky allerdings weiterhin zu Österreichs Verpflichtungen als Aufnahmeland für politische Flüchtlinge, eine Verpflichtung, die Kreisky in der Festsitzung des Nationalrats zum Nationalfeiertag am 26. Oktober bekräftigte⁴⁵¹. Das Transitlager Schönau wurde nach Eröffnung eines Ersatzquartiers in der ehemaligen Bundesheerkaserne Wöllersdorf zwar am 12. Dezember geschlossen⁴⁵².

⁴⁴⁸ Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik*, Berlin 1988, S. 323. Ernst Eugen Veselsky, *Ministerratsvorbesprechungen*, 8.10.1973 (Transkript).

⁴⁴⁹ *Arbeiter-Zeitung*, 13.10.1973.

⁴⁵⁰ *Wiener Zeitung und Arbeiter-Zeitung*, 7.12.1973.

⁴⁵¹ *Arbeiter-Zeitung*, 24. und 28.10.1973. Das Bundeskanzleramt veröffentlichte im Dezember 1973 auch eine Art Weißbuch zur Geiselaffäre von Marchegg: *Die Ereignisse vom 28./29. September 1973. Ein Dokumentarbericht*, hrsg. vom Bundeskanzleramt, Wien, Österreich, 1973.

⁴⁵² Vgl. zum Gang der Ereignisse *Profil* Nr. 21/1973, S. 19-37. Golda Meir verurteilte in ihren Memoiren zwar die Haltung Bruno Kreiskys, nicht aber die Schließung des Lagers und lobte die bis

Österreich bot aber auch nach der Schließung des Transitlagers für sowjetische Juden weiterhin die Möglichkeit zum Aufenthalt nach ihrer Ausreise aus der UdSSR.

Der Jom Kippur-Krieg und die Verhängung des Ölembargos durch die arabischen OPEC-Staaten

Eine Woche nach dem Ende der Geiselnahme von Marchegg begann am 6. Oktober der vierte bewaffnete Konflikt zwischen Israel, Ägypten und Syrien, der, weil er am Beginn des höchsten jüdischen Festes Jom Kippur fiel, nach diesem benannt wurde. Obwohl insbesondere Ägyptens Staatschef Anwal al-Sadat Israel schon vorher wiederholt mit Krieg gedroht hatte und aufmerksame Beobachter verschiedene Anzeichen darauf richtig gedeutet wurden, wurden diesmal selbst Israels Armee überrascht. Den vereinten Armeen Ägyptens und Syriens gelang es, das Überraschungsmoment zu nützen und, hochgerüstet mit moderner sowjetischer Waffentechnik, Israels Armee in der ersten Kriegsphase in ernste Bedrängnis zu bringen. Dank massiver US-Waffenhilfe im Laufe der Kämpfe sowie dank der überlegenen Moral und Taktik gelang es Israel, sowohl den syrischen als auch den ägyptischen Angriff abzuwehren und die verlorenen Gebiete zwischen 10. und 16. Oktober wieder zurück zu erobern; der Krieg endete am 24. Oktober 1973⁴⁵³.

Selbst für die meisten arabischen OPEC-Delegierten kam der Ausbruch der Feindseligkeiten überraschend: Sie erfuhren davon erst nach ihrer Ankunft in Wien, wo sie am 8. Oktober 1973 mit den Vertretern der Ölkonzerne zu Verhandlungen zusammentreffen sollten. Die Wiener Verhandlungsrunde stand bereits ganz im Zeichen des militärischen Konflikts: Die OPEC-Delegierten lehnten das Angebot der Ölkonzerne auf Erhöhung des Rohölpreises um 15 % entschieden ab. Sie forderten im Gegenzug eine Erhöhung um 100 %. Die Kluft zwischen den Vorstellungen beider Seiten war so groß, dass die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden. Die Vertreter der arabischen Ölförderländer trafen am 16. Oktober im Kuwait-Hilton erneut zusammen und beschlossen, nicht länger auf ein Gegenangebot der internationalen Ölkonzerne zu warten und den „posted price“, der die Grundlage für die Besteuerung des Rohöls ‚an der Quelle‘ entsprach, von 2,90 auf 5,12 je barrel um 75 % zu erhöhen. Damit wurde dieser Preis weitgehend an jenen angeglichen, zu dem Öl auf dem Spotmarkt gehandelt wurde.

Die Konferenz war damit aber noch nicht zu Ende. Während zur gleichen Zeit Gespräche zwischen der US-Regierung und arabischen Delegierten über die Möglichkeit einer

dahin geübte Unterstützung Österreichs als Flüchtlingsland (Mein Leben, Frankfurt-Wien 1983, S. 438-444). Zum Lager Wöllersdorf: Österreich-Bericht 284/1973, 8.12.1973.

⁴⁵³ Golda Meir, Mein Leben, S. 445-469.

Beendigung des Krieges stattfanden, wurde am 17. Oktober in Kuwait ein Vorschlag des Irak beraten, Öl als „Waffe“ besonders gegen die USA einzusetzen: Der Irak forderte die anderen arabischen Staaten dazu auf, die in ihren Ländern tätigen US-Firmen zu verstaatlichen, sämtliche bei US-Banken gehaltenen Guthaben abzuziehen, die diplomatischen Beziehungen abubrechen und die USA und andere israelfreundliche Staaten nicht mehr mit Rohöl zu beliefern. Schon vor dem Treffen hatte NATO-Generalsekretär Joseph Luns davor gewarnt, dies würde „beinahe einem feindseligen Akt gleichkommen“⁴⁵⁴. Die radikale irakische Position wurde aber sowohl vom vorsitzführenden algerischen als auch von Saudi-Arabiens Ölminister Scheich Ahmed Yamani abgelehnt. Der Vertreter des Irak verließ daraufhin die Konferenz, die übrigen arabischen Ölminister berieten weiter und einigten sich darauf, die Ölförderung künftig jeweils um 5 % monatlich zu reduzieren, solange bis sich Israel aus den seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehen würde. Einige Konferenzteilnehmer erklärten, ihre Produktion gleich um 10 % drosseln zu wollen. Der saudi-arabische Rundfunk verkündete am 18. Oktober eine Produktionskürzung um 10 %. Libyen verkündete zwei Tage danach als Reaktion auf die amerikanische Militärhilfe an Israel, alle Öllieferungen an die Vereinigten Staaten einzustellen. Saudi-Arabien, Weltmarktführer als Verkäufer von Rohöl mit einem Anteil über 20 % und der wichtigste Öllieferant der USA, folgte dem Beispiel Libyens am 20. Oktober und erließ in der Folge Anordnungen an die im Land tätige Fördergesellschaft über die Belieferung westlicher Staaten. Die anderen arabischen Staaten, ausgenommen Tunesien, erklärten, ebenso wie die Saudis vorgehen zu wollen⁴⁵⁵.

Drei Wochen nach dem Embargobeschluss fand am 4. und 5. November eine weitere Konferenz in Kuwait statt, auf der über die einheitliche Durchführung der Embargomaßnahmen beraten wurde: Die anwesenden Minister beschlossen, die Ölförderung um 25 % gegenüber September zu reduzieren. Im Dezember sollte unter bestimmten Voraussetzungen eine weitere Drosselung der Ölförderung um 5 % erfolgen. Das danach veröffentlichte Kommuniqué betonte erneut den Zusammenhang zwischen den Embargomaßnahmen und der Forderung nach einem Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten. Die dritte Gipfelkonferenz in Algier vom 26. bis 28. November galt dem Bestreben, die Verbraucherstaaten in befreundete, neutrale und feindliche Staaten zu teilen. Als befreundet galten die arabischen und islamischen Ölimportländer, alle afrikanischen Staaten, weiters Brasilien, Indien, Frankreich, Großbritannien und Spanien; sie sollten weiterhin Rohöllieferungen wie bisherig erhalten. Durch wirtschaftliche Sanktionen, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel oder durch Waffenlieferungen an die arabischen Staaten konnten als neutral eingestufte Staaten den Status eines „befreundeten“

⁴⁵⁴ Arbeiter-Zeitung, 16.10.1973.

⁴⁵⁵ Yergin, S. 735-739

Staats erlangen. Als „feindliche“ Staaten galten zunächst nur die USA und Holland, später wurden auch Portugal, Südafrika und Rhodesien getroffen; außerdem wurden einige Nachbarstaaten einbezogen, von denen angenommen wurde, dass die USA durch sie mittelbar arabisches Öl erhalten würde. Die Bundesrepublik Deutschland wurde als neutraler Staat eingestuft⁴⁵⁶.

Nicht nur die Regierungen Europas und der USA, auch die Ölkonzerne selbst wurden von den zwischen 17. und 20. Oktober 1973 verkündeten Maßnahmen überrascht. Mit kräftigen Preiserhöhungen, ja mit weiteren Verstaatlichungsmaßnahmen hatte man gerechnet, nicht aber mit einem Embargo. Allerdings hatten die Botschafter von zwölf arabischen Staaten schon am 12. Oktober in Bonn eine Erklärung veröffentlicht, in der allen Ländern, die Israel unterstützten, mit einer Kürzung von Öllieferungen gedroht worden war⁴⁵⁷. US-Präsident Nixon stand, mitten im Watergate-Skandal befindlich, auch während der Kämpfe im Nahen Osten in ständigem Kontakt mit Vertretern des arabischen Lagers. Am 7. November unterbreitete er in einer Rede an die Nation eine Reihe von Vorschlägen für kurzfristige Einsparungen beim Energieverbrauch und rief ein neues Zeitalter der Energiepolitik in den USA aus. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft reagierten auf das Ölembargo mit einer am 6. November veröffentlichten Erklärung zum Nahostkonflikt, die einerseits das Recht Israels anerkannte, „in Frieden innerhalb gesicherter Grenzen zu leben“, andererseits auch „die legitimen Rechte der Palästinenser“ anerkannte sowie den Rückzug der Israelis aus den 1967 besetzten Gebieten verlangte und damit der arabischen Position entgegenkam. Das Rief bei den arabischen Staaten ein positives Echo hervor. In ihrer Haltung gegenüber Holland, gegen die das Embargo erst im Juli 1974 wieder aufgehoben wurde, zeigten einzelne EWG-Staaten, nach Ansicht Alfred Grossers, aber ein beschämendes Maß an kleingeistigem Egoismus⁴⁵⁸. Bei ihrer nächsten Zusammenkunft am 18. November in Wien beschlossen die arabischen OPEC-Mitglieder (OAPEC), die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft in Würdigung der demonstrierten Haltung von der für Dezember geplanten Kürzung um 5 % auszunehmen. Die OAPEC-Zusammenkunft in Wien markiert einen Wendepunkt in der Embargopolitik, in der Preispolitik allerdings blieben die Fronten verhärtet. Die arabischen Staaten und auch der Iran gingen dazu über, Rohöl im Auktionsweg an den Meistbietenden zu verkaufen⁴⁵⁹.

⁴⁵⁶ Hohensee, Der erste Ölpreisschock, S. 79-84, Vergin, S. 745. Portugal wurde deswegen einbezogen, weil es der US-Luftwaffe als Landesbasis für Waffentransporte während der Kampfhandlungen gedient hatte.

⁴⁵⁷ Arbeiter-Zeitung, 12.10.1973, S.4, Die Araber drohen mit Ölboykott.

⁴⁵⁸ Grosser, Das Bündnis, S. 382ff. Holland hatte den ägyptisch-syrischen Angriff auf Israel sofort und entschieden verurteilt.

⁴⁵⁹ Vergin, Der Preis, S. 751, Hohensee, Der erste Ölpreisschock, S. 84ff.

Die Ölkrise 1973 zieht herauf: erste Reaktionen und Konsequenzen

Die österreichische Politik wurde Anfang Oktober zum einen noch immer von den Nachwirkungen des Geiseldramas von Marchegg beherrscht. Die Schließung des Flüchtlingslagers trug Österreich nicht nur international Kritik ein, sie führte auch innenpolitisch zu einer Kontroverse über Österreichs Rolle als Flüchtlingsland und die Haltung gegenüber terroristischen Erpressungsversuchen. Außerdem wurden Ende Oktober die Landtage in Oberösterreich und Wien gewählt und der Wahlkampf war in einer heißen Phase: In Oberösterreich rechnete sich die SPÖ erstmals Chancen auf Eroberung der Mehrheit aus, in Wien stellte sich nach dem Rücktritt Felix Slaviks Leopold Gratz den Wählern.

Die ersten Nachrichten über Anzeichen für eine Krise der Ölversorgung erreichten Österreich zwei Tage nach Ausbruch der Kämpfe im Laufe des 8. Oktober. Vertreter der ÖMV waren soeben erst aus Libyen zurückgekehrt, wo sie über die Lieferung weiteren Rohöls verhandelt hatten. Infolge der Verstaatlichung der Ölquellen durch Libyen erfüllte die libysche Regierung die Lieferverpflichtungen nur unvollständig, und die Gespräche dienten offenbar dem Zweck, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen⁴⁶⁰.

Am Montag, dem 8. Oktober legte Kreisky in Übereinstimmung mit Außenminister Kirchschräger auch die Position, die Österreich als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates zum Nahostkonflikt einnehmen sollte, fest. Peter Jankowitsch, früherer Kabinettschef Kreiskys, wurde angewiesen, für einen sofortigen Waffenstillstand ohne Bedingungen einzutreten. Jankowitsch' Rede erhielt große Aufmerksamkeit; Österreichs Position wurde auch von Großbritannien einhellig geteilt und im Wesentlichen auch von Frankreich unterstützt. Schon im Juli 1973 hatte Österreich sich zusammen mit acht blockfreien Staaten um eine Resolution zur Wiederaufnahme der UNO-Mission im Nahen Osten bemüht. Das wurde aber von den USA blockiert. Seine Vorsitzführung im Sicherheitsrat während der heißen Phase der Nahostkrise trug sicherlich auch zur Verbesserung des Image' Österreichs unter den arabischen Staaten bei. Kreisky hatte zuvor die Nahostfrage sowohl mit Kossygin als auch dem ägyptischen Außenminister besprochen. Die unabhängige Position und Distanz zur USA trug Österreich großen Respekt in der arabischen Welt ein und später dazu bei, dass Österreich von den Embargobeschlüssen weitgehend verschont blieb⁴⁶¹.

⁴⁶⁰ Arbeiter-Zeitung, 2.10.1973, S. 4, Zusätzliches Libyenöl für die ÖMV? Verhandlungen über ein langfristiges Lieferabkommen

⁴⁶¹ Staribacher-Tagebücher, 8.10.1973, Arbeiter-Zeitung, 27.7.1973, Profil Nr. 25/1973, Ölkrise auf österreichisch, Arbeiter-Zeitung, 5.12.1973, Dreißig Tage im UNO-Cockpit.

Zwei Tage nach Kriegsausbruch stellte die „Arbeiter-Zeitung“ allgemeine Überlegungen an, welche Folgen eine Unterbrechung der Ölversorgung für die europäische Wirtschaft haben würde. Die ÖMV, die in ständigem Kontakt zu den Verladeterminals und Reedereien stand, teilte mit, die Verschiffung von Rohöl in Syrien und Libanon laufe trotz des Krieges normal; die nächste Lieferung für Österreich sei erst in der dritten Oktoberwoche fällig. Handelsminister Staribacher versicherte, die Versorgung Österreichs mit Rohöl sei derzeit gesichert; nur eine Schließung der Ölquellen würde eine ernsthafte Gefährdung darstellen. Allerdings sei wegen des kriegerischen Konflikts mit einem Preisanstieg bei Rohöl und Fertigprodukten zu rechnen⁴⁶². Aber noch an selben Tag, eine Woche vor den Beschlüssen der Ölminister in Kuwait, erreichten erste beunruhigende Nachrichten über eine Unterbrechung der Ölversorgung die ÖMV-Direktoren: die Erdölverladung in den Ölterminals des Libanon und Syriens sei infolge der Kriegshandlungen unterbrochen und irakischen Berichten zufolge sei auch das Ölzentrum Kirkuk gesperrt worden, von wo die ÖMV noch die Lieferung von 400.000 t bis Ende 1973 erwartete. Zwei Tage später gingen in Wien Nachrichten ein, dass die Transarabische Pipeline, die wichtigste Transportleitung für Öl aus Saudi-Arabien, die Liefermenge auf die Hälfte reduziert habe und selbst diese Menge in den Verladehäfen Sidon und Banyias nicht zur Gänze verladen werde⁴⁶³.

Die ÖMV beriet die Konsequenzen möglicher Lieferengpässe am Mittwoch, dem 10. Oktober, zunächst mit den Wiener Vertretern der internationalen Ölkonzerne. Am Nachmittag erfolgte dann eine gemeinsame Vorsprache bei Handelsminister Staribacher. Die Nachrichten, die dem Minister überbracht wurden, waren unerfreulich, ja besorgniserregend. Aufgrund der eingetretenen Stockungen in der Anlieferung von Öl aus dem Nahen Osten sei gegenwärtig davon auszugehen, dass schon im November nur 60 % und im Dezember gar nur 30 % des heimischen Rohölbedarfs gedeckt seien. Die ÖMV-Direktoren hatten vor ihrem Treffen mit Staribacher mit dem irakischen Botschafter in Wien ein Gespräch geführt, in dem die verzögerte Anlieferung und insbesondere die für den 21. Oktober geplante nächste Verladung von irakischem Öl, das für Österreich bestimmt war, angesprochen wurde. Der Ton der Aussprache hatte die Ölmanager nur noch mehr verunsichert: sie seien, teilten sie Staribacher vertraulich mit, „furchtbar schlecht behandelt worden“. Der Botschafter habe eine Intervention in Bagdad in dieser Frage abgelehnt und ihnen mitgeteilt, „Österreich sei eine feindliche Nation den Arabern gegenüber“⁴⁶⁴. Die Vertretern von Shell, BP, Esso und Mobil konnten Staribacher auch keine verbindliche Zusage geben, ob und in welchem Maße sie die zu erwartenden Lieferausfälle von arabischem Öl aus anderen Lieferquellen wettmachen könnten, und versprachen lediglich, ihr Möglichstes zu tun.

⁴⁶² Arbeiter-Zeitung, 9.10.1973, S. 10, Erdöl stärkste Waffe der Araber.

⁴⁶³ Arbeiter-Zeitung, 11.10.1973, S.4, Krisenmanagement bei Erdölknappheit

⁴⁶⁴ Staribacher-Tagebücher, 10.10.1973.

In Anbetracht dieser alarmierenden Mitteilungen erhob sich die Frage, ob man nicht die Rationierung von Benzin in Erwägung ziehen sollte. Die Ölmanager teilten Staribacher mit, dass die von ihnen betriebenen Tankstellen die Anweisung hätten, nur noch Tankfüllungen abzugeben, weiterreichende Maßnahmen seien vorerst nicht notwendig. Staribacher hielt es aber für sinnvoll, zumindest für die gesetzlichen Voraussetzungen zu sorgen, um für die Rationierung von Benzin gerüstet zu sein, und wies seine Mitarbeiter an, sofort eine Novellierung des Rohstofflenkungsgesetz vorzubereiten, die er schon dem nächsten Ministerrat und dann möglichst rasch dem Nationalrat vorlegen wollte⁴⁶⁵.

Die Massenmedien hatten von dem Treffen erfahren und warteten gespannt, welche Ergebnisse dieses haben würde. Der Minister stellte sich danach am späten Nachmittag den Journalisten und gab ihnen einen ziemlich ungeschminkten Bericht über die Versorgungslage, den er schon am nächsten Tag bereute, als aufgrund der Presseberichte ein Run auf Benzin und Heizöl einsetzte, der auch an den folgenden Tagen anhielt und trotz beruhigender Mitteilungen nicht so bald wieder gestoppt werden konnte. Wäre Staribacher zwei Wochen später mit seinem Bericht an die Öffentlichkeit gegangen, dann hätte sie der realen Versorgungslage eher entsprochen; zu diesem Zeitpunkt aber rief sie unnötige Panikkäufe hervor. Sein medialer Fehltritt wird verständlicher, wenn man berücksichtigt, dass ihm sein bewährter PR-Berater Fritz Koppe seit Juli nur mehr ausnahmsweise zur Verfügung stand.

Am selben Abend informierte Staribacher auch den Kanzler über die Versorgungslage und die Aussprache der Ölfirmen mit dem irakischen Botschafter, über den Kreisky sich „sehr erbost“ äußerte. Er habe bei seinem Treffen mit Ismael Fahmi die Zusicherung Sadats erhalten, „dass Österreich günstig behandelt wird“, womit zweifellos die Belieferung mit Öl gemeint war. Er wolle aber nicht, dass dies in der Öffentlichkeit bekannt werde. Zwei Tage später, am Freitag, dem 12. Oktober empfing Kreisky den Botschafter des Irak. Kreisky dementierte vor dem Treffen jeglichen Zusammenhang zwischen dem Problem der Ölversorgung Österreichs und der Schließung des Lagers Schönau. Über die Inhalte und Ergebnisse des Gesprächs konnte man wenig erfahren; die ÖMV-Leute fanden tags darauf den Botschafter in wesentlich freundlicherer Stimmung vor als bei ihrem ersten Gespräch⁴⁶⁶.

Am selben Tag suchte auch Shell-Generaldirektor Mieling den Handelsminister auf und informierte ihn streng vertraulich über den Plan der OPEC, den Ölpreis drastisch zu erhöhen. Von einem möglichen Embargo wusste Mieling anscheinend noch nichts, doch Staribacher

⁴⁶⁵ Ebda.

⁴⁶⁶ Staribacher-Tagebücher, 10. und 11.10.1973.

selbst war inzwischen äußerst besorgt, dass sich die Versorgungslage schon aufgrund des andauernden Krieges bald weiter verschlechtern könnte. Saudisches Öl wurde, wie am gleichen Tag bekannt wurde, nur noch über den syrischen Hafen Sidon verladen.

Wie ernst er die Lage aber inzwischen einschätzte, ersieht man daran, dass er am Samstag, dem 13. Oktober die Spitzen der Mineralölfirmen und der Handelskammer einlud und ihnen eröffnete, es sei notwendig, „dass man jetzt ein Krisenmanagement setzen [...] und etwas für die Bevorratung tun [sollte]“. An der Sitzung nahm auch sein Experte für wirtschaftliche Landesverteidigung Hanisch teil, dessen Vorschläge Staribacher zwar für undurchführbar hielt, der aber die ihm zugedachte „Krampus“-Rolle erfüllte, sodass sein Vorschlag, jetzt alle festen und flüssigen Brennstoffe in die Novelle zum Rohstofflenkungsgesetz einzubeziehen und damit zumindest ein begrenztes Instrument zur Steuerung der Energieversorgung in die Hand zu bekommen, auch von den Vertretern der Wirtschaft akzeptiert wurde, die sich einige Jahre zuvor noch vehement dagegen gesträubt hatten⁴⁶⁷. Die Novelle zum Rohstofflenkungsgesetz wurde nach Beratung auf Beamtenebene schon zwei Tage später dem Ministerrat vorgelegt und von diesem ohne Diskussion angenommen und dem Nationalrat übermittelt.

In den ersten Wochen nach Verkündung des Ölembargos herrschte in den meisten Staaten große Unsicherheit darüber, wie schwerwiegend die Auswirkungen der Maßnahmen auf Wirtschaft und Verkehr sein würden. Die Unsicherheit wurde noch verstärkt durch eine Reihe von offenen Fragen, auf die keine sichere Antwort gegeben werden konnte. Wie viel Öl würde in den kommenden Wochen und Monaten verfügbar sein? Wie lange könnten die Industriestaaten die Wintermonate aus ihren Vorräten, aus den Tankerflotten oder in Pipelines befindlichen Ölmengen überstehen? Wie weit würden die Fördermengen gekürzt werden? Wie würde sich das Embargo auf das weltweite Angebot und die Preise für Rohöl auswirken? Auf wie viele Staaten würde sich das Embargo beziehen? Welche Länder von der Liste der „neutralen“ Staaten würden auf die Vorzugsliste gesetzt werden oder gar die gesamte notwendige Ölmenge erhalten?

Die Verwirrung und Ungewissheit wurde noch vergrößert durch die Krisensituationen inhärenten Tendenzen zu übertriebenen Einschätzungen in Bezug auf die Unterbrechung von Nachschublinien oder die Sistierung von Lieferverträgen, die Unterbrechung von Pipelines oder anderen Absperrungsmaßnahmen, vor allem auch aufgrund der widersprüchlichen, bruchstückhaften und sich von Tag zu Tag ändernden Informationslage. Schließlich hatten auch die Zug um Zug ergriffenen Sparmaßnahmen, wie

⁴⁶⁷ Staribacher-Tagebücher, 12. und 13.10.1973.

Verkehrsbeschränkungen, Drosselung des Öleinsatzes bei kalorischen Kraftwerken, zur Folge, dass auch die Schätzungen des Energiebedarfs der vom Embargo betroffenen Staaten sich im Laufe des Winters ständig in einer schwer zu prognostizierenden Weise veränderten.

Dies alles traf auch auf die österreichische Versorgungslage zu. Staribachers vielleicht etwas überzogene Warnung vom 10. Oktober, die Benzinvorräte könnten nicht ausreichen, die in den folgenden Tagen zu Panikkäufen an den Tankstellen und vorübergehenden Engpässen führte⁴⁶⁸, war einerseits auf mangelnde Koordination mit der Mineralölwirtschaft zurückzuführen und andererseits eine Folge unzureichender Informationen über die tatsächlichen Vorräte.

Die Mineralölfirmen waren mittlerweile um eine nüchternere Beurteilung der Versorgungskrise bemüht. Sie gestanden kleinlaut, dass die 40 %-ige Kürzung der Auslieferungen an die Tankstellen überzogen war; ihre Einschätzung der Lage schien sich nun ins Gegenteil zu verkehren. Die ÖMV-Direktoren behaupteten, es gäbe genügend Vorräte bei allen Produkten für zwei Monate, eine Versorgungskrise könne daher für diesen Zeitraum mit einiger Sicherheit ausgeschlossen werden. Die internationalen Gesellschaften glaubten, von ihren Mutterfirmen im Bedarfsfall ausreichend Benzin zu erhalten, „wenn die Preise entsprechend gelockert werden“⁴⁶⁹. Auch der Bundeskanzler gab sich optimistisch und sah keinerlei unmittelbare Gefahr, dass Österreich nicht ausreichend Rohöl von seinen arabischen Partnern erhalten werde. Staribacher glaubte, die Österreich freundliche Haltung resultiere aus der Haltung in der Geiselauffäre, doch ist unklar, ob Kreisky im Ministerrat eine Äußerung dieser Art machte oder Staribacher aufgrund des Ablaufs der damaligen Ereignisse selbst diesen Schluss zog.

Im Banne der Krise: politische Reaktionen auf die Krise und kurzfristige Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung

Am Vorabend der Embargobeschlüsse der OPEC hatte die Stimmung also gedreht: Die drohende Versorgungskrise schien abgewendet. ÖMV und Staribacher traten am 15. Oktober mit einer beruhigenden Darstellung neuerlich vor die Presse: Die Benzin- und Heizölanlieferung erfolge ab sofort wieder normal. Staribacher legte Ziffern vor, die zeigen sollten, dass Österreichs Vorräte bei allen Endprodukten (Benzin, Diesel, Ofenheizöl) größer waren als 1972. Besonders gut sei die Vorratslage bei Heizöl, wo die Vorräte, auch aufgrund des warmen Winters, doppelt so hoch wären. Aber auch die Rohölvorräte und das auf dem

⁴⁶⁸ Arbeiter Zeitung, 14. und 16.10.1973.

⁴⁶⁹ Staribacher-Tagebücher, 13. und 15.10.1973.

Seeweg nach Österreich befindliche Erdöl lägen sogar um 60 % höher als im Vorjahr. ÖMV und internationale Konzerne hätten Vereinbarungen erzielt, um Ersatzlieferungen für die Ausfälle aus dem Irak und Libyen aus Algerien und Nigeria zu erhalten. Daher werde es weder bei Heizöl noch bei Benzin im Winter zu nennenswerten Ausfällen kommen. "Niemand wird heuer frieren müssen," lautete die Botschaft an die verunsicherten Haushalte und Autofahrer⁴⁷⁰.

Obwohl Staribacher nach außen hin Optimismus versprühte, zog er aus den turbulenten Ereignissen der vorangegangenen Tage den Schluss, künftig sowohl im Umgang mit den Ölkonzernen als auch gegenüber der Öffentlichkeit – besonders in der Verkündung negativer Nachrichten – mehr Vorsicht an den Tag zu legen. Deshalb vereinbarte Staribacher mit der ÖMV und den anderen Ölfirmen, dass sie ihm in kurzen Abständen aktuelle Meldungen über die Vorräte an wichtigen Mineralölprodukten vorlegen sollten. Aufgrund der ihm übermittelten Zahlen bekräftigte Staribacher auch in den folgenden Wochen, es werde zu keiner kritischen Lage in der Versorgung mit Benzin und Heizöl kommen⁴⁷¹.

Andererseits wehrte er Vorschläge aus seinem Ministerium kamen ab, die eine sofortige Einführung der Bewirtschaftung für alle Mineralölprodukte verlangten, schon deshalb, um nicht neue Unruhe in der Bevölkerung hervorzurufen, aber auch, weil er seine Beamten schlicht für unfähig hielt, aus eigenem ein funktionierendes Bewirtschaftungssystem aufzuziehen⁴⁷². Sie hatten aus seiner Sicht in den letzten Tagen weitgehend versagt, weil sie ihm, obwohl sie über statistisches Material über Produktion und Importe verfügten, nicht mit Informationen zur Versorgungslage versehen hatten. Aus den Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft wurde Staribacher klar, dass dort Befürchtungen bestanden, er oder die Beamten, die die Bewirtschaftung von Mineralölprodukten dann durchzuführen hätten, könnten ihre Befugnisse allzu weit auslegen und den Unternehmen die Verfügungsgewalt über wichtige Rohstoffe entziehen. Staribacher schien diese Ängste irrational; er suchte sie mit dem Hinweis zu zerstreuen, die Durchführung des Gesetzes läge erstens bei den lokalen Behörden und zweitens werde er dabei stets im Einvernehmen mit den Sozialpartnern vorgehen⁴⁷³. Da die Novelle zum Rohstofflenkungsgesetz nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden konnte, musste er in dieser Frage überdies die Zustimmung der ÖVP suchen. In den Verhandlungen über die Einbeziehung von Erdöl und Erdölprodukten in das Rohstofflenkungsgesetz konnten sich Regierung und Opposition rasch einigen, und am 8.

⁴⁷⁰ Arbeiter-Zeitung, 16.10.1973, S. 1, Genug Benzin, Heizöl: Anlieferung verstärkt. Vgl. den ausführlichen Bericht in der Wiener Zeitung, 16.10.1973, Ölengpaß wird bald behoben (Österreich-Bericht 240/1973).

⁴⁷¹ Österreich-Bericht, 246/1973, Kein Benzinmangel (Die Presse), Staribacher-Tagebücher 25.10.1973 und Arbeiter-Zeitung, 25.10.1973, S. 2 Öl: Sicherheit bis März.

⁴⁷² Staribacher-Tagebücher, 10., 14.10.1973.

⁴⁷³ Staribacher-Tagebücher, 13. und 24.10.1973.

November wurde die Novelle vom Nationalrat mit Zustimmung aller Parteien beschlossen. Zum ersten Mal seit Mai 1952 wurde das Gesetz materiell geändert und ein wichtiger Grundstoff wieder neu in die Lenkung einbezogen⁴⁷⁴.

Durch die Rohstofflenkung allein konnten die Probleme aber ohnedies nicht gelöst werden: sie war ein reines Instrument zur Zuteilung knapper Güter, ohne die Gütermenge zu vermehren. Die Fachleute verlangten daher schon frühzeitig, dass das eigentliche Ziel, wie auch der Generalsekretär der Handelskammer Arthur Mussil unterstrich, nicht die Bewirtschaftung, sondern eine ausreichende Bevorratung von Öl und Benzin sein müsste⁴⁷⁵. Die mediale Diskussion darüber setzte ein, sobald der erste Schreck über die Benzin- und Heizölknappeheit vorbei war. Ein entsprechender Gesetzesentwurf hatte bereits vor 1970 dem Parlament vorgelegen, war aber, ebenso wie die Rohstofflenkung für Benzin, die damals am Veto der Handelskammer gescheitert war, unerledigt geblieben. Die Vorlage scheiterte damals am Widerstand Stephan Korens, der mit der Wirtschaft keine Einigung über die Finanzierung erzielen konnte⁴⁷⁶. ÖVP-Obmann Karl Schleinzer nahm Staribacher am 17. Oktober trotzdem wegen des fehlenden Bevorratungskonzepts unter Beschuss, und der Großteil der Presse schloss sich der Forderung nach einem solchen Konzept an. Wenn auch die meisten Kommentatoren der sozialistischen Bundesregierung schlechtes Krisenmanagement vorwarfen, so verwiesen einige, wie etwa Kurt Vorhofer, auch darauf, dass mangelnde Bevorratung und Zivilschutz ein jahrelanges Versäumnis seien, das man nicht nur der Politik allein anlasten könne; auch die Wirtschaft sei gefordert, organisatorisch und finanziell an der Krisenvorsorge mitzuwirken⁴⁷⁷. SPÖ, ÖVP und FPÖ einigten sich auch auf einen gemeinsamen Antrag zur Energiebevorratung, der in derselben Sitzung des Nationalrates, die Benzin in die Rohstofflenkung aufnahm, beschlossen wurde.

Für eine sichere Versorgung über drei Monate mussten Vorratslager für drei Millionen Tonnen Rohöl und Endprodukte geschaffen und die Lager ständig aufrecht erhalten werden. Die Kosten dafür betragen rd. 14 Mrd. öS. Für die Finanzierung gab es prinzipiell drei Möglichkeiten: a) durch die Mineralölwirtschaft, b) aus Steuermitteln oder durch steuerliche

⁴⁷⁴ BGBl. 571/1973, Rohstofflenkungsgesetznovelle, Wiener Zeitung, 9.11.1973, Rohstofflenkungsgesetz beschlossen. Das Rohstofflenkungsgesetz stammte aus dem Jahre 1951. Nach dem Ende der Ölkrise wurde die Lenkung auf dem Gebiet Energiesicherung aus der Rohstofflenkung herausgenommen und in einem eigenen Gesetz geregelt, das der Nationalrat im Anschluss an das Energiesicherungsgesetz verabschiedete: BGBl. 319/1976, Bundesgesetz über Lenkungsmaßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung (Energienkungsgesetz). Das Gesetz sah die Einrichtung eines Energienkungs- und eines Lastverteilerbeirats vor.

⁴⁷⁵ Wiener Zeitung, 9.11.1973.

⁴⁷⁶ Profil, Nr. 22/1973, Ölkrise: Das dicke Ende kommt noch, Kurier, 27.11.1973, Tagblatt, 17.10.1973, Mit der Ölkrise ist es Essig.

⁴⁷⁷ Österreich-Bericht, 17.10.1973, Kleine Zeitung, 16.10.1973, Kurt Vorhofer, Ein Operettenstaat. Im selben Sinne schon früher: Oberösterreichische Nachrichten, 13.10.1973, Hermann Polz, Die Sorglosen.

Begünstigungen für die Errichtung von Vorratslagern (z.B. vorzeitige AfA) und schließlich c) über den Benzinpreis (durch den Endverbraucher) bzw. durch die Wirtschaft (Heizöl schwer). Wenn man über die aktuelle Ölkrise hinaus ein umfassendes Bevorratungsprogramm entwerfe, könnten die Kosten leicht ein vielfaches dieses Betrags ausmachen, warf der angesehene Wirtschaftspublizist Horst Knapp ein. Die Auffassungen in der Finanzierungsfrage lagen auch diesmal weit auseinander, an ihr waren auch schon frühere Anläufe gescheitert. Die Handelskammer vertrat die Auffassung, dies sei Aufgabe des Staates, doch Staribacher und ein Teil der Presse war durchaus nicht dieser Meinung⁴⁷⁸.

Während sich die Versorgungslage in Österreich Ende Oktober langsam normalisierte, entfalteten die OPEC-Maßnahmen auch in Europa langsam ihre Wirkung. Am 18. Oktober berichtete die „Arbeiter-Zeitung“ in großer Aufmachung, die arabischen Staaten hätten „die Ölpreis-Rakete“ gezündet und die Rohölpreise um 17 % erhöht, was den realen Marktpreis um bis 70 % in die Höhe treiben könnte, mit noch nicht absehbaren Folgen für die Endverbraucherpreise⁴⁷⁹. Noch vor Monatsende fand eine Besprechung Staribachers mit zwei ÖMV-Vorständen statt, in der über die Auswirkungen des gestiegenen Rohölpreises auf die heimischen Endverbraucherpreise gesprochen wurde. Um die Inflation nicht weiter anzuheizen, hatte man die Mineralölwirtschaft 1972 überredet, die Preise für Benzin und Heizöl in mehreren Etappen anzuheben, die nächste Erhöhung war am 1. Jänner 1974 fällig. Zur Überraschung seiner Gesprächspartner schlug der Minister vor, die zweite Etappe vorzuverlegen und die Preise um 50 g zu erhöhen. Die ÖMV-Vertreter waren von seinem Vorschlag überrascht, aber keineswegs erfreut, weil sie eine wesentlich stärkere Erhöhung für notwendig hielten. Staribacher war der Überzeugung, dass die Bevölkerung eine Preiserhöhung erwarte und daher in der zweiten Oktoberhälfte Panikkäufe tätigte. Als überzeugter Marktwirtschaftler und Anhänger der Sozialpartnerschaft war er überzeugt, dass man an einer Erhöhung über kurz oder lang ohnedies nicht vorbeikommen würde. Er glaubte daher, dass sich die Lage am Treibstoffmarkt danach beruhigen werde, sodass eine rasche Preisanhebung auch ein Beitrag zur Versorgungssicherheit sei⁴⁸⁰.

Der von der Presse zum „happy Peppi“ titulierte Handelsminister befand sich in Bezug auf die Benzin- und Heizölversorgung zweifellos in keiner beneidenswerten Situation. Mit seinem alten Weggefährten Fritz Koppe diskutierte er Anfang November, wie man aus der Defensive herauskommen könne. Koppe riet ihm, von der bisherigen Linie zu beteuern, die Versorgungslage sei normal, allmählich abzugehen und die Bevölkerung schrittweise auf

⁴⁷⁸ Österreich-Bericht 241/1973, 17.10.1973, Die Kosten muß auch der Staat tragen (Die Presse), Horst Knapp, Verspätete Erkenntnis, Staribacher-Tagebücher, 22.10.1973.

⁴⁷⁹ Arbeiter-Zeitung, 18.1.1973, S. 1, 4, Araber zünden Ölpreis-Rakete.

⁴⁸⁰ Staribacher-Tagebücher 30.10. und 8.11.1973

eine mögliche Rationierung von Treibstoffen vorzubereiten. Gleichzeitig sollten verstärkt Vorsorgen für eine Bevorratung getroffen werden. Koppe schlug beispielsweise vor, die Errichtung von Tankanlagen und Vorratslagern für feste Brennstoffe über die BÜRGES-Aktion für Kleinkredite zu finanzieren. Staribacher bat Koppe, ein Bevorratungskonzept auszuarbeiten, das dieser als Entwurf Mitte November vorlegte⁴⁸¹. Es sollte jedoch durch die weitere Diskussion bald Makulatur werden. Das angekündigte Energiekonzept, das im Laufe des Herbsts vorgelegt werden sollte und das von Kreisky dringend verlangt wurde, verzögerte sich infolge der turbulenten Ereignisse weiter⁴⁸².

Nicht einmal eine Woche brauchten die Mineralölfirmen, um dem Handelsminister einen Preisantrag vorzulegen, der manchen Autofahrer zweifellos schwer schockte: Die Preiserhöhungen sollten bei Treibstoffen zwischen 70 g und einem Schilling pro Liter betragen, in Wirklichkeit lagen die am 9. November beantragten Preise sogar noch höher. Normal- und Superbenzin sollten jeweils um 1,30 S angehoben werden, Diesel um 75 g und Ofenheizöl um mehr als 1 S. Staribacher versuchte zwar zu beruhigen, die tatsächliche Preiserhöhung werde deutlich niedriger liegen. Nach Abschluss des beschleunigt durchgeführten Preisverfahrens ergab sich jedoch, dass die Ölindustrie nur bei Normalbenzin und Heizöl bereit war, erhebliche Abstriche zu machen. Staribacher hatte sich die Rückendeckung sowohl Kreiskys als auch Benyas für ein rasches Preisprüfungsverfahren und eine Erhöhung der Tankstellenpreise um bis zu 1 öS bereits im Voraus eingeholt. Staribacher selbst zog die Fäden bei den Verhandlungen am 13. November, die neuen Preise traten am 14. November in Kraft: der Preis für Normal- bzw. Superbenzin wurde um 1-1,10 S (rd. 25 %), um 80 g bei Diesel und um 65 g (+ 35 %) bei Ofenheizöl erhöht, das bedeutete den weitaus höchsten Preissprung bei Treibstoffen in der Zweiten Republik⁴⁸³.

Die Benzinpreiserhöhung war aber nur der erste Schritt einer sich als Folge des Nahostkonflikts tiefgreifend verändernden energiepolitischen Situation. Inzwischen hatten die arabischen Mitglieder der OPEC ihren Beschluss zur Verhängung eines Embargos gegen alle israelfreundlichen Staaten bekannt gegeben. Die Haltung der europäischen Staaten im Nahostkonflikt sollte, wie sie am 5. November bekannt gaben, einer genauen Bewertung unterzogen werden, die von den Außenministern gemeinsam mit einem Sanktionskomitee erstellt werde. Nur jene Staaten, die als „befreundete“ eingestuft wurden, sollten weiter

⁴⁸¹ Staribacher-Tagebücher, 5., 8. und 15.11.1973.

⁴⁸² Arbeiter-Zeitung, 8.11.1973, S. 4, Kreisky für Beschleunigung des Energiekonzepts.

⁴⁸³ Arbeiter-Zeitung, 6. und 11.1973, Wiener Zeitung, 14.11.1973. Staribacher-Tagebücher 7., 12. und 13.11.1973.

uneingeschränkt mit Rohöl beliefert werden. Relevante Informationen sollten die arabischen Botschafter in den untersuchten Staaten liefern.

Auch Österreich wurde in Untersuchung genommen. Anzeichen dafür gab es seit Anfang November. ÖMV-Generaldirektor Ludwig Bauer informierte Staribacher am 2. November über ein Gespräch mit dem libyschen Botschafter, der sich über das Verhalten österreichischer Spitzenpolitiker zum Nahostkrieg beklagte. Der Botschafter bezog sich dabei auf eine von führenden Vertretern von SPÖ und ÖGB unterzeichnete Resolution, die am 16. Oktober in der Arbeiter-Zeitung erschienen war, in der diese die Kriegsparteien zum sofortigen Waffenstillstand aufriefen, ihre Sympathie für Israel bekundeten und dessen Recht, in gesicherten Grenzen zu leben, forderten⁴⁸⁴. Diese Sympathieerklärung mache es Libyen schwer, in der Beurteilung seiner Politik für Österreich einzutreten⁴⁸⁵. In der Woche vom 5. bis 10. November trafen sich die in Wien akkreditierten arabischen Botschafter mindestens zweimal zusammen, um die Frage, wie Österreich im Nahost-Konflikt zu behandeln sei, zu beraten. Gerüchteweise bestand bei einigen Botschaftern die Ansicht, Österreich betreibe eine „pro-israelische Politik“, weil es sowjetischen Juden auch nach der Geiselauffäre die Möglichkeit einräume, über Österreich nach Israel auszureisen⁴⁸⁶. Staribacher wurde informell zugetragen, dass Saudi-Arabien und Ägypten österreichfreundlich gesinnt, der Irak und Syrien österreichfeindlicher eingestellt seien. Was den Irak betrifft, muss jedoch daran erinnert werden, dass die Embargobeschlüsse vom 17. Oktober ohne Mitwirkung des Irak getroffen wurden. Außerdem standen Österreich und der Irak zur selben Zeit in abschließenden Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen, das bei der nächsten Wiener OPEC-Tagung am 23. November unterfertigt werden sollte, sodass in Bezug auf die Haltung des Irak in Bezug zu einem allfällig gegen Österreich zu verhängendem Embargo Zweifel angebracht sind. Am 8. November wurden die Botschafter der arabischen Staaten auch vom Bundeskanzler empfangen. Nach dem Treffen versicherte der libysche Botschafter, die arabischen Staaten hätten niemals daran gedacht, Öl als Druckmittel gegen Österreich einzusetzen, insbesondere nicht als Druckmittel in der Frage der Schließung des Transitlagers Schönau. Kreisky selbst gab keine Auskunft, ob die Ölfrage bei der Besprechung ein Thema war⁴⁸⁷. Libyen gab der ÖMV auch grünes Licht für den raschen Abschluss eines Abkommens zur Lieferung von Rohöl, der sich wegen einiger Details noch einige Zeit verzögerte. Eine Entscheidung, welchen Status Österreich im

⁴⁸⁴ Arbeiter-Zeitung, 16.10.1973, S.2, Nahost: Prominente Österreicher fordern Einstellung des Feuers. Unterzeichnet wurde die Resolution ua. von Anton Benya, Adolf Czettel, Karl Czernetz, Heinz Fischer, Walter Hacker, Hans Hobl, Wilhelm Hrdlitschka, Heinz Kienzl, Eduard März, Philipp Rieger, Hubert Pfoch, Paul Schärf, Peter Schieder, Edgar Schranz, Robert Weisz und Sepp Wille.

⁴⁸⁵ Staribacher-Tagebücher, 2.11.1973

⁴⁸⁶ Arbeiter-Zeitung, 3.11.1973, S.1, Ölboykott: Krisengipfel der EWG

⁴⁸⁷ Österreich-Bericht 259/1973, Nie Öldruck gegen Wien. "Presse"-Gespräch mit dem libyschen Botschafter in Österreich (Die Presse), BKA, NL Kreisky, III/4, ORF, K.1318, ORF-Bericht, 8.11.1973.

Verhältnis zu den arabischen Staaten beigemessen wurde, ob es als „neutral“ oder gar als „befreundetes“ Land gelten sollte, dürfte zu diesem Zeitpunkt nicht gefallen sein⁴⁸⁸. Später äußerte Kreisky dazu, er halte nichts „von rasch wechselnden Einteilungen in freundliche oder feindliche Staaten“⁴⁸⁹.

Kreisky nahm wenige Tage danach an einem von der Labour Party organisierten Treffen der Sozialistischen Internationale in London teil, wo er, wie schon zuvor im Nationalrat, einen Bericht zur Geisellaffäre gab. Nach seiner Rückkehr wurde die Schließung des Lagers Schönau bekannt gegeben; Österreich ermöglichte aber weiterhin die Aus- und Weiterreise sowjetischer Juden nach Israel. Auf Kreiskys Vorschlag hin kam es 1974 zur ersten Fact Finding Mission im Nahen Osten⁴⁹⁰.

Neue beunruhigende Nachrichten zur Versorgungslage legten bald nahe, weitere Maßnahmen zur Sicherung der Öl- und Benzinversorgung zu ergreifen. Erst seit Mitte November zeigten die im Oktober beschlossenen Förderkürzungen ihre Wirkung auf das Ölangebot Westeuropas⁴⁹¹. Am Freitag, dem 16. November morgens erhielt Staribacher Besuch von Vertretern der Mineralölwirtschaft, die ihm mitteilten, dass Italien ihnen überraschend keine Lieferungen von Öl- und Ölprodukten mehr nach Österreich gestatte. Nach Angaben von Shell konnten am Vortrag 800 t per Eisenbahn und weitere 500 t als LKW-Transporte, die für die westlichen und südlichen Bundesländer bestimmt waren, nicht nach Österreich befördert werden. Die ÖMV erklärte sich außerstande, diesen Lieferausfall kurzfristig aus eigenen Reserven zu kompensieren. Mit regionalen Versorgungsschwierigkeiten müsse daher gerechnet werden. Staribacher informierte unverzüglich Außenminister Kirchschräger, der sofort offiziell in Rom Protest einlegen ließ, aber dazu riet, vor allfälligen Gegenmaßnahmen die italienische Reaktion abzuwarten. Die italienische Regierung versprach zwar umgehend, die zurückgehaltenen Transporte freizugeben, in Zukunft müsse Österreich aber mit einer Exportsperr für Mineralölprodukte rechnen. Obwohl Staribacher eine solche für rechtlich anfechtbar hielt, da es sich hier um eindeutig österreichisches Eigentum handelte, musste man eine derartige Eventualmaßnahme einkalkulieren⁴⁹².

⁴⁸⁸ Arbeiter-Zeitung, 6.11.1973, Ölboykott mit schwarzen Listen. Nach einem Bericht des Profil (Nr. 25/1973, S.33) galt Österreich als „araberfreundlich“, während dies aus den Äußerungen der Botschafter nicht unbedingt herausgelesen werden kann.

⁴⁸⁹ Arbeiter-Zeitung, 7.12.1973, Energiepolitik zentrale Frage.

⁴⁹⁰ Wiener Zeitung, 13. und 14.11.1973, Hella Pick, Und welche Rolle spielt Österreich?, Wien 1999, S. 173-188. Pick schildert darin ausführlich die internationalen Reaktionen, besonders in den USA und Israel, auf die Schließung des Lagers Schönau.

⁴⁹¹ Der Spiegel, Nr. 50/1973, Weltmacht Öl, S. 75-98.

⁴⁹² Staribacher-Tagebücher, 16. und 17.11.1973.

Bei einer sofort einberufenen Krisensitzung teilten die Ölgesellschaften Staribacher mit, dass in der nächsten Zeit auch mit Lieferschwierigkeiten von deutscher Seite zu rechnen sei. Von dort erhielt Österreich insbesondere Heizöl schwer für die Industrie sowie Spezialprodukte. Der Handelsminister kontaktierte sofort Botschafter Wilfried Gredler, der ihm nur mitteilte, die deutsche Regierung habe bisher noch kein Ausfuhrverbot erlassen⁴⁹³. Die deutsche Regierung und Ölkonzerne hatten aber auf die OPEC-Beschlüsse inzwischen ebenfalls reagiert: Dem Bundestag wurde ein Energiesicherungsgesetz vorgelegt, das die Bundesregierung zu treibstoffsparenden Maßnahmen ermächtigte. Willy Brandt und Helmut Schmidt riefen die Bevölkerung in „Blut und Tränen-Reden“⁴⁹⁴ zum sparsamen Gebrauch von Autos und Energie auf, eine Tempo 100-Beschränkung auf Autobahnen und 80km/h auf Landstraßen, ein Sonntagsfahrverbot und eine Senkung der Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden wurden verfügt. Die Maßnahmen waren jenen ähnlich, die Holland als Hauptbetroffener des Ölembargos bereits am 23. Oktober gesetzt hatte. Tankstellen erhielten um 15 % weniger Benzin, die Deutschen reagierten darauf zunächst ähnlich wie die Menschen in Österreich, nämlich mit der Anlage privater Benzin- und Heizölvorräte⁴⁹⁵. Ende November fand Staribacher Gelegenheit, mit Vertretern des deutschen Wirtschaftsministeriums in Wien diese Fragen zu besprechen. Die deutschen Gäste zeigten zwar Verständnis für österreichische Lage, gaben aber zugleich zu verstehen, dass die geltenden Restriktionen auch Österreich treffen würden. Das bedeutete, dass zwar mit Lieferungen aus der BRD gerechnet werden konnte, aber keinesfalls in dem von den österreichischen Ablegern der internationalen Konzerne vertraglich vereinbarten Ausmaß⁴⁹⁶.

Die ÖMV und die internationalen Gesellschaften versicherten aber nach wie vor, dass die Versorgungslage durchaus nicht Anlass zur Verzweiflung bot. Die ÖMV hatte sich durch Verträge mit den arabischen Ölförderstaaten für das kommende Jahr bereits 5 Mio. Rohöl gesichert, was Staribacher zur Frage veranlasste, ob die ÖMV diese Menge überhaupt verarbeiten könne. Außer aus der UdSSR importierte die ÖMV Rohöl aus dem Irak, Libyen und Saudi-Arabien. Größter Öllieferant sollte auch 1974 der Irak sein, der 1973 1,35 Mio. t und 1974 sogar um 800.000 t mehr an die ÖMV liefern sollte. Staribacher war am Rande der Wiener OPEC-Tagung sowohl mit dem irakischen Ölminister Saadoun Hammadi als auch mit dem libyschen Staatssekretär Montassa zusammengetroffen. Den Vertrag über Öllieferungen mit dem Irak hatte Staribacher am 20. November bei seinem Treffen mit Hammadi unterzeichnet; offen war „nur“ der Preis. Mit Libyen dagegen gestalteten sich die

⁴⁹³ Staribacher-Tagebücher, 17.11.1973.

⁴⁹⁴ Kreisky nahm mehrfach negativ darauf Bezug. Vgl. Staribacher-Tagebücher, 29.11.1973, E.E. Veselsky, Ministerrats-Vorbesprechungen, Transkript, Klubsitzung, 3.12.1973.

⁴⁹⁵ Der Spiegel, 45-50/1973, Die Zeit, Nr. 47/1973, Hohensee, Der erste Ölpreisschock, S. 109-143.

⁴⁹⁶ Staribacher-Tagebücher, 30.11.1973.

Verhandlungen schwieriger⁴⁹⁷. Der Großteil des arabischen Öls sollte über die AWP-Pipeline nach Österreich kommen, um in Schwechat von der ÖMV, die faktisch das Verarbeitungsmonopol für Rohöl in Österreich hatte, verarbeitet zu werden. Die Raffinerie Schwechat war imstande, rd. 29.000 t Rohöl täglich (ca. 10,5-11 Mio t/Jahr) zu verarbeiten, und das Unternehmen strebte eine weitere Steigerung der Verarbeitungsleistung an⁴⁹⁸. Auch hinsichtlich der UdSSR bestand bei der ÖMV weiterhin begründete Hoffnung, eine Mio. t Rohöl über das vertraglich vereinbarte Ausmaß hinaus zu erhalten; Ende Oktober zugesagt, wurde ein entsprechendes Abkommen noch vor Weihnachten finalisiert. Ungarns Regierungschef Biro schlug sogar Verhandlungen über eine erweiterte Kooperation vor⁴⁹⁹.

Die Presse war aber zunehmend skeptisch, ob diese Voraussetzungen "halten" würden. Die internationalen Ölgesellschaften würden ihre Lieferungen nach Österreich kürzen, sodass die ÖMV diese Last würde tragen müssen. Aber auch die Erwartungen der Ölgesellschaften beruhten auf einigen Unbekannten: dass genügend Rohöl zur Verfügung gestellt werden könne, dass die Anlieferung über die Adria-Wien-Pipeline uneingeschränkt aufrechterhalten werde usw⁵⁰⁰.

Tatsächlich mussten ÖMV und internationale Ölgesellschaften in den folgenden Wochen aufgrund unerwarteter Schwierigkeiten immer wieder ihre Annahmen mit einem Fragezeichen versehen oder revidieren. Das internationale Ölgeschäft im Winter 1973/74 war sehr unberechenbar geworden, und die europäischen Regierungen mussten Vorkehrungen treffen, damit die Zapfsäulen nicht austrockneten, die Öfen nicht ausgingen und Kraftwerke weiter in Betrieb gehalten werden konnten. Energiesparen und Bevorratung waren angesagt.

Während es in Staribachers Ministerium einen einzigen Fachmann gab, der überzeugt war, dass die Bewirtschaftung von Mineralölprodukten in kurzer Zeit möglich sei – er ging mit Jahresende 1973 in Pension –, war Staribacher selbst zur Erleichterung der Wirtschaft der Überzeugung, dass so einschneidende Eingriffe in das Wirtschaftsleben aktuell nicht notwendig seien. „Wir haben keinen absoluten Notstand“, notierte er Mitte November und hielt an dieser Überzeugung auch in den folgenden hektischen Wochen fest. Kreisky und andere Angehörige der SPÖ-Spitze waren anfangs derselben Meinung, weil sie im Falle einer Notstandsanordnung eine Wiederholung der Panikkäufe befürchteten. Nur in einem Punkt war Staribacher unter Umständen bereit, von seinen neuen Lenkungs Kompetenzen

⁴⁹⁷ Staribacher-Tagebücher, 16., 20 und 21.11.1973.

⁴⁹⁸ Staribacher-Tagebücher, 17., 19.11.1973.

⁴⁹⁹ Staribacher-Tagebücher, 24.10., 22.11. und 21.12.1973.

⁵⁰⁰ Kurier, 20.11.1973, ÖMV soll ganz Österreich versorgen.

Gebrauch zu machen, nämlich bei Heizöl schwer für die Industrie: Am 10. Dezember wurde die Meldepflicht für dieses Produkt – als Vorstufe für die Bewirtschaftung – eingeführt⁵⁰¹. Schon allein die Tatsache, dass derartige Maßnahmen im Raum standen, zeigt, wie sehr sich auch in Österreich die Einschätzung der Versorgungslage bei Rohöl und Treibstoffen in der zweiten Novemberhälfte verändert hatte.

Die Unterschiede zwischen Staribacher, Kreisky, Androsch und anderen lagen auf einem anderen Gebiet, dem der Bevorratung von Energie. Wie schon erwähnt, lehnte zu diesem Zeitpunkt auch die Wirtschaft eine umfassende Bewirtschaftung knapper Energievorräte ab, obwohl sie Staribacher, als die ersten Anzeichen einer Ölkrise auftraten, mit den notwendigen gesetzlichen Kompetenzen ausgestattet hatte. Die Vertreter der Wirtschaft traten vielmehr für den Fall einer Energieknappheit für einen neuen Versuch zur Bevorratung von Energie ein. Im Verlauf der Bevorratungsdiskussion zeigte sich, dass sowohl Kreisky als auch Androsch von Gegnern zu Anhängern einer Bevorratungspolitik geworden waren, woraus sich zeitweise nicht unerhebliche Spannungen innerhalb der Regierung ergaben. Im Verlaufe des Dezember 1973 traten z.T. tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und seinem Energieminister auf. Diese gerieten im Laufe des Jänner und Februar 1974 wieder in den Hintergrund, je mehr die Gefahr einer Unterversorgung mit Öl und Benzin gebannt war, es ist jedoch anzunehmen, dass die gravierenden Meinungsverschiedenheiten auf beiden Seiten nicht spurlos blieben.

Nach Schönau war die österreichische Innenpolitik im Oktober und in der ersten Novemberhälfte vorübergehend durch andere Themen dominiert gewesen, wie den Landtagswahlen, der geplanten ORF-Reform, der großen Strafrechtsreform mit der Freistellung des Schwangerschaftsabbruchs oder der neuen Gewerbeordnung, die beide am 29. November den Nationalrat passierten, die Gewerbeordnung mit den Stimmen aller Parteien. Seit Mitte November aber wurde die Energiepolitik wieder zum beherrschenden Thema der Innenpolitik.

Seit Anfang November wandten Österreichs Medien der heimischen Energieversorgung immer stärker ihre Aufmerksamkeit zu, während dieses Thema im Oktober noch stark aus der Perspektive des Nahostkonflikts analysiert worden war. Beim „Pressefrühstück“, das Staribacher jeden Montag abhielt, rückten seit Anfang November Energiepolitik und Treibstoffversorgung immer mehr in den Mittelpunkt: Die Journalisten wollten wissen, „ob wir

⁵⁰¹ Staribacher-Tagebücher, 14., 23., 26. und 29.11.1973. Die gesetzliche Grundlage dafür bot die aufgrund der kurz davor verabschiedeten Novelle zum Rohstofflenkungsgesetz von seinem Ministerium erlassene Durchführungsverordnung, (BGBl. 598/1973, Verordnung vom 10.12.1973 über die Meldepflicht für Heizöl schwer).

einen entsprechenden Plan haben, wie wir [bei] einer ev[entuellen] Ölverknappung in Österreich [...], vorgehen würden [...]. Ob wir ein Sonntagsfahrverbot einführen usw⁵⁰². Auch Fred Sinowatz spürte die gespannten Erwartungen an die Regierung von Seiten der Massenmedien, die sich in den letzten Wochen aufgebaut hatten: Man müsse auf diesem Gebiet Maßnahmen setzen, sonst entstehe das Gefühl, „dass eine Regierung im Amt ist, die nichts tut“⁵⁰³. Inzwischen hatten, nach Holland, auch die meisten westeuropäischen Staaten verkehrsbeschränkende Maßnahmen gesetzt. Insbesondere die am 5. November verkündete Kürzung der Ölförderung der arabischen OPEC-Staaten um 25 % heizte auch in Österreich die Diskussion um Bevorratung und andere Maßnahmen an. Die Aufregung wurde noch gesteigert durch die zur gleichen Zeit in Wien stattfindende OPEC-Tagung: Die Ölminister berieten mit den Ölgesellschaften über Ölpreise und über die Ausdehnung des Ölembargos auf Japan. Auch in Österreich sei es nun „Zeit für Energiesparmaßnahmen“, brachte es Helmut Romé in der „Arbeiter-Zeitung“ auf den Punkt. Und Kreisky formulierte in der „Kronen-Zeitung“, die „Zeit des Verschwendens sei vorbei“⁵⁰⁴.

Kreisky hatte den Oppositionsparteien schon Anfang November Parteiengespräche über die Sicherung der Öl- und Benzinversorgung angeboten. Innerhalb von zwei Wochen, zwischen 16. November und 4. Dezember fanden nicht weniger als vier Gesprächsrunden zum Thema Bevorratung von Energie statt, daneben fanden sowohl auf Ministerrats-, als auch auf Parteien- und Sozialpartnerebene und natürlich zwischen Handelsministerium und Mineralölwirtschaft (und zwischen den Mineralölfirmen) häufig Gespräche über die Energieversorgung sowie über Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung statt. Zum ersten Parteiengespräch mit der ÖVP-Spitze dazu kam es am 16. November. Auch über die Themen ORF-Reform und UNO-City wurde diskutiert. Kreisky wollte von der ÖVP-Spitze erfahren, wie sie zum Problem Bevorratung und zu anderen Maßnahmen zur Sicherung der Treibstoffversorgung stehe. In Abstimmung mit Androsch, der wegen einer Auslandsreise verhindert war, schlug Kreisky der ÖVP vor, die Bevorratung über die Nationalbank zu finanzieren. Staribacher stand einem umfassenden Bevorratungskonzept ebenso skeptisch gegenüber wie die Handelskammer und war erleichtert, dass Vorschläge dazu nicht von ihm, sondern von Androsch unterbreitet werden sollten. Andererseits war er sichtlich verärgert darüber, dass er erst auf Aufforderung Schleinzers, welche Vorschläge er dazu habe, zu Wort kam. Seine Antwort fiel ziemlich allgemein aus, ausgenommen die Ankündigung, durch eine Novelle zur Straßenverkehrsordnung die gesetzliche Basis für ein Tempolimit schaffen zu wollen. ÖVP-Klubobmann Stephan Koren erläuterte einige für seine Partei wichtige

⁵⁰² Staribacher-Tagebücher, 5.11.1973.

⁵⁰³ BKA, E.E. Veselsky, Ministerratsvorbesprechung, 19.11.1973 (Transkript).

⁵⁰⁴ Arbeiter-Zeitung, 16.11.1973, Österreich-Bericht 270/1973, Das Interview des Tages (Kronen-Zeitung).

Grundsätze für die Bevorratung und trat im Rahmen eines mittelfristigen Bevorratungskonzepts für einen umfangreichen Katalog an Produkten ein; dieser Denkansatz dürfte Gefallen bei Kreisky gefunden haben. Kreiskys Finanzierungsvorschlag fand dagegen wenig Gefallen bei Koren. Man einigte sich darauf, die Diskussion eine Woche später im größeren Kreis, d.h. unter Einbeziehung der Sozialpartner, der Nationalbank und der ÖVP fortzusetzen. Juristen sollten inzwischen damit verbundene Fragen prüfen⁵⁰⁵.

In der Ministerratsvorbesprechung am 19. November, die von Vizekanzler Häuser anstelle des erkrankten Kreisky geleitet wurde, überraschte der soeben aus Ungarn zurückgekehrte Staribacher seine Ministerkollegen dann mit einem energiepolitischen Maßnahmenbündel: erstens beantragte er die Einführung von Tempo 100. Als zweite kurzfristige Maßnahme zur Vermeidung einer Benzinversorgungslücke sollte die Oktanzahl durch Erhöhung des Bleianteils gesteigert werden. Drittens plane er entweder ein befristetes Fahrverbot an Sonntagen oder eine analoge Regelung für bestimmte Wochentage durch eine entsprechende Änderung der Straßenverkehrsordnung. Viertens solle die Raumtemperatur in allen öffentlichen Gebäuden gesenkt werden. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen waren auch mit den Ölfirmen abgesprochen. Nach längeren Beratungen konnte Staribacher die beiden Autofahrerverbände aber nur von der Sinnhaftigkeit der Einführung des Tempolimits überzeugen⁵⁰⁶. Gegen die Erhöhung der Oktanzahl der Treibstoffe durch stärkere Verbleiung sprachen sich Gesundheitsministerin Leodolter, Vizekanzler Häuser und Leopold Gratz aus, das Sonntagsfahrverbot lehnten sowohl die Ölfirmen als auch – vom Krankenbett aus – Bundeskanzler Kreisky ab. Allerdings wurde Staribacher ermächtigt, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, der Minister war verärgert⁵⁰⁷.

Der Ministerrat stimmte daher nur der Einführung des 100 km/h-Tempolimits und der Senkung der Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden zu. Das Tempolimit trat am Samstag, dem 24. November um Mitternacht in Kraft, in den öffentlichen Gebäuden sollten ab Montag die Heizkörper zurückgedreht werden. Ein Sonntags- oder Fahrverbot an anderen Wochentagen sei vorerst nicht aktuell, gab Staribacher bekannt. Die Autofahrer reagierten trotz beruhigender Erklärungen des Ministers mit einer neuerlichen Hamsterwelle⁵⁰⁸.

⁵⁰⁵ Staribacher-Tagebücher, 16.11.1973, Arbeiter-Zeitung, 16.11.1973, Dollarreserven für Bevorratung. Ursprünglich dachte Androsch entgegen seinem späteren Vorschlag, wie aus einer Erwähnung gegenüber Staribacher hervorgeht, in erster Linie an eine staatliche Förderung zum Aufbau von Vorratslagern (Staribacher-Tagebücher, 7.11.1973).

⁵⁰⁶ Diese hatten sich noch im September 1973 gegen das Tempolimit ausgesprochen.

⁵⁰⁷ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Vortrag BmffHGul an den Ministerrat, 19.11.1973, E. E. Veselsky, Ministerratsvorbesprechungen, 19.11.1973, Staribacher-Tagebücher, 20.11.1973.

⁵⁰⁸ Arbeiter-Zeitung, 20. und 21.11.1973.

Noch in derselben Woche fand der zweite Bevorratungsgipfel statt: Die Runde war diesmal weit stärker besetzt als eine Woche vorher. Regie führte nicht Staribacher, sondern Hannes Androsch, der auf Aufforderung Kreiskys ein umfangreiches Bevorratungskonzept samt Finanzierungsvorschlag vorstellte. In die Bevorratung sollten außer Energie und Treibstoff auch landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel, Medikamente und wichtige Industrierohstoffe wie Kupfer, Nickel usw. einbezogen werden. Der Ausbau heimischer Energiequellen müsse forciert werden. „Solange man zu heizen hat, sind Graugänse etwas Interessantes,“ meinte er in Anspielung an Konrad Lorenz. Vorrangig sei der Aufbau von Vorratslagern für Erdöl und Mineralölprodukten: für einen 90 Tage-Vorrat an Rohöl wären insgesamt rd. 8 Mrd. S notwendig. Die Finanzierung in der ersten Phase solle durch Ausgaben von Vorratswechseln der österreichischen Nationalbank erfolgen, die Zinsen würde sein Ressort übernehmen. Erst danach bat Kreisky auch Staribacher um seine Meinung, der seine Ansicht betont zurückhaltend äußerte. Er sei Optimist, die Versorgungslage sei besser als die der Schweiz und als öffentlich dargestellt. Österreich liefere derzeit relativ mehr Benzin und Heizöl aus, als die Schweiz, die, wie er von seinem Amtskollegen Brugger erfahren habe, derzeit nicht auf seine Vorräte zurückgreife. Die kalorischen Kraftwerke seien gut versorgt mit Öl und Kohle. Doch die Stimmung der zahlreich Anwesenden war im Gegensatz dazu ganz auf Krise eingestellt: Während Androschs Vorschläge positiv aufgenommen wurden, teilten nur wenige Staribachers Sichtweise, der sich noch die etwas ketzerische Bemerkung erlaubte, sein Ministerium verfüge nicht über die Kapazität, um eine so umfassend konzipierte Bevorratung zu administrieren, weil er nur über einen einzigen Beamten für diese Aufgabe verfüge. Der zweite Krisengipfel endete mit der Einsetzung eines Komitees unter der Führung Androschs⁵⁰⁹.

Der dritte Bevorratungsgipfel am 28. November in kleinerer Runde stand weitaus weniger im Zeichen überzogener Wünsche und Ängste, sondern im Zeichen kurzfristig erforderlicher Maßnahmen. Diesmal gelang es Staribacher von Anfang an, seine Sicht der Prioritäten darzulegen, indem er versuchte, die Interessenvertretungen davon zu überzeugen, dass Öl ein Modellfall für alle anderen Bevorratungswünsche sein könnte. Allenfalls sollten auch für Kohle und Koks Vorratslager angelegt werden. Zwar verlangten Handels- und Landwirtschaftskammer auch die Einbeziehung von Diesel und anderer Rohstoffe, wie Fasern, Eiweiß, Dünge- und Futtermittel, doch unterstützten Androsch, der ÖGB und die Handelskammer schließlich Staribachers Vorschlag, Verhandlungen mit der ÖMV zur Sicherung der Ölversorgung aufzunehmen. Die gesetzliche Basis der Bevorratung sollte ein

⁵⁰⁹ Veselsky, Ministerratsvorbesprechungen (Bevorratungssitzung) und Staribacher-Tagebücher, 22.11.1973.

eigenes Bevorratungsgesetz bilden. Durch Verordnung sollten einzelne Güter im Bedarfsfall in die Bevorratung einbezogen werden⁵¹⁰.

In der Zwischenzeit stand Staribacher in ständigem Kontakt mit der ÖMV und Vertretern der anderen Ölfirmen, wie Shell, Esso, BP usw. Diese waren wie Staribacher der Auffassung, dass Tempo 100 allein im Falle auftretender Versorgungsengpässe nicht ausreichen würde, um Einsparungen zu erzielen; die ÖMV überlegte aus eigenem eine Sonntagssperre ihrer Tankstellen (Martha, Aral), wogegen sich allerdings die internationalen Konzerne aussprachen, die aus dem Vertrieb den Hauptteil ihrer Erlöse erzielten. Die ÖMV und die Ölfirmen bemühten sich ihrerseits, Rohöl zu erhalten, die ÖMV aus Libyen, dem Irak, der UdSSR und später auch aus dem Iran, die Ableger der internationalen Konzerne bemühten sich, dass die Lieferung von Produkten aus den Raffinerien Italiens und der BRD nicht versiegt. Sie plädierten neuerlich für eine vorübergehende Senkung der Oktanzahl: durch „Streckung“ von Benzin könnte die verfügbare Menge vergrößert werden. Die internationalen Konzerne beobachteten verärgert die Direktverhandlungen der ÖMV mit verschiedenen arabischen Staaten; tatsächlich bemühte sich die ÖMV, die Ölkonzerne zumindest in einigen Ländern als Lieferanten von Rohöl nach Österreich auszuschalten. Aber auch innerösterreichisch gab es seit langem Spannungen: in der Frage der Errichtung einer zweiten Raffinerie oder in der Versorgung Westösterreichs. Wann immer die internationalen Firmen in einer dieser Fragen Vorschläge unterbreiteten, hatte die ÖMV sofort mit einem Gegenvorschlag geantwortet.

In der letzten Novemberwoche war jedoch nur bei schwerem Heizöl ein Versorgungsengpass absehbar: Nach Angaben der ÖMV bestand bei Industrieheizöl eine Fehlmenge von 15.000 t. Staribacher gab diese Information sofort an die Handelskammer weiter, damit diese die betroffenen Branchen und Betriebe informieren konnte. Doch die Zahlen, die ihm die Ölfirmen lieferten, änderten sich ständig, wie sich an diesem Beispiel zeigt, denn zwei Tage vorher hatte ihm die ÖMV noch über eine Fehlmenge von 200.000 t berichtet. Zumindest ein Teil des Fehlbedarfs sollte durch Abgabe aus den Lagern der kalorischen Kraftwerke gedeckt werden⁵¹¹.

⁵¹⁰ Veselsky, Ministerratsvorbesprechungen (Bevorratungssitzung) und Staribacher-Tagebücher, 28.11.1973.

⁵¹¹ Staribacher-Tagebücher, 17. und 23.11.1973, Veselsky, Ministerratsvorbesprechungen (Bevorratungssitzung) 19.11.1973. Staribacher wurde sich seiner Abhängigkeit in Bezug auf die Vorratslage schmerzlich bewusst: „Was mich aber wirklich berührt ist, dass ich so ausschließlich auch von der ÖMV in der Versorgungsfrage abhängig bin. Wenn hier die Informationen nur teilweise stimmen und das befürchte ich auch, so kann ich in der Versorgungsfrage in des Teufels Küche kommen [...]“ (Staribacher-Tagebuch, 3.12.1973).

Staribacher schlug deshalb bei einer gemeinsamen Sitzung der Bundesregierung mit der SPÖ-Fraktion im ÖGB am Montag, dem 26. November vor, eine Bewirtschaftung bei Heizöl schwer einzuführen und die Sonntagssperre von Tankstellen in Betracht zu ziehen⁵¹². Kreisky lehnte die Sonntagssperre ab und wollte es den Autofahrern selbst überlassen, an welchem Wochentag sie ihr Auto nicht benützen wollten, ein Vorschlag, den Staribacher für nur schwer umsetzbar hielt, weil nur durch entsprechende behördliche Kontrollen ein gewisses Maß an Treibstoffersparnis erzielbar wäre. Dafür fehle aber die gesetzliche Grundlage. Im Rückblick meinte Staribacher, die Regierung habe damals eine Gelegenheit versäumt, durch eine entschlossene Energiesparpolitik sich die Anerkennung der Bevölkerung und der Presse zu sichern. Stattdessen sei später der Eindruck einer ziellosen und widersprüchlichen Politik entstanden⁵¹³.

Zwei Tage nach dem dritten Gipfelgespräch über Bevorratung leitete Staribacher eine Riesengesprächsrunde auf Beamtenebene über Rohstofflenkung bei Heizöl schwer, bei der mit Vertretern der Länder sowie Beamten aus anderen und seinem eigenen Ministerium darüber diskutiert wurde, wie eine solche Lenkung praktisch umsetzbar wäre. Die Versammlung verlief ziemlich chaotisch, weil weder aus seinem eigenen Ministerium noch aus dem großen Kreis der Anwesenden brauchbare Ideen kamen. Besonders seine eigenen Beamten böten „ein Bild des Jammers“, wie Staribacher bemerkte. Auch sein Energiefachmann Frank war keine brauchbare Stütze in einer sich rasch verändernden Situation, weil Franks Konzepte mittel- und längerfristiger Art waren; sein zuständiger Sektionschef erklärte sich kurz darauf außerstande, die erforderlichen Vorarbeiten durchzuführen. „Mit solchen Leuten eine Bewirtschaftung zu machen, wäre eine Katastrophe“⁵¹⁴.

Daher ließ sich Staribacher lediglich ermächtigen, eine Bewirtschaftung bei Heizöl schwer erst in Kraft zu setzen, wenn es auch mit Unterstützung der Zentralstelle für Mineralölwirtschaft bei der Handelskammer nicht gelänge, eine auf Freiwilligkeit basierende Lösung zu erreichen. Am Ende der Sitzung sah er sich in seiner Meinung bestärkt, die er auch schon bei der Ankündigung der Tempolimits öffentlich geäußert hatte: dass er die Versorgungskrise überstehen würde, ohne eine Rationierung bei Benzin oder bei Heizöl vornehmen zu müssen. Mit der Mineralölindustrie vereinbarte Staribacher, dass sie ihm streng vertraulich genaue Informationen über die Heizölversorgung der einzelnen

⁵¹² BKA, NL Kreisky, Box 105, Vortrag des BmfHGul, 17.12.1973, 14 S. In diesem Vortrag resümierte Staribacher die Informationslage zur Energieversorgung seit Oktober 1973 und seine Reaktionen darauf.

⁵¹³ Staribacher-Tagebücher, 26.11. und 27.-29.12.1973.

⁵¹⁴ Staribacher-Tagebücher, 30.11.1973, BKA, NL Kreisky, Box 105, Vortrag des BmfHGul, 17.12.1973. Vgl. zu den damit zusammenhängenden Fragen: Salzburger Nachrichten, 5.12.1973, Ronald Barazon, Bevorratungspolitik ringt um Grundsätze.

Unternehmen geben sollte, damit Kürzungen von Kontingenten möglichst bedarfsgerecht vorgenommen werden könnten⁵¹⁵. Bei der Versorgung mit Benzin sollten andere Maßnahmen ergriffen werden; am besten wäre es, autofreie Tage einzuführen⁵¹⁶.

Aber der Handelsminister wurde in den folgenden Wochen immer mehr ein Getriebener der öffentlichen Meinung, des Bundeskanzlers und seiner Partei. Kreisky selbst formulierte das Dilemma vor der Paritätischen Kommission so: "Die eigentliche Ölkrise besteht derzeit noch nicht so sehr in den materiellen Auswirkungen des Ölboykotts als in der Unsicherheit"⁵¹⁷. Der von Staribacher bisher an den Tag gelegte Optimismus schien im Gegensatz zu der sich scheinbar rapide verschlechternden Versorgungslage zu stehen, und seine Glaubwürdigkeitswerte fielen schnell. „Kronen Zeitung“ und „Kurier“ warfen ihm vor, das Energieproblem fahrlässig behandelt zu haben, und „Die Presse“ veröffentlichte im Dezember eine Zitatensammlung seiner Stellungnahmen zur Energie- und Benzinversorgung, um seinen notorischen Optimismus zu diskreditieren⁵¹⁸. Er war sich dessen wohl bewusst und haderte mit dem Schicksal, dass einige seiner Vorschläge noch vor einigen Wochen als zu weitgehend abgelehnt worden waren, während er sich nun mit Forderungen konfrontiert sah, die er als zu weitgehend empfand oder für deren Durchführung ihm die personellen Kapazitäten fehlten⁵¹⁹. Dagegen hatte er schon einen Monat vor Einsetzen der Bevorratungsdiskussion auf die Notwendigkeit, Vorräte für Rohöl und Treibstoff anzulegen, hingewiesen, ohne dass jemand diese Anregung aufnahm⁵²⁰. Auch mit seinem Vorschlag, einen autolosen Tag anstelle einer Rationierung von Benzin einzuführen, hatte Staribacher anfangs wenig Fortune. Als er dafür die Zustimmung des ARBÖ, der Autofahrerorganisation seiner Partei, suchte, wurde sie ihm verweigert. Als er kurz darauf im Gespräch den drei Klubobmännern im Parlament den Vorschlag unterbreitete, durch Änderung der Straßenverkehrsordnung die Möglichkeit dafür zu schaffen, erlitt er auch dort eine fadenscheinig begründete Abfuhr⁵²¹.

Bevorratung und Rationierung waren die Losungen des Tages, die auch in der Regierung und in der SPÖ immer mehr Anhänger fanden, wobei viele nicht einmal genau zwischen diesen beiden zu unterscheiden wussten. Aber auch die politische Diskussion über die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Bevorratung kam nicht voran: Bei einer neuerlichen Aussprache zwischen Regierung, Opposition und Sozialpartnern konnte man

⁵¹⁵ Staribacher-Tagebücher, 24.11.1973.

⁵¹⁶ Die Presse, 24.11.1973, Staribacher-Tagebücher, 1. und 4.12.1973.

⁵¹⁷ Arbeiter-Zeitung, 6.12.1973.

⁵¹⁸ Staribacher-Tagebücher, 11.12.1973, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Die Presse, 13.12.1973, Also sprach Staribacher....

⁵¹⁹ Staribacher-Tagebücher, 5.12.1973.

⁵²⁰ Staribacher-Tagebücher, 22.10.1973.

⁵²¹ Staribacher-Tagebücher, 1., 3. und 5.12.1973.

sich weder über den Güterkatalog, noch über die Finanzierung und andere offene damit zusammenhängende Fragen einigen. ÖVP und FPÖ, aber auch die Handelskammer weigerten sich in der vorerst letzten Verhandlungsrunde am 4. Dezember, auf der Grundlage dieser Vorschläge weiter zu verhandeln. Kreisky schlug vor, einen verhandlungsreifen Entwurf für ein Bevorratungsgesetz auf Expertenebene zu erstellen und dann auf politischer Ebene weitere Gespräche zu führen, doch dazu kam es bis zum Ende des ersten Ölschocks nicht mehr⁵²². Aber offenbar schreckten die beteiligten Experten einerseits vor den hohen Kosten zurück, zum anderen gab es anscheinend schwer überbrückbare Differenzen über die Art der Lagerhaltung und den Zugriff bei Krisensituationen; an diesen beiden Fragen spießte es sich⁵²³.

Die Äußerungen Kreiskys im Verlauf der sich verschärfenden Energiekrise lassen aber einen deutlichen Haltungswandel erkennen. Anfang Oktober war Kreiskys Sicht in dieser Frage offenbar, die Auswirkungen des Nahostkrieges auf die Versorgung mit Erdöl wären kriegsbedingt und somit nur kurzfristiger Natur. Er deutete ferner Garantien oder garantieähnliche Zusagen von arabischer Seite an, Österreich werde von Kürzungen bei Rohöl ausgenommen werden. Außerdem scheint seine Haltung zur Energiekrise bis Mitte November von der Vorstellung bestimmt gewesen zu sein, Österreichs Energieversorgung sei durch den hohen Anteil an eigener Produktion bzw. Förderung weitgehend resistent gegen Förderkürzungen. Man solle die Krise nicht noch verstärken, indem man eine künstliche Panik erzeuge. Erst gegen Ende des Monats begann er sich anscheinend „positiv“ mit der Meisterung der Krisenerscheinungen zu befassen: durch Bevorratung und Appelle zu freiwilligem Energiesparen seien harte Einschnitte womöglich vermeidbar.

Im Laufe der ersten Dezemberwoche änderte sich Kreiskys Meinung in dieser Frage dann sehr deutlich. Der Kanzler, der sich in den ersten Wochen in dieser Frage sehr zurückhaltend geäußert hatte, gelangte zur Auffassung, dass die Versorgungslage nun auch in Österreich stärker „dosierte“ Maßnahmen erforderte, um eine drohende Versorgungskrise abzuwenden. In einer Analyse vor dem SPÖ-Parlamentsklub am 3. Dezember stimmte er die Abgeordneten langsam darauf ein, dass auch Österreich, trotz seiner im europäischen Maßstab besseren Energieposition, wirtschaftspolitisch schwierigeren Zeiten entgegen gehe, weil es aufgrund seiner Außenhandelsverflechtung von einem internationalen Konjunkturunbruch nicht verschont werde. Zugleich warnte er mehrfach vor einem übertriebenen Pessimismus über die Folgen der Energiekrise für die Zukunft der Wirtschaft und fand insbesondere die öffentlichen Äußerungen Brandts Ende November

⁵²² Staribacher-Tagebücher, 4. und 5.12.1973, 23.9.1974.

⁵²³ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, K.105, Aufzeichnung über die Sitzung betr. Energie-Bevorratung, 28.11.1973.

„unverständlich“⁵²⁴. Der Ausbau heimischer Energiereserven müsse in dieser Situation vorrangig gegenüber einem niedrigen Haushaltsdefizit sein und neue Formen der Energieversorgung gefunden werden; aber auch alte Energieträger wie die Kohle könnten kostenmäßig wieder an Attraktivität gewinnen⁵²⁵.

In einer Pressekonferenz kündigte Kreisky dann am 6. Dezember an: „Die zentrale Frage der Regierungspolitik der nächsten Zeit wird die Energiefrage sein“. Österreich müsse sich „den Maßnahmen des Auslandes anpassen“, schon allein deshalb, um den Eindruck zu vermeiden, es habe ohnedies genug Treibstoff, was dazu führen könne, dass Nachbarstaaten versucht sein könnten, ihre vertraglichen Lieferungen an Österreich zu kürzen. Wenn es im Zuge der internationalen Energiekrise zu einer „Autodämmerung“ komme, treffe dies auch Österreichs Unternehmen. Erstmals wollte Kreisky auch ein Sonntagsfahrverbot oder eine sonntägliche Sperre der Tankstellen nicht ausschließen. Dabei müsse aber auf die Interessen des Fremdenverkehrs bedacht genommen werden. Aufhorchen ließ Kreisky mit der Einschätzung, die Wachstumsproblematik stelle sich „nicht mehr nur vom Umweltschutz [...], sondern auch von der Energieversorgung“ her⁵²⁶.

Am darauffolgenden Wochenende fanden dann mehrere Besprechungen statt, die Kreisky dazu veranlassten, nach langem Zögern endlich energischere Maßnahmen zu ergreifen, um drohende Engpässe in der Treibstoffversorgung zu vermeiden und über die aktuelle Situation hinaus auch einen Denkprozess über mittel- und langfristige Maßnahmen auf dem Gebiet der Energiepolitik anzustoßen. Zunächst empfing Kreisky die ÖMV-Spitze, die ihm ein Papier zur Versorgungslage überreichte und ihn informierte, dass die Gefahr bestehe, dass es zu Verzögerungen oder Kürzungen bereits vereinbarter Öllieferungen aus Libyen kommen könne; bei irakischem Öl sei der Ölpreis bis Mitte Oktober um nahezu 100 % gegenüber dem vertraglich vereinbarten Preis gestiegen, und wenn es nach dem Irak gehe, so würde sich der Preis für irakisches Rohöl auf 14 Dollar/barrel erhöhen, das hätte einen neuerlichen Preissprung von + 170 % gegenüber Oktober bedeutet. Auch in anderen wichtigen Förderländern war der Rohölpreis für das Barrel seit 1. Jänner um 100 % oder mehr gestiegen, in Libyen um 135 %. Die ÖMV ging daher davon aus, irakisches Öl teilweise durch billigeres Öl aus Saudi-Arabien zu ersetzen⁵²⁷. Am Freitag wurde in einer Besprechung

⁵²⁴ BKA, E. E. Veselsky, Ministerratsvorbesprechungen (Transkript), Klubsitzung, 3.12.1973, Arbeiter-Zeitung, 6.12.1973 (Ansprache vor der Paritätischen Kommission).

⁵²⁵ Diese Frage hatte er bereits in einem Abendessen mit Ökonomen am 30.11.1973 in seiner Villa aufgeworfen (vgl. BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Aktennotiz über die 2. Aussprache mit Ökonomen).

⁵²⁶ Wiener Zeitung, Arbeiter-Zeitung, 7.12.1973.

⁵²⁷ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, K.105, Information Ludwig Bauer, ÖMV v. 6.12.1973 für Kreisky zur Versorgungslage mit Mineralölprodukten 1974, Arbeiter-Zeitung, 18.12.1973, S.13, Rohölpreise steigen schneller.

zwischen der ÖMV und Staribacher nach Lösungen für die Ölimporte gesucht. Fraglich war auch, inwiefern die internationalen Ölkonzerne ihren Lieferverpflichtungen nachkommen würden. Ihnen fiel in der Ölrechnung mit einem Anteil von einem Drittel der Importe (bei Fertigprodukten lag ihr Anteil noch höher) und 25 % am Gesamtverbrauchs eine bedeutende Rolle zu. Kreisky hatte seine Unterstützung in Bezug auf Libyen zugesagt; Maltas Ministerpräsident Dom Mintoff sollte die Libyer zur Aufnahme direkter Verhandlungen bewegen. Am Samstag, dem 8. Dezember diskutierte Kreisky dann mit Staribacher, Androsch anderen Ministern sowie Energieexperten über die Versorgungslage und zu treffende Maßnahmen. Die Aussprache fand in Kreiskys Villa in der Armbrustergasse statt: Zur Sprache kamen neuerlich die Verhandlungen mit Libyen, außerdem die mit dem Irak und ganz generell die Versorgungslage. Das Gesprächsklima war gespannt, besonders zwischen Kreisky und Staribacher. Der Kanzler glaubte offenbar, Österreich stehe kurz vor einem Energienotstand. Die ÖMV-Spitze machte dafür insbesondere die internationalen Ölkonzerne verantwortlich, und Androsch streute Informationen, die diesen Eindruck bei Kreisky noch verstärkten. Kreisky glaubte, Staribacher übe auf die Konzerne nicht genügend Druck aus, damit sie genügend Öl und Benzin nach Österreich brächten. Staribacher entgegnete Kreisky, er stehe in ständigem Kontakt mit allen Ölfirmen. Er war sich darüber im Klaren, dass eine sichere Energieversorgung abgestützt nur auf die ÖMV nicht möglich war, deren Eigeninteressen er ebenfalls kannte. Darüber hinaus war Staribacher ernstlich besorgt, Kreisky könnte eine Rationierung von Benzin anordnen, auf die sowohl die ÖMV als auch die Autofahrerklubs ÖAMTC und ARBÖ sowie mehrere Zeitungen drängten, und sein Ministerium hätte dann die Bewirtschaftung durchführen müssen, was er unter allen Umständen verhindern wollte. Auch die ÖVP beschloss, für eine „wohldurchdachte Rationierung“ einzutreten⁵²⁸.

Die „Arbeiter-Zeitung“ meldete am 12. Dezember, die internationalen Gesellschaften hätten erklärt, im 1. Vierteljahr 1974 keine Importe von Benzin u. a. Fertigprodukten aus den Nachbarstaaten, sondern lediglich die mit der ÖMV vereinbarten Rohölmengen nach Österreich zur Verfügung stellen zu wollen. Die Befürchtungen Kreiskys schienen sich zu bestätigen. Die Ölkonzerne dementierten die AZ-Meldung umgehend und versicherten Staribacher, sie setzten alles daran, um ihren Verpflichtungen in Österreich nachzukommen. Sie legten ihm zwar keine detaillierten Ziffern vor, behaupteten aber, „die Tanks sind bummvoll, die Tankstellen für die Weihnachtsfeiertage angefüllt, Benzin und Heizöl leicht gibt

⁵²⁸ Staribacher-Tagebücher, 6., 7. und 8.12.1973, Profil, Nr.25, 7.12.1973, Ölkrise auf österreichisch, S. 36, Die Presse, 14.12.1973.

es in rauen Mengen.“ Auch Staribacher war überzeugt, die „Auswüchse der Ölkrise würden in kürzester Zeit vorüber sein“⁵²⁹.

Im Gegensatz dazu ging zur selben Zeit nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa die Angst um, dass die Lichter ausgingen und der Autoverkehr zum Stillstand kommen könnte. Vor allem aber, und dies nicht zu Unrecht, wurden gravierende Folgen des steigenden Rohölpreises auf das Wirtschaftswachstum befürchtet. In Holland, Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Italien und Portugal waren bereits im Laufe des November Sonntags- oder Wochenendfahrverbote sowie Geschwindigkeitsbeschränkungen in Kraft gesetzt worden: 30 Millionen Autos standen am ersten autolosen Sonntag in Westeuropa still. Englands Premier Edward Heath hatte Mitte November den nationalen Notstand erklärt, weil die Ölkrise noch durch einen landesweiten Streik der Bergarbeiter ausgelöste Kohlenkrise verschärft wurde und verkündete wenig später die 3-Tagesarbeitswoche. Einige Länder, wie Frankreich, England oder Italien, hatten auch ihre Fernsehprogramme eingeschränkt, andere die Senkung der Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden verordnet. Einige Länder waren bereits zur Rationierung von Benzin übergegangen, in anderen sollte die Rationierung mit 1. Jänner 1974 in Kraft treten, so in Belgien, Griechenland, Holland, Schweden⁵³⁰. Der EWG-Ministerrat warnte die arabischen Staaten, eine Wirtschaftskrise in Europa könnte auch Rückwirkungen auf sie haben, und versuchte, allerdings mit wenig Erfolg, ein koordiniertes Energiesparprogramm zu erstellen⁵³¹. Und jeden Tag kamen Nachrichten über neue Entwicklungen am Rohölmarkt, und in jedem Land stellte sich die Angebots- und Versorgungslage anders dar.

Am Samstag oder am Sonntag beschloss Kreisky dann, dass weiterreichende Sparmaßnahmen im Energiebereich notwendig wären, die noch im Dezember getroffen und wirksam werden sollten. Am Montag, dem 10. Dezember kündigte Kreisky dem SPÖ-Parteivorstand und anschließend auch der Presse die Einführung eines autofreien Tages an; Mittelfristig müssten die heimischen Energiereserven noch stärker ausgeschöpft, die Sanierung von Altbauten und verkehrspolitischen Maßnahmen und längerfristig Studium und Förderung neuer Energiequellen, wie Sonnen- und Windenergie, forciert werden. Grundlegende und längerfristige Überlegungen zur Änderung der Energiepolitik sollten im Rahmen einer neuen Energiekonzeption der Regierung im Jänner 1974 der Öffentlichkeit

⁵²⁹ Arbeiter-Zeitung, 12.12.1973, S. 4, Internationale drehen den Ölhahn zu, Arbeiter-Zeitung, 13.12.1973, Strombedarf vorerst gesichert, Staribacher-Tagebücher, 14.12.1973.

⁵³⁰ Der Spiegel, Nr. 50/1973, S. 94-98, Öl. Angriff aus dem Westen?, Wiener Zeitung, 27.11.1973, 7.1.1974, Maßnahmen auf Europas Straßen, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Information BM Staribacher für BK Kreisky, 12.12.1973 über Auswirkungen der Versorgungskrise in europäischen Staaten. Der Spiegel, 1-2/1974, 7.1.1974, England: Niedergang mit Gleichmut und Anstand.

⁵³¹ Yergin, Der Preis, S. 747ff, 759ff., 765ff., Arbeiter-Zeitung, 15. und 16.12.1973.

vorgestellt werden. Ähnlich gehalten waren auch seine Äußerungen in der Ministerratsvorbesprechung⁵³².

Trotz der Spannungen, die sich zwischen ihm und Kreisky zuletzt aufgebaut hatten, begrüßte Staribacher besonders die längerfristig angelegten Ideen Kreiskys; dies würde ihm Gelegenheit geben, das versprochene Energiekonzept zu konkretisieren und wenigstens zum Teil in konkrete energiepolitische Maßnahmen umzumünzen. Er ärgerte sich aber über die Presse, der die Meinungsverschieden zwischen Kreisky und Staribacher nicht verborgen blieben und die Kreisky für seine Offenheit Lob spendete, obwohl er nur Maßnahmen verkündet hatte, die Staribacher schon vor Wochen vorgeschlagen hatte. Trotzdem war er entschlossen, sowohl seine offene Kommunikationslinie als auch das Bemühen um konsensuale Lösungen beizubehalten. Die Kommentatoren der Tageszeitungen goutierten seine Äußerungen zur Versorgungslage inzwischen aber weit weniger im Vergleich zu den „aktivistischen“ Ankündigungen Kreiskys und spotteten über seinen Optimismus⁵³³. In einer Strategiebesprechung mit seinen Mitarbeitern gelangte man zum Schluss, dass das Verhältnis zum Bundeskanzler verbesserungsfähig sei. Es gilt freilich zu beachten, dass sich die Zusammensetzung von Staribachers Kabinetts im Laufe des Jahres fast vollständig verändert hatte⁵³⁴.

Die Mehrheit der Journalisten gefiel sich im Dezember darin, die Versorgungslage in noch schwärzeren Farben zu malen, als dies der realen Situation entsprach. Sie erwartete eine „Blut und Tränen“-Kommunikation und Kreisky, der dies noch kurze Zeit vorher kritisiert hatte, erkannte dies und entsprach den Erwartungen viel stärker als Staribacher. Sein früherer „Medienberater“ Fritz Koppe riet ihm daher, seinen Kommunikationsstil jenem Kreiskys anzugleichen: wenn er nicht „das Opferlamm der Regierung“ bleiben wolle, müsse er versuchen, durch sein Auftreten und in der Argumentation wieder an Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Staribachers bemerkte dazu kritisch: „Heute ist Führung gefragt, starkes Auftreten, mit anderen Worten der jetzige Begriff des Regierens unterscheidet sich

⁵³² Staribacher-Tagebücher, 8., 10. und 11.12.1973, E. E. Veselsky, Ministerratsvorbesprechungen (Transkript), Bundesparteivorstand, 10.12.1973, Wiener Zeitung, Arbeiter-Zeitung, 11.12.1973.

⁵³³ In der „Kronen-Zeitung“ sprach Peter Gnam („Risse im Regierungsteam“) davon, dass sich Kreisky mit Staribacher „schon vor einigen Wochen überworfen“ habe (Österreich-Bericht, 286/1973, der ORF brachte am 14. Dezember Auszüge eines drei Wochen zuvor geführten Gesprächs, zwischen Staribacher und einer ägyptischen Journalistin, in dem er angeblich gesagt hatte, die Ölversorgung Österreichs sei in den nächsten zwei Jahren gesichert, was Staribacher umgehend dementierte (Arbeiter-Zeitung, 13.12.1973, S. 2).

⁵³⁴ Staribacher-Tagebücher, 20.11.1973 und 20.12.1973, Beilage Aktenvermerk Otto Wanke, 7.1.1974. Von den früheren Kabinettsmitarbeitern war Fritz Koppe in die Arbeiterkammer zurückgekehrt. Er übernahm später den von ihm maßgeblich mit erfundenen „Verein für Konsumenteninformation“. Otto Wanke wurde Sektionschef im Handelsministerium, Kurt Heindl übernahm ein Abgeordnetenmandat im österreichischen Nationalrat. Alle standen Staribacher aber auch nach ihrem formellen Ausscheiden von Fall zu Fall für spezielle Aufgaben zur Verfügung.

grundlegend von meiner Auffassung. In diesem Punkt habe ich den Zeitgeist nicht erfasst. d.h. ich kann und will ihm eigentlich nicht nachgeben. Das Bestreben, den größten Konsens zu erreichen, d.h. die Politik des Einvernehmens scheint eine Regierungsmethode der Schwäche zu sein⁵³⁵. Als ihn sein Freund Heinz Kienzl am Ende des Ölschocks damit zu trösten versuchte, seine mediale Präsenz habe ihn zu einem der bekanntesten Repräsentanten der Regierung gemacht, erwiderte Staribacher, dies sei richtig, aber er sei seither vor allem mit einem Negativ-Image behaftet, worauf auch die Bezeichnungen "Pickerl-Josef", "Happy-Pepi" hindeuteten⁵³⁶.

Im Nationalrat war seit Tagen über eine Möglichkeit beraten wurde, ein begrenztes Fahrverbot für Autos im Rahmen der Straßenverkehrsordnung zu erlassen. Dagegen waren aber juristische Einwände geltend gemacht worden, sodass nun eilig an einer sauberen juristischen Lösung dafür gearbeitet wurde. Bereits am 11. Dezember verhandelten Staribacher und Heinz Fischer, assistiert vom Verfassungsdienst, mit Koren und Vertretern der Handelskammer darüber. Gemeinsam mit Verkehrsminister Erwin Lanc stellte Staribacher auf Wunsch Kreiskys auch Überlegungen an, ob und wie eine Rationierung von Benzin zu organisieren wäre. Die ÖMV-Spitze lag sowohl Kreisky als auch Staribacher mit dieser Forderung seit Tagen in den Ohren, da nach ihren Angaben die Treibstoffversorgung im Jänner nur so gesichert werden könne. Staribacher und Lanc hofften zwar inständig, nie dazu gezwungen zu werden, diese wegen des bürokratischen Aufwands und der Gefahr von Missbräuchen in die Tat umsetzen zu müssen, studierten aber die Erfahrungen der Nachbarstaaten, um nötigenfalls die Rationierung durchführen zu können. Staribacher beauftragte eine aus nur zwei bis drei Mann bestehende Arbeitsgruppe, alle notwendigen Vorarbeiten für eine Bewirtschaftung von Benzin zu treffen⁵³⁷. Als Staribacher dem „Kurier“ sagte, die Benzinversorgung sei bis Ende Jänner 1974 gesichert, ergänzte Kreisky dies mit der Ankündigung, die Rationierung werde kommen, wenn die Einsparung durch Einführung eines autolosen Tages nicht ausreiche, was Staribacher sehr verärgerte, weil er eine solche Stellungnahme als Eingriff des Bundeskanzlers in seinen Kompetenzbereich erachtete⁵³⁸.

Nach zweitägigen Verhandlungen im Handelsausschuss wurde dem Plenum des Nationalrats am 12. Dezember ein von allen Parteien gebilligter Entwurf für ein eigenes

⁵³⁵ Staribacher-Tagebücher, 16.12.1973, Beilage, und Staribacher-Tagebücher, 18.12.1973.

⁵³⁶ Staribacher-Tagebücher, 7.2.1974. Das jeden Montag stattfindende „Pressefrühstück“, eine Erfindung Koppes, war allerdings ein unschätzbare mediales Forum, wie es abgesehen von Kreiskys Pressefoyer in keinem anderen Ministerium existierte, das dem Handelsminister eine ständige Medienpräsenz sicherte (vgl. Staribacher-Tagebücher, 18.12.1974, Beilage Tagebuch Koppe 12.12.1974).

⁵³⁷ Staribacher-Tagebücher, 13.12.1973. Der Arbeitsgruppe gehörten die Beamten Gröger, Preglau und Elsinger an.

⁵³⁸ Kurier, 15.12.1973, Staribacher-Tagebücher, 14.12.1973.

„Gesetz über Verkehrsbeschränkungen zur Sicherung der Treibstoffversorgung“ vorgelegt, der den Handelsminister ermächtigte, per Verordnung ein zeitlich begrenztes Fahrverbot zu erlassen oder eine Höchstgeschwindigkeit festzulegen⁵³⁹. Es war ein Gesetz mit Ablaufdatum; die Maßnahmen sollten nach maximal einem halben Jahr auslaufen. Der ÖVP-Bundesparteivorstand beschloss am 13. Dezember, die Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Energiekrise, insbesondere auch das vorgelegte Sondergesetz zu unterstützen, verlangte aber volle Information seitens der Bundesregierung über die tatsächliche Versorgungslage⁵⁴⁰.

Nachdem der Nationalrat das Gesetz am Freitag, dem 14. Dezember 1973, verabschiedet hatte, führte Staribacher am Samstag längere Besprechungen mit den Sozialpartnern und den Autofahrerklubs ÖAMTC und ARBÖ, um die Details der Durchführung des Gesetzes zu besprechen. Dabei wurden von den verschiedenen Interessensvertretungen unterschiedliche Lösungen – Sonntagsfahrverbot, ein oder zwei autofreie Tage – präferiert. Nach langer Diskussion einigte man sich schließlich doch auf Einführung eines autofreien Tages. Ein Sonntags- oder Wochenendfahrverbot wurde von der Fremdenverkehrswirtschaft, die 1973 währungsbedingt eine schlechte Saison hatte, entschieden abgelehnt. Nachdem auch Kreisky dieser Lösung zustimmte, erläuterte Staribacher die Details am Sonntag, dem 15. Dezember, im Rahmen einer längeren Fernsehdiskussion, am Montag dann nochmals beim regelmäßig abgehaltenen Pressefrühstück und am Nachmittag in der Ministerratsvorbesprechung⁵⁴¹. Am Mittwoch wurde die Verordnung mit den Ländervertretern besprochen, die diese in mittelbarer Bundesverwaltung umzusetzen hatten.

Als Termin für die Einführung des autofreien Tages wurde der 14. Jänner 1974 festgelegt; es sollte den Autobesitzern selbst die Wahl des Tages, an dem sie auf das Auto verzichteten, überlassen bleiben. Mit dem autofreien Tag sollte die freiwillige Sonntagssperre der Tankstellen fallen. Die Vorlaufzeit zwischen Gesetzwerdung und Inkrafttreten wurde mit dem Hinweis begründet, dass die Erstellung der Formulare sowie die Antragstellung und -bearbeitung für Sondergenehmigungen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen: Vom Fahrverbot generell ausgenommen waren einspurige KfZ, Einsatzfahrzeuge, Ärzte im Dienst, LKW, Taxis, Traktoren und Diplomatenfahrzeuge. Anträge auf Ausnahmen vom Fahrverbot

⁵³⁹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, K.105, Bericht und Antrag des Handelsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über Verkehrsbeschränkungen zur Sicherung der Treibstoffversorgung, 12.12.1973, 1002 d. Beil. der Stenographischen Protokolle des Nationalrates, XIII. GP., Arbeiter-Zeitung, 13.12.1973, S. 1, Gesetz über autolosen Tag perfekt.

⁵⁴⁰ Österreich-Bericht 288/1973, Die Presse, Energiekrise: die ÖVP ist kooperativ. Staribacher-Tagebücher, 12.12.1973.

⁵⁴¹ Staribacher-Tagebücher, 15. und 16.12.1973.

sollten Personen mit bestimmten Berufen wie Seelsorger, Tierärzte oder Hebammen und alle Personen erhalten, die ohne Auto nachweislich nicht zur Arbeit gelangen konnten⁵⁴².

Auch beim Ministerrat und im Parlament stand die Sicherung der Energieversorgung im Mittelpunkt. Auf Ersuchen Staribachers, der wegen der laufenden Energiedebatte zum Budgetkapitel Handel im Parlament unabhkömmlich war, verlas Landwirtschaftsminister Oskar Weihs dem Ministerrat Staribachers ausführlichen Bericht über die seit seinem letzten Bericht am 19. November ergriffenen Maßnahmen: Novellierung des Rohstofflenkungsgesetzes durch Einbeziehung von Erdöl und Erdölprodukten, Erlassung bzw. Vorbereitung von Verordnungen sowie Steuerungsmaßnahmen zur Bewirtschaftung von Heizöl verschiedener Qualitäten, Durchführung von Besprechungen über ein Bevorratungs- bzw. Energiesicherungsgesetz, und Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet der Bevorratung und längerfristige Maßnahmen auf diesem Gebiet, Schaffung eines Gesetzes für einen autofreien Tag sowie handelspolitische Bemühungen zur Sicherung der Rohöl- und Mineralölprodukteversorgung mit verschiedenen arabischen sowie Nachbarstaaten. Der Bericht erwähnte ferner die von der Mineralölwirtschaft aufgrund gemeinsamer Beratungen freiwillig ergriffenen Maßnahmen (Sonntagssperre der Tankstellen und Herabsetzung der Oktanzahl bei Superbenzin)⁵⁴³.

Ergänzend dazu hatte Unterrichtsminister Fred Sinowatz bereits am Vortag angekündigt, sein Ministerium habe sich angesichts der Energiekrise entschlossen, im kommenden Jahr eine Woche Schulferien zu geben.⁵⁴⁴ Im Anschluss daran verlangte der Finanzminister, dass der Aspekt der Bewirtschaftung stärker betont werden sollte, was Kreisky ablehnte. Daraus zu schließen, der Kanzler hätte die Forderung nach Rationierung von Benzin aufgegeben, wäre aber falsch.

Die Energiepolitik blieb auch nach diesem Ministerrat über Weihnachten hinaus ein vorrangiges Thema der gesamten Bundesregierung. Am Freitagabend vor Weihnachten berief Kreisky kurzfristig eine größere Runde aus Ministern, Energieexperten, Managern der Verstaatlichten Industrie, Wirtschaftsforschern und Beamten zu einem Energiegipfel ein. Entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten fehlten diesmal Vertreter der Sozialpartner. Ohne feste Tagesordnung sollte die Aussprache dem Zweck dienen, die Teilnehmer zum Nachdenken über eine neue Energiepolitik für die Zukunft anzuregen und einzustimmen.

⁵⁴² Arbeiter-Zeitung, 18.12.1973, S. 2, Nur einmal wöchentlich "autolos", Wiener Zeitung, 3.1.1974, Autoloser Tag ab 14. Jänner.

⁵⁴³ BKA, NL Kreisky, Box 105, Vortrag des BmfHGul, 17.12.1973 betr. Maßnahmen des Handelsministers zur Sicherung der Energieversorgung.

⁵⁴⁴ Wiener Zeitung, 19.12.1973, Staribacher-Tagebücher, 19.12.1973.

Kreisky ging davon aus, dass der Energieverbrauch in Österreich jährlich nicht um 7 % zunehmen werde, wie von einigen Ökonomen angenommen⁵⁴⁵. Wenn die Energiesparmaßnahmen zu greifen begännen, könne man von einem „restriktiven Verbrauch“ ausgehen, wie er auch in seine Neujahrsansprache einfließen ließ. Bei der am gleichen Tag stattfindenden Wirtschaftspolitischen Aussprache meinte Kreisky, bei entsprechenden Einsparungen werde Österreich das Ölembargo meistern⁵⁴⁶. Die Wirtschaftsforscher gingen bei ihren Schätzungen seit längerem von einem Modell aus, das den Energieverbrauch in eine Relation zum Wirtschaftswachstum setzte; in den frühen sechziger Jahren lag dieser Faktor etwa bei 1:1, in der Industrieproduktion aber deutlich niedriger, hingegen lag der Energieverbrauch im Verkehr und bei den Haushalten deutlich höher. Inmitten der Ölkrise revidierten die Wirtschaftsforscher ihre Konjunkturprognose: sie sahen für 1974 einen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 3-3,5 % und einen Anstieg der Inflation um 1 % auf 8,5 %. In Bezug auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach Rohöl und Benzin tappten die WIFO-Experten aber im Nebel. Sollte deutlich weniger Rohöl zur Verfügung stehen, so würden sich daraus notwendigerweise erhebliche Einschränkungen im privaten Treibstoffverbrauch ergeben. „Sollte das Angebot an Erdölprodukten den Stand von 1973 erreichen“, so das WIFO, „würde die Produktion [...] kaum beeinträchtigt. Nach dieser optimistischen Variante wäre ein BNP [...] -Wachstum von rund 4 % möglich.“ In einer vom Handelsministerium Ende Jänner 1974 veranstalteten Enquete zum Energieverbrauch ging das WIFO mittelfristig von einer Wachstumsprognose von 5 % BNP-Zunahme bis 1985 aus, woraus ein Energieverbrauchswachstum von 3 % abgeleitet wurde und in der letzten Fassung der Prognose von einer Zunahme des Netto-Inlandsverbrauchs um 3,8-4,4 %, wobei allerdings ein stark steigender Anteil von Strom aus Kernenergie mitberücksichtigt wurde⁵⁴⁷.

Unabhängig davon, wie stark der Energieverbrauch in den nächsten Jahren ansteigen würde, so stand vermutlich außer Streit, dass Österreich aufgrund der schwindenden Eigenvorräte an Erdöl in Zukunft mehr Rohöl importieren würde müssen als bisher. Das Handelsministerium schätzte, dass die Rohölimportmenge von 7,2 Mio. t im Jahr 1975 bis 1980 auf rd. 10 Mio. t steigen werde. Tatsächlich griff diese Schätzung zu hoch: Aufgrund des Wachstumseinbruchs und der verfügbaren Sparmaßnahmen nahm der Rohölverbrauch 1974 nur um 1,1 % zu; ebenso lag er wegen der schwachen Konjunktur in den Jahren 1977

⁵⁴⁵ Vgl. dazu Der Spiegel, Nr. 50/1973, Weltmacht Öl, S. 80.

⁵⁴⁶ Wiener Zeitung 19.12.1973, Große Probleme wurden heuer gemeistert, Kurier, 2.1.1974, Kreisky verspricht mehr Zusammenarbeit.

⁵⁴⁷ Staribacher-Tagebücher, 19.12. und 21.12.1973, 30.1.1974; Information Sektion V, BKA für Kreisky über die Prognosesitzung des WIFO am 20.12.1973, Wiener Zeitung, 21.12.1973, 1974 wird 3 % Wachstumsrate und 8,5 % Inflation bringen, (Karl Musil), Energieprognose bis 1985, In: WIFO-Monatsberichte H. 8/1974, S. 378-386. Der Stromverbrauch in Österreich stieg zwischen 1970 und 1972 um 6,75 %/Jahr (ÖB 8/1974, Stromverbrauch in Österreich).

und 1978 sogar unter dem für 1975 prognostizierten Wert lagen, und 1980 lagen die Rohölimporte mit 8,3 Mio. t deutlich unter dieser Prognose⁵⁴⁸.

Kreisky hatte die Diskussion mit der an Staribacher gerichteten Forderung eröffnet, „es müsse ein Energiekonzept her, das umweltfreundlich [sei] und den Gesundheitsgesichtspunkten mehr Rechnung trägt“; das Energiekonzept, das Kreisky bei der nächsten Regierungsklausur in Grundzügen diskutieren und beschließen wollte, sollte kurz-, mittel- und langfristig realisierbare Maßnahmen enthalten, wobei ganz besonders Energiesparmaßnahmen oberste Priorität hätten. Staribacher legte eine Unterlage, überschrieben mit „Leitlinien für die österreichische Energiepolitik“ vor, in der er die bisherigen Vorarbeiten für das versprochene Energiekonzept zusammenfasste. Die „Leitlinien“ sollten ein Vorgriff auf das Energiekonzept sein, dessen Grundzüge er bei der Regierungsklausur vorzulegen versprach⁵⁴⁹.

Aufgrund der beschränkten personellen Kapazitäten seines Ministeriums konzentrierte sich der Handelsminister in seiner Antwort auf die kurzfristig zu ergreifenden Maßnahmen, um Versorgungsengpässe zu vermeiden: Hier stehe Österreich unter den heimischen Energieressourcen eigentlich nur der Ausbau der Wasserkraft zur Verfügung. Das Ausbauprogramm der E-Wirtschaft sei derzeit auf einen jährlichen Energiezuwachs von 7,2 % abgestimmt. Bei Kohle und Kohlenwasserstoffen sei das Ziel, die Förderung in der bisherigen Höhe aufrecht zu erhalten, wobei das Problem des landesweit hoch defizitären Bergbaus zu lösen sei. Die Kernenergie sei keine heimische Energiequelle, die Kernkraft biete jedoch eine erhöhte Versorgungssicherheit, da Brennstäbe mehrjährig lagerfähig seien. Der Handelsminister selbst hatte die Vorbereitungen auf diesem Gebiet in Österreich in den letzten beiden Jahren aufmerksam, aber einigermaßen besorgt verfolgt und notierte im Verlauf der Besprechung auch, dass der Kanzler „[größte Bedenken] gegen die Errichtung von Kernkraftwerken“ äußerte. Er sah, fast möchte man sagen, prophetisch, das Dilemma voraus, das der verstärkte Ausbau der Kernkraft als substitutive Energieform sehr bald auch in Österreich eine „Diskussion über die Sicherheit der Kernkraftwerke“ auslösen werde.

Im Bereich Erdöl und Erdgas seien die heimischen Reserven begrenzt, neue große Lagerstätten würden vermutlich nicht mehr gefunden werden, sodass die Importabhängigkeit weiter bestehen bleibe und das Risiko einer neuerlichen Versorgungskrise nur durch möglichste breite Streuung und durch ausreichende Bevorratung gemildert werden könnte.

⁵⁴⁸ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, K. 105, Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Energiekonzept Kohlenwasserstoffe, Teil Erdöl und Erdölprodukte, Wien, Dezember 1973, S. 1, Trend H. 1/1979, S. 133-144, Heinz Honies, Öl: Der Hort der Ahnungslosen; Trend H. 9/1981, S. 104-113, Thomas Frank: Benzinpreis: Warum die Multis nicht zu bremsen sind.

⁵⁴⁹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Leitlinien für die österreichische Energiepolitik.

Die ÖMV habe ihm den weiteren Ausbau der Verarbeitungskapazität ihrer Raffinerie Schwechat auf 14 Mio. t jährlich sowie die Errichtung einer Produktenpipeline in Kombination mit einem Treibstofflager im Raume Linz zugesichert. Die Errichtung einer zweiten Raffinerie in Österreich könne nicht vor 1980 erfolgen. Auch in Westösterreich sollten für saisonale Bedarfsschwankungen solche Vorratslager errichtet werden.

Das gespannte Verhältnis zwischen Staribacher und dem Kanzler wurde in der Frage der Benzinrationierung sofort akut: Staribacher, von Kreisky aufgefordert, seine Haltung darzustellen, bekräftigte, er halte an seiner Überzeugung fest, „echte Sparmaßnahmen“ sollten „nicht präventiv“, sondern entsprechend der Versorgungslage abgestuft eingeführt werden. Sollte der autofreie Tag nicht die erforderlichen Einsparungen bringen, würden „ab Februar tiefgreifende, behördlich angeordnete Sparmaßnahmen zu ergreifen sein“, die die Konsum- stärker als die Produktionssphäre treffen sollten. Kreisky befürwortete dagegen eine raschere Einführung der Treibstoffrationierung und schlug vor, die Autofahrerklubs in die Ausgabe von Bezugsscheinen einzubinden, was diese allerdings, auf Staribachers Anfrage hin, ablehnten. Staribacher befürchtete, Kreisky könnte die Energiepolitik zumindest vorübergehend zur Chefsache machen.

Die Behörden, forderte Kreisky in der Debatte weiter, müssten bei sich selbst das Gebot, Energie zu sparen, viel nachdrücklicher beachten – Kreisky nannte mehrere Beispiele, um „der Öffentlichkeit [zu] demonstrieren [...], dass überall gespart werden soll“. In diesem Punkt stimmten beide überein. Kreisky hatte mehrere Werbeagenturen eingeladen, ein Konzept für eine Werbekampagne zu diesem Thema zu erstellen. Hertha Firnberg sagte zu, einen Forschungsschwerpunkt Energie einzurichten, Verkehrsminister Erwin Lanc, der schon vorher auf diesem Gebiet kaum in Erscheinung getreten war, dagegen hatte für sein Ressort wenig konkrete Vorschläge mitgebracht⁵⁵⁰.

Staribacher zog ein ernüchterndes Resümee, sowohl im Hinblick auf die allgemeine Energiepolitik, wie auch insbesondere in Bezug auf die künftige Bedeutung der Kernkraft: „Mit Schaudern denke ich daran, dass wir jetzt, wo wir elektrische Energie schaffen sollen, die Diskussion über die Sicherheit der Kernkraftwerke in Österreich haben werden. Kreisky meinte, die opinion werde immer stärker werden und man könnte sich dem nicht verschließen. [...] Ich bin sehr gespannt, wie sich aus diesen divergierenden Auffassungen [...] ein befriedigendes Energiekonzept abgeleitet werden soll.“⁵⁵¹

⁵⁵⁰ Staribacher-Tagebücher, 21.12.1973, Wiener Zeitung, 22.12.1973, Mit dem Energiesparen wird es ernst.

⁵⁵¹ Ebd.

Mit diesen Ausblicken gingen die Sitzungsteilnehmer in die Weihnachtsferien, die von einer neuen Hiobsbotschaft eingeleitet wurden. Am 24. Dezember gaben die Golfstaaten, die auf Einladung des Schah in Teheran über die Preisentwicklung seit Oktober beraten hatten, eine neuerliche Anhebung des Rohölpreises bekannt: 5,12 Dollar je barrel auf 11,65 Dollar. Die beiden Preissteigerungen vom Oktober und Dezember erhöhten den Rohölpreis innerhalb eines Jahres auf das Vierfache. Auch dieser Preis war einer mit Ablaufdatum, wie der kuwaitische Ölminister bekannt gab. Libyen verfolgte eine eigene Preisstrategie und erhöhte seinen Preis Anfang Jänner sogar auf 18,77 Dollar je barrel⁵⁵². In einer ersten Reaktion darauf meinte Staribacher, dies würde auch für Österreichs Autofahrer eine neuerliche Anhebung des Benzinpreises zur Folge haben; er erwarte demnächst einen Antrag der heimischen Mineralölindustrie. Kreisky teilte er mit, er beabsichtige, den Preisantrag im Eilverfahren zu genehmigen. Gleich zu Beginn des neuen Jahr würde auf die Österreicher sowohl eine Erhöhung der Treibstoffpreise als auch des Strompreises zukommen.

In einem Gespräch mit dem „Krone“-Journalisten Peter Gnam zeichnete der Minister ein wenig erfreuliches Zukunftsszenario: „Österreich gehe keinen rosigen Zeiten entgegen“. Auf die jüngste Preiserhöhung eingehend, meinte Staribacher, „diese Weihnachten sind sicher ein Wendepunkt. Es werden für längere Zeit die letzten Weihnachten sein, die man so wie bisher sorglos genießen kann.“ Man müsse sich langsam damit abfinden, dass „die Zeiten des Überflusses dem Ende zu[gehen]“. In dieser Situation dürfe man nicht die Nerven verlieren, weder die Regierung, noch die Opposition oder die Bevölkerung⁵⁵³. Bruno Kreisky sprach in seiner Ansprache von einem notwendigen Umdenken der „modernen Konsumgesellschaft“, der ÖGB von einer Absage an die „Vergeudungsgesellschaft“⁵⁵⁴. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Kardinal Franz König in seiner Neujahrsbotschaft: „Zum erstenmal seit langem“, so König, „beschleich[t] die Menschen heute Zweifel, ob die ständige Ausweitung von Produktion und Konsum immer weitergehen werde. Die Ölkrise sei vielleicht erst der Anfang einer allgemeinen wirtschaftlichen Rückschlages, der wohl auch in Österreich Auswirkungen zeigen werde. Wie diese Auswirkungen beschaffen [sind, weiß] man heute noch nicht.“ Und er appellierte an die Österreicher, menschlich zusammen zu rücken⁵⁵⁵.

Aufgrund der kritischen Situation fand sich Staribacher bereits am 27. Dezember wieder in seinem Büro ein, um die Vorbereitungen für die Einführung des autofreien Tages zu koordinieren. Das war auch notwendig, weil die mit der Umsetzung des betreffenden

⁵⁵² Yergin, Der Preis, S. 762ff., Hohensee, Der erste Ölpreisschock, S. 91f., Arbeiter-Zeitung, 25.12.1973, S. 1f. Treffen Kreisky-Schah.

⁵⁵³ Österreich-Bericht, 297/1973, Peter Gnam, Ernst, aber noch lange nicht hoffnungslos.

⁵⁵⁴ Arbeiter-Zeitung, 29.12.1973.

⁵⁵⁵ Wiener Zeitung, 2.1.1974, Krise gemeinsam meistern.

Gesetzes befassten Beamten, wie er verärgert feststellte, zu langsam arbeiteten, obwohl die wichtigsten Fragen schon am 19. Dezember mit den Ländervertretern besprochen worden waren. Staribacher verlangte von seinen Beamten, die Ausführungsbestimmungen noch vor der Veröffentlichung des Gesetzes am 5. Jänner fertig zu stellen, damit die Bezirksbehörden sofort in Aktion treten, insbesondere mit der Bearbeitung der Anträge für Ausnahmegenehmigungen vom Fahrverbot beginnen könnten. Seit Jahresbeginn mussten sich die Autobesitzer übrigens auch noch ein zweites „Pickerl“ erwerben, die sog. „Prüfplakette“ über die technische Funktionstauglichkeit ihres KFZ. Der Erlass ging aber erst am Freitag, dem 5. Jänner, hinaus, sodass den Bezirkshauptmannschaften und Bezirksämtern nur eine Woche Zeit bis zum ersten autolosen Tag für die Prüfung der Anträge blieb. Auch sozialdemokratische Parteiblätter fanden diese Frist zu knapp bemessen, und einmal mehr schlug dem Handelsminister Kritik entgegen. Nur ein sehr eingeschränkter Kreis von Berufen wurden vom Fahrverbot generell ausgenommen, um eine Sonderbewilligung konnte darüber hinaus aber jeder Fahrzeugbesitzer ansuchen, der sein Auto an mindestens sechs Wochentagen benötigte, um seinen Arbeitsplatz zu erreichen, sofern die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsstätte mindestens 3 km betrug. In Wien, wo allein 200 Beamte für die Antragsbearbeitung aufgeboten wurden, nahmen die Bezirksämter von 8-20 Uhr Anträge entgegen. Mitzubringen waren der Zulassungsschein, in dem der entsprechende Tag und die Ausnahmegenehmigung vermerkt wurden, und „schriftliche Belege“, die eine Bewilligung rechtfertigten. Sondergenehmigungen waren gebührenpflichtig; gegen Ablehnungen konnte Berufung eingelegt werden⁵⁵⁶.

Gleichzeitig liefen die Mitte Dezember begonnenen Vorbereitungen eines kleinen Beamtenteams für die dritte Phase der Bewirtschaftung, die Rationierung von Treibstoff vorsah, normal weiter. Der mehrere Wochen dauernde Druck der Bezugskarten erfolgte durch die Computerfirma IBM und war in der ersten Jännerwoche noch im Gange. Die Kosten für Druck und Versand für die erste Rationierungsphase wurden auf über 40 Mio. S geschätzt; letzten Endes fielen aber nur Druckkosten an. Die Bezugskarten sollten im Ernstfall durch die Haftpflichtversicherungen versandt werden. Jede Bezugskarte berechnete zum Bezug mehrerer Treibstoffrationen; die entsprechenden Abschnitte der Karte waren im Bedarfsfall abzutrennen; für jeweils einen Abschnitt in Form einer winzigen Marke mit einer bestimmten Nummer sollte eine bestimmte Menge Treibstoff abgegeben werden. Sowohl Staribacher als auch der die Vorbereitung leitende Beamte gaben aber mehrfach beruhigende Erklärungen ab, um eine neue Hamsterwelle zu verhindern: Eine Benzinrationierung stehe keineswegs unmittelbar bevor, die entsprechende Verordnung existierte bisher nur als "Punktation". Da sich in der ersten Jännerwoche die

⁵⁵⁶ Staribacher-Tagebücher, 19.12.1973, 27.-29.12.1973, Wiener Zeitung, 3.1.1974, Arbeiter-Zeitung, 4.1.1974.

Versorgungslage deutlich entspannte, wurden die Vorbereitungen unterbrochen. Staribacher war nach der ersten Jännerwoche überzeugt, dass ihm eine Rationierung erspart bleiben würde⁵⁵⁷.

In Anbetracht der unsicheren Versorgungslage bemühte sich jedoch sowohl die ÖMV als auch die Bundesregierung, die Abhängigkeit von den arabischen Staaten zu verringern. Kreisky hatte seine guten Kontakte in den Nahen Osten aktiviert, um Kooperationen für die ÖMV und die übrige Industrie einzuleiten. Am 27. Dezember kam der iranische Staatschef Schah Reza Pahlevi zu einem Privatbesuch nach Wien. Der Iran verfolgte eine gegenüber den Arabern teilweise eigenständige Ölpolitik, und Kreisky beabsichtigte, die Ölkrise, aber auch Österreichs Wunsch nach verstärkter Kooperation auf diesem Gebiet zur Sprache zu bringen. Schon im Rahmen der regelmäßigen Außenhandeltreffen hatte er sein Interesse an einem längerfristigen Abkommen über iranisches Rohöl deponiert⁵⁵⁸. Als Lieferant von 20 % des importierten Rohöls schien der Iran in dieser Situation ein unverzichtbarer und zuverlässiger Handelspartner zu sein. Aufgrund der Weihnachtsfeiertage musste die Bundesregierung keine größeren Demonstrationen wegen der Menschenrechtsslage im Iran befürchten, die das Gesprächsklima ernsthaft stören würden.

Im Vorfeld des Schah-Besuchs war ÖIAG-Generaldirektor Franz Geist an Kreisky neuerlich mit dem Vorschlag herangetreten, gemeinsam mit dem Iran im Raum Oberösterreich eine zweite, „chemiefreundliche“ Raffinerie zu errichten, um Vorprodukte, wie Polyäthylen und Propylen, zur Verarbeitung durch die Chemie Linz zu liefern, wofür die Kapazität der Raffinerie Schwechat nicht ausreichte⁵⁵⁹. Geist hatte Staribacher im September erstmals und in der Folge mehrfach darauf angesprochen und versucht, ihn für dieses Projekt zu gewinnen. Geist konnte darauf verweisen, dass der Iran einen entsprechenden Vertrag mit Belgien unterzeichnet hatte und mit deutschen und italienischen Energiekonzernen über die Errichtung einer Erdgaspipeline verhandelte⁵⁶⁰. Geist glaubte, Österreich könnte auf diese Weise größere Rohöllieferungen aus dem Iran erhalten und damit mehr Sicherheit in der Rohölversorgung erlangen, der Iran strebe besonders einen Einstieg in die petrochemische Produktverarbeitung an. Der ÖIAG-Chef erhoffte sich aber auch die Anbahnung von Geschäften für die übrige Verstaatlichte Industrie. Die ÖMV-Spitze allerdings betrachtete Geists Vorschlag als feindlichen Akt und konterte wenige Tage danach mit dem Gegenvorschlag: Man werde sich gerne, sofern die iranische Regierung dies wünsche, am

⁵⁵⁷ Staribacher-Tagebücher, 13.11., 27.-29.12.1973, 7.1. und 9.1.1974, Arbeiter-Zeitung, 5.1.1974, Rationierungsplan mit „Hamsterbremse“.

⁵⁵⁸ BKA, NL Kreisky, Bestand Außenpolitik, Länderbox Iran, K.2, Niederschrift über die zweite Tagung der österreichisch-iranischen wirtschaftlichen Gemischten Kommission vom 24-27.5.1971.

⁵⁵⁹ Kärntner Tageszeitung, 10.1.1974, Helmut Romé, Iran und Österreich planen Raffinerie: ÖIAG ist dafür.

⁵⁶⁰ Staribacher-Tagebücher 2.9.1973, Arbeiter-Zeitung, 26. und 27.9.1973.

Bau einer gemeinsamen Raffinerie im Iran beteiligen und auch sonst technische Hilfe jeder Art im Bereich Rohölaufsuchung, -förderung, Errichtung von Pipelines und Vertrieb iranischen Öls in Österreich anbieten; die ÖMV war gemeinsam mit der französischen ERAP im Iran bei der Exploration von Rohöl engagiert⁵⁶¹.

Noch vor dem ersten Zusammentreffen mit Kreisky und Staribacher erläuterte der Schah in einer im Hotel Imperial gegebenen Pressekonferenz die Ölpolitik des Iran, in der er auch zu den österreichischen Wünschen Stellung nahm. Er könne sich derzeit nur schwer vorstellen, dass der Iran mehr Öl an Österreich liefere, weil die iranische Förderkapazität ausgelastet sei. Nach dem Essen mit dem Bundespräsidenten erörterten zunächst Kreisky und der Schah die internationale Lage; dann erst stießen Staribacher, Geist und ÖMV-Vertreter dazu, wobei die Errichtung einer iranisch-österreichischen Raffinerie zur Sprache kam. Der Schah wollte auf diesen Vorschlag nicht eingehen; er begrüße es aber, wenn eine österreichische Delegation so rasch wie möglich nach Teheran kommen würde, um über konkrete industrielle Projekte zu verhandeln. Eine österreichische Beteiligung an einer iranischen Raffinerie könne dagegen Verhandlungsgegenstand sein, ein Projekt, das auch für Kreisky interessant schien. Die Konkurrenz zwischen ÖIAG und ÖMV war sogar während der Unterredung erkennbar, und Staribacher war einmal mehr verärgert, weil beide zwar Kreisky, nicht aber ihn informiert hatten. Er selbst war, so wie ÖGB-Chef Benya, der Ansicht, vorrangig sei der weitere Ausbau der Raffinerie Schwechat; der Bau einer zweiten Raffinerie sollte erst dann weiter verfolgt werden, wenn Schwechat an die Kapazitätsgrenzen stoße. Kreisky hingegen unterstützte Geists Vorschlag, um die petrochemische Grundstoffherzeugung in Linz auszubauen⁵⁶². Sowohl der iranische Finanzminister als auch der Ölminister des Iran, Amouzegar, standen Österreichs Wunsch nach einem gemeinsamen Raffinerieprojekt jedoch äußerst reserviert gegenüber. Die iranische Regierung habe der ÖMV schon vor neun Jahren eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet angeboten, die diese damals abgelehnt habe. Diese Behauptungen wurden Staribacher insgeheim auch von der Handelskammer bestätigt; entsprechende Vereinbarungen seien 1969 getroffen, dann aber von der ÖMV sabotiert worden. Auch sonst seien die beiderseitigen Handelsbeziehungen sehr einseitig gewesen⁵⁶³.

⁵⁶¹ BKA, NL Kreisky, Bestand Außenpolitik, Länderbox Iran, K.2, Aktennotiz Technische Direktion ÖMV, 21.12. und Aktennotiz Ludwig Bauers, GD, ÖMV, 27.12.1973 betr. Zusammenarbeit mit dem Iran.

⁵⁶² Staribacher-Tagebücher, 27.-29.12.1973, Zu Benyas Haltung in dieser Frage: Staribacher-Tagebücher, 26.11.1973, Wiener Zeitung, 29.12.1973, Arbeiter-Zeitung, 30.12.1973.

⁵⁶³ Arbeiter-Zeitung, 12.1.1974, S. 2, Perser: Österreich soll sich an einer Raffinerie beteiligen, Staribacher-Tagebücher, 21.1.1974 (Die persische Version wurde durch HK-Generalsekretär Mussil bestätigt), Wochenpresse, 4/1974, 23.1.1974.

Trotzdem einigten sich Kreisky und der Schah auf die Entsendung einer kleinen Wirtschaftsdelegation auf höchster Ebene, die so rasch wie möglich nach Teheran reisen sollte, um über konkrete Kooperationen zu verhandeln. Kreisky betonte nach dem Treffen, Österreich werde nicht als Bittsteller nach Teheran kommen, sondern als Handelspartner. Seither wurde hinter den Kulissen heftig darüber gestritten, wer dabei die Interessen der Verstaatlichten Industrie wahrnehmen sollte. Staribacher bat Kreisky, in diesem Streit vermittelnd einzugreifen. Über den Anlassfall hinaus ging es auch darum, ob der ÖIAG-Chef auch für die ÖMV sprechen durfte. Kreisky scheint, wie aus Äußerungen hervorgeht, dem Anliegen Geists Sympathie entgegengebracht zu haben, im Gegensatz zum Leiter seiner Verstaatlichten-Sektion Otto Gatscha, der sich ebenfalls in die Wirtschaftsdelegation für Teheran hinein reklamierte, was für großen Unmut bei der ÖIAG-Spitze sorgte, weil Gatscha offenbar in diesem Streit die Interessen der ÖMV unterstützte. Staribacher hatte schon bemerkt, dass die ÖMV als starkes Unternehmen bestrebt war, ihre eigene Politik zu machen, sie „schere sich einen Pfifferling um die ÖIAG“. ÖMV-Generaldirektor Bauer hätte sein Unternehmen am liebsten aus dem ÖIAG-Konzern ausgegliedert und dem Handelsministerium unterstellt. Staribacher wiederum empfand die Abhängigkeit von der ÖMV mehr als einmal als sehr unangenehm⁵⁶⁴. Neben einer Reihe anderer Projekte, die die Delegation unter Führung Staribachers im Gepäck hatte, ist eine vom Bankier Simon Moskowitz vorgeschlagene Idee zu erwähnen, man möge doch die Gründung einer eigenen arabischen Bank in Wien in Erwägung ziehen, um die Geschäftsbeziehungen in diesen Raum zu fördern⁵⁶⁵.

Das Ende der Ölkrise

Das Ölembargo führte dazu, dass einige Regierungen die Rolle der multinationalen Ölkonzerne kritisch betrachteten. Sowohl in den USA als auch in Großbritannien und anderen Staaten wurde deren Rolle im Verlauf der Krise kritisch untersucht. Die Kritik wurde auch von den Zeitungen aufgenommen, wenngleich nach wie vor eine, wegen der gegebenen Abhängigkeit verhaltene, Kritik an den arabischen Ölförderländern vorherrschend war⁵⁶⁶. Auch die heimische Presse griff dieses Thema in den kommenden Wochen mehrfach auf: Die „Arbeiter-Zeitung“ sprach unter Hinweis auf eine Analyse des britischen „Economist“ von einem „gigantischen Gaunerstreich, in dem sich die Ölproduzenten und die Ölkonzerne

⁵⁶⁴ Staribacher-Tagebücher, 3.12.1973, 20. und 21.12. und 27.-29.12.1973.

⁵⁶⁵ Staribacher-Tagebücher, 17.1.1973. Über diese Idee, die angeblich außer von Moskowitz auch von anderen „namhaften Bankexperten“ vertreten wurde, berichtete schon einige Tage vorher der AZ-Wirtschaftsredakteur Helmut Romé (Vgl. Kärntner Tageszeitung, 12.1.1974, Helmut Romé, Kommt Araberkapital auch nach Österreich?).

⁵⁶⁶ Hohensee, Der erste Ölpreisschock, S. 161-173, Yergin, Der Preis, S. 751ff., 760ff., Arbeiter-Zeitung, 11. und 12.1.1974.

die Hand reichen“⁵⁶⁷. Staribacher, der im Interesse der Ölversorgung auf den Beitrag der internationalen Konzerne nicht verzichten konnte, nahm in dieser Frage eine differenziertere Haltung ein, obwohl besonders die überraschende Verringerung der Importe von Benzin durch die „Internationalen“ im November und Dezember sein Verhältnis zu diesen belastet hatte. Dasselbe gilt auch für Kreisky, der im Verlauf der Krise mehrfach auf die strategische Bedeutung der ÖMV verwies und deren positive Rolle gegenüber den Konzernen besonders unterstrich. Einer Verstaatlichung der Ölkonzerne in Österreich erteilte er aber eine klare Absage. Die Diskussion darüber flammte auch später besonders im Kontext des Ringens um den Benzinpreis auf: Nicht nur Arbeiterkammer und ÖGB, sondern auch die Wirtschaftsforscher und mitunter auch der Kanzler, dem die prächtigen Jahresergebnisse der Konzerne ins Auge stachen, stellten die von den Ölfirmen vorgelegten Kalkulationsgrundlagen wiederholt in Frage⁵⁶⁸.

In der theoretischen Zeitschrift der SPÖ, „Zukunft“, veröffentlichte Heinz Kienzl eine ausführliche Analyse der Energiekrise, die nach seiner Einschätzung, die weitgehend die Ansichten des „Kautsky-Kreises“, des ökonomischen think-tanks von ÖGB und Arbeiterkammer⁵⁶⁹, wiedergab, nicht real sei, sondern „der größte Bluff des Jahrhunderts“, auf den die Regierungschefs der westlichen Industriestaaten „hereingefallen sind. Ein paar schlaue Wüstensöhne haben Schwachstellen unseres politischen und wirtschaftlichen Systems erkannt, mit Drohungen eine Heizöl- und Benzinhamsterwelle [...] ausgelöst, damit den Eindruck einer gewaltigen Ölverknappung hervorgerufen“ und durch Einschüchterung die Europäische Gemeinschaft und Japan „in die Knie gezwungen“, eine Kritik, zu der sich der Autor auch noch 20 Jahre später bekannte⁵⁷⁰. Kienzls Analyse, nicht ganz frei von antiarabischen Ressentiments, die die Rolle der internationalen Ölgesellschaften nur ganz nebenbei bewertete (Niedrigpreispolitik der Ölgesellschaften als Mitursache der Krise) kam zum Schluss, dass von einer realen Ölknappheit keine Rede sein könne. Der Anstieg des

⁵⁶⁷ Arbeiter-Zeitung, 8.1.1974, S. 4, Lehren aus der Öltragödie.

⁵⁶⁸ Staribacher-Tagebücher, 16.11., 14.12.1973, 28.2.1974. Zur Debatte um die Kalkulationsgrundlagen vgl: Trend H. 11/1975, Mineralölindustrie: Destillationsprozeß und Trend, H. 1/1980, „Obszöne Gewinne? – ein Schmarrn!“ (mit Stellungnahmen Jan Stankovsky, WIFO und Mobil-Generaldirektor Friedrich Ebeling). Vgl. auch die Zusammenstellung Robert Sedlaceks: Was verdienen die Ölmultis? über die Dividendenentwicklung, BKA, Kreisky, Wirtschaft, Nachtrag, Box Oe-O.

⁵⁶⁹ Zum Kautsky-Kreis vgl. u. a. Philipp Rieger, Die Rezeption keynesianischer Ideen in Österreich – Erinnerungen eines Zeitzeugen, In: Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, hgg. Fritz Weber/Theodor Venus, Wien 1993, S. 29-36. Eine kurze Würdigung einiger Ökonomen findet sich bei Ernst Glaser, Im Umfeld des Austromarxismus, Wien-München-Zürich 1981, S. 245-258. Siehe auch: Heinz Kienzl, Wirtschaftspolitik in Theorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, In: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift f. Maria Szecsi (Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), S. 145-154. Ein zeitgenössisches Porträt Kienzls und seiner Ansichten in Ecco, 1.12.1974, S. 16-21.

⁵⁷⁰ Heinz Kienzl, Das Ende des Wirtschaftswunders, In: Die Zukunft, H. 1/2-1974, S. 19-23. Vgl. auch Kienzl, Gesamtstabilität, der Weg und das Ziel – Einkommenspolitik und Währungspolitik seit 1951, In: Austrokeynesianismus (1993), S. 71 und Staribacher-Tagebücher, 25.1.1974.

Ölpreises werde zwar kurzfristig Löcher in der Zahlungsbilanz der Industriestaaten aufreißen, die aber konjunktur- und strukturpolitisch zu bewältigen seien. Die Produktionskosten in den Industriestaaten würden steigen, den Preis dafür müssten auch die auf den Import dieser Waren angewiesenen Ölstaaten bezahlen; so würden die Petrodollars wieder teilweise in die westlichen Volkswirtschaften zurückfließen.

„In kritischen Zeiten ist es aus politischen und psychologischen Gründen von großer Bedeutung, dass die Regierung der Bevölkerung den Eindruck einer zielbewussten Führung vermittelt. Die Bevölkerung erwartet nicht nur sachgerechte Information, sondern auch einen klaren, der Krisenlage entsprechenden wirtschaftspolitischen Kurs“, lautete die Empfehlung der Ökonomen des Kautsky-Kreises, die schon in den Einschätzungen Kurt Rothschilds beim Abendessen in Kreiskys Villa Ende November erkennbar wurde⁵⁷¹. Die Verteuerung des Rohöls werde einerseits sehr rasch zur Erschließung neuer Lagerstätten führen, andererseits zu Energiesparmaßnahmen und der Suche nach Ersatzenergie für das teurere Erdöl. Der Bundesregierung empfahlen die Ökonomen, in einer bevorstehenden Phase der Konjunkturabflachung „kompensatorische Maßnahmen“ zu setzen, „die im Einklang mit den langfristigen Infrastrukturkonzepten“ stünden⁵⁷². Für Österreich, das nach 1945 eine vorausschauende und kluge Energiepolitik verfolgt habe, forderte Kienzl einen rascheren Ausbau der heimischen Wasserkraft und der Atomenergie, um die Energielücke zu schließen, eine Umschichtung des Verkehrs besonders in den städtischen Ballungsräumen und eine Verlagerung der Kapazitäten der Bauwirtschaft. Investitionen in energieintensive Industrien, wie z.B. die Aluminiumindustrie, sollten überdacht werden. Die Kautsky-Ökonomen erteilten der Bevorratungspolitik eine klare Absage, weil unternehmerische Missbräuche und volkswirtschaftlich unerwünschte Investitionen nicht auszuschließen seien. Ebenso klar lehnten sie eine Abgeltung der gestiegenen Benzinpreise durch höhere Lohnrunden ab.

In der ersten Woche des neuen Jahres arbeiteten Staribacher als frischgebackener Energieminister und sein Sektionschef Wilhelm Frank, den er am 7. Jänner den Journalisten vorstellte, an einer ergänzten Version der Leitlinien für eine neue Energiepolitik, die er bei der Regierungsklausur am 9. und 10. Jänner dem Kabinett vorlegen wollte. Vorher diskutierte er das Papier mit den Energiefachleuten seiner Partei; dass dabei auch die vom Kautsky-Kreis vertretenen Auffassungen ihren Niederschlag finden würden, war in Anbetracht der Geistesverwandtschaft klar, obwohl Kreiskys erste Reaktion auf das ihm

⁵⁷¹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Aktennotiz über die 2. Aussprache mit Ökonomen in Kreiskys Villa. Rothschild äußerte damals u. a.: „Die objektive Lage hat sich weniger dramatisch geändert, als es gegenwärtig scheint. Die psychologische Situation darf nicht überschätzt werden.“

⁵⁷² Kienzl, Das Ende des Wirtschaftswunders.

vorgelegte Kautsky-Papier nicht sonderlich begeistert war⁵⁷³. Sobald die Bundesregierung ihm grünes Licht gab, sollte als nächster Schritt der Energiebeirat zusammengesetzt werden, um so rasch wie möglich das überfällige Energiekonzept zu erarbeiten.

Staribacher war auch entschlossen, gegenüber der E-Wirtschaft stärker koordinierend tätig zu werden. Er beriet sich mit den Vertretern der E-Wirtschaft über Möglichkeiten, durch stärkeren Einsatz von Kohle kurzfristig den Verbrauch an Heizöl schwer zu senken. Auf sein Drängen hin beschloss der Bundeslastverteiler am 8. Jänner eine Empfehlung an die Bundesregierung, die Stromversorgung nach dem Lastverteilergesetz aus 1952 für gefährdet zu erklären. Dadurch erhielt Staribacher aufgrund des Rohstofflenkungsgesetzes die Handhabe für Lenkungsmaßnahmen und Einschränkungen der öffentlichen, der Schaufenster- und Werbebeleuchtung anzuordnen, eine eher optische Maßnahme mit geringem Energiespareffekt, die den Sparwillen der öffentlichen Hand demonstrieren sollte. Dieselbe Intention verfolgte der Bundeskanzler mit seinem Vorschlag, den ORF nach dem Vorbild Frankreichs zur Einschränkung seiner beiden Fernsehprogramme um 22.30 Uhr zu verpflichten⁵⁷⁴.

Am Vorabend der Regierungsklausur in Baden bei Wien, die am 9. Jänner begann, wurde bekannt, dass die deutsche Regierung das Sonntagsfahrverbot aufgehoben habe. Die OPEC-Staaten kündigten am 9. Jänner an, ihre Ölpreise in den nächsten Monaten einzufrieren. Gleichzeitig traten in einigen europäischen Staaten, wie an anderer Stelle erwähnt, mit Anfang Jänner weitere Benzinsparmaßnahmen in Kraft.

Am Tag vor Beginn der Regierungsklausur erhielt Staribacher beruhigende Nachrichten von der ÖMV: Die Rohölversorgung für die nächsten beiden Monate sei gesichert, und es werde möglich sein, bescheidene Vorräte aus den angelieferten Mengen anzulegen. Während sich für die Regierung die Versorgungslage von Tag zu Tag positiver darstellte, war die Berichterstattung der österreichischen Massenmedien nach wie vor ganz auf Rationierung eingestellt; den Energiesparmaßnahmen und Ankündigungen der Bundesregierung stand die Mehrheit der Presse überwiegend kritisch gegenüber.

Der Kanzler und sein Ressortminister waren in ihren Äußerungen dagegen bemüht, Gelassenheit und Autorität auszustrahlen. Von Krise zu sprechen, so Kreisky gegenüber der „Arbeiter-Zeitung“, sei eine „unerlaubte Dramatisierung“; gegenüber Staribacher meinte er,

⁵⁷³ Staribacher-Tagebücher, 7.1.1974.

⁵⁷⁴ Staribacher-Tagebücher, 7. und 8.1.1974, Wiener Zeitung, 8., 9. und 16.1.1974, Kronen-Zeitung, 7.1.1974, Fernsehen: Ab Februar Sendeschluss um 22 Uhr. Den Vorschlag auf Einschränkung des TV-Programms hatte Kreisky schon am 10.12.1973 erstmals geäußert.

man dürfe sich „nicht in eine Krisenstimmung hineinhetzen lassen“. Staribacher selbst blieb seiner Linie treu, die im Grunde den Empfehlungen Koppes vom November entsprach, die Versorgungslage ungeschminkt darzustellen: Die Versorgungslage habe sich im Dezember nicht verschlechtert, der autolose Tag sei ausreichend, die Vorbereitungen zur Rationierung von Benzin liefen daher weiter, und es sei nicht völlig auszuschließen, dass diese noch im Jänner in Kraft gesetzt werde. Erst Mitte Jänner könne man die Versorgungslage für den Februar überblicken⁵⁷⁵.

Entgegen den Erwartungen der Medien wurden Staribachers „Leitlinien zur Energiepolitik“ erst am zweiten Tag der Regierungsklausur diskutiert, während am ersten Tag über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs gesprochen wurde, der z.T. aus den Mitteln der Mineralölsteuer erfolgen sollte. Das löste eine heftige Diskussion zwischen Androsch, Bautenminister Josef Moser und Verkehrsminister Erwin Lanc aus, ohne dass eine ausreichende Finanzierung gefunden wurde. Es kam nach Staribachers Referat zu einer lebhaften Debatte, die aber für die zu gestaltende Energiezukunft wenig neue Aspekte hervorbrachte. Folgt man Staribachers Tagebuchaufzeichnungen, so wurde das Thema Atomenergie in der Diskussion ebenso wenig angesprochen wie in der Pressekonferenz danach, bei der Kreisky im Mittelpunkt stand. Die „Arbeiter-Zeitung“ gab den „Leitlinien“ breiten Raum. In der Pressekonferenz betonte Staribacher, die Weiterführung des Kraftwerksbauprogramms erfordere langfristig ein Volumen von 14 Mrd. öS. Zusammen mit dem von Hertha Firnberg vorgestellten Forschungsschwerpunkt Energieforschung und 500 Mio. S aus der Mineralölsteuer für den Ausbau des Nahverkehrs zugunsten der ÖBB gelang es Kreisky, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, die Regierung suche entschlossen nach Lösungen, um künftige Energiekrisen zu vermeiden.⁵⁷⁶

Am Dienstag nach der Klausur genehmigte der Ministerrat die „Leitlinien“, in denen die bisher ergriffenen Maßnahmen im Bereich der Energieversorgung dargestellt sowie Vorschläge für mittel- und langfristige Maßnahmen unterbreitet wurden: größtmöglicher Ausbau der heimischen Energiequellen⁵⁷⁷, Sicherung der Energieimporte und Aufbau einer ausreichenden Bevorratung. Kurzfristig sei es gelungen, die Energieversorgung mengenmäßig sicherzustellen. Das werde vermutlich in naher Zukunft so bleiben, teils um

⁵⁷⁵ Staribacher-Tagebücher, 8.1.1974, Arbeiter-Zeitung und Wiener Zeitung 8.1.1974.

⁵⁷⁶ Staribacher-Tagebücher, 9., 10. und 15.1.1974, Wiener Zeitung, 11.1.1974, Trotz Energiekrise wird das Regierungsprogramm erfüllt, Arbeiter-Zeitung, 10. und 11.1974. Vorarlberger Nachrichten, 8.1.1974, Kampf um Mineralölsteuer.

⁵⁷⁷ Ein Ausbauprogramm für die heimische Wasserkraft wurde, wie an anderer Stelle erwähnt, von Verkehrsminister Erwin Fröhbauer bereits am 15.1.1973 vorgelegt. Vgl. dazu auch BKA, NL Kreisky, Box 105, Die Elektrizitätswirtschaft in Österreich 1972-1990 (Zusammenfassung), Schr. W. Erbachers, Vorstandsdirektor Verbundgesellschaft an Bruno Kreisky, 5.12.1973, Salzburger Nachrichten, 1.3.1974, Der weitere Donauausbau. Ottensheim, Altenwörth, Abwinden-Asten.

den Preis höherer Energiekosten, teils durch weitere Sparmaßnahmen, und die Änderung der Verbrauchsgewohnheiten. Mittel- und längerfristig bedürfte es aber großer Umstellungen und Investitionen, die allerdings Zeit brauchten. Da Energie ein wesentlicher Motor einer Industriegesellschaft sei und eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten nicht über den Markt allein erfolge, sei eine zielbewusste und effiziente staatliche Energiepolitik ein Gebot der Stunde. Als mittelfristige Ziele im Bereich der Ölversorgung wurden genannt: Ausbau der Raffinerie Schwechat, Prüfung eines zweiten Raffineriestandorts, Streuung der Rohölimporte, verstärkte eigene Aufschlusstätigkeit der ÖMV im Ausland, Anschluss Österreichs an neue Pipelines. Im Bereich der Elektrizitätswirtschaft: Ausbau der für den internationalen Energieaustausch erforderlichen Netzinfrastruktur, Strukturverbesserungen in der E-Wirtschaft einschließlich der Tarifstruktur, Erstellung eines koordinierten Ausbauprogramms für weitere Wasser-, Wärme- und Kernkraftwerke, wobei auf letztere nicht besonders eingegangen wurde. Anscheinend bildete auch diesmal die Frage der Atomenergie kein Thema für eine breite Diskussion im Ministerrat⁵⁷⁸. Nun galt es, die in der Ministerratsvorlage aufgelisteten Maßnahmen schrittweise umzusetzen. Kurzfristig sollte, neben den bereits verfügbaren, die Propagierung weiterer, z.T. freiwilliger Sparmaßnahmen im Vordergrund stehen.

Der Bundeskanzler selbst ging in seinem Bericht zur wirtschaftlichen Lage an den Nationalrat am 24. Jänner, nach einem historischen Exkurs über die Sicherung der heimischen Ölförderung im Staatsvertrag (Artikel 22) bzw. aufgrund des „Moskauer Memorandums“, ausführlich auf die energiepolitischen Maßnahmen in den Vormonaten und die künftigen energiepolitischen Vorhaben der Bundesregierung ein und verwies auf die in den „Leitlinien“ genannten mittel- und langfristigen Maßnahmen. Aufgrund der Angaben der Mineralölindustrie sei davon auszugehen, dass Österreich 1974 den Großteil seines Bedarfs werde decken können, wenn die Importmengen weiterhin im selben Volumen eintreffen würden. In diesem Falle werde man, nach Erreichung gewisser Vorratslagerstände, „die Liste der getroffenen Sparmaßnahmen nach Möglichkeit wieder reduzieren“⁵⁷⁹. Tempo 100 würde vorerst in Kraft bleiben, bis eine entsprechende Studie des Kuratoriums für Verkehrssicherheit über den Beitrag des Tempolimits für die Verkehrssicherheit vorliege. Kreisky verwies dann auf die in den nächsten Monaten geplanten Vorhaben im Bereich der Gesetzgebung und der Energieforschung, unterließ es aber, auf das in den „Leitlinien“ enthaltene Ausbauprogramm im Bereich Wasserkraft und Atomenergie einzugehen.

⁵⁷⁸ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 106, Vortrag des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie an den Ministerrat, 11.1.1974 zur Energiepolitik (mit Beilage: „Leitlinien für eine österreichische Energiepolitik“).

⁵⁷⁹ Bruno Kreisky, Reden, Bd. II, Wien 1981, Bericht über die wirtschaftliche Lage, 24.1.1974, S. 367-383, hier S. 371.

Seit Montag, dem 14. Jänner, war, wie erwähnt, auch in Österreich der erste „autofreie Tag“ Realität: Zeitungen, Autofahrerklubs und andere Organisationen boten ihren Lesern, Mitgliedern und Kunden die vorgeschriebenen Vignetten kostenlos an. Mit ihrer Hilfe war der von den Autobesitzern gewählte Wochentag sichtbar auf der Windschutzscheibe jedes Pkws anzuzeigen. Rund 200.000 Autobesitzern, rd. 13 %, hatten die Behörden eine „Sonderfahrgenehmigung“ erteilt, sie mussten daher an keinem Tag der Woche auf ihr Vehikel verzichten. Auf Fragen von Journalisten, für welchen Zeitraum diese Maßnahme geplant war, antwortete Staribacher, man verfolge das Ziel, zusätzliche Treibstoffreserven von 200.000 t anzusparen, um den reisezeitlich bedingten Mehrbedarf an Benzin decken zu können, ein Vorschlag der ÖMV, was Staribacher aber nicht erwähnte. Sobald diese Menge vorhanden sei, werde der autofreie Tag wieder aufgehoben. Er glaube, dass der autofreie Tag bis zu 7 % Treibstoffersparnis bringe.

Im Kabinett sprachen sich schon damals Kreisky und Lanc für eine Lockerung oder frühestmögliche Aufhebung aller Beschränkungen für Autofahrer aus. Gebetsmühlenartig wiederholte Staribacher seinen Standpunkt, den autofreien Tag erst nach Erreichung der angepeilten Vorratsmenge aufzuheben; bei dem jeden Montag stattfindenden Pressegespräch kamen die Journalisten immer wieder auf „das Pickerl“ zurück. Unterstützung erhielt Staribacher vor allem von den Mineralölfirmen, die sich unabhängig vom Einsparungsziel für eine Aufrechterhaltung dieser Maßnahme bis März aussprachen, vielleicht auch wegen der bevorstehenden Benzinpreiserhöhung. Der ÖAMTC hatte überhaupt für eine Verschiebung des „Pickerl“-Starttermins um eine Woche plädiert. Der ARBÖ trat gemeinsam mit seinem Präsidenten Justizminister Broda und mit Motorjournalisten mehrerer Tageszeitungen für eine Aufhebung der Tempo 100-Beschränkung auf Autobahnen ein. Staribacher versuchte, zumindest diese Maßnahme schon allein aus Gründen der Sicherheit im Straßenverkehr über die Ölkrise hinaus dauerhaft aufrecht zu erhalten. Als Ende Jänner auch die „Kronen-Zeitung“ den autofreien Tag in Frage stellte und der ÖVP-Parteivorstand einen formellen Beschluss fasste, die Aufhebung des autolosen Tages und des Tempolimits zu verlangen, ahnte Staribacher, dass er nicht mehr lange Widerstand leisten könnte⁵⁸⁰. Es ärgerte Staribacher besonders, dass Kreisky zu den ersten zählte, die für eine Aufhebung des autofreien Tages eintraten, obwohl er erst im Dezember von Staribacher die strengsten Maßnahmen erwartet und diesen scharf kritisiert hatte, als er sich anfangs weigerte, diesen Vorschlägen zu folgen. Staribacher wurde in diesen Wochen mehrfach auf die Spannungen mit dem Kanzler angesprochen. Schließlich äußerte er sich dem „Krone“-Journalisten Georg Nowotny gegenüber ziemlich offen darüber: Er habe in den vergangenen Wochen versucht, der Bevölkerung offen

⁵⁸⁰ Arbeiter-Zeitung, 7.1.1974, Autoloser Tag: Es bleibt bei Start am 14.1., Wiener Zeitung, 26.1.1974, ÖVP: Autolosen Tag aufheben, Österreich-Bericht 22/1974: Kronen-Zeitung, Pickerl und Parteien.

gegenüber zu treten und die sich immer wieder verändernde Versorgungslage ungeschminkt darzustellen. Auf die Frage, ob es Unterschiede zum Kommunikationsstil des Kanzlers gegeben habe, antwortete er, er sei eben nicht „auf Blut und Tränen“ fixiert gewesen und habe nie die Situation dramatischer dargestellt, als sie in Wirklichkeit war. Er sei „kein Schauspieler“, das sei nicht sein Stil, eine Bemerkung, die man leicht auf den Kanzler beziehen konnte. Er habe auch wenig Unterstützung aus seiner eigenen Partei gehabt und im Dezember ernsthaft überlegt, seinen Rücktritt einzureichen⁵⁸¹.

Der Kanzler reagierte sehr gereizt und zieh Staribacher in der Ministerratsvorbesprechung am Tage nach Erscheinen der Story, sich nicht an die Regel zu halten, Konflikte innerparteilich oder im Kabinett, sondern über die Presse auszutragen. Staribacher rechtfertigte sich sehr erregt, er habe die Story erstens nicht bei Nowotny bestellt, gewöhnlich kommuniziere er mit Journalisten nur im Rahmen seines Pressefrühstücks, Nowotny sei über die Spannungen bereits vorher informiert gewesen, drittens erlaube er sich aber die Bemerkung, dass er, wenn ein Problem in seine Kompetenz falle „und eine Linie festgelegt ist, [...] erwarte, dass man mit mir spricht, bevor man diese Linie ändert.“ Kreisky, von Staribachers Gefühlsausbruch offenbar überrascht, meinte, dieser habe ja mit seiner Linie recht gehabt, doch Staribacher, einmal in Fahrt, ließ es sich nicht nehmen, Kreisky daran zu erinnern, er sei im Dezember, als er von ihm scharfe Maßnahmen verlangt habe, „von falschen Voraussetzungen ausgegangen“ und habe nicht auf seine Gegenargumente gehört“. Damals sei er „von der ÖMV angelogen“ worden, die die Situation schwärzer gemalt habe, als sie real war. Er müsse sich aber „auch in Hinkunft“ zur Wehr setzen, „dass in meine Kompetenz, ohne mit mir zu reden, hineinregiert wird.“⁵⁸² Die ungewöhnliche Heftigkeit der Äußerungen des sonst so besonnenen und nicht nachtragenden Staribacher sind ein Indiz dafür, welche Spannungen sich in den turbulenten November- und Dezemberwochen des Jahres 1973 aufgebaut hatten. Zumindest in der Frage des autolosen Tages schien es Staribacher gelungen, sich die Unterstützung des Kanzlers zu sichern, der sich Ende Jänner sogar für eine höhere Vorratsmenge aussprach als sein Minister⁵⁸³.

Ende Jänner wurde aber nicht nur über das Datum spekuliert, an dem der autolose Tag aufgehoben werden würde, sondern auch darüber, in welchem Ausmaß Benzin und Diesel sich für die Autofahrer neuerlich verteuern würden. Die Mineralölfirmen legten ihre Forderungen Ende Jänner auf den Tisch, und es begann eine neue Pokerrunde um die Treibstoffpreise. Die Mineralölfirmen verlangten Preiserhöhungen von 25 % und mehr, was

⁵⁸¹ Kronen-Zeitung, 20.1.1974, Georg Nowotny, „Und ich krieg' die Watschen“.

⁵⁸² Staribacher-Tagebücher, 22.1.1974.

⁵⁸³ Staribacher-Tagebücher, 28.1.1974, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 106, Vortrag BmdHGul an den Ministerrat vom 29.1.1974.

zu einer längeren Diskussion im Ministerrat führte, in der Kreisky Staribacher aufforderte, auf bedeutende Preisabschläge hinzuwirken. Selbst der Handelskammer, die 70-80 g für gerechtfertigt hielt, schienen die Forderungen zu überzogen. Die Mineralölfirmen gaben Staribacher zu verstehen, eine rasche Genehmigung könnte das Versorgungsproblem lösen, da die Autofahrer vorübergehend ihr Auto weniger benutzen würden. Staribacher, der sich nicht ganz zu Unrecht von den Ölkonzernen unter Druck gesetzt fühlte, setzte sein ganzes Verhandlungsgeschick ein, um die Preiserhöhung möglichst niedrig zu halten, war aber skeptisch, eine seriöse Prüfung der ihm vorgelegten Kalkulation durchführen zu können. Es galt auch, die wesentlich höheren Importkosten der ÖMV zu bedenken. Nach dreiwöchigen Verhandlungen einigte man sich auf eine einheitliche Erhöhung der Treibstoffpreise (Normalbenzin, Super und Diesel) um 90 g/L, was etwa den Vorstellungen Kreiskys entsprach. Die Anhebung lag deutlich über den Vorstellungen von Finanzminister Androsch, der sich 60g gewünscht hatte⁵⁸⁴.

Die dritte Preisanhebung innerhalb eines Jahres, die zweite seit Beginn der Ölkrise setzte dem Zeitalter des billigen Benzins vorerst ein Ende: Die Treibstoffpreise waren seit November um 1,90-2 öS gestiegen, die Preissteigerung seit Februar 1973 betrug sogar 50-60 %. Am kräftigsten fiel die Preissteigerung bei Diesel und Heizöl aus, wovon besonders die Landwirtschaft und Pensionisten betroffen waren. Die starke Verteuerung der Treibstoffpreise schlug auch auf die KFZ-Statistik durch: Die Zahl der PKW-Neuanschaffungen lag in den Jahren 1973/74 deutlich unter dem Durchschnitt der Vorjahre; bei einer Zunahme von 6-7 % kann allerdings nicht von einer Stagnation gesprochen werden. Gesamtwirtschaftlich wichtiger waren die negativen Auswirkungen der verteuerten Öl- und Produktimporte auf die österreichische Zahlungsbilanz, die diese laut WIFO für 1973/74 mit insgesamt 10,2 Mrd. öS belasteten⁵⁸⁵.

Noch während der Verhandlungen über die Treibstoffpreise wurde der Druck von Seiten der Presse auf Staribacher immer stärker, den autofreien Tag wieder aufzuheben, besonders seitdem er Ende Jänner im Rahmen des Pressefrühstücks gestanden hatte, die angepeilte Zielmenge von 200.000 t an Benzinvorräten sei bereits erreicht. Staribacher, der den autofreien Tag gerne noch ein- bis eineinhalb Monate aufrecht erhalten hätte, hielt dem entgegen, dass ein Teil der Vorratsmenge von den internationalen Konzernen zum Ausgleich der Schwankungen benötigt wurde, doch die Presse hielt dies für ein Scheinargument.

⁵⁸⁴ Staribacher-Tagebücher, 4., 8., 12., 14., 15., 19., 20. und 21.2.1974, Wochenpresse Nr. 7 und 8/1974.

⁵⁸⁵ Österreichisches Jahrbuch 1974, hg. Bundespressedienst, Wien 1975, S. 466f., Jan Stankovsky, Die österreichische Erdölrechnung 1974, In: WIFO-Monatsberichte 3/1975, S. 139ff.

In der Ministerratssitzung vom 12. Februar wurde die Frage neuerlich diskutiert: Kreisky, der Ende Jänner Staribacher in seiner Haltung bestärkt hatte und auch diesmal jeden Streit zu vermeiden suchte, gab zu bedenken, dass eine Aufrechterhaltung dieser Maßnahme der Regierung schaden könnte. Staribacher verstand den tieferen Sinn dieser Andeutung und erwiderte, sollten die Mineralölfirmen die Versorgung als gesichert ansehen, werde er die Verordnung außer Kraft setzen, dem Nationalrat aber gleichzeitig eine Verlängerung der Geltungsfrist des Sondergesetzes über den autofreien Tag vorschlagen. Die Mineralölfirmen versuchten, diese Frage mit den laufenden Verhandlungen über den Benzinpreis zu verknüpfen, und erklärten Staribacher einige Tage später, „solange dies [die Preiserhöhung – Anm. d. Verf.] nicht erledigt ist, sie keinerlei Zustimmung zu einer Lockerung [des Fahrverbots – Erg. d. Verf.] geben könnten.“ Doch Staribacher ließ sich darauf nicht ein; man einigte sich am 15. Februar schließlich auf einen Kompromiss, die Verordnung auszusetzen, ohne sie aufzuheben. Der autofreie Tag war damit gefallen: er wurde am 18. Februar vorerst ausgesetzt, aber auch später nicht wieder eingeführt⁵⁸⁶.

Die Aufhebung der Tempo 100-Beschränkung erfolgte unmittelbar nach dem Aus für den autofreien Tag. Verkehrsminister Erwin Lanc hatte schon bei der Diskussion im Ministerrat davor gewarnt, dass dessen Aufhebung auch den Druck auf ihn verstärken würde, das Tempolimit aufzuheben, obwohl die Unfallbilanz die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme zeige. Nachdem der autofreie Tag gefallen war, sah Lanc ein weiteres Insistieren auf Beibehaltung des Tempo 100-Limits auf Autobahnen als wenig sinnvoll, zumal er nach den früheren Diskussionen zur Ansicht gelangt war, dass weder Kreisky noch Androsch dies unterstützen würden. Auch hier beschränkt die Bundesregierung den Weg einer Etappenlösung: Mit 1. April wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen im internationalen Gleichklang auf 120 kmh erhöht, während auf Freilandstraßen vorerst weiterhin Tempo 100 galt⁵⁸⁷.

Beide Entscheidungen waren zweifellos auch von der Überlegung getragen, dass unpopuläre Maßnahmen wie Benützungs- und Geschwindigkeitsbeschränkungen Wählerstimmen kosten könnten. Staribacher hatte schon Monate vor der Ölkrise gegenüber Hertha Firnberg bemerkt, „dass 1,5 Mio. Personenkraftwagen bedeuten, dass mindestens 4 Mio., d.h. die Mehrzahl der österreichischen Bevölkerung eigentlich heute schon mit einem Kraftfahrzeug irgendwie verbunden ist [...] Die Lobby [...] ist wesentlich stärker als viele heute wahrhaben wollen.“⁵⁸⁸ Kreisky verwies im Verlauf der Ölkrise mehrfach darauf, wie negativ

⁵⁸⁶ Staribacher-Tagebücher, 28.1., 12.2. und 15.2.1974, Arbeiter-Zeitung, 16.2.1974.

⁵⁸⁷ Staribacher-Tagebücher, 12.2.1974, Vgl. die Bemerkung Kreiskys zur Tempo 100-Beschränkung, Arbeiter-Zeitung, 20.2.1974, S. 1f. Ab 1. März Tempo 120 auf Autobahnen. Auf Landstraßen weiter Tempo 100.

⁵⁸⁸ Staribacher-Tagebücher, 24. und 25.8.1973.

sich restriktive Maßnahmen auf die Popularität sozialdemokratischer Regierungen auswirken würden⁵⁸⁹.

Neue energiepolitische Ansätze nach der Krise

Nachdem die Ölkrise mehr als vier Monate lang in Österreich und im übrigen Europa eines der wichtigsten Themen der Tagespolitik und der öffentlichen Debatte gewesen war, verschwand die Energieproblematik im Frühjahr 1974 wieder langsam aus den Schlagzeilen. Der Ölschock war aber so nachhaltig, dass die Regierungen Europas nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnten. Dies trifft auch für Österreich zu, wo die Regierung Kreisky damit rechnen musste, an ihren Ankündigungen und Beschlüssen (Regierungsklausur: Leitlinien zur Energiepolitik) gemessen zu werden, auch im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1975.

Es würde zu weit führen, hier eine eingehende Analyse der Umsetzung der Zielsetzungen der Regierungsbeschlüsse und -vorhaben während der Ölkrise zu versuchen. Stattdessen sollen nur einige wichtige Ziele, die die österreichische Energiepolitik nach dem Ölschock verfolgte, aufgezeigt werden.

Sicherung der Energieimporte

Die während der Versorgungskrise eingeleiteten Bemühungen, die Energieimporte, insbesondere bei Rohöl und Erdgas, auf eine breitere Basis zu stellen, wurden weiter fortgesetzt. Diesem Ziel dienten zahlreiche Besuche, die der Bundeskanzler und sein Handelsminister in den folgenden Jahren absolvierten, wobei für die Energieversorgung besonders die UdSSR als Öl- und Gaslieferant, Polen als Lieferant für Steinkohle, die arabischen Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika sowie der Iran von Bedeutung waren. Während die Handelsbeziehungen zur UdSSR und Polen schon seit längerem entwickelt waren, bildeten Ölimporte, aber auch Kreiskys großes politisches Ansehen in der arabischen Welt ein „Schmiermittel“ zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen in den arabischen Raum. Ende Februar 1974 reiste Staribacher in den Iran, im Oktober folgte ein Besuch Kreiskys in Teheran; der Schah erwiderte den Besuch im Jänner 1975. Weitere Besuche auf Ministerebene folgten in den nächsten Jahren. Auch wenn sich die Errichtung einer gemeinsamen zweiten Raffinerie in Österreich ebenso wenig realisierte wie viele beim Besuch Kreiskys vorgeschlagene Projekte, wurden die Handelsbeziehungen in den folgenden Jahren weiter ausgebaut. Der Außenhandel mit dem Iran wuchs zwischen 1973

⁵⁸⁹ Staribacher-Tagebücher, 29.11.1973 und 12.2.1974.

und 1976 um rd. 400 %; Österreich importierte in erster Linie Rohöl aus dem Iran, der seit 1975 bis Ende der siebziger Jahre zweitwichtigster Öllieferant der ÖMV (rd. 1 Mio. t, 14,5-16,5 % der Ölimporte) war. Die Handelsbilanz mit dem Iran wies bis 1977 ein Aktivum auf. Im Bestreben, mit dem Iran zu einem Abkommen für die Endlagerung des Atommülls zu gelangen, erlitt Österreich allerdings eine Abfuhr⁵⁹⁰. Ähnlich dynamisch wie mit dem Iran entwickelte sich der Handel mit dessen Gegner am Golf, dem Irak, und den anderen arabischen und nordafrikanischen Ölförderländern. Im November 1974 reiste Staribacher erstmals nach Bagdad und unterzeichnete ein Handelsabkommen. Zur selben Zeit hielt Bruno Kreisky eine Rede vor dem UNO-Sicherheitsrat, in der er für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes eintrat⁵⁹¹. Im Juli 1976 kam der irakische Ölminister Hammadi zu einem dreitägigen Besuch nach Wien, wobei sich die vorhergegangene Reise Kreiskys in den Irak besonders bedeutend für die Handelsbeziehungen erwies. Aufgrund der stark steigenden Ölimporte aus dem Irak wies die österreichische Handelsbilanz ein hohes Passivum auf. In den siebziger Jahren war der Irak noch vor dem Iran wichtigster Öllieferant Österreichs⁵⁹². Das hohe Ansehen, das sich Kreisky seit seiner ersten Fact Finding Mission im Auftrag der Sozialistischen Internationale erworben hatte, erwies sich als von großer Bedeutung für die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit dieser Region⁵⁹³. Allein zwischen 1973 und 1974 konnte Österreich seine Exporte in den arabischen Raum nahezu verdoppeln, nicht zuletzt aufgrund des Aufbaus eines funktionierenden Außenhandelsstellennetzes durch die Handelskammer. Auch mit Ägypten, Libyen, Tunesien und Syrien wurden zwischen 1973 und 1976 Kooperationsabkommen unterzeichnet. Mit Algerien, dem Irak, Libyen, Saudi-Arabien, Syrien und Tunesien kam es erst als Folge der Ölkrise zu Etablierung regelmäßiger Handelsbeziehungen⁵⁹⁴.

Energiebevorratung und -lenkung in Krisenfällen

Noch vor dem Ende der Energiekrise fand vom 11. bis 13.2.1974 in Washington eine internationale Konferenz über die Auswirkungen der Energiekrise statt, die eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Empfehlungen für ein Aktionsprogramm zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung einsetzte. Diese legte im Herbst ein Übereinkommen zur Gründung einer Internationalen Energieagentur im Rahmen der OECD vor, die am 15.

⁵⁹⁰ BKA, NL Kreisky, Bestand Außenpolitik, Länderbox Iran 1, 2;

⁵⁹¹ Arbeiter-Zeitung, 13.11.1974, S. 2.

⁵⁹² Staribacher-Tagebücher, 22.11.1974, 22.-26.7.1976. Trend, H. 9/1980, Handelspartner Irak: Babylonische Geschäfte.

⁵⁹³ Vgl. zur Nahostpolitik Kreiskys, Hella Pick, Und welche Rolle spielt Österreich?, Wien 1999, S. 173-195, Kreisky, Im Strom der Politik, S. 307-351, Ders., Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996, S. 183-215.

⁵⁹⁴ Mehdi Fallah-Nodeh, Österreich und die OPEC-Staaten 1960-1990, Wien 1993, Österreichisches Jahrbuch 1974, Wien 1975, S. 326f., Trend, H. 6/1975, Österreichs Nahostgeschäft: Herr Karl in Mekka, Trend, H. 7/1980, Peter Muzik: Politik und Außenhandel. Die Not des Handelsreisenden.

November 1974 ins Leben trat. Österreich trat der IEA und dem IEP-Abkommen am 18. November 1974 unter Wahrung seiner Neutralität bei. Diese verpflichtete die Teilnehmerstaaten zur Erstellung eines kollektiven Notstandsprogramms zur Sicherung der Energieversorgung, u. a. zu einer Notstandsreserve für eine Vollversorgung mit Erdöl und Erdölprodukten für 60 Tage ab 1.1.1976⁵⁹⁵. Obwohl es aufgrund von Personalmangel vorerst nicht mit eigenen Beamten bei der IEA vertreten war, beteiligte sich das Handelsministerium an mehreren Arbeitsgruppen⁵⁹⁶. Im Zuge dessen erarbeitete es nach deutschem Vorbild den Entwurf für ein Energiesicherungsgesetz, der im September 1974 in die Begutachtung ging, aber vor dem Ende der Legislaturperiode vom Nationalrat nicht mehr verabschiedet wurde⁵⁹⁷. Auch die politische Diskussion und das Interesse an einer Bevorratung von Energie versandete, wie Staribacher im Sommer 1974 verwundert feststellte, ähnlich wie beim ersten Anlauf 1967, auch in den eigenen Reihen sehr rasch. Da beide Gesetzesvorlagen Verfassungsbestimmungen enthielten, war eine Zustimmung der ÖVP notwendig, die ihre Zustimmung mit einem Entgegenkommen bei den Marktordnungsgesetzen zu koppeln versuchte. Das politische Tauziehen darüber zog sich über mehrere Monate, ehe nach harten Verhandlungen beide Gesetze im Mai bzw. Juni 1976 den Nationalrat passierten. Das Bevorratungsgesetz verpflichtete die ÖMV und internationalen Gesellschaften ab 1. März 1977 zum schrittweisen Anlegen einer Pflichtnotstandsreserve bis zu einer Höhe von 20 % der gesamten Importe; die Ölimporteure waren verpflichtet, dem Handelsministerium in kurzen Abständen über die Höhe ihrer Lagerstände zu berichten. In Durchführung dieses Gesetzes und der Verpflichtungen, die sich aus Österreichs Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur ergaben, vereinbarten ÖMV und die internationalen Ölfirmen in Österreich noch im selben Jahr die Errichtung der Erdöllagergesellschaft mbH. mit Sitz in Lannach. Damit waren die Krisenlager in Österreich in das Pipelinesystem der TAL bzw. der AWP in optimaler Weise in die österreichische Versorgungslogistik eingebunden. Das Energiesicherungsgesetz schuf die Möglichkeit, bei wirtschaftlich bedrohlichen Versorgungsengpässen Maßnahmen für die Dauer eines halben Jahres zur Verteilung knapper Energieträger zu treffen, wobei zunächst auf die gebildeten Notstandreserven zugegriffen werden sollte und erst in zweiter Linie Verkehrs- und Produktionseinschränkungen zu erlassen waren⁵⁹⁸.

⁵⁹⁵ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Vortrag BmfHGul v. 25.11.1974 an den Ministerrat betr. Übereinkommen betr. ein Internationales Energieprogramm, Unterzeichnung durch Österreich.

⁵⁹⁶ Österreichisches Jahrbuch 1974, S. 227f., 266f, 376, Österreichisches Jahrbuch 1975, S. 424f., Staribacher-Tagebücher, 6.11.1974 und 27.11.1975.

⁵⁹⁷ Österreichisches Jahrbuch 1974, S. 375f., Österreichisches Jahrbuch 1975, S. 423, BGBl. 318/1976, Bundesgesetz v. 19.5.1976, über die Haltung von Notstandsreserven an Erdöl und Erdölprodukten.

⁵⁹⁸ BGBl 319/1976, Bundesgesetz vom 23.6.1976 über Lenkungsmaßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung (Energienlenkungsgesetz), Walter Hatak, Die Erdölkrise 1973 und ihre ökonomischen Konsequenzen, Wirtschaftswiss. Diss., Matzen 1977, S. 152-162.

Energiesparmaßnahmen und Energieforschung

Kurzfristige Maßnahmen zur Einsparung von Treibstoff im Verkehr bildeten im Winter 1973/74 ein zentrales Element zur Bewältigung der Versorgungskrise. Auch wenn Appelle zu freiwilligem Energiesparen nicht in allen Bereichen erfolgversprechend schienen, war die Bundesregierung bestrebt, das Bewusstsein für einen sinnvollen und sparsamen Umgang mit Energie in allen Teilen der Bevölkerung stärker zu entwickeln. Besonders der Bundeskanzler griff dieses Thema nicht nur während der Krise, sondern auch danach immer wieder auf. Aus Kreiskys Kabinett kam ein Vorschlag, von heimischen Werbeagenturen eine Konzept für eine Werbekampagne zur Weckung des Energiesparbewusstseins entwickeln zu lassen. Die Bundesregierung erarbeitete unter Federführung Staribachers, der Anfang März 1974 einen Energiebeirat bildete, dem im Herbst ein eigener Energiesparbeirat mit Fachgruppen für verschiedene Lebensbereiche folgte, bis zum November 1974 eine Liste an Vorschlägen für Energiesparmaßnahmen sowohl im Bereich der öffentlichen Verwaltung als auch bei den Privathaushalten, die am 19. November 1974 dem Ministerrat vorlagen⁵⁹⁹. Die Zielvorgabe lautete, den Energieverbrauch der Bundesbehörden 1975 um 5 % zu senken (Basisjahr 1973). Dazu wurde ein eigener Beirat für Energiestatistik gebildet. Die Bundesregierung beschloss ferner die Vorbereitung einer Werbekampagne zur Propagierung des Energiesparens in der Bevölkerung, die der ORF durch einen eigenen Informationsschwerpunkt der Industrie und Energieberatung über den Verein für Konsumenteninformation unterstützte. Unter Federführung Fritz Koppes wurden ein „Energiesparbuch“ und eine spezielle Jugendbroschüre erstellt, die gratis an Interessenten verschickt wurden. Gemäß der Ankündigung Hertha Firnbergs wurden zur Entwicklung eines eigenen Forschungsschwerpunktes Energieforschung im Frühjahr und Herbst 1974 Symposien und Tagungen mit internationalen Experten organisiert. Als Konsequenz erfolgte die Vergabe von Forschungsprojekten durch das Wissenschafts- und Bautenministerium zur Erforschung und Entwicklung von Vorschlägen und energiesparenden Technologien im Bereich Wohnbau, thermische Sanierung von Wohnbauten, Heizung, Wärmedämmung usw. Im Spätherbst 1974 stellte die Bundesregierung eine Energiesparfibel vor, die insbesondere Vorschläge enthielt, die sich an die privaten Haushalte richteten.

Mit dem negativen Ausgang des Volksbegehrens gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf im Herbst 1978 wurde nicht nur eine neuerliche Korrektur der langfristigen Energieversorgung erneut aktuell, auch die Frage des Energiesparens kam neu auf die Tagesordnung. Das nach mehr als zweijähriger Diskussion 1976 fertiggestellte

⁵⁹⁹ Staribacher-Tagebücher, 7.10., 14.10., 4.11., 19.11. und 16.12.1974. Vgl. ferner Ministerratsvortrag BmfHGul v. 19.11.1974 u. a. Unterlagen hierzu in BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 134.

Energiekonzept des Handelsministeriums⁶⁰⁰ basierte auf dem Wissensstand der frühen siebziger Jahre und den 1974 gefassten Beschlüssen auf möglichst raschen Ausbau der heimischen Energiequellen. Inzwischen hatte die Stimmung jedoch gedreht. Egon Matzner verlangte im Frühjahr 1977 in der „Arbeiter-Zeitung“ eine Korrektur des Energiekonzepts, weil es beispielsweise nach wie vor von der Errichtung von mindestens drei Kernkraftwerken ausging. Kreisky hatte seine Idee zur Gründung der Energieverwertungsagentur (EVA) im Juni 1977 erstmals im Ministerrat präsentiert, deren Aufgabe sollte ebenfalls die Entwicklung von Energiespar-Vorschlägen sein. Im Handelsministerium nahm man diese Kritik wohl ernst, und Staribacher trieb gemeinsam mit Sektionschef Wilhelm Frank die Diskussion über eine Korrektur des Energieplans voran, auch entlang der Anregungen der internationalen Energieagentur. Die Arbeiten mit den Vertretern der Energiewirtschaft kamen allerdings nur sehr langsam voran, und es dauerte über ein Jahr, bis ein neuer Entwurf in die Begutachtung geschickt wurde⁶⁰¹.

Dahinter standen tieferreichende Meinungsunterschiede zwischen Staribacher und Kreisky in Bezug auf Energiesparmaßnahmen und neue „sanfte“ Energieformen. Allerdings sah die ursprüngliche Konzeption Kreiskys vor, dass die EVA „nach Direktiven des Handelsministeriums“ arbeiten sollte. Tatsächlich war die im Dezember 1977 gegründete EVA aber eine unabhängige, aus öffentlichen Mitteln finanzierte Institution⁶⁰². Die Gründung des „Weiser-Vereins“, wie ihn Staribacher nannte, war ohne dessen Mitwirkung einer Idee Kreiskys entsprungen, der seinen Finanzminister beauftragte, ein Finanzierungsmodell dafür zu entwickeln. Staribacher hielt die Organisation der EVA, mit der er notgedrungen zusammenarbeiten musste, von Anfang an für verfehlt und überflüssig, da es ihr an Möglichkeiten mangelte, verbindliche Maßnahmen zur Umsetzung der von ihr erarbeiteten Energiesparideen zu ergreifen. Mit dem jungen, ehrgeizigen Helmut Draxler und dem Stromfachmann Jörn Kaniak verfügte Weiser allerdings über zwei überaus fähige Mitarbeiter, die in Weisers Auftrag zahlreiche in Broschüren gegossene Vorschläge für einen sparsameren Energieeinsatz in verschiedenen Lebens- und Wirtschaftsbereichen machten⁶⁰³.

⁶⁰⁰ Ein erster, aufgrund der Beschlüsse der Regierungsklausur vom Jänner 1974 erstellter umfangreicher Entwurf für ein Energiekonzept lag im Oktober 1974 vor und wurde vom Energiebeirat am 19. 11.1974 kritisch diskutiert.

⁶⁰¹ Staribacher-Tagebücher, 2.5.1977, 29.6., 11. und 14.7.1978.

⁶⁰² Staribacher-Tagebücher, 14.6.1977, 5.12.1977, 13.11.1978, Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Interview mit Dr. Hannes Androsch, Wien, 10. Oktober 2007.

⁶⁰³ Zu Helmut Draxler vgl. Wirtschaftsblatt, 16.2.2006, Zur Person: Helmut Draxler, Profil, Nr. 14/1993, Ihn reizt das Unlösbare.

Planung, Beschlüsse und die Diskussion um Atomenergie in Österreich 1969-1975

Die „friedliche Nutzung der Atomenergie“ bildete schon Jahre vor dem Ölschock 1973 einen fixen Bestandteil in den offiziellen Energieplänen. Spätestens seit der am 30. März 1967 erzielten Grundsatzeinigung der österreichischen Elektrizitätswirtschaft befanden sich Österreichs Energieplaner im Einverständnis mit der damaligen Regierung Klaus auf Atomkurs. Dem Beschluss waren bereits jahrelange Diskussionen und vorbereitende Überlegungen innerhalb der Elektrizitätsgesellschaften vorausgegangen, die bis ins Jahr 1963 zurückreichen. In den späten sechziger Jahren kam es zu einer energiepolitischen Kontroverse zwischen Regierung und Opposition, ob dem weiteren Ausbau der Donau oder der Errichtung von Kernkraftwerken Priorität einzuräumen sei. Am 1. März 1968 einigten sich Verbund und Landeselektrizitätsgesellschaften auf die Gründung der Kernkraftwerksplanungsgesellschaft, nachdem sich zuvor Verkehrsminister Ludwig Weiß energisch hinter die Forderung der Landeselektrizitätsgesellschaften nach Errichtung eines AKW gestellt hatte.

Über den Standort des ersten Kernkraftwerks fiel, nach jahrelanger Standortsuche, im Frühjahr 1969 eine Entscheidung: Nach geologisch-hydrologischer Prüfung von fast 30 Standorten fiel am 4. November dieses Jahres, angeblich auf Drängen des damaligen niederösterreichischen Landeshauptmanns Andreas Maurer, schließlich die Standortentscheidung zugunsten des nahe Tulln gelegenen Zwentendorf⁶⁰⁴. Am 15. November 1969 einigten sich Verbund und die Energieversorger der Länder auf eine gemeinsame Betriebsgesellschaft für das AKW. Die Planung des KKW Zwentendorf und weiterer Kraftwerke war dagegen gemäß der im März 1967 erzielten Einigung Aufgabe der Kernkraftwerksplanungsgesellschaft (KKWP). Noch einmal plädierte die Verbundgesellschaft Anfang 1970 für eine Verschiebung des Bauvorhabens, doch nach Protesten der Länder sah sich die Verbundführung gezwungen, dem Drängen der Länder nachzugeben: am 10. Februar 1970, vier Wochen vor den Märzahlen 1970 erfolgte die Gründung der Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GesmbH. (Gesellschafter der GKT: Verbund und fünf Landesenergieversorgungsunternehmen je 50:50)⁶⁰⁵. Noch einmal versuchte die Verbundgesellschaft im Februar 1971, die Landesgesellschaften zu bewegen, den Bau des

⁶⁰⁴ Vgl. Florian Pramstaller, Kernenergiepolitik in Österreich während der Ära Bruno Kreisky, DA Wien 2001, Alexander Tollmann, Desaster Zwentendorf, Wien 1983, Peter Weish, Die Atomenergie und (Nieder)Österreich, vgl. elektronische Version: <http://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften>, Die Seminararbeit Bernhard Hagens, Zwentendorf und St. Pantaleon - Atomkraft und Umweltbewußtsein in den 70ern, Innsbruck 2001, stand mir nicht zur Verfügung. Wiener Zeitung, 1.5.1969. Zur Diskussion über die Priorität Wasserkraft oder Atomkraft vgl. Tollmann, Desaster, S. 47 sowie Gerald Stifter, Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983, Innsbruck 2006, S. 184f.

⁶⁰⁵ Wien und das Burgenland waren an der Gründung der GKT nicht beteiligt.

AKW zugunsten des geplanten Donaukraftwerks Altenwörth zu verschieben, ohne Erfolg⁶⁰⁶. Auf einer ao. Generalversammlung der GKT fiel am 22. März 1971 außerdem der Beschluss zur Aufnahme der Planungen zur Errichtung eines zweiten Kernkraftwerks.

Beide Beschlüsse, sowohl der vom 15. November 1969 als auch jener vom 22. März wurden von den Vertretern beider Großparteien in den jeweiligen E-Gesellschaften mitgetragen, und von wenigen Ausnahmen abgesehen, berichtete die gesamte Presse, auch die sozialistische positiv über Beschlüsse, Planungs- und Baufortschritte auf dem Gebiet der Kraftwerksbauten. Die beiden Direktoren der GKT Friedrich Staudinger, ein früherer Sekretär von Ludwig Weiß, und Alfred Nentwich (SPÖ) waren gemäß dem in der gesamten E-Wirtschaft bestehenden strengen Personalproporz jeweils der ÖVP bzw. SPÖ zuzuordnen; dasselbe galt für die Direktion der Kernkraftwerksplanungsgesellschaft⁶⁰⁷.

Die Stellungnahme der neuen Bundesregierung zur Atomenergie in der ersten Regierungserklärung fiel zwar positiv aus, Kreisky verwies aber darauf, es sei notwendig, alle Pro- und Contra-Argumente zu hören und abzuwägen. Auch Staribacher, der sich in seinem Urlaubsort Reisseck zu Weihnachten 1970 ausführlich mit Technikern über die Gefahren von Kernkraftwerken unterhielt, zeigte sich überaus skeptisch zum Kraftwerksprojekt, wenngleich nicht in erster Linie aus prinzipiellen, sondern vor allem aus praktischen Gründen. Die Bau- und Betriebskosten würden weit höher sein als veranschlagt (projektiert: 5,2 Mrd., tatsächlich: 7,5-8 Mrd. öS), sodass der Strompreis/kwh um ein Drittel höher sein werde, – und dann: „Darüber hinaus hat sich herausgestellt, dass die Anfälligkeit der Werke doch sehr groß ist, [...], dass selbst kleine Schäden im Primärkreis dazu führen, dass das Werk doch etliche Monate, manchmal sogar Jahre stillliegt, bis die Radioaktivität abgebaut ist. Wenn uns so etwas passiert, dann würden 600 Megawatt, das sind ca. 10 % unserer Stromproduktion auf Jahre ausfallen“⁶⁰⁸.

Neben diesen pragmatischen Einwänden wurde zwar schon frühzeitig auf mögliche Gefahr durch Erdbeben, insbesondere aber auf die ungelöste Frage der Lagerung des strahlenden atomaren Abfalls hingewiesen. Die Gegner einer friedlichen Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung waren anfangs aber auf eine sehr kleine Gruppe beschränkt, zu ihr zählten etwa der Physiker Karl Nowak, der Geologe Alexander Tollmann, der 2006 verstorbene Staatswissenschaftler Walther Soyka, der im Mai 1969 das erste Volksbegehren gegen den

⁶⁰⁶ Wiener Zeitung, 17.2.1971, Bau des Kernkraftwerks fraglich, Staribacher-Tagebücher, 21.2. und 3.3.1971.

⁶⁰⁷ Christian Held von den Landesgesellschaft STEWEAG (ÖVP) war für den Nuklearteil, Friedrich Janitschek von der Verbundgesellschaft (SPÖ), war für den konventionellen Teil zuständig.

⁶⁰⁸ Staribacher-Tagebücher, 23.12.1970.

Bau des AKW startete, sowie die Zoologin und Ökologin Gertrude Pleskot⁶⁰⁹. An den ersten Protestkundgebungen auf dem Baugelände nahmen nur einige hundert Personen teil. Nur in Vorarlberg kam es bereits 1971 zu einer breiten Protestbewegung, und die österreichische Regierung sah sich zu einer eher lahmen Intervention in Bern gezwungen. Die Vorarlberger Landesregierung übermittelte Bern im Juli 1974 daraufhin ein eigenes Memorandum mit Einwendungen gegen dieses grenznahe AKW⁶¹⁰.

Ein weiteres Problem war die unzureichende gesetzliche Grundlage für die Bewilligung und Kontrolle von Kernkraftwerken, auf die Gertrude Pleskot Bundeskanzler Bruno Kreisky bereits in einem Schreiben vom 17. März 1971 hinwies. Die von seinem Kabinett für Kreisky zusammengestellte Information gab den Einwänden Pleskots im Grunde recht, indem sie darauf verwies, dass für den Bau, die Ausführung und den Betrieb von AKWs zwar eine Reihe von gesetzlichen Voraussetzungen vorlägen, aber eben kein spezifisch auf diese neue Energieform ausgerichtetes Gesetz⁶¹¹. Auch Außenminister Rudolf Kirchschläger griff diese Frage frühzeitig in einer am 13. April abgehaltenen Ministerratsvorbesprechung auf, in der er auf die offene Frage der „Atomkompetenz“ aufmerksam machte; in der Debatte erzielte man insofern Einigkeit, dass auf diesem Gebiet jedenfalls eine Bundeskompetenz notwendig sei. Elf Monate später machte Verkehrsminister Frühbauer auf das in der Bundesverfassung nicht geklärte Problem des baubehördlichen Bewilligungsverfahrens aufmerksam, ohne dass uns Kreiskys Reaktion dazu bekannt wäre.⁶¹²

Trotzdem diese Bedenken grundsätzlich als berechtigt anerkannt wurden, bekannten sich sowohl Verkehrsminister Erwin Frühbauer als auch Josef Staribacher weiterhin zum Einsatz der Kernenergie für die Energiegewinnung. Es wurde erwogen, die Vielfalt der ungelösten Fragen im Rahmen einer beratenden Regierungskommission aus Vertretern mehrerer Ministerien zu erörtern, zu deren Einrichtung es aber nicht kam. Die SPÖ-geführte Bundesregierung hätte zumindest bis zum Frühjahr 1972 Zeit gehabt, um, ohne große finanzielle Schäden, die Bauarbeiten und Auftragsvergabe für den Reaktorteil zu stoppen. Die Schaffung einer sicheren gesetzlichen Basis für die Kernenergie wäre jedenfalls ein

⁶⁰⁹ Unter ihnen ist Tollmann als späterer Mitbegründer der Grünen als politischer Partei am bekanntesten. Zur Person Pleskots vgl. url: <http://www.zobodat.at>, zu den anderen vgl. url: <http://www.oekoweb.at/553>.

⁶¹⁰ Staribacher, der mit seinem Amtskollegen Brugger im April 1972 darüber sprach, notierte mit Interesse dessen Vorschlag, man sollte doch die Möglichkeit der Errichtung gemeinsamer Atomkraftwerke im Rheintal in Betracht ziehen. Vgl. Staribacher-Tagebücher 27.4. und 9.5.1972, Wiener Zeitung 5.7.1974.

⁶¹¹ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 121, Information für Kreisky, 6.5.1971 und Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen für das Genehmigungsverfahren der GKT. Vgl. auch Pramstaller, Kernenergiepolitik, S. 20-27.

⁶¹² Staribacher-Tagebücher, 13.4.1971, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 121, Schr. Frühbauers an Kreisky, 15.3.1971.

ausreichender Grund dafür gewesen, die Planungen für das erste AKW zu unterbrechen. Man mag darüber spekulieren, ob sich die Dinge anders entwickelt hätten, wäre Staribacher, der den Managern der E-Wirtschaft mit größerer Skepsis begegnete als Frühbauer, 1972 bereits Energieminister gewesen. Offenbar schreckte die Bundesregierung aber davor zurück, weil sie befürchtete, das die Landeselektrizitätsgesellschaften im Gegenzug das im März 1967 beschlossene Ausbauprogramm und damit auch den weiteren Ausbau der Wasserkraft zu Fall bringen würden.

Im Ministerrat kam es am 16. März 1971 – nur wenige Tage nach dem Beschluss zur Gründung der GKT – erstmals darüber zu einem kontroversiellen Meinungs austausch, den Staribacher so zusammenfasste: „Während es bei den Wirtschaftlern innerhalb der Regierung überhaupt keine Diskussion darüber gibt, dass wir die Kernkraftwerke in spätestens 10 Jahren dringendst benötigen werden, weil wir ansonsten außerstande sind, die Energieversorgung aufrechtzuerhalten, stehen die Wissenschaftler und der Unterrichtsminister auf dem Standpunkt, dass eine solche Phase noch lange nicht kommen sollte. Nach deren Auffassung müssten alle Wasserkraftwerke bis ins letzte zuerst ausgebaut werden“⁶¹³.

Im August 1971 begannen die Aufschließungsarbeiten, und im Februar 1972 wurden die Bauarbeiten auf dem Baugelände in Zwentendorf aufgenommen und das Bewilligungsverfahren für den Reaktorteil eingeleitet. Bei der ersten mündlichen Verhandlung im Zwentendorfer Pfarrsaal kam es infolge des Protests einer Gruppe von AKW-Gegnern, angeführt von Walther Soyka, zu einem Zwischenfall⁶¹⁴.

Zur selben Zeit wurde im Frühjahr 1972 zwischen Vertretern der E-Wirtschaft und Frühbauer der Standort für das 2. Kernkraftwerk in Stein auf der niederösterreichischen Seite der Enns bei St. Pantaleon festgelegt; es sollte spätestens 1980 ans Netz gehen. Die Baukosten für das zweite Gemeinschaftskraftwerk wurden mit 8 Mrd. öS veranschlagt. Insgesamt war die Errichtung von drei AKWs innerhalb der folgenden 15-20 Jahre mit einer gesamten Leistung von 2.800 MW vorgesehen, wovon 600 MW auf Zwentendorf, 700-900 MW auf Stein und der Rest auf das dritte AKW entfallen sollten⁶¹⁵.

⁶¹³ Staribacher-Tagebücher, 16.3.1971.

⁶¹⁴ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 121, Verhandlungsschrift aufgenommen vom BM für Gesundheit und Umweltschutz am 7.3.1972 in Zwentendorf.

⁶¹⁵ Tollmann, Desaster, S. 15-20, Arbeiter-Zeitung, 10.4.1973, Zweites Atomkraftwerk nahe der Ennsmündung, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 105, Die Elektrizitätswirtschaft in Österreich 1972-1980, 20.12.1972.

Die Bauarbeiten in Zwentendorf machten rasche Fortschritte. Bis zum Frühjahr 1974 konnte der Rohbau des Reaktorgebäudes weitgehend abgeschlossen werden, Ende Oktober wurde der Sicherheitsbehälter und im Juni das Reaktordruckgefäß angeliefert. Den Bieterwettbewerb um den Reaktorteil entschied eine von einer Siemens-Tochter angeführte Bietergemeinschaft, der auch Siemens Österreich und die Elin angehörte, für sich, die auch für das geplante zweite AKW Stein große Chancen hatte, zum Zug zu kommen. Auf dem Baugelände wurde ein Informationszentrum eingerichtet: Besuchergruppen für das technische Großprojekt waren willkommen⁶¹⁶. Die Planungen der GKT sahen eine Inbetriebnahme im Jahre 1976 vor.

Staribacher besuchte die Baustelle mehrmals, das erste Mal, Zufall oder nicht, während der Ölkrise am 1. Dezember 1973, das zweite Mal im Juli 1974. Damals traten erste Verzögerungen im Zeitplan – die Inbetriebnahme sollte im August 1976 erfolgen – infolge von Schwierigkeiten von Teilgenehmigungen durch das Gesundheitsministerium von Ingrid Leodolter auf. Leodolter verwies im November 1974 im Ministerrat auf die ungeklärte Frage der Endlagerung des Atommülls und schlug die Errichtung eines Zwischenlagers in Seibersdorf vor⁶¹⁷. Staribacher erklärte von Journalisten im September 1974 auf das Problem der Reaktorsicherheit angesprochen, ein Störfall wie in den USA, wo ein Drittel der Kernkraftwerke vorübergehend aus Sicherheitsgründen abgeschaltet wurden, sei in Österreich undenkbar⁶¹⁸.

Das ungelöste Endlagerproblem war, neben dem Problem der Reaktorsicherheit das wichtigste Argument gegen die Atomenergie, das der Anti-Atombewegung im Lauf des Jahres 1975 langsam Schubkraft verlieh. Staribacher schien es unerklärlich, wie man den Bau von Atomkraftwerken beschließen konnte, ohne zeitgerecht entsprechende Verträge über die Aufarbeitung und Endablagerung abzuschließen. Es bestärkte ihn nur noch mehr in der seit langem von ihm gehegten Überzeugung, dass die beiden Geschäftsführer der GKT, denen so gravierende Fehler unterliefen, eine krasse Fehlbesetzung waren. Ein solcher Fehler sollte zumindest bei der Gründung der zweiten Betriebsgesellschaft vermieden werden⁶¹⁹. Ungeachtet dessen wurden im Windschatten der Ölkrise auch die vorbereitenden Planungen für das zweite österreichische Kernkraftwerk Stein seit dem Frühjahr 1974 mit Nachdruck vorangetrieben. Nach der Festlegung des Standorts erfolgte unverzüglich die Ausschreibung für den Reaktorteil. Die Anbieter bestürmten Staribacher mit Interventionen. Der neu bestellte Direktor beschwerte sich über

⁶¹⁶ Inserat der GKT Tullnerfeld in Wochenpresse, Nr. 28/1974.

⁶¹⁷ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 134, Pressekommunique von der Sitzung des Ministerrats am 19.11.1974.

⁶¹⁸ Wiener Zeitung, 24.9.1974, US-Atomkraftwerks-Debakel in Österreich nicht möglich.

⁶¹⁹ Staribacher-Tagebücher, 13.7.1973, 9.1.1975.

die langen Genehmigungsverfahren durch das Gesundheitsministerium, die die Verwirklichung des Projekts verzögerten. Sektionschef Wilhelm Frank spielte sogar mit dem Gedanken, mit dem den Bau ohne eine entsprechende Genehmigung zu beginnen, was Staribacher aber rundweg ablehnte⁶²⁰.

Die Regierung gab sich in ihren öffentlichen Äußerungen zur Frage der Nutzung der Atomenergie in den Jahren 1974 und 1975 zunehmend vorsichtiger, wobei insbesondere die Fragen der Sicherheit und der Atommülllagerung als problematisch angesprochen wurden⁶²¹. Kreisky erwähnte die Kernenergie weder in seinem Bericht zur wirtschaftliche Lage 1973 noch im Jänner 1974. Sowohl während der Energiekrise als auch beim „Energiesparministerrat“ November 1974 äußerte Kreisky intern aber mehrfach Sicherheitsbedenken. Es ist wahrscheinlich, dass seine Bedenken durch die Ansicht prominenter Wissenschaftler, wie Engelbert Broda oder Victor Weisskopf, der sowohl im Juni als auch im Oktober 1974 an Symposien über die Energiezukunft teilnahm, bestärkt wurden⁶²². Broda äußerte in einem an Kreisky gerichteten Brief im Dezember 1973 die Auffassung, es werde zwar für die nächsten Jahrzehnte unvermeidlich sein, sich die Atomenergie zunutze zu machen, er warnte aber zugleich vor den damit verbundenen massiven Problemen mit radioaktivem Abfall. Er empfahl Kreisky, alternativen Energietechnologien, wie der geothermischen oder Solarenergie, verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen⁶²³.

Staribacher, dem dieses Problem seit längerem und mit der Zeit immer heftigeres Kopfzerbrechen bereitete, äußerte sich dazu sowohl in den Leitlinien als auch im Erstentwurf seines Energiekonzept ziemlich vage. Als er im Jänner 1975 Verbundgeneraldirektor Wilhelm Erbacher, der ihm die eingelangten Kostenofferte der Ausschreibung für das zweite AKW Stein präsentierte, darauf ansprach, wusste der zu seiner Entschuldigung nur die Antwort, dass auch die anderen Staaten dafür noch keine Lösung hätten, worauf Staribacher replizierte, dort werde aber wenigstens für die Lagerung des Atommülls vorgesorgt. Er stimmte mit Frank überein, dass die verantwortlichen Manager der GKT und der KKWP sich nicht länger vor diesem Problem drücken dürften⁶²⁴. In den folgenden Wochen wurde die Regierung in der Atomfrage immer nervöser, und die Atomkraftwerksgegner begannen im

⁶²⁰ Staribacher-Tagebücher, 15.1., 18.2., 21.2., 22.2., 25.4. und 6.5.1974.

⁶²¹ Österreichisches Jahrbuch 1974, S.370 und Österreichisches Jahrbuch 1975, S.423f.

⁶²² Staribacher-Tagebücher, 17.6.1974, BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 132, Symposiumsprogramm „Energie und Zukunft“ 23-26.10.1974, Arbeiter-Zeitung, 26.10.1974. Kreisky äußerte sich in seinen Memoiren dazu in folgender Weise: „In der Frage Zwentendorf versuchte ich also immer wieder, die österreichische Regierung zu überzeugen, sich von Fachleuten beraten zu lassen...“ (Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt, S.164)

⁶²³ BKA, NL Kreisky, Wirtschaft, Box 106, Brief Engelbert Broda an Bruno Kreisky, 27.12.1973.

⁶²⁴ Staribacher-Tagebücher 3.12.1974, 10.2., 11.3. und 22/23.3.1975.

Laufe des Frühjahr 1975 mit öffentlichen Protestaktionen gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke.

In der Ministerratsvorbesprechung vom 10. März 1975 kam es neuerlich zu einer harten Auseinandersetzung in dieser Frage. Kreisky, von Landwirtschaftsminister Oskar Weihs unterstützt, meinte, es werde zu einer Massenbewegung gegen Kernkraftwerke kommen, wenn ein zweites Kernkraftwerk gebaut werde. An ein drittes sei überhaupt nicht zu denken. Staribacher replizierte, man habe in der nächsten Zukunft gar keine andere Wahl als die Kernenergie. Die wirkliche Schwierigkeit sei das Problem der Endablagerung des Atommülls. Allerdings zweifelte Staribacher selbst seit längerem, ob ein zweites AKW zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig wäre. Firnberg vertrat dieselbe Auffassung. Jedenfalls war Kreisky entschlossen, wie er schon vor Monaten angedeutet hatte, die Diskussion um die Atomenergie öffentlich zu führen⁶²⁵. Sowohl Heinz Fischer, insbesondere aber Hannes Androsch sehen dies im Rückblick als schweren taktischen Fehler Kreiskys an, der die außerparlamentarische Opposition gegen den Bau von Kernkraftwerken erst zu entschlossenerem Widerstand ermuntert habe⁶²⁶. Dagegen wäre allerdings anzuführen, dass die Anti-AKW-Gegner schon vorher vermehrt Zulauf erhalten hatten.

Tatsächlich schlug Kreisky wenige Tage später im Fernsehen vor, die Debatte über Nutzen und Gefahren der Kernenergie öffentlich zu führen, und stellte sich gemeinsam mit Staribacher am 25. April 1975 erstmals der öffentlichen Diskussion.

Spät, aber doch zog die Bundesregierung im Frühjahr 1975 in der Frage der Errichtung des zweiten AKW Stein die Reißleine: die Arbeiten wurden zunächst unterbrochen und das AKW, auf dessen Realisierung die Elektrizitätswirtschaft weiter drängte, später stillschweigend zu Grabe getragen. Dass später auch das im Herbst 1975 fast vollständig fertig gebaute AKW Zwentendorf drei Jahre später dasselbe Schicksal ereilte, war einer Energiepolitik zuzuschreiben, der es seit der Ölkrise 1973 an einer durchgehenden Linie gefehlt hatte.

⁶²⁵ Staribacher-Tagebücher, 10.3.1975, zu den Bedenken Staribachers vgl. 14. und 21.2.1975.

⁶²⁶ Heinz Fischer, Reflexionen, Wien 1998, S. 265, Interview mit Dr. Hannes Androsch, Wien, 10. Oktober 2007.

Der Bestand Wirtschaftspolitik der Stiftung Bruno Kreisky Archiv

Theodor Venus

Im Oktober 1980 auf dem Höhepunkt des innerparteilichen Machtkonflikts mit seinem Finanzminister Hannes Androsch gab Bruno Kreisky der Zeitschrift Profil ein Interview, in dem er eine Bilanz seiner zehnjährigen Regierungszeit gab, das unter dem Titel „Mein politisches Vermächtnis“ erschien. Darin nannte als signifikanteste Leistung seiner Regierung, sich die "Wirtschaftspolitik zurückgeholt", d.h. sie zur Sache der Regierung gemacht zu haben, nicht der Sozialpartner⁶²⁷.

Diese Aussagen Kreiskys unterstreichen die Bedeutung, die die Wirtschaftspolitik im Gesamtkonzept seiner Politik hatte. Kreisky, der seit 1959 der Großen Koalition als Staatssekretär und Außenminister angehört hatte, wandte der Wirtschaftspolitik vermutlich erst nach der SPÖ-Wahlniederlage 1966 und seiner Wahl zum Parteivorsitzenden verstärkt seine Aufmerksamkeit zu. Als Oppositionsführer nahm er selbstverständlich die Gelegenheit wahr, im Rahmen der Budgetdebatten regelmäßig Finanzminister und Regierung anzugreifen. Er nahm auch sehr aktiv an der Reform der verstaatlichten Industrie in den Jahren 1968/69 teil, ebenso wie an der Diskussion über die österreichische Währungspolitik.

Am Beginn dieser Bemühungen zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel eines industriell und technologisch modernen Österreich stand die von Kreisky wenige Wochen nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im Frühjahr 1967 an den Sekretär der Arbeiterkammer Ernst Eugen Veselsky ausgesprochene Einladung, die Koordination für die Ausarbeitung eines neuen Wirtschaftsprogramms der Sozialistischen Partei zu übernehmen, eine Aufgabe, die Veselsky auch im Rückblick noch mit Stolz erfüllt⁶²⁸.

Ein von den Wirtschaftsexperten, unter ihnen Josef Staribacher, Hannes Androsch, Erwin Lanc, Heinz Kienzl, Oskar Grünwald, Philipp Rieger, Felix Butschek, Eduard März, Maria Szecsi und Julian Uher, ausgearbeiteter Entwurf für das neue Wirtschaftsprogramm wurde im Februar 1968 dem Parteirat vorgelegt und im Oktober 1968 vom SPÖ-Parteitag beschlossen⁶²⁹. Das 170 Seiten starke Papier trug den programmatischen Titel „Reform der österreichischen Wirtschaft. Leistung, Aufstieg, Sicherheit“.

⁶²⁷ Profil, 30.9.1980, „Mein politisches Vermächtnis“.

⁶²⁸ Interview der Verfasser mit Ernst Eugen Veselsky, 4.5.2007.

⁶²⁹ Zur Erstellung des SPÖ-Wirtschaftsprogramms liegen verschiedene Arbeiten vor: vgl. Ernst Eugen Veselsky, Zur Geschichte und Vorgeschichte des Wirtschaftsprogramms, In: Die Zukunft, H. 13/14-

Als ein Motiv für das Wirtschaftsprogramm nannte Kreisky in seinen Erinnerungen die Ambition, die Gestaltung der Wirtschaftspolitik nicht den Gewerkschaften allein zu überlassen, sondern Wirtschaftskompetenz für seine Partei zurück zu gewinnen⁶³⁰. Auch wenn deren praktische Umsetzung natürlich den Fachministern, in erster Linie dem Finanzminister, dem Handelsminister, seinem im Bundeskanzleramt angesiedelten Staatssekretären für wirtschaftliche Koordination Ernst Eugen Veselsky, Adolf Nußbaumer und schließlich Ferdinand Lacina sowie den verantwortlichen Managern im Bereich der verstaatlichten Industrie überlassen werden musste, war der Kanzler in alle wirtschaftspolitisch bedeutenden Fragen, von der Budgeterstellung bis hin zur verstaatlichten Industrie, eingebunden. Ja, mehr noch: Mehr als einmal hat Kreisky selbst die Richtung vorgegeben, indem er die Hierarchie der wirtschaftspolitischen Ziele definierte, neue Themen setzte und Arbeitsschwerpunkte festlegte.

Mag auch die Frage der wirtschaftlichen Sachkompetenz des Kanzlers post festum, je nach Standpunkt unterschiedliche, teilweise polemisch zugespitzte Einschätzungen gefunden haben⁶³¹, so kann vermutlich leichter Übereinstimmung darüber erzielt werden, dass das Schicksal der von ihm geführten Regierung auf lange Sicht in hohem Maße von einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik abhing. Er selbst war sich dessen wohl bewusst, wie viele seiner Äußerungen im Kreise seines Kabinetts zeigen, nachzulesen in den Tagebüchern Josef Staribachers. Es mag in diesem Zusammenhang vielleicht interessant sein, dass im Rahmen der von der Stiftung Bruno Kreisky Archiv im Jahre 1993 veranstalteten Tagung zum Erbe des Austrokeynesianismus mehrere Redner und Autoren sich darauf bezogen: Hannes Androsch: „Natürlich war es Koketterie, wenn er gesagt hat: „Von der Wirtschaft verstehe ich nichts.“ Er sei aber sehr in seiner Eitelkeit gekränkt gewesen, als man ihn später immer wieder mit dieser Aussage konfrontiert habe. Die spätere Krise der Verstaatlichten-Politik und das unglückliche „Mallorca-Paket“ hätten aber gezeigt, dass seine Selbsteinschätzung gestimmt hätte⁶³².

1968, S. 19-20. Ausführlicher die historische Darstellung: Die 1400 Experten der SPÖ, In: ÖJBfPol. 1981, S. 181-189. Ferner: Julian Uher, Entstehung und politische Durchsetzung des Wirtschaftsprogramms 1968, In: Fritz Weber/Theodor Venus (Hg.), Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, Wien 1993, S. 37-63.

⁶³⁰ Bruno Kreisky, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, hgg. O. Rathkolb, Johannes Kunz, Margit Schmidt, Wien 1996, S. 84.

⁶³¹ In seinen Erinnerungen verwahrte sich Kreisky an zwei Stellen gegen eine angeblich missverständliche Interpretation seiner Äußerung, von wirtschaftlichen Dingen verstehe er nichts. Diese Äußerung sei im Rahmen einer Pressekonferenz gefallen und hätten sich „auf rein buchhalterische Fragen im Zusammenhang mit dem Budget“ bezogen.

⁶³² Hannes Androsch im Gespräch mit Fritz Weber, In: Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, S. 194f.

Heinz Kienzl, in der Frage der Währungs- und Wirtschaftspolitik mitunter in heftigem Dissens mit dem Kanzler, lieferte dazu vielleicht eine pointierte, aber nicht ganz unzutreffende Einschätzung: „Kreisky war sehr selbstbewusst und dabei von der Idee überzeugt, dass die großen Linien nur aus der Politik kommen. Er hat mir einmal gesagt: ‚Die Geschäftsleute schauen, dass sie keine Verluste machen oder bestenfalls, dass sie Gewinne machen, aber große Ideen kommen von dort nicht. Die wirklich großen Ideen kommen aus der Politik‘“⁶³³. Kienzl erklärte den Konflikt Kreisky-Androsch nicht zuletzt daraus, dass Androsch in Bezug auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik in wachsendem Maße der Überzeugung war, nur er selbst könne diese gestalten. Der sich über beinahe zwei Jahre hinziehende Konflikt mit Hannes Androsch ist vermutlich unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, aber auch im Hinblick darauf, dass Kreisky nicht einen der erfolgreichsten Finanzminister der 2. Republik verlieren wollte⁶³⁴.

Wilhelmine Goldmann sah demgegenüber Kreiskys Verhältnis zur Wirtschaft zum einen aus seiner großbürgerlichen Herkunft und zum anderen durch eine austromarxistische Wirtschaftsauffassung geprägt, die der Idee der Sozialisierung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft wie der Banken und der Schwerindustrie eine besondere Bedeutung beimaß⁶³⁵. Für Goldmanns Behauptung spricht, dass Kreisky die Kompetenz über die Aufsicht der verstaatlichten Industrie dem Kanzleramt zuordnete und die notwendige Reorganisation anfangs seinem Staatssekretär Ernst Eugen Veselsky übertrug, der an dieser Aufgabe in Anbetracht des Selbstbewusstseins der Manager, besonders der VOEST, Alpine sowie ÖMV und Chemie Linz, scheiterte.

Oskar Grünwald, der von Kreisky im Frühjahr 1978 bestellte Nachfolger Franz Geists als Generaldirektor der ÖIAG, entwirft ein differenzierteres psychologisches Bild, das dem Verständnis von Kreiskys Rolle als Wirtschaftspolitiker vielleicht am nächsten kommt. Zum ersten verweist Grünwald auf den auch von anderen beobachteten dialogischen Stil in Kreiskys Entscheidungsfindung. Man kann als Beleg dafür etwa die Notizen über den Ablauf der Ministerratsvorbesprechungen in den Tagebüchern Josef Staribachers heranziehen. Die schwierige Aufgabe der Bewältigung der Neustrukturierung der verstaatlichten Industrie hätte Kreisky das Gefühl gegeben, „dass er konkret etwas für die Arbeiter und Angestellten tun kann“. Er hätte, so Grünwald, „es sich leichter machen und viel mehr auf die Unternehmensorgane abwälzen können“. „Auf der anderen Seite“, so Grünwald, „agierte er gern als Industrieller, als Entrepreneur, als Industriegründer. Es hat ihm größten Spaß

⁶³³ Heinz Kienzl, Gesamtstabilität, der Weg und das Ziel – Einkommenspolitik und Währungspolitik seit 1951, In: Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, S. 68.

⁶³⁴ Vgl. Barbara Liegl/Anton Pelinka, Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, Wien 2004.

⁶³⁵ Wilhelmine Goldmann, Verstaatlichten-Politik in der Ära Kreisky, In: Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, S. 129.

gemacht, über neue Projekte zu reden [...].⁶³⁶ Seine Industrieprojekte seien – Beispiel: Austro-Porsche – zwar gelegentlich belächelt worden, aber sie hätten auch neue und positive Entwicklungen eingeleitet. Damit ist wohl dieselbe Facette in Kreiskys Persönlichkeit angesprochen, auf die auch Kienzl oben verweist.

Mit 220 Boxen nimmt der Teilbestand Wirtschaftspolitik des Nachlasses Bruno Kreisky in der Stiftung Bruno Kreisky Archiv schon allein quantitativ eine ebensolche Bedeutung ein wie die Außenpolitik, die er bekanntlich auch als Kanzler mit Leidenschaft betrieb. Beide Teilbestände, Außen- und Wirtschaftspolitik, sind durch detaillierte Bestandsverzeichnisse erschlossen. Hinzu kommen noch 22 Boxen aus der Allgemeinen Korrespondenz, die ebenfalls Materialien zur Wirtschaftspolitik enthalten, die im Zuge dieses Projekts vorläufig erschlossen wurden. Ergänzt wird der Archivbestand Wirtschaftspolitik des Kreisky-Nachlasses durch das in 70 Ordnern abgelegte Minister-Tagebuch von Josef Staribacher, das inzwischen auch digital als Volltext-Datenbank verfügbar ist, sowie weiteres Material Staribachers, etwa zu den Vorarbeiten für das Wirtschaftsprogramm 1968. Da auf die Bedeutung der Staribacher-Tagebücher als wirtschaftshistorische Quelle und deren Erfassung im Rahmen des Projekts an anderer Stelle dieses Berichts noch genauer eingegangen wird, erübrigen sich hier nähere Erläuterungen. Gleiches gilt auch für die beiden Deposita des früheren Staatssekretärs für wirtschaftliche Koordination, Ernst Eugen Veselsky. Ergänzt wird der Bestand durch großteils transkribierte Mitschriften und Gedächtnisprotokolle von Alfred Reiter und Ferdinand Lacina. Ein Vergleich dieser Notizen erlaubt einen detaillierten Einblick in die Entscheidungsfindungsprozesse während Ministerratssitzungen, Vorbesprechungen oder regelmäßigen Treffen, etwa zwischen Ministern und ÖIAG-Funktionären.

Der umfangreiche wirtschaftspolitische Bestand des Nachlasses, der mehrere tausend Dokumente umfasst, ist durch einen umfangreichen, über 270 Seiten umfassenden Findbehelf der Forschung zugänglich. Er reicht von den Vorarbeiten zum Wirtschaftsprogramm 1968 bis zur Konzeption des sogenannten „Mallorca“-Pakets, das wegen der von der Presse heftig kritisierten Zinsertragssteuer („Sparbuchsteuer“) mit zur Wahlniederlage der SPÖ im Frühjahr 1983 beitrug und damit das Ende der „Ära Kreisky“ einleitete, doch enthält der Bestand beispielsweise auch Unterlagen über den Zeitraum 1950-1960.

Die in dem Bestand versammelten Materialien (Briefe, Berichte, Informationen, Studien, Geschäftsberichte, Protokolle, Memoranden u. a. m.) spiegeln zum einen die zentrale

⁶³⁶ Oskar Grünwald, Die Verstaatlichte Industrie in der Ära Kreisky, In: Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis, S. 127.

Position Kreiskys als Regierungschef wider, der letztlich auch für die Wirtschaftspolitik verantwortlich war, zum anderen lässt schon die unterschiedliche Breite der Überlieferung in einigen Politikfeldern Rückschlüsse zu, welchen wirtschaftspolitischen Themen der Kanzler besondere Aufmerksamkeit widmete. Dies zeigt sich etwa in den Bereichen verstaatlichte Industrie, regionale Strukturpolitik und Energiepolitik. Zeitlich am dichtesten ist die Überlieferung für das Jahrzehnt 1972-1982.

Zur Koordination der Wirtschaftspolitik seiner Regierung dienten Kreisky verschiedene institutionelle und informelle Gremien. Von grundlegender Bedeutung war der ständige enge informelle Gesprächskontakt des Kanzlers zu seinem Finanzminister, sicherlich die wirtschaftspolitisch zentrale Achse, die bereits seit 1971 ausgebildet war und bis etwa 1977 intakt blieb. Kreisky und Androsch besprachen häufig auch am Wochenende in Kreiskys Amtsvilla der Armbrustergasse heikle, aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik⁶³⁷.

Innerhalb der Bundesregierung waren die meist am Montagnachmittag stattfindenden Ministerratsvorbesprechungen das wichtigste Forum der Meinungs- und Willensbildung, in dem die aktuelle Lage der Wirtschaft und wirtschaftspolitische Vorhaben besprochen wurden. Spezielle Fragen wurden auch von Fall zu Fall im engeren Kreis des wirtschaftlichen Ministerkomitees beraten, Gespräche über Reorganisation, organisatorische, personelle, wirtschaftliche und andere wichtige Fragen der verstaatlichten Industrien fanden in wechselnder Zusammensetzung, aber meist unter Teilnahme von Kreisky, dem Staatssekretär Veselsky (bzw. dessen Nachfolger Nußbaumer und Lacina), den ÖIAG-Chefs Geist und Grünwald, dem zuständigen Sektionschef im Bundeskanzleramt Otto Gatscha, Direktoren und Betriebsräten statt.

Wichtige Fragen wirtschaftspolitischer Natur legte Kreisky auch dem SPÖ-Bundesparteivorstand oder dem Parteipräsidium vor; ebenso wurde der Parlamentsklub über alle bedeutenden wirtschaftspolitischen Regierungsvorhaben informiert, in besonderem Maße vor der im Spätherbst stattfindenden Budgetdebatte. Wo die Zustimmung oder Einbindung der Opposition notwendig oder politisch geboten schien, fanden auch Parteigespräche statt. An dieser Stelle sollte vielleicht erwähnt werden, dass Kreisky dem Parlament seit 1971 alljährlich einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage lieferte und darüber hinaus auch zu anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen Erklärungen abgab, wie z.B. anlässlich der Währungskrise 1971, zum EWG-Assoziierungsabkommen 1972 oder zur Stahlfusion 1973.

⁶³⁷ Vgl. Manfred Schuhmayer, "Erst zum Christkindl richtiger Minister...", Die Presse, 13.10.1971. Liselotte Palme, Hannes Androsch. Ein Leben zwischen Geld und Macht, Wien 1999, S. 108ff.

Die Achse Kreisky-Benya, deren Beziehung in der ersten Zeit Belastungen ausgesetzt war – Benya hatte 1967 Hans Czettel als Kandidaten für den Parteivorsitz unterstützt –, wurde nur langsam stärker. Benya machte auch kein Hehl daraus, dass er die von Kreisky bis 1971 nicht ausgeschlossene Variante einer kleinen Koalition nicht goutierte und auch dem Experiment Minderheitsregierung skeptisch gegenüberstand. Dazu mag auch beigetragen haben, dass Kreisky bei der Bildung seines Kabinetts den Wünschen der Gewerkschaften nur teilweise entsprach. Unter den Inhabern eines Wirtschaftsressorts war Handelsminister Josef Staribacher der einzige, der als Vorsitzender einer einflussreichen Einzelgewerkschaft nicht nur Benyas Vertrauen genoss, sondern auch das Banner der Sozialpartnerschaft hochhielt.

Nach den Oktoberwahlen 1971, die die Bildung einer sozialistischen Alleinregierung ermöglichte, begann sich das gespannte Verhältnis langsam zu entkrampfen. In Kreiskys wirtschaftspolitischem Konzept hatte die Sozialpartnerschaft zwar weiterhin einen festen Platz, als Nebenregierung wollte sie Kreisky aber nicht akzeptieren, wie sich etwa am Beispiel der Diskussion um Preispolitik und Preisregelung zeigt. Staribacher war es auch, der nach Bildung der Alleinregierung einen informellen Gedankenaustausch zwischen dem Regierungschef und dem ÖGB-Präsidenten anregte⁶³⁸, der dann regelmäßig jeweils am Montag stattfand. Leider gibt es darüber anscheinend keinerlei Aufzeichnungen, jedenfalls nicht im Nachlass Kreiskys.

Im Frühjahr 1972 nahm dies Benya einmal zum Anlass, um an Kreisky die offene Frage zu richten, ob er die Paritätische Kommission überhaupt noch wolle. Bei der Konzipierung der Stabilisierungspolitik im Herbst 1972 zur Bekämpfung der ausufernden Inflation, wo die Mitwirkung des ÖGB unverzichtbar war, und auch in der Währungspolitik kamen die beiden einander näher. Zu Benyas 60. Geburtstag hielt Kreisky eine launig-herzliche Festrede, in der er ihn als „Doktor“ der Sozialpartnerschaft bezeichnete⁶³⁹. Die Bestellung von Heinz Kienzl, dem wirtschaftspolitischen Berater Benyas, zum Generaldirektor der Nationalbank Anfang 1973 war mehr als eine Geste Kreiskys. Auch in der Folge räumte Kreisky dem ÖGB mehr Mitsprache auf laufende Regierungsentscheidungen ein. In der ORF-Reformdiskussion agierten Kreisky und Benya Seite an Seite, ohne dieselben Ziele zu verfolgen. In den folgenden Jahren wurde aber Hannes Androsch mit der Zeit immer stärker zum wichtigsten Scharnier zwischen Regierungschef und dem ÖGB-Präsidenten, deren Verhältnis zwar stets von gegenseitigem Respekt, als kaum von Herzlichkeit geprägt war.

⁶³⁸ Staribacher-Tagebuch, 25.4.1972.

⁶³⁹ Staribacher-Tagebuch, 6.10.1972.

Über die Paritätische Kommission hinaus, deren Aufgabe ja vor allem in der Gestaltung der Lohn- und Preispolitik war, boten insbesondere die in größerem zeitlichem Abstand stattfindenden wirtschaftspolitischen Aussprachen ein nicht unwichtiges Forum für die Diskussion über wirtschaftspolitische Grundsatzfragen und Berücksichtigung der Sozialpartner. Leider finden sich Protokolle dazu nur unvollständig im Nachlass Kreiskys, die aber durch die Notizen im Tagebuch Staribachers ergänzt werden können. Auch bedeutende währungspolitische Entscheidungen wurden in größerem Rahmen beraten, doch trat hier bereits im Frühjahr ein währungspolitischer Dissens in Erscheinung. Die wirtschaftspolitische Aussprache überdauerte auch die von Kreisky 1976 initiierte Industriekommission, die sich speziell den strukturpolitischen Fragen des Wandels und der Finanzierung veralteter Industriezweige widmen sollte.

Von besonderem Interesse für Wirtschaftshistoriker dürfte die sehr dichte Quellenüberlieferung der Jahre 1974-1978 im Hinblick auf die Bekämpfung des 1973 einsetzenden Konjunkturabschwungs durch eine antizyklische Haushaltspolitik (Hans Seidel: Austro-Keynesianismus) sein, der international Österreichs Wirtschaftspolitik große Anerkennung eingetragen hat. In der zweiten Phase dieses Zeitraums setzte die Bundesregierung dann verstärkte Anstrengungen in der Bekämpfung des ausufernden Budgetdefizits (2. Abgabenänderungsgesetz September 1977). Zugleich versuchte sie, aus der Erkenntnis struktureller Schwächen bestimmter Wirtschaftszweige verstärkte Investitionsanreize zu setzen, um einen sanften Strukturwandel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhaltung der Vollbeschäftigung, die weiterhin ein erklärtes Ziel der Bundesregierung blieb, einzuleiten.

Seit dem Beginn seiner Kanzlerschaft war sich Kreisky der Probleme bewusst, die mit der notwendigen Reform der verstaatlichten Industrie verbunden waren, die Kreisky vereint mit seinem Staatssekretär Ernst Eugen Veselsky in Angriff nahm bzw. weiterführte. Kreisky, der die Kompetenz zur Aufsicht über verstaatlichte Industrie aus dem Verkehrsministerium ins Bundeskanzleramt holte, trat entschieden für eine Konzentration der heimischen Stahl- und Edelstahlindustrie ein, in der festen Überzeugung, dass die notwendige Strukturbereinigung in diesen Industriezweigen nur unter dem Dach der ÖIAG gelingen würde. Die Strukturprobleme im Bereich der verstaatlichten Industrie traten zunächst im Bergbau in Erscheinung. Die Stilllegung insbesondere der Steinkohlebergbaue in der Steiermark und später auch im oberösterreichischen Hausruck, der Eisenerzbergbaue, etwa in Hüttenberg, sahen Kreisky und Veselsky als persönliche Herausforderung, an deren Lösung eine sozialdemokratische Regierung zu messen war. Nicht zuletzt deshalb, weil es sich bei einem Großteil dieser Betriebe um Unternehmen im öffentlichen Besitz handelte, sah es

Kreisky als Eigentümervertreter, wie Oskar Grünwald feststellte, als seine Aufgabe, die Gefahr struktureller Arbeitslosigkeit und industrieller Verödung ganzer Industrieregionen der Steiermark, Kärntens und Oberösterreich durch gezielte Investitionen in die Infrastruktur (Schaffung von Straßen und Bildungseinrichtungen) und Ansiedlung neuer Betriebe zu schaffen.

Diese Aufgabenstellung spiegelt sich in einem umfangreichen Teilbestand innerhalb des Bestands Wirtschaftspolitik wider. Es ist in diesem Zusammenhang aber darauf zu verweisen, dass die Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen auch in anderen Teilbeständen, etwa in der umfangreichen Korrespondenz mit den Arbeiterkammern, dem ÖGB und seinen Teilgewerkschaften, ihren Niederschlag gefunden hat. Darüber hinaus wurden für die damit verbundenen Fragenkomplexe auch im Rahmen der regelmäßigen Aussprache zwischen dem Bundeskanzler, dem dafür zuständigen Staatssekretär für wirtschaftliche Koordination im Kanzleramt, dem Präsidenten des ÖGB, Anton Benya, und der ÖIAG-Spitze (Geist bzw. Grünwald) in zahlreichen Gesprächsrunden, auf der Ebene der regelmäßigen Ministerratsvorbesprechungen, vor allem aber in zahllosen, stundenlangen Diskussionen mit Betriebsräten und den Unternehmensleitern unternehmerisch wie auch sozial verträgliche Lösungen gesucht.

Als weit schwieriger erwies sich die Anpassung der teilweise vom NS-Regime ererbten Stahlindustrie, der Edelstahl- und zuletzt der Buntmetallindustrie. Die im Herbst 1973 zustande gekommene „große Stahllösung“ (Fusion VOEST und Alpine Donawitz) war ein erster hoffnungsvoller Schritt auf dem Weg zur Strukturbereinigung der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie, deren Strukturprobleme – unproduktive, veraltete Produktionsanlagen von Unternehmen, die, obwohl formal unter dem Dach der ÖIAG vereint, untereinander in Wettbewerb standen – seit dem Einbruch der internationalen Stahlkonjunktur ab 1975 unleugbar waren und deren Probleme nicht nur Kreiskys Kanzlerschaft erschwerten, sondern darüber hinaus auch seine Nachfolger bis in die neunziger Jahre beschäftigten. Nur unter größten Anstrengungen gelang es, den schmerzhaften Prozess der Restrukturierung in Gang zu setzen, in dessen Verlauf es unter heftiger Gegenwehr von Betriebsräten und Lokalpolitikern zur Verlagerung von Produktionen, Standortschließungen, aber auch Investitionen kam. Der Höhepunkt der Strahlkrise wurde erst in der 1. Hälfte der 1980er Jahre erreicht, als schwere Fehler und Verfehlungen des Managements das Ende des gesamten verstaatlichten Sektors einleiteten.

Man hat Kreisky später oft vorgeworfen, er habe die von ÖIAG-Chef Franz Geist begonnene Strukturform aus politischen Erwägungen heraus behindert und sei dem reformwilligen

Management nach Vorsprachen der Betriebsräte immer wieder in den Arm gefallen. Darin mag vieles wahr sein. Man wird ihm aber nicht unterstellen können, sich nicht redlich und unter großen Strapazen um sowohl betriebswirtschaftlich als auch sozial ausgewogene Lösungen bemüht zu haben, die in mehr als 45 Boxen Aktenmaterial ihren Niederschlag gefunden haben, die, im Verein mit dem umfangreichen Archiv der ÖIAG-Hauptverwaltung (mit eigener Pressedokumentation) und den persönlichen Akten des Geist-Nachfolgers Oskar Grünwald, künftigen Historikern sicherlich eine neue Sicht auf eine „untergegangene“ Ära der österreichischen Industriegeschichte eröffnen.

Datenbanken und digitale Archivierung

Remigio Gazzari

Ein zentraler Bestandteil des Projekts "Österreichische Wirtschaftspolitik" war die Schaffung mehrerer Datenbanken zur Erfassung und Verwaltung der recherchierten Materialien. Erklärtes Ziel war es dabei einerseits, die Forschungsergebnisse langfristig verfügbar und einfach benutzbar zu machen, und andererseits, die verschiedenen wirtschaftspolitischen Bestände des Bruno Kreisky Archivs erstmals in ihrer Gesamtheit zu erfassen und das Archiv so als ein Zentrum der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung zu etablieren. Aus diesen Gründen fiel die Entscheidung zu Gunsten von MS-Access, einer weit verbreiteten, leicht verfügbaren Software, die sowohl cross-platform-kompatibel als auch einfach zu aktualisieren ist. Damit konnte verhindert werden, dass die Materialien mittelfristig entweder nicht mehr benutzbar oder nur durch aufwändige Softwareportierung mit moderner Infrastruktur verfügbar sind.

In zwei getrennten Datenbanken wurden mehrere Bestände erfasst. Eine beinhaltet die Tagebücher des ehemaligen Handelsministers Josef Staribacher, die zweite Literatur, Presseberichte und Archivmaterial. Darüber hinaus wurden die im Rahmen des Projektes durchgeführten Interviews mit zentralen handelnden Personen der österreichischen Wirtschaftspolitik digitalisiert und erfasst.

Die Datenbank Josef Staribacher

Josef Staribacher, Jahrgang 1921, diente während der gesamten Regierungszeit Bruno Kreiskys, also von 1970 bis 1983, als Handelsminister und führte, beginnend im April 1970, regelmäßig ein Tagebuch, indem morgens ein Resumé aller bedeutenden Geschehnisse des Vortages auf Tonband gesprochen wurde. Mitarbeiter transkribierten diese Bänder meist noch am selben Tag. Diese Dokumente wurden danach teilweise noch handschriftlich ergänzt. Später wurden die Transkripte aber nicht mehr annotiert, korrigiert oder zensuriert, wodurch eine einmalige, in Detailreichtum und Authentizität unvergleichliche Quelle zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte entstand. Das Tagebuch im Umfang von 70 Ordnern befindet sich mittlerweile im Bruno Kreisky Archiv. Die transkribierten Tagebüchern wurden im Verlauf der Jahre immer wieder durch Beilagen ergänzt, einige davon ständig: so ein Tagesprogramm, das den genauen Tagesablauf des Ministers verzeichnet und der vom

Bundespressdienst herausgegebene "Österreich-Bericht", eine Auswahl der wichtigsten Berichte und Analysen der heimischen Tagespresse über Politik, Wirtschaft und Kultur. Fallweise angeschlossen sind ergänzende Bemerkungen von Mitarbeitern aus Staribachers persönlichem Stab (z.B. Fritz Koppe, Otto Wanke u.a.), eine meist handschriftlich kommentierte Tagesordnung des wöchentlichen Ministerrates sowie - seltener - auch bedeutende Dokumente unterschiedlicher Natur (z.B. das sowjetische Aide Memoire zum EWG-Vertrag von 1972).

Inhaltlich befassen sich die Tagebücher mit dem beruflichen Alltag eines Handelsministers: wichtige Gespräche, Verhandlungen, Begegnungen und Kontakte des Ministers jeder Art, sowohl interne (Beamte, Spitzenbeamte, enge Vertraute), als auch mit externen Vertretern aus Verbänden, Interessensvertretungen der heimischen Wirtschaft, Botschaftern und Exponenten internationaler Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus werden angesprochene Probleme meist mit einer direkten Reaktion oder einer Anweisung an die Mitarbeiter Staribachers geschlossen. Zu den Aufgaben des Handelsministers gehörte nicht zuletzt auch der Kontakt zu österreichischen Unternehmen, oftmals im Rahmen der Verleihung des Staatswappens an herausragende Firmen. Diese Betriebsbesuche benutzte Staribacher, um in den Tagebüchern nicht selten ausführliche Darstellungen zum Zustand und der betrieblichen Entwicklung der Unternehmen niederzuschreiben.

Aufgrund der Position Staribachers in Regierung, Partei und Gewerkschaft handelt es sich ferner um politische Tagebücher im Sinne einer Wiedergabe aller bedeutenden politischen Diskussionen, auch solcher weniger bedeutenden Inhalts, in die Staribacher als politischer und gewerkschaftlicher Entscheidungsträger eingebunden war. Damit sind die Tagebücher auch über die reine Wirtschaftspolitik hinaus eine wichtige Quelle zur politischen Geschichte Österreichs in den 1970er Jahren. Bis jetzt wurde dieser Bestand von der Forschung nur wenig beachtet, was auch mit der eingeschränkten Benutzbarkeit zusammenhängt. Aus diesem Grund war die Digitalisierung dieses Bestandes ein zentrales Ziel des vorliegenden Projektes.

Dabei konnte auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden. Ein Teil der Tagebücher wurde bereits in den Jahren 1994-1996 gescannt und in eine Clarity Database eingespielt. Aufgrund der Änderung der verwendeten Formate und Hardware in den vergangenen zehn Jahren war eine Konvertierung oder Benutzung der vorhandenen Daten jedoch nicht mehr möglich. Als erster Schritt wurden daher die bestehenden Rohdaten, die als *.txt-Dateien vorhanden waren, in MS-Excel Format (*.xls) konvertiert, um eine Trennung in mehrere Felder zu erreichen. Diese Daten konnten in eine MS-Access-Datenbank implementiert werden, die

eine grobe Suchfunktion beinhaltete und die Daten für die ersten Recherchen im Rahmen des Projektes zugänglich machte.

Parallel wurden die restlichen, noch nicht elektronisch erfassten Tagebücher aufbereitet. Es handelte sich dabei um die Jahrgänge 1980-1983 im Umfang von 18 Ordnern. Diese Materialien wurden bereinigt, also von losen Blättern, handschriftlichen Notizen und Heftklammern befreit, kopiert und mittels Einzugsscanner digitalisiert. Die dadurch produzierten Bilddateien wurden mit Texterkennungssoftware in *.txt-Dateien umgewandelt und schließlich mit den bestehenden Daten vereinigt und in die Access-Datenbank implementiert. Damit umfasst die Datenbank rund 2700 Einträge.

Als nächster Schritt wurde die Benutzbarkeit der Rohdatenbank optimiert, indem neben den bereits durch die Digitalisierung entstandenen Feldern wie Datum, Seite, Band und Eintrags-Identifikationsnummer (ID) zusätzliche Suchfelder wie Themen und Bemerkungen eingefügt wurden. Bei jeder neuen Recherche in der Datenbank können dadurch die Einträge vervollständigt werden, was die Benutzbarkeit und den Wert der Datenbank immer weiter steigert.

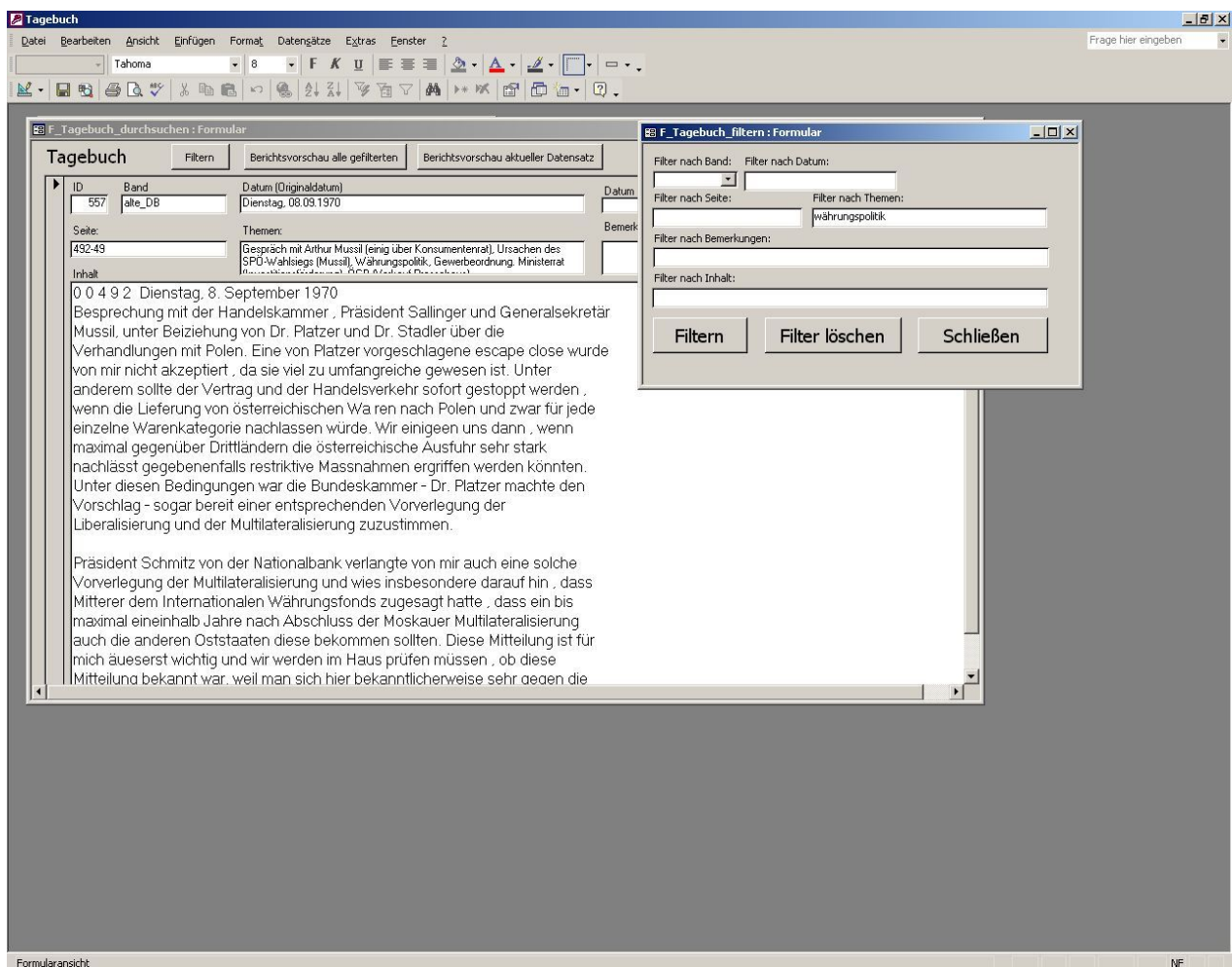


Abb. 1: Arbeitsfläche der MS-Access-Datenbank Josef Staribacher

Ein nächstes Ziel war die Implementierung einer Druckvorschau, um einzelne Tagebucheinträge, die im Original einen Umfang von 3-10 Seiten im Format DIN-A4 haben, sowohl am Bildschirm leicht lesbar anzuzeigen, als auch einen selektiven Ausdruck zu ermöglichen. So können kombinierte Suchabfragen, die eine Reihe von Treffern ergeben, leicht überblickt und schließlich ausgedruckt werden, was eine themenorientierte Recherche und eine optimierte Verwaltung der Rechercheergebnisse erleichtert.

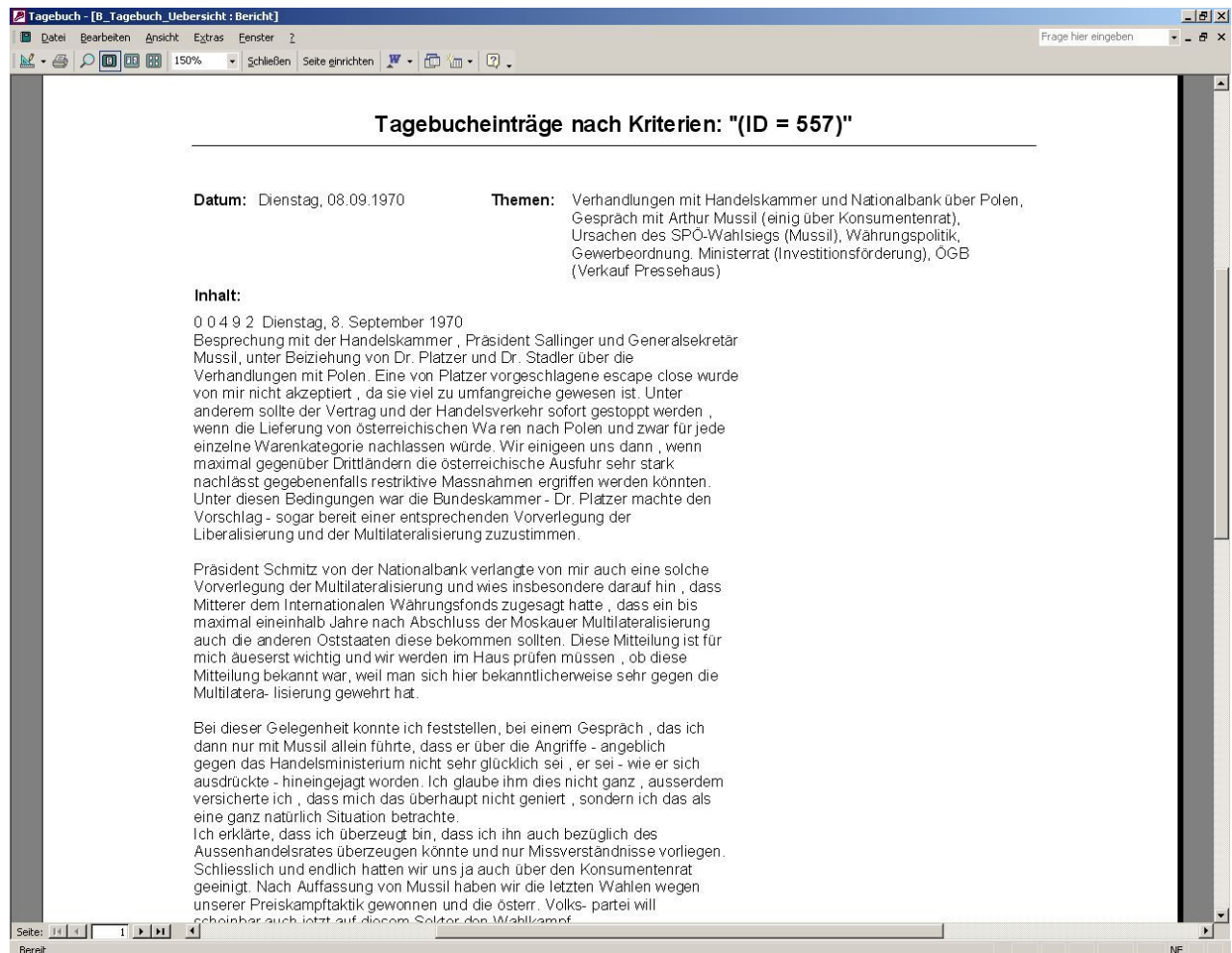


Abb. 2: Druckansicht eines einzelnen Tagebucheintrages

Die Datenbank mediale Berichterstattung über Wirtschaftspolitik

Zu Beginn der sechziger Jahre begann sich ein tiefgreifender Strukturwandel in der österreichischen Presselandschaft abzuzeichnen und die wirtschaftlichen Fundamente zahlreicher österreichischer Tageszeitungen erwiesen sich aufgrund eines Verdrängungswettbewerbs vor allem im Sektor der Boulevardblätter als brüchig: während die Auflage aller Boulevardblätter von 400.000 im Jahre 1960 auf 1,15 Mio. im Jahre 1968 stieg, gingen die Auflagen der Parteiblätter ständig zurück. Der erst 1959 mit Unterstützung Franz

Olahs wieder gegründeten "Kronen-Zeitung" gelang es innerhalb der nächsten zehn Jahre „Kurier“, der bis dahin führenden österreichischen Tageszeitung einzuholen und in der Folge von der Spitze zu verdrängen. Die siebziger Jahre waren einerseits geprägt von einem fortschreitenden Konzentrationsprozess im Bereich der Tagespresse, Auflagenrückgang und fortgesetztem Absterben der Parteipresse, zunächst jener der ÖVP, dann der SPÖ und einer Krise der Qualitätszeitungen (Einstellung des „Neuen Österreich“ 1967, finanzielle Dauerkrise der „Presse“). Hans Heinz Fabris sprach in diesem Zusammenhang Anfang der neunziger Jahre von einem „historischen Nachholprozeß“ und einer „Normalisierung“⁶⁴⁰.

Auf der anderen Seite signalisierten die Reform des ORF, die Gründung von unabhängigen Magazinen, wie des „Profil“ und des Wirtschaftsmagazins „trend“ auch eine Gegenbewegung zur Boulevardisierung, die auch in den achtziger Jahren anhielt. Die wichtigste Gründung im Bereich der Tagespresse war die Tageszeitung „Der Standard“. An allen drei Neugründungen, die zuletzt genannt wurden, war Oscar Bronner beteiligt. Kennzeichen und Folge sowohl des Endes der Parteipresse, wie auch des neuen Journalismus war ein gestiegenes Selbstbewusstsein im Journalismus, die auch eine Folge des stärkeren Gewichts der Massenmedien im politischen Meinungsbildungsprozess war, sowohl im positiven als auch negativen Sinne. Die steigende Bedeutung der Medien wurde einerseits begünstigt durch eine offenere Informationspolitik des „Journalistenkanzlers“ Bruno Kreisky, zum anderen korrelierte damit ein wachsendes Sensorium und gestiegenes Selbstbewusstsein des neuen Journalismus von notwendiger Kontrollfunktion der Medien für den demokratischen Meinungsbildungsprozess, die für viele Angehörige der damaligen politischen Elite noch ungewohnt war. Der Aufdeckung und Berichterstattung politischer Affären und wirtschaftlicher Skandale – vom AKH-Skandal bis zu Noricum- und VOEST-Intertrading⁶⁴¹ entsprach auch ein wachsender Trend zur Personalisierung in der Berichterstattung. Besonders am Beispiel der Zeitschrift „Profil“ zeigt sich, dass die Berichterstattung über wirtschaftliche Themen auch wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg eines Mediums beitragen kann. Peter Michael Lingens nannte im Rückblick die besonders durch Alfred Worm betriebene Aufdeckung undurchsichtiger Wirtschaftstransaktionen „das Markenzeichen“ seines Blattes⁶⁴². Durch die wachsende Bedeutung wirtschaftlicher Themen in Zeitschriften, wie dem „profil“ und anderen Wirtschaftszeitschriften⁶⁴³ sowie im ORF (in

⁶⁴⁰ Hans Heinz Fabris, Der verspätete Aufstieg des Journalismus in der Zweiten Republik, In: H.H. Fabris/Fritz Hausjell (Hg.), Die Vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991, S.13.

⁶⁴¹ Bedeutende wirtschaftliche Ereignisse und Affären fanden immer wieder auch in Sachbüchern Niederschlag, deren Autoren oft Journalisten aus den vorerwähnten Zeitschriften waren.

⁶⁴² Peter Michael Lingens, Was hat profil in zehn Jahren erreicht?, in profil extra, 30.9.1980

⁶⁴³ Zu den Neugründungen, die durchwegs liberal-marktwirtschaftlich orientiert waren, zählen insbesondere „trend“, „ecco“ oder „Gewinn“, die teilweise traditionelle Titel, wie z.B. den

beiden Medien etablierten sich seit den siebziger Jahren eigene Wirtschaftsredaktionen), stieg im Laufe der Jahre die journalistische Kompetenz und ein größeres personelles Reservoir an Journalisten wuchs heran⁶⁴⁴. Dazu kam, dass sowohl die gleichzeitig zunehmende außenwirtschaftliche Integration Österreichs in den europäischen Markt, als auch das ständig steigende Wohlstandsniveau einen wachsenden Bedarf an wirtschaftlicher Orientierung und Marktkenntnissen nach sich zog. Mit der Gründung des „Standard“, die im November 1988 bereits in die Phase der Vorbereitung Österreichs auf den Beitritt zur Europäischen Union fällt, wurde qualitätsorientierter Wirtschaftsjournalismus dann auch in der heimischen Tagespresse verankert. „Die Presse“, die aufgrund ihrer bisherigen Eigentumsverhältnisse stets eine Nähe zur Bundeswirtschaftskammer aufwies, mußte darauf reagieren, wollte sie dem neuen Blatt in einem wichtigen journalistischen Feld, das auch für das Werbeumfeld von großer Bedeutung war, Paroli bieten. Die Qualität der medialen Wirtschaftsberichterstattung in Österreich hat insbesondere von diesem Wettbewerb im Bereich der Qualitätsmedien (zu denen auch der ORF zu rechnen ist) unstrittig profitiert.

Die mediale Berichterstattung über wirtschaftliche Vorgänge in österreichischen Massenmedien stellen so eine wichtige ergänzende Informationsquelle zu den Primärquellen dar, die einerseits aufgrund ihrer Informationsfülle und oft schwierigen Zugänglichkeit von der wissenschaftlichen Forschung bisher viel zu selten genutzt werden. Generell überrascht es, über welche Details auf wirtschaftspolitischem Gebiet Journalisten der heimischen Tages- und Wochenblätter Kenntnis hatten, sodass die Berichterstattung der Medien in vielen Fällen als den Primärinformationen komplementäre Quelle angesehen werden kann.

Da die Stiftung Bruno Kreisky Archiv teilweise selbst über derartige Bestände verfügt, schien es reizvoll, den Versuch zu unternehmen, die eigenen Aktenbestände im Bereich Wirtschaftspolitik durch den Aufbau einer Datenbank in diesem Bereich zu ergänzen. Ein solcher Versuch erschien auch im Lichte dessen sinnvoll, weil der Fortbestand von Presse- und Mediendokumentationen in vielen Fällen gerade in den letzten zehn Jahren aus verschiedenen Gründen gefährdet zu sein scheint oder solche Bestände der öffentlichen Benützung gänzlich entzogen wurden. Dokumentarische Sammlungen von Parteien und Interessensverbänden zu wirtschaftsrelevanten Themen sind der Öffentlichkeit und wissenschaftlichen Forschung oft nicht oder nur eingeschränkt zugänglich. Auch

„österreichischen Volkswirt“, dessen Wurzeln in die 1. Republik zurückreichen oder „Berichte und Informationen“, eine 1946 gegründete Zeitschrift mit national-konservativer Ausrichtung.

⁶⁴⁴ Daneben fanden auch weiterhin Fachpublikationen, wie die von Horst Knapp redigierten „Finanznachrichten“ oder interessensgebundene Zeitschriften, wie „Die Industrie“ (Hg. VÖI), „Wirtschaftspolitische Blätter“, Internationale Wirtschaft (beide von der Bundeswirtschaftskammer herausgegeben), „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Hg. Arbeiterkammer), „Arbeit und Wirtschaft“ (Hg. ÖGB) oder „Die Gemeinwirtschaft“ weiterhin ein begrenztes Publikum.

retrospektive online-Recherchen in Tageszeitungsarchiven sind in der Regel kostenpflichtig. Dies gilt vice versa, trotz begrenzten online-Zugriffs auch für massenmediale Archivangebote, wie Pressearchive oder die audiovisuellen Bestände des ORF.

Ausnahmen bilden die online-Ausgabe der 1989 eingestellten „Arbeiter-Zeitung“, die für den gesamten Zeitraum kostenlos zur Verfügung steht (url: www.arbeiter-zeitung.at). Die „Arbeiter-Zeitung“ ist auch durch eine umfangreiche Personen-, Sach-, Länder und Autorenkartei erschließbar, die sich im Studienzentrum „Vorwärts“ befindet und eine wichtige ergänzende Hilfe zur raschen Recherche darstellt. Auch Recherchen in dem Schnitearchiv des bis 1991 erschienenen KPÖ-Zentralorgans „Volksstimme“, das Ausschnitte aller in Österreich erschienenen Publikationen enthält, können überaus nützliche Informationen zutage fördern. Das Zeitungsarchiv des trend-profil-Verlages wurde im Zuge der Eingliederung in den Mediaprint-Konzern zunächst dem Redaktionsarchiv des „Kurier“ angegliedert und übersiedelte von dort aber, wie eigene Nachforschungen ergaben, schließlich an das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, wo es sich auch heute befindet. Ein ähnliches Schicksal erlebte das Archiv des bereits 1967 eingestellten „Neuen Österreich“, das sich heute am Institut für Zeitgeschichte an der Johannes Kepler Universität Linz befindet. Alle drei zuletzt genannten ehemaligen Zeitungsarchive werden von der historischen Forschung nur sehr selten genutzt⁶⁴⁵.

Die im Historischen Archiv des ORF archivierten Sendungen des aktuellen Dienstes weisen, wie Nachfragen ergaben, selbst für siebziger Jahre Lücken auf und sind überdies für den „normalen“ Benutzer nicht oder nur unter großem finanziellen Aufwand zugänglich, da der ORF relativ hohe Recherche- und Kopiergebühren verrechnet⁶⁴⁶. Die österreichische Mediathek hat allerdings in den letzten Jahren begonnen, die ORF-Hörfunkjournal-Sendungen ab dem Jahre 1967 im Rahmen von zwei Projekten dokumentarisch zu erfassen; diese umfangreiche Dokumentation, gestützt auf die Regiebücher der Journalredaktion, steht auch Mediathek-Besuchern gegen eine geringe Benützungsg Gebühr zur Verfügung⁶⁴⁷. Es ist in diesem Zusammenhang auf den umfangreichen Vorwärts-Bestand aus der SPÖ-Medienbeobachtungsstelle zu verweisen, der alle aktuellen politischen Sendungen des ORF

⁶⁴⁵ Das Schicksal anderer heimischer Zeitungsarchive nicht existenter Blätter, wie z.B. jenes des „Express“, der „Südost-Tagespost“ oder die der meisten regionalen Parteiblätter sind ungeklärt und müssen wohl überwiegend als verloren gelten.

⁶⁴⁶ Im Laufe dieses Projekts wurden wir im Historischen Archiv wegen Benützung bzw. Überlassung einer vierteiligen Interviewserie zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte 1945-1990 vorstellig. Nach mehreren Anfragen wurden uns die Kosten für die Überlassung einer unvollständigen Kopie dieser Sendereihe mit über € 1.000 angegeben.

⁶⁴⁷ Die Stiftung Bruno Kreisky Archiv verfügt selbst über größere audiovisuelle Dokumente (vorwiegend Aufzeichnungen von ORF-Sendungen) aus den Regierungsjahren Bruno Kreiskys und Franz Vranitzkys, die aber derzeit weder vollständig noch in digitaler Form zugänglich sind.

(Nachrichten, Hörfunk-Journale, Zeit im Bild, ORF-Pressestunde) in Form von Kurzfassungen wesentlicher Aussagen seit 1970 erfasst. Die Stiftung Bruno Kreisky Archiv verfügt zudem über größere Bestände an Mitschnitten politisch zentraler ORF-Sendungen, sowohl aus der Regierungsperiode Bruno Kreiskys als auch Franz Vranitzkys, die allerdings noch nicht verzeichnet und systematisch ausgewertet sind.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass sowohl die Arbeiterkammer Wien wie auch die Bundeswirtschaftskammer ihre damit befassten Dokumentationsabteilungen in den letzten Jahren aus Ersparnisgründen geschlossen haben. Während die Bestände der ehemaligen Sozialwissenschaftlichen Dokumentation der Arbeiterkammer Wien nach ihrer Auflösung an die Wienbibliothek abgegeben wurde und der Forschung daher weiterhin prinzipiell zugänglich ist, sind die parallelen Bestände der Bundeswirtschaftskammer wohl erhalten, aber nicht zugänglich und ihr weiteres Schicksal ungeklärt.

Die sehr bedeutende Zeitungsausschnitte-Sammlung des Bundespressedienstes für den Zeitraum 1945-1990, die mehr als 1150 Kartons umfasst, befindet sich im Archiv der Republik. Es enthält eine umfangreiche Materiensammlung und eine kleinere Personensammlung und wurde für dieses Projekt teilweise benützt. Die Print-Ausgabe des seit 1950 vom Bundespressedienst herausgegebenen so genannten „Österreich-Berichts“, der eine tägliche Auswahl der Inlandsmeldungen aus heimischen Tageszeitungen brachte⁶⁴⁸, wurde hingegen mit dem Jahre 1996 eingestellt. Er stellt, da seit 1953 auch durch einen Sach- und Personenindex erschlossen, eine gute, rasch zugängliche Quelle für Zeithistoriker auf den Gebieten Politik, Wirtschaft, Kultur und Massenmedien dar und ist leider nur wenigen Historikern bekannt ist. Als eine der wenigen österreichischen Forschungsinstitute verfügt das Bruno Kreisky Archiv über eine umfassende Sammlung dieser Quelle von den 1950er bis 1990er Jahren.

Die dokumentarische Datenbank zur Wirtschaftspolitik, die im Rahmen dieses Projekts konzipiert und erstellt wurde, ist sowohl zur Verzeichnung und Beschreibung von Medienberichten aus Zeitungen, Zeitschriften und audiovisuellen Dokumenten, als auch zur Erfassung von Sekundärliteratur sowie prinzipiell auch zur Verzeichnung archivalischer Dokumente jeder Art geeignet. Im Rahmen dieses Projekts wurden bisher zwar ausschließlich Zeitungsartikel zu wirtschaftspolitischen Themen erfasst, doch ist die ACCESS-Datenbank thematisch nach jeder Richtung hin erweiterbar. Maßgebliche Kriterien

⁶⁴⁸ Besonders häufig berücksichtigt wurde hierbei die Wiener Zeitung sowie das Hauptparteiblatt der jeweiligen Regierungspartei, - bis 1970 also Wiener Tageszeitung und Keines Volksblatt, danach die Arbeiter-Zeitung, ferner wirtschaftspolitische Blätter, wie Die Industrie, der österreichische Volkswirt, Die Wirtschaft, Internationale Wirtschaft, Ost und West, österreichische und internationale Qualitätsblätter (z.B. FAZ, NZZ), später auch Profil und trend (letztere aufgrund des beschränkten Raumes aber nur selten).

bei der Konzeption der Erfassungsmaske waren rasche, einfache Eingabe, einfache Ein- und Mehrfeldersuche und thematische Offenheit für künftige Projekte.

Die Datenbank enthält folgende Eingabefelder: Autor (Verfasser des Artikel, des Dokuments oder Artikels/Buchs), Titel (des Artikels/Dokuments oder der Publikation), Quelle (Archiv, größere Publikation), Originalquelle (Titel des Periodikums, Box Nr. (bei Dokumenten), Seite (Seitenangabe Zeitung, Buch, bei Archivalien ev. Folio), Erscheinungsort, Jahr (Erscheinungsjahr Artikel/Buch/Datum Archivalie), Datum (TMJ des Artikels), Quelle vorhanden (wenn Feld markiert: Original oder Kopie im Bruno Kreisky Archiv vorhanden), Schlagworte (sowohl personen- als auch sachbezogene Schlagworte möglich), Schlagwort hinzufügen/entfernen (Hinzufügen neuer oder Löschen von bestehender Schlagworte jederzeit möglich), Inhalt (dient der detaillierten Beschreibung des Artikels). Die Datenbank ermöglicht eine Abfrage der vorhandenen Datensätze sowohl nach einem Merkmal, als auch eine gezielte Suche durch Festlegung bestimmter Merkmale, wie z.B. Schlagwort und Datum. Man erhält dadurch beispielsweise alle Artikel verschiedener Herkunft (z.B. Archiv, Zeitung, AV-Quelle) zu dem ausgewählten Schlagwort innerhalb eines Jahres oder kleineren Zeitraums (z.B. 1.Quartal 1974). Die Suche kann auch durch Eingabe mehrerer Schlagworte ausgedehnt bzw. eingegrenzt werden. Abfragen nach den Merkmalen Jahr, Datum, Schlagwort, Originalquelle können durch einfache Auswahl aus den vorhandenen Schlagworten, Quellen usw. mit Hilfe eines pull-down-Menüs beschleunigt durchgeführt werden. Selbstverständlich können vorhandene Datensätze nachträglich inhaltlich detaillierter beschrieben oder genauer verschlagwortet werden.

Eingabe und Abfrage haben sich in jeder Hinsicht als praktikabel und einfach handhabbar erwiesen. Es besteht die Möglichkeit, ausgewählte Datensätze entweder am Bildschirm zu benützen oder als Ausdruck in Papierform zu benützen, wobei folgende Auswahlmöglichkeiten bestehen: Ausgabe jedes einzelnen Datensatzes, ausgewählte Datensätze in Listenform sowohl ohne als auch mit den entsprechenden Kurzregesten (mehr oder weniger ausführliche Inhaltsangabe des Artikels). Im Rahmen des Projekts wurden bisher mehr als 7.400 Zeitung- und Zeitschriftenartikel in der Datenbank erfasst und unter Verwendung von rd. 200 Schlagwörtern (Personen, Institutionen, Materien, Länder und Regionen) beschrieben. Ausgewertet wurden folgende Publikationen und Quellen: Österreich-Bericht, Profil 1970-1994, Trend 1972-1986, Wochenpresse (einzelne Jahrgänge), Zeitungsausschnittarchiv des Bundespressdienstes im Archiv der Republik (personen- und sachbezogene Boxen), Arbeiter-Zeitung online-Ausgabe, Die Industrie, Der Spiegel sowie Zeitungsausschnittebestände der Stiftung Bruno Kreisky-Archiv. Die erfassten

Bestände wurden, neben anderen Quellen, auch als für die einzelnen Kapitel dieses Endberichts herangezogen.

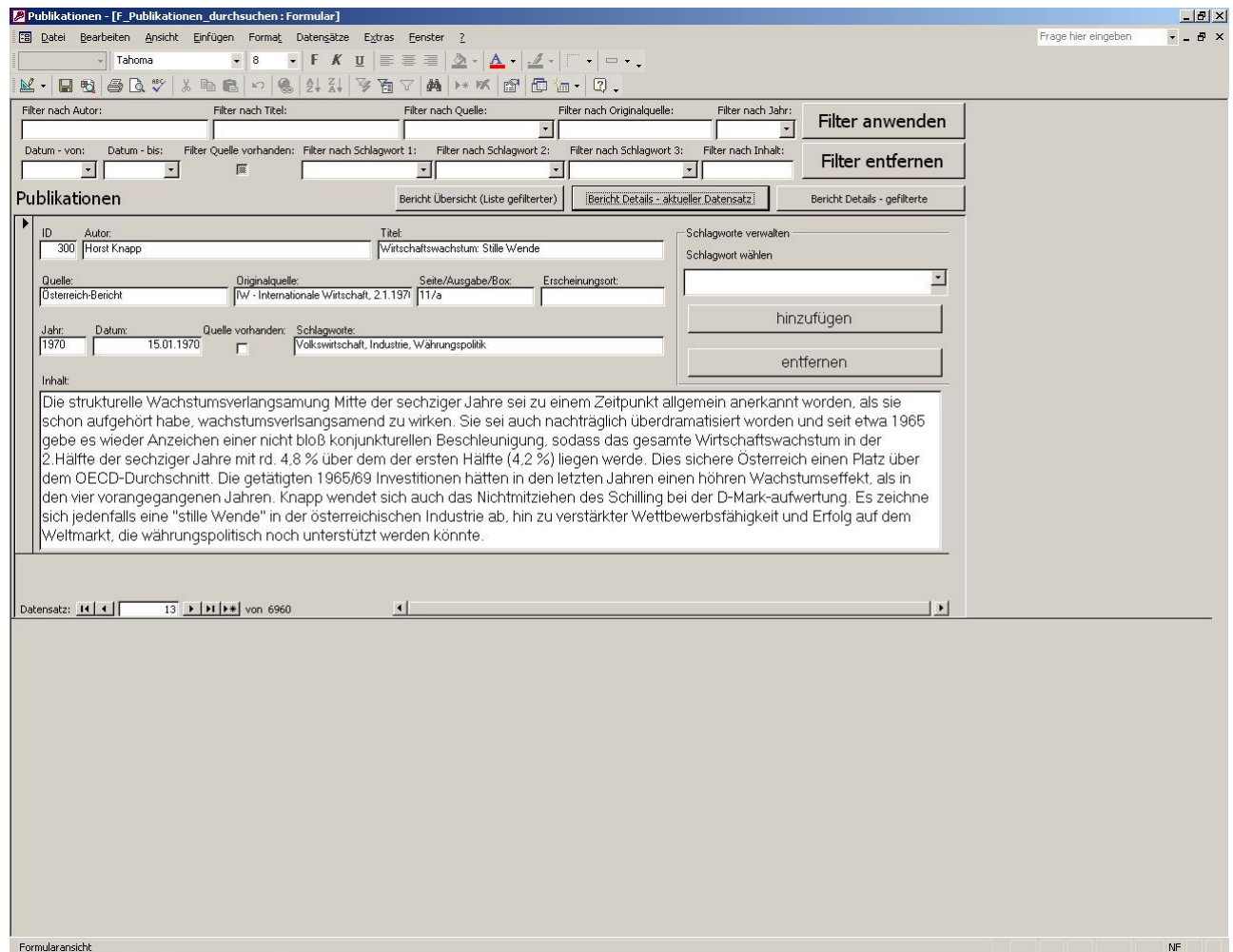


Abb. 3: Arbeitsfläche der Artikeldatenbank

Interviews

Seit Beginn des Projektes wurden Interviews mit zentralen handelnden Personen der österreichischen Wirtschaftspolitik und -forschung durchgeführt, um Datenmaterial als zweites Standbein der Recherche zu erhalten. Seit Beginn 2006 wurden, teilweise in mehreren Sitzungen, insgesamt folgende 10 Personen interviewt:

Heinz Kienzl

Ernst Eugen Veselsky

Ferdinand Lacina

Hans Seidel

Oskar Grünwald

Josef Staribacher

Franz Vranitzky

Johannes Dietz
Herbert Buchinger
Hannes Androsch

Die entstandenen Aufnahmen wurden selektiv transkribiert. Um auch hier eine langfristige Archivierung und Benutzbarkeit des Materials sicherzustellen, wurden die Tonaufnahmen allerdings ebenfalls digitalisiert. Dabei kam ausschließlich Open Source Software zum Einsatz. Wegen der einfachen Benutzbarkeit und der Fähigkeit, mit großen Datenmengen, wie sie bei der Digitalisierung von mehrstündigen Interviews, umzugehen, kam der von FridgeSoft entwickelte HardDiskOgg Sound Recorder zum Einsatz, der neben den weithin üblichen *.mp3-Dateien auch lizenzfreie Dateiformate wie OggVorbis unterstützt.

Durch die digitale Erfassung aller Rechercheergebnisse des Projektes und der mehrfachen Sicherung der Daten wie auch durch den Einsatz eines nachvollziehbaren Dateimanagements ist die Verfügbarkeit der Forschungsergebnisse und der entstandenen Quellen auch in Zukunft gesichert. Eines der Projektergebnisse ist damit die Schaffung eines neuen Archivteilbereiches in der Form eines elektronischen Archivs, das die vorhandenen Archivbestände ergänzt. Alle im Rahmen des Projektes gesichteten Bestände wurden, soweit nötig, neu verzeichnet. Diese Verzeichnisse wurden mit den geschaffenen Datenbanken und den digitalisierten Interviewdaten (Audiodateien und Transkriptionen) vereinigt und werden jetzt getrennt digital aufbewahrt, wodurch der wirtschaftshistorische Bestand des Bruno Kreisky Archivs nicht nur massiv aufgewertet und erweitert wurde, sondern für die Forschung auch ungleich leichter zu benutzen ist.

Abkürzungsverzeichnis

BJA	Stiftung Bruno Kreisky Archiv
BÜRGES	Bürgschaftsfondgesellschaft der Kleingewerbekreditaktion
ERP	European Recovery Program, „Marshall-Plan“
EVA	Energieverwertungsagentur
FGG	Finanzierungsgarantiefesellschaft
GKT	Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GesmbH
IEA	Internationale Energieagentur
IEP	International Energy Program Agreement
RAG	Rohölgewinnungsaktiefesellschaft
VEW	Vereinigte Edelftahlwerke
VMW	Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Bibliographie

Hanns Abele/Heinrich Otruba, Einführung in die Wirtschaftspolitik mit besonderer Berücksichtigung österreichischer Institutionen, Wien 1988.

Karl Aiginger, Verstaatlichte Industrie zwischen Beschäftigungspolitik und Wirtschaftlichkeit, Wien 1986.

Karl Aiginger, Industriepolitik, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1991, 513–525 .

Karl Aiginger, Von der Mitte aus, auf dem Weg nach vorne, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 268–278.

Karl Aiginger, Privatisierung in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996.

Thomas Siegfried Aistleitner, Die Privatisierungsdiskussion in Österreich am Beispiel der österreichischen Postsparkasse, Diplomarbeit, Universität Wien 2001.

Georg Albrecht, Die österreichische Wechselkurspolitik. Rückblick und Ausblick, in: Herbert Cordt/Beppo Mauhart (Hg.), Zurück in die Zukunft, Wien 1988, 117–134.

Hannes Androsch, Die politische Ökonomie der österreichischen Währung. Ein Überblick über die österreichische Währungspolitik von 1760 bis 1984 vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung, Wien 1985.

Hannes Androsch, Zwei Jahrzehnte wechselvoller Verbundenheit, in: Werner Clement/Karl Socher (Hg.), Stephan Koren 1919–1988. Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich, Wien 1989, 183–205.

Hannes Androsch, Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945–2005, Innsbruck 2005.

Sven Arndt, The Political Economy of Austria, Washington 1982.

Günther Aschenbrenner, Träger der Wirtschaftspolitik in Österreich, Diplomarbeit, Universität Wien 1980.

Rosemarie Atzenhofer, Die Österreichische MineralölverwaltungsAG zwischen nationalen Aufgaben und internationalen Interessen, in: Inge Morawetz/Margit Scherb (Hg.), Stahl und Eisen. Industrie und staatliche Politik in Österreich, Wien 1986, 133–150.

Karl Aussch, Erlebte Wirtschaftsgeschichte. Österreichs Wirtschaft seit 1945, Wien 1963.

Karl Aussch, Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders, Wien 1965.

Karl Bachinger/Felix Butschek/Herbert Matis/Dieter Stiefel, Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz–Wien–Köln 2001.

Karl Bachinger/Herbert Matis, Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung, Graz–Wien–Köln 1974.

Christoph Badelt/Werner Clement (Hg.), Aphorismen für den sozioökonomischen Fortschritt. Gewidmet Werner Clement zum 60. Geburtstag, Frankfurt 2001.

Franz Baltzarek (Hg.), Von der Theorie zur Wirtschaftspolitik - ein österreichischer Weg. Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich W. Streißler, Stuttgart 1988.

Ronald Barazon, Die unerwarteten Früchte der Ölkrise, in: Der österreichische Volkswirt 3/1974.

Margit Bamberger, Vom Arbeitsamt zur AMS GmbH - die Entstehung der österreichischen Arbeitsämter im Spannungsfeld zwischen Organisationszwang und humanitären Ansprüchen, Diplomarbeit Universität Linz 2001.

Martin Bartenstein, Die verstaatlichte Industrie: "Die unendliche Geschichte", in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, 575–597.

Ludwig Bauer, Die Zukunft der Erdölversorgung, in: Gemeinwirtschaft 1/1975.

Kurt Bayer, General Motors in Aspern: Grundstein einer neuen österreichischen Industriepolitik, in: Hanns Abele/Ewald Nowotny/Stefan Schleicher/Georg Winckler (Hg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1982, 427–440.

Kurt Bayer, Der neue Rahmen für Österreichs Wirtschaftspolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Wien 2001.

Elisabeth Beer/Brigitte Ederer, Industriepolitik der österreichischen Banken, in: Wirtschaft und Gesellschaft 3/1987, 353–370.

Dieter Benko, Das Wettbewerbsrecht der öffentlichen Unternehmen in Österreich im Falle eines EG-Beitritts. Unter besonderer Berücksichtigung der Post- und Telegraphenverwaltung, des ÖIAG-Konzerns, der Elektrizitätswirtschaft und der Staatsmonopole, Diplomarbeit Universität Innsbruck 1992.

Gudrun Biffel, Jugendliche - Berufsqualifikation und Arbeitsmarkt, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 370–381.

Gudrun Biffel, Arbeitsmarktpolitik in Österreich, in: Hanns Abele/Ewald Nowotny/Stefan Schleicher/Georg Winckler (Hg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1982, 333–346.

Gudrun Biffel, Der Strukturwandel der Ausländerbeschäftigung in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 57/1984, 649–664.

Wolfgang Blaas/Edith Kitzmantel/Peter Mooslechner, Der Beitrag von Finanzgeschehen und Bankenverhalten zu Krisenursachen und Krisenwirkungen, in: Rudolf Burger et al. (Hg.), Verarbeitungsmechanismen der Krise, Wien 1988, 171–189.

David Brenner, Österreichs Arbeitsmarktpolitik. Ein Portrait unter besonderer Berücksichtigung des Wandels der Arbeitsmarktverwaltung, Diplomarbeit Universität Salzburg 1999.

Nevenka Bolcevic, Privatisierung in Österreich 1990 bis 2000, Diplomarbeit Universität Wien 2004.

Fritz Breuss, Die Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf die österreichische Marktanteilsentwicklung in den USA, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz (1972–1975), in: Wirtschaftspolitische Blätter 3/1976, 45–62.

Fritz Breuss, Komponenten des Beschäftigungswachstums, in: WIFO-Monatsberichte 7/1979, 345ff.

Fritz Breuss, Die Konjunktur 1979 im Schatten der zweiten Erdölkrise, in: Wirtschaftspolitische Blätter 4/1979, 5–15.

Fritz Breuss, Österreichs Außenwirtschaft 1945–1982, Wien 1983.

Fritz Breuss, Herausforderungen für die österreichische Wirtschaftspolitik und die Sozialpartnerschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion, Wien 1993.

Fritz Breuss/Jan Stankovski, Die österreichische Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, 371–399.

Fritz Breuss/Ewald Walterskirchen, Wirkungen des Beschäftigungsprogramms, in: WIFO-Monatsberichte, 3/1982, 137–142.

Peter Bruck/Andrea Mulerinin, Digitales Österreich, Innsbruck 1995.

Ernst Bruckmüller, Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Regionen, Betriebe, Menschen, Wien 2004.

Alois Brusatti, Wirtschaft, in: Kurt Skanlik/Erika Weinzierl (Hg.), Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Wien–Graz–Köln 1975, 171–201.

Felix Butschek, Das kleine Reich der Weltanschauung - demonstriert am Strukturproblem, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), Wien 1979, 133–144.

Felix Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, 427–447.

Felix Butschek, The Economic Structure, in: Kurt Steiner (Hg.), Modern Austria, Palo Alto 1981, 141–154.

Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1985.

Felix Butschek, Stille Arbeitslose - Arbeitsmarktstrukturen und politische Stabilität, in: Kurt W. Rothschild/Gunther Tichy (Hg.), Arbeitslosigkeit und Arbeitsangebot in Österreich, Wien–New York 1987, 195–228.

Felix Butschek, Der Arbeitsmarkt in der Zeit der großen Koalition, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, 137–155.

Felix Butschek, Steigende Arbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur - Problemfall Arbeitsmarktverwaltung? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, 537–550.

Felix Butschek, Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart, Wien 2004.

Felix Butschek, Vollbeschäftigung in der Krise - der österreichische Arbeitsmarkt 1975–1990, Wien 1990.

Günther Chaloupek, Keynesianischer Grundkonsens in der Sozialpartnerschaft? In: Hannes Wimmer (Hg.), Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft in Österreich, Wien 1984, 21–27.

Günther Chaloupek, Längerfristige Wirtschaftspolitik im Rahmen der Sozialpartnerschaft. Ein kritischer Rückblick aus Anlaß des 20-jährigen Bestehens des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, in: Wirtschaft und Gesellschaft 4/1983, 503–514.

Günther Chaloupek, Planung im Wachstumszyklus, in: Wirtschaft und Gesellschaft 2/1982, 225–233.

Günther Chaloupek, Reasons, Range and Modes of Privatization in Austria, in: Josef Pöschl (Hg.), Privatization in Eastern Europe, Wien 1990, 65–68.

Günther Chaloupek, Sozialpartnerschaft in der Zeit des Übergangs, in: Peter Gerlich/ Edgar Grande/Wolfgang C. Müller (Hg.), Sozialpartnerschaft in der Krise, Wien 1985, 331–347.

Günther Chaloupek, Wirtschaftspolitik im Zeichen der Wende? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, 247–257.

Reinhold Christian, Energie in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1984, 307–348.

Werner Clement (Hg.), Die Internationalisierung der österreichischen Industrie. Eine erste Standortbestimmung, Wien 1990.

Werner Clement, Internationalisierungsstrategien österreichischer Unternehmen, Wien (=IW-Schriftenreihe, Bd.2), Wien 1989.

Werner Clement/Karl Socher (Hg.), Stephan Koren 1919–1988. Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich, Wien 1989.

Werner Clement/Karl Socher (Hg.), Empirische Wirtschaftsforschung und monetäre Ökonomik. Festschrift für Stephan Koren zum 60. Geburtstag, Berlin 1979.

Werner Clement, Strukturbrüche und Desorientierung der Wirtschaftspolitik, in: Wilfried Altzinger (Hg.), Öffentliche Wirtschaft, Geld- und Finanzpolitik, Wien 2004.

Herbert Dachs, Von der 'Sanierungspartnerschaft' zur konfliktbeladenen Unübersichtlichkeit. Über politische Entwicklungen und Verschiebungen während der Großen Koalition 1986 bis 1994, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 290–303.

Claudia Desch, Privatisierungen am Sektor der verstaatlichten Industrie als Instrument einer liberalen österreichischen Wirtschaftspolitik. Eine Analyse von 1945 bis 2001, Diplomarbeit Universität Salzburg 2001.

Verena Dietrich, Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der OECD für Österreich 1970–1992, Diplomarbeit Universität Innsbruck 1992.

Raimund Dietz/Werner Varga, Strukturwandel im österreichischen Osthandel, Wien 1981.

Nikolaus Dimmel (Hg.), Politische Kultur in Österreich 2000–2005, Wien 2005.

Friedrich Diringer, Der österreichische Osthandel von 1918 bis 1980, Diplomarbeit Universität Wien 1982.

Erwin Dirnberger, Die Strukturkrise der österreichischen Wirtschaft in den sechziger Jahren und die Reaktion der Wirtschaftspolitik, Dissertation Universität Linz 1994.

Rupert Dollinger, Neue Entwicklungen im System der Sozialpartnerschaft 1970–1980, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, 293–306.

Helmut Dorn, Wechselkurspolitik ohne feste Spielregeln: Österreichs Hartwährungspolitik 1971–1979, in: Wirtschaftspolitische Blätter 6/1979.

Helmut Dorn, Über die Grenzen und Entwicklung der Staatsverschuldung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, 239–258.

Manfred Drennig, Österreichs Verstaatlichte Industrie vor neuen Aufgaben, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1977, 329–352.

Manfred Drennig, Verstaatlichte Industrie: Am Ende der Krise oder am Ende der Illusionen? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, 287–296.

Wolfgang Duchaczek/Roman Schremser, Finanzdienstleistungsplatz Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, 519–541.

Hans Eder, Die Politik der Ära Kreisky, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 187–199.

Brigitte Ederer/Wilhelmine Goldmann, Der Auslandsanteil in der österreichischen Wirtschaft, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1984, 363–374.

Rudolf Edlinger, Der österreichische Weg bis hin zur gemeinsamen Währung, in: Klaus Liebscher (Hg.), Vom Schilling zum Euro. Festschrift für Adolf Wala zum 65. Geburtstag, Wien 2002, 21–31.

Christian Eichbauer, Stabilisierungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Österreich seit 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Austrokeynesianismus, Diplomarbeit Universität Linz 1990.

Klaus Ender, Entwicklung, Probleme und Zukunftsaussichten der Wirtschaft Österreichs nach der Erdölkrise, Diplomarbeit Universität Wien 1977.

Andreas Ertl, Der Koren-Plan, Diplomarbeit Universität Wien 1991.

Gerhard Ettlinger, Öffentliche Unternehmen als Instrument der Wirtschaftspolitik unter spezieller Berücksichtigung der österreichischen Bundesbahnen, Diplomarbeit Universität Wien 1990.

Johannes Fahrleitner/Alfred Klose, Die Rolle der Verbände in der Politik 1970–1976, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1977, 271–291.

Gerda Falkner, Österreich und die Europäische Einigung, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 331–340.

Rudolf Fantl, Der Einfluß der Währungs- und Erdölkrise auf die Konjunktorentwicklung Österreichs, Diplomarbeit Universität Wien 1975.

Theodor Faulhaber, Die Rolle der Vereinigung Österreichischer Industrieller in der Sozialpartnerschaft, in: Hannes Wimmer (Hg.), Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft in Österreich, Wien 1984, 41–44.

Christian Festa/Inge Görner, Die sozialistische Wirtschaftspolitik 1979–1982. Wirtschaftliche und ideologische Fragen, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, 485–500.

Christian Festa, Stabilitätsorientierte oder außenwirtschaftsorientierte Währungspolitik, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), Wien 1979, 169–177.

Harald Fidler/Andreas Merkle, Sendepause. Medien und Medienpolitik in Österreich, Oberwart 1999.

Marina Fischer-Kowalski, Sozialer Wandel in den 1970er Jahren, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 212.

Franz Fischler, Erinnerungen, Wien 2006.

Dominik Flatscher, Der Einfluss der Interessenverbände auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Erklärt am Beispiel der Pensionsreform 2003/2004, Diplomarbeit Universität Innsbruck 2004.

Wilhelm Frank, Die Energiesituation Österreichs, in: Landtechnisches Kolloquium, Wien 1975, 47–57.

Erwin Frasl/René Alfons Haiden/Josef Taus, Österreichs Kreditwirtschaft. Von der Reichsmark über den Schilling zum Euro, Wien–Graz 2007.

Bruno Fritsch, Entwicklung in Schlüsselbereichen der Weltwirtschaft seit 1945. Rückblick und Ausblick, in Österreichisches Jahrbuch für internationale Politik, Wien–Graz–Köln 1985, 166ff.

Stefan Fuchs, Die österreichische Hartwährungspolitik. Versuch einer theoretischen und empirischen Analyse (1971–1981), Diplomarbeit Wien 1988.

Walter Fuchs (Hg.), Wirtschaftsstandort Österreich - Von der Theorie zur Praxis. Festschrift zum 60. Geburtstag von Sektionsleiter Univ. Doz. Dr. Heinz Handler, Wien 2001.

Werner Gatty et al. (Hg.), Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983, Innsbruck–Wien 1997.

Manfred Gabriel, Sozialpartnerschaft. Historische Wurzeln, ökonomische Auswirkungen und zukünftige Rolle, Dissertation Universität Linz, 1997.

Norbert Geldner, Entwicklung der Arbeitsplätze in der Industrie 1980 bis 1983. Regionale Aspekte der Rezession, in: WIFO-Monatsberichte 7/1984, 408–416.

Michael Gehler, Kontinuität und Wandel. Fakten und Überlegungen zu einer politischen Geschichte Österreichs von den Sechzigern zu den Neunzigern (1. Teil), in: Geschichte und Gegenwart, 4/1995.

Bernd Genser/Robert Holzmann, Die österreichische Finanzpolitik vor dem EU-Beitritt, Wien 1995.

Erich Geretschläger, Wirtschaftsmagazine, in: Medien- und Kommunikationskultur in der Zweiten Republik, 3. Teilprojekt, Salzburg 1989.

Peter Gerlich, Sozialpartnerschaft und Regierungssystem, in: Peter Gerlich et al. (Hg.), Sozialpartnerschaft in der Krise - Leistungen und Grenzen des Neokorporatismus in Österreich, Wien 1985, 109–133.

Wilhelmine Goldmann, Industriepolitik in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft 1/1990, 43–64.

Wilhelmine Goldmann, Die Privatisierung der ÖIAG - eine Erfolgstory, in: Wirtschaftspolitische Blätter 6/1996, 631–639.

Herbert Gottweis/Michael Latzer, Technologiepolitik, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1997, 601–624.

Herbert Götz, Bilanz der Koalitionsregierung 1990–1993, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, 161–180.

Marietta Grauer, Budgetkonsolidierung oder Budgetkosmetik. Österreichs Budgetpolitik im Zeichen der Vorbereitung auf die 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Diplomarbeit Universität Wien 1999.

Alfred Grosser, Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München 1982.

Klaus Grubelnik, Die Rote Krake. Eine Bank erobert Österreich, Wien 1998.

Hermann Gruber, Die verstaatlichte Industrie in Österreich, Diplomarbeit Universität Wien 1980.

Oskar Grünwald, Die verstaatlichte Industrie, in: Die österreichische Gemeinwirtschaft, Wien 1982, 223–239.

Oskar Grünwald, Fundamente des modernen Industriestaates in Österreich, in: Hannes Androsch/Anton Pelinka/Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006, 258–264.

Lois Guger/Wolfgang Pollan/Michael Wüger, Auswirkungen einer EG-Mitgliedschaft Österreichs auf Preise und Kosten, Wien 1990.

Karl Gutkas, Die Zweite Republik. Österreich 1945–1985, Wien 1985.

Reinhold Gutschik/Patrick Horvath/Rupert Weinzierl (Hg.), Verhinderte und verzögerte Infrastrukturprojekte. Kosten und Konsequenzen für Österreich, Innsbruck–Wien–Bozen 2007.

Erich Haas, Finanzschulden des Bundes und das Budgetdefizit, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, 401–426.

Erich Haas, Was bleibt von der Konjunkturpolitik, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), Wien 1979, 189–196.

Franz Hahn/Peter Mooslechner/Michael Pfaffermayer, Globalisierungstendenzen in der österreichischen Wirtschaft. Corporate Citizenship als neue wirtschaftspolitische Herausforderung, Wien 1996.

Sharif T. El-Hamalawi, Das Going Public der VÖEST-Alpine Stahl AG. Analyse einer österreichischen Privatisierung, Diplomarbeit Universität Wien 1998.

Heinz Handler, Die österreichische Hartwährungspolitik, in: Hanns Abele et al. (Hg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1983.

Heinz Handler/Eduard Hochreiter, The Austrian Economy in the European Union. A First Assessment, Wien 1996.

Heinz Handler/Fritz Schebeck, Die Finanzmarktintegration und ihre Folgen für Banken, Kapitalmarkt und Kapitalverkehr Österreich, Wien 1990.

Wilhelm Hankel, Prosperität in der Krise: Das Österreich-Modell auf dem Prüfstand, in: Herbert Cordt/Beppo Mauhart (Hg.), Zurück in die Zukunft, Wien 1998, 48–76.

Walter Hatak, Die Erdölkrise 1973 und ihre ökonomischen Konsequenzen, Dissertation Universität Wien 1977.

Hans Hautmann, Die Bedeutung des verstaatlichten Wirtschaftssektors für die Entwicklung der 2.Republik, In: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft 3/2006.

Klaus Hecke, Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik aus ordnungspolitischer Sicht, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1977, 293–311.

Erich Herbst, Die Reagonomics und deren Auswirkungen auf Österreich und die Bundesrepublik Deutschland, Dissertation Universität Wien 1991.

Michaela Hochmeister, Der Umstrukturierungsprozeß innerhalb des Arbeitsmarktservice. Der Wandel einer Behörde zu einem Dienstleistungsunternehmen, Diplomarbeit Universität Wien 2001.

Michael Höckner, Privatisierungen von Unternehmen. Die Privatisierungswelle in Österreich in den 90ern, Diplomarbeit Universität Salzburg 1998.

Ernst Hofbauer, Das war der Schilling. Eine Erfolgsgeschichte mit Hindernissen, Wien 1998.

Ernst Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau, Wien 1992.

Andreas Höferl (Hg.), Rudolf Edlinger - über sein Leben, Wien 2000.

Karl Hofmann, Die verstaatlichte Industrie Österreichs in einer Zeit der Krise und eines verschärften, globalen Wettbewerbs, Diplomarbeit Universität Linz 1995.

Markus Hofreiter, Landwirtschaftspolitik, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1991, 591–600.

Karoline Holzmüller, Das (Re)Privatisierungskonzept der österreichischen Bundesregierung, Diplomarbeit Innsbruck 1989.

Elisabeth Horvath, Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky, Wien 1989.

Gabriela Jérôme, Der Stellenwert der österreichischen Tageszeitungen am Beispiel der "Informationsoffensive" der Bundesregierung hinsichtlich eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, Diplomarbeit Universität Wien 1995.

Christian Jost, Der Weg an die Börse. Erläutert am Beispiel der von der ÖIAG durchgeführten Börsekaptalisierungen, Diplomarbeit Universität Wien 1998.

Thomas Karlovits, OMV Aktiengesellschaft. Ein führender Energiekonzern in Mitteleuropa, Wien 1986.

Philip Marcel Karré, Die Motive für die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und die Ausgliederung von Verwaltungseinheiten in Österreich und den Niederlanden, Diplomarbeit Universität Wien 2001.

Stefan-Peter Kaspar, Die Konjunktorentwicklung der Österreichischen Wirtschaft seit 1945 unter besonderer Berücksichtigung der verstaatlichten Industrie, Diplomarbeit Universität Wien 1999.

Wolfgang G. Kiechl, Österreichs verstaatlichte Industrie im Wandel. Ziele, Organisation, Finanzierung, Dissertation Universität Innsbruck 1987.

Heinz Kienzl, Lohn- und Preispolitik, in: Wirtschaft und Politik. Festschrift für Fritz Klenner, Wien 1976.

Heinz Kienzl, Österreichs Wirtschafts- und Währungspolitik auf dem Weg nach Europa. Festschrift für Maria Schaumayer, Wien 1991.

Heinz Kienzl, Wirtschaftsplanung in Theorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), Wien 1979, 145–154.

Heinz Kienzl, Von der Nachkriegsinflation zum Euro, in: Österreichs Kreditwirtschaft. Von der Reichsmark über den Schilling zum Euro, Wien–Graz 2007, 187–202.

Renate Kleinbauer, ÖMV quo vadis? - vom staatlichen Energieversorger ÖMV zum privaten Energiekonzern OMV, Diplomarbeit Universität Wien 2000.

Othmar Kleiner, Österreichs Eisen- und Stahlindustrie und ihre Außenhandelsverflechtung, Wien 1969.

Andreas Kohl/Alfred Stirnemann, 10 Jahre sozialistische Mehrheitsregierung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, 15–37.

Alfred Kohlbacher, Raumplanung - Grundlage eines Entwicklungskonzepts, in: Die Zukunft 15-16/1967.

Herbert Koller, Die österreichische Eisen- und Stahlindustrie in den vergangenen 50 Jahren. (=Berg- u. hüttenmännische Monatshefte 121), Wien 1976, 319–326.

Martina König, Die Geschichte der Aluminiumindustrie in Österreich. Unter besonderer Berücksichtigung des Werkes Ranshofen, Linz 1994.

Rudolf A. Königsecker, Der Staat als Unternehmer. Die verstaatlichte Industrie im Spannungsfeld zwischen politischen und erwerbswirtschaftlichen Interessen. Die ÖIAG-

Strukturierung und ihre Konsequenzen für Organisation und Personal, Diplomarbeit Universität Linz 1992.

Thomas Königstorfer, Rundfunkpolitik und Rundfunkmanagement. Perspektiven für die Zukunft des Hörfunks. Eine sozialwissenschaftliche Analyse der Rahmenbedingungen u. Konsequenzen einer Liberalisierung des Rundfunksektors in Österreich, Dissertation Universität Linz 1995.

Stephan Koren, Änderungen in der Notenbankpolitik in den Jahren 1970–1980, Wien 1981.

Stephan Koren, Internationale Finanzkrise als Folge unbewältigter realwirtschaftlicher Spannungen, in: Alfred Klose/Gerhard Merk (Hg.), Marktwirtschaft und Gesellschaftsordnung. Wolfgang Schmitz zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, 149–160.

Stephan Koren, Monetary and Budget Policy, in: Kurt Steiner (Hg.), Modern Austria, Palo Alto 1981, 173–184.

Stephan Koren, Zunehmende Sachzwänge in der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaft und Gesellschaft 2/1982, 309–320.

Stephan Koren/Peter Takacs, Die Steuerreform 1994, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, 95–112.

Helmut Kramer, Österreichs Wirtschaft am Vorabend des EG-Beitritts, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, 341–355.

Helmut Kramer, Strukturprobleme Österreichs aus der Sicht des Avis der EG-Kommission, in: WIFO-Monatsberichte 9/1991, 519–521.

Helmut Kramer, Wachstums-, Struktur- und Wettbewerbspolitik, in: Hanns Abele/Ewald Nowotny/Stefan Schleicher/Georg Winckler (Hg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1982, 151–166.

Helmut Kramer, Wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitische Wirkungen der Budgetkonsolidierung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, 233–245.

Helmut Kramer, Wirtschaftsstandort Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, 509–517.

Helmut Kramer, Zur Verteuerung des Erdöls und ihren Konsequenzen, in: WIFO-Monatsberichte 7/1979, 335–338.

Helmut Kramer/Gerhard Lehner, Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung, in: WIFO-Monatsberichte 3/1996, 163–169.

Katharina Kränkl, Wirtschaftsfachpresse in Österreich, Diplomarbeit Universität Wien 1989.

Thomas Kratochvil, Der Wandel in der österreichischen Wirtschaftspolitik: Der Übergang von der SPÖ-ÖVP- auf die ÖVP-FPÖ-Regierung. Eine Analyse der Parteiprogramme, Diplomarbeit Universität Wien 2002.

Bruno Kreisky, Planung - Synthese aus Realität und Vision. Die großen Ziele der nächsten Zukunft: Strukturpolitik und Raumplanung, in: Die Zukunft 15-16/1967, 1f.

Herbert Krejci, Privatisierung. Ziel oder Instrument, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft 1/1996.

Robert Kriechbaumer, Das EWG-Abkommen Österreichs 1972, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, 319–338.

Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien–Köln–Weimar 2004.

Klaus Oliver Krombass, Österreichs Weg in die Europäische Union im Spiegel der Neuen Kronen Zeitung (1986–1994), Diplomarbeit Universität Wien 1997.

Manfred Kronberger, Die Mineralölwirtschaft im Rahmen der österreichischen Energiepolitik, Diplomarbeit Universität Wien 1973.

Johannes Kunz, Erinnerungen. Johannes Kunz im Gespräch mit Prominenten 2, Wien 1991.

Johannes Kunz (Hg.), Rudolf Sallinger. Ansichten des Bundeswirtschaftskammer-Präsidenten, Wien 1993.

Johannes Kunz (Hg.), Die (Des)Informierte Gesellschaft, Wien 1987.

Franz Lacher, Die Österreichischen Bundesbahnen unter geänderten verkehrspolitischen Rahmenbedingungen, Diplomarbeit Universität Wien 2001.

Thomas Lachs, Wirtschaftspartnerschaft, in: Wirtschaft und Politik. Festschrift für Fritz Klenner, Wien 1976, 235–250.

Ferdinand Lacina, Development and Problems of Austrian Industry, in: Kurt Steiner (Hg.), Modern Austria, Palo Alto 1981, 155–172.

Ferdinand Lacina, Österreichs Fiskalpolitik vor dem EU-Beitritt, in: Klaus Liebscher (Hg.), Vom Schilling zum Euro. Festschrift für Adolf Wala zum 65. Geburtstag, Wien 2002, 13–20.

Ferdinand Lacina et al. (Hg.), Österreichische Industriegeschichte, Bd.3: Die ergriffene Chance (1955–2005), Wien 2005.

Joachim Lamel, Budgets und Budgetpolitik 1979–1982, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, 519–538.

Joachim Lamel, Strukturpolitik zwischen Markt und Kommissionen, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), 155–165.

Gerda Landsiedl, Die österreichischen Bundesbahnen. Ein Unternehmen zwischen Staat und Markt, Diplomarbeit Universität Linz 1988.

Harald Lang, Investitionsbanken. Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung durch Sonderkreditinstitute (=Schriftenreihe der Österreichischen bankwissenschaftlichen Gesellschaft 49), Wien 1975.

Michael Latzer, Der österreichische Telekommunikationssektor und die österreichische Telekommunikationspolitik im internationalen Kontext, Dissertation Universität Wien 1990.

Volksmar Lauber, Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1991, 501–512.

Erika Lauring, Das Ostgeschäft, Wien 1976.

Friedrich Lechnitz, Die Beitrittsverhandlungen Österreichs mit der Europäischen Union in der politischen Karikatur, Diplomarbeit Universität Wien 2002.

Gerhard Lehner, Der Bundeshaushalt seit Amtsantritt der großen Koalition. Entwicklung - Perspektiven, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, 167–186.

Gerhard Lehner, Die Budgetkonsolidierung - eine Notwendigkeit, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, 551–568.

Gerhard Lehner, Ökonomische und steuerpolitische Auswirkungen der Steuerreform 1988, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, 591–613.

Gerhard Lehner, Die Steuerreform 1994. Ein Meilenstein, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, 75–94.

Wilfried Leisch, ÖIAG: Rausverkauf - der letzte Akt? Hintergründe und Alternativen, in: Arbeit und Wirtschaft 9/2000.

Wilfried Leisch, Privatisierungen: Arge Betriebsräte?, in: Arbeit und Wirtschaft 2/2005.

Barbara Liegl/Anton Pelinka, Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, Wien 2004.

Rudolf Leopold, Agrarförderung im Wandel der Zeit. Sektionschef Rudolf Leopold erinnert sich, Wien 1978.

Rudolf Leopold, 40 Jahre Landwirtschaftsförderung in Österreich. Dipl. Ing. Dr. Rudolf Leopold, Sektionschef im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gewidmet, Wien 1963.

Elisabeth Lichtenberger, Österreich. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik, Darmstadt 1997.

Herbert Lochner, Das Unternehmen Post und Telekom Austria AG, Diplomarbeit Universität Salzburg 2000.

Lukas Georgiu Louka, Privatisierung der Post, Diplomarbeit Wien 1999.

Paul Luif, Die Rolle der Sozialpartner in den Wirtschaftlichen Außenbeziehungen. Dargestellt am Beispiel der Verhältnisse Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften, in: Hannes Wimmer (Hg.), Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft in Österreich, Wien 1984, 119–134.

Josef Georg Maier, Die Entwicklung der Exportförderung durch die Außenhandelsstellen, Diplomarbeit Universität Wien 1975.

Stefan Malin, Industrie- und Infrastrukturpolitik in der Ersten Republik. Österreich 1918–1938, Dissertation Universität Wien 2006.

Thomas Martinek, Wandel und Kontinuität in der österreichischen Hartwährungspolitik (1975–1995), Diplomarbeit Universität Salzburg 1995.

Eduard März, Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West. Eine sozialistische Analyse, Wien–Frankfurt–Zürich 1965.

Eduard März/Maria Szecsi, Austria's Economic Development 1945–1978, in: Kurt Steiner (Hg.), *Modern Austria*, Palo Alto 1981, 123–140.

Franz Mathis, Zwischen Lenkung und freiem Markt. Die Verstaatlichte Industrie, in: Thomas Albrich et al. (Hg.), *Österreich in den Fünfzigern*, Wien 1995, 169–180.

Beppo Mauhart (Hg.), *Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch*, Wien 2006.

Beppo Mauhart, Das Jahrzehnt der Atomgegner. Ein Kraftwerksmodell im Maßstab 1:1, in: *Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch*, Wien 2006, 338–347.

Christl Maurer/Helmut Kramer, Infrastruktur-Investitionen in Österreich, in: *WIFO-Monatsberichte* 8/1971, 312–322.

Michael Mauritz, Inhalte und historische Wurzeln der Wirtschaftspolitik Bruno Kreiskys, Diplomarbeit Universität Wien 1994.

Christian Meyer, Exportförderungspolitik in Österreich. Von der Privilegienwirtschaft zum objektiven Förderungssystem, Wien 1991.

Robert Monsberger, Die Bemühungen um eine Reorganisation der Österreichischen Bundesbahnen, Diplomarbeit Universität Wien 1992.

Peter Mosslechner, Gesamtwirtschaftliche Finanzierung und öffentliche Verschuldung, Wien 1980.

Wolfgang C. Müller, Die neue große Koalition in Österreich, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 4/1988, 321–347.

Klaus Mündl, Der Schilling von 1945 bis zu seinem Aufgehen im Euro, in: Erwin Frasl/René Alfons Haiden/Josef Taus, *Österreichs Kreditwirtschaft. Von der Reichsmark über den Schilling zum Euro*, Wien–Graz 2007, 203–214.

Karl Musil, Der Strukturwandel im Energiebereich, in: Karl Aiginger (Hg.), *Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs: Österreichische Strukturberichterstattung - Kernbericht 1986, Band III: Aspekte der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit*, Wien 1987.

Karl Musil, Der Verbrauch von Mineralölprodukten, in: *WIFO-Monatsberichte* 11/1967, 372–381.

Karl Musil, Energieprognose bis 1985, in: *WIFO-Monatsberichte* 8/1974, 378–386.

Markus Naczinsky, Die Europäisierung der österreichischen Telekommunikationspolitik als ein Beispiel des europäischen Integrationsprozesses, Diplomarbeit Universität Wien 2000.

Elke Maria Napokoj, Rechtsfragen der Privatisierung im Bereich des Post- und Telekommunikationsbereichs, Dissertation Universität Wien 1999.

Eva Nasser, Die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit bei der Privatisierung von ehemals staatlichen Unternehmen dargestellt am Beispiel der Österreichischen Post AG, Salzburg 2002.

Michaela Nemeth, Privatisierung als Antwort auf die Krise in verstaatlichten Unternehmungen in Österreich, Diplomarbeit Universität Wien 1994.

Franz Nemschak, Der Ruf nach einem Gesamtkonzept der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1962.

Franz Nemschak, Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik an der Jahreswende 1966/67, Wien 1967.

Franz Nemschak, Für ein industriepolitisches Konzept Österreichs, Wien 1970.

Franz Nemschak, Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren, Wien 1970.

Franz Nemschak, Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1970/71. Rückschau und Ausblick, Wien 1971.

Franz Nemschak, Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1971/72. Rückschau und Ausblick, Wien 1972.

Franz Nemschak, Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1972/73. Rückschau und Ausblick, Wien 1973.

Franz Nemschak, Perspektiven und Probleme des Ost-West-Handels unter besonderer Berücksichtigung Österreichs, Wien 1974.

Franz Nemschak, Perspektiven der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West unter besonderer Berücksichtigung Österreichs, Wien 1976.

Ewald Nowotny, Bruno Kreisky und die Gemeinwirtschaft - Geschichte oder Auftrag, in: Gemeinwirtschaft 4/1990.

Ewald Nowotny, Die große Steuerreform 1988 - Analyse und Bewertung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, 571–589.

Ewald Nowotny/Georg Winckler (Hg.), Grundzüge der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1994.

Ewald Nowotny/Hanns Abele (Hg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1984.

Ewald Nowotny, Investitionspolitik in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, 449–471.

Ewald Nowotny, Der öffentliche Sektor, Berlin 1991.

Ewald Nowotny, Österreich in der Europäischen Integration: die Kunst, das Selbstverständliche zu lernen, in: Aphorismen für den sozioökonomischen Fortschritt. gewidmet Werner Clement zum 60. Geburtstag, Frankfurt 2001, 223ff.

Ewald Nowotny (Hg.), Österreichs Wirtschaft im Wandel. Entwicklungstendenzen 1970–2010, Wien 1993.

Ewald Nowotny, Perspektiven '90. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik - eine Diskussion, Wien–München–Zürich 1985.

Ewald Nowotny (Hg.), Public Economy and Privatization - The Austrian Experience in a Social Democratic View, in: Josef Pöschl (Hg.), Privatization in Eastern Europe, Wien 1990, 69–72.

Ewald Nowotny, Regionalökonomie. Eine Übersicht über Entwicklung, Probleme und Methoden (=Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung 12), Wien 1971.

Ewald Nowotny (Hg.), Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Die solidarische Leistungsgesellschaft, Wien 1991.

Ewald Nowotny, Verstaatlichte und private Industrie in der Rezession - Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: WISO 3/1979.

Ewald Nowotny, Wirtschaftswachstum, Investitionen und Einkommensverteilung, in: Die Zukunft 20/1967, 7–10.

Adolf Nußbaumer, Wirtschaftswachstum und Investitionsfinanzierung in Österreich (=Schriftenreihe der Investitionskredit AG), Wien 1966.

Adolf Nußbaumer, Ich bin dem Kanzler dankbar, in: Trend, 12/1977, 28–31.

Günther Ofner, Arbeitsmarkt in der Krise - neue Ansätze zur Lösung der Beschäftigungskrise, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1993, 543–574.

Karin Orthofer, Die Privatisierung der Post im Bereich des Postdienstes, Diplomarbeit Universität Graz 1995.

Alexander Ortsik, Verstaatlichung und Privatisierung in Österreich zwischen Ideologie und Pragmatismus, Diplomarbeit Universität Wien 1993.

Michael Pachlatko, Die Rolle des Staates im Telekommunikationssektor, Linz 1997.

David Parker, Privatisation in the European Union. Theory and Political Perspectives, London 1998.

Liselotte Palme, Androsch. Ein Leben zwischen Geld und Macht, Wien 1999.

Helmut Pech, Die Rolle der österreichischen Nationalbank in der Wirtschaftspolitik nach 1945, in: Erwin Frasl/René Alfons Haiden/Josef Taus, Österreichs Kreditwirtschaft. Von der Reichsmark über den Schilling zum Euro, Wien–Graz 2007, 215–239.

Anton Pelinka, Die Kleine Koalition. SPÖ-FPÖ 1983–1986, Wien–Köln–Graz 1993.

Gabriele Pfeifer, Stephan Koren. Wirtschaft im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik 1967–1970, Salzburg 1993.

Hella Pick, Und welche Rolle spielt Österreich? Vom besetzten Grenzland zum offenen EU-Staat: die Alpenrepublik im internationalen Blickfeld, Wien 1999.

Wolfgang Pollan, Inflation in Österreich 1971–1980, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, S. 517–536.

Ronald Pommer, Wirtschaftsjournalismus. Die Auswirkungen des Wertewandels auf eine rezipientenorientierte Wirtschaftsberichterstattung. Mit besonderer Berücksichtigung der aktuellen Printmedien, Diplomarbeit Universität Salzburg 1994.

Walter Pospichal, Politische Einflußnahme auf die österreichischen Bundesbahnen. Am Beispiel des Bundesbahngesetzes 1969 und der Novelle zum Bundesbahngesetz 1984, Diplomarbeit Universität Wien 1992.

Elke Preinstorfer, Privatisierung in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Telekom AG, Diplomarbeit Universität Wien 2002.

Florian Premstaller, Kernenergiepolitik in Österreich während der Ära Bruno Kreisky, Diplomarbeit Universität Wien 2001.

Gerhard Pretting, Stahlgewitter, in: Brand Eins 7/2006, 94–100.

Wolfgang Pycha, ÖBB: Schienenverkehr als öffentliche Aufgabe, in: Die österreichische Gemeinwirtschaft 1982, 159–168.

Claus J. Raidl, Aufgaben einer modernen Industriepolitik, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, 427ff.

Claus J. Raidl, Verstaatlichte Industrie 1979–1982, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, 539–549.

Herbert Rambousek, Die "ÖMV Aktiengesellschaft" - Entstehung und Entwicklung eines nationalen Unternehmens der Mineralölindustrie, Wien 1977.

Gerhard Randa, Österreichs Banken auf dem Weg nach Europa - kein Sonderweg, in: Klaus Liebscher (Hg.), Vom Schilling zum Euro. Festschrift für Adolf Wala zum 65. Geburtstag, Wien 2002, 149–167.

Oliver Rathkolb/Johannes Kunz/Margit Schmidt, Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil, Wien 1996.

Oliver Rathkolb/Theodor Venus/Ulrike Zimmerl, Bank Austria Creditanstalt - 150 Jahre österreichische Bankengeschichte im Zentrum Europas, Wien 2005.

Hans Rauscher, Vranitzky. Eine Chance, Wien 1987.

Gabriele Reichhartinger, Aluminium Ranshofen 1939–1955. Von der Betriebsstätte der VAW-AG Berlin zum selbständigen Großunternehmen, Diplomarbeit Universität Wien 1990.

Hannes Reichmann, Wirtschaftsjournalismus und unternehmerische Public Relations in Österreich. Eine empirische Untersuchung von Wirtschaftsredakteuren bei Tageszeitungen, APA und ORF, Dissertation Universität Salzburg 1988.

Christoph Reinprecht, Österreich und der Umbruch in Osteuropa, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 341–353.

Alfred Reiter, Kein Wirtschaftswachstum ohne Raumplanung, in: Die Zukunft 15–16/1967, 5–7.

Alfred Reiter (Hg.), Wirtschaftsstandort Österreich, EU. Über das Notwendige, das Wünschbare und das Mögliche, Wien 1997.

Hans Reithofer, Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, in: Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft. Festschrift für Eduard März, Wien 1973, 273–248.

Sándor Richter/Jan Stankovsky, Die neue Rolle Österreichs im Ost-West-Handel, Wien 1991.

Philipp Rieger, Aufgaben einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik, in: Die Zukunft 10/1965, 16–18.

Philipp Rieger, Die Internationalisierung der Finanzmärkte. Euromärkte und ihre Probleme, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), Wien 1979, 71–90.

Gerhard Rieger, Privatization in Austria. The Impacts on Wages and Employment, Diplomarbeit Universität Wien 2003.

Peter Rieser, (Teil-) Privatisierungen öffentlicher Unternehmen in Österreich. Eine empirische Analyse der Teilprivatisierungen von ÖMV, AUA und Verbundgesellschaft, Diplomarbeit Universität Linz 1989.

Michaela Roiss, Die Geschichte der österreichischen Erdölindustrie. Transformation vom staatlichen Versorger zu einem wettbewerbsfähigen europäischen Anbieter, Dissertation Universität Linz 1994.

Albrecht Rothacher (Hg.), Österreichs europäische Zukunft, Wien 1996.

Kurt Rothschild, Betriebsneugründungen und Arbeitsmarkt. Oberösterreichische Erfahrungen 1964–1969, Linz 1971.

Kurt Rothschild, Der Streit um die Wechselkurspolitik und die Ziele der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftspolitische Blätter 3/1976, 15–20.

Kurt Rothschild, Arbeitslosigkeit in Österreich 1955–1975, Linz 1977.

Kurt Rothschild, Theorien der Arbeitslosigkeit, Wien 1988.

Alexander L.C. Salesny, Die Innovation der Österreichischen Post von der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung zur Post und Telekom Austria AG unter dem Einfluss der Liberalisierung am Sektor Telekommunikation, Diplomarbeit Universität Wien 1998.

Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995.

Richard Salzburger, Die Privatisierung der Post, Innsbruck 2000.

Heidelinde Schachinger, Institutionenökonomische Aspekte der Reform der Postdienste, Diplomarbeit Universität Innsbruck 2004.

Heinz Schäffer, Privatisierung in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, 615–633.

Maria Schaumayer, Der Schilling als Beispiel für eine erfolgreiche Integration in den europäischen Wirtschafts- und Währungsraum, in: Klaus Liebscher (Hg.), Vom Schilling zum Euro. Festschrift für Adolf Wala zum 65. Geburtstag, Wien 2002, 71–78.

Robert Schediwy, Neuere Entwicklungen der Sozialpartnerschaft, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, 307–317.

Manfred Scheich, Tabubruch. Österreichs Entscheidung für die Europäische Union, Wien–Graz 2005.

Sigrid Scheichl, Die Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen im Umfeld von Privatisierungen und Börsengängen dargestellt am Beispiel der VOEST-Alpine Stahl, Diplomarbeit Universität Salzburg 1998.

Harald Erich Scheidle, Die Kupferhütte Brixlegg - ein technisches Denkmal. Ein Beitrag zur industriearchäologischen Forschung, Dissertation Universität Innsbruck 1997.

Walter M. Schiebel, Die Außenhandelsstelle als Hilfsinstrument des Export-Marketing, Diplomarbeit Universität Wien 1971.

Edgar Rainer Schirl, Die österreichische Wirtschafts- und Wechselkurspolitik unter Berücksichtigung der innerpolitischen Rahmenbedingungen, Diplomarbeit Universität Linz 1996.

Helmut Schlesinger, Die Ankerfunktion der D-Mark im Spannungsfeld der europäischen Integration, in: Klaus Liebscher (Hg.), Vom Schilling zum Euro. Festschrift für Adolf Wala, Wien 2002, 80–93.

Jörg Schram, Die Förderung der langfristigen Unternehmensfinanzierung durch Haftungen, die Realisierbarkeit des EE-Fonds-Konzeptes, in: Werner Clement/Karl Socher (Hg.), Empirische Wirtschaftsforschung und monetäre Ökonomik. Festschrift für Stephan Koren zum 60. Geburtstag, Berlin 1979.

Jörg Schram, Die Haftung als Förderinstrument der langfristigen Unternehmensfinanzierung, in: Werner Clement/Karl Socher (Hg.), Stephan Koren - Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspolitiker in Österreich, Wien 1989.

Christof Schremmer/Johannes Steiner, Regionale Auswirkungen des EU-Beitritts Österreichs. Bisherige Erfahrungen, Wien 2003.

Stephan Schulmeister, Zur Krise der Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren - ein Rekonstruktionsversuch, in: Rudolf Burger et al. (Hg.), Verarbeitungsmechanismen der Krise, Wien 1988, 145–169.

Stephan Schulmeister/Fritz Schebeck, Mittelfristige Wirtschaftsindikatoren Österreichs 1985 bis 1990, Wien 1986.

Hans Seidel, Austro-Keynesianismus, in: Aufklärung und Wirtschaftsforschung. Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag, Wien 1987, 234–238.

Hans Seidel, Der österreichische Weg der Inflationsbekämpfung, in: Wirtschaft und Gesellschaft 3/1983, 372–389.

Hans Seidel (Hg.), Der österreichische Weg in der Wirtschaftspolitik, in: Österreichs Wirtschaftspolitik 1970–1985. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik unter erschwerten Bedingungen, Wien 1985.

Hans Seidel, Die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, 119–135.

Johannes Seiringer, Die Privatisierungsdiskussion als Ausdrucksform von Grundwerten, Diplomarbeit Universität Linz 1986.

Christian Seitzl, Chancen und Risiken der Privatisierung der PTA, Diplomarbeit Universität Wien 2000.

- Manfred Seper, Aspekte der Verstaatlichtenpolitik der Ära Kreisky im Spiegel der österreichischen Presse, Diplomarbeit Universität Wien 2000.
- Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995.
- Martina Slavik, Pro und Contra einer materiellen Privatisierung der Austria Tabak. Eine Fallstudie zu Privatisierungsstrategien für öffentliche Unternehmungen, Diplomarbeit Universität Wien 1994.
- Paul Christian Sommeregger, Effizienzsteigerung durch Restrukturierung am Beispiel der Österreichischen Post AG, Diplomarbeit Universität Wien 2002.
- Jan Stankovsky, Die österreichische Erdölrechnung 1974, in: WIFO-Monatsberichte 3/1975, 139–131.
- Jan Stankovsky, Die Bedeutung des Osthandels im internationalen Vergleich (=WIIW-Forschungsberichte 84), Wien 1983.
- Jan Stankovsky, Der Außenhandel Österreichs - Entwicklung und Struktur, Wien 1990.
- Jan Stankovsky, Die wirtschaftliche Bedeutung der Transformation in Osteuropa für Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, 469–487.
- Irmgard Staudacher, Kontrollfunktion und Kontrollpotential eines kritischen Nachrichtenmagazins in Österreich. Wirtschaftsaffären im "Profil" und ihre Folgen. Zehn deskriptive Konsequenzanalysen zu Fallstudien der Profil-Wirtschaftsberichterstattung aus den Jahren 1981–1985, Dissertation Universität Wien 1988.
- Gerald Stefan, Die Wirtschaftsjournalisten. Konventionen, journalistische Methoden und Gruppenkonsonanz der österreichischen Wirtschaftsberichtersteller, Diplomarbeit Universität Wien 1992.
- Kurt Steiner (Hg.), Modern Austria, Palo Alto 1981.
- Hans Jürgen Stingl, Finanz- und Wirtschaftspolitik in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1977, 313–327.
- Robert Stöger, Die verstaatlichte Industrie in der Zweiten Republik, in: Hannes Androsch/Anton Pelinka/Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006, 237–258.
- Ernst Streeruwitz, Energiepolitik in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979, 235–268.
- Erich Streissler, Drei Grundfragen der indirekten Investitionsförderung in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, 473–483.
- Erich Streissler, Investitionsfinanzierung in einer wachsenden Wirtschaft, Wien 1964.
- Angela Stritzl, Investigativer Journalismus bei Alfred Worm, Diplomarbeit Universität Wien 2000.
- Angelika Struempf, Keynesianische und monetaristische Wirtschaftspolitik in den OECD-Staaten 1970–1985, Diplomarbeit Universität Wien 1987.

Franz Summer, Die VOEST-Debakel, Wien 1987.

Hannes Suppanz, Der Wechselkurs als wirtschaftspolitisches Instrument oder Hochmut kommt vor dem Fall, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), Wien 1979, 179–187.

Csaba Szekely, Die "Verstaatlichte". Von der Industrieverwaltung zum Konzern, in: Herbert Cordt/Beppo Mauhart (Hg.), Zurück in die Zukunft. Ein Diskussionsbeitrag über genützte, vertane und künftige Chancen, Wien 1988.

Peter Szopo/Karl Aiginger/Gerhard Lehner, Ziele, Instrumente und Effizienz der Investitionsförderung in Österreich (Schriftenreihe der Österreichischen Investitionskredit Aktiengesellschaft 1985), Wien 1985.

Fernando Targetti (Hg.), Privatisation in Europe. East and West Experiences, Aldershot et al. 1992.

Emmerich Tálos (Hg.), Schwarz-Blau. Eine Bilanz des "Neu-Regierens", Wien 2006.

Emmerich Tálos, Sozialpartnerschaft: Zur Entwicklung und Entwicklungsdynamik kooperativ-konzertierter Politik in Österreich, in: Peter Gerlich et al. (Hg.), Sozialpartnerschaft in der Krise. Leistungen und Grenzen des Neokorporatismus in Österreich, Wien 1985, 43–83.

Emmerich Tálos, Sozialpartnerschaft. Kooperation - Konzertierung - politische Regulierung, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1991, 390–409.

Emmerich Tálos/Bernhard Kittel, Gesetzgebung in Österreich. Netzwerke, Akteure und Interaktionen in politischen Entscheidungsprozessen, Wien 2001.

Emmerich Tálos/Herbert Obinger, Sozialstaat Österreich. Zwischen Kontinuität und Umbau. Forschung, Politik. Bilanz der ÖVP-FPÖ Koalition, Wien 2006.

Josef Taus, Die Bankenstruktur nach dem Kauf der Creditanstalt durch die Bank Austria, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996, 339–348.

Werner Teufelsbauer, Die Energieabhängigkeit Österreichs, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981, 351–369.

Helmut Thenikl, Strategische Überlegungen in der Verstaatlichten Industrie. Am Beispiel der Austria Metall AG, Diplomarbeit Universität Wien 1986.

Gunther Tichy, Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Aufschwung 1967 bis 1971, in: WIFO-Monatsberichte 4/1972, 148ff.

Gunther Tichy, Austrokeynesianismus. Ein Konzept erfolgreicher Wirtschaftspolitik, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 213–222.

Gunther Tichy, Vom Glanz und Ende des Austrokeynesianismus, in: Peter Mitter/Andreas Wörgötter (Hg.), Austro-Keynesianismus. Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag, Heidelberg 1990, 76–99.

Herbert Tiebert/Rudolf Spitzer, Verstaatlichte Industrie. Was gesagt und was verschwiegen wird... Eine kommentierte Dokumentation, Wien 1984.

- Franz Traxler, Dezentrale Steuerung durch Unternehmerverbände. Entstehung, Funktionsfähigkeit und Problemlösungskapazität freiwilliger Selbstregulierung im Binnenbereich der Unternehmer, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 4/1986, 483–506.
- Franz Traxler, Gewerkschaften und Unternehmerverbände in Österreichs politischem System, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), *Handbuch des Politischen Systems Österreichs*, Wien 1991, 325–352.
- Franz Traxler, Organisationsform des ÖGB und "Wirtschaftspartnerschaft". Organisationsstrukturelle Bedingungen kooperativer Gewerkschaftspolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 1/1981, 29–52.
- Franz Traxler, Sozialpartnerschaft als Befestigung der Gewerkschaftsbewegung, in: Hannes Wimmer (Hg.), *Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft in Österreich*, 45–59.
- Fritz Tront, *Menschen, Mächte, Maschinen. Die ÖIAG-Story*, Wien 1986.
- Kurt Tweraser, Marshallplan, Sozialpartnerschaft und Produktivität in Österreich, in: Thomas Albruch et al. (Hg.), *Österreich in den Fünfzigern*, Innsbruck–Wien 1995, 211–236.
- Heinrich Übleis, Die Post, das große Dienstleistungsunternehmen, in: *Die österreichische Gemeinwirtschaft*, Wien–München 1982, 169–178.
- Erika Ummenberger, Sektorale Strukturpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Industriepolitik in Österreich. Eine historische Darstellung von 1955 bis zur aktuellen EG-Diskussion, Diplomarbeit Universität Wien 1992.
- Friedrich Unterwieser, Die Entwicklung der Verstaatlichten Industrie. ÖIAG-Strukturen, Diplomarbeit Universität Wien 1988.
- Alexander Van der Bellen, Bankenstrukturen und Politik: Der CA-Verkauf und seine Folgen, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1996, 313–329.
- Theodor Venus/Fritz Weber (Hg.), *Austrokeynesianismus in Theorie und Praxis*, Wien 1993.
- Ernst Eugen Veselsky, Finanzprogramm für Österreich, in: *Die Zukunft* 21/1965, 15–17.
- Ernst Eugen Veselsky, Wohlstand für alle. Grundsätzliches zur Strukturpolitik, in: *Die Zukunft* 14/1967, 3–6.
- Ernst Eugen Veselsky, Zur Geschichte und Vorgeschichte des Wirtschaftsprogramms, in: *Die Zukunft* 13-14/1968, 19–20.
- Ernst Eugen Veselsky, Die Zukunft der Verstaatlichten Industrie, in: *Die Zukunft* 18/1971, 20–23.
- Ernst Eugen Veselsky, Die 1400 Experten der SPÖ, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1981, 181–189.
- Alexander Vodopivec, *Die Quadratur des Kreisky*. Wien–Zürich–München 1973.
- Alexander Vodopivec, Taus & Busek. Persönlichkeit, Konzept und Stil des neuen Führungsteams der ÖVP, Wien–Zürich–München 1975.

Heinz Vogler, Die verstaatlichte Industrie Österreichs in den achtziger Jahren und ihre zukünftigen Aufgaben, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 4/1990, 461ff.

Franz Vranitzky, Zur politischen Geschichte des österreichischen EU-Beitritts, in: Klaus Liebscher (Hg.), Vom Schilling zum Euro. Festschrift für Adolf Wala zum 65. Geburtstag, Wien 2002.

Franz Vranitzky, Politische Erinnerungen, Wien 2004.

Wilhelm Vukovich, Ursachen mangelnder Effizienz in der verstaatlichten Industrie, Diplomarbeit Universität Wien 1989.

Barbara J. Wallisch, Der "Austro-Keynesianismus". Zur österreichischen Wirtschaftspolitik der 70er Jahre, Diplomarbeit Universität Wien 1992.

Ewald Walterskirchen, Die Position Österreichs im internationalen Strukturwettbewerb. Die neuen EU-Strukturindikatoren, Wien 2004.

Otto Wanke, Wachstumsorientierte Wettbewerbspolitik, in: Die Zukunft 13-14/968, 42–45.

Hans Wehsely, Mißbrauchsaufsicht statt Kartellaufsicht, in: Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. Festschrift für Maria Szecsi (=Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Jg., Sondernummer), Wien 1979, 197–204.

Elisabeth Werls, Die Privatisierung der PSK. Österreichs letzte Großbank wird privat, Diplomarbeit Universität Wien 2005.

Paulus Widschwendter, Ausgewählte Probleme der Privatisierung öffentlicher Unternehmen in Österreich, Dissertation Universität Wien 2004.

Georg Winckler, Der Austrokeynesianismus und sein Ende, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3/1988, 221–230.

Matthias Winkler, Große versus kleine Koalition in Österreich 1996–2002. Ein Vergleich ihrer wirtschaftspolitischen Reformen, Diplomarbeit Universität Wien 2003.

Waltraud Winkler-Rieder, Energiepolitik, in: Herbert Dachs et al. (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Wien 1991, 568–577.

Josef Wisocky, Die Wirtschaft, in: Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Salzburg 1995, 65–73.

Heinz Wöber, Die Entlastung der öffentlichen Haushalte, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, 395–426.

Lielelotte Wohlgenannt, Arm und reich. Österreich auf dem Weg zur Zweidrittelgesellschaft, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien 1995, 253–267.

Christoph Zoitl, Privatisation of the Voestalpine Aktiengesellschaft. Comparison of the Initial Public Offering With the Secondary Public Offering, Diplomarbeit Universität Wien 2004.